

Klaus Urner

Der Schweizer Hitler-Attentäter

Drei Studien zum Widerstand
und seinen Grenzbereichen

Verlag Huber Frauenfeld / Stuttgart



Die Lebensgeschichte Maurice Bavauds, des jungen Schweizers, der im Alleingang Adolf Hitler erschießen wollte, blieb bisher von Zwecklegenden überdeckt. Hitler selbst erhob ihn zum Attentäter gefährlichster Art und ließ ihn am 14. Mai 1941 hinrichten.

Anders als Rolf Hochhuths These vom «Tell 38» glauben macht, mußten bei diesem Versuch zwei Menschen ihr Leben hingeben: Maurice Bavaud und der Franzose Marcel Gerbohay. Auf Grund umfangreicher Nachforschungen arbeitet Urner die tatsächlichen Hintergründe und Motive dieses Attentatsvorhabens heraus. Das einsame Sterben im «Totenhaus» zu Plötzensee, das Versagen der Schweizer Gesandtschaft in Berlin und die Hinhaltenaktik gegenüber den Angehörigen spiegeln sich in erschütternden Zeugnissen wider.

Die Grenzbereiche des Widerstandes gegen Adolf Hitler sind noch kaum erforscht worden. Die Untersuchung «Einzel Täter und ihr Umfeld» geht vor allem jenen Vorstößen aus der Anonymität nach, die auf die Beseitigung des Diktators zielten und zu meist tragisch endeten, die aber zu Unrecht als irrelevant ignoriert werden. Durch den Beizug weiterer Materialien erfahren die Motive des Bürgerbräuattentäters Georg Elser, aber auch von David Frankfurter und Herschel Grünspar, eine vertiefende Interpretation.

Das Verlangen nach einem Heldenmythos, nach dem von Mitschuld unbefleckten Tyrannenbefreier kommt nicht von ungefähr. Am Beispiel der bisher unbekanntem Strafuntersuchung, die die Schweizer Militärjustiz 1946 gegen den Bankier Eduard von der Heydt und gegen Hans Bernd Gisevius einleitete, macht Urner auch die Zwangsmechanismen sichtbar, denen der systemgebundene Widerstand unterworfen war. Durch seine getarnte Untergrundtätigkeit war Gisevius, der in der Schweiz einen Putschfonds anlegte, ins Zwielficht geraten. Eine suspekthe Kehrseite offenbart das vielgerühmte Mäzenaten-

tum von der Heydts: Unter dem Schutz des erlangten Schweizer Bürgerrechts leistete er der deutschen Militärsplionage als Bankier wertvolle Dienste.

Die Beseitigung Hitlers bildet für alle drei Studien das verbindende Grundthema. Indem Urner die ausgetretenen Wege der Widerstandsforschung nach Möglichkeit meidet, erbringt er eine Fülle von Ergebnissen und Materialien, die zu erneuter Diskussion anregen.

Klaus Urner, Die Deutschen in der Schweiz

Die erste umfassende Studie über den Einfluß der Deutschen auf das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben in der Schweiz, von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

848 Seiten

64 Tafeln, Register und Quellenverzeichnis

Gebunden Fr. 74.–

«Dieses spannend zu lesende, gründlich gearbeitete Buch wird hüben und drüben die Entwicklung des Verhältnisses der beiden Völker und Staaten, die bilaterale Politik und Diplomatie stark beeinflussen.»

Die Welt, Hamburg

«Urner hat eine Fülle des Unbekannten oder Vergessenen ausgegraben, das oft überraschend gegenwartsnah wirkt, auch ohne künstlich-aktualisierende Aufbereitung.»

FAZ, Frankfurt

«Die spannungsvolle und lehrreiche Geschichte der deutschen Kolonie ist nicht eine Aneinanderreihung von Einzelbildern. Urner gelang es, in einfacher und kraftvoller Sprache die ideellen Hintergründe und ihre zentralen Zusammenhänge zu schildern.»

Edgar Bonjour in der NZZ, Zürich

Schutzumschlag von Ruedi Becker

Klaus Urner

Der Schweizer Hitler-Attentäter

Drei Studien zum Widerstand
und seinen Grenzbereichen:

Systemgebundener Widerstand
Einzeltäter und ihr Umfeld
Maurice Bavaud und Marcel Gerbohay

Verlag Huber Frauenfeld / Stuttgart

Zitierte Textstellen sind – abgesehen von unwesentlichen Fehlern – in unveränderter Rechtschreibung und Zeichensetzung wiedergegeben

ISBN 3-7193-0634-8
© 1980 Verlag Huber Frauenfeld
Satz und Druck: Graphische Unternehmung
Huber & Co. AG. Frauenfeld
Printed in Switzerland

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

<i>Im Labyrinth des systemgebundenen Widerstandes</i>	7
1. Opfer seiner Tarnung: Hitler-Gegner Hans Bernd Gisevius.....	15
2. Das Unternehmen «V 7».....	20
3. Prototyp eines Opportunisten: Eduard Freiherr von der Heydt ..	29
4. Der Putschfonds in der Schweiz.....	40
5. Zur Anklage nicht legitimiert.....	49

Zweiter Teil

<i>Einzeltäter und ihr Umfeld</i>	63
1. Ecrasez l'infâme!	65
2. Der politische Mord – Konservative Gewissenserforschung mit ungleichen Moralkriterien	68
3. Richten Auge in Auge.....	74
4. Alarmmeldungen aus dem Ausland.....	85
5. Vorstöße aus der Anonymität	100
6. Schweizerische Ermittlungen zu Georg Elser.....	116
7. Zehn preussische Polizeioffiziere und das «Abegg-Archiv»	131

Dritter Teil

<i>Maurice Bavaud und Marcel Gerbohay</i>	145
<i>I. Die Beseitigung des Diktators – Versuche des Schweizers Maurice Bavaud</i>	147
1. Seltsame Jagd auf Hitler	149
2. Widerrufene Aussagen und verschlüsselte Offenbarungen	162
3. «Tell 38»-Zur These von Rolf Hochhuth.....	171
4. Auf der Suche nach mündlichen und schriftlichen Quellen	179
<i>II. Hintergründe und Motive</i>	186
1. Aussenseiter inmitten einer «rechtschaffenen Ordnung».....	186
2. Maurice Bavaud – ein Antisemit und Rechtsextremist?.....	194
3. Saint-Ilan.....	203
4. Marcel Gerbohay und seine Krankheit	208
5. La «Compagnie du Mystère».....	217
6. Geteilter Wahn.....	226

<i>III. Deutsche Hinhaltemanöver und das Versagen der Schweizer</i>	
<i>Gesandtschaft in Berlin</i>	236
1. Vergebliche Hilferufe des Vaters	238
2. Rettungsversuche, die keine waren	245
3. Verpasste Chance zum Austausch?	257
4. Plötzensee	264
5. Heimlich hingerichtet	282
6. Adolf Hitler und sein Attentäter	296
<i>Anmerkungen</i>	311
<i>Quellen- und Literaturverzeichnis</i>	368
<i>Verzeichnis der Abbildungen</i>	382
<i>Verzeichnis der Abkürzungen</i>	385
<i>Personenregister</i>	388

Erster Teil

Im Labyrinth des systemgebundenen Widerstandes

Seit 1945 zeugt eine immense Literatur von den vielfachen Regungen oppositioneller Kräfte gegen das Hitler-Regime. Schon 1948/49 hat Hans Rothfels in seiner wegweisenden Studie über den deutschen Widerstand zwischen mehreren Stufen der «Nicht-Gleichschaltung» unterschieden¹. Die weitere Forschung zeigte, wie fließend in Wirklichkeit die Übergänge gewesen waren. Auch in Bezug auf den Zeitpunkt ist zu differenzieren: 1933 waren die Verhältnisse noch wesentlich anders geartet als vor Kriegsausbruch oder während der Phase des selbstzerstörerischen Untergangs.

Wenig Charakter bewiesen die Indifferenten. Nach dem Krieg rechneten sie sich der Hitler-Opposition mit der Behauptung zu, innerlich dem Nationalsozialismus ferngestanden zu haben. Nicht dafür, aber auch nicht dagegen zu sein, diese Haltung hat die begangenen Verbrechen wenn nicht ermöglicht, so zumindest erleichtert. Etwas völlig anderes war es, die Integration in die propagierte «Volksgemeinschaft» willentlich abzulehnen. Ein solches Wagnis setzte die Bereitschaft voraus, notfalls auch die eigene Existenz zu gefährden. Wer sich der nationalsozialistischen Gleichschaltung offen widersetzte, lieferte sich einer bedrückenden Zukunft aus, begab sich in die Isolation oder teilte das bittere Los der Emigranten. Eine in sich geschlossene Opposition in Nazideutschland liess der Terror nach der brutalen Niederknüpfung aller Gegner nicht mehr aufkommen. Dennoch fanden sich unter den Kommunisten und Sozialdemokraten bis zu den Konservativen, bei bekennenden Christen wie unter anderen Konfessionen Unerschrockene, die sich dem Weg in den Unrechtsstaat trotz der eigenen Machtlosigkeit entgegenstellten. Manifestationen des Widerstandes – dies zeigt sich besonders deutlich bei regionalen Detailuntersuchungen² – sind nicht einseitig klassenspezifisch zu deuten.

Das «andere Deutschland» – seine Stimme hat sich nur noch im Ausland, und auch dort zunehmend bedrängt, erheben können. Im Exil haben Hitler-Gegner alles darangesetzt, Europa vor dem faschistischen Imperialismus zu warnen. Das Unternehmen, das Ausland rechtzeitig gegen Hitler zu mobilisieren, endete als Fehlschlag. Allen Warnungen zum Trotz suchten die europäischen Westmächte im Appeasement das Mittel, den deutschen Diktator zur Vernunft zu bringen. Ist es den deutschen Oppositionsgruppen im Ausland anzu-

lasten, dass sie nicht jene Bedeutung zu erlangen vermochten wie einst das deutsche Exil in der Zeit des Vormärz oder während Bismarcks Sozialistengesetzen?

Im letzten Jahrhundert war die Schweiz zum Hauptquartier der in Europa verfolgten fortschrittlichen und revolutionären Kräfte geworden. Von hier aus wurden Umsturzpläne geschmiedet, Kampfschriften gedruckt und illegal über die Grenze geschmuggelt. Der Polizeiterror Bismarcks konnte erfolgreich unterlaufen werden, weil zwei günstige Voraussetzungen erfüllt waren: Im benachbarten Ausland und insbesondere in der Schweiz standen Operationsbasen zur Verfügung, die für die politische Agitation den ganzen technischen Apparat bereitstellten; als Verteilernetz dienten in Deutschland Untergrundorganisationen, die trotz der Sozialistenverfolgung intakt geblieben waren.

Rund fünf Jahrzehnte später herrschten ganz andere Bedingungen. Von der einstigen Freizügigkeit der Asylgeber war unter dem Druck der stark veränderten politischen Verhältnisse wenig übriggeblieben. Bessere Gegebenheiten, wie sie das Prager Exil bot, konnten nicht ausgeschöpft werden; denn ohne die Hilfe illegaler Kampforganisationen – diese schmerzliche Erfahrung machte die emigrierte sozialdemokratische Parteileitung – mussten die unternommenen Anstrengungen ins Leere laufen. Die Verluste unter den unentwegten Aktivisten hatten sich mehr und mehr zum Kahlschlag geweitet. Spätestens seit den Vernichtungsschlägen von 1935 wurde die Gestapo zu einem äusserst wirksamen Instrument des Terrors. Umso deprimierender wirkte die Erkenntnis, dass das Ausland keine Massnahmen ergriff, mit denen sich Hitler in die Schranken hätte weisen lassen. Nicht zu Unrecht wird den Befürwortern einer Politik des Ausgleichs und der Kompromisse mit Hitler-Deutschland eine Mitschuld am verhängnisvollen Weg in den Zweiten Weltkrieg angelastet.

Dem in sich zersplitterten innerdeutschen Widerstand blieb es überlassen, unmittelbar auf einen Sturz des Naziregimes hinzuarbeiten. An nachträglicher Kritik hat es nicht gemangelt. Linksorientierte Gruppierungen wie die «Rote Kapelle» wurden als Landesverräter und Saboteure eingestuft, denen kein Widerstandsstatus zukomme. Liberalen und konservativen Hitler-Gegnern machte man zum Vorwurf, mit autoritären oder gar reaktionären Konzeptionen unfähig zu einem sozialen und demokratischen Staatsneubau gewesen zu sein. Derartige Kontroversen sollten das Wichtigste nicht vergessen lassen: Wie immer die gewählten Methoden beurteilt werden, so war das letztlich gemeinsame Ziel, die Hitler-Diktatur zu beseitigen und ihre Verbrechen zu

unterbinden, in allen Fällen nur durch die Bereitschaft anzustreben, das eigene Leben der ständigen Gefährdung auszusetzen. Erschütternde Berichte zeugen vom schweren Schicksal jener, die ihre antinazistische Haltung mit dem Tode bezahlten. Die Rachejustiz machte selbst vor der Sippenhaftung nicht halt. Den Opfern des Terrors und den vielen um ihrer Gesinnung willen Verfolgten gebührt mehr als nur Respekt. Sie haben zusammen mit den Verschwörern des 20. Juli 1944 Zeichen gesetzt, die auf jenes «andere Deutschland» wieder hoffen liessen. In diesem Sinne kommt dem innerdeutschen Widerstand eine Bedeutung zu, die über der Frage nach seiner Effizienz steht. Zu einer Freiheitsbewegung vermochte er sich nicht zu formieren. Der Mangel an konsequentem Handeln, solange Hitler in der Aussenpolitik und dann auf dem Schlachtfeld die Rolle des genialen Triumphators spielen konnte, sowie die Inkohärenz dieser Opposition, die unter der eigenen menschlichen Unzulänglichkeit litt, hinterlassen ein Gefühl der Frustration. «Was ist vom deutschen Widerstand im Ganzen geblieben?» Die Frage stellte 1970 der einstige Mitverschwörer Eugen Gerstenmaier, um resigniert zu antworten: «Im öffentlichen Bewusstsein der Deutschen wenig oder nichts³.» Die Geschichte der Hitler-Opposition ist erfüllt von falschen Hoffnungen und Fehlschlägen; ihr fehlt es an zündenden Beispielen, die ihr wenigstens retrospektiv in breiten Volksschichten mehr Resonanz verschafft hätten. Die Diskussion darüber, ob die Naziverbrechen nicht «irgendwie» zu verhindern gewesen wären, verliert sich im Labyrinth der angeblich unverrückbaren Faktizitäten. Bekanntlich, so lautet die geläufige Argumentation, sind seit 1933 fast ununterbrochen von den verschiedensten Oppositionsgruppen Pläne erwogen worden, einen Umsturz herbeizuführen. Peter Hoffmann hat in seinem Standardwerk versucht, den Widerstandsregungen bis in alle Verästelungen nachzuspüren⁴. Die Goerdeler-Biographie von Gerhard Ritter⁵, Ger van Roons Studie über den Kreisauer Kreis⁶, die Stauffenberg-Biographie von Christian Müller⁷ – diese und manch anderes bedeutsames Werk gehören zu den Klassikern der Widerstandsforschung⁸.

Soweit es sich um rein positivistische Schilderungen handelt, verdichtet sich der Eindruck, zur Beseitigung des Diktators sei fast alles unternommen worden, den Anschlägen sei eben kein Erfolg beschieden gewesen. Die immer von Neuem verschärften Sicherheitsmassnahmen und das sprichwörtliche Glück Hitlers hätten alle Bestrebungen wieder zunichte gemacht. Obwohl solche Argumentationen nicht unmittelbar zu widerlegen sind, haben sie den Argwohn nie auszuräumen vermocht, ein konsequenteres Handeln hätte zu

ganz anderen Ergebnissen führen können. Das Verlangen nach einem Heldenmythos, nach einem von Mitschuld unbefleckten Tyrannenbefreier, der sich über alle Schranken und Zwänge hinweg dem Diktator entgegenstellte, kommt nicht von ungefähr.

Während Millionen von rassistisch, politisch und konfessionell Verfolgten ihre sukzessive Entrechtung in ohnmächtiger Verzweiflung über sich ergehen lassen mussten, während die von aktiven Oppositionsgruppen getroffenen Vorbereitungen immer wieder in nichts zerrannen, wird nun der Schweizer Hitler-Attentäter zum leuchtenden Beispiel dafür, dass es noch eine andere einsam gebliebene Dimension des kompromisslosen Opferganges gegeben hat. Maurice Bavaud handelte, ohne nach dem Erfolg zu fragen. Ganz auf sich allein gestellt, machte er sich auf die Suche nach Hitler von dem festen Willen beseelt, ihn umzubringen, sobald er ihn stellen könne. Es verschlägt nachträglich noch den Atem, verfolgt man, wie er nach Deutschland fuhr, in Berlin, Berchtesgaden und München dem Diktator nachjagte und dabei alle Vorstellungen über das Funktionieren der bestehenden Sicherheitsmassnahmen umwarf. Der Gedanke liegt nahe: Wenn manch Todesmutiger so wie Maurice Bavaud gehandelt hätte, wäre Hitler vielleicht von seinem Schicksal ereilt worden, bevor er über die Menschheit den millionenfachen Tod bringen konnte. Allein nach dem äusseren Ablauf beurteilt, spricht aus diesem bedingungslosen Opfer eine Klarheit, die keine Verstrickung in komplizierte Sachverhalte einer widrigen Wirklichkeit kennt, die das Naziregime mit seinen Repressionsmechanismen schuf.

Ob das Beispiel von Maurice Bavaud tatsächlich neue Massstäbe setzt oder ob derartige Deutungen ein Utopia vorgaukeln, das die Einsicht in die realen Gegebenheiten verdeckt, darüber möchte die im Hauptteil dieses Buches vorgelegte Untersuchung über das bis vor Kurzem kaum bekannte Attentatsvorhaben Gewissheit bringen. Die zurechtgeformte Legende vom «Alleintäter» unterschlägt, dass zwei Opfer ihr Leben hingeben mussten: Maurice Bavaud und Marcel Gerbohay. Die Geschichte der beiden Freunde ist durchwirkt von einer tiefen Tragik, in die sich Empörung über die Art und Weise mischt, wie beide schutzlos der unerbittlichen Blutjustiz ausgeliefert worden sind. Die ergreifenden Hilferufe des Vaters Alfred Bavaud, ein «Volksgerichtshof», für den das Todesurteil feststand, die pitoyable Haltung des Schweizer Gesandten in Berlin und das inhumane Verwirrspiel deutscher Amtstellen auf

Kosten der leidtragenden Familie – dies alles ruft nach Anteilnahme für ein Menschendrama, wie es dichterische Phantasie kaum auszudenken vermag. Eine zweite spezielle Studie gilt vor allem denjenigen Vorstössen zur Ermordung Hitlers, die abseits der bekannten Oppositionsgruppen erfolgt sind. Seltensam genug, wie wenig man mit dem Einzeltäter Georg Elser anzufangen weiss⁹! Dieser aus der Anonymität aufgetauchte Handwerker erscheint in mancher übergreifenden Darstellung als eine Art von Kuriosität, wird fast immer völlig isoliert am Rande erwähnt. Ohne traditionellen und geistesgeschichtlichen Hintergrund blieb er weit unter Stauffenberg eingestuft, obwohl seine Bombe am Anfang und nicht gegen Ende des Krieges explodiert ist. Die Diskrepanz wirkt befremdlich, vergleicht man, welches Gewicht den nicht realisierten Absichten von Hans Oster und Erich Kordt zugemessen wird, die zur Zeit des Elser-Attentats erwogen, Hitler mit Sprengstoff umzubringen. In der 1968 erschienenen Studie «The Conspiracy against Hitler in the Twilight War» des bekannten Historikers Harold C. Deutsch ist Elser lediglich in der Rolle des Störenfrieds gegenwärtig. Sein Bombenanschlag im Münchner Bürgerbräukeller vom 8. November 1939 hat es verunmöglicht, dass Oster sich wegen der daraufhin verschärften Kontrollen den benötigten Sprengstoff beschaffen konnte. Im Vergleich zum Elser-Attentat nehmen sich die damaligen Aktivitäten des Abwehroffiziers und des deutschen Diplomaten dürftig aus. Dennoch räumt ihnen die einschlägige Sekundärliteratur einen unverhältnismässig breiten Raum ein, weil diese Geschichte die bekannten Fäden weiterspinnend: Sie dokumentiert die Widerstandsregungen aus jenen militärischen und zivilen Kreisen, von denen sich am ehesten ein Staatsstreich mit dem Ziel erhoffen liess, eine grundlegende Veränderung herbeizuführen. Es versteht sich von selbst, dass ein Einzelgänger ein breit abgesichertes System nicht stürzen konnte. Da aber auch einflussreicheren Oppositionsgruppen für einen derartigen Umschwung die Basis fehlte, kam der Ermordung des Diktators vorrangige Bedeutung zu. Solange er sich in der Öffentlichkeit zeigte, drohte ihm nicht nur aus einer einzigen Richtung Lebensgefahr. Daher gilt es, vermehrt auch diejenigen Grenzbereiche mit einzubeziehen, die kaum oder nicht mehr im eigentlichen Sinn dem Widerstand zugehören. Maurice Bavaud und Marcel Gerbohay sind vielleicht das bewegendste, aber keineswegs das alleinige Beispiel dafür, dass die Vorstösse aus der Anonymität und dem scheinbar Abseitigen zu Unrecht als ephemere übergegangen wurden.

Obwohl unter weitestgehender Vermeidung ausgetretener Pfade die Bestrebungen zur Beseitigung Hitlers das verbindende Grundthema bilden, versteht

sich auch die dritte Untersuchung, die an den Anfang gestellt ist, als in sich selbst abgeschlossen. Die Mehrzahl konkreter Attentats- und Umsturzpläne ist aus Widerstandskreisen bekannt geworden, die mit dem Regime kürzere oder längere Zeit liiert gewesen sind. Über die Problematik des Mitmachens, um Schlimmeres zu verhüten, ist vielfach und kontrovers geschrieben worden. Der untaugliche und geheimgehaltene Versuch der Schweizer Militärjustiz, Hans Bernd Gisevius nach dem Zweiten Weltkrieg den Prozess zu machen, illustriert die Verstrickung des systemgebundenen Widerstandes auf eindruckliche Weise. Gisevius, Oster und Canaris – sie zählten jeder auf seine Weise zum inneren Kreis jener Oppositionskräfte, die von 1938 bis 1943 aktiv auf den Umsturz hinarbeiteten. Der auf die Anklagebank gesetzte Hitler-Gegner empfand die Strafuntersuchung als Ausdruck völliger Ignoranz für die Schwierigkeiten und Gefahren, denen die Verschwörer im Dritten Reich ausgesetzt gewesen waren. Hans Bernd Gisevius wird man Lauheit nicht zum Vorwurf machen können: Er hat fast unermüdlich zur Aktion gedrängt. Dennoch erweist sich an seinem Beispiel anschaulich, weshalb diesem Widerstand keine mythische Verklärung erwächst. Die Realitäten sind anders geartet als Utopia. In ihnen bis zum exzessiven Opportunismus verwurzelt war der Hauptangeklagte dieses Strafverfahrens: der im Tessin lebende Finanzmagnat Eduard Freiherr von der Heydt, dessen vielgerühmtes Mäzenatentum eine suspektere Kehrseite aufweist.

Durch die Anklage sah sich Gisevius veranlasst, seinerseits die von der Schweiz befolgte Überlebensstrategie, mit der sie die Einkreisung durch die Achsenmächte unversehrt überdauern konnte, in Frage zu stellen. Im Gegenzug drohte er seinen Anklägern mit «Enthüllungen», wobei er es verstand, die empfindlichsten Schwachstellen offenzulegen. Die doppelbödiges Langzeitstrategie des Kleinstaates zeigte in manchem ähnliche Verhaltensweisen, wie sie dem getarnten Widerstand zu eigen gewesen waren. Diesen allein an seinen eingegangenen Konzessionen zu beurteilen, ist – sei es aus Absicht oder Unvermögen zur Differenzierung – die billigste Methode, ihn zu diskreditieren. Der Prozess gegen die Mitbeschuldigten Gisevius und Rechtsanwalt Josef Steegmann ist nie zustande gekommen. Völlig anders liegen die Verhältnisse im Fall von der Heydt. Das Verfahren gegen den prominenten Bankier endete mit Freispruch – einem Urteil, das der historischen Nachprüfung nicht standhält.

1. Opfer seiner Tarnung: Hitler-Gegner Hans Bernd Gisevius

Hans Bernd Gisevius hat seinen Auftritt vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg Ende April 1946 wirkungsvoll vorbereitet. Zwei Monate zuvor war in Zürich der erste Band seines Buches «Bis zum bitteren Ende» erschienen, der die Ereignisse vom Reichstagsbrand bis zur Fritsch-Krise schilderte. Der Verfasser präsentierte sich darin als intimer Kenner der nationalsozialistischen Führungselite. Viel Beachtung fand bereits sein Vorabdruck in der «Neuen Zürcher Zeitung» über die Vorgänge des 30. Juni 1934, über den angeblichen Röhm-Putsch und Hitlers blutrünstige Abrechnung. Mit seiner Publikation war er zwei weiteren Zeugnissen des Widerstandes, im gleichen Jahr und ebenfalls in Zürich erschienen, zuvorgekommen: dem Bericht von Fabian von Schlabrendorff «Offiziere gegen Hitler» sowie den nachgelassenen Tagebüchern Ulrich von Hassells¹. Nachdem er als Zeuge der Verteidigung für Schacht und Frick nach Nürnberg vorgeladen worden war, wurden seine Aussagen über die Bestrebungen des innerdeutschen Widerstandes für die Öffentlichkeit zur sensationellen Enthüllung. Bis dahin war in dem langwierigen Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher fast ausschliesslich von den Schändlichkeiten der Naziführer die Rede gewesen. Mit der Befreiung der Konzentrationslager, deren todbringendes Innenleben mit allen Grausamkeiten nunmehr durch unwiderlegbare Bildberichte drastisch vor Augen geführt wurde, war die lange verdrängte Wahrheit weltweit zur Gewissheit geworden. Die hier begangenen Massenverbrechen belasteten das ganze deutsche Volk aufs schwerste. Die Frage nach der Kollektivschuld führte zu heftigen Kontroversen. Davon, dass es in Deutschland auch Leute gab, die gegen das Hitler-Regime gearbeitet hatten, wollte die amerikanische Besatzungsmacht nichts wissen. Veröffentlichungen über den 20. Juli 1944 wurden in den zwei ersten Nachkriegsjahren von der Zensur unterdrückt. Daher herrschte im Gerichtssaal grösste Aufmerksamkeit, als Gisevius, soweit dies im Rahmen der Zeugeneinvernahme möglich war, Putschpläne enthüllte, die die innere Opposition seit 1938 gegen Hitler geschmiedet hatte. Einzelne Angeklagte wurden durch seine Aussagen schwer belastet. Die Verteidigung des früheren Chefs des Reichssicherheitshauptamtes, Ernst Kaltenbrunner, hat er völlig zerschlagen. Dessen Behauptung, von den Massenmorden nichts gewusst zu haben, trat Gisevius mit präzisen Aufschlüssen darüber entgegen, mit welcher zynischer Offenheit unter den Gestapoführern über diese Verbrechen gesprochen worden war. Auch für Göring und Keitel wurde er zu einem Hauptbelastungszeugen².

Hans Bernd Gisevius machte sich zum berufenen Wortführer des innerdeutschen Widerstandes aus der Zeit des Dritten Reiches. Er sprach im Namen seiner «Freunde», die als Gegner Hitlers ihr Leben geopfert hatten. Seit 1933 hat er, folgt man seinem Bericht, als Mahner und aktiv Handelnder dem innersten Kreis führender Widerstandskämpfer angehört und wahrte jetzt als einer der wenigen Übriggebliebenen deren Vermächtnis. Im Vorwort zum zweiten Teil seines Buches unterstrich er ausdrücklich, dass seine Ausführungen zu einem grossen Teil in Nürnberg unter Eid erhärtet worden seien³. Seine Berichte, getragen von einem ausgeprägten Geltungstrieb und auch gezeichnet von persönlichen Ressentiments, haben zu scharfer Kritik herausgefordert⁴. Trotz aller Befehdung galt er vielen als kompetenter Anwalt des deutschen Widerstandes, eigenwillig und wenig durchschaubar zwar, dennoch authentisch als eine treibende Kraft im Kampf zur Beseitigung Hitlers. Als Anfang der sechziger Jahre die wissenschaftliche Erforschung zur Widerstandsthematik allmählich Tiefe gewann, lag das Erinnerungswerk von Gisevius bereits in vierzehn Sprachen übersetzt vor.

Man kann es ihm nachfühlen, wie peinlich ihm die Entdeckung gewesen sein muss, dass die schweizerische Militärjustiz gegen ihn am 15. Mai 1946 wegen seiner Aktivitäten im Dienste der Abwehr eine Strafuntersuchung eröffnet hat. Laut der Anklageschrift vom 11. November 1946, die ihm erst vier Monate später vor Augen kam, sollte er sich wegen «fortgesetzter Vorschubleistung zum militärischen Nachrichtendienst sowie der fortgesetzten Vorschubleistung zum Nachrichtendienst gegen fremde Staaten (StGB. Art. 274, 1; Art. 301, 2)» vor dem Divisionsgericht 6 verantworten. Für den bekannten Hitler-Gegner bedeutete dies einen Tiefschlag ohnegleichen. Eine Indiskretion über das eingeleitete Strafverfahren würde für ihn verheerende Folgen zeitigen. Nachdem er sich derart als Hauptzeuge für die Sache des Widerstandes exponiert hatte, warteten seine Gegner und mit ihnen auch die Masse der nationalsozialistischen Parteigänger nur auf eine Gelegenheit, den verhassten Widersacher zu desavouieren. Es gelang jedoch, dieses auch für die Schweiz höchst brisante Verfahren vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten.

In unserem Zusammenhang interessiert die durch diese Anklage provozierte Verteidigung von Gisevius vor allem deshalb, weil sie aus ungewohnter Perspektive die verhängnisvolle Ambivalenz beleuchtet, die unter den Zwängen des Dritten Reiches dem Widerstand auferlegt war – Zwänge, die auch im Verhalten der Schweiz gegenüber dem übermächtigen Hitler-Deutschland ih-

ren Niederschlag fanden. Wer war Hans Bernd Gisevius? Einige biographische Stichworte müssen hier genügen.

Als Sohn eines Oberverwaltungsgerichtsrates beschritt der am 14. Juni 1904 in Arnsberg (Westfalen) geborene Gisevius zunächst vorgegebene Wege. Er studierte Rechtswissenschaften, promovierte 1929 und meldete sich zum Dienst in der preussischen Verwaltung. Niemand hat den ehemaligen deutschnationalen Jugendführer gezwungen, in Berlin als Assessor ins Geheime Staatspolizeiamt (Gestapa) einzutreten. Vielmehr unternahm er alle Anstrengungen, um gegen den Willen des damaligen Gestapochefs Rudolf Diels in dem später so berühmten Gebäude in der Prinz-Albrecht-Strasse Anstellung zu finden. Dies war im August 1933, in einer Zeit, als der Kampf um die Polizeigewalt mitten im Gange war. Die damalige Rolle des jungen Gestapomitarbeiters ist umstritten. Zwei Monate nach seinem Eintritt sah sich Diels seines Amtes enthoben. Gisevius und sein neuer, alsbald vielbeschworener Freund Arthur Nebe, der spätere Chef des Reichskriminalamtes, hatten erfolgreich gegen ihn intrigiert und den Leiter der politischen Polizei in den Geruch eines verkappten Kommunisten gebracht. Beide wurden zu Mitgliedern einer Kommission bestellt, die die Reorganisation der Gestapo hätte an die Hand nehmen sollen. Dies ist jedenfalls die Version des einstigen Stahlhelmers; dabei spricht er von einem «erfreulichen Ansatz, die Dinge zum Guten zu wenden⁵». Das Gestapa hatte Göring als Machtinstrument zur Verfolgung aller Gegner des nationalsozialistischen Staates konzipiert, und es ist angesichts der dieser Institution zugeordneten Aufgaben nicht abzusehen, wo sich das von Gisevius behauptete «Gute» hätte finden lassen. Er selbst wie auch Diels machten nicht zu Unrecht geltend, die Eigenmächtigkeit des SA-Terrors bekämpft zu haben, aber zugleich ist beizufügen, dass es vorrangig nicht um Prinzipien der Humanität, sondern der Zuständigkeit ging. Die zusätzlichen Rivalitäten innerhalb der Gestapo waren dazu angetan, den Vormarsch von Himmler und Heydrich nach Berlin zu beschleunigen, die die politischen Polizeien aller nicht-preussischen deutschen Länder in ihre Gewalt brachten.

Diels, dem die Rückkehr in sein Amt gelang, versetzte Ende 1933 seinen Widersacher in die Provinz. Gisevius liess sich auf diese Weise jedoch nicht ausmanövrieren. Dank der Protektion von Staatssekretär Grauert kam er im preussischen Innenministerium unter und blieb in Berlin. Er gewann das Vertrauen des Reichsinnenministers Wilhelm Frick und setzte seine Fehde mit dem nur wenig älteren, nicht minder ehrgeizigen Diels fort. Ganz offensichtlich war es sein Ziel, selbst Gestapochef zu werden.

Nach dieser ihn lockenden Machtposition strebte er auch dann noch, als Diels dem Druck von Himmler und Heydrich hatte weichen müssen. «Mein Wettlauf mit Diels», so schreibt Gisevius unverblümt, «musste vorzeitig abgebrochen werden. Denn während ich mich unverdrossen bemühte, meinem Widersacher auf den Fersen zu bleiben, wurden wir beide von einem Dioskurenpaar überrundet, das nicht gesonnen war, lebend wieder den Siegespreis aus der Hand zu geben: nur meinem jugendlichen Leichtsinn kann ich es zuschreiben, wenn ich mir zeitweise ernstlich einbildete, auch diese zwei schwarzen Herolde einer düsteren Zukunft aus dem Rennen schlagen zu können⁶.» Über den Charakter dieses von Gisevius für sich erhofften «Siegespreises» – auch ohne Himmler und Heydrich – gibt es keine Zweifel! In jener Zeit des Aufbruchs zum «neuen» Deutschland haben auch andere spätere Hitler-Gegner Hoffnungen gehegt, die sich dann als Illusionen erwiesen. Es wäre allzu billig, dies im Einzelnen nachzurechnen. Im Fall Gisevius ist dieser Misserfolg in der Frühphase zum Schlüsselereignis geworden. Seine aus einem Rivalitätsverhältnis entstandene Gegnerschaft zu den Mächtigen der Gestapo weitete sich schliesslich zu einer Bekämpfung des Hitler-Regimes überhaupt aus.

Mit Himmlers Ernennung zum Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern am 17. Juni 1936 war für Gisevius auch am preussischen Landeskriminalamt kein Platz mehr; er wurde endgültig aus dem Polizeidienst entlassen. Obwohl er noch bei den Regierungen in Münster und Potsdam Beschäftigung fand, war er von der Position her ohne Einfluss, verfügte aber vor allem dank seiner Beziehungen zum Reichskriminaldirektor Nebe stets über vielfältige Informationen.

Schon bald konnte Gisevius, der im November 1933 Antrag auf Aufnahme in die NSDAP gestellt hatte⁷, für seine Bestrebungen einen neuen Verbündeten gewinnen: Major Hans Oster, damals Referent in der Abwehrgruppe III. Daraus entstand eine langjährige Verbindung zur Widerstandsgruppe im Amt Canaris, das sich durch Heydrichs Sicherheitsdienst zunehmend bedroht sah. Oster und Gisevius haben seit der Blomberg-Fritsch-Krise Anfang 1938 fast unermüdlich Umsturzplänen nachgejagt. Dank der Protektion durch den bis zum Generalmajor aufgestiegenen Hans Oster wurde Gisevius im Oktober 1940 als Vizekonsul getarnt in das deutsche Generalkonsulat Zürich eingebaut; er war nun als Sonderführer der Abwehrabteilung bestrebt, sich von der Schweiz aus dem Oster-Kreis nützlich zu machen. Dort begann er Verbindungen zu Vertretern anderer Geheimdienste zu knüpfen, insbesondere zu

Allen W. Dulles, dem seit November 1942 in Bern residierenden Chef des amerikanischen Geheimdienstes für Zentraleuropa⁸.

Zum Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 ist Gisevius trotz des gegen ihn vorliegenden Verhaftungsbefehls gerade noch rechtzeitig nach Berlin geeilt. Dass er vom sicheren Zürich aus den Ausgang des Putsches nicht abgewartet hat, widerlegt jene Kritiker, die sein mutiges Engagement gegen Hitler nicht gelten lassen wollen. Er fühlte sich dann aber düpiert, weil ihn die Akteure des 20. Juli übergangen hatten. Aus akuter Lebensgefahr gelang ihm im Januar 1945 die Flucht in die Schweiz, wo ihm Asyl gewährt wurde⁹.

Dass er nun zwei Jahre später von der schweizerischen Militärjustiz auf die Anklagebank gesetzt werden sollte, empörte ihn aufs Äusserste. In seinen Verteidigungsschriften liess er nichts unversucht, die Schweizer von der Durchführung dieses Gerichtsverfahrens abzuschrecken. Es war eine kaum verhüllte Drohung, wenn er seine Ankläger warnte: «Ich habe meinen guten Namen zu verteidigen, weshalb sich die Anklagebehörde nicht wundern möge, sollte sich zwangsläufig meine Verteidigungsschrift zu einem ganzen Buche auswachsen, in dem allerhand Dinge zu lesen sein würden, von denen ich bislang dachte, man überginge sie besser mit diskretem Schweigen¹⁰.»

Obwohl an seinem Engagement für die Opposition nicht zu zweifeln war, stellten sich für eine Verteidigung erhebliche Schwierigkeiten. Wenn seinen beiden der Rechtfertigung dienenden Schriftsätzen¹¹ die gewünschte Klarheit fehlt, so lag dies in der getarnten Widerstandsarbeit begründet; diese nachträglich in Detailfragen zu beweisen, warf Probleme auf, weil die Aufbewahrung belastender Dokumente in gefahrvoller Zeit hatte vermieden werden müssen. Solche Beweisnöte sind auch aus anderen Gerichtsverfahren bekannt, so etwa beim Wilhelmstrassenprozess im Fall des Diplomaten und Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker. Wer auf zwei Schultern trug, geriet ins Zwielficht, wurde in dunkle Machenschaften verstrickt. Selbst ein Gisevius, dem das Pläneschmieden gegen Hitler und seine Trabanten zur zweiten Profession geworden war, entging nicht dem Vorwurf des zweifelhaften Doppelspiels. Seine Tätigkeit im Rahmen des deutschen militärischen Spionagedienstes weckte ihm gegenüber schwerwiegende Vorbehalte. Um Argumente war er allerdings nicht verlegen. Hatte er sich «der fortgesetzten Vorschubleistung zum Nachrichtendienst gegen fremde Staaten» schuldig gemacht, so waren dies ihm gemäss ausschliesslich Handlungen gegen Hitler-Deutschland im Auftrag seines oppositionellen Freundeskreises gewesen. Während

in Nürnberg die Alliierten soeben Nazikriegsverbrecher abgeurteilt hatten, wollte nach seiner Leseart die Schweizer Militärjustiz in Umkehrung aller Dinge ausgerechnet dem deutschen Widerstand den Prozess machen. Was anderes hatten er und seine Gesinnungsfreunde um den Abwehrgeneral Hans Oster unternommen als mit allen Mitteln das Hitler-Regime zu bekämpfen?

- «a.) Meine Freunde und ich taten alles Erdenkliche, England und Frankreich vor Hitlers Kriegsabsichten zu warnen und beide Mächte fortlaufend von den Vorbereitungen eines militärischen Überfalls in Kenntnis zu setzen.
- b.) Nach Ausbruch des Krieges haben wir (fortgesetzt und vorsätzlich) und zwar durch die Kanäle der militärischen Nachrichtendienste gegen fremde Staaten' sehr präzise und rechtzeitige Warnungen an folgende, durch die Hitlerinvasion bedrohte Länder durchgegeben: Norwegen, Holland, Belgien, Jugoslawien, Russland.
- c.) Desgleichen haben wir während des Krieges an alle jeweils interessierten Mächte solche Informationen weitergeleitet, die geeignet waren, im militärischen und politischen Kräftefeld die hitlerischen Pläne einer Unterjochung Europas zu durchkreuzen oder eine Kriegsverlängerung zu verhindern.
- d.) In einer grossen Anzahl von in Deutschland anhängigen Landesverratsverfahren oder von Spionage-Abwehraktionen in den besetzten Gebieten haben wir die Spuren verwischt. Ungezählte Deutsche, aber auch ungezählte Mitglieder der europäischen Untergrundbewegungen, sind auf diese Weise vor dem Zugriff geschützt worden.
- e.) In fortlaufenden Hilfsaktionen, angefangen mit der illegalen Durchschleusung der Familie des Berner polnischen Militärattachés Szoymanski bis zur Rettung von Juden – um nur zwei Aktionen hier anzuführen, die mit Förderung der Schweizer Militär- und Polizeistellen erfolgten – haben wir an unserem bescheidenen Teile versucht, manches Elend zu mildern oder zu verhindern¹².»

2. Das Unternehmen «V7»

Die von Gisevius erwähnte Aktion zur Rettung von Juden führt mitten in höchstinteressante Zusammenhänge. Bei dem vor Divisionsgericht 6 anhängig gemachten Verfahren lag es nicht in der Absicht der Anklage, humanitäre Hilfeleistungen nachträglich noch als illegal zu verfolgen. Dass derartige Unternehmungen der Tarnung bedurften, versteht sich von selbst. Dennoch waren es gerade diese Schutzmassnahmen, die zur Quelle von Verdächtigungen wurden. Dabei hatte die offizielle Schweiz Veranlassung genug zur Selbstkritik. Sie hatte sich bei der von Gisevius angedeuteten humanitären Rettungsaktion wie in ihrer gesamten damaligen Flüchtlingspolitik als äusserst kleinstmütig erwiesen. Im Oktober 1942 war der Chef der Eidgenössischen Polizeibehörde, Dr. Heinrich Rothmund, nach Berlin gereist, um im Reichssicherheitshauptamt deutsche Erschwernisse bei Pass- und Einreisefragen auszuräumen. In jenem Monat las man in Schweizer Zeitungen von «Todes-

transporten» aus Berlin. Die «Reformierten Flugblätter» des Flüchtlingspfarrers Paul Vogt appellierten an die Öffentlichkeit: «Über das Volk der Juden, das Volk Gottes, ist ein grosses Sterben gekommen. Europa hallt wider von Sterbeschreien. In Europa gellen die Schreie der Sterbenden, die erschossen, vergast, zermalmte wurden¹.» Über die Massentötungen hat der Chef der Polizeiabteilung auch aus jüdischen Kreisen der Schweiz detaillierte Informationen erhalten. An alarmierenden Berichten hat es nicht gefehlt. Es war dies keine Frage des Wissens, sondern des Wissenwollens².

In Berlin erklärten sich die Gastgeber von der SS bereit, Rothmund das, wie er schreibt, «Konzentrationslager Oranienburg» zu zeigen. Sein Bericht enthält unter anderem die «Feststellungen»: «Das Lager hat Raum für 18'000 Personen und ist mit 14'000 belegt. Von diesen werden die meisten tagsüber zur Arbeit in Fabriken, Steinbrüchen usw. auswärts geführt ... Als schwerste Strafe im Lager ist die Prügelstrafe vorgesehen ... Es wurde mir das Barackenspital gezeigt, das mit allem Notwendigen ausgerüstet ist, auch mit einem Operationszimmer. Für alle Lungenkranken bestehen Röntgenaufnahmen, auch Stühle für Liegekuren; sie erhalten zusätzliche Nahrung³.» Das Lager Oranienburg war schon 1935 geschlossen worden. In dem von Rothmund besuchten Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg sind Tausende von russischen Kriegsgefangenen erschossen worden. Im zum Lager gehörigen Klinkerwerk kamen viele Juden durch Hunger und Kälte um, andere wurden mit Todestransporten nach Mauthausen, Bergen-Belsen oder Lublin verbracht. Die von Rothmund erwähnten Tuberkulosekranken sind 1943 und 1944 zur Tötung aus den Spitalbaracken fortgetrieben worden. Überlebende haben über die Vernichtungsaktionen gegen Invalide (Todestransport «Kräutergarten») und Kranke berichtet: «Auch wurde eine Reihe von schwerkranken Häftlingen direkt nach dem zum Lager gehörigen Krematorium gebracht. Die Zahl der dabei ums Leben gekommenen Häftlinge ging in die Tausende⁴.»

Zur Zeit des Rothmund-Besuches wurden die Gefangenen vermehrt als Arbeitskraft für die Kriegswirtschaftsproduktion missbraucht. Die Ausbeutung der Häftlinge war nur möglich, wenn sie von ihren Häschern nicht schon am Anfang zu Tode geprügelt wurden. Himmler gab am 2. Dezember 1942 denn auch offiziell einen Runderlass heraus, wonach die Prügelstrafe «in Zukunft nur als letztes Mittel» anzuwenden sei⁵. Der Besuch aus der Schweiz liess sich mit solcher Theorie abpeisen; ihm wurde Sachsenhausen als «Arbeitslager» präsentiert; die düstere Wirklichkeit sah er nicht, wollte sie nicht se-

hen. Insgesamt sind von den rund 150'000 Häftlingen in Sachsenhausen schätzungsweise 60'000 ermordet oder zugrunde gerichtet worden; von den 20'000 russischen Kriegsgefangenen wurden etwa 18'000 erschossen oder mit Phenolinjektionen getötet. Welche Verblendung, wenn Rothmund meinte, Himmlers Schergen beim gemeinsamen Mittagessen im Konzentrationslager eine Lektion in schweizerischem Antisemitismus erteilen zu müssen: «Ich versuchte, den Herren klarzumachen, dass Volk und Behörden in der Schweiz die Gefahr der Verjudung von jeher deutlich erkannt und sich stets so dagegen gewehrt haben, dass die Nachteile der jüdischen Bevölkerung durch die Vorteile wettgemacht wurden, während das in Deutschland nicht der Fall war⁶.» Die heutige deutsche Methode sei falsch «und gefährlich für uns alle, weil sie uns letztendlich die Juden auf den Hals jage». Davor fürchtete sich der Schweizer Polizeichef am meisten; er hatte die Grenzen für jüdische Flüchtlinge längst verriegelt. Rassenverfolgte waren keine politischen Flüchtlinge!

Rothmund will seine Zuhörer «nachdenklich» gestimmt haben. Unabhängigkeit liess sich auch in dieser pervertierten Form demonstrieren. Seine Belehrung verfolgte die Absicht: «Mir war einzig und allein darum zu tun, dass die für die Judenfrage polizeilich zuständigen Leute wissen, dass wir uns, soweit nötig, der Juden zu erwehren verstehen und es auch tun, dass wir aber weder eine Mithilfe des Auslandes, dessen Methoden wir als falsch auch ablehnen, noch eine Einmischung brauchen oder zulassen⁷ ...». «Wer hörende Ohren und sehende Augen hat», so mahnten auf der anderen Seite Protagonisten der schweizerischen Flüchtlingshilfe, «mit dessen Ruhe und Behäbigkeit und Selbstsicherheit ist es gründlich aus⁸.» Es war bequemer, sich gutgläubig zu stellen, die Warnungen als «Feindpropaganda» abzutun. Rothmunds Bericht hat dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement als Grundlage für die Beurteilung gedient, wie Juden in den Konzentrationslagern behandelt würden. Bis 1944/45 die Meldungen nicht mehr zu ignorieren waren, will man nach Bundesrat von Steiger entgegen der ihm bekannten Tatsachen für die Massenmorde noch keine festen Anhaltspunkte gehabt haben⁹. Dieses Verhaltensmuster entsprach durchaus den Verhaltensweisen von Deutschen, die ihre Ahnungen erfolgreich verdrängt hatten. Die Sorge, die Schweiz könnte von endlosen Flüchtlingsströmen ins Kriegselend gerissen werden, trieb zu solcher Verhärtung. Das Boot hatte nicht beliebig Platz, aber bedeutend mehr, als viele seiner Insassen wahrhaben wollten. Zwiespältiges findet sich auch in schweizerischen Bezügen.

Seine Berliner Mission hat für Rothmund mit einem Fehlschlag geendet. Angeblich fürchtete Walter Schellenberg, der Chef des Ausland-Sicherheitsdienstes, aus dieser Kontaktnahme könnte ihm eine Konkurrenz zu seiner eigenen Verbindung zum Chef des schweizerischen Nachrichtendienstes, Oberstbrigadier Roger Masson, erwachsen. Daher sei der SS-General dafür besorgt gewesen, dass die Gespräche im Reichssicherheitshauptamt ergebnislos verlaufen sind¹⁰. Dort war dem Schweizer vorgetäuscht worden, die eigentlichen Schwierigkeiten gingen von der Abwehr aus. Obwohl Masson die Verbindung zum einflussreicheren Nachrichtendienst von Schellenberg vorrangig behandelt hat, besass die Schweiz in der Organisation Canaris ihre zuverlässigeren Freunde. Nach eigenem Zeugnis will sich Gisevius dafür eingesetzt haben, dass Rothmund auch bei der Abwehr empfangen wurde. Hier bot sich dem Besucher von den inneren Verhältnissen im Dritten Reich ein ganz anderes Bild. In merkwürdigem Kontrast zu seinem Konzentrationslagerbesuch wurde Rothmund von Generalmajor Oster gebeten, bei einer höchst ungewöhnlichen Rettungsaktion für vom Tode bedrohte Juden mitzuwirken. Das sogenannte Unternehmen «V7», das den Untergang der Abwehr beschleunigt hat, ist erst rudimentär bekannt geworden¹¹.

Admiral Canaris war seit vielen Jahren mit einem Ehepaar Conzen eng befreundet, das in Berlin in seiner Nähe wohnte. Solange der Gatte lebte, blieb die Frau, eine Jüdin, einigermaßen geschützt. Nach dessen Tod fasste Canaris den Entschluss, die Witwe vor dem drohenden Abtransport ins Vernichtungslager zu retten. Er gab daher Hans von Dohnanyi, dem Vertrauten von Generalmajor Oster und Schwager der Brüder Bonhoeffer, den Auftrag, eine Lösung zu finden. Canaris hatte schon 1941 geholfen, fünfhundert in Holland lebende Juden mit einer als «Einschleusung von Vertrauensleuten in Südamerika» kaschierten Aktion vor dem sicheren Untergang zu bewahren. Der Gedanke lag nahe, dieses Tarnmanöver noch einmal zu versuchen. Dohnanyi nahm einige gefährdete Juden aus seinem Bekanntenkreis hinzu, darunter zwei angesehene Rechtsanwälte. Insgesamt waren es nun sieben Erwachsene, weshalb die Aktion den Codenamen «V7» erhielt. Zusammen mit den Kindern zählte die Gruppe schliesslich zwölf bis vierzehn Personen. Die Abwehr wurde in dieser Phase von ihren Gegnern, der Gestapo und dem Sicherheitsdienst, bereits arg bedrängt; äusserste Vorsicht war geboten. Umso willkommener war die Gelegenheit, mit Rothmund in Berlin direkt zu sprechen; denn ohne Zustimmung des Chefs der Polizeiabteilung musste der Plan, die Flüchtlinge im benachbarten Asylland in Sicherheit zu bringen, scheitern.

Oster eröffnete daher dem überraschten Gast seine Absicht, Juden – als Vertrauensmänner der Abwehr getarnt – in die Schweiz hinüber zu retten. Um seine Zustimmung gebeten, erwies sich Rothmund erneut als unzugänglich, aus humanitären Erwägungen eine flexible Haltung einzunehmen. Er beharrte auf den «üblichen Vorbedingungen einer finanziellen Sicherstellung» und erklärte sich nur unter dieser Voraussetzung mit dem Vorhaben und der hierzu notwendigen Visaerteilung einverstanden. Das ganze Risiko trug allein der Widerstandskreis in der Abwehr.

Dohnanyi bildete eine kleine Bearbeitungskommission, der sein Mitarbeiter Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg und der Rechtsanwalt Dr. Josef Steegmann angehörten. Dohnanyi und Guttenberg sind kurz vor Kriegsende von der SS umgebracht worden. Steegmann, bei der Abwehr in der Finanzabteilung tätig und zivil Leiter einer renommierten Anwaltskanzlei, die vor allem für das bedrängte jüdische Grosskapital tätig gewesen war, fiel die Aufgabe zu, für die Erfüllung der schweizerischen Forderung besorgt zu sein. Eine Lösung fand sich, indem die zurückgelassenen jüdischen Vermögen zugunsten der Abwehr eingezogen wurden. Im Gegenzug erhielten die Flüchtlinge hierfür in der Schweiz 100'000 Dollar zur Verfügung gestellt. Der Gestapo konnte die Aktion halbwegs plausibel gemacht werden; die angeblichen V-Leute durften mit den Kindern in die Schweiz ausreisen. Doch sollte die Rettungsaktion schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Gisevius erhob in seiner Verteidigungsschrift gegenüber dem Grossrichter des Divisionsgerichts 6 sogar den Vorwurf, ausgerechnet dieses humanitäre Unternehmen habe der Gestapo wegen der damit verbundenen Devisentransaktion den lang ersehnten Anlass geboten, dem Oster-Kreis ein Ende zu bereiten. Den Schweizern lastete er wegen ihrer Forderungen nach, finanzieller Sicherstellung eine Mitschuld am Desaster der Abwehr an¹².

Schon zuvor hatte jedoch eine üble Korruptionsaffäre des Majors Wilhelm Schmidhuber von der Abwehrstelle München den Stein ins Rollen gebracht. Wegen eigennütziger Devisenschiebungen verhaftet, verriet Schmidhuber der Gestapo auch die Hilfsaktion «V 7». Ihm zufolge war er von Hans von Dohnanyi angewiesen worden, die 100'000 Dollar sowie Juwelen im Werte von 20'000 Reichsmark von Berlin nach der Schweiz zu schaffen¹³. Den Kuriersack nahm Gisevius in Zürich in Empfang. Das Geld übergab er Pfarrer Alphons Koechlin, dem Präsidenten des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, zu treuen Händen. Bei einem Notar wurde über den Fonds ein Vertrag aufgesetzt. Gleichwohl kam es dann zu Vorwürfen, das Geld sei un-

gerecht verteilt worden. Ein Vertrauensmann der Abwehr reiste zur Überprüfung nach Basel; die Aufteilung wurde für korrekt befunden¹⁴.

Umso verletzender musste es für Gisevius sein, dass er von schweizerischer Seite während der militärgerichtlichen Untersuchung dem Verdacht einer persönlichen Bereicherung ausgesetzt wurde. Wie die Aussagen von Dr. F.W. Arnold ergaben – der jüdische Rechtsanwalt, der im Ersten Weltkrieg als deutscher Soldat ein Bein verloren hatte, galt als der Wortführer der Flüchtlingsgruppe –, waren derartige Verdächtigungen haltlos. Die Frage des dem Untersuchungsrichter beigeordneten Inspektors Steiner, ob die Flüchtlinge durch Hingabe ihres Reichsmarkvermögens den Zwecken der Abwehr Vorschub geleistet hätten, war in der Tat unwürdig. Die Antwort von Dr. Arnold stellt den Sachverhalt richtig:

«Der Gedanke an eine solche Möglichkeit ist mir, bis mir diese Frage jetzt gestellt wird, nie und gewiss auch keinem meiner Freunde gekommen. Die Abteilung Abwehr bedurfte nicht unserer Vermögen. Was sie an Reichsmark nötig hatte, dürfte ihr in hinlänglichem Masse zur Verfügung gestanden haben. Dem Admiral Canaris lag daran, uns nicht, wie sonst das Dritte Reich, zu berauben; er bedurfte aber unserer Reichsmarkvermögen, wollte er uns nach unserer Auswanderung nicht ohne alle Mittel lassen. Übrigens wären, soweit wir Juden waren, unsere Vermögen in Deutschland ohnehin nach unserer Auswanderung dem Dritten Reich verfallen. Ausserdem war unsere Einreisegenehmigung davon abhängig, dass wir der öffentlichen Wohlfahrt nicht zur Last fielen. Das Wort, das vor unserer Einreise der Schweiz deshalb gegeben wurde, hatten wir einzulösen¹⁵.»

In seinen Verteidigungsschriften hat Gisevius vor allem dieses Beispiel in den Vordergrund gestellt, um zu zeigen, wie unrecht ihm getan werde. Natürlich wäre es ein Skandal gewesen, wenn ein mutiger Helfer zu Unrecht diffamiert werden sollte, während jene, die durch ihr Verhalten selbst mitschuldig am Tode unbekannter Naziopfer geworden waren, sich zum Ankläger aufwarfen. Dem Verdacht, Gisevius habe sich an der Geldtransaktion bereichert, kam jedoch für die Anklage nebensächliche Bedeutung zu. Er war lediglich flüchtig, gleichsam als Nachwirkung der Korruptionsaffäre Schmidhuber, aufgetaucht. Dass auch hier ein Misstrauen zurückgeblieben war, kam nicht von ungefähr. Gisevius hat mit diesem Schmidhuber enge Verbindung gehabt. Dessen Aussagen haben den Hitler-Gegner in ein bedenkliches Licht gerückt: «Vizekonsul Gisevius habe ihm, Schmidhuber», so resümierte der gegen die Abwehr ermittelnde Oberstkriegsgerichtsrat Roeder diese Mitteilungen, «bei dem letzten, vor wenigen Tagen in der Schweiz stattgefundenen Zusammentreffen sein Herz ausgeschüttet über die Wankelmütigkeit des Admirals Canaris, der ihm, Gisevius, jetzt Schwierigkeiten mache, aber Canaris

solle sich vorsehen, er habe den Russen die Offensive von Woronesch bekanntgegeben und auch Oster habe vor dem Angriff im Westen den holländischen Militärattaché von dem bevorstehenden Angriff im Westen unter Einschluss Hollands unterrichtet. Gisevius sei damals sehr erbost auf Canaris gewesen¹⁶.»

Wie weit diese Denunziation den korrekten Sachverhalt trifft, lässt sich kaum mehr nachprüfen. Möglich, dass sich Gisevius damals von Canaris zu wenig unterstützt fühlte. Sein nomineller Vorgesetzter, der als Generalkonsul getarnte Fregattenkapitän Hans Meisner, Chef des Spionagebüros F in der deutschen Gesandtschaft Bern, hatte gegen den Sonderführer ein Verfahren eingeleitet, weil er ihn der Zusammenarbeit mit dem Kriegsgegner verdächtigte. Wollte Gisevius mit solcher Geschwätzigkeit durch Schmidhuber dem Admiral und sogar seinem Freund Oster indirekt drohen, ihn nicht fallenzulassen, er wisse zuviel? Wenn dieser ihm erzählt hatte, dass er über den niederländischen Militärattaché in Berlin, Major Sas, Holland vor dem bevorstehenden deutschen Angriff gewarnt habe, so war dies ein dem Verschwörerfreund anvertrautes Geheimnis, das Gisevius in keinem Fall verraten durfte. Ungereimtheiten aus mangelnder Konsequenz, fahrlässige Pannen und menschliche Unzulänglichkeiten sind Widerstandsaktivitäten x-fach zum Verhängnis geworden. Wie konnten Dohnanyi, der im Oster-Kreis der Begabteste war, und Gisevius dem korrupten Schmidhuber derart vertrauen? Finanzielle Unregelmässigkeiten, in die sich Dohnanyi einliess, und nicht seine politische Einstellung haben ihn zu Fall gebracht. Josef Steegmann hat ihm in Berlin noch zwei Tage zuvor geraten, er müsse sofort untertauchen, die Verhaftung stehe unmittelbar bevor¹⁷. Am 5. April 1943 wurde er in seinem Büro festgenommen; die zahlreichen belastenden Dokumente hatte er trotz aller Warnungen nicht vernichtet. Oster, der seinem Mitarbeiter noch zu Hilfe kommen wollte, wurde zur Disposition gestellt. Seine späteren Aussagen erwiesen sich als folgenschwer. Vor allem aber war es ein Leichtsinn ohne Beispiel, dass Dohnanyi auch die nicht mehr benötigten Unterlagen über die früheren Aktivitäten des Widerstandes in einem Panzerschrank in Zossen jahrelang aufbewahrt hatte. Die Aktenordner sind im September 1944 der Gestapo in die Hände gefallen; seit den Umsturzplänen von 1938 soll darin jede Phase der Konspiration dokumentiert gewesen sein¹⁸. Aus der Behauptung von David Irving, 99 Prozent der Aktivitäten der Verschwörung habe nur in Papierarbeit bestanden, klingt abschätziger Sarkasmus¹⁹. Die begangenen Fahrlässigkeiten sind jedoch kaum zu unterschätzen, und die Verantwortung

trifft nicht zuletzt den mit den Epitheton «Geschäftsführer des Widerstandes» bedachten Hans Oster. Mit seiner und Dohnanyis Ausschaltung brachen die Widerstandsaktivitäten innerhalb der Abwehr zusammen. Das eine Zeitlang wichtigste Aktionszentrum war zerschlagen worden. Die Initiative ging schliesslich an den Stabschef des Ersatzheeres im Oberkommando des Heeres, an Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg über, der sich mit Canaris schlecht verstand und auch für Gisevius wenig übrig hatte.

Trotz seiner oppositionellen Regsamkeit ist nur schwer verifizierbar, welche Aktivitäten der Sonderführer mit den Tarnnamen Dr. Schicht oder Dr. Bernd seit Oktober 1940 im Einzelnen entwickelt hat. Auf den Listen der in der Schweiz tätigen Abwehrangehörigen, die in die deutsche Gesandtschaft und die Konsulate eingebaut worden waren, stand Gisevius nach dem Chef der «Kriegsorganisation Schweiz» wiederholt an zweiter oder dritter Stelle. Als einziger gehörte er sowohl der Abteilung I (Geheimer Meldedienst) unter Oberst H. Piekenbrock wie der Abteilung III (Spionageabwehr und Gegen-spionage) unter Oberst Egbert von Bentivegni an²⁰. Die militärgerichtliche Untersuchung erstrebte abzuklären, ob der in der Schweiz wohnhafte Gisevius als Abwehragent sich illegaler Machenschaften schuldig gemacht hatte. Obwohl er in Zürich seine eigenen Wege gegangen ist, unterstand er im Krieg dem berüchtigten Büro F der deutschen Gesandtschaft in Bern. Es war dies eine Zentrale der deutschen Militärspionage. Der Abwehrrapparat, soweit er die «Kriegsorganisation Schweiz» betraf, soll während des Krieges einen Aufwand von insgesamt mindestens 5 Millionen Schweizer Franken erfordern haben²¹. Die Spionage gegen den neutralen Kleinstaat hat in den Jahren 1940/41 ganz unsinnige Formen angenommen, wofür vor allem die Abwehrstelle Stuttgart verantwortlich gewesen ist. Das im August/September 1942 erlassene und im Frühjahr 1943 wegen mangelnder Befolgung erneut verfügte Verbot von Canaris, weiterhin gegen die Schweiz zu arbeiten, brachte erst allmählich Abhilfe²². Das Hauptinteresse des Büros F galt Informationen aus dem Lager der Kriegsgegner. Jahrelang hat Gisevius nach eigenem Zeugnis an den internen Besprechungen dieser Spionagestelle teilgenommen. Daher vermag es nicht zu überraschen, wenn ein Bericht der Bundesanwaltschaft vom 14. Juni 1946 zu der Feststellung gelangt:

«Während des Kriegs trieb Dr. Gisevius längere Zeit in der Schweiz ein Doppelspiel. Offiziell war er für den Nachrichtendienst tätig und wurde dafür vom Büro F in Bern besoldet, andererseits unterhielt er insgeheim enge Beziehungen zum Büro des amerikanischen Nachrichtendienstes in Bern, bis dieses eines Tages durch die Leute des Büros F entdeckt wurde²³.»

An seinen tatsächlichen Intentionen gemessen, wurde ihm eine derartige Einschätzung nicht gerecht. Sie traf jedoch Gisevius an seiner empfindlichsten Stelle: Vieles war mit Beweisen nicht zu belegen, manches musste Treu und Glauben anheimgestellt werden. Angesichts des Spitzel- und Terrorsystems, so verteidigte er sich, habe man unablässig so tun müssen, «als ob»: «Alles, was von uns 1939-1944 getan wurde, erfolgte entweder als eine Aktion im Zuge der ‚Spionage-Abwehr‘ oder als reine ‚Agententätigkeit‘²⁴.» Dem Regierungsrat a. D. muss zugutegehalten werden, dass sich während seiner Zeit im Dienste der Abwehr kein Hinweis auf eine aktive Spionage zugunsten des Dritten Reiches finden liess. Es sei sein besonderer Stolz, dass er vier Jahre lang eine abwehrmässige Abstinenz habe durchhalten können; von ihm sei nie ein «echter» Bericht verfasst worden²⁵. Die gegen ihn erhobene Anklage zielte auf ein anderes, nicht weniger brisantes Thema. War Gisevius zumindest in illegale Finanztransaktionen verwickelt gewesen, die nicht humanitären Zwecken, sondern zum Teil direkt der Spionage gedient hatten?

In diesem Zusammenhang tritt hier eine neue Schlüsselfigur in den Vordergrund, der Opportunist, der seine oppositionelle Haltung erst nach 1945 richtig entdeckt hat. Das Missbehagen über die deutsche Opposition ist durch Umstände verstärkt worden, die einer Verunglimpfung des genuine Widerstandes gleichkommen. Noch ist kaum erforscht, wie nach 1945 im Rahmen der Entnazifizierungsverfahren das unrühmliche Geschäft der Affidavitbeschaffung blühte, jenes Streben nach den sogenannten Persilscheinen, die eine innere Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Deutschland und damit die eigene Unschuld beweisen sollten. Diese Saubermänner, dank fragwürdiger Bezeugungen rehabilitiert, haben die Sache des Widerstandes noch nachträglich ins Zwielflicht gerückt. Unter ihnen gab es ausgesprochene Nazis, aber auch Leute, die aus reinem Opportunismus ihr Mäntelchen nach dem Wind gehängt hatten. Für diese Gruppe waren nur die eigenen Interessen Maxime ihres Handelns, geleitet von menschlich verständlichen Motiven, politisch jedoch verhängnisvoll die Rolle des unfreiwilligen Wegbereiters oder Mitläufers spielend. Eine prominente Persönlichkeit entpuppt sich im Zusammenhang mit dem Fall Gisevius als seltsam übersteigerte Verkörperung des politisch gesinnungslosen Opportunisten: Eduard Freiherr von der Heydt.

3. Prototyp eines Opportunisten: Eduard Freiherr von der Heydt

Die Finanztransaktionen im Dienste der deutschen Spionage, die von der Schweiz aus vorgenommen worden sind, gehören auch heute noch zu einem ebenso ungeklärten wie heiklen Kapitel der jüngsten Vergangenheit. In diese verborgenen Geldwechselgeschäfte sollte nach dem Zweiten Weltkrieg das beabsichtigte Militärgerichtsverfahren Klarheit bringen. Gisevius und Dr. Josef Steegmann waren in die Strafuntersuchungen miteinbezogen worden; doch zielte sie gegen einen gewichtigeren Mann: gegen den prominenten Bankier Eduard von der Heydt, Kunstmäzen und Besitzer des schon zum Mythos gewordenen Monte Verità ob Ascona. Das Verhältnis des Barons zum Dritten Reich blieb bis in die Gegenwart geheimnisvoll verhüllt. Gewisse Verdächtigungen hat von der Heydt nie ganz unterbinden können. Hatte der geborene Deutsche sein in der Schweiz erworbenes Bürgerrecht dazu missbraucht, um den neutralen Finanzumschlagplatz der deutschen Militärsplionage für ihre subversiven Aktionen weltweit nutzbar zu machen? Derartige Gerüchte haben den Ehrenmann aufs äusserste erbittert. Bis ans Lebensende wies er jeden Vorwurf entschieden zurück, für das nationalsozialistische Regime Finanzgeschäfte getätigt zu haben. Er fühlte sich vielmehr als dessen Opfer, hatte er doch durch den Krieg beträchtliche materielle Verluste erlitten.

Der Fall von der Heydt gibt ein eindrückliches Beispiel menschlicher Verhaltensweisen im Konfliktfeld widersprüchlicher Interessen. Als opportunistisch erwies sich nicht nur der inkriminierte Finanzmagnat, sondern auch sein Ankläger. Jene andere kritische Frage drängt sich geradezu auf: Hat das Divisionsgericht 6 im Mai 1948 den Baron von der Anklage der fortgesetzten Vorschubleistung zum Nachrichtendienst gegen fremde Staaten nur deshalb freigesprochen, weil schweizerischerseits eine Erhellung der tatsächlichen Vorgänge auf einmal als höchst unerwünscht galt? Diesseits wie jenseits des Gotthards haben Schweizer gegenüber dem grosszügigen Spender guten Grund zur Dankbarkeit. Zürichs Rietberg-Museum erlangte durch die einzigartigen Sammlungen des Barons vor allem als Kunststätte für die Hochkulturen Asiens Weltruf. Bei aller persönlichen Bescheidenheit war es sein berechtigter Stolz, dass seine Schätze an chinesischer und indischer Plastik bedeutender waren als entsprechende Kollektionen irgendeines europäischen Museums, selbst des Louvre oder des Britischen Museums¹. Dem Bankier bereitete es Vergnügen zu erzählen, wie günstig er einst zu seinen afrikanischen Skulpturen oder Schweizer Bauernmasken gekommen war. Dass er früher als

andere die Bedeutung solcher Kostbarkeiten erkannt hatte, wurde ihm, dessen Vater als Bankier und Kunstsammler eine autoritär-dominierende Persönlichkeit gewesen war, zum Quell der Freude und Selbstbestätigung. Gelehrte, Museumsdirektoren und Kunsthändler aus der ganzen Welt suchten ihn auf. Er galt ihnen als ausgezeichnete Kenner von seltener Geistesbildung, überdies als gewiegter Geschäftsmann, dem Reichtum einzig dazu diene, seine künstlerisch-ästhetischen Neigungen zu verwirklichen.

Seine Kunstwerke hatte von der Heydt als Leihgaben auf zahlreiche Museen weltweit verteilt. Der spätere Bundesrat Ernst Nobs machte ihm 1941 den Vorschlag, seine Sammlungen in Zürich zu konzentrieren. Es war für die Limmatstadt ein Kulturgewinn ersten Ranges, dass er ihr nach dem Zweiten Weltkrieg seinen Besitz an aussereuropäischer Kunst zusammen mit anderen Sammlungen geschenkt hat. «Glücklich und dankbar darüber, dass unsere Stadt von ihrem hochherzigen Gönner, Herrn Dr. Eduard von der Heydt, nicht nur sein Lebenswerk erhabener Weltkunst entgegennehmen konnte, sondern sich auch stetsfort seiner warmen lebendigen Sympathie erfreuen darf», entbot Zürichs Stadtpräsident Emil Landolt dem Jubilar zum achtzigsten Geburtstag «ein herzhaftes Glückauf².» Als anderthalb Jahre später – Anfang April 1964 – der Ehrendoktor der Universität Zürich und Ehrenbürger von Ascona starb, bestand für ein gebührendes Gedenken alle Ursache. «Die Stadt Zürich und das Tessin haben einen grossen Freund und Gönner verloren», so lautete damals eine Schlagzeile zur Todesbotschaft³. Dem Kanton Tessin hat der Baron den Monte Verità ob Ascona vermacht, mit der bis heute allerdings noch nicht erfüllten Auflage, auf dem Berg der Wahrheit ein Kulturzentrum zu schaffen⁴.

Der am 26. September 1882 in Elberfeld geborene Eduard von der Heydt entstammte einer renommierten Bankierfamilie und war vor dem Ersten Weltkrieg in London und später in Holland selbst als erfolgreicher Financier tätig gewesen. Zum Herrn über den Monte Verità ist er 1926 eher zufällig geworden. Wie dies seinem vielschichtigen Wesen entsprach, haben die unterschiedlichsten Motive den Entschluss zum Kauf reifen lassen: die herrliche Lage mit der malerischen Aussicht auf den Lago Maggiore, die geheimnisvolle Geschichte des Berges, der allen Arten von Reformern als paradiesischer Experimentiergarten gedient hatte, und nicht zuletzt das sichere Gefühl, mit diesem Erwerb eine günstige Anlage in der krisenfesteren Schweiz, und dies erst noch zur Hälfte des ursprünglich geforderten Preises, zu tätigen. Die bekannte Geschichte, er habe auf das überraschende Verkaufsangebot schliesslich die Hälfte des geforderten Betrages offeriert, «nur um eine Ant-

wort zu geben», trifft nicht weniger zu⁵. Sein Glück, aber auch sein Verhängnis ist es gewesen, dass er ängstlich bemüht war, niemanden vor den Kopf zu stoßen. Trug er auf dem Monte Verità als Zugeständnis an die ursprüngliche «Naturmenschkolonie» mitunter ein saloppes «Luftkostüm» – es glich eher Hemd und Hose eines Tennisspielers –, so war der 1927 geschiedene Einzelgänger im Innern einer versunkenen Epoche verhaftet geblieben. Er machte es sich zur Ehre, Kaiser Wilhelm II. im Exil zu unterstützen; als Gast wohnte der Monarch zeitweise in seinem Haus in Zandvoort. Er leistete dem Kaiser, der in Vermögensschwierigkeiten gekommen war, als Finanzberater nützliche Dienste. Bis 1939 verbrachte von der Heydt ungefähr je ein Drittel des Jahres in Holland, in Berlin und in Ascona, das seit Kriegsbeginn zu seinem ständigen Wohnsitz wurde. Tausende von Besuchern haben auf dem Monte Verità Erholung und Anregung gefunden. Prominente aus Wissenschaft, Politik und Kunst waren im neuerstellten Hotel seine Gäste, die ihn auch als klugen und amüsanten Causeur schätzten. Ascona schuldete ihm doppelten Dank: für die keineswegs nur positive Entwicklung zum exklusiven Fremdenkurort, die er eher wider Willen beschleunigt hat, sowie für die Erhaltung einer letzten Oase des einst so verträumten Naturparadieses.

Trotz der dargebrachten Verehrung für den splendiden Kunstfreund, dem weder die Geborgenheit der Familie noch direkte Nachkommen vergönnt waren, blieb bis zuletzt ein Schatten über seinem Leben. Auf Grund der «Enemy Act» waren seine Vermögenswerte in den USA sowie die dem Buffalo-Museum geliehenen Kunstwerke als feindlicher Vermögensbesitz beschlagnahmt und nicht mehr zurückgegeben worden. Das 1937 von ihm in der Schweiz erworbene Bürgerrecht wurde vom Distriktsgericht von Columbia nicht anerkannt. Es warf dem Bankier vor, im Zweiten Weltkrieg ein Agent der deutschen Regierung gewesen zu sein. Auch die Bemühungen des Stadtpräsidenten von Zürich und der Schweizer Botschaft zur Freigabe der dem Rietberg-Museum geschenkten Kunstobjekte blieben fruchtlos. Eine Eingabe an den Supreme Court wurde 1962 abgewiesen. Den beschlagnahmten Besitz behielten die USA, zumal sie vor allem an den altamerikanischen Kunstwerken ein nationales Interesse besaßen⁶. Für den geschädigten von der Heydt war dies ein Akt räuberischer Willkür. Er hatte jüdischen Emigranten geholfen, zählte auch Hitler-Gegner zu seinen Freunden und war selbst der festen Überzeugung, nie ein Nazi gewesen zu sein. Dass er für das Dritte Reich Geldgeschäfte getätigt habe, ist von ihm mit aller Entschiedenheit bestritten worden.

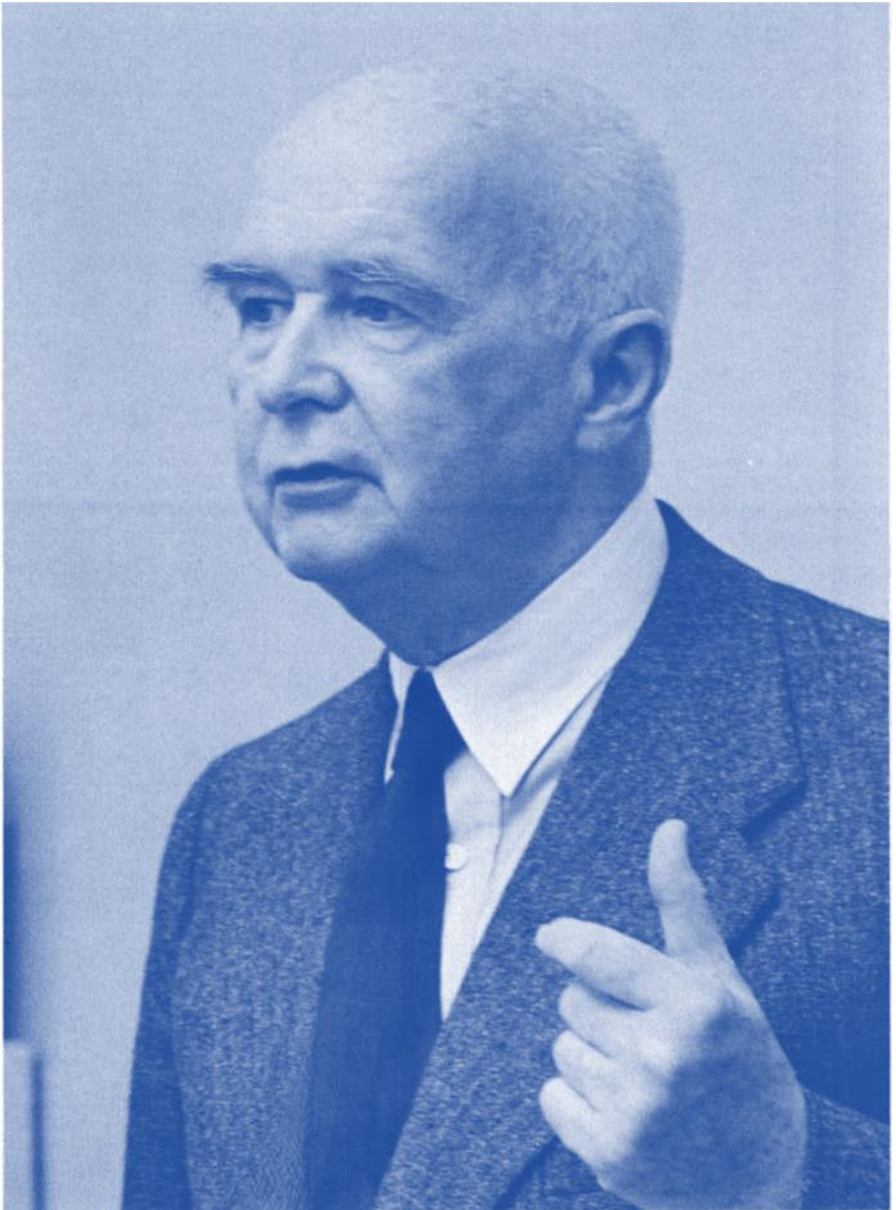
Seine Selbstdeutung, ohne Affinitäten zur Hitler-Bewegung gewesen zu sein,

fusst auf einem Kern von Wahrheit. Der Nationalsozialismus als Revolution des entfesselten Kleinbürgertums, der profane Massenkult, der nivellierte Kunstgeschmack – dies alles widersprach der traditionellen Verwurzelung und der Sensibilität des elitären Grosskapitalisten. Viele Deutsche auch aus anderen Gesellschaftsschichten haben nach 1945 mit der gleichen Berechtigung eine eigene frühere Wesensverwandtschaft mit dem braunen Faschismus verneint. Sie hatten nicht zu den Überzeugungstätern gehört. Im Bestreben, möglichst ungeschoren weiterzukommen, haben sie allen inneren Dissonanzen zum Trotz dem neudeutschen Moloch ihre Opfer dargebracht. Die Furcht, Vermögen und wertvollen Kunstbesitz zu verlieren, hat von der Heydt zu einem Arrangement mit den Nationalsozialisten getrieben, das mit rationalem Kalkül allein nicht mehr zu erklären ist. Sein System der Risikoverteilung, der doppelten und dreifachen Rückversicherung lässt sich noch den Denkvorstellungen des gewiegenen Finanzmagnaten zurechnen. Wenn er seine Kunstschatze als Leihgabe auf über dreissig Museen verteilt hatte, so ging es ihm nicht – wie vielfach gepriesen – allein darum, Privatbesitz öffentlich zugänglich zu machen. Die Politik der Legate entsprach seinem Prinzip, jedes Verlustrisiko so minim wie möglich zu halten; sie sicherte ihm Vermögensbesitz in vielen Ländern, steuertechnisch ideal angelegt und ohne eigene Unkosten für die sichere «Aufbewahrung» seiner Kostbarkeiten. Hinter dem kühl rechnenden Bankier und echten Kunstfreund aus innerer Berufung verbarg sich ein leicht verletzbares nach Höherem strebendes Wesen, dessen Lebensängste nur andeutungsweise zu erahnen sind. Die irrationale Sorge des reichen Mannes, im Alter völliger Armut preisgegeben zu werden, und die Hoffnungen des Kinderlosen, der sich in den Buddhismus vertiefte, wenigstens in seinen Kunstwerken weiterzuleben, liessen ihn nicht zur inneren Ruhe kommen. Seiner Umgebung galt er wegen des ihm eigenen undurchsichtigen Lächelns und seiner Physiognomie als «der Buddha». Bei aller Liebenswürdigkeit im gesellschaftlichen Verkehr schützte er sich durch seine absolute Diskretion in gewissen privaten und geschäftlichen Belangen vor unerwünschtem Einblick.

Dem neuen Regime in Deutschland hat von der Heydt gleich zu Anfang Tribut gezollt. Am 1. April 1933 trat er als Mitglied Nummer 1 561948 der NSDAP bei⁷. Mit Wohnsitz in Zandvoort unterstand er der Auslandsorganisation der NSDAP, der er sich beim Aufbau der Ortsgruppen in den Niederlanden nützlich machen konnte. Der seltsame Parteigenosse kam fanatischen Kleingeistern schlecht zupass. Im Tessin hatte sich der ehemalige Stadtbaurat



Für die Juden-Rettungsaktion «V7», die für die «Abwehr» folgenschwer endete, hatten sich exponiert: **Admiral Wilhelm Canaris** (oben links) und **Generalmajor Hans Oster** (oben rechts), die beide am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg ermordet wurden. Betreut hat die Gruppe **Hans Bernd Gisevius** (unten links), während **Heinrich Rothmund**, Chef der Eidg. Polizeiabteilung, die Visaerteilung von der finanziellen Sicherstellung abhängig machte.



Bankier im Dienst der deutschen Militärspionage: Kunstmäzen Eduard Freiherr von der Heydt (1882-1964).

Dr. ing. Julius Ammer für die Nazis stark gemacht. Der Stützpunktleiter von Locarno und Ascona, der zeitweilig auch der Ortsgruppe Lugano vorstand, spielte sich als Parteistatthalter in der italienischsprachigen Schweiz auf. Dem halbblinden, von materiellen Nöten bedrängten Ammer war das kosmopolitische Treiben auf dem Monte Verità ein Stein des Anstosses. Bereits im Jahre 1932 war es im Tessin zu einer Spitzelaffäre gekommen. Prominente Gäste, wie der preussische Ministerpräsident Otto Braun, Juden und begüterte Steuerflüchtlinge waren Opfer des parteiinternen Nachrichtendienstes. Der Tessiner Staatsratspräsident Cattori befürchtete sogar, die reichen deutschen Asconesen könnten fortziehen; der in den letzten zehn Jahren aufgeblühte Wohlstand werde durch solche Umtriebe gefährdet⁸. Noch nachträglich erinnerte sich von der Heydt mit leisem Schaudern an die möglichen Folgen, wäre ein Photo, das ihn zusammen mit dem jüdischen Schriftsteller Emil Ludwig, den Sexualforschern Magnus Hirschfeld und Van de Velde oder gar mit dem Kommunisten Ernst Toller zeigte, in die falschen Hände geraten⁹. Ammer hat den Bankier 1934 bei seinen Parteivorgesetzten denunziert, mit Juden Geschäfte zu tätigen. Als Beweis für seinen Dissens mit dem Nationalsozialismus hat von der Heydt nach dem Krieg diese Befehdung durch den örtlichen Parteigewaltigen angeführt. Ein gegen ihn anhängig gemachtes internes Verfahren endete damit, dass ihm 1936 die Ausübung eines Parteiamentes für die Dauer eines Jahres aberkannt wurde¹⁰.

Solche Friktionen mussten ihm vor Augen führen, dass seine Liaison mit der NSDAP keine ausreichende Sicherheit gegen Verluste in Deutschland bot. Umso aktueller wurde für ihn ein Gedanke, mit dem er sich seit 1931 trug: die Einbürgerung in der Schweiz. Aus der Zeit des Ersten Weltkrieges wusste er, was es hiess, in stürmischer Zeit die persönlichen wie wirtschaftlichen Interessen hinter den schützenden Schild der Neutralität retten zu können. Die ersten Anzeichen der Aufrüstung waren ihm nicht entgangen. Im Jahre 1935 reichte er das Gesuch um Einbürgerung in Ascona ein. Als Steuerzahler war der Grandseigneur den Tessinern sehr willkommen. Seit dem 21. Oktober 1937 gehörte er mit dem begehrten Schweizer Pass zu den Eidgenossen. Was trieb von der Heydt dazu, ein Jahr später auch noch das Bürgerrecht von Nussbaumen zu erwerben, einer im Thurgau verträumt gelegenen kleinen Landgemeinde?

So sehr er seinen Monte Verità liebte, beunruhigte ihn die Nähe des faschistischen Italien. Die Begehrlichkeit des italienischen Irredentismus konnte auch seinem Refugium gefährlich werden. Für den Fall, dass Mussolini ins Tessin einmarschieren würde, wollte er gewappnet sein. Zugleich einer Gemeinde in der deutschsprachigen Schweiz anzugehören, könnte dann –, so

hoffte der Überhängstliche – von Nutzen sein. Welche Ängste haben diesen um seine Güter besorgten Mann geplagt! Dr. Carl Schulthess, Direktor und späterer Verwaltungsratspräsident der Fides-Treuhandgesellschaft, wusste ihm Rat. Die Familie Schulthess aus Zürich hatte sich um das Fortkommen des wenig begüterten Bauerndorfes Nussbaumen sehr verdient gemacht. Durch sie bestens empfohlen, wurde der Baron, von dem man sich im Thurgau eine segenbringende Mildtätigkeit erhoffte, in der Gemeinde einstimmig zum Nussbaumer Bürger gemacht. Am 21. November 1938 erhielt er das Bürgerrecht des Kantons Thurgau. Die Einbürgerungstaxe hätte für den Neuschweizer rund 400 Franken betragen; für die prompte Erfüllung seines Wunsches überwies er 5'000 Franken. Den Schenkungen von 1'000 Franken für die Schulreiskasse und 100 Franken zur Kirchenrenovation folgten keine weiteren Gaben mehr. Seiner zweiten Heimatgemeinde hat er erst im Jahre 1959 einen kurzen Besuch abgestattet. Er verübelte der Thurgauer Regierung die nach dem Krieg erfolgte Äusserung, die Einbürgerung im Jahre 1938 wäre zweifellos nicht vorgenommen worden, wenn man die Gesinnung von der Heydts schon damals so deutlich gekannt hätte¹¹.

Der Bürgerrechtswechsel schuf unerwartet neue Probleme. Da die NSDAP keine ausländischen Staatsangehörigen aufnahm, wurde er im Februar 1938 durch das Gaugericht der Auslandsorganisation aus der Partei ausgeschlossen. Mit den Mächtigen des Dritten Reiches wollte er es auf keinen Fall verderben. Er rekurrierte daher an das Oberste Parteigericht. Aus seinem schriftlichen Entscheid geht das Ansinnen von der Heydts wie folgt hervor: «Schwerwiegende wirtschaftliche Gründe hätten ihn veranlasst, die schweizerische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Auch habe er nicht gewusst, dass er damit auch aus der Partei ausscheiden müsse. Er bittet, der Partei weiterhin angehören zu dürfen.» Das Gericht kam dem prominenten Gesuchsteller auf ungewöhnliche Weise entgegen. Der Parteiausschluss wurde aufgehoben; der Bankier erhielt den Vorzug, freiwillig aus der NSDAP auszuschcheiden. Am 7. August 1939 erklärte er seinen Austritt; den geschäftsschädigenden «Makel» eines Hinauswurfs, so mochte er sich trösten, hatte er von sich abgewendet¹². Eine für ihn wichtige Rückversicherung erwies sich somit als hinfällig, und eine neue fand er nur, indem er sich in weit fatalerer Weise mit dem Nazisystem verband. Inzwischen hatte er für eine andere Variante der weltpolitischen Entwicklung vorgebaut. Der nationalsozialistische Imperialismus konnte im Kriegsfall auch seinen Interessen in der Schweiz und in Holland gefährlich werden. Bei den Eidgenossen hatte sich ein Frontenfaschismus ge-

regt, dessen Erfolgsaussichten sich nach den ersten Gehversuchen allerdings rasch verflüchtigt hatten. Trotzdem hielt es von der Heydt für kluge Weitsicht, kurz nach seiner Einbürgerung dem «Bund treuer Eidgenossen nationalsozialistischer Weltanschauung» beizutreten¹³. Er beeilte sich, auch die rechtsradikale Mussert-Bewegung in den Niederlanden zu unterstützen. Zur Ausschmückung ihres Hauses stellte er verschiedene Gemälde zur Verfügung und liess ihr direkte Geldspenden zukommen. Bei Müssens Gesinnungsgenossen, zu denen auch die Kunstsammlerdynastie Merten gehörte, brachte er während des Krieges einen Teil seiner in Holland befindlichen Kunstschatze in Sicherheit. Über derartige Schachzüge schwieg er sich aus; das hinderte ihn nicht daran, nach dem Krieg darüber zu klagen, dass sein Bankhaus und die Villa in Holland von der SS zerstört worden seien¹⁴.

Seine Aktivitäten hatte der Papiereidgenosse vor der schweizerischen Bundesanwaltschaft nicht ganz verbergen können. Telegramme an den Exkaiser in Doorn, mit «Heil Hitler» unterzeichnete Glückwunschartikeln an Göring, Ribbentrop und Staatssekretär Otto Meissner erregten den Argwohn der Zensoren. Auf kein Verständnis bei den Schweizern stiess, dass er Gruppen der Hitlerjugend auf dem Monte Verità gelegentlich Quartier bot. Später konnte er zu seinen Gunsten anführen, dass er in Ascona auch ein Lager für jüdische Kinder eingerichtet habe¹⁵.

In den Jahren 1941 und 1942 wurden in den USA und in Mexiko deutsche Geheimagenten festgenommen, die von einer schweizerischen Bankniederlassung in Locarno Geldüberweisungen erhalten hatten. Die amerikanische Gesandtschaft wurde in Bern vorstellig, und die eingeleitete Untersuchung ergab, dass die Zahlungen durch Eduard von der Heydt veranlasst worden waren. In Verbindung mit der schweizerischen Verrechnungsstelle versuchte die Bundesanwaltschaft diesen Finanztransaktionen auf den Grund zu kommen. Die umfangreichen Ermittlungen führten schliesslich dazu, dass 1946 gegen den Bankier das erwähnte militärgerichtliche Verfahren «wegen Vorschubleistung zum militärischen Nachrichtendienst für einen fremden Staat zum Nachteil eines anderen fremden Staates» eingeleitet wurde. Gemäss Artikel 2, Absatz 1 des Bundesratsbeschlusses vom 11. November 1941 über die Änderung der Vorschriften über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts konnte die Einbürgerung innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren wieder aberkannt werden, erwies sich der Aufgenommene als von offenkundig unschweizerischer Gesinnung. Da die Verjährungsfrist abzulaufen drohte, wartete das Justiz- und Polizeidepartement den Abschluss des mili-

targerichtlichen Verfahrens nicht mehr ab und erklärte mit Verfügung vom 12. September 1947 die Einbürgerung als ungültig. Gegen diese Massnahme rekurrierte von der Heydt an den Gesamtbundesrat. Das Ausburgerungsverfahren wurde zunächst sistiert. Obwohl alle Anzeichen darauf hinwiesen, der zwielichtige Edelmann würde als deutscher Agent entlarvt und vielleicht mit Schimpf als Staatenloser ausgewiesen, gelang es ihm, mit einem letzten Schachzug die drohende Gefahr von sich abzuwenden¹⁶.

Ist er durch den am 16. Januar 1946 mit der Stadt Zürich geschlossenen Leih- und Erbvertrag der sich zuziehenden Schlinge doch noch entwischt? Sofern die naheliegende Frage auf ein plumpes Loskaufmanover zielt, geht sie am komplizierten Sachverhalt vorbei. Erwägungen, wie er sein sammlerisches Werk der Nachwelt überliefern könnte, haben von der Heydt seit Langem beschäftigt. Der von Stadtpräsident Ernst Nobs unternommene Vorstoss, die Kollektionen in Zürich zu konzentrieren, das hierfür ein würdiges Gebäude zur Verfügung stellen würde, erfolgte schon im Jahre 1941 und ist seither fortentwickelt worden. Ein Grundstock dieser fernöstlichen Kulturzeugnisse befand sich als Leihgabe seit den zwanziger Jahren im Zürcher Kunstgewerbemuseum. Im Juni 1945 haben die Stimmberechtigten der Limmatstadt den Ankauf des Rietbergs gutgeheissen. Vier Jahre später bewilligten sie einen Kredit von 406'000 Franken, um die traditionserfullte Villa Wesendonck zum Museum Rietberg umzuwandeln. Die amtliche Orientierung zu dieser Abstimmung nennt die Voraussetzung, unter der die Annahme der Vorlage erfolgt ist: «Nach dem mit dem Eigentümer Dr. von der Heydt abgeschlossenen Vertrag überlässt dieser seine Sammlungen leihweise der Stadt. Nach seinem Ableben werden diese unentgeltlich in das Eigentum der Stadt ubergehen¹⁷.» Jeden Schweizer Kunstfreund musste es mit Genugtuung erfüllen, dass am Zürichsee eine Stätte zur aussereuropäischen Kunst entstand, um deren Schätze sie nicht zuletzt jene Museen beneiden, die die Leihgaben nun wieder zururckgeben mussten. Der Donator seinerseits erlangte durch die Regelung die Gewissheit, dass sein Lebenswerk in zwei Institutionen fortbestehen würde: auf dem Rietberg und im Von-der-Heydt-Museum in Wuppertal, dem er, dem Mäzenatentum seines Vaters folgend, wertvolle Gemälde über-eignet hat.

Ohne dies expressis verbis festhalten zu müssen, ging es natürlich schlecht an, in der Öffentlichkeit den noblen Stifter in den höchsten Tönen zu preisen, während ihm in aller Stille wegen seines gesinnungslosen Verhaltens der Prozess gemacht wurde. Im Falle einer Verurteilung – diese Erkenntnis dürfte sich durchgesetzt haben – musste damit gerechnet werden, dass neben dem

allgemeinen Aufsehen über eine derartige Skandalaffäre Zürich die Kunstschätze und die Asconesen ihren Wohltäter verlieren würden. Nur bei einem Freispruch hatte der Rekurs gegen die vom Justiz- und Polizeidepartement verfügte Nichtigkeitsklärung der Einbürgerung Aussichten auf Erfolg. Die Verhandlungen fanden am 18. und 19. Mai 1948 vor dem Divisionsgericht 6 statt. Der Grossrichter verhielt sich korrekt neutral; doch verdarb der Auditor das Konzept, indem er die Anklage im Sinne einer Verteidigung handhabte. Die entlastenden Aspekte wurden in den Vordergrund gerückt. Von der Heydt verlegte sich auf den Standpunkt, er habe nicht gewusst, dass die Geldüberweisungen deutschen Agenten zugegangen seien. Einem Zeugen, der auch andere Aussagen hätte machen können, wurden nur solche Fragen gestellt, deren Beantwortung für den Angeklagten günstig ausfielen. Das Urteil lautete auf Freispruch von Schuld und Strafe; der Gerichtskasse wurden die Kosten des Verfahrens überbunden. Obwohl unter solchen Umständen eine Klärung der strittigen Fragen unterblieb, hat das Gericht dem rehabilitierten Saubermann in seinem schriftlichen Entscheid kein vorteilhaftes Zeugnis ausgestellt:

«Von der Heydt ist ausgesprochen Weltbürger. Von schwacher körperlicher Konstitution und weichem, ängstlichem Charakter sucht er dem Kampf und Widerstand, wenn solcher sich ihm entgegensetzt, aus dem Wege zu gehen. So bringt er auch, wenn er Widerstand zu gewärtigen hat, nicht den Mut auf, offen zu seiner Meinung zu stehen. Aus diesem, seinem zaghaften Charakter entsprechenden Bestreben heraus, nirgends Anstoss zu erregen, hat er sich seinen nationalsozialistisch eingestellten Bekannten in Deutschland und Holland gegenüber nationalsozialistisch gebärdet, obwohl er dieser Bewegung im Grunde offenbar völlig ferne stand¹⁸.»

Jetzt lag es am Gesamtbundesrat, darüber zu entscheiden, ob die Nichtigkeitsklärung der Einbürgerung wieder aufgehoben werden sollte. Es ist zu bemühend, im Einzelnen auf die Argumente einzugehen, die von der Heydt zu seiner Entlastung vorbrachte. Kein Mittel war ihm zu peinlich, diente es der Rechtfertigung: «Er sei Mitglied von 28 schweizerischen Vereinen und 8 schweizerischen Kunstvereinigungen gewesen. Nie habe er in diesen den leinsten Anstand wegen unschweizerischer Gesinnung gehabt¹⁹!» Der Nazistätte «Deutsches Haus» in Amsterdam hatte er ein Bild geschenkt. Daraufhin wurde an ihn das Ansinnen gestellt, das Gemälde an Hitler weiterzuschicken. Mit «beissender Ironie» habe er in seinem Ablehnungsbrief vom 29. Februar 1938 geschrieben, er sei gegen die Weitergabe und biete stattdessen eine Kanone an. Daraus liessen sich nach Meinung des Rekurrenten wichtige Schlüsse über seine Einstellung zu Hitler ziehen. Die alte Mutter im Rhein-

land wurde beschworen, zu deren Beerdigung er sich 1944 nicht mehr nach Deutschland gewagt habe. Stark aufgetragen war die Behauptung, sein Rechtsvertreter habe «zuverlässige Angaben über ein ausgesprochen antinazistisches Verhalten von der Heydts machen können, ebenso darüber, dass dieses Verhalten von der Heydts bei den Nazis ernstlich gefährdet und geschädigt habe²⁰.» Er hatte auf alle Pferde gesetzt, in der Hoffnung, auf jeden Fall mit dem Sieger zu gewinnen. Die Wandlung zum Hitler-Gegner und Opfer des Naziregimes wollte und konnte ihm der Bundesrat in dieser vordergründigen Form nicht abnehmen. Dennoch hat er ihm goldene Brücken gebaut mit Erwägungen, die sich im Vergleich zu den soeben durchgeführten rigorosen Säuberungsaktionen gegen die verhassten Nazifreunde – zahlreiche Deutsche waren nach dem Krieg ausgewiesen worden – seltsam ausnehmen. Für die Nichtigerklärung genüge ein unschweizerisches oder ein die Interessen der Schweiz schädigendes Verhalten nicht. Entscheidend sei die Gesinnung; nur eine «offenkundig unschweizerische Gesinnung» rechtfertige die Ungültigerklärung der Einbürgerung. Dass der Baron zahlreiche Emigranten, Juden und Mitglieder der italienischen Widerstandsbewegung bei sich aufgenommen hat, dass er zu Gisevius, dem Verschwörer gegen Hitler, enge Beziehungen unterhielt und auch mit amerikanischen und englischen Diplomaten freundschaftlich verkehrte, widerspreche der ihm zur Last gelegten unschweizerischen Gesinnung. Zahlreiche Museumsdirektoren und Kunstgelehrte der Schweiz bezeugten vielmehr, welche ausserordentliche Dienste der kundige Sammler dem Lande erwiesen habe. In der Vernehmlassung sprach sich die Regierung des Kantons Tessin zu seinen Gunsten aus, und die Gemeinde Ascona erklärte sogar, «dass von der Heydts in den zwanzig Jahren, während deren er dort wohnhaft sei, sich stets als sehr guter Bürger erwiesen habe, dessen Einstellung zu unserem Lande untadelig sei und sich in Übereinstimmung mit unseren staatlichen Einrichtungen befände». Die Regierung des Kantons Thurgau bezeichnete ihren Bürger frank als egoistischen Opportunisten, «für den keine andere Bindung ernsthaft gezählt habe als jene zu seinem grossen Besitz und der alles getan habe, um seine Person und seinen Besitz gegenüber allen Eventualitäten zu sichern». Angesichts des vom Divisionsgericht gefällten Freispruchs und in Berücksichtigung von Alter und Gesundheitszustand votierten auch die Thurgauer für eine Aufhebung der Aberkennungsmassnahme. Vor allem die vielen Interventionen aus dem Kreis schweizerischer Kunstfreunde haben mit dazu beigetragen, dass der Bundesrat den Nachweis einer offenkundig unschweizerischen Gesinnung

für nicht erbracht hielt, von der Heydts besondere Verdienste um die Schweiz anerkannte und die Nichtigerklärung der Einbürgerung am 26. April 1949 wieder aufhob²¹. Der Pferdefuss der diesen Erwägungen zugrunde liegenden Argumentation ist leicht erkennbar. Da von der Heydt sich mit jedermann, mit dem er es zu tun hatte, gut zu stellen suchte, liess sich bei ihm nicht auf eine bestimmte Gesinnung schliessen. Sein gesinnungsloses Verhalten war somit nicht «unschweizerisch» – eine Interpretation, die zur Frage provoziert, was denn eigentlich unter dem Begriff «schweizerische Gesinnung» zu verstehen ist.

Der rehabilitierte Eidgenosse ist seines Sieges nie ganz froh geworden. Sein Lebensabend in der bescheidenen Casa Maya im Saleggi blieb umdüstert durch die Haltung der amerikanischen Gerichte, die seinen Unschuldsbeteuerungen keinen Glauben schenken wollten. Der vielfach geehrte Kunstmäzen, dem am 5. April 1964 eine überraschend kleine Zahl von Menschen das letzte Geleit gaben, hat sein Geheimnis notdürftig zu bewahren vermocht. Es konnte ihm dies nur gelingen, weil das Desinteresse an einer Aufdeckung der Hintergründe offensichtlich überwog. Den Mut, die Konsequenzen seines Handelns auf sich zu nehmen, hat er nicht gefunden. Obwohl er es stets abstritt, ist von ihm das erworbene Bürgerrecht arg missbraucht worden. Jene neue Rückversicherung, die er nach dem ihm aufgezwungenen Austritt aus der NSDAP suchte, hat von der Heydt bei der Abwehr des Admirals Canaris gefunden. Die deutsche Militärsplionage konnte ihre Agenten im feindlichen Ausland nicht direkt mit Geld versorgen. Hierzu bedurfte es einer unverdächtigen Relaisstelle. Für seine Funktion brachte der Eidgenosse, der nebenbei auch einen deutschen, einen holländischen und einen chinesischen Pass besass, ideale Voraussetzungen mit. In der August-Thyssen-Bank in Berlin, deren Aufsichtsrat er angehörte, unterhielt er ein ständiges Büro. Die Thyssen-Bank, die früher auch einmal als «Von-der-Heydt-Bank» firmiert hatte und das Privatgeschäft des in Lugano ansässig gewesenen Heinrich Thyssen beinhaltete, besass in Zürich eine Zweigniederlassung. Von der Heydt betrieb sein Bankgeschäft nicht im Sinne eines konventionellen nach Öffnungszeiten sich richtenden Geldinstituts. Er hatte sich auf Finanztransaktionen und Vermögensverwaltung für einige kapitalkräftige Konzerne und Privatpersonen spezialisiert, besass hervorragende Verbindungen zu den Grossindustriellen Stinnes und Thyssen sowie zum Haniel-Konzern. Die Finanzplätze New York und London kannte er aus eigener Tätigkeit. Die Geldgeschäfte wickelten sich somit unter maximaler Diskretion ab und liefen über erstklassige internationale Adressen.

Die deutsche Abwehr hat ihre Finanzoperationen über die Thyssen-Bank abgewickelt, und sie hätte sich keinen besseren Mittelsmann wünschen können. Der willfährige Bankier leistete ihr unter dem Schutz der schweizerischen Neutralität wertvolle Dienste entsprechend den aus der Zentrale in Berlin erteilten Weisungen. Vom Mai 1939 bis April 1940 führte er die Aufträge der Abwehr über seine Bankgründung in Amsterdam aus. Als Holland nach der deutschen Besetzung für solche Transaktionen nicht mehr in Frage kam, leitete von der Heydt die Spionagegelder bis Anfang 1943 über das von ihm bei der Schweizerischen Bankgesellschaft in Locarno errichtete Treuhandbüro weiter – insgesamt mindestens 920'000 Franken zur Finanzierung deutscher Agenten im Ausland. Hinzu kamen unter Einschaltung weiterer Bankverbindungen Geldwechselgeschäfte in Millionenhöhe. Zu Unrecht spielte er den Ahnungslosen, als sich herausstellte, dass deutsche Geheimagenten in den USA und in Mexiko ihre Finanzmittel aus der Schweiz erhalten hatten²². Gleichwohl verstand er sich als das unschuldige Opfer von Verleumdungen und Intrigen. Trotz aller Verdienste um die Kunst erweist sich von der Heydt als kläglicher Opportunist, der wegen seiner Ängste zu bedauern ist. In den Dank für seine Schenkungen mischt sich ein Gefühl der Peinlichkeit, das sich auch auf das schweizerischerseits gezeigte Verhalten erstreckt.

4. Der Putschfonds in der Schweiz

Unwissend kann das Divisionsgericht nicht gewesen sein. Dem Grossrichter hat es Gisevius sogar schriftlich gegeben: «Die Anklageschrift entstellt den wahren Hergang der Dinge, wenn sie den Anschein zu erwecken sucht, als hätte ich von der Heydt mit der Abwehr zusammengebracht. Dieser war bereits seit länger als einem Jahr Bankier der Abwehr. Ich werde den bereits aktenkundigen Tatbestand nochmals erweisen, dass ich als erste Reaktion Heydt damals vor solcher Betätigung ‚für die 5. Kolonne‘ warnte.» Der Finanzier habe jedoch auf seinem Tun verharrt¹. Erst jetzt will dem Hitler-Gegner die Idee gekommen sein, den subversiven Grosskapitalisten für die eigenen Umsturzpläne auszunützen. Sobald Gisevius im Herbst 1940 in Zürich seine Funktion als Abwehrsonderführer übernommen hatte, suchte er nach Möglichkeiten, trotz der Entfernung von dem Verschwörerzentrum sich seinen Gesinnungsfreunden unentbehrlich zu machen. Den Umsturzbestrebungen wollte er mit einem phantastisch anmutenden Plan behilflich sein. Im Falle eines Putsches gegen Hitler musste damit gerechnet werden, so überleg-

te er sich, dass eingedenk der Erfahrungen im spanischen Bürgerkrieg die Gold- und Devisenbeträge der staatlichen Notenbank oder die bei den einzelnen Gesandtschaften liegenden Devisenvorräte vorerst in den Händen des Gegners verbleiben würden. In dieser Situation konnte es sich als äusserst wertvoll erweisen, wenn der neuen deutschen Regierung bereits ein «Betriebsfonds» zur Verfügung stand, ganz abgesehen davon, dass auch in der Vorbereitungsphase Finanzmittel gute Dienste leisten würden. Natürlich war Eduard von der Heydt nicht der richtige Mann, aktiv an der Konspiration gegen Hitler mitzuwirken. Von dem eigentlichen Charakter der ihm zugeordneten Rolle durfte er keine Ahnung haben. Um überhaupt zu einem Putschfonds zu kommen, war eine Lösung zu finden, die folgende Voraussetzungen erfüllte: Das benötigte Geld musste in einer Weise herbeigeschafft werden, die keinen Verdacht erregte. Das Depot würde beim Abwehrbankier bereitgestellt, ohne dass er den tatsächlichen Verwendungszweck kennen durfte. Zudem galt es sicherzustellen, dass nur die Verschwörer berechtigt waren, die Gelder abzurufen. Gisevius versuchte seinen Freund Oster für das abenteuerliche Projekt zu gewinnen; dieser machte sich mit Billigung von Canaris an die Verwirklichung.

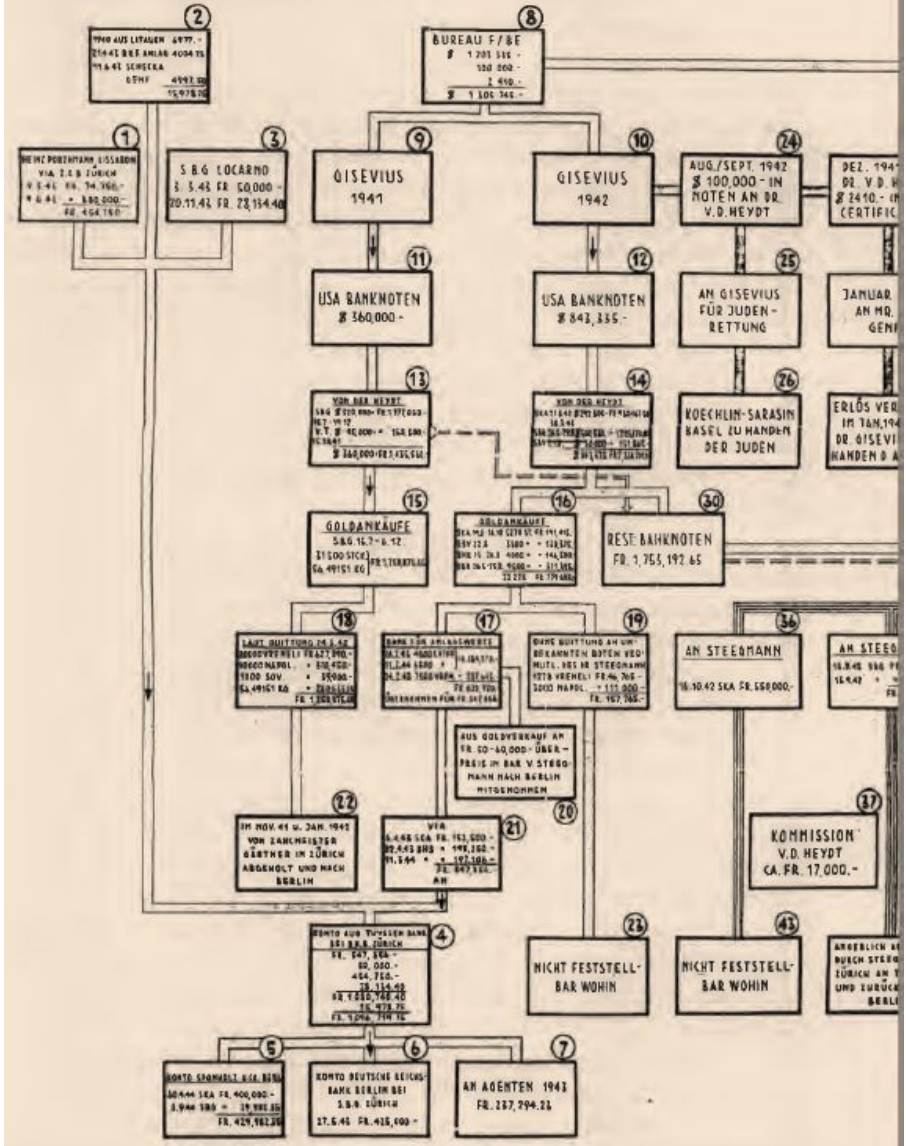
Von vornherein stand fest, dass der Transfer nicht auf dem üblichen Wege anderer Abwehr-Überweisungsaufträge vorgenommen werden konnte. Die Finanztransaktionen, mit denen der militärische Geheimdienst im Ausland in Gang gehalten wurde, gehörten in der Berliner Zentrale zum Verantwortungsbereich der Gruppe ZF (Zentralabteilung, Finanzen). Sie gab die Zahlungsanweisungen an die August-Thyssen-Bank in Berlin; von hier gingen sie weiter zum Mittelsmann von der Heydt, der vor allem über die bereits genannte Bankfiliale in Locarno besorgt war, dass dem Geheimdienst die gewünschten Devisen am entsprechenden Bestimmungsort zur Verfügung standen. Mit einer plausiblen Begründung versehen, war das Vorhaben keineswegs abwegig, wenn die Abwehr bei ihrem Bankier in der Schweiz einen grösseren Betrag gleichsam als Sicherheitsdepot zu plazieren wünschte. Die Schwierigkeit bestand darin, dass die Gruppe ZF zur Wehrmachtsverwaltung gehörte und für ihre Mittel nicht Canaris, sondern Feldmarschall Keitel als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) verantwortlich war. Dieser hatte als Verwaltungschef OKW Ministerialrat Hartmann eingesetzt, dem die geheimen Fonds unterstanden und der auch laufend die Gelder für die Gruppe ZF von den entsprechenden Reichsbehörden anzufordern hatte². Die Gruppe ZF war zwar der von Hans Oster geleiteten Zentralabteilung angegliedert, doch wur-

FLUSSDIAGRAMM

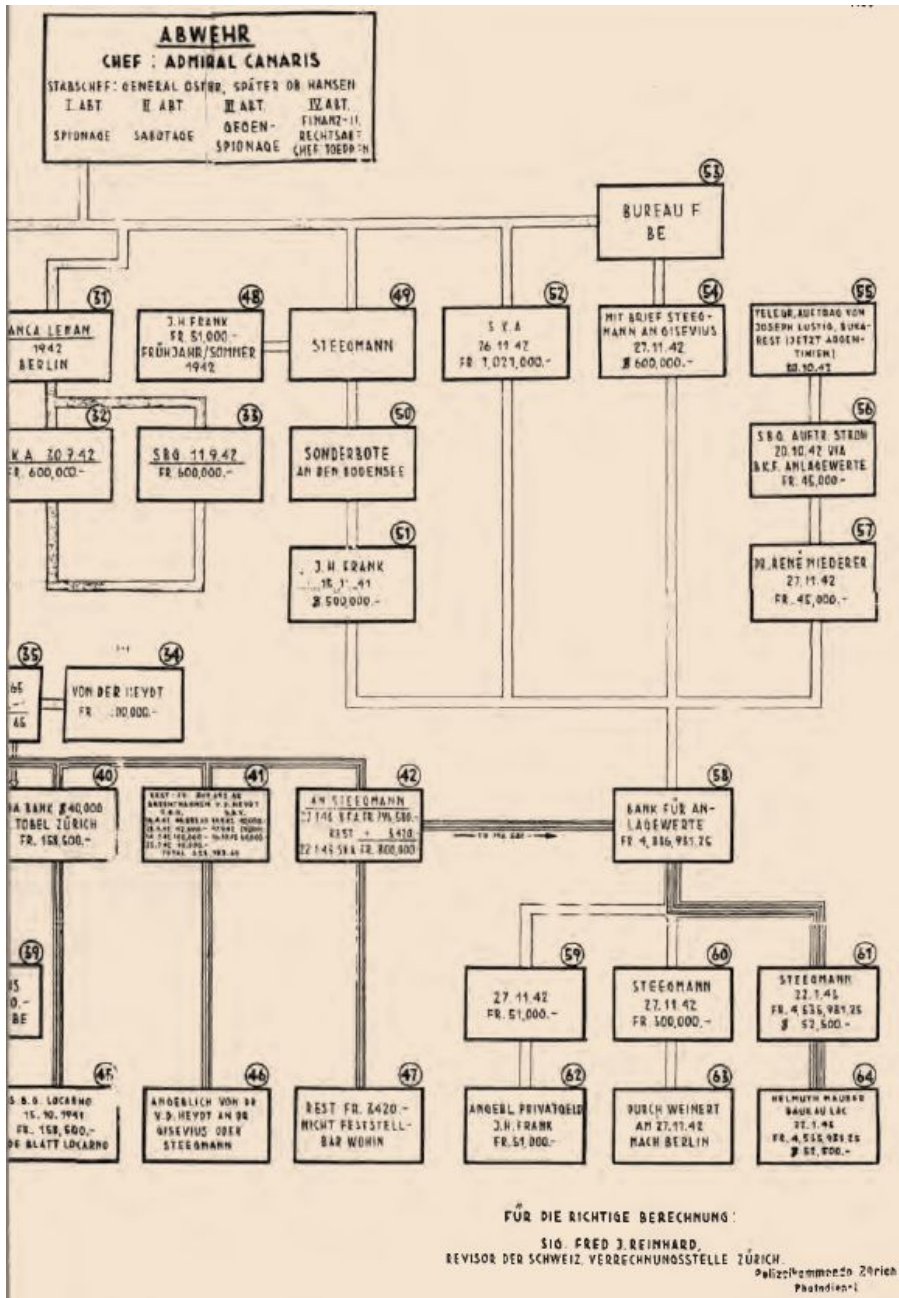
IN DER STRAFUNTERSUCHUNG DR. ED. VON DER HEYDT U. CONSORTEN
BETR. VORSCHULEISTUNG ZU MIL.-NACHRICHTENDIENST.

JUNI 1946

A. O. UNTERS-RICHTER MAJOR FÜRST, HORGEN,
DIV. GER 6



Rekonstruktionsversuch der im Auftrag der Abwehr u.a. über das Bureau F der deutschen Gesandtschaft Bern vorgenommenen Finanztransaktionen 1940-1944. Das im Juni 1946 im Rahmen der Strafuntersuchung Dr. Eduard von der Heydt u. Cons. erstellte «Flussdiagramm» umfasst Zahlungen an Agenten, aber auch die Bereitstellung der 100'000 Dollars für die Rettungsaktion «V7» sowie die komplizierten Wechselgeschäfte im Zusammen-



hang mit dem «Putschfonds», der – wie aus dem Schema teilweise ersichtlich – in Raten wieder nach Berlin zurücktransferiert wurde. Dass es sich bei den hier aufgeführten Transaktionen überwiegend nicht um Spionagegelder handelte, wurde erst nachträglich klar, als der Grossrichter des Divisionsgerichts 6 auf die erste Eingabe von Gisevius hin die Anklageeröffnung sistierte und die Fortsetzung der Strafuntersuchung anordnete.

de, wenn sie den an sie gestellten Zahlungsforderungen nicht entsprechen zu können glaubte, die Entscheidung des von Canaris unabhängigen Hartmann angerufen. Gerade dies musste aber vermieden werden, sollten nicht Keitel und damit wohl auch Hitler Kenntnis von der Sache erhalten. Was Oster dem Gruppenleiter ZF, Martin Toeppen, im Einzelnen vorgespiegelt hat, wissen wir nicht; der Grundtenor war, dass die Errichtung eines solchen Geheimdepots, das vor der Reichsbank verschwiegen werden sollte, eine im Interesse der Abwehr liegende zweckmässige Handlung sei. Den Überredungskünsten Osters gelang es, Oberstintendant Toeppen dafür zu gewinnen, ohne Genehmigung des Verwaltungschefs OKW einen solchen Reservefonds von 2 bis 3 Millionen Dollar bei von der Heydt bereitzustellen. Georg Duesterberg, zu dieser Zeit stellvertretender Leiter der Gruppe ZF, hat in seiner eidesstattlichen Erklärung zuhanden der Schweizer Militärjustiz 1947 etwas nebulös ausgeführt, Toeppen habe damals «eine günstige Gelegenheit wahrgenommen und zulasten seines Reichsmarketats mehrere Millionen Dollar in Noten erworben³». Gisevius hat nach eigener Bezeugung die Gelder – für den Zoll unantastbar im Kuriersack – über die Grenze zu von der Heydt gebracht. «Auf meine Anregung», so berichtete er, «ordneten Admiral Canaris und General Oster an, dass kein anderes Mitglied der Schweizer Abwehr mit Heydt persönliche Fühlung aufnehmen sollte. Folgerichtig musste ich dann freilich alle Botengänge übernehmen⁴.» Mit dieser Abschirmung sollte verhindert werden, dass uneingeweihte Mitarbeiter der «Kriegsorganisation Schweiz» dem Fonds auf die Spur kamen. Die Dollars wurden teilweise in die begehrteren Schweizer Franken und danach zum Teil in Gold und Goldmünzen (Vreneli, Napoléon, Sovereign) gewechselt. Diese Transaktionen dienten dem Zweck, dem Putschfonds eine optimale Konvertibilität und Wertbeständigkeit zu sichern. Duesterberg, über die Aktion von Ende 1940 von Toeppen nicht orientiert, meinte nach dem Krieg hierzu: «Dienstliche oder wirtschaftliche Gründe für diese Operation sind mir nicht bekannt. Es gab sie auch nicht, denn das Wechseln speziell in Gold war eher ungünstig. Ich vermute deshalb, dass General Oster dem damaligen Gruppenleiter vom ZF diesen Gedanken des Wechselns näher brachte, damit die von General Oster geleitete Verschwörergruppe des Amtes gegen Hitler einen Devisenfonds im Ausland hatte. Dies erklärt auch die Einschaltung von Gisevius in der Schweiz⁵.» Der gleiche Gisevius, der mit seiner brillanten Idee den Putschfonds initiierte, hat das Unternehmen durch seinen Leichtsinn wieder zunichte gemacht. Er selbst erklärte den Mitte 1942 erfolgten «Betriebsunfall» nur mit der halben

Wahrheit. Feldmarschall Keitel habe durch die Spionageabwehr oder die Gestapo erfahren, Gisevius wisse von der Deponierung der Gelder bei von der Heydt, worauf die sofortige Auflösung des Depots befohlen worden sei⁶. Diese Ausdeutung sollte noch einmal hervorheben, wie sehr er sich seiner Gesinnung wegen bis zu höchsten Stellen verdächtig gemacht hatte. Bestand an seiner Einstellung auch kein Zweifel, so verschwieg der umstrittene Verschwörer, dass er der Verlockung nicht hatte widerstehen können, die eigene Bedeutung seiner Geschäftigkeit mit Hilfe dieses Fonds aufzuwerten. Ausser von der Heydt besass er in der Schweiz allein Anweisungsbefugnis, doch durfte an das Geheimdepot nicht gerührt werden. Unter dieser Vorgabe war das ganze Unternehmen durchgeführt worden. Dass nun Gisevius aus dem angeblichen Reservefonds Gelder abzweigte, war eine eklatante Unvorsichtigkeit, die in Berlin dem Verwaltungschef OKW hinterbracht wurde. Seine Rückfragen alarmierte den Gruppenleiter ZF. Ihm kam zugute, dass ZF während der Jahre 1941 bis 1943 in grossen Mengen auch für amtsfremde Zwecke Devisen zur Verfügung stellen musste. So wurden in der Schweiz Uhren für Rommels Afrikakorps beschafft; die Einkäufe zugunsten der Marine und ziviler Dienststellen, aber auch die Weihnachtspaketaktionen im Dienste der Kriegsgefangenenhilfe beanspruchten viele Millionen Schweizer Franken⁷. Liess sich der eigentliche Zweck des Fonds bemänteln, so wurden die Gelder nun vom Verwaltungschef OKW scharf kontrolliert. Dieser ordnete an, an Stelle von der Heydts die Bank für Anlagewerte in Zürich mit allfälligen weiteren Wechselgeschäften zu beauftragen, weil dessen Abrechnungsbelege als ungenügend kritisiert wurden⁸. Oberstintendant Toeppen befand sich in einer höchst ungemütlichen Situation. Er vertrug sich mit Oster ohnehin schlecht; zwischen den beiden soll es sogar bis zur Duellforderung gekommen sein⁹. Ihm kam der Verdacht, dass der Generalmajor «in Politik machte» und ihn mit der Geheimtransaktion hineingelegt hatte. Er beauftragte seinen Mitarbeiter, Justitiar Dr. Josef Steegmann, in die Schweiz zu reisen und das Geld zurückzubehalten. In Zürich widersetzte sich Gisevius offen diesem Ansinnen und erklärte, der Fonds müsse unter allen Umständen bestehen bleiben. Er führte Steegmann mit von der Heydt zusammen, der der Order nachkommen wollte, aber zu bedenken gab, dass man vorsichtig verfahren müsse und nicht alles auf einmal abziehen könne. Schliesslich wurde vereinbart, die illegal über die Grenze gebrachten Mittel ratenweise nach Berlin zurückzuschaffen. Die Rückzahlungen erfolgten stockend. Der Korruptionsfall Schmidhuber zog für die Abwehr immer bedrohlichere Kreise. Die Gestapo

erhielt Witterung auch von diesen Geldern. Beunruhigt reiste Toeppen Mitte September 1942 persönlich mit Steegmann nach Zürich zu einem Treffen mit von der Heydt. Alle drei wohnten im Hotel «Storchen» des Herrn Bürhle, damals bevorzugte Nobelherberge der Deutschen. Der Bankier übergab dort zur Beruhigung Toeppens eigenhändig eine weitere Million Schweizer Franken in bar¹⁰.

Für die Gegner aus dem Reichssicherheitshauptamt lag der Verdacht nahe, gewisse Herren der Abwehr hätten in der Schweiz Gelder gehortet, um sich nach einer allfälligen deutschen Niederlage ein angenehmes Leben zu sichern. Im November 1942 erhielt Josef Steegmann vom neuen Gruppenchef ZF, Georg Duesterberg, den Auftrag, die ausstehende Restsumme unverzüglich nach Berlin zu bringen, andernfalls drohe für die Beteiligten die Verhaftung. Wie aber konnte der Fehlbetrag von schätzungsweise 60'000 Schweizer Franken, der durch die unzulässigen Zahlungen von Gisevius entstanden war, unauffällig gedeckt werden? Zum Depot hatte auch Gold gehört, das mit einem Teil der Devisen eingekauft worden war. Steegmann fand die Lösung, das Gold über einen amerikanischen Bankier namens Wight, auf dem Schwarzmarkt an einen Polen zu verkaufen. Das dabei erzielte Aufgeld schloss die verräterische Lücke. Auf diese Weise gelang es, Anfang 1943 auch die letzten Raten mit dem Kuriersack nach Berlin zurückzubringen. An der Katastrophe war man in der Abwehr für kurze Zeit noch einmal vorbeigekommen. Nach der Verhaftung von Dohnanyi am 5. April 1943 ist in den Verhören der Gestapo, aber auch während der Untersuchung des Oberstkriegsgerichtsrats Roeder sowohl nach den Hintergründen der Rettungsaktion «V 7» wie nach dem Zweck dieser Devisentransaktionen geforscht worden¹¹.

Gisevius zeigte sich über den Rücktransfer aufs Äusserste verärgert. Das «Betriebskapital» war dahin, und um neue Finanzmittel für den Putsch zu äufnen, musste er unter schwierigeren Bedingungen noch einmal von vorne anfangen. Der Industrielle Hans Brochhaus hat sich in der ersten Hälfte 1944 zu einem Gisevius höchst willkommenen Agreement bereitgefunden. Dessen in Deutschland blockiertes Guthaben transferierte die Abwehr illegal nach Zürich; andererseits war dieser Hitler-Gegner damit einverstanden, dass die auf rund drei Millionen Schweizer Franken veranschlagte Summe zugleich der Umsturzbewegung dienlich sein sollte. Das Depot wurde beim Abwehrbeauftragten in Zürich, dem als Vizekonsul getarnten Dr. Eduard Waetjen, eingerichtet, da Gisevius seit der Verhaftung Ostern erheblich gefährdet war¹². Nach eigenem Zeugnis hat Gisevius von dem zweiten Putschfonds im Hinblick auf die bevorstehenden Ereignisse des 20. Juli 1944 einen «namhaf-

ten Betrag» abgehoben, was übrigens nach dem Krieg zu einer Auseinandersetzung mit dem Eigentümer führte, der sein privates Geld zurückforderte¹³. Zum Schutz gegen die ausländischen Devisenrestriktionen war die Schweiz gezwungen, seit den dreissiger Jahren selbst eine Reihe von Devisenmassnahmen zu ergreifen. Die freie Ein- und Ausfuhr von Devisen wurde unterbunden. Der Verrechnungs- und Zahlungsverkehr mit dem Ausland unterlag zunehmend der staatlichen Kontrolle, eine Aufgabe, die die schweizerische Verrechnungsstelle wahrnahm. Im Inland blieb jedoch für Wechselgeschäfte aller Arten genügend Freiraum; auch hat erst der Bundesratsbeschluss über die Überwachung des Handels mit Gold vom 7. Dezember 1942 die Ein- und Ausfuhr dieses Edelmetalls von einer Bewilligung der Schweizerischen Nationalbank abhängig gemacht¹⁴. Angesichts der mit dem Putschfonds verbundenen Zielsetzung wäre es bürokratische Kleingeisterei gewesen, wegen allfälliger Verstösse gegen die schweizerischen Devisenerlasse noch nach dem Krieg ein derartiges Strafverfahren einzuleiten. Aus der Sicht der Schweizer Militärjustiz – dies muss man ihr zugutehalten – stellten sich die ganzen Vorgänge in einem anderen Lichte dar. Die Amerikaner hatten den interessierten Berner Stellen beschlagnahmtes Material der August-Thyssen-Bank, das den seit Langem gehegten Verdacht gegen von der Heydt bestätigte, zugänglich gemacht. Nun rächte es sich, dass man den Abwehrbankier zum Verwalter des Putschfonds eingesetzt hatte.

Die Vermutung lag nahe, dass auch das bei ihm angelegte Geheimdepot irgendwelchen Spionagezwecken dienen sollte. Hierfür gab es Hinweise, die Gisevius unmittelbar belasteten. Ihm war es wohl gelungen, sich von der «schmutzigen» Arbeit innerhalb des Geheimdienstes fernzuhalten. Um sich in seiner Stellung als Sonderführer zu legitimieren, hatte er jedoch an gewissen Finanztransaktionen und Botendiensten mitwirken müssen, von denen auch das Agentennetz der Abwehr in der Schweiz, die «Kriegsorganisation Schweiz», profitierte. Insbesondere war strafbar, dass er beim Schweizer Privatmann von der Heydt persönlich Gelder abholt und dem Spionagebüro F in der deutschen Gesandtschaft Bern übergeben hatte. Vor dem Untersuchungsrichter konzedierte Gisevius, die von ihm überbrachten Summen hätten sich auf rund 100'000 bis 120'000 Franken belaufen, später reduzierte er den Betrag auf die Hälfte¹⁵. Als im Büro F die monatlichen Überweisungen nicht pünktlich eintrafen – so begründete er seine Mittlerdienste –, habe er in den inkriminierten drei Fällen bei von der Heydt im Sinne eines Überbrü-

ckungskredites angeblich die Gehaltsbeträge nach Bern mitgenommen. Dem Untersuchungsrichter unterstellte er die Absicht, durch eine unzulässige Befragungsweise die «geringfügigen» Beträge wenigstens so weit hinaufsteigern zu wollen, «dass nicht jeder nachrichtendienstlich halbwegs Bewanderte schon bei der blossen Überlegung den Kopf schütteln musste, mit einem solchen Bagatellbetrag hätten die Geheimnisse der Schweizer Landesverteidigung ausspioniert werden können¹⁶».

In eigener Sache erweist sich auch Gisevius als Verharmloset. Zu ihrem Leidwesen hat die schweizerische Spionageabwehr, wie sie in einem Schlussbericht festhält, ganz andere Erfahrungen machen müssen: «Dagegen ist erstaunlich, wie bescheiden die Summen oft waren, die die schweizerischen Spione für ihren verbotenen Nachrichtendienst erhielten. Ein Korporal eines Abschnittes im Jura verriet für Fr. 20.- den Standort seiner Kompanie, den Namen des Kompaniekommandanten und die Lage eines Bunkers. Andere begnügten sich mit einigen 20er oder 100er Noten. Die Bezahlung überstieg Fr. 1'000.- nur in jenen Fällen, wo ein langwährender Auftrag Ortswechsel und persönliche Ausgaben erforderte¹⁷.»

Es mangelte nicht an Leuten, die sich aus den Reihen der Eidgenossen zum Verrat drängten. Insofern ist Gisevius zuzustimmen, dass die Mitarbeiter der Abwehr, soweit sie in der deutschen Gesandtschaft und den Konsulaten sassen, mit entsprechendem Fanatismus noch grösseres Unheil hätten anrichten können. Ein übles Beispiel gab Dr. Georg Ashton in Zürich. Aber derart harmlos war die «Kriegsorganisation Schweiz» doch nicht, wie Gisevius dies hinzustellen suchte: «Rückblickend wird man wohl sagen können, dass die Herren Prinz Auersperg, Waetjen, Gerl, Wetzler, Engelbrechten, Albert, von der Mühlen, ja sogar der Oberfaulpelz Meisner bei ihren fortgesetzten Delikten des vollendeten militärischen und politischen Nachrichtendienstes wahrhaftig keine allzu gemeingefährliche Bösewichte waren¹⁸.» Der Gefreite der Reserve und Landwirt Maximilian von Engelbrechten, um ein Beispiel zu nennen, war als Vizekonsul getarnt Abwehrbeauftragter in Genf. Er liess sich von einer Gruppe von Spionen berichten, deren Dienste er mit 10'000 Franken honorierte, was ihm 1946 ein Gerichtsverfahren mit Verurteilung eintrug. Die Mehrzahl der in der Schweiz tätigen Agenten ist jedoch von den Aussenstellen Lörrach, Säckingen, Konstanz und Bregenz und übergeordnet vor allem von der AST-Zentrale in Stuttgart angeworben worden. Weniger qualifiziert, dafür umso aktiver waren der Sicherheitsdienst und die Gestapo, die in der Auskundschaftung oder Bespitzelung mit der Abwehr rivalisierten. Mancher Schweizer hat seine Verstrickung in das Netz der deutschen Spiona-

gedienste bitter büßen müssen. Wie unter anderem das «Kleine Orientierungsheft Schweiz» zeigt, haben die deutschen Nachrichtendienste trotz aller Überschneidungen und Pannen effizient gearbeitet¹⁹. Umso verständlicher ist es, dass sich die Eidgenossen auch nach dem Krieg dafür interessierten, wie der Judaslohn für die Verräter im Einzelnen beschafft worden war. Über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern während der Kriegsjahre hat der Bundesrat in Beantwortung der Motion Boerlin eingehend berichtet. Die Geldgeber blieben jedoch ungenannt – eine Lücke, die von Nationalrat Boerlin in der Oktobersession 1946 zu Recht als ungerechtfertigt kritisiert worden ist: «Auch das Geld steht meines Erachtens in der Treue und Dienstpflicht gegenüber Land und Volk und ist, wenn es diese Pflicht verletzt und den Feinden des Landes und seiner Ideale dient, ebenso strafbar wie der Mensch, der sich dazu verleiten lässt²⁰.» Das galt ganz besonders für den verschont gebliebenen Schweizer Abwehrbankier von der Heydt, der aus Eigennutz seinen gesinnungslosen Vermittlerdienst betrieben hatte. Gisevius hingegen ist um des höheren Zieles willen Kompromisse eingegangen, durch die er sich die Strafverfolgung der Schweizer Militärjustiz zugezogen hat. Angeblich konnte der zweite Putschfonds nur dadurch in der Schweiz zurückgehalten werden, indem aus ihm Beträge an das Büro F abgeführt wurden. Insgesamt sollen diese die Summe von 100'000 Franken weit überstiegen haben²¹.

5. Zur Anklage nicht legitimiert

Sollte Gisevius mitschuldig geworden sein, so lässt sich umgekehrt fragen, ob man schweizerischerseits vom strafrechtlichen Standpunkt einmal abgesehen, legitimiert war, sich zum Richter über das Verhalten dieses Hitler-Gegners aufzuwerfen. Liess die Selbstbehauptung der Schweiz gegenüber der nationalsozialistischen Aggression, die von scheinbar harmlosen Lockungen bis zur offenen Pression alle Schattierungen aufwies, nicht ähnliche Verhaltensweisen erkennen? Auch der schweizerische Widerstand wäre nicht denkbar gewesen ohne gewisse Arrangements, von denen – erinnert sei nur an die Zugeständnisse für die Kohleeeinfuhr¹ – auch die vehementesten Verfechter der geistigen Landesverteidigung profitierten. Für den Fall, dass er tatsächlich vor Divisionsgericht gestellt werden würde, drohte Gisevius Themen zur Sprache zu bringen, die in der Schweiz damals tabu waren. Erste Schwachstelle: Die meisten der in der deutschen Gesandtschaft und in

den Konsulaten eingebauten Abwehrbeauftragten haben die Schweizer Behörden enttarnt, ohne sie allein ihrer Funktion wegen auszuweisen. Auch heute wird im internationalen diplomatischen Verkehr in dieser Frage aus Gründen der dadurch erleichterten Überwachung eine gewisse Toleranz geübt. Während der Kriegszeit kam es zu einem Gentlemen's-Agreement, das Bundesrat Pilet-Golaz noch im Februar 1944 gegenüber dem deutschen Gesandten Köcher bestätigt hat: Die deutsche Spionage gegen den Kriegsgegner werde geduldet, sofern sie gegenüber dem Gastland unterbleibt². Die Übereinkunft galt auch für andere ausländische Nachrichtendienste. War es zu bedenken, dass dem Chef des Office of Strategie Services für Zentraleuropa, Allan W. Dulles, in den letzten Kriegsjahren grösstes Wohlwollen entgegengebracht wurde? Nach Gisevius hat man hier mit ungleichen Ellen gemessen, zumal wenn nun nachträglich allein die ihres Immunitätsschutzes beraubten Geheimdienstleute der Verliererseite zur Rechenschaft gezogen werden sollten.

Zweite Schwachstelle: Ein solches Strafverfahren wäre Ausdruck krassen Undanks, haben doch Canaris und Oster der Schweiz manchen wertvollen Dienst erwiesen. Gisevius war entschlossen, notfalls die Geheimabsprachen mit dem französischen Generalstab, die eine militärische Hilfeleistung für den Fall eines deutschen Angriffs vorsahen, publik zu machen. Die Dokumente aus dem brisanten Aktenfund von La Charité-sur-Loire³ galten im Dossier des Herrn Ribbentrop als das gravierendste Belastungsstück. «Ich werde unter Beweis stellen», so schreibt Gisevius, «dass es in den Jahren 1940-1944 nicht eine Berliner Chefbesprechung in Sachen Schweiz gab, sei es, dass es sich um neue Wirtschaftserpressungen, sei es, dass es sich um anderweitige ‚diplomatische‘ Wünsche handelte, bei der nicht dieses Dossier eine grosse Rolle spielte.» Nur dem besonderen Geschick von Admiral Canaris sei es zu verdanken, dass diese Angelegenheit als noch nicht spruchreif bezeichnet worden ist. Dieser habe eine planmässige «Entaktualisierung» unter dem Vorwand betrieben, weitere angeblich umfangreiche Ermittlungen durchzuführen⁴. Gisevius rechnete sich und dem Oster-Kreis einen entscheidenden Anteil daran zu, dass dieses Dossier gegen die Schweiz niemals präsentiert worden ist. Die von General Guisan getroffenen einseitigen Militärabsprachen mit Frankreich wurden auch nach dem Krieg streng geheim gehalten. Gisevius traf hier die verwundbarste Seite seiner Ankläger. Dies ging so weit, dass das Protokoll seiner Vernehmung vom 14. Mai 1947, in der er sich über den beim deutschen Vormarsch in Frankreich gemachten Aktenfund geäussert hatte, aus den Untersuchungsakten entfernt worden ist⁵.

Dritte Schwachstelle: Den Eidgenossen konnte es nicht erwünscht sein, eine allfällige schweizerische Beteiligung an den Finanztransaktionen zugunsten des Dritten Reiches zum Gegenstand einer solchen Gerichtsverhandlung werden zu lassen. Es seien hier «phänomenale Geschäfte» gemacht worden, so winkte der Beschuldigte mit dem Zaunpfahl⁶. Die angedeuteten Enthüllungen enthielten in der Tat Explosivstoff, deren Inhalt erst nach Freigabe der bisher gesperrten Akten der schweizerischen Nationalbank besser überprüfbar wird. Für das Dritte Reich war die Schweiz während des Krieges nicht nur ein wichtiger Waffenlieferant gewesen, sondern auch Hauptumschlagplatz für Gold- und Devisengeschäfte. «Wir konnten dank der Schweizer Banken», so erinnert sich der ehemalige Botschaftsrat und Landesgruppenleiter Schweiz der AO der NSDAP, Sigismund von Bibra, «in der ganzen Welt, vor allem in Feindesland, genauso wie der Feind bei uns, jede finanzielle Transaktion durchführen⁷.» Selbst als die wirtschaftliche Erpressung mit dem deutschen Machtzerfall an Wirksamkeit verloren hatte, konnte Hitler das redimensionierte Abkommen vom 24. März 1944 immer noch mit dem Hinweis schmackhaft gemacht werden, die Reichsbank habe weiterhin die Möglichkeit, auf dem schweizerischen Markt Gold zu verkaufen: «Nach der gegenwärtigen Lage in den neutralen Staaten dürfte die Schweiz das einzige Land sein, in dem diese für uns kriegswichtigen Transaktionen noch vorgenommen werden können⁸.»

Bis jetzt kaum untersucht worden ist, wie weit das schweizerische Entgegenkommen, die Plünderung der besetzten Gebiete durch die Deutschen erleichtert hat. War es mit gutem Gewissen zu vereinbaren, dass die Ein- und Ausfuhr von Gold erst im Dezember 1942 der Kontrolle durch die Schweizerische Nationalbank unterstellt worden ist? Einen Monat später haben die Alliierten mit wenig Erfolg offiziell vor allen geschäftlichen Transaktionen mit den besetzten Gebieten gewarnt. Die Nationalbank hat nach eigenem Bekunden in gutem Glauben – die Frage ist nur, ob zu leichtgläubig – für Hunderte von Millionen Schweizer Franken (alliierte Fehleinschätzung: 860 Millionen) von Deutschland Gold erworben, das vor allem der belgischen Staatsbank unter Beihilfe der Vichy-Regierung weggenommen worden ist. Der Kleinstaat hat beiden kriegsführenden Gruppen gemäss der Pflicht zur Neutralität die gesuchten Schweizer Franken, die im internationalen Verkehr zum begehrtesten, überall kursfähigen Zahlungsmittel geworden waren, gegen Gold abgegeben: den Alliierten insgesamt für rund 3,7 Milliarden und der Deutschen Reichsbank für 1,2 Milliarden Franken. Offensichtliche Gefahr, zum

unfreiwilligen Komplizen unlauterer Machenschaften zu werden, drohte jedoch nur von letzterer Seite. Die Alternative, auf die Goldkäufe weitgehend zu verzichten, stand unter dem Druck des Dritten Reiches ausser Frage. Dies hat auch der sozialdemokratische Bundesrat Ernst Nobs in der Debatte über die Genehmigung des Washingtoner Abkommens klargestellt: «Die schweizerischen Handelsdelegationen, die mit Deutschland in jenen Jahren in überaus schwierigen und zähen Verhandlungen standen, waren sich darüber im Klaren, dass die Verweigerung der Goldabnahme der Nationalbank gegenüber der Reichsbank den sofortigen Abbruch unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland zur Folge gehabt hätte'». Den Streit um das Raubgold hat die Schweiz am 6. Juni 1947 mit der Überweisung von 250 Millionen Franken an die Alliierten beigelegt¹⁰. Nichts musste unerwünschter sein, als wenn nun kurz darauf ein Gisevius oder gar Bankier von der Heydt als Revanche für den Prozess publik gemacht hätten, auf welche Weise auch die deutschen Geheimdienste von derartigen Transaktionen zu profitieren gewusst hatten.

Die aufrechterhaltene Pflicht zur Goldabnahme wirkte sich für Deutschland als eine bedeutsame Konzession aus, die nicht geringer zu veranschlagen ist als die gezwungenermassen einseitig nach Deutschland erfolgten schweizerischen Kriegsmateriallieferungen. Bedenklich, aber ebenso zu erklären ist, dass erst mit dem Bundesratsbeschluss vom 2. März 1945 der freie Notenhandel eingeschränkt wurde. Dadurch wollte man verhüten, dass Banknoten, die in den besetzten Gebieten unrechtmässig die Hand gewechselt hatten oder die gefälscht worden waren, über die neutrale Devisendrehscheibe in Verkehr gebracht würden¹¹. Diese Massnahme kam zu spät, konnte aber, wollte man angesichts der Umklammerung durch die Achsenmächte nicht eine langfristige Blockierung lebenswichtiger Zufuhren riskieren, kaum schon 1940 ergriffen werden. Woher die Deutschen ihre Devisen hatten, liess sich nicht kontrollieren; dass sie auch düsterster Herkunft waren, dafür gibt es alarmierende Hinweise, die nach einer Abklärung durch eine spezielle Untersuchung rufen. Rudolf Höss, der berühmte Kommandant in Auschwitz, berichtete über den Verbleib jener Wertsachen, die den in das Vernichtungslager abtransportierten Opfern abgenommen wurden: «Eine besondere Abteilung der Reichsbank befasste sich nur mit diesen Sachen aus den Juden-Aktionen. Wie ich einmal von Eichmann hörte, wurden die Pretiosen und Devisen in der Schweiz verhandelt, ja man beherrschte damit den gesamten Schweizer Pretiosen-Markt¹².» Auch der Slowake Rudolf Vrba, der 1944 als Häftling aus Auschwitz hatte fliehen können – er musste dort im «Kanada» genannten

Verwertungskommando arbeiten –, beschreibt, wie den Häftlingen Reichsmark, Franken, Lire, Dollar- und Pfundnoten, Gold, Edelsteine und Schmuckstücke abgenommen worden sind. Sie seien unter anderem dazu verwendet worden, «um über die Schweizer Banken die fremden Währungen zu beeinflussen und der Wirtschaft der Alliierten auf diese Weise Schaden zuzufügen¹³».

Vierte Schwachstelle: Sollte Gisevius wegen der von ihm dem Spionagebüro F überbrachten Gelder bestraft werden, so wollte er seinerseits enthüllen, woher denn eigentlich die Finanzmittel für die «Kriegsorganisation Schweiz» gekommen seien. Seine Behauptung klingt unglaublich: Die Abwehrgorganisation in der Schweiz habe gar keine Beschaffung von Devisen nötig gehabt, weil deren Bedarf fortlaufend aus Krediten finanziert worden sei, die der Reichsbank bei der Schweizerischen Nationalbank zur Verfügung gestanden hätten. Hat die Schweiz Kredite bereitgestellt, aus denen sich deutsche Geheimdienste finanzierten? Der Gedanke erweist sich bei näherem Zusehen nicht als absurd. Die Reichsbank war verpflichtet, den Geheimdiensten für ihre Aktivitäten in und von der Schweiz aus Devisen in Landeswährung zur Verfügung zu stellen. Hätte sie dies auf korrektem Weg durch Ankauf von Schweizer Franken getan, so wäre sie selbst mit ihren durch die Kriegswirtschaft angespannten Mitteln in Anspruch genommen worden. Zur eigenen Entlastung und um allfällige Engpässe zu vermeiden, wird der Entschluss zum Missbrauch gewisser Schweizer Kredite gefasst worden sein. Eine bestimmte Quote der sogenannten freien Devisenspitze – Devisen, die den Deutschen im Rahmen der Verrechnungsabkommen ungebunden zur Verfügung gestellt wurden – war in ihrer Verwendung der Kontrolle durch die Schweizer entzogen. Eine Abschöpfung zu Spionagezwecken ermöglichte auch der 1943 eingerichtete Kohlekredit. Die Deutschen waren damals mit ihren wichtigen Lieferungen von Rohstoffen, insbesondere von Kohle und Eisen, stark in Verzug geraten. Berlin hatte überdies den zum Bezug von Waren eingeräumten Clearingkredit von 850 Millionen Franken um mindestens 300 Millionen überzogen¹⁴. In fast auswegloser Situation gelang es den schweizerischen Unterhändlern, mit einem Sonderkredit die Versorgung mit Kohle zum alten Preis wieder sicherzustellen. Pro Tonne eingeführter Kohle leisteten die Schweizer von jetzt an zusätzlich 50 Franken Vorschuss; die aufgelaufenen Schulden sollten nach dem Krieg mit weiteren Kohlelieferungen abgetragen werden.

Für die deutsche Regierung verlockend war das Zugeständnis, dass ihr dieser Spezialkredit zur freien Disposition gestellt wurde. Er belief sich bis zum

Stillstand der schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen Ende April 1945 auf insgesamt 107 Millionen Franken¹⁵. Was die Deutschen mit diesen Schweizer Franken machen würden, durfte den Abmachungen gemäss die Kreditgeber nicht kümmern. Natürlich hatte es nicht in deren Absicht gelegen, dem Dritten Reich die subversiven Umtriebe auf Schweizer Boden gleich auch noch zu finanzieren. Die «Kriegsorganisation Schweiz», deren Berner Leitstelle sich in die Abteilungen «aktive Spionage», «Gegenspionage» und «wirtschaftlicher Nachrichtendienst» aufgliederte, hat ihre Finanzmittel nach Bezeugung des eingeweihten Sonderführers Gisevius aus den von der Schweizerischen Nationalbank zur Verfügung gestellten Frankenbeträgen gedeckt¹⁶. Dass die Reichsbank aus diesem Kredit auch anderen Stellen Devisen für anrüchige Zwecke – etwa für die Landesgruppe Schweiz der NSDAP – zur Verfügung gestellt hat, vermag nicht zu überraschen. Kaum entschärfend wirkt das Argument, die Tätigkeit des Büros F habe sich seit 1943 nur auf die Beschaffung von Informationen aus dem gegnerischen Lager konzentriert. Für die Schweizer war das Spionage- und Spitzelunwesen während des Krieges zum Trauma geworden. Die späte Erkenntnis, dass sie sogar noch die Kosten für dieses schamlose Treiben unter krassem Vertrauensmissbrauch in einem bis heute nicht klärbaren Masse habe berappen müssen, hätte in der schweizerischen Öffentlichkeit der Nachkriegszeit einen Empörungsturm entfacht; sie wirkt auch in der Gegenwart noch schockierend.

Die Gerichtsverhandlung gegen Hans Bernd Gisevius und Josef Steegmann ist nie eröffnet worden. Das Militärstrafverfahren wurde im März 1948 gegen beide Beschuldigte eingestellt. Es war dies auch rückblickend die einzig richtige Massnahme. Sie hatten geltend gemacht, dass sich die in die Schweiz verbrachten Mittel des Putschfonds nicht als Spionagegelder der Abwehr qualifizieren liessen. Die Gruppe ZF habe unterschiedslos beide Teile des Amtes Ausland/Abwehr betreut. Die Valuten im Depot von der Heydt – also der Putschfonds – gehörten immer noch der Zentralfinanz, ohne bereits für eine der drei Abwehrabteilungen bestimmt zu sein. Theoretisch hätten sie auch der Amtsgruppe Ausland zugewiesen werden können. Damit war der Anklage in einem wichtigen Punkt der Boden entzogen worden.

Die Begründung der Einstellungsverfügungen lautete jedoch für die Betroffenen höchst unbefriedigend. Bei Josef Steegmann hiess es unter anderem: «Ein schlüssiger Beweis, dass der Angeschuldigte noch als Beamter der Zentralfinanz über bereits für die ‚Abwehr‘ abgezweigte Werte in der Schweiz disponiert hat und welches diese eventuell gewesen sind, kann nicht

ENTSCHEID

in Sachen gegen

Gisevius Bernd, Dr. jur., 04, (geb. deutscher Vizekonsul in Zürich,
wohhaft in Courmayeur b. Coppet.

In Erwägung:

Mit Entscheid vom 28.3.1948 ist das am 15.5.46 eingeleitete Strafverfahren gegen Dr. Gisevius wegen Vorschubleistens zu Nachrichtendienst im Sinne der Art. 301 und Art. 274 STGB in Anwendung des Art. 122 MSTGG eingestellt worden. Solche Entscheide sind endgültig. Auf sie kann nur zurückgekommen werden, wenn Gründe vorliegen, die bei einem Urteile eine Revision zu rechtfertigen geeignet wären. Mit Eingabe vom 21. Mai n.c. verlangt Dr. Gisevius eine Wiedererwägung der Entscheidungsgründe mit Bezug auf seinen Einbezug in das Verfahren hinsichtlich der den Mitbeschuldigten Dr. von der Heydt zur Last gelegten unter fiktiven Namen erfolgten Ueberweisungen an deutsche Nachrichtensagenten in Amerika usw. Das Verfahren gegen Dr. von der Heydt ist am 19.5.48 durch Urteil des Divisionsgerichtes 6 erledigt worden. Von der Heydt ist freigesprochen worden, weil ihm nicht nachgewiesen werden könne, dass er die Zweckbestimmung der durch ihn weitergeleiteten Gelder gekannt hätte und es wenig wahrscheinlich erscheine, dass er es gewagt hätte, wissentlich dem deutschen Nachrichtendienst Vorschub zu leisten. Das ist eine neue Tatsache, die gestattet auch den Entscheid in der Angelegenheit des Dr. Gisevius in Wiedererwägung zu ziehen. Aus der Gerichtsverhandlung ergibt sich, dass sich gleichzeitig Gelder der Abwehr, sowohl für Nachrichtenzwecke als für die Bedürfnisse der Opposition bei Dr. von der Heydt befunden haben. Die letzteren standen mit der Tätigkeit Dr. Gisevius in Beziehung. Wenn selbst von der Heydt

erbracht werden und damit auch nicht dafür, dass der Angeschuldigte durch Vermittlung geeigneter Valuten dem militärischen Nachrichtendienst gegen fremde Staaten Vorschub geleistet hätte. Das Verfahren gegen ihn ist daher einzustellen¹⁷.» Damit blieb gleichwohl der Eindruck bestehen, Steegmann sei an anrühigen Finanztransaktionen grossen Stils beteiligt gewesen; das empörte ihn, weil er seine heikle Mission, die Rückschaffung des Putschfonds, verkannt sah.

Im Fall von Gisevius war das Strafverfahren am 28. März 1948 mit der Begründung eingestellt worden, wegen seiner früheren Immunität sei er nicht zu belangen. Er hatte nicht entkräften können, dass die von ihm persönlich dem Büro F überbrachten Gelder zur Finanzierung des militärischen Spionagedienstes dienten. In seiner Verfügung liess der Armeeauditor durchblicken, dass Gisevius die Tätigkeit von der Heydts in gewissem Sinne betreut hätte und dass hierfür hohe Beträge auch durch seine Hände gegangen seien. Kurz darauf, am 19. Mai 1948, wurde der Bankier freigesprochen. Zwei Tage später richtete Gisevius eine persönliche Eingabe an den Chef des Militärdepartementes, Bundesrat Kobelt, und forderte eine Abänderung des Sistierungsentscheides. Darin beklagte er auch die schmäbliche Behandlung, die ihm während dieser Untersuchung zuteil geworden sei: «Es geht aber nicht an, in einem, der rechtlichen Nachprüfung entzogenen Einstellungsbescheid neue Beschuldigungen zu erheben, selbst wenn er anschliessend die Güte hat, sie zu amnestieren. Dieses Verfahren hat überhaupt nichts mehr mit Jurisprudenz zu tun, sondern ist ein glatter Versuch einer politischen und menschlichen Diskriminierung. Denn es ist für mich selbstverständlich äusserst bedeutungsvoll, wenn in einem Augenblick, wo ich nach Nord- und Südamerika reise, die höchste Stelle der Schweizer Militärjustiz mir vom Podest der rechtlichen Unangreifbarkeit die Anschuldigung nachschleudert, ich hätte nach diesen Ländern die Agentenzahlungen finanziert. Seien Sie versichert, Herr Bundesrat, dass ich diese Diffamierung nicht auf mir sitzen lassen werde. Ich werde kein rechtliches Mittel unversucht lassen, diesen Schandfleck wieder aus den Akten zu entfernen.» Sein Vorstoss hatte Erfolg. Wenn selbst der freigesprochene von der Heydt die Bedeutung seiner Überweisungen nach Amerika nicht gekannt habe, so sei dies noch viel weniger von Gisevius anzunehmen, hiess es nun in der revidierten Sistierung, die – allerdings nur in Bezug auf diese Transaktionen – zusätzlich auch «mangels Schuld» verfügt wurde¹⁸.

Nicht ganz zu Unrecht beklagte sich Gisevius über die «Hartnäckigkeit» der Schweizer Militärjustiz, ihn in ein Spionageverfahren zu verwickeln. Die Un-

tersuchung war von dem Misstrauen beherrscht, dass ein Mann, der im Krieg während fast vier Jahren im Auftrag der «Abwehr» in der Schweiz tätig gewesen war, gar nicht anders als straffällig geworden sein musste. Da der Armeeauditor trotz der langdauernden Erhebungen und der beanstandeten Unkorrektheiten das Strafverfahren wieder einstellte, hinterlässt das verfehlte Unterfangen den Eindruck, man habe dem engagierten Hitler-Gegner nachträglich einen Strick drehen wollen. Die für ihn bittere Erfahrung bestand eben gerade darin, dass für die schwierige Situation des getarnten Widerstandes kein Verständnis aufgebracht worden war. Sofern er strafbare Dienste geleistet hatte, so nur, um seine Bestrebungen zum Sturze Hitlers notdürftig abgesichert weiterführen zu können.

Ganz anders verhielt es sich bei Eduard von der Heydt. Er hatte der deutschen Militärsplionage, was deren Finanzierungsnetz anbetraf, wertvollste Dienste erbracht. Für ihn gab es keine Immunität; überdies war er Schweizer Bürger. Dass von ihm unter fiktiven Namen Überweisungen an deutsche Nachrichtenagenten in Amerika vorgenommen worden sind, hat sich vor Divisionsgericht bestätigt. Dennoch wurde er freigesprochen, weil angeblich nicht nachgewiesen werden konnte, dass er gewusst hatte, wozu die von ihm weitergeleiteten Gelder bestimmt seien. Auch erscheine es als wenig wahrscheinlich, dass er es gewagt hätte, dem deutschen Nachrichtendienst Vorschub zu leisten. Das Hintertürchen, das man ihm hier öffnete, hat er nicht verdient¹⁹.

Spielte sich damals ein Justizskandal ab? Über einen längst Verstorbenen ist nicht mehr zu richten. Jedem Einzelnen muss es überlassen bleiben abzuwägen, ob das Interesse an der Strafverfolgung von der Heydts oder – unter Berücksichtigung seiner unbestreitbaren Verdienste um das Kulturleben in der Schweiz – an den bedeutsamen Schenkungen überwog. Niemand wird heute auf die wertvollen Sammlungen verzichten wollen. Mit aller Deutlichkeit ist aber festzustellen, dass es mit rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen unvereinbar ist, hier beide Augen zuzudrücken, während weniger begüterte Straftäter derartige «Milderungsgründe» nicht geltend machen können.

Über diese spezifischen Aspekte hinaus gewinnen im vorliegenden Zusammenhang die durch die unbekanntenen Vorgänge offengelegten Verhaltensweisen der Beteiligten Bedeutung. Sie alle haben sich in ihrer Existenz durch die nationalsozialistische Bewegung, die ihren eigenen Intentionen zuwiderlief, bedroht gefühlt. Um dieser Gefahr zu begegnen, reagierten sie unterschiedlich. Von der Heydts gab es viele. Aus Sorge um den Lebenserwerb und die

eigenen Habseligkeiten haben sie ihren Pakt mit dem Dritten Reich geschlossen. Es war dies keine Frage des Umfanges von Besitz und Vermögen. Im Gegenteil: Der reiche Mann befand sich im Vorteil; er konnte ins Ausland entinnen und wusste Wege, wenigstens Teile seiner materiellen Güter in Sicherheit zu bringen. Von den gesinnungslosen Opportunisten unterschieden sich jene, die, wie der Mitangeklagte Josef Steegmann, trotz Parteimitgliedschaft gewisse Tendenzen innerhalb des Naziregimes zwar ablehnten, die aber aus traditionsgebundener Pflicht nichts unternahmen, was ihrer Meinung nach Deutschland irgendwie hätte schaden können. Steegmann, dessen Vater Führer des saarländischen Zentrums gewesen war, hat reichen Frankfurter und Berliner Juden als prominenter Wirtschaftsanwalt geholfen, an Vermögen und Leben zu retten, was noch zu retten war. Gegen Kriegsende setzte er sich mit Erfolg dafür ein, die fürstlich-liechtensteinische Bildersammlung in Sicherheit zu bringen. Mit einer Schweizerin verheiratet, besass er auch das Vertrauen von Minister Frölicher in Berlin, der ihn gelegentlich um Rat fragte. Seine Mitarbeit in der Gruppe ZF will er von der Bedingung abhängig gemacht haben, niemals gegen die Schweiz verwendet zu werden²⁰. Über allem aber stand seine Loyalität zum deutschen Vaterland. Für diese Haltung kennzeichnend ist, dass Steegmann mit der heiklen Aufgabe betraut wurde, die in der Schweiz deponierten Gelder ohne Blossstellung der Beteiligten nach Berlin zurückzuschaffen. Weil er den Putschfonds dem Auftrag entsprechend aufgelöst hat, wurde Steegmann von Gisevius zeitweilig nicht mehr gegrüsst. Der Wirtschaftsanwalt war zwar wie bei der Aktion «V7» unter persönlichem Risiko zu humanen Hilfeleistungen bereit, aber er wäre kaum dafür zu haben gewesen, selbst aktiv auf eine Beseitigung Hitlers hinzuarbeiten. Die auffällige Geschäftigkeit des Verschwörers Hans Oster, der seiner Meinung nach mit provokativer Unvorsichtigkeit agierte, lehnte er ab. Im Gegensatz zu seinen Mitangeklagten war Gisevius entschlossen gewesen, das Regime mit allen Mitteln zu bekämpfen. Seine Art, Verdienste anderer Mitstreiter herunterzumachen, und seine ungerechte Beurteilung Stauffenbergs haben ihn von den meisten Überlebenden des deutschen Widerstandes nach Erscheinen seines Erlebnisberichtes getrennt. Unter der zunehmenden Vereinsamung hat er in den letzten Lebensjahren gelitten. Dies rechtfertigt aber nicht, ihn gleichsam als Sonderfall abzutun. Die Distanz bestehe zu Unrecht, meinte der Mitverschwörer Eugen Gerstenmaier, der dem Standardwerk von Peter Hoffmann das Verdienst zuerkennt, dass es «auch Gisevius

so zur Geltung bringt, wie es sich angesichts der frühen entschlossenen Bemühungen von Gisevius und seinen engeren Freunden gehört²¹.»

Für den aktiven Widerstand ein treten hiess nicht, von den durch das Dritte Reich geschaffenen Zwängen frei zu sein. Aus politischem Zweckdenken ist der Widerstand in den Anfängen der Bundesrepublik in einer Weise hochstilisiert worden, die das entgegengesetzte Bestreben gewisser Kreise nach einer möglichst effektvollen Herabwürdigung erleichtert. Dabei sind es nicht nur Unentwegte aus der Zeit des Dritten Reiches, die mit Annelies von Ribbentrop eine «Kriegsschuld des Widerstandes» postulieren²². Historiker wie Georg Franz-Willing oder David Irving beehren die der «Nation Europa» nahestehende «Gesellschaft für freie Publizistik», die in diesem Fahrwasser treibt, mit Referaten zum Thema «Verrat und Widerstand im Dritten Reich²³». Dass Irving vor einem solchen Forum seine Demontage von Hans Speidel als Mitglied des Widerstandes vornahm, ist gewollter Kärnerdienst für die obskuren Thesen über Kriegsschuld und für die Dolchstosslegenden der extremen Rechten²⁴. Unkritische Heldenverklärung oder Diffamierung – diese Polarisierung verhindert historische Erkenntnis, dient allenfalls als Zündstoff für politische Zwecke.

Zur Charakteristik des innerdeutschen Widerstandes gehört die Eingebundenheit in die Widrigkeit der in Nazideutschland geschaffenen Verhältnisse. Viele der aktiven Hitler-Gegner haben sich erst allmählich abgelöst, sind einen Teil des Weges bejahend mitgegangen. Wer nicht zu den Verfolgten des Naziregimes gehört hat, wird nur schwer glaubhaft machen können, zu jedem Zeitpunkt den machtpolitischen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands abgelehnt zu haben. Fast alle aber haben sich auf irgendwelche Arrangements eingelassen, wenigstens eine Zeitlang, zu Anfang oft mit trügerischen Hoffnungen, später im Bestreben, Widerstandsaktivitäten zu tarnen oder effektiver zu machen.

Wer nur darauf aus ist, die aktiven Verschwörer gegen Hitler zu diskreditieren, hat daher leichtes Spiel. Als Eugen Gerstenmaier Präsident des deutschen Bundestages war, legte die DDR eine Dokumentation vor, die ihn als «SD-Agenten P 38/546» entlarven sollte²⁵. An Demontagen wird es auch in Zukunft nicht fehlen, weil jenes Idealbild vom Widerstand mit stets weisser Weste sich unter den Gegebenheiten des Dritten Reiches als Fiktion herausstellt. Nur wer die in jenem Staat herrschenden Verhältnisse und nicht einen Standort der Gegenwart zum Ausgangspunkt seiner Beurteilung macht, legitimiert sich zur Infragestellung. In seine Zeit eingeordnet erweist sich zwar nicht die Person, aber das Verhalten von Gisevius als typisch, das Zweifel

nährt und über dem Missbehagen keine Begeisterung aufkommen lässt, wie sie mit Unterschieden anderen Befreiungsbestrebungen innewohnt. Zu einfach ist es wohl, dies alles nur als eine Frage des Erfolges hinzustellen.

Haben von der Heydt, Steegmann und Gisevius die Brüchigkeit des Bodens erkennen lassen, auf dem sie sich bewegten, so ist es nicht ohne Reiz, auch die Situation jenes Landes mit einzubeziehen, dessen Militärjustiz sie anklagen wollte. Die Schweiz hat sich erfolgreich gegenüber allen Pressionsversuchen in die Friedenszeit hinübergerettet; doch das lange vorherrschende selbstgerechte Überlebensgefühl weicht einer nüchternen Einschätzung. Dass Widerstand auch in der Schweiz letztlich nicht zu leisten war, ohne sich mit dem übermächtigen Nachbarstaat zu arrangieren, widerspiegelt sich auch in der Replik von Gisevius.

Am Grünen Tisch waren in zähem Ringen jene Verhandlungsschlachten ausgetragen worden, die über das wirtschaftliche Überleben der Schweiz entschieden. Die Sicherstellung der Landesversorgung und der Vollbeschäftigung bewahrte den von den Achsenmächten umringten Kleinstaat vor der existentiellen Krise. Hier bestanden Interdependenzen, ein kompliziertes Beziehungsgeflecht von Abhängigkeiten, deren Vor- und Nachteile nicht nur bestimmte Interessengruppen, sondern das ganze Land zu spüren bekamen. Nach der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 hat die Gegenblockade der Achse den Kleinstaat nahezu abgeschnürt. Nur dank der Lieferungen von Kriegsmaterial und kriegswichtiger Waren an Deutschland und Italien wurde es möglich, dass im Rahmen des «courant normal» auch für die Kriegführung uninteressante Produkte exportiert werden konnten. Wohl machten Waffenproduzenten ihre fragwürdigen Geschäfte, aber es wäre eine Selbsttäuschung, darüber hinwegzusehen, dass die gesamte Exportindustrie von diesen Lieferungen abhängig geworden war. Die Exporte bildeten die Voraussetzung für lebenswichtige Einfuhren; der Schweiz ist es sogar gelungen, wertmässig mehr Waren zu importieren als auszuführen, obwohl die kriegführenden Mächte einen fast unstillbaren Eigenbedarf entwickelten. Ohne ihre Kriegsmateriallieferungen musste die Schweiz damit rechnen, ausgehungert zu werden, ebenso im Falle der Weigerung, sich als Finanzpartner zur Verfügung zu stellen. So lautete die Alternative. Eine kritische Beurteilung hat dies zu berücksichtigen, wenn sie in Einzelaspekten andere Verhaltensweisen für möglich oder angezeigt hält. Dass eine schärfere Kontrolle des Devisen- und Goldhandels durchführbar gewesen wäre, dafür sprechen gewichtige Indizien²⁶. Die Schweiz, an anderen Ländern gemessen auch im Krieg ein Kon-

sumparadies, hätte den Gürtel enger schnallen und vor allem bedeutend mehr Flüchtlinge aufnehmen können.

Die Wirtschaftskollaboration und der im Kriegsfall blockierte Transitverkehr nach Italien waren für die Deutschen das gewichtigste Moment, die Schweiz unangetastet zu lassen. Walter Schellenberg, im Reichssicherheitshauptamt Chef des Auslandsnachrichtendienstes, berichtete in seinen Memoiren, es sei Reichswirtschaftsminister Funk gewesen, «der in geschickter Weise die oberste Führung davon zu überzeugen wusste, dass die Schweiz als ‚Devisendreh-scheibe‘ unangetastet bleiben müsse²⁷». Die schweizerische Taktik nach dem Prinzip «do ut des» zeitigte Wirkung. «Wenn die Schweiz», so argumentierten im Februar 1941 deutsche Verhandlungsführer gegenüber den eigenen Regierungsstellen im Inland, «uns jetzt in so erheblichem Umfang wichtigstes Kriegsmaterial liefert, wird man nicht mehr daran festhalten können, dass die Schweiz für uns als Lieferland uninteressant sei und deshalb hinsichtlich der Belieferung mit Kohle und Eisen hinter anderen Ländern zurücktreten müsse²⁸.» Erhielt die mit Vorliebe als Rettungsboot symbolisierte Schweiz durch die ökonomische Zwangskollaboration bedenkliche Schlagseite, so war es Aufgabe der geistigen Landesverteidigung, mit allen Mitteln einer Abtrift auf geistig-politischem Gebiet entgegenzuwirken. Hierzu unerlässlich waren alle militärischen Anstrengungen, die dafür zu garantieren hatten, dass im Ernstfall gekämpft würde. Das entstandene Ungleichgewicht bedingte, dass in Armee und Öffentlichkeit selbst der kleinsten Schwächere-gung überhöhte Bedeutung zukam. Der «helvetische Totalitarismus²⁹» ist als Reaktion auf die ausserordentliche Bedrohung zu verstehen. Die schweizerische Aus-senhandelspolitik blieb auf weiten Strecken von dem schwierigen Bestreben erfüllt, durch die Blockaden hindurch auch mit den Alliierten einen kriegs-wichtige Güter einschliessenden Wirtschaftsverkehr wieder in Gang zu bringen. Trotz der Anstrengungen, die Neutralität zu wahren, und bei allen Ver-diensten jener, die sich für die Unabhängigkeit der Schweiz couragiert zur Wehr gesetzt haben, ist die notgedrungene Zwiespältigkeit jener Überlebens-strategie, die zum Erfolg geführt hat, nicht zu verkennen. In diesem Sinne besteht auch hier keine Ursache, gegenüber den Trägern des innerdeutschen Widerstandes kritischer zu sein als zu sich selbst.

Zweiter Teil

Einzeläter und ihr Umfeld

1. Ecrasez l'infâme!

«Ginge in den deutschen Städten», so appellierte Thomas Mann im April 1942 über einen «Feindsender» an seine Landsleute, «einmütig das Volk auf die Strassen und riefe: ‚Nieder mit Krieg und Völkerschändung, nieder mit Hitler und allem Hitler-Gesindel, Freiheit, Recht und Friede für uns alle!‘ – die Nazis würden erkennen, dass sie verspielt haben: sie würden schiessen, natürlich, aber ein Abenteuerer-Regime, das auf das Volk schiessen lassen muss, ist am Ende, und so viel von eurem Blut, wie in Russland fliesst, würde die deutsche Erhebung nun einmal sicher nicht kosten¹.»

Es lohnt sich, diese in Textform publizierten Mahnrufe, die die British Broadcasting Corporation monatlich ausstrahlte, erneut nachzulesen. Im Januar 1942 erreichte Thomas Manns alarmierende Nachricht vom Abtransport der Juden aus Holland auch die mit dem «Volksempfänger» ausgerüsteten Deutschen; die Voraussetzung war der Mut zum Schwarzhörern Über den Völkermord in Polen und über die Massenverbrechen in Konzentrationslagern informierte er zum Teil mit erstaunlich präzisen Angaben. Was anderes blieb dem Schriftsteller im Wissen um die täglich begangenen Vernichtungs- und Terroraktionen übrig, als aus dem Exil immer von Neuem an das Gewissen seiner Zuhörer zu appellieren? «Die grösste moralische Wohltat, die man dem deutschen Volk erweisen kann, ist, dass man es zu den unterdrückten Völkern rechnet².» Es entsprang nicht politischer Naivität, sondern der Verzweiflung des ohnmächtig Wissenden, wenn Thomas Mann zum Massenaufstand gegen die Nazis aufrief. Um überhaupt auf einen Umsturz hoffen zu können, wurde das trügerische Bild vom unterdrückten Volk und den herrschenden Nazis zum funktionstüchtigen Operationsmodell ausgebaut. «Verweigert eure Hände und tut nicht mehr mit³!» Ein solcher Appell war eine moralische Notwendigkeit, auch wenn die Realitäten allzu lange anders aussahen.

Die Zweiteilung in Nazis und Unterdrückte war in dieser Form eine Fiktion, der sich die verschiedensten Widerstandsgruppen in hoffnungslos isolierter Lage bedienten und an der sie zwangsläufig scheiterten. Sie beruhte auf der unhaltbaren Annahme, in erster Linie schare der Terror die Mehrheit hinter

Hitler und seine Politik. Während des ganzen Dritten Reiches bestand keine Aussicht auf eine wie immer geartete *Levée en masse*. Die Kirchen vermochten ungeachtet des Engagements bekennender Christen keine antinazistische Massenbewegung zu entfachen. Die Reichswehr erwies sich als von Hitler korrumpiert, und auf andere Organisationen liess sich nicht mehr hoffen. Die sozialistische Arbeiterbewegung war unter ungünstigen Bedingungen in die Illegalität gegangen. Weder Sabotageakte noch Flugblattaktionen boten für den Untergrundkampf eine Zukunftsperspektive. Die meisten Gruppierungen wurden bis 1936 aufgelassen. Fehlte derartigen Aktivitäten die Aussicht, das System zu Fall zu bringen, so verschrieben sich andere Parteigenossen einer Langzeitstrategie. Sie liess den Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner, die Sozialdemokraten Julius Leber und Theodor Haubach zu den Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944 stossen.

Der missglückte Staatsstreich von 1944, der um Jahre zu spät kam, der aber auch in früheren Phasen der bis 1938 zurückreichenden Planungen kaum Realisierungschancen gehabt hätte, scheiterte an der erwähnten fehlenden Voraussetzung: Die technisch komplizierten Probleme der Beseitigung Hitlers waren lösbar, doch fehlte es in der Zivilbevölkerung wie in der Reichswehr auf der mittleren und unteren Ebene an einer innert nützlicher Zeit mobilisierbaren Basis. Die Isolierung der Verschwörer ist noch 1944 in erschreckendem Masse offenbar geworden.

Ein Staatsstreich verlangte ganz andere Vorbereitungen als ein Attentat, das fast alle Fragen offen lassen musste und kurzfristig kaum eine Ablösung des faschistischen Systems erbringen konnte. Putschpläne sahen zwei Phasen der Durchführung vor: Zuerst einen Coup durch einen kleinen Kreis von Verschwörern gegen Hitler, allenfalls gegen weitere Machträger. Dem Staatsstreich, der ohne die Hilfe der Militärs undenkbar war, kam Signalcharakter zu. Gelingen konnte er erst, wenn sich die durch eine umfassende Aufklärung beschleunigte Neuordnung auch durchsetzen würde. Wie immer die Konzeptionen im Einzelnen aussahen: Ohne den Sukkurs einer Basis reduzierte sich der Staatsstreich von «oben» zum isolierten Aufstand. Für eine Gegenbewegung von «unten» gab es keine Chance, fehlten konkrete Ansätze. Mit diesem Ziel blieb die illegale politische Agitation trotz der Opfer mutiger Menschen eine Sisyphusarbeit. Während des Krieges lehnten überdies die Militärverschwörer die Unterstützung durch Streikbewegungen oder gar Truppenmeutereien ab. Noch 1943 ging die Zielsetzung dahin, den Krieg bis zur Erlangung eines Verhandlungsfriedens weiterzuführen; später hoffte man wenig-

tens auf eine «gesteuerte Niederlage». Selbst ein Militärputsch, der vorerst ein autoritäres Regime aufrechterhalten wollte, benötigte eine tragfähige Grundlage, ein Minimum an verfügbarer Macht; diese jedoch fehlte.

Auf indirektem Weg bot sich während des Krieges eine Scheinalternative: durch Sabotage und Landesverrat dem Naziregime so viel wie möglich zu schaden. Solange die deutschen Truppen andere Völker überfielen und fremdes Land okkupierten, fehlte es nicht an gewichtigen Argumenten, die den Notgriff zu solchen Mitteln rechtfertigten. Nachdem sich die Kriegslage gewendet hatte, wurde immer fragwürdiger, ob der Ruin der Nationalsozialisten mit dem Ruin aller Deutschen gleichzusetzen war. Vor allem aber: Ein Widerstand, der erst durch die totale Zerstörung Deutschlands den verhassten Gegner bezwingen wollte, hatte sein eigentliches Ziel verfehlt: durch ein rechtzeitiges Eingreifen die sich abzeichnende Katastrophe von 1939 und ihre Folgen zu verhindern.

Aus diesem Dilemma gab es trotz aller begründeten Bedenken nur einen Ausweg, der vieles ungelöst liess: Hitler zu töten, und zwar nicht im Gefolge eines komplizierten Putschunternehmens, sondern einzig mit dem Ziel eines erfolgreichen Attentats. Die Lehren vom Tyrannenmord haben in Deutschland im Sinne eines Widerstandsrechtes wenig Resonanz gefunden. Schon vor rund zweihundert Jahren wusste die «Deutsche Chronik» von Schubart zu berichten: «Deutsche sind die besten Unterthanen, ob sie gleich auch unter'm Drucke des Despotismus niemals das Gefühl ihrer eigenen Würde verlieren.» Und C.F. von Moser attestierte in seinen 1796 in Zürich verlegten «Politischen Wahrheiten»: «Ein Fürst kann es sehr arg in seinem Land treiben, und doch ruhig zu Bette gehen; der Unterthan leidets und schweigt ... Wenn der Despotismus auch noch so scharf einschneidet, so ist doch patientia jugi in unserem Charakter⁴.» Ganz ungeteilt wurde diese Haltung nicht hingenommen. Schillers «Wilhelm Tell», den er 1804 vollendet hat, durchzieht ein anderer Geist. Schon revolutionäre Töne schlug in der Zeit des Vormärz das «Junge Deutschland» an, und die deutschen Freischärler – erinnert sei nur an die «Deutsche Legion aus der Schweiz⁵» – suchten der Achtundvierziger-Bewegung mit Gewalt zum Durchbruch zu verhelfen. Die obskuren Theorien des deutschen Terroranarchisten Johann Most, die zu einigen Mordaktionen führten, waren nicht dazu angetan, dem Gedanken an ein Widerstandsrecht breitere Verankerung zu sichern. Obsiegt hat der Obrigkeitsstaat. Der Untertanengeist, von Heinrich Mann bis ins Innerste getroffen blossgestellt, feierte in der spätwilhelminischen Epoche Triumphe. «Deutschland, Deutschland über alles», das war kein Schlagwort, sondern für viele ein Lebensinhalt. Die natio-

nalsozialistische Propaganda hat alles darangesetzt, die irrationale Übereignung des Einzelnen an den exzessiven Patriotismus mehr und mehr auf die Person Adolf Hitlers zu transponieren. Treue und Pflichterfüllung hatten jetzt demjenigen zu gelten, der in sich das neue Deutschland personifizierte: «„Recht oder Unrecht) – unser Vaterland Deutschland! Im Leben und im Sterben: Unser Führer Adolf Hitler!» Das war keine Parole für Parteimitglieder oder für Himmlers SS, so lautete vielmehr die Losung des Reichsinnenministers Frick, die er dem einst biedereren deutschen Beamten als Leitspruch für das Jahr 1940 auferlegte⁶.

Dass die der bürgerlichen und adeligen Oberschicht angehörenden Offiziere und Beamten, denen deutsche Treue und Ehre oberste Maxime ihres Handelns war, kaum ein Reservoir für unberechenbare Attentäter abgeben würden, darauf spekulierte Hitler wohlberechnend. Selbst wer ihm nur wider Willen diente und dabei bestrebt war, nach Möglichkeit Unheil abzuwenden, wurde in ein engmaschiges Netz von Zwängen und Rücksichten eingebunden.

«Haben Sie einen Mann mit einer Pistole? Ich bedaure, es hat in meiner Erziehung nicht gelegen, einen Menschen zu töten⁷!» Die Äusserung von Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, die Erich Kordt überliefert, offenbart treffend das Dilemma jener zumeist national gesinnten, überwiegend den gebildeten Schichten angehörenden Hitler-Gegner, die in Zusammenarbeit mit den Militärs noch am ehesten auf einen Umsturz hoffen liessen. Wenn Beck, Goerdeler, Graf Moltke, Canaris und viele andere sich lange Zeit gegen eine Tötung Hitlers ausgesprochen haben, so waren die von ihnen angeführten Argumente moralisch-ethischer Natur zu respektieren. Auch liessen sich profane Zwecküberlegungen – etwa aus Hitler solle kein Märtyrer gemacht werden – gegen ein Attentat anführen. Kein Verschwörer kam aber an der Tatsache vorbei, dass der Reichskanzler und oberste Kriegsherr auf legale Weise nicht auszuschalten war.

2. Der politische Mord – Konservative Gewissensforschung, mit ungleichen Moralkriterien

Hitler selbst hat in «Mein Kampf» den Tyrannenmord glorifiziert. Die von dunkler Romantik und Gewalttätigkeit erfüllten Formulierungen lesen sich nachträglich wie eine Rechtfertigung zu seiner eigenen Ermordung:

Die Meinung, eine einzelne Mordtat könnte das Schicksal eines Volkes in günstigem Sinne entscheiden, sei berechtigt, «wenn ein Volk unter der Tyrannei irgendeines genialen Unterdrückers schmachtet, von dem man weiss, dass nur seine überragende Persönlichkeit allein die innere Festigkeit und Furchtbarkeit des feindlichen Druckes gewährleistet. In solch einem Fall mag aus einem Volk ein opferwilliger Mann plötzlich hervorspringen, um den Todesstahl in die Brust des verhassten Einzigen zu stossen. Und nur das republikanische Gemüt schuldbeusst kleiner Lumpen wird eine solche Tat als das Verabscheuungswürdigste ansehen, während der grösste Freiheitssänger unseres Volkes sich unterstanden hat, in seinem ‚Tell‘ eine Verherrlichung solchen Handelns zu geben¹.»

Diese Zeilen schrieb Hitler für den im Dezember 1926 erschienenen zweiten Band, zu einer Zeit also, als in Deutschland der politische Mord für Extremisten bereits zum probaten Mittel geworden war, den ghassten Widersacher zum Schweigen zu bringen. Die nach Hunderten zählenden politischen Morde während der Weimarer Republik entsprangen einem skrupellosen Fanatismus, waren nichts anderes als brutale Verbrechen. In völligem Gegensatz hierzu standen die subtilen Erwägungen, zu denen die Frage einer allfälligen Beseitigung Hitlers Anlass gab. Hier wurde die ethische Gewissenfrage in den Vordergrund gestellt, die vom christlichen Standpunkt aus einen kaum lösbaren Konflikt aufwarf. Jene, die nach den Begriffen preussischer Offizierslehre urteilten, empfanden den Gedanken an die Ermordung des obersten Befehlshabers, dem Gehorsamseid geleistet worden war, als eine Ungeheuerlichkeit. Wenn entschiedene Hitlergegner ein Attentat ablehnten, so war dies vielfach Ausdruck einer ernsthaften Gewissensprüfung. Diese Skrupel sind jedoch nicht in allen Oppositionsgruppen stets in der gleichen Intensität präsent gewesen. Nach dem Umbruch von 1918 haben Fememorde nicht nur die Zustimmung charakterloser Existenzen gefunden. Konservative und rechtsbürgerliche Kreise, ihrer Reputation bewusste «Ehrenmänner» aus Reichswehr und Grosskapital billigten, ja begrüsst die Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, den Anton Graf von Arco am 21. Februar 1919 erschossen hat. Zwei Offiziere, die der Untergrundorganisation Consul angehörten, machten sich eine «Ehre» daraus, den ehemaligen Reichsminister Matthias Erzberger zu beseitigen. Die Ermordung des Zentrums politiklers am 26. August 1921 fand bei den Nationalisten, die nach Rache für Compiègne schrien, lebhaftes Akklamation. Auch Reichsaussenminister Walther Rathenau, als «jüdischer Erfüllungspolitikler» diffamiert, fiel am 24. Juni 1922 einem Attentat zum Opfer. In seiner Gedenkrede prägte Reichskanzler Josef Wirth das alarmierende Wort, der Feind stehe rechts.

Es wäre ein Irrtum anzunehmen, die konservativen Sympathisanten der rechtsradikalen Terroristenszene zu Anfang der zwanziger Jahre hätten sich während des Dritten Reiches alle im Lager von Hitlers Parteigängern zusammengefunden. Zum deutschen Widerstand zählte sich – mit zweifelhafter Berechtigung – selbst ein Waldemar Pabst, dem die Verantwortung an der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht angelastet wird. Er hat bei der rücksichtslosen Niederwerfung der Spartakusaufstände eine Schlüsselrolle gespielt. Pabst, dessen Vater Direktor der Museen der Stadt Köln gewesen war, hatte am Schluss des Ersten Weltkrieges als erster Generalstabs-offizier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division gedient. Während sich das deutsche Heer weitgehend auflöste, verstand er es, den Kampfverband zum konterrevolutionären Machtinstrument auszubauen. Er war der grosse Animator der Einwohnerwehren, mit denen gemeinsam und im Einverständnis mit dem sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske der Revolution das Rückgrat gebrochen worden ist. Während der bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen Anfang 1919 wurde Gewalt mit Gegengewalt vergolten. Auf beiden Seiten galt das Leben des politischen Gegners erschreckend wenig. In einem im Nachlass Eugen Birchers aufgefundenen Lebenslauf hat Pabst seine damaligen Aktivitäten geschildert. Selbst in diesen der Rechtfertigung dienenden Zeilen kommt die gewissenlose Bereitschaft zur Tötung von Landsleuten zum Ausdruck, sofern es sich um Kommunisten oder um sonstige als «vaterlandslose Gesellen» für vogelfrei erklärte Personen handelte:

«Dank unermüdlicher Schulung der Truppe für die Erfordernisse eines Bürgerkrieges und zwar nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch durch geistige Aufklärungsarbeit, gelang es mir in verhältnismässig kurzer Zeit, eine für jeden Einsatz geeignete und schlagkräftige militärische Einheit zu erzielen. Da es sich um die Existenz Deutschlands handelte, entschlossen wir uns – nicht ganz leichten Herzens – diese Truppe den sozialdemokratischen Volksbeauftragten zur Verfügung zu stellen, obwohl Offiziere und Mannschaften so gut wie ausschliesslich aus Kreisen stammten, in welchen konservative Ideen zu Hause waren.

In vielmonatlichen Strassenkämpfen in den meisten grösseren Städten des deutschen Reiches vor allem in Berlin, in Hamburg, Bremen, Dresden, Leipzig u.s.w. hat die Garde-Kavallerie-Div. verstärkt durch zahlreiche Freiwilligen-Formationen die kommunistischen Revolutionsherde beseitigt und entscheidend mitgewirkt an der Zerschlagung der bayrischen und braunschweigischen Räte-Republik. In den Berliner Strassenkämpfen fanden u.a. auch die damaligen Führer des deutschen Kommunismus, Karl Liebknecht und Frau Rosa Luxemburg, sowie manche sonstige Führer den Tod.

Diese fast ununterbrochene Anspannung der Truppe in dem widerlichsten aller Kriege, dem Bürgerkrieg, war nur dadurch zu erzielen, dass es mir gelang, allen Angehörigen der Division

von den Führern bis zum letzten Mann das Bewusstsein einzuhämmern, dass der Bolschewismus nicht nur der Todfeind der Deutschen sondern der gesamten christlich abendländischen Kultur sei².»

Pabst hat am 15. Januar 1919 die gegen neun Uhr abends von seinen Soldaten in ihrem Versteck aufgespürten Spartakistenführer im Berliner «Eden»-Hotel, dem Stabsquartier der Division, verhört. Wenig später wurden sie unter dem Vorwand, ins Moabiter Gefängnis überstellt zu werden, unterwegs im Dunkeln auf feigste Weise ermordet. Alle Indizien weisen darauf hin, dass der Befehl zum Verbrechen an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von Pabst erteilt worden ist³. Der politisierende Offizier war in den eigenen Reihen nicht unumstritten; dennoch besass er bei den antikommunistischen Kräften und den Gesinnungsgenossen in der Reichswehr grosses Ansehen. Von ihm holte sich auch der Schweizer Arzt und spätere Oberstdivisionär Eugen Bircher Rat für den weiteren Ausbau der Bürgerwehren, die sich im Schweizerischen Vaterländischen Verband zur Bekämpfung des Kommunismus zusammenschlossen⁴.

Dass es für ihn kein Zögern gab, gegen Sozialisten aller Schattierungen von der Waffe Gebrauch zu machen, hat Pabst vielfach bewiesen. Im März 1920 stand er als Generalstabschef des Generals Walter Freiherr von Lüttwitz beim Kapp-Putsch gegen die Regierung Bauer an vorderster Front. Nach dem gescheiterten Unternehmen empfahl sich ein Ortswechsel. Von 1921 bis 1930 agitierte er als Stabschef der österreichischen Heimatwehr mit unentwegtem Fanatismus gegen alle Kräfte der politischen Linken. Einen solchen Mann konnte auch Hitler brauchen. Der Parteiführer suchte dem nach Deutschland zurückgekehrten Pabst die Mitarbeit in der NSDAP schmackhaft zu machen. Der Major a. D. will das Angebot abgelehnt haben, weil er hinter dem Nationalsozialismus einen übertünchten «Nationalbolschewismus» gewittert habe:

«Vom Augenblick meiner Ablehnung an betrachtete mich Hitler als ‚Staatsfeind‘ und er versuchte mich anlässlich des sogenannten Röhmputsches ermorden zu lassen. Da dies nicht gelang, weil ich im Auftrag der Firma Rheinmetall-Borsig in jenen kritischen Tagen nicht in Berlin weilte, so wurde ich mehrere Monate von der Gestapo in Haft genommen.»

Dank seiner ausgezeichneten Verbindungen zu führenden Generälen der Reichswehr ist Pabst wieder freigekommen:

«Während der nun folgenden Jahre bis zum Kriege war und blieb mein Haus eine Art Mittelpunkt für die führenden konservativen Persönlichkeiten Berlins und des Reiches; konservativ im besten Sinne des Wortes; soweit dies unter den damaligen Verhältnissen möglich war, führ-

ten wir den Kampf gegen die bolschewistischen Ideologien, ganz gleich ob sich diese unter Hammer und Sichel oder unter dem Hakenkreuz äusserten. Zu meinem intimsten Freundeskreise gehörten Leute wie Generaloberst Beck, Admiral Canaris, General – später Feldmarschall – von Witzleben, General Thomas, Botschafter v. Hassel u.s.w.⁵»

Während der Kriegsjahre war er den Bestrebungen von Admiral Canaris und seines «alten Freundeskreises» dienstbar. Als seine Lage bedrohlich wurde, wechselte er im Spätsommer 1943 in die Schweiz über. Die Methoden des Kommunistenhassers Pabst kontrastierten krass mit den behutsamen Oppositionsbestrebungen des Hitler-Gegners Pabst. Erinnerung sei nur an die Ereignisse in Österreich im Jahre 1927. Zwei Angehörige des sozialdemokratischen Schutzbundes waren von der Heimwehr erschossen worden; das Schwurgericht sprach die Täter frei. In der Empörung über dieses Urteil wurde in Wien der Justizpalast in Brand gesteckt, und die Arbeiter traten in den Generalstreik. Dies war für die Heimwehr jene längst erwartete Gelegenheit, die sie die «Feuertaufe» nannte. Durch brutales Niederknüppeln des sozialdemokratischen Protestes empfahl sie sich erstmals landesweit als paramilitärischer Kampfverband des Austrofaschismus. Der «geistige, finanzielle und organisatorische Leiter der Heimwehrebewegung⁶» – Waldemar Pabst – wertete den «Erfolg» als sein persönliches Verdienst⁷.

Wie kraft- und farblos nehmen sich im Vergleich hierzu seine späteren Aktivitäten gegenüber dem nationalsozialistischen Regime aus. Bei Kriegsausbruch war Pabst ins Wehr-Wirtschafts- und Rüstungsamt unter General Thomas einberufen worden, dem er als erster Generalstabsoffizier zugeteilt wurde: «In dieser Stellung hatte ich», so seine eigenen Worte, «einen umfassenden Überblick über die gesamte deutsche Rüstung von Heer, Marine und Luftwaffe⁸.» Als Hitler im April 1940 durch Zufall von dessen «Schlüsselstellung» Kenntnis erhielt, wurde Pabst aus dem Heeresdienst entlassen. Mit Unterstützung «höchster Stellen der Wehrmacht» gründete er in Berlin die «Auslandshandel GmbH», eine Import- und Exportfirma, die zugleich Deckmantel für seine nachrichtendienstliche Tätigkeit war. In Zusammenarbeit mit Canaris knüpfte er Verbindungen mit Auslandskreisen an, die eine baldige Beendigung des Weltkrieges anstrebten. Ihn trieb kein Pazifismus, sondern das Bestreben, die Sowjetunion zu isolieren.

Pabst hat sich mit der Schulung antikommunistischer Kampfverbände nicht begnügt. Für ebenso wichtig hielt er den Aufbau eines politischen Nachrichtendienstes, der die sozialdemokratischen und kommunistischen Organisatio-

nen bespitzelte, aber auch über Konkurrenzgruppierungen auf der extremen Rechten informierte. Die sogenannten «P.»-Berichte waren dem Schweizerischen Vaterländischen Verband schon Anfang der zwanziger Jahre zugekommen. Es ist bis jetzt kaum bekannt geworden, in welcher Weise der im Geheimdienstmilieu bestens bekannte Aktivist in jener Zeit der gemeinsamen Frontstellung gegen die «rote Gefahr» mit seinen schweizerischen Gesinnungsfreunden zusammengearbeitet hat. Auch blieb verschwiegen, dass die Verbindung zum Hitler-Gegner Pabst der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges einigen Nutzen gebracht hat. Er erklärte sich 1940/41 bereit, die Eidgenossen beim Anzug unmittelbarer Gefahr zu warnen. Dem Schweizer Militärattaché in Berlin liess er im Auftrag von Admiral Canaris die Mahnung zukommen, dass die Gestapo regelmässig in den Besitz seiner militärischen Berichte gelange und davon Photokopien anfertige. Andere wertvolle Mitteilungen waren wirtschaftlicher Natur. Beim berüchtigten «Märzalarm 1943» – wahrscheinlich ein Verwirrspiel Schellenbergs zur Enttarnung der «Wiking»-Nachrichtenlinie des schweizerischen Geheimdienstes – kam von Pabst die beruhigende Meldung, es stehe kein deutscher Angriff bevor, es handle sich vielmehr um einen Druckversuch, die Schweizer für die anstehenden Wirtschaftsverhandlungen gefügiger zu machen⁷. Solchen Diensten verdankt er die für Aussenstehende unverständliche Protektion, die es ihm ermöglichte, auch nach dem Krieg in der Schweiz zu verbleiben, obwohl vor allem in der sozialistischen und kommunistischen Presse wiederholt seine Ausweisung verlangt wurde¹⁰.

Vorbehalte gegenüber Pabst, die bis zur entschiedenen Ablehnung gingen, fanden sich auch in konservativen und rechtsbürgerlichen Kreisen; sie galten vor allem taktischen Fragen, ohne ihm die Reputation als Offizier abzusprechen. Er selbst verstand sich als Christ und Verteidiger abendländischer Kultur. Was dieser Extremfall besonders drastisch sichtbar macht, ist der Tendenz nach vielfach zu beobachten gewesen: Wer, wie Pabst dies von sich behauptet, «konservativ im besten Sinne des Wortes» gewesen ist, ging in seiner Opposition gegen den Nationalsozialismus von einem ganz anderen Wertmassstab aus. Vor allem die Verschwörer aus den Reihen der Reichswehr, bei denen das Töten zur legitimen Aufgabe des Soldaten gehörte, wurden von Moralbegriffen zurückgehalten, die für sie gegenüber der revolutionären Linken offensichtlich keine adäquate Verbindlichkeit besaßen. Hier liegt die wunde Stelle mancher Gewissensforschung verborgen, die im Ergebnis zu einer Ablehnung äusserster Gewaltanwendung im Fall des grössten aller Verbrecher geführt hat.

Zu jenen, die aus prinzipiellen Erwägungen sich wiederholt gegen ein solches Attentat ausgesprochen haben, gehörte auch Hitler-Gegner Canaris. Dem war nicht immer so gewesen. Beim Mordprozess vor dem Feldkriegsgericht trug ein Beisitzer im Auftrag von Pabst dafür Sorge, dass das Verbrechen an Wilhelm Liebknecht und Rosa Luxemburg ungesühnt blieb. Er instruierte die Angeklagten, wie sie auszusagen hätten, und verhalf dem am 14. Mai 1919 verurteilten Oberleutnant Kurt Vogel, der die Leiche von Rosa Luxemburg in den Landwehrkanal hatte werfen lassen, zur Flucht aus dem Gefängnis. Dieser Vertrauensmann hiess Kapitänleutnant Wilhelm Canaris¹¹.

3. Richten Auge in Auge

Weshalb hat kein Anschlag gegen Hitler Erfolg gehabt? Je nach Gesichtspunkt akzentuieren die Fragestellungen vermehrt technische oder ethische Aspekte. So hat Reinhold Schneider 1947 in seinen Gedenkworten bedauert, dass dem 20. Juli das «richtende Moment» gefehlt habe. Er hielt die Begegnung Auge in Auge, die dem Attentat den Charakter eines offenen Gerichts verliehen hätte, für die einzig gegebene Lösung. Der Fluch der Tyrannis war es, dass sie, wie er wohl wusste, zum Griff nach ihren eigenen Methoden zwang: «Die Tücke fordert Tücke heraus¹.» An Erklärungen für das Versagen fehlt es nicht. Vermögen sie auch zu überzeugen?

Die detailkundige Studie von Peter Hoffmann über «Die Sicherheit des Diktators» bietet zuverlässigen Aufschluss über die ergriffenen Schutzmassnahmen und deren Mängel; das Ergebnis jedoch ist in seiner Widersprüchlichkeit auffallend substanzlos: Hitler sei zwar meistens sehr gut bewacht und geschützt gewesen, doch hätten auch reichlich Möglichkeiten für erfolgreiche Attentate bestanden. «Ebenso widerspruchsvoll ist die Tatsache, dass eine Handvoll Verschwörer, die Hitler den Tod wünschten, ihn auch hätten umbringen können, wenn sie dazu psychisch fähig gewesen wären. Andererseits scheiterten diejenigen, die Versuche wirklich unternahmen, weniger an den Sicherheitsvorkehrungen als an bizarren Zufällen².»

Dieter Ehlers hat für seine Untersuchung einen anderen Ansatz gewählt. Er analysiert die Methoden der Verschwörer des 20. Juli und seiner Vorläufer, wobei für ihn die angewendeten Widerstandsformen im Zentrum seines Interesses stehen. Aus seiner Perspektive gelangt er zu einer anderen Gewichtung

und erklärt das Scheitern mit nicht minder relevanten Gründen. Die auf freiheitlich-demokratische Prinzipien verpflichtete Verschwörung habe sich gegenüber dem Gewaltregime erst aus ihrem Zustand der Ohnmacht erheben können, «als sie ihre Methoden umstellte und sich entschloss, dem Gegner mit seinen eigenen Waffen entgegenzutreten. Hierbei waren die Verschwörer nicht konsequent bis zur Selbstaufgabe ihrer Prinzipien. Sie behielten ihr Gesicht – und scheiterten³.» Gegenüber den üblichen Hinweisen auf die widrigen Zufälle zeigt sich Ehlers ebenso skeptisch wie bei den Versicherungen, es sei fast alles Denkbare versucht worden. Für ihn liegt die Erklärung für die Fehlschläge vermehrt im Grundsätzlichen. Ohne Gewalt und Täuschung gab es für den Umsturz keine Chance. Sie zu nutzen war den Verschwörern im Spannungsfeld zwischen Technik und Moral nur bedingt möglich, wollten sie nicht Gefahr laufen, mit der Preisgabe ihrer Prinzipien auch die eigene Legitimation zu verlieren. Eine solche Interpretation, die hier nur angedeutet werden kann, macht die Bemerkung plausibel: «Da haben es Aufständische totalitärer Gesinnung leichter.» Sie seien skrupelloser in der Handlungsweise, ihre Ausgangsposition sei im Kampf um die Macht zunächst aussichtsreicher. Demokratische Verschwörungen als solche würden demgegenüber im Nachteil beginnen, doch, so Ehlers: «Ihr Rang erweist sich im Geist, nicht in der Technik der Tat⁴.» Ins Allgemeine gewendet, lassen sich an diesem Beispiel die Unterschiede zwischen revolutionären und nichtrevolutionären Strategien des Umsturzes herausarbeiten. Die gewonnenen Aussagen sind jedoch fragwürdig, wird konkret nach der physischen Beseitigung des Diktators unter den vorgegebenen Bedingungen gefragt. Dass es für «Aufständische totalitärer Gesinnung» – was immer Ehlers unter dieser Bezeichnung verstehen mag – leichter gewesen wäre, dafür fehlt im Dritten Reich die Bestätigung. Die Realitäten würden vielmehr zum gegenteiligen Fehlschluss verleiten. Die revolutionäre Linke hat zahllose Opfer des Naziterrors zu beklagen; doch mangelt gerade ihr ein Hitler-Attentäter als mythische Leitfigur. Die Diskussion darüber, welche politische Gruppierungen zum Selbstopfer prädestinierter gewesen wären, erweist sich als müßig. Ein Attentat auf Hitler war und blieb ein politischer Mord, dessen Ausführung für den Überzeugungstäter auch bei voller Bejahung Dimensionen aufwies, die über den Tötungsvorgang weit hinausgingen. Dies verlangte einen Preis, den zu bezahlen die Bereitschaft allein nicht ausreichte. Vom Täter hing Entscheidendes ab, und ihn gilt es zum Ausgangspunkt weitergreifender Analysen zu wählen. Hier wäre in existentielle Fragestellungen, in die Ur-

gründe menschlicher Psyche vorzustossen. Wie sehr auch seine potentiellen Attentäter im Banne des Phänomens Hitler standen und wie schwer ihnen die Bürde des Tyrannenmordes wurde, illustrieren die bekannten Beispiele aus den Reihen der Hitler-Gegner. Vordergründig sind es fast immer Sachzwänge, die ihre Vorhaben scheitern lassen, und doch verbergen sich dahinter die Nöte des von dieser Aufgabe überforderten Menschen.

Dass es unsinnig wäre, hier von spezifisch deutschen Charakteristika zu sprechen, verdeutlicht die Geschichte des britischen Militärattachés Noel Mason-MacFarlane in Berlin, dessen Attentatsplan im August 1969 verspätet Sensation machte. Im Gegensatz zu Botschafter Sir Neville Henderson hatte der impulsive Oberst den Kriegstreiber Hitler durchschaut. Diese Gefahr für den Weltfrieden musste seiner Meinung nach mit dem radikalsten Mittel beseitigt werden. Nach dem «Anschluss» Österreichs begann er, ein entsprechendes «Projekt» auszuarbeiten. Der Zufall kam ihm dabei zu Hilfe. Seine Wohnung lag keine hundert Meter von der «Führertribüne» entfernt, auf der Hitler jeweils bei seiner Geburtstagsparade posierte. Der Draufgänger und regelmäßige Bibelleser errechnete genau die Stelle im Innern seiner Wohnung, von wo aus ein Schütze sein Ziel mit einem Schnellfeuergewehr durch ein Teleskop unbemerkt anvisieren konnte. Der Lärm draussen und der zu verwendende Schalldämpfer würden dafür sorgen, dass die Herkunft des Schusses nicht abzuklären war. Mason-MacFarlane trug seinen Plan in London vor, stiess jedoch auf Ablehnung. Das Attentat unterblieb. Dass man ihn mehr als anderthalb Jahrzehnte nach seinem Tod zum legendären Helden machte, der beinahe den Zweiten Weltkrieg verhindert habe, ist weniger ihm als dem «Times»-Mitarbeiter Ewan Butler zuzurechnen⁵. Die Erklärung, das Attentat sei an der Weigerung der Vorgesetzten in London gescheitert, bleibt vordergründig. Man muss sich in die Lage von Mason-MacFarlane versetzen, und zwar zum Zeitpunkt, als er ganz allein die aussergewöhnlich günstige Gelegenheit erkannte, die sich ihm von seiner Wohnung aus mehr als einmal bot. Nach seinen Vorausberechnungen würde der Täter nie gefasst werden. Er allein würde um das Geheimnis wissen; weder die Nazis noch seine Vorgesetzten könnten ihn belangen. Für den Fall, dass er für einen solchen Schuss nicht in Frage kam, musste ein geeigneter Komplize gefunden werden. Der mündliche Vorstoss bei seiner vorgesetzten Behörde, der damit auch die Verantwortung überbunden wurde, war ein möglicher, aber nicht der einzig denkbare Versuch, zu einer Lösung zu gelangen. Dass sich eine Regierung, die bis zum Bruch des Münchner Abkommens im Zeichen der Appeasementpolitik

stand, mit einem derartigen Coup belasten würde, war unwahrscheinlich. Diese Entscheidung liess sich nicht delegieren. Der spätere General und Gouverneur von Gibraltar soll kurz vor seinem Tode im Jahre 1953 auch mit dem Gedanken geliebäugelt haben, den Kreml zu bombardieren. An «Ideen» und «Plänen» hat es nicht gefehlt.

Auch aus Moskau kam kein Befehl zum Attentat. Der 1905 in Liverpool geborene Agent Alexander Allan Foote spionierte um die Jahreswende 1938/39 die «Osteria Bavaria», Hitlers Lieblingsrestaurant in München, aus. Die sowjetischen Auftraggeber zeigten lebhaftes Interesse an der Abklärung von Details, die auf die Absicht schliessen liessen, der Geheimdienst prüfe die Möglichkeit eines Attentats. Zwei Varianten eines Anschlages waren nach Foote praktisch problemlos zu realisieren. Bei der Garderobe unmittelbar an der dünnen Scheidewand zu Hitlers Separatzimmer liess sich unauffällig ein Köfcherchen mit einer Bombe abstellen. Rückblickend hat Foote allerdings bezweifelt, ob ein solcher Sprengstoffanschlag sein Ziel erreicht hätte. Würde der Reichskanzler das Restaurant betreten, so bestand auch für ein Pistolenattentat eine reelle Chance. Foote will dies mit folgendem Experiment getestet haben: Seinen Komplizen Bill Philips setzte er an einen Platz ganz dicht am Weg, den Hitler zu seinem Nebenzimmer einschlagen musste. Als der Erwartete während eines seiner häufigen Münchner Aufenthalte in die «Osteria Bavaria» kam und sich Philips näherte, griff der Engländer unvermittelt in die Tasche, um ein harmloses Zigarettenetui herauszuziehen. Unterdessen beobachtete Foote Hitler und seine Umgebung. Niemand nahm Notiz von diesem Griff nach der imaginären Pistole, auch keiner der Gäste, die sich zur Begrüssung erhoben hatten. Die Memoiren von Foote zeichnen sich nicht durch Zuverlässigkeit aus. In diesem Fall widerstand er jedoch der Versuchung, sich als verhinderten Helden darzustellen. Im Gegensatz zu Mason-MacFarlane will er auf den Gedanken, Hitler zu beseitigen, nicht aus eigener Initiative gekommen sein. Am Tag nach dem Abschluss des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes beorderte der sowjetische Nachrichtendienst seine Agenten aus Deutschland zurück und kappte bisherige Kontakte⁶. Ebenso wie in London scheuten die Vorgesetzten in Moskau die Verantwortung für ein derartiges Unternehmen. Beide Beispiele veranschaulichen auch, wie gefährlich für Hitler ein raffinierter und zielstrebigere Attentäter damals hätte werden können.

Das Scharfschützenattentat gehörte zu den erwogenen wie verworfenen Varianten möglicher Beseitigungsmethoden. Dass nicht technische, sondern

menschliche Probleme die gravierendsten Hemmnisse aufwarfen, trat wohl am drastischsten bei den Plänen für ein Pistolenattentat zum Vorschein. Auf die technischen Aspekte ist hier nicht mehr einzutreten; die Argumente, die dafür und dagegen sprachen, sind bekannt. Der unterbliebene Griff zur Waffe lässt sich mit mangelnder Effizienz allein nicht erklären. Im Herbst 1939, als der vom Sieg begünstigte Kriegsherr zur Westoffensive drängte, nahm Generaloberst Franz Halder während Wochen zu den Besprechungen seine Pistole mit, um Hitler «eventuell über den Haufen zu schiessen⁷». Der Generalstabschef des Heeres hätte «nur» abdrücken brauchen. Dass er es nicht tat, bekräftigt zwar den Vorwurf, es habe ihm an Entschlusskraft gemangelt; aber nicht weniger eindrücklich dokumentiert dieses Unvermögen, dass die Kritik die Bedeutung der psychologischen Aspekte unterschätzt.

Manche Verschwörer zeigten sich entschiedener, doch standen zwischen ihrem Vorhaben und dem tödlichen Schuss bedeutend grössere Hindernisse, die es erst einmal zu überwinden galt. Dort, wo die psychische Barriere angeblich erheblich tiefer lag, verhielt es sich so, dass der Vollzug des Attentats erst erfolgen würde, wenn eine ganze Reihe von Voraussetzungen erfüllt waren. Zwischen dem Grad an Aktionsbereitschaft sowie den Durchführungschancen und der Risikogefahr bestand, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine enge Wechselbeziehung. Die geschaffenen und vorgegebenen Abhängigkeiten präsentierten sich jeweils als objektive Sachzwänge, die angeblich unabhängig von den Akteuren die Ausführung scheitern liessen. Dass sich dahinter subjektive Kausalitäten verbergen, verrät sich in scheinbaren Nebensächlichkeiten einzelner Pläne.

Bekanntlich sind die Verschwörer dank des energischen Engagements von General Erwin von Witzleben im September 1938, als Hitlers Politik die Kriegsgefahr unmittelbar heraufbeschwor, einem Staatsstreich für Jahre am nächsten gekommen. Dabei war ausdrücklich festgelegt worden, Hitler mit einem Stosstruppunternehmen in der Reichskanzlei zu verhaften, um ihn zur Rechenschaft zu ziehen. Ohne Wissen ihrer mitbeteiligten Vorgesetzten verabredeten Major Friedrich Wilhelm Heinz, Oberstleutnant Hans Oster und Hans Bernd Gisevius, bei der Verhaftung einen Zwischenfall zu produzieren, um dann den Diktator zu erschiessen⁸. Sofern sich die SS-Wache nicht wehren würde, musste ein Vorwand geschaffen werden, damit die Ermordung sowohl gegenüber den eigenen Mitverschwörern wie gegenüber der Öffentlichkeit kaschiert werden konnte. Das alles klang wohlüberlegt und einleuchtend, sofern man sich diesen Zwängen unterwarf. Mit der Münchner Konferenz fiel das Unternehmen in sich zusammen. Derart subtile Überlegungen,

erst einen Zwischenfall zu schaffen, dann zu schießen, sind für den zum Letzten entschlossenen Attentäter atypisch; er kennt nur das eine Streben, sein Ziel zu erreichen. Heinz, Oster und Gisevius drängten in den Kriegsjahren stets von Neuem auf die physische Ausschaltung und bewiesen, dass sie in ihrer Bekämpfung des Unrechtsregimes ausserordentliche Gefahren auf sich zu nehmen bereit waren. Und doch war mehr gefordert als die Bereitschaft, das Leben zu riskieren. Darin lag der Wahnsinn dieses Attentats begründet: Hoffnung konnte nur bringen, wer sich selbst bedingungslos der Hoffnungslosigkeit übergab.

Die Absicht, den Mord zu tarnen, erinnert an den «Plan Lanz». Zusammen mit Generalmajor Hans Speidel und dem Kommandanten des Panzerregiments «Grossdeutschland», Oberst Graf von Stachwitz, wollte General Hubert Lanz Hitler bei einem Frontbesuch Anfang 1943 festnehmen. Als Sprachregelung galt, dass bei Gegenwehr, mit der zu rechnen war, von der Waffe Gebrauch zu machen sei. Die Formulierung verfolgte den Zweck, die Schuld notfalls dem Betroffenen und seiner Begleitung zuschieben zu können. Hitlers Besuch in Walki bei Poltawa kam nicht zustande⁹.

Einen direkten Versuch, die Grenzen psychischer Belastbarkeit zu durchstossen, enthält der Plan, Hitlers Leben durch ein Gemeinschaftsattentat ein Ende zu setzen. Fabian von Schlabrendorff, der mit seinen Freunden im Winter 1943 erneut nach Möglichkeiten suchte, Hitler bei einem Frontbesuch niederzuschieszen, schreibt zu dieser klassischen Form des Attentats: «Die Tatsache, dass wir mehrere waren, sollte es uns psychologisch erleichtern, die Last zu tragen, die jeden Menschen bedrückt, wenn er vor einer solchen Tat steht¹⁰.» Es war dies nicht allein eine Frage des Wagemutes. Der dreissigjährige Oberstleutnant Georg von Boeselager ist für Tapferkeit wiederholt ausgezeichnet worden. Er galt als bester Pistolenschütze seiner Armee. Dennoch traute er sich eher zu, mit einem Regiment Hitlers Hauptquartier zu nehmen, als ihn selbst zu erschiessen. Auch wenn man ihn in nächster Nähe postiert hätte, blieb es für ihn ungewiss, ob er im entscheidenden Augenblick tödlich treffen würde.

Wer sich für die Verwendung einer Pistole entschloss, schnitt sich selbst jede Hoffnung auf einen Rückzug ab. Der Schütze war dem Tod geweiht. Würde er das Attentat überleben, so stand ihm ein höchst qualvolles Ende bevor. Der Sprengstoffattentäter, der sich zusammen mit Hitler von der Detonation zerreißen lassen wollte, wählte die denkbar radikalste Form des Selbstopfers. Sie verlieh ihm die Gewissheit, seinen Häschern nicht in die Hände zu fallen

und Hitler, sollte die vorgesehene Ausführung des Anschlages möglich werden, nach menschlicher Voraussicht mit in den Tod zu nehmen. Der Pistolenschütze hingegen musste damit rechnen, das Ziel zu verfehlen und selbst nach Überwindung aller Schwierigkeiten im letzten Augenblick vielleicht am vermuteten Panzerhemd oder an der Schirmmütze Hitlers zu scheitern. Das krasse Missverhältnis zwischen der verlangten Aufopferung und den minimalen Erfolgsaussichten trieb die psychische Belastung ins Unerträgliche.

Als Erich Kordt am 11. November 1939 von Oster den versprochenen Sprengstoff nicht erhielt, bemerkte er, dann müsse man es mit einer Pistole versuchen. «Kordt, begehen Sie keine Wahnsinnstat», wehrte der Offizier erschrocken ab, «Sie haben nicht ein Prozent Chance. Sie können Hitler nicht allein sehen. Im Vorzimmer aber, in Anwesenheit aller Adjutanten, Ordonnanzen und Besucher, werden Sie kaum zum Schuss kommen¹¹.» Kordt ist in seinen Erinnerungen kritisch genug, sich offen einzugestehen, dass über die Wahl zwischen Sprengstoff und Pistole nicht allein ein nüchternes Abwägen entschied. Im Februar 1945 wollte Albert Speer nach eigenem Bekunden Giftgas beschaffen, um es durch den Luftschacht in Hitlers Bunker zu leiten. Man mag diesen umständlichen Versuch als wenig ernsthaft belächeln. Der Lieblingsarchitekt ist seinem Herrn auch als Rüstungsminister blind ergeben gewesen: «Es wäre mir – unabhängig von aller Angst – immer unmöglich gewesen, Hitler mit der Pistole in der Hand entgegenzutreten. Von Angesicht zu Angesicht war seine suggestive Macht über mich bis zum letzten Tag zu gross¹².» Selbst entschiedene Gegner, die zur Tat drängten, verliess beim Gedanken alle Kraft, in offener Konfrontation die richtende Hand gegen diesen «Führer» zu erheben. Nach einer Besprechung im Winter 1942/43 verweilte Abwehrchef Canaris – folgt man dem Bericht von Abshagen – mit einem seiner Abteilungsleiter noch im inneren Sperrkreis des Führerhauptquartiers. Da trat Hitler aus einer Baracke und ging mit einem Adjutanten im Gespräch auf und ab. «Auf die Entfernung, das gäbe 'nen Blattschuss!» bedeutete der Mitarbeiter vielsagend zu Canaris, worauf der Admiral sarkastisch bemerkte: «Tun Sie's doch¹³!»

Was nützte alles Planen, wenn der zum Handeln befähigte Täter fehlte? Diese Frage stellte sich auch der kaufmännisch tätige zivile Verschwörer Nikolaus von Halem. Von den endlosen Erörterungen angeekelt, entschloss er sich, aus eigener Initiative einen Mann der Tat zu suchen. Zu seiner bitteren Enttäuschung erfuhr er, dass Aktionsbereitschaft allein nicht genügte. Allzu spät erkannte er seinen Irrtum, der Exekutionsauftrag verlange eine Haudegenatur.



Bild oben: «Als wir Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erledigten ...» **Waldemar Pabst** (1880-1970) – auch als Hitler-Gegner suspekt.

Unten links: Sprengstoffpaket in Hitlers Flugzeug – **Generalmajor Henning von Tresckow** (1901-21. Juli 1944).

Unten rechts: Den Attentäter gedungen – Hitler-Gegner **Nikolaus von Halem**, der am 9. Oktober 1944 hingerichtet wurde.



Bild oben: Gustloff-Attentäter **David Frankfurter** 1936 (links).
Unten links: Anschlag im Bürgerbräukeller – **Georg Elser** (1903 – 9. April 1945).
Unten rechts: Protest gegen die Judenverfolgung – vom Rath-Attentäter **Herschel Grünspar**,
am 1. Juni 1960 durch das Amtsgericht Hannover für tot erklärt.

Er glaubte, sie im ehemaligen Freikorpsführer Dr. Josef Römer gefunden zu haben. Beppo, wie der zur KPD übergegangene Hitler-Gegner genannt wurde, nahm zwar bereitwillig Geld, wollte jedoch mit seinen Vorbereitungen zu keinem Ende kommen. Halem verlor die Geduld, es kam zum Bruch, und die Denunziation eines Komplizen von Römer kostete die Beteiligten, darunter auch Herbert Mumm von Schwarzenstein, das Leben¹⁴.

Von der Vielzahl der in der Planungsphase verbliebenen Ansätze heben sich jene Attentate ab, die bis ins Stadium der Ausführung gelangt sind. Allerdings liegt ihr Schwerpunkt erst in der Phase, als der Kriegsverlauf für die Deutschen bereits eine bedenkliche Wende genommen hatte. Die empfindlichen Rückschläge und die gewaltige Niederlage von Stalingrad brachten Hitlers Nimbus zum Verblassen. Auch unter dem Gesichtspunkt der psychischen Belastung war es ein wesentlicher Unterschied, ob der Anschlag einem neudeutschen Messias galt, an den in den Jahren des Erfolges eine fanatisierte Mehrheit der Deutschen blind glaubte, oder dem verbrecherischen Diktator, der Deutschland in die Katastrophe führte.

Die treibende Kraft im Jahre 1943 war Oberst Henning von Tresckow, der zusammen mit Gleichgesinnten im Stab der Heeresgruppe Mitte eine ganze Reihe von Attentatsmöglichkeiten prüfte. Nach dem Krieg hat Fabian von Schlabrendorff in seinem Bericht «Offiziere gegen Hitler» geschildert, wie er und Tresckow beinahe ihr Ziel erreicht hätten. Sie gaben einem Begleiter Hitlers ein als Geschenk getarntes Sprengstoffpäckchen mit, um die «Führermaschine» beim Rückflug von Smolensk ins Hauptquartier zum Absturz zu bringen. Der Explosivstoff hat sich wohl wegen vorherrschender Kälte nicht entzündet. Wenig später bot sich eine erneute Chance. Auf Befragen von Tresckow erklärte sich Oberst i. G. Rudolf-Christoph Gersdorff bereit, Hitler in die Luft zu sprengen. Bei der auf den 21. März 1943 verschobenen Feier zum «Heldengedenktag» sollte Hitler die Ausstellung russischer Beutewaffen im Zeughaus Berlin besuchen, und Gersdorff hatte Gelegenheit, ihn dabei zu begleiten. Nachdem die Absicht, den Explosivstoff am Rednerpult unterzubringen, aufgegeben werden musste, entschloss sich der Attentäter, den Sprengkörper in der Manteltasche bei sich zu tragen und Hitler mit sich in den Tod zu reissen. Dieser eilte wie von Ahnungen getrieben durch die Ausstellung und entliess Gersdorff sogleich, so dass der auf zehn Minuten berechnete Zünder nicht in Funktion treten konnte.

Zwei analoge Vorhaben verblieben im Stadium der Bereitschaft. Auf Befragen Stauffenbergs hat sich Hauptmann Axel von dem Bussche zu einem At-

tentat bereit erklärt. Im November 1943 sollten Hitler neue Ausrüstungs- und Uniformstücke vorgeführt werden. Hierzu stellte sich von dem Bussche zur Verfügung, um sich mit einer Sprengladung in der Hosentasche auf Hitler zu stürzen und sich mit ihm von der Detonation zerreißen zu lassen. Die Uniformvorführung wurde immer wieder verschoben. Auch Oberleutnant Ewald von Kleist, wie von dem Bussche erst vierundzwanzigjährig, wollte diesen Opfergang – zu dem es allerdings nie kam¹⁵ – auf sich nehmen.

Ein gewichtiger Versuch, Hitler mit der Pistole niederzustrecken, ist in den Reihen der Verschwörer über das Stadium der Planung hinaus gediehen. Am 11. März 1944 sollte Rittmeister Eberhard von Breitenbuch Generalfeldmarschall Ernst Busch als Ordonnanzoffizier zu einer Lagebesprechung auf Hitlers «Berghof» begleiten. Tresckow drang mit seinem Gesinnungsfreund Major von Oertzen auf den Rittermeister ein, sich mit Hitler in die Luft zu sprengen. Anders als der vor einem Jahr befragte Gersdorff misstraute Breitenbuch dem Umgang mit der «Bombe»; die Handhabung erschien ihm als zu auffällig, und deren Wirkungsweise konnte er vorher nicht überprüfen. Als gewiegter Schütze erklärte er sich bereit, den Versuch mit der Pistole zu wagen. Seine Dienstwaffe würde er ablegen müssen; zum Schuss sollte ihm ein 7,65-Millimeter-Browning dienen, den er in der Hosentasche entsichert auf sich trug. Zu seiner Überraschung fand die Besprechung auf dem Obersalzberg nur in sehr kleinem Kreise statt, so dass der Ordonnanzoffizier im Vorraum zu verbleiben hatte. Unter den Augen der SS-Bewachung verbrachte er eine die Nerven bis zum äussersten strapazierende Wartezeit. Es konnte nie geklärt werden, ob Tresckow mit seinen Telefongesprächen nach Berlin Verdacht erregt hatte, so dass die Sicherheitsvorkehrungen verschärft worden waren. Wenig später hätte Breitenbuch noch einmal einen Versuch wagen können, wiederum bei einer Besprechung auf dem «Berghof». Doch hielt er es für ausgeschlossen, ein zweites Mal eine derartige psychische und nervliche Belastung durchzustehen¹⁶.

Graf Stauffenberg hingegen ist ein Überzeugungstäter, der in seltener Mischung alle notwendigen Eigenschaften in sich vereint hat: Opferbereitschaft, Beharrlichkeit, Klugheit, gepaart mit einem ins Tollkühne reichenden Draufgängertum, verwurzelt in einem geistigen Fundament, das ihn zwar nicht vor dem Faszinans der deutschen Machtentfaltung, wohl aber vor einem Anschluss an den Nationalsozialismus bewahrt hat. Zu den Verschwörern ist er relativ spät gestossen; die Beseitigung Hitlers hielt er erst für unumgänglich, als es für ihn über die sich abzeichnende Niederlage keine Illusionen mehr

gab. Er begnügte sich nicht damit, Gleichgesinnte für das Attentat zu gewinnen. Durch seine Ernennung zum Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres erhielt er Gelegenheit, bei Lagebesprechungen in unmittelbare Nähe Hitlers zu gelangen. Wie er zu seinem Unternehmen sovielmals ansetzte, bis der entscheidende Coup zustande kam, ist bis in alle Einzelheiten mehrfach geschildert worden. Sprengstoff brachte er vielleicht schon am 6. Juli, bestimmt aber am 11. Juli zur Besprechung auf den «Berghof» mit. Da Himmler nicht anwesend war, der wie auch Göring möglichst mit diesem einen Schlag ausgeschaltet werden sollte, hat Stauffenberg die Zündung nicht ausgelöst. Am 15. Juli wurde er ins Führerhauptquartier «Wolfschanze» befohlen, wohin er erneut seinen Sprengstoff mitnahm. Der Besprechungsablauf liess jedoch keine Zeit, die notwendigen Manipulationen auszuführen. Der kriegsverletzte Oberst, der nur noch das rechte Auge sowie eine linke Hand mit drei Fingern besass, brachte ungeachtet der gewaltigen Schwierigkeiten die Kraft auf, am 20. Juli das einzige Fanal dieser Widerstandsgruppen für die Öffentlichkeit weit vernehmbar kundzutun¹⁷.

Nachträglich ist es billig, darüber zu spekulieren, ob Stauffenberg im Besprechungsraum bis zur Explosion hätte verbleiben müssen oder ob er in Berlin tatsächlich unersetzbar gewesen ist. Die Lebensgefahr, die er mehrmals trotz der starken körperlichen Behinderung auf sich nahm, setzen jene Zweifler ins Unrecht, die seine Bereitschaft zum Selbstopfer in Frage stellen. Der innerdeutsche Widerstand ist nicht gescheitert, weil Männer wie Tresckow, Gersdorff oder Stauffenberg zu wenig konsequent waren, sondern weil zu wenige so konsequent wie sie gehandelt haben.

Kommen wir auf die zu Anfang aufgeworfene Frage zusammenfassend zurück, so steht unter den Ursachen für den permanenten Misserfolg die überzogene Zielsetzung sowie die psychische Überforderung an erster Stelle. «Es lag auf der Hand», berichtete Schlabrendorff, «dass die Tötung Adolf Hitlers nur die ‚Initialzündung‘ für den geplanten Staatsstreich sein konnte.» Diese habe nur einen Sinn gehabt, «wenn es möglich war, den zweiten Schritt unmittelbar dem ersten folgen zu lassen¹⁸.» Dieses feste Junktim wirkte sich verhängnisvoll aus. Da der politische Umsturz nicht realisierbar war, gab es keine andere Lösung, als sich ganz auf die Beseitigung Hitlers und seiner mächtigen Paladine zu konzentrieren. Attentat und Staatsstreich in einem – das war zuviel gewollt! Noch im Katastrophenjahr 1944 bestätigte dies die bittere Lehre des 20. Juli, an dem beide Aktionen misslangen.

Während des Krieges kam nur noch ein ausgewählter Mitarbeiterkreis an Hitler heran. Aber schon zuvor galt: Wer ohne Verbindungen auf sich allein gestellt war, verschrieb sich einem Wahnsinnsunternehmen, das nur denkbar blieb, solange sich der Diktator an Kundgebungen und anderen Anlässen in der Öffentlichkeit zeigte. Die *Einzelvorstösse aus der Anonymität* entstammen einem anderen Umfeld. Während die vom System in verschiedenster Weise abhängigen Verschwörer vom Aufstieg Deutschlands wenigstens zeitweise mitprofitiert haben, befanden sich die potentiellen Attentäter aus den Grenzbereichen des Widerstandes auf der düsteren Schattenseite Neu-deutschlands. Sie standen ausserhalb des Systems: Entweder gehörten sie zu den Verfolgten, oder sie waren der Gewaltsphäre des Nationalsozialismus entzogen. Die Proteste des kleinen Mannes kannten viele Formen, darunter auch manche bizarre; dennoch sind die punktuellen und marginalen Manifestationen antinazistischer Gesinnung in ihrer Gesamtheit für die Attentatsfrage nicht ohne Relevanz geblieben. Von Grenzbereichen des Widerstandes lässt sich auch im Hinblick auf die Motivation sprechen. Politische und ethische Postulate vermengten sich mit subjektiven Beweggründen, mit Motiven höchst privater Natur. Sie führen in Zusammenhänge hinüber, die nicht mehr unter den Begriff «Widerstand» zu subsumieren sind.

Beschränken wir uns ausschliesslich auf die Aspekte des Attentats, so ergibt sich auch hier das bekannte Bild der drei Abstufungen: Die Basis bilden unbestimmte Andeutungen, dass «man» gegen einen Verbrecher wie Hitler «etwas» unternehmen müsste. Ihnen gesellen sich vage Gerüchte zu, die von beabsichtigten Anschlägen und Morddrohungen gegen Naziführer wissen wollen. Aber nur in Ausnahmefällen handelt es sich dabei um mehr als Spontanäusserungen ohne Relevanz. Zwischen der vorgerückten Phase konkreter Planung bis zur Bereitschaft zur Ausführung liegt noch einmal ein weiter Weg, auf den sich einige wenige vorwagten. Das anonyme Umfeld, aus dem die zumeist rudimentär gebliebenen Vorstösse erfolgen, ist diffus und kennt keine persönlichen Zusammenhänge. Daher lässt es sich systematisch auch nicht erfassen. Zunächst wenden wir uns jenen angeblichen oder tatsächlichen Aktivitäten zur Ermordung Hitlers zu, deren Schwerpunkt sich ausserhalb von Deutschland befand. Aus dem Ausland liegen zahlreiche einschlägige Alarmmeldungen vor. Während dort ein unvorsichtiges Wort zumeist ohne schwerwiegende Folgen blieb, ist über den potentiellen Einzeltäter im Dritten Reich ungleich weniger zu erfahren, da ihm selbst die leiseste Andeutung bereits zum Verhängnis werden konnte.

4. Alarmmeldungen aus dem Ausland

Die «lächerlich kleinen europäischen Staaten, über die man in einer Stunde hinwegfliegen könne», seien für die Zukunft «ein Unding¹». Die Bemerkung Hitlers, einem unveröffentlichten Tischgespräch vom 22. Oktober 1941 entnommen, spricht ungeschminkt aus, was seit den Anfängen des Nationalsozialismus in zahlreichen Variationen zum Ausdruck kam. Der völkische Imperialismus rief die Erinnerungen an alldeutsche Visionen vor dem Ersten Weltkrieg wach. Schon damals zielten diese über die gewaltsame Vereinigung angeblich deutschen «Volksbodens» weit hinaus; das Ausdehnungsgebiet sollte nach den Vorstellungen des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes die «sogenannten Zwischenländer aufsaugen und sich von der Nordsee und Ostsee über die Niederlande und Luxemburg und, auch die Schweiz einschliessend, über das ganze Donaugebiet, die Balkanhalbinsel, Kleinasien bis zum persischen Meer erstrecken²». Die altbekannten Kontroversen, die das Verhältnis zu Deutschland belasteten, sind 1933 erneut entflammt, in einer Intensität und unter ganz anders gearteten Bezügen überdies, die den Grundsatzkonflikt zum Krieg der Emotionen entfesselte. Der Alldeutsche Verband war eine private, wenn auch einflussreiche Pressure group geblieben, während der Nationalsozialismus sich in atemraubendem Tempo alle Mittel staatlicher Macht aneignete und in seiner antidemokratischen und expansiven Dynamik auch nach aussen zur existenziellen Bedrohung wurde.

Hitler personifizierte dieses System, und er war jenen umso mehr verhasst, deren Gesinnungsfreunde durch sein Regime einer unbarmherzigen Verfolgung ausgesetzt wurden. In erster Linie waren es kommunistische und sozialdemokratische Blätter, die das Naziregime mit seinen Gewaltmethoden in an Schärfe kaum mehr überbietbaren Formulierungen blossstellten. In der Schweiz hat der Bundesrat am 26. März 1934 eine Verordnung erlassen, um mit Mitteln der Verwarnung und notfalls mit Erscheinungsverboten die Pressefehde nicht ins Exzessive ausufern zu lassen. Die «Berner Tagwacht» hat am 10. Oktober 1935 eine Liste jener «Verbalinjurien» veröffentlicht, die im Zusammenhang mit dem Reichskanzler und dessen Regierung – dies galt auch gegenüber Mussolini – in der Presse nicht mehr verwendet werden durften: «Criminel, bandit, assassin, meurtrier, incendiaire, buveur de sang, fou, bestial, Meuchelmörder, bestialische Mordtaten, Mördergesellschaft, Brandstifterregierung, meineidiger Minister, Blutsäufer, Geiselmordbestie, faschis-

tische Verbrecherbande, Mordgesellen, Bluthunde, Massenmörder, Galgen-
gesindel, Henker, Mordanführer, Diktaturbestien usw.³».

«Nennen wir», so fügte das Organ der Berner Sozialdemokraten ironisierend
bei, «die Herren einfach bei ihrem richtigen Namen, man weiss auch so Be-
scheid ...» Zur Empörung über die Nationalsozialisten reizte zudem das pro-
vokative Treiben der deutschen Parteiorganisationen im Ausland. Dass unter
solchen Umständen den Bannerträgern des Nationalsozialismus direkt offen-
kundiger Hass entgegenschlug, vermag nicht zu überraschen, wobei aus ex-
zessiven Formulierungen Klänge mitschwangen, die ihrerseits suspekt wa-
ren: «In Bern oben haben die bürgerlichen Regenten jeden Mannesmut ge-
genüber den braunen Filzläusen, die sich in unsern demokratischen Pelz ge-
setzt haben, verloren. Wir fordern, dass diesem Ungeziefer gegenüber die alte
Schweizerart entgegengesetzt wird⁴ ...» «Ungeziefer», «Filzläuse» – dies war
auch die in «Mein Kampf» bevorzugte inhumane Terminologie, auf deren
Boden die beispiellose Menschen-«Vertilgung» gedieh!

Wie manchem in dieser Situation äusserster Erregung der Gedanke kam, die
gewaltsame Beseitigung Hitlers wäre die Befreiung von einem Alptraum,
darüber lässt sich allenfalls spekulieren. Im April 1940 war beim deutschen
Konsul von Haeften in Basel eine Frau angezeigt worden, sie habe dem Dik-
tator den Tod gewünscht. Schon nach dem Bürgerbräu-Attentat, so berichtete
von Haeften nach Berlin, hätten sich verschiedene Schweizerinnen für die
Beseitigung Hitlers ausgesprochen. Der Konsul schob die Schuld, dass es zu
solchen Äusserungen kam, der Schreibweise der Schweizer Presse zu. Ge-
wisse Kreise ständen «unter dem falschen Eindruck, dass der Krieg und die
damit für die Schweiz verbundenen politischen und wirtschaftlichen Schwie-
rigkeiten vom Führer veranlasst worden seien. Hieraus hat sich bei manchen
Schweizern ein gemeiner Hass entwickelt, der sich in erster Linie gegen die
Person des Führers richtet und sogar den Wunsch nach seiner Beseitigung hat
aufkommen lassen⁵.» «Möchte mir gestatten», denunzierte 1942 eine
Schweizerin mit Sympathie für Deutschland, «Ihnen zur Kenntnis zu brin-
gen, dass hier in einer Wirtschaft ein Mann um 5 Liter Wein gewettet hat,
dass am 19. März Herr Reichskanzler Hitler ermordet wird⁶.» Die Hoffnung,
dem Diktator werde ein rasches Ende bereitet, spielte untergründig auch dort
eine Rolle, wo der Denunziation kein reeller Sachverhalt zugrunde lag.

Wo den Morddrohungen und Attentatsgerüchten die Konkretisierung fehlt,
sind die Motive der Denunzianten umso aufschlussreicher. Eine bekannte Be-
gleiterscheinung des Führerkultes verkörpert die Gruppe der hier nicht näher

zu definierenden Neurotiker und Psychopathen, die ein Mann wie Hitler in seinen Bann zog; darunter auch solche, deren Phantasie sich an der Vorstellung eines Kapitalverbrechens entzündete. Am 3. August 1934 erreichte den deutschen Gesandten Ernst von Weizsäcker in Bern eine mit «Leuchtkraft» unterzeichnete anonyme Warnung, die – entsprang sie nicht einem Jux – hier einzuordnen ist: «Durch einen ungeheuren Zufall erfahre ich, dass am 14. August 1934 gegen Reichspräsident Adolf Hitler ein Attentat geplant ist. Reichspräsident Hitler ist sofort zu warnen und alle allf. Besuche zu Veranstaltungen jeglicher Art sind stricte zu vermeiden⁷.»

Wichtigtuerei und Naivität vermischten sich mit Sympathie für Nazideutschland. Eine Schweizerin aus Zürich wandte sich am 9. August 1934 handschriftlich direkt an Reichspropagandaminister Goebbels. Ihr sei von einer «einfachen Bauersfrau», die «Gesichter» habe, prophezeit worden, dass im vierten oder fünften Monat von jetzt an ein Anschlag auf Hitler verübt werde, und zwar mit tödlichem Ausgang⁸.

In anderen Fällen stand die Erlangung handfester materieller Vorteile im Vordergrund. Auf der deutschen Botschaft in Washington erschien am 20. Oktober 1933 ein Unbekannter, der sich als Mister Kimball aus Chicago ausgab. Er erklärte mit verblüffendem Freimut, «zur Abdeckung in Chicagoer Unterweltkreisen gemachter Spielschulden sofort eine grössere Geldsumme zu benötigen, wenn er nicht in Lebensgefahr geraten wolle. Er sei daher bereit, gegen Zahlung von 1'000 Dollar Vorschuss und 4'000 Dollar Rest detaillierte Informationen über ein gegen den Herrn Reichskanzler geplantes Attentat zu geben.» Beim deutschen Generalkonsulat in Amsterdam meldete sich im November 1933 zweimal der Amerikaner Hartley Caldwell. Er habe erfahren, dass aus grösserer Entfernung mit einem Gewehr mit Schalldämpfer auf Hitler geschossen werden soll. Bevor er mit weiteren Einzelheiten herausrückte, wollte Caldwell wissen, ob ihm die deutsche Regierung eine grössere Belohnung zuerkenne, falls er für die Verhaftung der beteiligten Personen sorgen würde⁹.

Ein Regimegegner versuchte sogar mit einer direkten Morddrohung eine materielle Verbesserung seiner eigenen Notlage zu erreichen; es war dies der 1889 in Landsberg am Lech geborene Ludwig Assner. Im Februar 1933 sprach er auf der Konsulatsabteilung der deutschen Botschaft in Paris vor und erklärte, der neue Reichskanzler sei ihm persönlich bekannt. Dabei kündigte er sich gleich selbst als Attentäter an: «Dass Herr Hitler Reichskanzler geworden sei, betrachte er als ein nationales Unglück, da seine Regierung, falls sie von Dauer sei, unzweifelhaft zu einem neuen Kriege führen müsse. Er ha-

be sich daher entschlossen, den Reichskanzler zu beseitigen, falls er nicht innerhalb von 4 Wochen aus der Regierung ausgeschieden sei. Führe er die Tat nicht aus, so werde sie ein anderer vollbringen. Verschiedene in Frankreich ansässige Deutsche und einige Elsässer hätten nämlich ein Komplott geschmiedet, um Herrn Hitler aus dem Wege zu schaffen¹⁰.» Das Auswärtige Amt setzte den Polizeipräsidenten in Berlin vorsorglich in Kenntnis, um allfällig erforderliche Sicherheitsmassnahmen zu ergreifen.

In einem Brief an die deutsche Botschaft in Paris erweist sich Assner von einer prophetischen Weitsicht, die diesem Vorgang seine besondere Bedeutung verleiht: «Ich bezeichne Hitler als den gemeinsten Verräter der Menschheit, der noch schlimmeres über die Völker bringen wird, als der letzte Krieg war. Ich weiss, Hitler wird die Diktatur durchdrücken, wird mit dem Verräterpack Italien ein Bündnis schliessen, Mussolini wird einen Vorfall markieren, der zu einem Krieg mit Frankreich führen wird. Russland wird in diesem Moment im Osten einfallen gegen Deutschland, und so wird der Weltkrieg aufs neue entstehen. So werden sämtliche Menschen aller Nationen, die dem Staate zuviel sind, durch ein Massensterben durch Gas von ihrem lästigen Übel befreit werden¹¹.»

Dennoch erklärte sich Assner im gleichen Brief bereit, von seinem Attentatsvorhaben Abstand zu nehmen, wenn ihm die Reichsregierung eine einmalige Hilfe und Abfindung von 50'000 Reichsmark überweise. Er hatte bis 1920 der KPD angehört, kandidierte im April 1924 für den völkischen Rechtsblock in den bayrischen Landtagswahlen, wurde wegen Beleidigung von Kardinal Faulhaber in Schutzhaft genommen und musste – von den Völkischen fallengelassen – sein Landtagsmandat nach wenigen Monaten wieder abgeben. Für sein berufliches Ungemach wie für seine beiden gescheiterten Ehen machte er die Nationalsozialisten verantwortlich. Seit 1930 versuchte er, in Paris durch den Betrieb einer Automobilreparaturwerkstätte seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Von einem deutschen Mitarbeiter Assners brachte die Botschaft in Erfahrung, dass bei den Attentatsdrohungen «viel Wichtigtuerei» mit dabei sei, auch wirtschaftliche Not; sonst ruhig und arbeitsam, befinde er sich, wenn ihn die alten Kriegswunden quälten, im Zustand nervöser Aufregung. «Ich ersuche Sie von Herzen», meldete sich Assner wenig später wieder, «dass ich den Inhalt meines Briefes gegen Hitler zurücknehme mit grösstem Bedauern und von Erschiessen auch Abstand nehme für immer. Meinetwegen regiert wer will und es ist auch mein Entschluss, mich um keine Politik zu kümmern, denn alles hat seinen Zweck¹².» Die deutsche Botschaft, die

wegen Unterstützungsfragen mit dem reumütigen Sonderling bereits seit längerer Zeit zu tun gehabt hatte, erwies sich als ausserordentlich verständnisvoll. Sie empfahl abschliessend, das Landesversorgungsamt in Karlsruhe möge die Rentenangelegenheit des Kriegsverletzten möglichst entgegenkommend behandeln. Andere Töne schlug in München die politische Polizei unter Himmler und Heydrich an: Man solle Assner unter dem Vorwand, ihm in Deutschland eine Stellung anzubieten, über die Grenze locken und ihn dann in Schutzhaft nehmen¹³.

Eine Auswirkung der nationalsozialistischen Propaganda bestand darin, dass das Misstrauen gegen Juden und Kommunisten bei jenen noch gesteigert wurde, die ohnehin schon gegenüber Emigranten eine Aversion zeigten. In manchen Denunziationen brach ein offenkundiger Antisemitismus durch. Sie wurden auch durch die Vorstellung genährt, wer derart verfolgt werde, sei voller Rachegefühle. Im März 1938 wollte ein deutscher Vertreter vor dem Eingang des Hotels «St. Gotthard» in Zürich eine aufgeregte Unterhaltung von zwei Juden mitgehört haben. Es sei jetzt notwendig, dass «einer von uns» hinübergehe und Hitler erschiesse, soll dabei geäussert worden sein. Der Handelsreisende brachte seine «Beobachtung» dem deutschen Konsulat zur Anzeige. Die Abklärung der eingeschalteten Zürcher Kantonspolizei ergab, dass die Angelegenheit «kaum ernst zu nehmen» sei¹⁴. Der ehemalige Lehrer Andreas G. Meyer meldete im April 1933 dem deutschen Konsulat in Basel, vier deutsche Juden belauscht und daraus entnommen zu haben, dass Attentatspläne gegen Hitler geschmiedet würden. Meyer wollte jedoch keine weiteren Aufschlüsse mehr geben, äusserte stattdessen die Absicht, sich persönlich an Hitler zu wenden¹⁵.

Ende Dezember 1933 brachte der deutsche Reichsangehörige Helmuth Metzeler dem Generalkonsulat in Istanbul zur Anzeige, in einer jüdischen Versammlung sei beschlossen worden, Hitler eine mit Dynamit gefüllte Uhr in Form eines Weihnachtsgeschenks zukommen zu lassen¹⁶. Noch im gleichen Jahre wollte ein spanischer Beamter eine Unterredung belauscht haben, der zufolge ein Jude, der in der französischen und der spanischen Ehrenlegion gedient habe, für eine hohe Summe dazu gedungen worden sei, nach Deutschland zu fahren und Hitler umzubringen¹⁷. Ein Colonel C.W. Steinmann in Tucson, Arizona, behauptete, eine «jiddisch geführte Unterhaltung überhört zu haben», wonach ein Mordanschlag mit Gift auf den Reichskanzler Anfang Mai geplant sei. Die deutsche Botschaft in Washington vermutete, dass der Abenteurer Steinmann mit diesem «Freundschaftsdienst» seine Wiedereinbürgerung in Deutschland voranzutreiben versuchte, nachdem sie bereits ein-

mal abgelehnt worden war¹⁸. Ein rein antisemitischer Racheakt war die Denunziation der Pauline Meier, einer am Zürichsee wohnhaften Schweizerin. Sie wandte sich im August 1935 direkt an Hitler und beklagte sich als «grosse Anhängerin des Nationalsozialismus», dass ihr Geschäft «durch unsere schöne Regierung und Überjudung zu Grunde ging». Jedes Warenhaus fertige heute billig Passbilder an, weshalb sie als Photographin gezwungen sei, nunmehr für Aufträge herumzureisen. Unterwegs habe sie bei einer Familie, bei der das «berüchtigte Braunbuch» auf dem Tische lag, vernommen, dass Juden ein Komplott gegen Hitler vorbereiteten. Diese hätten einen Photoapparat entwickelt, mit dem man tödliche Strahlen aussenden könne. «So wie ich gerne mein Leben für mein liebes Schweizerland einsetzen würde, so würde ich es für Sie grösster Führer aller Zeiten tun», schrieb die mit «Heil Hitler» unterzeichnende Denunziantin¹⁹.

Alle diese Anzeigen wurden von den deutschen Auslandsvertretungen an das Auswärtige Amt nach Berlin weitergeleitet, da nie völlig auszuschliessen war, ob sich aus einer noch so abstrus klingenden Geschichte unvermutet folgenschwere Konsequenzen entwickeln würden. Umfangreiche polizeiliche Nachforschungen erforderte die Affäre Kappeler-Lincke. Am 19. Februar 1941 telegraphierte der deutsche Konsul Weyrauch von St. Gallen dem Auswärtigen Amt, der deutschfreundliche frühere Polizeikommissar Kappeler habe von einer Dame in Zürich erfahren, «drei St. Gallener» hätten den Auftrag erhalten, gegen Hitler ein Attentat auszuführen. Auftrag- und Geldgeber seien Juden. Näheres könne Malermeister Speck berichten²⁰. Das Konsulat alarmierte hierauf die Kantonspolizei St. Gallen; die Bundespolizei und weitere Polizeistellen wurden zur Abklärung eingeschaltet. Inspektor Benz, der im Auftrag der Bundesanwaltschaft in Bern Anfang März die Untersuchung übernahm, vermutete zunächst, die Sache könne möglicherweise mit dem Sabotageakt auf dem Dampfer «Deutschland» in New York Zusammenhängen, sei doch der deutsche Emigrant Erwin Schöttle-Reichenberg, der mit dem Secret Service Verbindung gehabt habe, bis Ende August 1939 in St. Gallen wohnhaft gewesen. Die Einvernahme Kappelers führte zu einer Frau Lincke; sie hatte ihm bei einer zufälligen Begegnung über das von drei Personen geplante Attentat berichtet. Die befragte Frau behauptete, ihre Kenntnisse stammten von ihrem Mann, der sich vor Wochen in ähnlicher Weise geäussert habe. Die Einvernahme des von ihr getrennt lebenden Gatten erbrachte die Lösung: «Es sei», so erzählte er Inspektor Benz, «ja schon seinerzeit in linksextremen Kreisen davon die Rede gewesen, wie man Hitler umbringen

könne. Er habe aber seiner Frau gegenüber nur auf allgemeine Diskussionen angespielt, die besonders in Arbeiterkreisen geführt worden seien, in welchen man über den deutschen Reichskanzler erbost gewesen wäre.» Seine Frau sei eben eine «Plaudertasche». Er habe jener Unterhaltung unabhängig von deren Inhalt die Bemerkung beigefügt, wenn er wieder einmal nach St. Gallen komme, wolle er den Malermeister Speck aufsuchen. Mit dieser Aussage konfrontiert, gab Frau Lincke zu, das Attentat, St. Gallen und den Malermeister zusammengereimt zu haben, wobei mit den jüdischen Hintermännern gleich auch noch Antisemitisches mit einfluss²¹.

Derartige Verdächtigungen richteten sich nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen Mitglieder der von den Nationalsozialisten verfolgten Logen. Ende 1939 wurde im deutschen Konsulat in Basel ein Schweizer angezeigt, in der Odd-Fellows-Loge gewettet zu haben, dass Hitler das Jahr 1940 kaum überleben werde. Vom Konsulat verständigt, eröffnete Staatsanwalt Dr. Haerberli gegen den betreffenden Prokuristen eine Untersuchung. Dieser wollte im Bahnhofbuffet Basel lediglich gesagt haben, er werde «eine Flasche» ausgeben, wenn Hitler mit seiner Politik der deutsch-russischen Verständigung Erfolg haben werde. Um diese Version gegenüber der Basler Behörde in Frage zu stellen, hätte nun das Konsulat den Denunzianten nennen müssen, worauf es wegen des Spitzelgesetzes wohlweislich verzichtete²².

Das Spitzelunwesen grassierte auch in der Schweiz in beängstigendem Masse. Im November 1939 wurde dem deutschen Generalkonsul in Zürich, Hermann Voigt, von «durchaus zuverlässiger Seite» hinterbracht, die etwa zwanzigjährige Friedelinde Wagner, Tochter von Siegfried und Winifrid Wagner, halte sich in Tribschen bei Luzern auf, weil sie sich mit ihrer Mutter zerstritten und daraufhin Deutschland verlassen habe. Laut dem Denunzianten soll sie sich wiederholt «gehässig» über den Schirmherrn von Bayreuth geäußert und erklärt haben: «Es dauert kein halbes Jahr, dann ist der Hitler abgeschossen.» Einige Tage später sei von ihr wiederholt worden: «Ich kann Ihnen versichern, Hitler wird spätestens in einem halben Jahr tot sein.» Der Generalkonsul gab die Anzeige als «geheime Reichssache» nach Berlin weiter und bat, «mit Rücksicht auf die sehr strengen Bestimmungen des schweizerischen Spitzelgesetzes» bei allfälligen Recherchen das Vorliegen der Anzeige aus der Schweiz zu verschweigen²³.

Zur Abklärung einer Denunziation gegen einen in Freiburg im Uechtland ansässigen Schweizer, der ebenfalls wegen Attentatsäusserungen verdächtig ge-

worden war, hat die deutsche Gesandtschaft in Bern einen NSDAP-Ortsgruppenleiter mit Nachforschungen über den Beschuldigten beauftragt, was wiederum ein deutlicher Verstoss gegen das Spitzelgesetz war. Angezeigt hatte ihn eine Schweizerin, die 1916 bis 1918 in der deutschen Gesandtschaft in Bern gearbeitet hatte und die in einem Café in Murten von dem Betreffenden gehört haben will: «Sie werden sehen, in 14 Tagen ist der Hitler vergiftet und zwar durch den ernannten französischen Polizei-Chef in Paris bzw. durch dessen Vermittlung²⁴.»

Gelegentlich bestand das Motiv auch darin, eine missliebige Person aus privaten Gründen in Schwierigkeiten zu bringen. Ein solcher Racheakt war wohl das mit W. Vogel, einem fingierten Absender, unterzeichnete Schreiben aus Luzern, das Anfang 1941 im deutschen Generalkonsulat in Zürich einging. Darin wurde ein Schwager des bekannten St.-Galler Textilgrossindustriellen Max Stoffel beschuldigt, an einem Komplott gegen Hitler beteiligt zu sein. Sogleich wurde die Gestapo alarmiert. Der deutsche Konsul in St. Gallen erstattete über den denunzierten Arzt Bericht; seine Einstellung gegenüber dem Reich und dem faschistischen Italien sei «sicher nicht positiv», doch sei ihm das zur Last gelegte Verbrechen nicht zuzutrauen²⁵. Eine weitere Anzeige aus der Schweiz brachte einen in Freiburg im Breisgau wohnhaften Mann in Schwierigkeiten – ebenfalls ein privater Verleumdungsakt²⁶.

Merkwürdige Zufälligkeiten erregten den Argwohn selbst des geübten Beobachters. Der bei einer Wach- und Schliessgesellschaft tätige Inspektor Flugli war im März 1933 in der Nähe des Studentenheims an der Clausiusstrasse 21 in Zürich auf drei Männer aufmerksam geworden, weil er die Worte gehört haben wollte: «Er muss Blut lassen, der Mörder.» In den folgenden Stunden observierte er die Gruppe und schnappte beim mehrmaligen Vorbeigehen Bruchstücke auf wie: «Du musst heute noch in München sein» sowie «Du musst auf der Galerie vis-à-vis stehen.» Auch sah er, dass unter den Männern Geld gewechselt wurde. Flugli bestieg mit ihnen die Strassenbahn, konnte sie aber nicht mehr weiterverfolgen, weil sie in Schwamendingen mit einem Auto Richtung Schaffhausen davonfuhren. Auf diese Weise verdichtete sich für ihn der Eindruck, diese Leute seien direkt zum Attentat aufgebrochen. Im Einverständnis mit seinem Vorgesetzten informierte Flugli das deutsche Generalkonsulat in Zürich. Noch am selben Abend suchte ihn Generalkonsul Windel in seiner Wohnung auf. Nach den eingehenden Schilderungen entschloss sich Windel, sogleich den stellvertretenden Polizeiprä-

sidenten von München telephonisch vom allfälligen Kommen der vermeintlichen Attentäter zu verständigen²⁷.

Flugi war eine gutgläubige Besorgnis nicht abzusprechen. Die weitaus häufigste Triebfeder zu solchen Anzeigen fand sich in der ausgeprägten Parteinahme für Nazideutschland. Der ehemalige deutsche Reserveoffizier und Schweizer Staatsangehörige Feery machte dem deutschen Pressereferenten Dr. Georg Trump in Bern im Oktober 1942 die Mitteilung, ein von ihm namentlich bezeichneter Privatdozent, der nebenamtlich in einer Pressestelle des Bundeshauses beschäftigt sei, habe angedeutet, «dass von' Bern aus eine mit grossen finanziellen Mitteln ausgestattete Organisation aufgezogen werde, welche die Durchführung eines Attentats auf den Führer durch Schweizer Staatsangehörige bezwecke». Der deutsche Gesandte schlug vor, den Denunzierten unter einem Vorwand nach Deutschland zu locken und ihn dort unauffällig durch eine ihm nahestehende Person aushorchen zu lassen²⁸.

Am 8. Oktober 1937 telephonierte der spanische Gesandte in Bern, Fabra Ribas, dem antifaschistischen Journalisten Otto Pünter, sogleich bei ihm vorbeizukommen. Ein Deutscher hatte dem Vertreter des republikanischen Spanien ein höchst abenteuerliches Projekt unterbreitet; Pünter sollte den Mann nun selbst überprüfen. «Wehner, deutscher Marxist», stellte sich dieser in einer Manier vor, die den Provokateur von Weitem verriet. Er wolle, so begann der Unbekannte, folgenden Vorschlag machen. Er und sein Kollege seien beide Flieger. Wenn die spanische Regierung einen geladenen Bomber zur Verfügung stellen würde, dann seien sie bereit, beispielsweise von Jugoslawien aus zu starten und einen Fliegerüberfall auf eine Grosskundgebung der Nationalsozialisten – soeben hatte der Nürnberger Parteitag stattgefunden – durchzuführen, um die ganze erste «Hitlergarnitur» zu beseitigen. Diese Geschichte klang derart unsinnig, dass für Pünter der Fall klar war. Er verständigte die Berner Stadtpolizei, die Wehner verhaftete, dann aber nach Frankreich abschob. Pünter hat den Vorgang am 27. Dezember 1937 als «Insa»-Bericht im Zürcher «Volksrecht» publik gemacht und vermutet, dass hier auf aussenpolitischem Gebiet von den Nazis .eine «Provokation» hätte bewerkstelligt werden sollen, mit der analogen Bedeutung wie innenpolitisch beim Reichstagsbrand: «Bedeutungsvoll bleibt die Tatsache, dass die Leute in Berlin ein derart dringendes Bedürfnis nach ,Attentätern haben, dass nicht mehr allein ein ,Anschlag' auf Hitler ,organisiert' und selbstverständlich rechtzeitig entdeckt» wird, sondern dass nun gleich der Plan ausgeheckt wird, einen Fliegerüberfall auf die ganze Nazi-Führergarnitur zu bestellen. Man stelle

sich das Toben der Hitlerpresse vor, wenn die gesuchten Antifaschisten in der Schweiz auch nur Miene gemacht hätten, auf den ‚Plan‘ einzutreten! Sofort wäre die ‚marxistisch-jüdisch-bolschewistische Schandtät aufgedeckt‘ worden und wochenlang hätten sie, als Ablenkung von den inneren Schwierigkeiten, von diesem ‚verruchten Plan‘ schreiben können²⁹.»

Was Pünter nicht ahnen konnte, war, dass nicht verkappte Gestapoagenten, sondern Wirrköpfe an diesem Attentatsplan gebastelt hatten. Hingegen nahm die Geheime Staatspolizei von dem «Volksrecht»-Artikel Kenntnis. Als Wehner nach Deutschland zurückgekehrt war, wurde er am 3. November 1939 festgenommen. Wegen Verdachtes des Landesverrates war gegen ihn beim Oberreichsanwalt am Volksgerichtshof in Berlin ein Strafverfahren eingeleitet worden. Dem am 24. Februar 1898 in Gefell geborenen Autohändler, der insgesamt dreizehnmal vorbestraft gewesen sein soll, gelang es, den Verdacht auf den untergetauchten Martin Hauber abzulenken. Mangels Beweisen wurde das Verfahren am 1. Februar 1940 wieder eingestellt. Ein Jahr später geriet Hauber in die Fänge der Gestapo München, die nun mit den polizeilichen Recherchen von Neuem begann. Nach der Version von Wehner soll Hauber behauptet haben, er stehe mit den Sowjets und mit Rotspanien in Verbindung, um ein Flugzeug für das von Jugoslawien aus zu startende Bombenattentat zu erhalten. Um sich Klarheit zu verschaffen, sei er, Wehner, selbst zum Gesandten nach Bern gegangen, um zu erfahren, was dieser von dem Plan halte. Die Gestapo München konnte über die deutsche Gesandtschaft in Bern vom Chef der Bundespolizei die Bestätigung erlangen, dass Wehner tatsächlich beim rotspanischen Vertreter vorgefühlt und von einem «grand coup» gesprochen hatte. Dabei habe er in Aussicht gestellt, mit seinem Freund Martin Hauber wiederkommen zu wollen.

Dieser hatte sich noch im Mai 1937 in Zürich aufgehalten, war dann ausgewiesen worden und wurde im November jenes Jahres in Kreuzlingen beim Versuch verhaftet, trotz des Verbots in die Schweiz einzureisen. Im Zusammenhang mit diesem Vorgang ist überdies in Zürich ein Heinrich Gerhard Klüver aus Hamburg verhaftet worden, der sich bei der Polizei nach Wehners Adresse erkundigt hatte; beide waren verschwägert. Bei dem Festgenommenen wurde die Zeichnung einer Handgranate gefunden, die die einzelnen Teile des Sprengkörpers wiedergab. Diese Informationen hatte Werner Balsiger, der Chef der Bundespolizei, «streng vertraulich» dem Vertreter der deutschen Gesandtschaft zukommen lassen³⁰. Er hätte sich fragen müssen, ob er in einem politischen Strafverfahren zu solchen Mitteilungen überhaupt

berechtigt war. Seine Indiskretionen waren die einzigen konkreten Hinweise, die die Gestapo ausser dem «Volksrecht»-Artikel besass. Hauber bestritt, mit der Angelegenheit etwas zu tun zu haben. Die Gestapo München will jedoch festgestellt haben, dass er sich im September und Oktober 1937 illegal in der Schweiz aufgehalten hat, wobei er sich mit Wehner und Klüver in Zürich traf. Um zu einer Klärung zu gelangen, versuchte die Gestapo, den Verfasser des fraglichen «Volksrecht»-Artikels ausfindig zu machen. Es ist eine klägliche Leistung des deutschen Presseattachés Georg Trump, dass er nicht herausfand, wer hinter dem Agenturdienst «Insa» stand. Er berichtete von einer «sozialistisch-kommunistischen Korrespondenz», die 1939 eingegangen sei. Die sozialdemokratisch ausgerichtete «Information SA», 1928 mit einem Aktienkapital von 5'000 Franken von Otto Pünter gegründet, löste sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg auf³¹. Trump schlug vor, über das deutsche Konsulat in Genf durch einen Vertrauensmann mit dem bekannten Linkssozialisten und Nationalrat Léon Nicole in Kontakt zu treten. Während der Phase des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes war der prominente Genfer Politiker für deutsche Informationswünsche offenbar nicht ganz unzugänglich. Anfang Mai 1941 erfuhr das Konsulat von Nicole, seine Partei habe an der «Insa» mitgearbeitet, er halte es aber für ausgeschlossen, nach vier Jahren noch den Verfasser festzustellen³².

Inzwischen war es Juni 1941 geworden, und die Stapoleitstelle München drängte erneut die deutsche Gesandtschaft in Bern, weitere Ermittlungen vorzunehmen. Die Voruntersuchung «gegen Huber Martin und And. wegen Verdachts der Vorbereitung eines Attentats auf den Führer» werde in Kürze zum Abschluss kommen. Es sei über eine militärische Stelle – offenbar wurde die «Abwehr» eingeschaltet – eruiert worden, dass Otto Pünter der gesuchte Verfasser war. Nun sollte herausgefunden werden, welche Voraussetzungen Anlass zu diesem Artikel gegeben hatten. Soeben war der deutsche Überfall auf die Sowjetunion erfolgt. Vergeblich versuchte jetzt der deutsche Generalkonsul Wolfgang Krauel über Nicole an Pünter heranzukommen. Die Kontakte, die noch im Mai 1941 funktioniert hatten, waren seit dem Angriff verschüttet. Das Konsulat Genf berichtete nach Bern, dass «die Beziehungen zu den kommunistischen Kreisen hier völlig abgerissen sind³³». Der deutsche Gesandte Otto Köcher vermochte am 28. August 1941 somit nach Berlin lediglich mitzuteilen: «Der Redakteur der Insa in Bern, Otto Pünter, der übrigens auch die TASS-Agentur vertritt, ist für seine linksradikale, deutschfeindliche Einstellung bekannt.

Es besteht daher keine Aussicht, von ihm eine Auskunft über den fraglichen Artikel im ‚Volksrecht‘ zu erhalten. Ein von der Gesandtschaft gemachter Versuch, über Mittelsleute in Genf an ihn heranzutreten, hat sich als nicht durchführbar erwiesen³⁴.»

Um dennoch zu demonstrieren, wie sehr man sich in dieser Attentatsaffäre um Aufklärung bemühte, intervenierte Botschaftsrat Sigismund Freiherr von Bibra am 14. Juli 1941 bei Legationsrat Feldscher im Politischen Departement gegen Otto Pünter. Dabei hat er, laut deutschem Aktenvermerk, «auf das Treiben des kommunistisch-sozialdemokratischen Journalisten Otto Pünter (sic!) in Bern, u.a. Korrespondent der Agentur Tass, aufmerksam gemacht und seiner Verwunderung Ausdruck gegeben, dass dieser Mann noch nicht verhaftet worden ist³⁵.» Das deutsche Interesse an seiner Person hätte Otto Pünter gefährlich werden können. Er war weder Kommunist noch der behauptete Korrespondent der Agentur Tass; stattdessen bekämpfte er als Chef einer eigenen Nachrichtenorganisation sowohl den deutschen wie den italienischen Faschismus und arbeitete auch mit Sandor Rado, dem Leiter des sowjetischen Geheimdienstes in der Schweiz, zusammen. Den Flugzeugüberfall auf Hitler und weitere Parteiprominenz hielt Pünter noch 1967 in seinem Bericht «Geheimagent Pakbo erzählt» für «eine der schwersten Provokationen, welche die oberste Nazi-Führung der Schweiz gegenüber plante³⁶». Das Beispiel verdeutlicht, wie schwierig es war und zum Teil selbst nachträglich ist, dem tatsächlichen Gehalt solcher Attentats-Meldungen auf die Spur zu kommen.

Eine weitere bedeutende Gruppe betraf die Hinweise auf Attentatsvorhaben aus den Reihen der Sozialisten oder Anarchisten. «Über die Weihnachtstage hat», so erfuhr das deutsche Konsulat Anfang 1938 von einem Anonymus in Genf, «an der französisch-schweizerischen Grenze eine geheime Zusammenkunft zwischen spanischen, französischen und schweizerischen Anarchisten stattgefunden, bei welcher alle Einzelheiten eines genauen Planes durchgesprochen wurden, um den Führer zu beseitigen.» Wenn das Konsulat nähere Angaben wünsche, dann solle es in der Zeitung «La Suisse» ein bestimmtes Kleininserat erscheinen lassen. Am 6. Januar hat die deutsche Vertretung den gewünschten Text publiziert – vergeblich, denn der Denunziant lieferte keine weiteren Hinweise mehr³⁷. Dass linksrevolutionäre Kreise zu Gegenaktionen schreiten würden, damit rechneten in den ersten Jahren der Hitler-Diktatur sowohl die Nationalsozialisten wie ihre Gegner. Fast noch überraschender als ein solcher Coup ist die Tatsache, dass ein vollendeter Versuch zum tödlichen Schlag von dieser Seite ausblieb.

Im Gegensatz hierzu hat in Italien der aus dem Pariser Exil zurückgekehrte Anarchist Gino Lucetti am 11. September 1926 mit seinem Schuss Mussolini nur knapp verfehlt. Dass in Zirkeln der revolutionären Linken Mordkomplotte erwogen wurden, dafür gab es manchen Hinweis. Auch hier war es wiederum schwierig zu unterscheiden, ob die zumeist sehr vagen Meldungen Ausfluss des überbordenden Denunziantentums darstellten oder ob ihnen wenigstens im Ansatz ein Kern tatsächlicher Vorgänge anhaftete. Mit der telegraphischen Meldung des deutschen Konsulats in Barcelona vom 5. Mai 1933 liess sich wenig anfangen: «Aus syndikalistischen Kreisen gerüchtweise verlautet, dass internationale anarchistische Organisation Ermordung Reichskanzlers innerhalb von 14 Tagen beschlossen habe, da seine Tätigkeit Gefahr für sozialistische und kommunistische Bestrebungen aller Länder darstelle. Näheres nicht feststellbar³⁸.»

Andere Informationen berichteten konkreter, wenn auch zu bruchstückhaft, als dass sie als Grundlage für die Einleitung eines entsprechenden Strafverfahrens hätten verwendet werden können.

Vom 4. bis 6. Juni 1933 hatte in Paris der Antifaschistische Arbeiterkongress Europas stattgefunden. Rund dreitausendfünfhundert Delegierte aus allen Ländern Europas waren dort zu einer antifaschistischen Kundgebung zusammengekommen. Der Kongress rief zur Bildung von Kampfkomitees gegen den Faschismus und zur Hilfeleistung für die Verfolgten auf. Den Italienern war es gelungen, Spitzel einzuschleusen. Etwas mehr als einen Monat später überreichte der italienische Botschaftsrat Cicconardi dem Auswärtigen Amt in Berlin eine Aufzeichnung, die über die internen Beratungen näheren Aufschluss zu geben versprach. An der Plenarsitzung habe der Kongress nur allgemeine Tagesfragen behandelt, innerhalb der leitenden Kommission sei jedoch auf konkrete Aktionen gedrängt worden: «Es soll tatsächlich eine energische Aktion gebilligt worden sein, die sich auf Terrorakte stützt, die in Italien und in Deutschland, sowohl gegen die Person von Mussolini und Hitler, als auch gegen die Gebäude, in denen faschistische Vereinigungen ihren Sitz haben, unternommen werden sollen. Es soll aber nichts bestimmt worden sein: die Kommission hat sich in der Tat zwei grossen Schwierigkeiten gegenüber befunden: 1. die Wahl von zuverlässigen Männern, die zu allem entschlossen sind. 2. über Geldmittel verfügen zu können, die beträchtlich sein müssten³⁹.» Hinweise kamen auch von Verrätern, die sich mit dem Naziregime arrangieren wollten. Ein Kurier hätte aus dem Exilkreis in Paris einer kommunistischen Zelle in Berlin folgende Anweisung überbringen sollen: «Göring vor Prozess unbedingt erledigen. Gewährsmann gibt durch na Zeit-

punkt an. Ab 18 bereithalten. Bis dahin Ruhe. Ab dann äusserste Kolonnenarbeit allerorts. Ausführung in Sachen g. durch Mg. Bc. Ka. unterwegs. Mercedes steht t. e. Merseburg. Detailbefehle folgen dreifach. Vorsicht. Ruhe. Luftanwort. Exekutive⁴⁰.» Anstatt seinen Auftrag auszuführen, stellte sich der Kurier der deutschen Botschaft in Paris. Dies geschah am Tag, bevor der Reichstagsbrandprozess in Leipzig eröffnet wurde. Die alarmierte Gestapo entsandte einen Beamten nach Merseburg, um dort nach sämtlichen vorhandenen Mercedes-Wagen zu fahnden; für Görings Schutz wurden verschärfte Sicherheitsmassnahmen ergriffen⁴¹.

Am 24. September 1933 war Propagandaminister Goebbels in Genf eingetroffen, um zusammen mit Aussenminister von Neurath an der Völkerbundstagung teilzunehmen. An jenem Sonntagabend alarmierte die deutsche Gesandtschaft in Bern das Politische Departement, sie habe soeben erfahren, dass angeblich von linksradikaler Seite ein Anschlag gegen Goebbels geplant sei. Da Bundesanwalt Stämpfli nicht zu erreichen war, wurde der Gesandtschaft empfohlen, durch ihr Konsulat direkt bei der Genfer Polizei vorstellig zu werden⁴². Zwei Tage darauf fand die bekannte Unterredung mit dem schweizerischen Aussenminister Giuseppe Motta statt, bei der Goebbels erklärte, man könne sich Europa ohne die Schweiz nicht mehr vorstellen⁴³. Motta, der dies dem Parlament und der Öffentlichkeit mit sichtlicher Befriedigung bekanntgab, wiegte sich in dem trügerischen Glauben, solchen Äusserungen käme verbindlicher Charakter zu. Die Ermordung von Goebbels in Genf, wo noch die Erinnerung an den Anschlag des Terroranarchisten Luigi Lucceni auf Kaiserin Elisabeth lebendig war, hätte angesichts der rachsüchtigen Veranlagung Hitlers im Hinblick auf die Kriegsjahre für die Schweiz kaum abschätzbare Folgen zeitigen können. Was hatte zu der Alarmmeldung Anlass gegeben? Dem Geheimen Staatspolizeiamt war eine «zuverlässige Mitteilung» zugetragen worden, im Gewerkschaftshaus im Haag sei in einem Gespräch von Gewerkschaftern und Erwerbslosen über die in Genf beginnende Abrüstungskonferenz die Äusserung gefallen, «dass Herr Reichsminister Dr. Goebbels für den Fall, dass er sein Vorhaben, die Konferenz aufzusuchen, durchführe, mit Sicherheit durch hierfür schon bestellte Leute erschossen werde. Zur Ausführung der Tat seien mehrere Leute nach Genf abkommandiert⁴⁴.»

Hitlers Ahnungen, dass «unzählige Leute» daran dachten, wie sie ihn und die Seinen umbringen könnten, waren durch die verbrecherischen Massnahmen seines Gewaltregimes mehr als begründet. Die Alarmmeldungen aus dem Ausland sind lediglich als vereinzelte Warnsignale zu verstehen, die auch im

Herrn Bundesanwalt Stämpfli

Kennnis gegeben -

25. 9. 33

K

Aufzeichnung.

23. 9. 33

Dr. Dankwort hat mich Samstag abend

8.15 angerufen, um mir mitzuteilen,

dass angeblich von links radikale Kreise

in Annahly gegen den Reichsminister

Goebbels geplant sei, ihn heute nachm.

in Genf einschleppen sei. Er habe bei den Bundes-

anwaltschaft nicht erreichen können. — Ich

habe ihn D. empfohlen, angesichts der Umstände

vorkünftig durch den deutschen Konsul ^{in Genf} einen

direkten

Schritt bei der Genfer Polizei unternehmen
zu lassen.

24. 9. 33.

Stuckis.

Aufzeichnung Stuckis vom 24. September 1933, der zufolge das Politische Departement durch den deutschen Geschäftsträger Dr. Karl Werner Dankwort alarmiert worden war, Reichsminister Joseph Goebbels solle bei seinem Besuch in Genf ermordet werden.

Innern Deutschlands zu beobachten waren. Vor allem in den beiden ersten Jahren nationalsozialistischer Herrschaft, als das staatlich abgesicherte Terrorssystem sich noch im Aufbau befand, häuften sich die Denunziationen über angebliche Mordpläne gegen prominente Parteiführer. Der preussische Gestapochef Rudolf Diels berichtet, dass seit März 1933 keine Woche vergangen sei, ohne dass phantastische Meldungen über bevorstehende Anschläge eingingen. Seiner Meinung nach hat sie Himmler dazu benutzt, um Hitler für die «Attentatspsychose» des 30. Juni 1934 bereit und ihm die Dienste der SS unentbehrlich zu machen⁴⁵. Überspannte Geister fürchteten, aus überreichten Blumen werde Hitler Gift ins Gesicht spritzen oder ein ihm geschenkter Füllfederhalter werde in seiner Hand explodieren⁴⁶. Warnungen dieser Art waren Ausfluss der Hysterie der um ihren «Führer» besorgten Verehrer. Bereits Gerüchte hielten die Unterdrücker für gefährlich, weil sie zur tatsächlichen Ausführung anregen konnten. Hinter ihnen verbarg sich die Terra incognita all jener, die Hitler den Tod wünschten.

5. Vorstösse aus der Anonymität

Georg Elser ragt als Einzeltäter besonders hervor, weil er Hitler wirklich gefährlich geworden ist. Maurice Bavaud beeindruckt zutiefst durch sein tollkühnes Vorgehen, das eigene Leben schonungslos zu wagen. Beide sind jedoch nicht isoliert zu beurteilen. Zahlreiche andere, von denen niemand spricht, sind ebenfalls hingerichtet worden, weil sie für die Beseitigung Hitlers eingetreten waren. Die beiden Unternehmungen bilden nur die äusserste Stufe einer Vielfalt von Bestrebungen, an deren Anfang die Aufforderung zum Sturz Hitlers steht. Ungewiss ist, wie viele in diesem Zusammenhang zu nennen wären; unbekannt bleiben jene, die ohne Gerichtsurteil ihren Mut mit dem Leben bezahlten. Niemand wird vom Schicksal jener berichten können, deren Prozessakten vernichtet worden sind. Das geläufige Bild vom etablierten Widerstand, dem einige «Aussenseiter» namentlich beigefügt werden, stimmt auch unter dem spezifischen Gesichtspunkt der Aktivitäten zur Beseitigung Hitlers nicht. Die konkreten Vorstösse aus der Anonymität sind zwar Einzelaktionen, denen für sich genommen zumeist periphere Bedeutung zukommt, die aber in ihrer Gesamtheit eine für die Attentatsfrage zeitweise gleichwertige Relevanz erlangen. Werden sie nach den Beweggründen aufgeschlüsselt, so ergibt sich eine Gruppierung, die zu jener der vorhergehend geschilderten Attentatsmeldungen weitgehend analog ist.

Der prominente nationalsozialistische Rechtsanwalt Friedrich Grimm (1888-1959) ist bis zu seinem Tode der festen Überzeugung geblieben, dass eine internationale jüdische Weltverschwörung Mordpläne gegen Hitler und weitere Repräsentanten des Dritten Reiches betrieben hat. Sowohl im Fall David Frankfurter wie nach dem Attentat von Herschel Feibel Grünspan wurde dieser Spezialist zur Ergründung der «Hintermänner» in Bewegung gesetzt. Sein Plädoyer als zweiter Anwalt der Zivilpartei im Prozess David Frankfurter trug er, bevor er zu dem vom schweizerischen Aussenminister Motta erwirkten Auftritt vor dem Kantonsgericht in Chur schritt, Adolf Hitler persönlich vor¹. «Die Lösung der Judenfrage in Deutschland ist ein historischer Vorgang von säkularer Bedeutung», verteidigte Grimm die Verfolgungen und sprach in der Diktion seines Herrn davon, dass erst in hundert Jahren klar werde, wie das Urteil der Geschichte laute². Die gelenkte Nazipresse forderte die Aufklärung des ausgedehnten «jüdischen Mordkomplotts» und bestritt die eindeutig erwiesene Tatsache, dass Frankfurter – wie auch später Grünspan – Einzeltäter war³. Zur Rechtfertigung der eigenen Schandtaten brauchte man ein Alibi. Wem das schlechte Gewissen schlug, dem wurde der Gedanke an eine jüdische Kollektivraube leicht zur fixen Idee.

Die Geächteten ihrerseits besaßen Anlass im Übermass, Vergeltung für ihre Leiden zu erhoffen. Dennoch schöpften sie ihre Kraft aus tieferen Quellen des Glaubens oder warteten in der festen Zuversicht ab, dass selbst diese Verfolgung ihr Ende nehmen werde. Täuschen liess sich auch jener jüdische Journalist, der sich mit einem Attentat auf Hitler zur Wehr setzen wollte. Während der Tage der Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen schikanierten ihn die Nazis wegen nichtarischer Abstammung mit einem Berufsverbot. Dabei hatte er in früheren Jahren Deutschland als aktiver Sportler sogar international vertreten. Aus dieser Zeit war er mit Dr. Karl Ritter von Halt, einem Mitglied des Organisationskomitees für die Olympischen Spiele in Berlin, freundschaftlich verbunden. Von einem ausländischen Verlag konnte er sich einen Presseausweis verschaffen. Seine Absicht war es, als Begleiter von Halts bis zur Ehrenloge vorzudringen und Hitler zu erschiessen. Die Hoffnung, der olympische Geist bringe die Naziführung zur Einsicht, dass die Erhaltung des Friedens ihre höchste Verpflichtung sei, soll den Journalisten von der Ausführung des Attentats abgebracht haben⁴.

Zwei Attentate sind hier miteinzubeziehen, die andere Menschen tödlich trafen, weil Hitler unerreichbar war. Auch David Frankfurter wollte sich gegen dieses Unrechtsregime auflehnen. «Ich kann», so schrieb er aus Davos seinen

Geschwistern zum Abschied, «nicht mehr das Unglück des jüdischen Volkes mehr ertragen, es hat mir die Lebensfreude genommen. Möge Gott alles rächen, was uns Juden angetan wurde! Ich will selber als ein kleines Werkzeug in seiner Hand gewesen sein. Lebt wohl und verzeiht mir, ich konnte nicht anders⁵!» Am Abend jenes Dienstags begann er den spektakulären Mord, den die Anklageschrift in die Worte fasst: «Am 4. Februar 1936, kurz vor 20 Uhr, wurde in Davos in seiner Wohnung, Parkhaus Nr. 3, der Landesgruppenleiter der NSDAP, Wilhelm Gustloff, durch vier Schüsse aus einer automatischen Pistole getötet, wobei der Tod infolge Schussverletzung der Halsschlagader und Bluteinbruches in die Hirnkammern innert kürzester Zeit eintrat⁶.» Die Nationalsozialisten machten aus Gustloff ihren ersten «Blutzeugen» im Ausland und bereiteten ihm ein pompöses Staatsbegräbnis. An der Beisetzung in Schwerin wies Hitler selbst die Richtung, in der die Klärung dieses Mordes zu suchen sei: «Das ist kein Zufall, das ist eine leitende Hand, die dieses Verbrechen organisiert hat und weiter organisieren will. Dieses Mal ist nun der Träger dieser Taten zum erstenmal selbst in Erscheinung getreten⁷.» Als zehn Monate später der Prozess gegen Frankfurter vor dem Bündner Kantonsgericht in Chur durchgeführt wurde, entfesselte der rührige Mitarbeiter aus dem Propagandaministerium Wolfgang Diewerge eine antisemitische Pressekampagne, die in bisher ungekanntem Ausmass zum Angriff auf den fingierten Gegner trieb und die genau auf Hitlers Linie lag. Im Februar hatte der oberste Parteiagitator auf direkte innen- oder aussenpolitische Repressalien verzichtet; die Rheinlandbesetzung stand damals unmittelbar bevor. Wer jedoch, wie Domarus, ihn als massvoll reagierend hinstellt, verkennt, wie die grossangelegte Kampagne gegen die jüdische «Weltverschwörung» zum Vorgeläute der Reichskristallnacht wurde⁸. Aus Berlin stammt folgendes Stimmungsbild eines Schweizer Korrespondenten, der die deutsche Prozessberichterstattung beobachtete: «Eine solche Amerikanisierung der Berichterstattung, wie sie namentlich die nationalsozialistischen Parteizeitungen und die aus dem Strassenverkauf lebenden Mittag- und Abendblätter treiben, haben wir in Deutschland bisher noch nicht erlebt, weder als Hitler Reichskanzler wurde, noch als der Reichstag brannte, noch als die deutschen Truppen im Rheinland einrückten⁹.» Goebbels zog alle Register, um den Hass gegen die jüdische Minorität populär zu machen. «Wilhelm Gustloff», so gab Diewerge die Parole weiter, «starb nicht als zufälliges Opfer eines zufällig rachebedürftigen oder irregeleiteten Zeitgenossen, sondern er fiel als Vormann des nationalsozialistischen

Deutschland auf einem Auslandsposten durch den Beauftragten einer internationalen Macht¹⁰.» Es kam aber auch auf der Gegenseite zu Versuchen, das politische Zweckklichee umzukehren und in Frankfurter den Helden David wiedererstehen zu lassen¹¹.

Das selbstherrliche Gebaren Gustloffs als Landesgruppenleiter, dem das bedingungslose Engagement für die NSDAP die Chance bot, aus seinen unscheinbaren kleinbürgerlichen Verhältnissen auszubrechen, hätte frühzeitig mit einem Verbot der ausländischen Parteiorganisationen in der Schweiz und im Fall von Verstössen mit der Ausweisung beantwortet werden sollen. Ihn umzubringen war ein politischer Mord, der mit der Verurteilung zu achtzehn Jahren Zuchthaus sehr hart, aber nicht willkürlich bestraft worden ist. Unter den verschiedenen Aspekten dieses Attentats interessiert in unserem Zusammenhang allein die Frage, auf welche Weise der Einzeltäter über die Planungsphase hinaus zum Handeln gelangt ist. Die grosse Überraschung in diesem Prozess war das psychiatrische Gutachten von Dr. J.B. Jörger. Laut diesem fand sich in der Judenverfolgung nicht die Primärursache, vielmehr bildete sie für Frankfurters Tat gleichsam den Katalysator. Der Mord war als ein Versuch des Ausbruchs aus der persönlichen Konfliktsituation bereits vorprogrammiert.

David Detlef Frankfurter, 1909 in Daruvar (Jugoslawien) geboren, erkrankte mit sieben Jahren an Knochenmarkentzündung und musste seither mehrfache Operationen über sich ergehen lassen. An einem Ohr litt er unter zentraler Schwerhörigkeit, und 1932 wurde auch das gesunde Ohr in Mitleidenschaft gezogen. Eine bis auf die Hirnhaut vordringende Knocheneiterung, die einen weiteren Eingriff notwendig machte, führte zu Konzentrationsschwäche. Neben Ohrensausen machte ihm auch bronchiales Asthma zu schaffen. Die Eltern hatten ihm, um ihn nicht zu überfordern, zum Studium der Zahnheilkunde geraten. Ohne ihr Wissen wandte er sich der Medizin zu. Im Herbst 1932 fiel er an der Universität Frankfurt am Main im ersten Propädeutikum durch. Der auch auf die Hochschule übergreifende Antisemitismus nahm ihm jede Hoffnung, beim zweiten Anlauf besser abzuschneiden. Im Juli 1933 verliess er Deutschland, um an der Universität Bern weiterzustudieren. Obwohl ihm im Frühjahr 1934 das erste medizinische Examen erneut misslang, schrieb er den Eltern, er habe es erfolgreich hinter sich gebracht. Den Vater, der wie der Grossvater Rabbiner war, fürchtete er wegen seiner Strenge. Die Täuschung belastete ihn seelisch schwer. Wenige Monate später traf ihn der Tod seiner Mutter zutiefst. Die Kollegien besuchte er kaum mehr. Während zu Hause der Vater und die Geschwister auf Nachrichten von seinem Studienfortgang warteten, trieb er einer depressiven Untergangsstimmung zu. In

der Voruntersuchung hat Frankfurter zwei Phasen der Entschlussfassung unterschieden: «Zuerst reifte in mir der Entschluss, Selbstmord zu machen. Erst nachher dachte ich daran, in diesem Zusammenhang mich durch die Erschiessung eines Nationalsozialisten am ganzen System zu rächen. Es hatte keinen Sinn und keinen Zweck mehr, dass ich weiterlebe, weil ich doch nie etwas leisten werden kann. Ich bin körperlich und seelisch ein Krüppel¹².»

Der Gutachter Dr. Jörger zog vor Gericht denn auch die entsprechende Schlussfolgerung: «Frankfurter kam aus inneren, seelischen Gründen persönlicher Natur in eine psychologisch unhaltbare Situation, von der er sich frei machen musste. Seine Depression gebar die Selbstmordidee. Der in jedem immanente Selbsterhaltungstrieb hat aber die Kugel von sich selbst auf ein anderes Opfer abgelenkt¹³.» Mit seiner Expertise hat sich Jörger den heftigen Zorn der Nazipresse zugezogen, da mit ihr die ganze Konstruktion von der «Weltverschwörung» und den «Hintermännern» jämmerlich zusammenbrach. Sie entzog aber auch jenen Stimmen den Boden, die in Frankfurter allein den mutigen Befreier sehen wollten, der dem «Diktator von Davos» ein Ende setzte und damit der Schweiz einen Dienst erwies¹⁴. Aus der Sicht des Psychiaters kam zu kurz, dass die seelischen Konflikte allein die besondere Lage des jüdischen Studenten noch nicht erklären. Der Verteidiger Dr. Eugen Curti hat die Judenverfolgung in Deutschland vor Gericht auf Grund eines umfangreichen Dokumentationsmaterials minutiös dargelegt; die Durchschlagskraft blieb ihm versagt, weil er in monotoner Ausführlichkeit einen permanenten Unrechtszustand schilderte, dem eine nach Novitäten gierende Presse und ihr Publikum keine Sensationen mehr abgewinnen zu können glaubten. Frankfurter, der 1945 vom Bündner Grossen Rat begnadigt worden ist und seither in Israel lebt, hat jene andere Komponente seines Motivs retrospektiv prägnant in dem Satz zusammengefasst: «Der Tod Gustloffs konnte die Nazis nicht ändern, aber ich hoffte, dass meine Tat die Juden ändern würde¹⁵.»

Unter überraschend ähnlichen Voraussetzungen schritt auch der siebzehnjährige Herschel Grünspan zur Tat. Am 7. November 1938 erkundigte sich am Eingang zur deutschen Vertretung in Paris ein junger Pole bei einem Herrn, der dem Gebäude ebenfalls zustrebte, wie er zum Botschafter gelangen könne. Dieser wies ihn zum Pförtner, ohne sich selbst zu erkennen zu geben: Johannes Graf von Welczek, der Botschafter, der dadurch der Kugel entging. Eigentlich fiel es in den Aufgabenbereich des Gesandtschaftssekretärs Achenbach, diesen Besucher zu empfangen. Da er an jenem Montagmorgen

um 9 Uhr 30 noch nicht anwesend war, trat der Legationssekretär Ernst vom Rath an seine Stelle. So wurde er durch Zufall das Opfer dieses Attentäters, der fünf Schüsse auf ihn abfeuerte, ihn lebensgefährlich verletzte, so dass er am Nachmittag des 9. November starb¹⁶. «Ein neuer Fall Gustloff», titelte der «Völkische Beobachter» am Tag nach dem Anschlag, und Goebbels hetzte zur gesteuerten Kollektivraube, der «Reichskristallnacht», an der mehr als nur Scheiben in die Brüche gingen. Zur Rechtfertigung der beschämenden Gewaltakte gegen wehrlose Menschen und der Zerstörung von Synagogen wurde vom «Aufschrei einer zutiefst erbitterten Volksseele» gesprochen, «die es überzeugend fühlt, dass hinter dem 17jährigen Mordbuben Alljuda steht¹⁷.» Am 11. November 1938 notierte ein Beamter im Auswärtigen Amt: «Vom Propagandaministerium (Herr Diewerge) wird soeben mitgeteilt, dass die propagandistische Behandlung des Pariser Mordfalles nach Vortrag des Herrn Reichsministers Goebbels beim Führer auf dessen Weisung in derselben Weise vor sich gehen soll, wie im Fall Gustloff¹⁸.» Im Grundtenor enthielt die Pressekampagne denn auch eine Wiederholung der bereits bei David Frankfurter vorgebrachten antisemitischen Parolen, im Hassausbruch noch übersteigert, sofern dies mit Worten möglich war. Wiederum wurde der «Kronjurist» des Dritten Reiches, Prof. Friedrich Grimm, für den Grünspan-Prozess mobilisiert. Noch im Jahr 1953 behauptete der Anwalt: «Dieses Attentat war nicht die Tat des jungen Grünspan. Er musste Hintermänner haben, die jeden Ausgleich mit Deutschland verhindern wollten.¹⁹»

Die lange Zeit massgebende Darstellung von Helmut Heiber aus dem Jahr 1957 räumt suspekten Quellen zur Erhellung der Biographie von Herschel Grynszpan, dem die eingedeutschte Namensschreibweise geläufig war, vorrangige Bedeutung ein. Aus den Schriften von Grimm und Diewerge wird das von der Nazipropaganda geprägte Negativbild ohne die notwendige kritische Distanz wiedergegeben. «Dieser Herschel Grünspan», so leitet Heiber zu den biographischen Angaben über, «war schliesslich eine recht dunkle Figur, und auch die Verhältnisse in seiner Familie geben kaum die glücklichsten Schlagzeilen für die Weltpresse ab. Frohlockend stellte man daher auf nationalsozialistischer Seite einige Daten zusammen.» Dann beginnt er zu resümieren, was Diewerge und Grimm überliefert haben und was auch durch seine Studie als vorherrschender Eindruck bis heute haften geblieben ist.: «Danach schien der junge Grünspan ein reichlich arbeitsscheues und – wie man damals mit Vorliebe sagte – ‚asoziales Subjekt‘ zu sein. Am 28. März 1921 war er in Hannover geboren als sechstes Kind der im April 1911 aus

Russisch-Polen eingewanderten jüdischen Eheleute Sendel Grünspan und Ryfka, geb. Silberberg. Der Vater war Schneider und hatte seit 1918 seinen Beruf selbständig ausgeübt mit Ausnahme der Jahre der Wirtschaftskrise 1929-1934, in denen er zeitweise einen Altwarenhandel betrieb und zeitweise Wohlfahrtsunterstützung bezogen hatte. Die Burgstrasse, in der die Grünspans – zum späteren Leidwesen der mit Behagen ‚Wanderjuden‘ registrierenden deutschen Rechercheure – ständig gewohnt hatten, zählte nicht zu den exklusiven Wohngegenden der Stadt. Im damals verrufenen Viertel um die Kreuzkirche gelegen, ist ihre Parallelstrasse jenes ‚Hohe Ufer‘, das zwar der Leinestadt den Namen gegeben hatte, in den letzten Jahren aber zum Treffpunkt allerlei lichtscheuen Gesindels geworden war²⁰.»

Heiber verzichtet darauf, kritisch zu verifizieren, ob die Version der Nazipropaganda zutrifft. Ein Ostjude, arbeitsscheu, in der Umgebung von «lichtscheuem Gesindel» aufgewachsen – dies alles verbindet sich in effektvoller Weise, lässt der Phantasie freien Lauf. Die Ermittlungen der Gestapo in Hannover erbrachten demgegenüber bis zum 8. November folgendes Ergebnis: «Die Familie Grinspan ist am 29. Oktober 1938 anlässlich der Aktion gegen polnische Juden bei Neu-Bentschen über die Grenze abgeschoben worden. Über die Familie einschliesslich des Attentäters ist sonst (sic!) Nachteiliges nicht bekannt.» Auch die Nachforschungen der deutschen Botschaft in Warschau über die in Polen lebenden Verwandten des Vaters und der Mutter erbrachten trotz aller zweckgerichteten Anstrengungen nichts Negatives; politisch betätigten sie sich demnach überhaupt nicht, Vorstrafen oder Kriminaldelikte waren ebenso wenig auszumachen wie belastende Krankheiten²¹.

War Grünspan wirklich der von Heiber beschriebene «Bummelant», der zu nichts taugte? Mit vierzehn Jahren hatte er die Volksschule beendet und besuchte vom 9. Mai 1935 bis Mitte April 1936 die Rabbinerschule Jeschiba in Frankfurt a.M., um sich durch das Studium der überlieferten Texte in seine Glaubenslehre zu vertiefen. Der deutsche Historiker schreibt: «Irgendwo irgendetwas gearbeitet hatte Grünspan seit seiner Schulentlassung nicht, sondern sich in der Hoffnung auf Realisierung angeblicher Auswanderungspläne vom Juli 1936 ab erst bei seinem Onkel Wolff in Brüssel und dann bei seinem Onkel Abraham in Paris herumgetrieben.» Die Formulierung erweckt den Eindruck, dass ein Grünspan, der weniger «arbeitsscheu» gewesen wäre, mit etwas gutem Willen die Alternativen nur hätte zu ergreifen brauchen. Vor dem Untersuchungsrichter in Paris gab Grünspan an, in Hannover vergeblich nach einer Lehrstelle als Klempner oder Mechaniker gesucht zu haben: «II

prétend qu'en raison de son origine Juive il aurait été éconduit partout où il se serait présenté²².» Er habe daher nach Palästina auswandern wollen, sei jedoch durch die lange Wartezeit, ein Ausreisevisum zu erhalten, entmutigt worden. Für einen polnischen Juden, der fünfzehn Jahre zählte, gab es im Reich der Nürnberger Gesetze keine Zukunft. Im Einverständnis mit dem Vater reiste er zu Verwandten nach Brüssel und Paris, wobei er illegal über die Grenze ging, weil er fürchtete, deutscherseits würde man ihn nicht passieren lassen. Der Onkel Abraham Grynspan war ebenfalls Schneider, lebte seit sechzehn Jahren in Frankreich und übernahm gegenüber dem Vater in Hannover die Verantwortung, für seinen Neffen zu sorgen. Ihm und seiner Frau wurde am 29. November 1938 vor der 17. Kammer des Strafgerichts «Seine» wegen unerlaubter Beherbergung des Minderjährigen der Prozess gemacht. Der Verteidiger Moro-Giafferi hob damals hervor, dass die Voruntersuchung über das Ehepaar nur günstige Auskünfte erbracht hatte. Bei aller Skepsis gegenüber dem Starnwalt bleibt festzustellen, dass die Staatsanwaltschaft gemäss Verhandlungsprotokoll den guten Leumund nicht in Frage zog. Diese hatte auch nichts Belastendes gegen Herschel Grünspan vorzubringen. Niemand behauptete in diesem die Ausweisung betreffenden Vorverfahren, er sei ein Tunichtgut oder «Herumtreiber» gewesen, wie nach bekannter Diktion Emigranten abqualifiziert wurden. Er gehörte ursprünglich nicht zu ihnen, doch glich sich seine Lage mehr und mehr dem deprimierenden Dasein dieser gewaltsam Entwurzelten an. Auch in Frankreich gab es für den schwächlichen Grünspan ohne geregelte Aufenthaltserlaubnis keine Entwicklungschance. Vergeblich bemühte sich der Vater im September 1937, die Botschaft in Paris möge seinem Sohn einen Sichtvermerk zur Rückreise nach Deutschland erteilen. Dem Sechzehnjährigen, der damals im Besitz eines polnischen Passes war, wurde von der Polizeiverwaltung in Hannover die Heimkehr zu den Eltern verweigert, weil er unkorrekt ausgereist war. Im Februar 1938 verlor das ihm verbliebene polnische Passdoppel seine Gültigkeit. Sechs Monate später erhielt er in Paris eine Ausweisungsverfügung, der zufolge er bis zum 15. August 1938 Frankreich zu verlassen hatte²³.

Am 6. Oktober erliess die Regierung in Warschau ein Passdekret, mit dem sich Polen auf verwerfliche Weise seiner jüdischen Staatsangehörigen im Ausland zu entledigen hoffte. Deutschland reagierte hierauf am 28. Oktober damit, dass siebzehntausend polnische Juden von der SS verhaftet und über die Grenze nach Polen abgeschoben wurden. Dieses wollte jedoch seine deportierten Bürger nicht aufnehmen. Helmut Heiber legt in diesem Zusam-

menhang Wert auf die Feststellung, dass «die Abschiebung selbst ohne beabsichtigte Härten vor sich gegangen ist» und folgt damit der Darstellung Grimms, die Ausweisung sei «in humaner Weise» durchgeführt worden. Der bekannte Historiker rechnet nach, ob die 484 aus Hannover abtransportierten Polen wirklich in den «vierzehn bequemen D-Zug-Wagen» Platz gehabt hätten, in denen sie nach für den Grünspan-Prozess vorbereiteten Naziakten mit 600 Litern Erbsensuppe mit Speck und 400 Portionen koscherem Mittagessen wohl versehen abgereist seien. An der Grenzstation Neu-Bentschen habe jeder noch einen Zehntel Liter Milch erhalten²⁴.

Dieser von Grimm und Diewerge übernommenen Schilderung sei die Version der Betroffenen gegenübergestellt. Am 1. Oktober 1938 sandte die Schwester Beile folgende Zeilen an ihren Bruder in Paris:

«Du hast gewiss von unserem grossen Unglück gehört. Ich beschreibe Dir genau, was passiert ist. Donnerstagabend waren Gerüchte im Umlauf, dass alle polnischen Juden einer Stadt ausgewiesen worden waren. Dennoch sträubten wir uns, das zu glauben. Am Donnerstagabend um 9 Uhr ist ein Schupo zu uns gekommen und hat uns erklärt, dass wir uns unter Mitnahme der Pässe zum Polizeirevier begeben sollten. So wie wir waren, sind wir alle zusammen in Begleitung des Schupos zum Polizeirevier gegangen. Dort fand sich schon fast unser ganzes Stadtviertel zusammen. Ein Polizeiauto hat uns sofort zum Rathaus gebracht. Alle sind dort untergebracht worden. Man hatte uns noch nicht gesagt, um was es sich handle. Aber wir haben gesehen, dass es mit uns aus war.

Man hat jedem von uns einen Ausweisungsbefehl in die Hand gesteckt. Man sollte Deutschland vor dem 29., d.h. vor dem Übermorgen, verlassen. Man hat uns nicht mehr erlaubt, wieder nach Hause zu gehen. Ich habe gebettelt, dass man mich nach Hause gehen liesse, um wenigstens einige Sachen zu holen. Ich bin dann in Begleitung eines Schupos fortgegangen und habe die notwendigsten Kleidungsstücke in einen Koffer gepackt. Das ist alles, was wir gerettet haben. Wir haben keinen Pfennig.»

Eine weitere Nachricht der Schwester traf in Paris ein, als der Bruder das Attentat bereits begangen hatte:

«Freitag Abend um 9% Uhr sind wir von Hannover abgefahren. Es war ein Schreien und Klagen. Das hätte die Toten wieder erwecken können. Aber unser Schreien hat zu nichts genützt. Sonnabendmorgen hat man uns auf freier Strecke aussteigen lassen. Die Art und Weise, auf die man uns durch Wälder und Felder jagte, war ein nervenzerreissendes Schauspiel.²⁷

Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, weshalb die Katastrophennachricht bei Herschel Grünspan zur Initialzündung wurde. Die Vertreibung seiner Eltern nahm ihm die letzte Hoffnung in auswegloser Situation. In Paris konnte er nicht mehr bleiben, nach Deutschland gab es kein Zurück, und Polen, das

ihm fremd war, hätte ihn, selbst wenn er wollte, gar nicht hereingelassen; darüber erschienen in jenen Tagen dramatische Berichte auch in der französischen Presse. Für den Onkel war sein illegaler Gast unhaltbar geworden; Grünspan zog am 6. November in ein Hotelzimmer um, in der Gewissheit, in wenigen Tagen ohne Geld und ohne Zuflucht dazustehen. An der Not seiner Familie und der eigenen Hoffnungslosigkeit konnte es für ihn nur einen Schuldigen geben – die Nationalsozialisten, die aus den Juden Freiwild gemacht hatten. Bevor er mit der Waffe, die er erst eine Stunde vor dem Anschlag gekauft hatte, zur deutschen Botschaft ging, schrieb er auf einer Postkarte an die Verwandten die Worte: «Gott verzeihe mir. Mein Herz blutet, als ich von einer Tragödie und von 12'000 anderen Juden hören muss. Ich muss protestieren, damit die ganze Welt meinen Protest hört und das muss ich unbedingt tun. Verzeiht mir!» Zu diesen Darlegungen des Verteidigers lässt sich gleichsam als Gegenstück die Aufzeichnung des Kanzlers der deutschen Botschaft in Paris vom 8. November 1938 beziehen, der kurz nach dem Anschlag den Täter auf dem Polizeikommissariat befragt hat, noch bevor die Vernehmungen durch die französische Polizei vorgenommen worden sind: «Meine erste Frage, die ich mit Rücksicht auf die französischen Beamten in französischer Sprache an den Täter richtete, ging dahin, warum er die Tat verübt habe. Er erwiderte aufgeregt, er habe an den ‚sales boches‘ für die ganze Welt Rache nehmen wollen. Befragt, warum gerade er sich zur Rache veranlasst gefühlt hätte, erklärte der Täter, er habe das für seine Glaubensgenossen (coreligionnaires) getan. Meine Frage, ob er Jude sei, bejahte er und fügte hinzu, er habe für das schwere Unrecht, das Deutschland seinen Glaubensgenossen und seiner Familie angetan habe, selbst Justiz üben wollen.“» Auf die Lebensverhältnisse und Motive dieses Attentäters einzugehen bedeutet nicht, den von ihm begangenen Mord zu verharmlosen. Es ist das Verdienst von Helmut Heiber, die Geschichte des nicht zustandegekommenen Grünspan-Prozesses aufgezeigt zu haben. Jedoch ist die von Grimm und Dieverge vermittelte Optik zur Ergründung der Entwicklung dieses Minderjährigen völlig untauglich. Es wäre einer weiteren Untersuchung wert, den Fall Grünspan unter Beizug der französischen Akten in seiner ganzen Breite zu bearbeiten. Schon jetzt ist zumindest im Ansatz deutlich geworden, dass ähnlich wie bei David Frankfurter die persönlich verzweifelte Situation in engstem Zusammenhang mit der Judenverfolgung zu einer Affektspannung geführt hat, deren Entladung im Handlungsablauf dem bei der Ermordung Gustloffs gezeigten Verhalten glich.

Grünspans Aussage, er habe zunächst in der Botschaft demonstrativ Selbstmord verüben wollen, sei dann aber zum Entschluss gekommen, durch seinen Anschlag im Sinne eines Protestaktes die Aufmerksamkeit der Welt auf die Judenverfolgungen in Deutschland zu lenken, deutet erneut auf die enge Verknüpfung von Selbstmord- und Attentatsgedanken hin²⁷. Frankfurter wie Grünspan wiesen bei der Tatausführung ein Vorgehen auf, das von jenem eines Elser beträchtlich abwich. Dieser hat alle Einzelheiten seines Planes im Voraus geprüft und sich zurechtgelegt, wie er sich unentdeckt in Sicherheit bringen könnte. Frankfurter hat Gustloff nie beobachtet und trat ihm beim Schuss zum erstenmal gegenüber, während für Grünspan nur feststeht, dass er einen Repräsentanten der ihm verhassten Macht treffen wollte. Es wäre ein Leichtes gewesen herauszufinden, wie der deutsche Botschafter aussah und wann er am ehesten zu stellen war. Beide Einzeltäter strebten, der eine mit der Pistole, der andere mit dem Revolver, ihrem Ziel zu, ohne für sich die geringste Vorsichtsmassnahme zu treffen. Da derjenige, dem der Protestakt eigentlich galt, für sie unerreichbar blieb, ermordeten sie stellvertretend einen untergeordneten Exponenten des Systems. Wenn sie sich keine Rückzugsmöglichkeiten sicherten, so war dies nicht Ausdruck des aus rationalem Kalkül erbrachten Selbstopfers. Aus ihrer psychischen Situation gab es für sie nur das eine: den Anschlag und das Ende, ob nun von eigener oder durch die Hand ihres Feindes. «Ein zweitesmal kann nicht explodieren, wer eben explodiert ist», so führte der psychiatrische Gutachter Dr. Jörger als Begründung dafür an, dass Frankfurter dem Mord nicht wie beabsichtigt den Selbstmord folgen liess²⁸. Nach dem Verpuffen der Affektstauungen bestimmte der Überlebenstrieb die Spontanreaktion.

Auch der jüdische Architekturstudent Helmut Hirsch wollte die Verfolgung in Deutschland nicht ohne Widerspruch hinnehmen. Die seelische Verfassung dieses jungen Emigranten, der am 21. Januar 1916 geboren, aus Stuttgart stammte, lässt sich erahnen, vergegenwärtigt man sich, für welch fragwürdiges Abenteuer er sich von Otto Strasser in Prag anwerben liess. Die «Schwarze Front», mit der der Bruder des am 30. Juni 1934 ermordeten Gregor Strasser den «richtigen» Nationalsozialismus hochhalten wollte, befandete mit grossem verbalem Aufwand das Hitler-Regime, war aber für eine Untergrundbewegung zu schwach und überdies von Nazispitzeln durchsetzt. Im Januar 1935 hat ein deutsches Mordkommando Strassers Mitarbeiter Rudolf Formis getötet und den Geheimsender, den er in der Nähe von Prag eingerichtet hatte, zerstört. Der «Front»-Führer, der einmal treffend «mehr ‚Krull‘ als ‚Tell‘» genannt wurde²⁹, hatte selbst in Oppositionskreisen an

Glaubwürdigkeit eingebüsst. Mochte er auch für den Mord am Bruder Rache nehmen wollen, wichtiger war, die Effizienz seiner Organisation unter Beweis zu stellen. Dazu hätte ihm Hirsch verhelfen sollen, entweder durch einen Sprengstoffanschlag gegen Julius Streicher oder gar Hitler selbst, zumindest aber gegen eine der Nürnberger Parteitagsbauten. Im Dezember 1936 reiste Hirsch nach Stuttgart, übernachtete dort unter seinem richtigen Namen und wurde verhaftet. Bereits an der Grenze geriet sein Komplize in die Fänge der Gestapo. Das ganze Unternehmen ist frühzeitig denunziert worden. Obwohl Hirsch die amerikanische Staatsbürgerschaft besass, wurde er am 8. März 1937 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und bereits drei Monate später – am 4. Juni 1937 – in Plötzensee hingerichtet. Ein über das an den Juden begangene Unrecht empörter, opferbereiter und gutgläubiger Student von zwanzig Jahren ist in bedrängter Lage von Strasser auf höchst suspekter Weise ausgenutzt worden. Anders kann man dessen Zusicherung nicht verstehen, als Gegenleistung wolle er, wenn er in Deutschland an die Macht komme, für eine gute Behandlung der Juden sorgen³⁰. Obwohl das Unternehmen von Strasser und seiner «Schwarzen Front» initiiert wurde, ist Hirsch jenen jüdischen Einzeltätern zuzurechnen, die mit dem Mittel der Gewalt das Hitler-Regime bekämpfen wollten. Wer für Strasser arbeitete und nach Deutschland ging, überlieferte sich selbst dem Henker. Diese Erfahrung machten die nahezu unbekannt gebliebenen Mitverschwörer Karl Döpking, der aus der Bückeburger Gegend stammte, und Helmut Kremin aus Berlin, die im Frühling 1938 laut der Nazipresse einen Sprengstoffanschlag vorbereitet haben sollen. Die Gestapo hat sie am 25. Mai 1938 verhaftet. Vier Monate später verurteilte sie der Volksgerichtshof zum Tode. Ihre Hinrichtung erfolgte am 14. September 1940 in Plötzensee³¹.

Frankfurter, Grünspan und Hirsch waren durch ihre Zugehörigkeit zur verfolgten jüdischen Minderheit in eine extreme innere und äussere Notlage versetzt worden. Auch bei anderen potentiellen Einzeltätern findet sich das beobachtete Ineinanderfliessen von Selbstmordgedanken und Attentatsplänen. Der am 26. Juli 1943 zum Tode verurteilte kaufmännische Angestellte Richard Scheer hat den Anschlag geradezu als ein Mittel gewählt, um mit dem Leben Schluss zu machen. Er war – offensichtlich als Opfer einer Denunziation – wegen seiner früheren politischen Einstellung verhaftet worden, wurde 1941 aus der Haft entlassen, fand aber keinen Broterwerb mehr. Zunächst lebte er von Ersparnissen seiner Frau, ohne dass sie von den Abhebungen auf der Bank wusste. Als sie dahinterkam, verweigerte sie ihm die Unterstützung.

In verzweifelter Lage äusserte er die Absicht, nach Prag zu fahren, um dort bei katholischen Priestern eine Bombe zu beschaffen; er wolle für 400'000 Reichsmark Hitler ermorden. Seine Frau zeigte ihn bei der Polizei an. Dennoch brach er im Dezember 1942 auf und kam bis an die sächsisch-böhmische Grenze; von dort wurde er nach Berlin zurückgeschickt. Ausgehungert und verschmutzt stellte er sich am 17. Dezember der Polizei und erging sich in Selbstbeschuldigungen. Das angebliche Attentatsvorhaben war völlig unsinnig und ermangelte realer Bezüge. Sogar der medizinische Sachverständige erklärte Richard Scheer für minder schuldig, obwohl die «Experten» vor dem Volksgerichtshof zu jener Zeit zumeist durch inhumane Begutachtung ihre Regimetreue zu beweisen strebten. Der lebensmüde Berliner hatte die Blutjustiz im Dritten Reich richtig eingeschätzt. Ob er in Prag eine Bombe bekommen hätte, ob er dann vielleicht doch noch anderen Sinnes geworden wäre, ob er je in die Lage zur Ausführung des Attentats gelangt sein würde – dies alles war höchst fraglich und hätte eine Verurteilung verunmöglicht. Der Volksgerichtshof setzte sich hierüber hinweg: «Auf so etwas Rücksicht zu nehmen, hiesse mit der Sicherheit unseres Reiches Lotterie zu spielen.» «Um der Sicherheit des Reiches willen» brachten ihn die Nazirichter auf das Schafott, den Mann, der einen Zug nach Prag bestiegen hatte, um durch ein fiktives Attentatsvorhaben seine Verhaftung und Hinrichtung zu provozieren. Welche Verachtung sprach aus diesem Suizid gegenüber einem System, das das Leben unerträglich gemacht hatte³²! Die Übergänge zur Gruppe der psychisch Gestörten waren fliessend, wobei auf Grund der Volksgerichtshofakten über diese Aspekte keine zuverlässigen Aufschlüsse zu erwarten sind. Ein fünfzigjähriger Rentner aus dem Harz, dessen Vater geisteskrank gewesen sein soll, hat während des Krieges an Hitler, Parteiprominenz und hohe Dienststellen offene Postkarten mit groben Beschimpfungen und Verdächtigungen versandt. Besonders schwer wurde ihm vom Volksgerichtshof die Bemerkung angelastet, das deutsche Volk brauche nur eine Leiche, die des Führers. Obwohl ihn der medizinische Sachverständige als epileptoiden Psychopathen bezeichnete, wurde er am 21. Mai 1941 zum Tode verurteilt mit der Begründung: «Auch ist der weniger Verantwortungsfähige oft der Volksgemeinschaft umso gefährlicher, deshalb muss es in solchen Fällen bei der normalen Bestrafung bleiben³³.»

Josef Thomas aus Elberfeld, der im November 1937 in der Reichskanzlei Hitler und Göring sprechen wollte und eine Pistole bei sich trug, wird als Geisteskranker bezeichnet. Er wurde der Gestapo übergeben³⁴. Schon im Februar

jenes Jahres hatte ein dreiunddreissig jähriger Metzger versucht, mit Gewalt zu Hitler vorzudringen. Der Mann soll an einem Morgen – kurz vor neun Uhr – angetrunken gewesen sein, erzählte, die Polizei habe ihn um 135 Reichsmark beraubt. Auch er gehört zu den nicht näher zu bestimmenden Einzelfällen dieser Randgruppe.³⁵

Besonders tragisch ist die Geschichte des noch keine achtzehn Jahre zählenden Günther Jurka, der als Kind geschiedener Eltern freudlos und unter schwierigen Verhältnissen aufgewachsen war. Vor dem Volksgerichtshof wurde er als «schizoider Psychopath» bezeichnet, angeblich von «überdurchschnittlicher Intelligenz». Fest steht, dass der Leipziger Fürsorgezögling im Frühjahr 1943 zum zweitenmal in einer Nervenklinik interniert wurde, ohne qualifizierte Betreuung zu erhalten. Zu seinem Verhängnis lernte er hier einen wegen Raubversuches verurteilten Jugendlichen kennen. Beide verband ein einziger Gedanke: Sie wollten Deutschland verlassen, um im Ausland ein besseres Leben zu beginnen. Vielleicht konnten sie sich einem ausländischen Nachrichtendienst anbieten, der ihnen aus der Notlage heraushelfen würde? Der neue Bekannte spiegelte Günther Jurka vor, er kenne einen englischen Spion; diesem solle er einen Brief schreiben. Auf Anstiftung erklärte Jurka schriftlich seine Bereitschaft, sich dem englischen oder amerikanischen Nachrichtendienst zur Verfügung zu stellen. Er anerbot sich, Hitler zu ermorden, Sabotageanschläge zu verüben oder kriegswichtige Anlagen auszuspienieren. Dem nicht genug, bat er, ihm in der Kapsel eines Ringes tödliches Gift zukommen zu lassen. Voller Hoffnungen und in blindem Vertrauen übergab er den Brief dem vermeintlichen Komplizen, der das Schreiben nicht wie versprochen dem ausländischen Kontaktmann, sondern der Gestapo in die Hände spielte. Günther Jurka war das Opfer einer gewissenlosen Irreführung geworden. Da er erst siebzehn Jahre alt war, musste er nach dem Jugendstrafrecht, das die Todesstrafe nicht zuliess, beurteilt werden. Hinzu kam, dass alle Indizien die Zurechnungsfähigkeit in Frage stellten. Der Volksgerichtshof, der vom medizinischen Gutachter darin sogar noch unterstützt wurde, sah jedoch kein Hindernis, in seinem Urteil vom 8. September 1944 gleichwohl das Todesurteil zu fällen: «Wenn ein Mensch mitten im Krieg sich zu einem Mordanschlag auf den Führer erbieht, wenn ferner mit Bestimmtheit anzunehmen ist, dass der Angeklagte im Hinblick auf seine Anlage jederzeit zu einem derartigen Verbrechen fähig wäre, erfordert der Schutz des Volkes, dass er alsdann auch wie ein Erwachsener, also mit dem Tode bestraft wird³⁶.»

In anderen Fällen war die Empörung über die Verbrechen dieses Regimes durch materielle Not noch gesteigert worden. Wie schon Ludwig Assner trieb die wirtschaftliche Notlage auch den invaliden vierundsiebzigjährigen Rentner Wilhelm Lehmann aus Berlin zum Protest, in erster Linie aber die Gewissheit, dass die Nationalsozialisten als Urheber von Krieg und Verfolgung verschwinden müssten. «Hitler, du Massenmörder musst ermordet werden, dann ist der Krieg zu Ende», so postulierte er in der zweiten Hälfte 1942 dreimal mit Blaustift an die Wand einer Bedürfnisanstalt im Südosten Berlins. Beim vierten Mal wurde er Ende Oktober verhaftet. Goebbels drängte beim Volksgerichtshof auf die Todesstrafe. Im Urteil vom 22. Januar 1943 wurde der Schutz von «Führer, Volk und Reich» als vorrangig erklärt. Es könnten «persönliche Umstände, wie bisher straffreie Führung und die bei seinem hohen Alter von dem medizinischen Sachverständigen und dem Senat für möglich erachtete verminderte Zurechnungsfähigkeit (§51 Abs. 2 StGB), strafmildernd nicht berücksichtigt werden». Wilhelm Lehmann wurde am 10. Mai 1943 hingerichtet³⁷. Als der deutsche Siegeszug von Rückzugsmeldungen abgelöst wurde, häuften sich auch die Urteile wegen Wehrkraftzersetzung. Verlorene Illusionen, persönliches Leid und das stärkere Hervortreten schon früher gehegter Vorbehalte führten zu manch unvorsichtig geäußelter Kritik, die mitunter in die Forderung nach der physischen Beseitigung Hitlers mündete. Nach dem Sturz Mussolinis hatte ein Magdeburger Betriebsführer erklärt, auch der deutsche Diktator müsse zurücktreten. Er habe so viel Unglück gebracht, dass es nie wieder gutzumachen sei. In höchster Erregung stiess er hervor, wenn Hitler niemand erschiess, dann werde er es tun. «Wer es wagt zu erklären, er könne die Hand an unseren Führer legen, hat damit sein Urteil selbst gesprochen. Dann muss er eben aus unserer Mitte ausscheiden.» Mit dieser Begründung fällte der Volksgerichtshof am 29. September 1943 das Todesurteil³⁸.

Ein bewegendes Beispiel sei hier beigefügt, weil es veranschaulicht, wie gefährlich es geworden war, den Tod Hitlers auch nur andeutungsweise zu wünschen. Eine junge Frau, Marianne Kürschner, hatte kurz nach der Verheiratung ihren Mann im Frankreichfeldzug verloren. In einem Berliner Rüstungsbetrieb als technische Zeichnerin beschäftigt, machte sie sich durch ihre kritische Einstellung gegenüber dem Regime verdächtig. Sie wusste, wer für den Verlust ihres Gatten die Verantwortung trug. Einem Angestellten erzählte sie als Witz, Hitler habe auf dem Berliner Funkturm zu Göring gesagt, er möchte den Berlinern eine Freude machen, worauf Göring dem «Führer» zur Antwort gab, dann solle er doch vom Funkturm hinunterspringen. Ob-

wohl Marianne Kürschner für diesen Krieg ein schwerstes Opfer bereits hatte erbringen müssen, verurteilte sie der Volksgerichtshof wegen dieses «Witzes» am 26. Juni 1943 zum Tode³⁹. Dabei war sie nicht einmal so weit gegangen zu fordern, Hitler müsse beseitigt werden. Würden wir uns hier nicht auf den Attentatsaspekt beschränken, so gäbe es von unzähligen Schicksalen zu berichten, die durch ihre individuelle Auflehnung im anonymen Widerstand den Tod fanden. Der «lautlose Widerstand», wie ihn Günther Weisenborn beschrieben hat, ist nicht als geringer zu erachten, nur weil er retrospektiv für die Forschung schwerer fassbar ist.

Für dieses nahezu aussichtslose Unternehmen in den sicheren Tod zu gehen – hierfür bedurfte es neben politischem Idealismus als Triebfeder zusätzlicher Kräfte. Die potentiellen Attentäter entstammten zumeist dem Umfeld der politischen Gegner des Nationalsozialismus; keiner von ihnen hat jedoch im Namen und als Exponent einer bestimmten politischen Untergrundpartei versucht, den tödlichen Schlag gegen Hitler auszuführen. Peter Hoffmann erwähnt den Schiffszimmermann Kurt Lutter, der am 3. März 1933 in Königsmann verhaftet worden ist. Er wurde beschuldigt, mit anderen Kommunisten beabsichtigt zu haben, Hitler bei der Wahlversammlung vom nachfolgenden Tag in die Luft zu sprengen. Lutter ist mangels Beweisen Ende 1933 «ausser Verfolgung» gesetzt worden. Nachträglich ist kaum mehr zu klären, ob nicht ein Denunziant die angeblichen zwei geheimen Vorbesprechungen aufgebaut hat⁴⁰. Unter den Anhängern der verbotenen Parteien warteten in der Anfangs- und Endphase des Dritten Reiches viele auf den Umsturz, und manchem wurde eine unbedachte Äusserung zum Verhängnis. Nach dem Prager Attentat auf Heydrich, das durch Exiltschechen von Grossbritannien aus initiiert worden war, prophezeite ein Berliner Handwerker, es kämen noch andere mit dem Buchstaben H dran. Der Mann hatte ausgesprochen, was seine Gesinnungsgenossen dachten, und wurde wegen «kommunistischen Hochverrats» dem Fallbeil überantwortet⁴¹.

Mündliche Gegenpropaganda, Flugblattaktionen, die Herbeiführung von Streiks, gezielte Sabotageakte – dies alles, abgewandelt in verschiedensten Variationen, gehörte für die politischen Untergrundgruppen unter Einsatz ihres Lebens zum praxisbezogenen Kampf. Das Attentat durchzuführen war in erster Linie nicht eine Frage der Organisation, sondern der Person und, wie aus zahlreichen Beispielen deutlich wurde, ihrer spezifischen Gegebenheiten. Einzeltäter, über die kaum etwas in Erfahrung zu bringen ist, sind Ludwig Schmitt und Leonhard Georg Rust. Schmitt wurde am 10. Oktober 1906 in

Basel geboren und war Kellner von Beruf. Zusammen mit Rust, einem Landwirt aus Mülhausen im Elsass, soll er im November 1939 einen Sprengstoffanschlag auf Hitler geplant haben. Beide sind am 30. Januar 1942 in Plötzensee hingerichtet worden⁴². Im Tischkreis kam Hitler am 7. September 1941 auf das Attentat von Maurice Bavaud zu sprechen, wobei er fälschlicherweise behauptete: «Insbesondere ein Schweizer Oberkellner habe ihn 1937 lange belauert⁴³.» Da die Geschichte, die er dann erzählte auf den Theologiestudenten Maurice Bavaud zutraf, hat die falsche Berufsbezeichnung sowie die Verwechslung des richtigen Jahres zu einigen Fragen Anlass gegeben. Offensichtlich war der in Basel geborene Kellner Ursache dieser Fehlangebe. Auch Georg Elser war die Schweiz nicht unbekannt. Als am 8. November 1939 seine Bombe im Münchner Bürgerbräukeller explodierte, wurde sogleich ein Komplott von Otto Strasser und dem Secret Service vermutet⁴⁴. Wichtige Fäden sollten angeblich in die Schweiz führen.

6. Schweizerische Ermittlungen zu Georg Elser

Noch tickte die Bombe in ihrem Versteck, als Georg Elser am Abend des 8. November 1939 in Konstanz von Zollbeamten beim Versuch entdeckt wurde, illegal in die Schweiz hinüberzuwechseln. Etwa eine halbe Stunde später, um 21 Uhr 20, explodierte die Höllenmaschine im Münchner Bürgerbräukeller. Sie war, ein gewagtes Kunststück ohnegleichen, in riskanter Präzisionsarbeit in die Säule eingebaut worden, die sich hinter dem Rednerpult Hitlers befand. Sechs der «alten Kämpfer», die an der Gedenkfeier zur Erinnerung an den Hitler-Putsch von 1923 im Traditionssaal teilgenommen hatten, sowie eine Kellnerin wurden getötet, dreiundsechzig Personen waren verletzt, eine von ihnen starb sechs Tage später. Mit grosser Wahrscheinlichkeit hätte Hitler diese Detonation nicht überlebt; zehn Minuten vor der Explosion war er überraschend aufgebrochen, um statt mit dem Flugzeug per Zug nach Berlin zurückzukehren.

In wenigen Tagen wollte der oberste Kriegstreiber endgültig das Signal zum Angriff im Westen geben. Nichts wäre ihm willkommener gewesen, als das Attentat als einen verbrecherischen Akt des feindlichen Auslandes zu demaskieren, um die fehlende Kriegsstimmung doch noch hochzuputschen. «Das war bestimmt ein Anschlag des englischen Secret Service», soll bei der Nachricht vom Münchner Ereignis sein erster Gedanke gewesen sein; der Wunsch wurde ihm zur Überzeugung. Noch in derselben Nacht erteilte Himmler an

Schellenberg den Befehl, sein «Spiel» mit Captain Best und Major Stevens vom britischen Nachrichtendienst abzubrechen und beide festzunehmen. Am 9. November erfolgte der berühmte Coup von Venlo; die beiden Geheimdienstler wurden aus den Niederlanden nach Deutschland verschleppt¹. Mit allen Mitteln suchte Himmler nach den «Hintermännern», um die an ihn gestellten Erwartungen zu erfüllen. Georg Elser blieb jedoch dabei, allein gehandelt zu haben. Am 22. November gab der Reichsführer SS durch die Presse in gross aufgemachten Berichten bekannt, die Aufdeckung des Anschlages sei gelungen. Elser habe ein volles Geständnis abgelegt. Um dennoch Hitlers Überzeugung nicht zu desavouieren, wurde in grossen Schlagzeilen der Secret Service als Auftrag- und Geldgeber bezeichnet, während Otto Strasser der Organisator des Attentats gewesen sei. Auch wenn ein direkter Zusammenhang dementiert wurde, so sollten die Schilderungen der Verhaftung von Best und Stevens den Eindruck verstärken, der britische Nachrichtendienst habe beim Anschlag die Hände im Spiel gehabt². Noch dürftiger waren die Hinweise, die Otto Strasser als Urheber verdächtig machen sollten. Er hatte sich am 8. November in der Schweiz aufgehalten, in jenem Land also, wohin sich auch Elser in Sicherheit bringen wollte. Daraus liess sich für kurze Zeit Schaum schlagen. Um mit konkreten Angaben nachstossen zu können, war Himmler an den polizeilichen Nachforschungen in der Schweiz sehr interessiert³.

Über die Hintergründe des Bürgerbräuattentats kursierten verschiedene Versionen. Verbreitet war die Meinung, es habe sich um ein mit Wissen Hitlers von Himmler und Heydrich initiiertes Manöver gehandelt, das das Signal zum Krieg im Westen geben sollte. Selbst nach 1945 wollten viele an den Einzeltäter Elser ebenso wenig glauben wie an den Einzelgänger van der Lubbe. Sie sahen sich durch das Urteil des prominenten deutschen Historikers Gerhard Ritter in seiner Goerdeler-Biographie bestätigt, dass die Inszenierung durch Himmlers Organe «als Propagandatrick heute kaum noch zweifelhaft ist⁴». Die These fand bis Ende der Sechziger Jahre ihre Anhänger. Die Studie von Anton Hoch sowie die Veröffentlichung von Elasers Aussagen setzten dann den Spekulationen ein Ende: Es gab auch hier keine «Hintermänner»-Frage. Die Weigerung, die Alleintäterschaft anzuerkennen, lag bei den Nationalsozialisten in der Zielsetzung ihrer Propaganda begründet. Nach dem Krieg gewann die Gegenthese im Lichte der offengelegten Verbrechen an Plausibilität, Hitlers «Rettung» für ein gestelltes Szenarium der Nazis zu halten.

Erklärt sich hiermit die Skepsis gegenüber dem Einzeltäter zur Genüge? Im Alleingang den radikalen Ausbruch zu versuchen – das relativiert die Bedeutung jener, die zwar widerstrebend, aber dennoch bis fast zum Ende mit Hitler-Deutschland im Verhängnis mitgegangen sind. Ein Mann wie Elser passte nicht in das Klischee vom rührigen Widerstand, der unermüdlich nach einer Gelegenheit zum Zuschlagen gesucht hat. Wie sollte ein schwäbischer Tischlergeselle etwas wagen, was einflussreiche Offiziere und Zivilisten mit allem Planen nicht zu realisieren vermochten? Auch der schliesslich als Einzeltäter akzeptierte Elser blieb ein das vertraute Bild störender Aussenseiter, dem sich durch jüngste «Entdeckungen» Maurice Bavaud zugesellt.

Wir sind im Vorhergehenden von einem andern Ansatz ausgegangen. Dass beide Einzelgänger nicht ohne jenes diffuse Umfeld des anonymen Widerstandes zu verstehen sind, haben die zahlreichen Beispiele aus dem In- und Ausland veranschaulicht. Nach den Publikationen von Hoch und Gruchmann erübrigt es sich, hier noch einmal die Akribie zu schildern, mit der Elser den Sprengstoffanschlag vorbereitet hat⁵. Andere Aspekte sind weniger bekannt. Die Akten der schweizerischen Bundesanwaltschaft erbringen zusätzlichen Aufschluss, auf welche Weise von deutscher Seite versucht worden ist, eine Verbindung zwischen Strasser und Elser zu beweisen. Auch gilt es, Elzers Motive neu zu überdenken, um zu einem besseren Verständnis dieses Attentäters zu gelangen.

Selbst bei Elser wurde von Professor Friedrich Grimm mit Bezug auf die «Hintermänner»-Theorie der Versuch unternommen, die Schuld einer internationalen jüdischen Verschwörung zu unterschieben. Von Bern aus hat er am 11. November die zur Untersuchung eingesetzte Sonderkommission durch eine schriftliche Anregung in diese Richtung drängen wollen. Um im Fall Grünspan besser agieren zu können, war er der deutschen Gesandtschaft in Bern mit dem Titel eines Generalkonsuls zugeteilt worden. Frankfurter, Grünspan, Elser – sie bildeten für den agilen Nazianwalt eine Reihe: «Zunächst Ermordung des Landesleiters der NSDAP in der Schweiz, Wilhelm Gustloff. Schon in diesem Prozess die Erklärung des Mörders, dass sein Attentat eigentlich Hitler und seinen engsten Mitarbeitern gegolten habe. Er sei damals nur nicht nach Deutschland gegangen, weil dies zu gefährlich gewesen sei. Sodann in Paris Ermordung eines Mitgliedes der Deutschen Botschaft, wobei der Täter aus der unmittelbaren Nachbarschaft des Hauptquartiers der Lica gekommen ist ... Nun, nach dem Kriegsausbruch Krönung des ganzen durch ein Attentat in der Hauptstadt der Bewegung, an der Stätte des Ausgangs der Bewegung, gegen den Führer und seine nächste Umgebung

selbst⁶.» Laut Grimm fand sich das internationale Verschwörerzentrum in der «Ligue contre l'antisémitisme» in Paris, die schon 1933 Göring als den wahren Brandstifter des Reichstages angeklagt hatte. Als Spezialist für politische Prozesse anbot sich der Anwalt zur Mitarbeit bei der «Aufklärung» des Münchner Attentats und schlug sogleich vor, auch den Oberregierungsrat Diewerge beizuziehen. Das Zweigespann, das im Fall Frankfurter und Grünspan so vorzüglich agiert und manipuliert hatte, würde auch bei Elser seine Funktion erfüllen.

Doch Grimm lag dieses Mal mit seinen Propositionen völlig falsch. Das Propagandaministerium hatte in den «Vertraulichen Informationen» die deutsche Presse bereits am 9. November angewiesen, die Schuld nicht auf innerdeutsche Gruppen (jüdisch, klerikal oder monarchistisch) zu lenken. Die Empörung sollte gegen das feindliche Ausland mobilisiert werden. Am 11. November gab Goebbels die klare Direktive: «Die moralische Schuld der westlichen Demokratien, insbesondere Englands, bewiesen durch die dauernde Mordhetze, soll angeprangert und festgelegt werden⁷.» Grimm, sichtlich bemüht dabei zu bleiben, hat sich sogleich der neuen Schussrichtung angepasst. Am 23. November, einen Tag, nachdem die deutsche Öffentlichkeit über die angeblichen Untersuchungsergebnisse informiert worden war, setzte er in Bern ein zweites Memorandum auf, um darzulegen, wie er dank der Warnungen durch einen Freund über die Gefährlichkeit des Secret Service bestens Bescheid wisse⁸.

Unter den Denunziationen, die das Attentat in der Schweiz auslöste, sei einzig jene von Ernst Lüdi erwähnt, der sich Mitte November bei der deutschen Gesandtschaft in Bern meldete. Er anbot sich, für das Dritte Reich als Agent zu arbeiten, und gab sogleich eine Probe seines Könnens. Zehn Tage vor dem Münchner Anschlag habe er in einem Berner Café zwei Männer beobachtet, die sich über den Bürgerbräukeller und die Lage seiner Räumlichkeiten unterhalten hätten. Der eine sei durch seinen englischen Akzent aufgefallen, der andere habe ein jüdisches Aussehen aufgewiesen. Obwohl die Haltlosigkeit dem Denunzianten zu Gesichte stand, wurde das Politische Departement gebeten, eine polizeiliche Abklärung zu veranlassen⁹.

Brisanter waren die deutschen Fragen nach dem Aufenthalt von Otto Strasser. Am Tag nach dem Attentat hatte der Leiter der Bundespolizei in Bern, Dr. Werner Balsiger, durch die Basler Polizei mit der Gestapo in Lörrach Verbindung aufgenommen und seiner Bereitschaft Ausdruck gegeben, die deutschen Nachforschungen, sollte dies notwendig sein, «in jeder Hinsicht zu unterstüt-

zen. Kurz darauf liess ihm der Reichsführer SS für das Angebot seinen Dank aussprechen. In Bern traute man dem Frieden nicht. Sollte nun auch der Angriff auf die Schweiz vorbereitet werden unter dem Vorwand, der Fluchtversuch Elser beweise die Verwicklung der verhassten Demokraten in das Bombenattentat? Im Armeekommando galt die Lage als derart bedrohlich, dass die Truppen am 10. November in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt wurden¹⁰.

Am 20. November telegraphierte der deutsche Gesandte in Bern, Otto Köcher, nach Berlin, soeben hätten die «Basler Nachrichten» eine Meldung veröffentlicht, derzufolge Otto Strasser gegenüber dem «Paris Soir» erklärt habe, dass er die Schweiz nach dem Münchner Anschlag innerhalb vier Stunden habe verlassen müssen. Für Himmler, dessen Polizei trotz fieberhaften Suchens noch keine brauchbaren Spuren für die von Hitler gewünschte Deutung gefunden hatte, bot diese Äusserung gleichsam den rettenden Strohalm. Strasser wollte eigentlich mit seiner Behauptung der Schweizer Regierung eins auswischen, indem er seine Ausreise als die Folge eines in Bern erfolgten deutschen Druckversuches hinstellte. In seiner amtlichen Bekanntmachung vom 22. November liess Himmler stattdessen die Version verbreiten: «Organisator war Otto Strasser, der, wie die Schweizer Presse berichtet, seit seiner Flucht aus Prag in der Schweiz sich aufhielt, aber am Tage nach dem Attentat Hals über Kopf nach England abreiste».» Der «Völkische Beobachter» hat noch verdeutlicht, was gemeint war: Nach dem Sturz von Benesch habe Strasser Prag verlassen und sei mit dem britischen Geheimdienst in Verbindung getreten. «Er liess sich in Zürich nieder und organisierte zuletzt den Münchner Anschlag. Er erwartete Elser in der Schweiz. Als er vernahm, dass das Attentat missglückt sei und Elser anscheinend an der Grenze festgehalten wurde, verliess er überstürzt Zürich und fuhr nach London zu seinen Auftraggebern¹².» Wer den Anschlag nicht den Nazis zuschrieb, hielt eine Beteiligung Strassers für die glaubwürdigste Version, folgt man einem vertraulichen Bericht der Dienststelle Ribbentrop. Selbst in Berliner Auslandskreisen sollen die Beziehungen Elser zu Strasser «durchweg Glauben» gefunden haben, im Gegensatz zu den Behauptungen, die Anstifter seien englische Stellen¹³. Kurzfristig hatte Himmler mit diesem Trickmanöver sein Ziel erreicht, auch wenn der Sachverhalt völlig anders war. Die von Schweizer Seite erfolgte Richtigstellung wurde der deutschen Öffentlichkeit unterschlagen¹⁴. Wer auf weitere konkrete Angaben hoffte, wartete vergeblich.

Aufzeichnung.

Herr Dr. Balsiger hat heute Herrn von Bibra gegenüber erwähnt, dass er sofort nach Bekanntwerden des Attentats in München gestern durch die Baseler Polizei die Verbindung mit der Staatspolizei in Lörrach aufgenommen und seine Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, in jeder Hinsicht die Nachforschungen der deutschen Polizei, soweit es notwendig sein sollte, zu unterstützen. Die Staatspolizei in Lörrach habe dies sofort nach Berlin weitergegeben, worauf nach kurzer Zeit Berlin Lörrach gebeten habe, dem Leiter der schweizerischen Bundespolizei den Dank des Reichsführers SS für diese Bereitwilligkeit zu übermitteln. Herr Balsiger war auf diese Auszeichnung sehr stolz.

Bern, den 10. November 1939.

R

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen Dr. Werner Balsiger, Chef der Bundespolizei, und Legationsrat Sigismund von Bibra v. 10. November 1939 aus dem Dossier «Attentat auf den Führer in München» der deutschen Gesandtschaft in Bern.

Nach dem Attentat war die schweizerische Bundespolizei nicht untätig geblieben. Dem Nachrichtendienst Zürich (politische Polizei) gab sie den Auftrag, «gewisse subversive Kreise» besonders zu überwachen; «es könnte sein, dass ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Attentat in München und kommunistischen Kreisen in der Schweiz bestehe». Vermittels Telephon- und Postkontrolle hoffte man, auf verdächtige Spuren zu stossen: «Die Prominenten der kommunistischen Bewegung wie Woog, Humbert-Droz und andere könnten vielleicht in erster Linie über Zusammenhänge auf telephonischem oder brieflichem Wege informiert werden¹⁵.» Neben den Kommunisten sollten auch Strasser und sein Bekanntenkreis beobachtet werden. Erst jetzt begann man dessen Telephon zu überwachen. Am Abend des 8. Novembers befand er sich bei seiner Frau in Wetzwil (Kanton Zürich) und hörte sich die Radioübertragung von Hitlers Rede im Bürgerbräukeller an. Seit dem Oktober 1935 hatte Frau Gertrud Strasser mit ihren beiden Kindern Hannelore (geboren 1931) und Gregor (geboren 1935) nahe bei Herrliberg Aufenthalt genommen. Ihr Mann, so erklärte sie bei der Einreise, bleibe aus politischen Gründen in Prag. Er habe sie in die Schweiz geschickt, «weil die Tschechoslowakei aller Voraussicht nach Kriegsschauplatz werden dürfte». Die Honoraransprüche ihres Mannes aus Büchern, die im Verlag Oprecht sowie in René Sondereggers Reso-Verlag erschienen waren, würden ihr ein Einkommen sichern¹⁶. Als die Deutschen das Sudetenland im Herbst 1938 besetzten, erhielt Strasser vom tschechoslowakischen Aussenministerium einen Pass auf den Namen Dr. Oskar Schuhmacher, als «einen Inkognito-Pass für meine persönliche Sicherheit», wie er in einer späteren Einvernahme durch die Fremdenpolizei Zürich aussagte.

Am 28. September 1938 sperrten die Militärbehörden allen männlichen Tschechoslowaken die Ausreise; mit seinem Pass war auch Strasser blockiert. Von der Gesandtschaft des republikanischen Spanien erlangte er am 1. Oktober 1938 einen zweiten Pass, ausgestellt auf den Namen Dr. Baumann, spanischer Staatsangehöriger. Noch am gleichen Tag flog er nach Strassburg und reiste zu seiner Familie nach Wetzwil. Vier Tage später trat Präsident Benesch zurück und emigrierte in die USA; in Prag wäre Strassers Schicksal besiegelt gewesen. Seinen Aufenthalt in der Schweiz unterbrach er dreimal, um nach Frankreich zu fahren und in Paris seine ihm noch verbliebenen Gesinnungsfreunde zu treffen. Durch den Zusammenbruch des republikanischen Spanien wurde sein Pass wertlos. Als wenig nützlich erwies sich das von der tschechoslowakischen Exilregierung verlängerte Reisedokument; mit diesem erhielt er kein Visa. Die Schweizer Behörden wollten ihm

keinen Identitätsausweis ausstellen mit dem Argument, Strasser sei im März 1939 irregulär wieder eingereist, sein Aufenthalt sei daher auch nicht rechtmässig. Sie befürchteten, in Strassers Aktivitäten verwickelt zu werden. Er erhielt eine Toleranzbewilligung bis 31. Juli; diese wurde auf Intervention von Freunden noch einmal verlängert. Seine Lage begann prekär zu werden. Die Fremdenpolizei wollte ihn lieber heute als morgen ausser Landes wissen; niemand war jedoch bereit, ihm dauernden Aufenthalt zuzusichern. Am 27. Oktober berichtete der schweizerische Gesandte in Stockholm nach Bern, Otto Strasser habe in einem schwedischen Blatt gegen Hitler polemisiert und sich über das Verhältnis Deutschlands zur Schweiz geäussert. Daraufhin verfügte die Polizeiabteilung, Strasser habe die Auflage strikter politischer Enthaltsamkeit verletzt und müsse die Schweiz so rasch wie möglich verlassen. «Diese Verfügung war ihm noch nicht eröffnet worden», so schreibt Balsiger, «als das Münchner Attentat bekannt wurde. Das gab uns Veranlassung, am 9. November seine sofortige Ausreise zu verlangen¹⁷.» Um zu verhindern, dass er einfach an die Landesgrenze gestellt wurde, sorgten Hans Hausmann, der einen eigenen Nachrichtendienst aufgebaut hatte, sowie Dr. Fritz Heberlein, Korrespondent der «National-Zeitung», im Verein mit Nationalrat Dr. Hans Oprecht, dass Strasser auf menschenwürdige Weise die Schweiz verlassen konnte. Vor dem Zugriff durch die Polizei wurde er bei seinem Freund Heberlein versteckt. Oprecht intervenierte beim französischen Vizekonsul in Zürich, der nach Rücksprache mit Paris schliesslich die bisher vergeblich gewünschte Aufenthaltsbewilligung erteilen konnte. Hans Oprecht holte Strasser am 13. November gegen siebzehn Uhr bei Heberlein ab und brachte ihn in aller Stille mit dem Wagen an die französische Grenze¹⁸.

Als am 22. November der Name des Attentäters bekanntgegeben wurde, suchte man vergeblich in schweizerischen Polizeikartotheken nach Georg Elser. Ein Reichsangehöriger in St. Gallen machte am folgenden Tag die deutsche Gesandtschaft in Bern darauf aufmerksam, dass er mit einem Georg Elser in die Schule gegangen sei. Die davon verständigte Bundesanwaltschaft stellte fest, dass sich dieser Mann zu Hause befand, undklärte im Übrigen die Gesandtschaft darüber auf, dass es in der Schweiz viele Elser gebe. Das Geschlecht war auch in Gossau (Kt. St. Gallen) beheimatet, wo die Polizei Nachforschungen im Bürgerregister vornahm – ohne Ergebnis¹⁹. Von deutscher Seite wurde der Bundesanwaltschaft ein umfangreicher Fragenkatalog zugestellt, der darauf abzielte, Beweise für die behauptete Verbindung zwischen Elser und Strasser zu finden. Da die Gestapo für ihre Thesen keine aus-

reichenden Indizien besass, waren die Fragen, die die Schweizer abklären sollten, zumeist höchst vage, mitunter von plumper Naivität. Ob den Nachbarn Strassers in der fraglichen Zeit regerer Besuch als sonst aufgefallen sei, wollte die Gestapo wissen, um dann fortzufahren: «Befand sich darunter eine Person, welche Elser ähnlich sah?» Welch ein Triumph, wenn jemand in der Umgebung etwas von einem nicht identifizierbaren Besucher orakelt hätte, der ebenfalls von kleiner Statur gewesen sei! «Trat etwa ab Juli 1939 eine Besserung seiner finanziellen Lage ein?» lautete eine andere Frage, um den in der Presse schon verkündeten Geldsegen aus London endlich beweisen zu können. Die ernüchternde Antwort der Bundesanwaltschaft lautete: «Während der Aufenthalte in der Schweiz befand sich Otto Strasser ständig in einer finanziell bedrängten Lage und war auf die Unterstützung seiner Bekannten angewiesen. Ein Nachweis konnte nicht erbracht werden, dass in dieser Beziehung ab Juli 1939 eine Besserung eintrat²⁰.»

Johann Georg Elser, am 4. Januar 1903 in Hermaringen (Württemberg) geboren, hatte das Schreinerhandwerk gelernt und war seit August 1925 nach mehrfachem Stellenwechsel in einer Konstanzer Fabrik, die Uhrengehäuse aus Holz herstellte, tätig gewesen. Als der Betrieb offenbar wegen eines Brandes stillgelegt werden musste, suchte er sich jenseits der Grenze Arbeit. «Durch Vermittlung des Arbeitsamtes in Kreuzlingen konnte Elser im Mai 1929 in der Schreinerei Schönholzer in Bottighofen in Arbeit treten. In diesem Betriebe», so ergaben die schweizerischen Ermittlungen, «war er während einigen Monaten tätig. Zuzufolge Arbeitsmangels musste Elser diese Stelle wieder verlassen²¹.» Er habe keinen Umgang mit Arbeitskameraden gehabt, sei in Konstanz wohnhaft geblieben und gehörte zu den Grenzgängern. Sein Stundenlohn betrug 1 Franken 20. Politisch hat er sich nicht betätigt und fiel auch, so wurde der Gestapo übermittelt, durch keine besonderen Äusserungen auf: «Durch Karl Schönholzer wird Elser als arbeitsam, ruhig und solide geschildert. Als sonderbar ist aufgefallen, dass Elser an Nachmittagen öfters seine Arbeitsstelle verlassen hat, um baden zu gehen. Die versäumte Zeit hat er jeweils abends wieder reichlich nachgeholt²².» Er hatte auch dem «Freien Abstinentenverein Kreuzlingen» in den Jahren 1929/30 angehört, über den möglichst detailliert berichtet werden sollte. «Elser galt als flotter Bursche und war beliebt», doch mit Politik, so wurden die Fragesteller beschieden, habe der Verein nichts zu tun gehabt. Die rund dreissig Mitglieder gehörten dem Mittelstand und Arbeiterkreisen an.

Im Verhör hatte Elser angegeben, in den Jahren 1928 bis 1930 wiederholt nach Kreuzlingen gefahren zu sein, um dort kleine Mengen Kaffee, Zucker, Kakao und Tee einzukaufen. «War zu dieser Zeit ein Schmuggel mit den angeführten Gegenständen üblich?» wollte man deutscherseits wissen. Für Ortskundige sei damals ein Schmuggel leicht durchzuführen gewesen und war, wie Schweizer Zöllner wussten, «seit vielen Jahren üblich²³.» Unter den Mädchenbekanntschaften Elsers hatte das Verhältnis zu Mathilde N. im Frühjahr 1930 Folgen gehabt. Nach seinen Aussagen soll sie sich im dritten Monat der Schwangerschaft vergeblich bei einem Arzt in Weinfelden um eine Abtreibung bemüht haben. Im folgenden Monat fuhren Elser und seine Freundin nach Genf; aber auch dort wollte niemand den gewünschten Eingriff angesichts der vorgerückten Schwangerschaft vornehmen. Die Bundesanwaltschaft fand keine Anhaltspunkte, die hierzu weiteren Aufschluss erbracht hätten²⁴. Auch über den Unbekannten, den deutsche Grenzbeamte auf Schweizer Gebiet angeblich an der Stelle haben warten sehen, an der Elser herübergekommen wäre, liess sich nichts eruieren. Die Auskünfte aus der Schweiz haben die Haltlosigkeit der deutschen Verdächtigungen bestätigt und wurden für den Attentäter zu keiner zusätzlichen Belastung. Obwohl Anton Hoch minutiös darlegt, wie Elser als Einzeltäter seinen Anschlag geplant und ausgeführt hat, bleibt der Einblick in sein Inneres verschlossen. Auch Lothar Gruchmann, der mit der Publikation von Elsers Aussagen zugleich den Schlüssel zum besseren Verständnis darreicht, versagt sich in seiner Einleitung der überdies psychologische Aspekte miteinbeziehenden Interpretation. «Fanatischer Geltungsdrang» und der Wunsch, «durch die Beseitigung Hitlers eine grosse, gute Tat zu leisten», werden bei Peter Hoffmann als das durch die polizeilichen Untersuchungen erbrachte Motiv genannt²⁵. Gruchmann charakterisiert Elser als «typischen Einzelgänger, einen schweigsamen und zähen Tüftler und Bastler, der hinsichtlich seiner handwerklichen Arbeiten von einem starken Geltungstrieb befallen war²⁶», und von Hoch wird noch auf eine andere Eigenheit aufmerksam gemacht: «So sehr er auf der einen Seite gutmütig und hilfsbereit war, konnte er andererseits ebenso eigensinnig und rechthaberisch sein, besonders dann, wenn es sich um ein ihm vermeintlich zustehendes Recht handelte²⁷.» Dies alles trifft zu, und doch wird nicht einsehbar, weshalb dieser Mann sich zu einem Unternehmen vorwagte, das bedeutend entschiedenerer Hitler-Gegner abschreckte. Im Gegensatz zu David Frankfurter und Herschel Grünsplan kam es bei Elser zu keinem dramatischen Affektstau, der sich explosionsartig kundgab. Den-

noch findet sich auch bei ihm eine Entwicklung, die, wenig spektakulär und langfristig verlaufend, sich zum Zustand einer latenten Dauerkrise auswuchs. Es muss hier genügen, die entscheidenden Aspekte wenigstens in Umrissen aufzuzeigen. Georg Elser, ausserehelich geboren und ein Jahr später durch Ehe legitimiert, wuchs in schwierigen Verhältnissen auf, die sein empfindsames Gemüt nachhaltig geprägt haben. «Von meinem Vater habe ich überhaupt nur Schläge bekommen, und dies oft, wenn ich etwas angestellt hatte. Auch von meiner Mutter», so sagte Elser am 19. November 1939 aus, «habe ich gelegentlich, nicht oft, Schläge bekommen. Aufgewacht sind wir nachts immer, wenn mein Vater nachts im Rausch nach Hause kam. Beim Betreten des Hauses hat er immer schon geschimpft. Es war nicht nur so, dass mein Vater etwa nur samstags betrunken war, es kam auch wochentags, ganz unterschiedlich, vor²⁸.»

Der Schilderung des Vaters, der sich zuerst mit Holzführen, dann mit einem eigenen Holzhandel durchzuschlagen suchte, muss man die Worte gegenüberstellen, mit der Elser den Lehrer seiner ersten Schulzeit beschreibt: «In der ersten Zeit hatten wir einen Lehrer namens B., der mir noch als solider Mann in Erinnerung ist, d.h. ich glaube nicht, dass er getrunken hat oder uns ungerecht behandelt hätte. Schläge gab es, soweit ich glaube, immer nur dann, wenn es notwendig war²⁹.» Für den ältesten Sohn – im Verlauf von zehn Jahren hatte er noch vier weitere Geschwister erhalten – verbanden sich alle Negativeigenschaften mit dem Vater: Er war unsolid, was Elser vor allem mit den Begriffen «trinken» und «ungerecht behandeln» verknüpfte. Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, wieso er gegenüber allem Unrecht mit äusserster Sensibilität reagierte und weshalb er seiner Umwelt als «eigensinnig und rechthaberisch» erschien. Die Mitteilungen Elsers machen den Vater-Sohn-Konflikt derart deutlich, dass es keiner gewagten Thesen bedarf, um dessen Bedeutung hervorzuheben.

Der Vater wollte, dass ihm sein Sohn nach den insgesamt sieben Jahren Volksschule in der kleinen Landwirtschaft und beim Holzhandel half. Dank der Unterstützung durch die Mutter konnte er doch noch eine Lehre beginnen, zuerst als Eisendreher, dann aus Gesundheitsgründen als Schreiner. Die Gesellenprüfung legte er im Frühjahr 1922 als Bester ab und spezialisierte sich später als Kunsttischler. Der Beruf seines Vaters und die Landwirtschaft hätten ihm schon immer nicht zugesagt, meinte er zur Wahl dieses Handwerks. Er benötigte ein Betätigungsfeld, in das sich niemand würde einmischen können.

Ist es ausreichend, ihm «starken Geltungstrieb» zu bescheinigen, wenn seine handwerkliche Begabung ein Refugium schuf, das ihm eine Stütze zur Selbstbehauptung war? Anerkennung oder eine Aufmunterung hatte er vom Vater nicht zu erwarten; seine Gleichgültigkeit gegenüber den Leistungen des Sohnes kam der herabsetzenden Geringschätzung gleich. Mitte August 1932 ist er auf Bitten der Mutter nach Jahren der Abwesenheit nach Königsbronn zurückgekehrt: «Über die Rückkehr waren meine Mutter und mein Bruder sehr erfreut. Mein Vater hat diese Rückkehr mit Gleichgültigkeit hingenommen³⁰.» Dieser hatte durch seine Trunksucht das elterliche Anwesen derart überschuldet, dass es Ende 1935 verkauft werden musste. Die Eltern trennten sich für längere Zeit; vom neuen Eigentümer dazu aufgefordert, musste auch Georg Elser sein Zuhause verlassen, an dem er trotz aller Widrigkeiten geblieben hat.

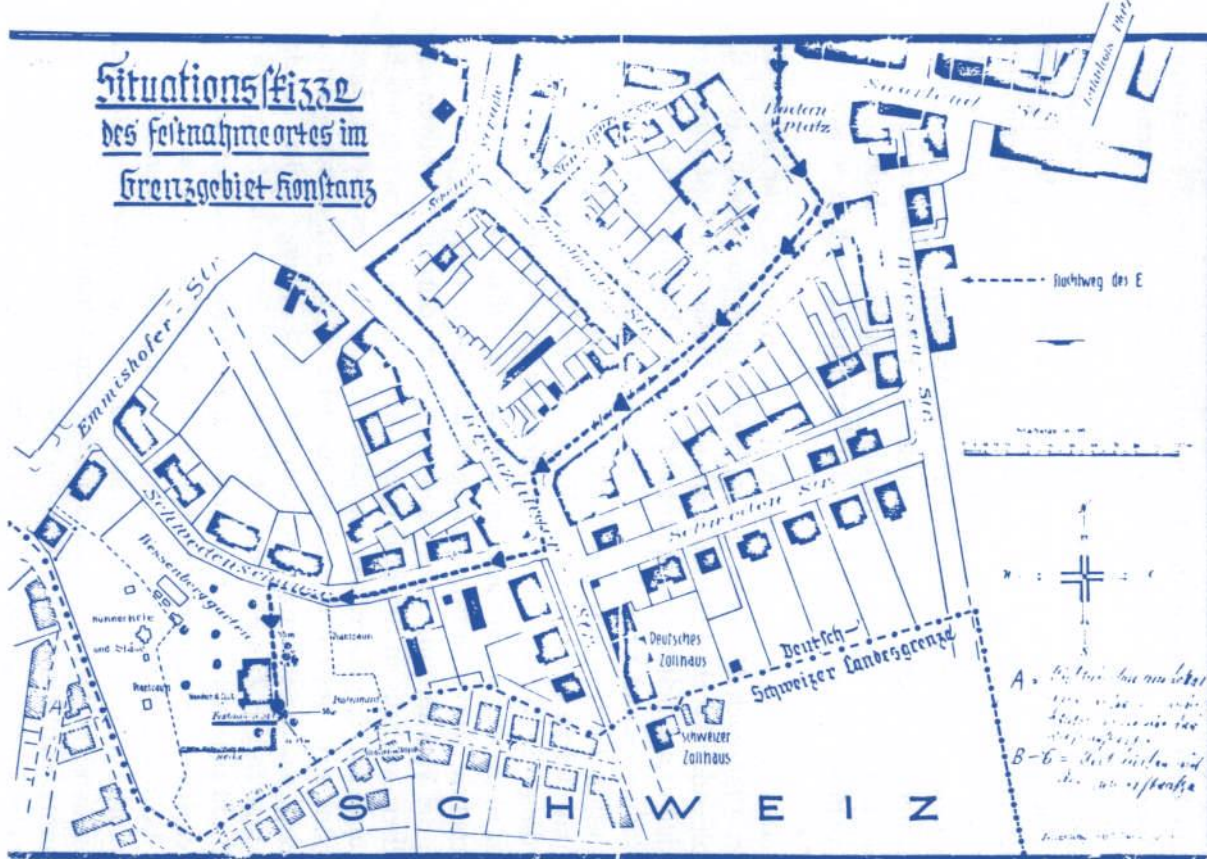
Das Fiasko zu Hause hatte er nicht zu verhindern vermocht, der Vater machte ihn im Gegenteil dafür noch mitverantwortlich. Er war nun bald dreiunddreissigjährig und hätte mit einigem Glück dank seiner handwerklichen Fähigkeiten auch beruflich ein besseres Fortkommen finden sollen. Die Hoffnung, sich vielleicht einmal selbständig machen zu können, war ihm verbaut, ja, noch schlimmer, seine Fähigkeiten, auf die er mit Recht stolz war, hatten aus seiner Sicht durch privates Ungemach ihren Sinn verloren.

Elser war aus den aufgezeigten Gründen ein Einzelgänger, verhielt sich jedoch dort, wo dies ohne Bedeutung blieb, keineswegs als Eigenbrötler. Als Knabe lernte er Flöte, dann Ziehharmonika spielen, und während seiner Zeit in Konstanz nahm er sogar Privatstunden, um das Zitherspielen zu erlernen. Er spielte zur Unterhaltung auf und bemühte sich nicht ohne Erfolg um Mädchenbekanntschaften. «Besonders Musik war es», bemerkt Anton Hoch, «die ihn lange Zeit regelmässig unter die Leute brachte³¹.» Aber es gilt auch jene andere Aussage Elsers zu beachten: «Ich suchte von den häuslichen Verhältnissen Ablenkung in der Musik³².»

Die dunklen Schatten haben ihn stets begleitet. Im Jahre 1930 wurde ihm von Mathilde N. der Sohn Manfred geboren. Die Bemühungen um eine Abtreibung in der Schweiz waren erfolglos geblieben, und die gehegten Befürchtungen trafen für Georg Elser in vollem Ausmass ein. An Heirat war nicht zu denken; der Wunsch, den Knaben einmal bei der Grossmutter aufzuziehen, liess sich nicht verwirklichen. Mathilde N. ehelichte später einen anderen Mann; die Alimente hatte weiterhin der leibliche Vater zu bezahlen. Sie wurden ihm zum Mühlstein, der ihn nach unten drückte.

Im Dezember 1936 trat er bei einer Armaturenfabrik in Heidenheim als Hilfsarbeiter ein, wo er bis zum März 1939 blieb. Als gelernter Schreiner hätte er anderswo mehr verdienen können. Für ein berufliches Vorwärtskommen sah er keine Hoffnung. «Ich hatte aber kein Interesse daran mehr zu verdienen, sondern nur daran, dass mir die Arbeit gefiel. Wenn ich mehr verdient hätte, hätte ich ja doch keinen Nutzen davon gehabt; denn jeder Betrag über 24.-RM Wochenlohn wird mir ja doch zur Bezahlung der Alimente gepfändet».» Im Verlaufe der Jahre hatten sich schuldig gebliebene Beträge aufgetürmt, und er wusste keine Möglichkeit, sich von dieser Last zu befreien. Er hatte sonst nie Schulden gemacht, war in den persönlichen Bedürfnissen anspruchslos und suchte seinem Verständnis von «solide» nachzuleben. Von den Fälligkeiten für den Sohn fühlte er sich überfordert und resignierte. Sogar in der Vernehmung vom 20. November 1939 verrät seine Formulierung die Hilflosigkeit gegenüber der nicht gewollten Verpflichtung: «Vom Amtsgericht Konstanz wurde ich vor ungefähr 9 Jahren zur Bezahlung von monatlich 45.-RM für den Unterhalt meines Sohnes Manfred verurteilt. Diese Zahlung habe ich natürlich bis heute nie vollständig leisten können, so dass dadurch eine erhebliche Schuld angewachsen ist. Wieviel sie heute beträgt, will ich gar nicht wissen³⁴.» Unter solchen Umständen war auch nicht an Heirat und Familie zu denken. Ihm war in seiner bedächtigen Art jede Überspanntheit fremd, und er will nach eigenem Bekunden nie Selbstmordgedanken gehegt haben. An den Fähigkeiten gemessen in seiner Hilfsarbeit fehlbesetzt, im Privatleben blockiert – dieses gleichsam auf kaltem Wege erfolgte allmähliche Überrolltwerden, die Unterdrückung der schöpferischen Selbstentfaltung setzten jene Energien frei, die sich bei der Ausführung der Attentatsidee von einer zielstrebigem Mächtigkeit erwiesen.

Elser war kein Homo politicus gewesen; während der Weimarer Republik hatte er die Liste der KPD gewählt in der Annahme, die Kommunisten würden sich am ehesten für die Arbeiterschaft einsetzen. Dem «Roten Frontkämpferbund» war er in Konstanz auf Zureden eines Kameraden beigetreten, ohne aktiv mitzumachen. Der Gewerkschaft des Holzarbeiterverbandes gehörte er an, weil dies bei den Arbeitern seines Berufes üblich war. Das Nazi-regime lehnte er ab; ihm gab er die Schuld, dass sich die Löhne verschlechterten, während – was er wegen der Alimente besonders empfindlich spürte – die Abzüge erhöht wurden. Der Arbeitsplatz konnte nicht mehr so leicht wie früher gewechselt werden. Elser, vor allem von der Mutter streng protestantisch erzogen, war überzeugt, «dass die deutsche Regierung die in Deutsch-



Georg Elser's Fluchtweg in Konstanz am 8. November 1939 mit eingezeichnetem Festnahmeort, ca. 25 m von der Schweizer Landesgrenze entfernt.

land bestehenden Kirchen, d.h. Religionen, abschaffen will³⁵.» In der Arbeiterschaft habe gegen die Regierung eine «Wut» geherrscht, und im Herbst 1938 sei bei ihr mit einem Krieg gerechnet worden.

Während mit der Münchner Konferenz allgemein wieder eine Beruhigung eintrat, bewies Elser bessere Weitsicht. Da er entsprechend gehandelt hat, ist seine Aussage vom 21. November 1939 nicht als nachträglich retuschiert zu bewerten: «Ich war bereits voriges Jahr um diese Zeit der Überzeugung, dass es bei dem Münchener Abkommen nicht bleibt, dass Deutschland anderen Ländern gegenüber noch weitere Forderungen stellen und sich andere Länder einverleiben wird und dass deshalb ein Krieg unvermeidlich ist, d.h. ich hatte die Vermutung, dass es so kommen wird³⁶.»

Im Herbst 1938 fasst er den Entschluss zum Attentat, fuhr am 8. November 1938 nach München, rekonoszierte den Bürgerbräukeller: «In den folgenden Wochen hatte ich mir dann langsam im Kopf zurechtgelegt, dass es am besten sei, Sprengstoff in jene bestimmte Säule hinter dem Rednerpodium zu packen und diesen Sprengstoff durch irgendeine Vorrichtung zur richtigen Zeit zur Entzündung zu bringen³⁷.» Die Beschaffung des Sprengstoffes, das Austüfteln des Zündungsmechanismus sowie die ganze Konstruktion der Höllenmaschine und deren waghalsiger Einbau in der bewussten Säule im Bürgerbräu – dies war in der Tat ein Meisterstück, das anderswo abzulegen ihm nicht vergönnt sein sollte. Durch die Verknüpfung von persönlichen und politischen Motiven fügt sich Elser durchaus in die bisherigen über Einzeltäter gewonnenen Erkenntnisse ein. Er gehörte zwar zu jenen, die an das Überleben dachten; aber ohne sich dies einzugestehen, handelte er bei der «Flucht» derart fahrlässig, dass dieser Rettungsversuch sich selbst in Frage stellte. Bei der Festnahme trug er Zünderteile auf sich, die er früher zweimal wegwerfen wollte und es jeweils wieder «vergessen» hatte. Unter dem Rockaufschlag hatte er sich das Abzeichen des «Roten Frontkämpferbundes» angesteckt, das er beim Aufräumen in alten Sachen wiederentdeckt haben will, und damit nicht genug, fand man bei der Durchsuchung eine Postkarte mit der Innenansicht des Bürgerbräusaales auf ihm. Obwohl er Konstanz sehr gut kannte, wählte er für den illegalen Übertritt eine nahe am Zoll gelegene denkbar ungünstige Stelle. Im Wessenberggarten wurde er fünfzig Meter von einem Postenhaus entfernt festgenommen. «Wenn ich gefragt werde», so äuserte sich Elser hierzu, «was mein erster Gedanke in diesem Augenblick war, so muss ich zugeben, dass ich mich im ersten Augenblick über mich selbst

und meinen Leichtsinn geärgert habe. Ich dachte, wäre ich doch nicht einfach so darauf zugelaufen, sondern hätte ich doch wenigstens zuerst genau Umschau gehalten, ehe ich auf die Grenze zuing³⁸.» Dieser «Leichtsinn» eines im Übrigen mit grösster Sorgfalt planenden Attentäters hatte schon fast Methode. Von der Schweiz aus wollte er sich freiwillig als Urheber dieses Anschlages zu erkennen geben und hoffte, durch geheime Angaben über deutsche Rüstungsfirmen die Eidgenossen zu bewegen, ihn nicht nach Deutschland auszuliefern, ihn allenfalls nach Frankreich abzuschieben. Georg Elser machte sich zwar vor, er plane sein Überleben, verwirklicht hat er seinen Rückzug, als gelte ihm der Tod weniger als die Anerkennung für sein technisch raffiniertes Attentat. Er war bereit, auch ein zweites Mal sein Leben zu wagen, um sich als Urheber jenes brillant ausgedachten Gewaltaktes, der weltweites Aufsehen erregte, bekannt zu machen. Diesen Ehrgeiz hätte der bescheiden wirkende Schwabe wohl nie entwickelt, wenn ihm im Leben bessere Chancen zur Selbstentfaltung geboten gewesen wären.

7. Zehn preussische Polizeioffiziere und das «Abegg-Archiv»

Noch ist auf ein spektakuläres Attentatsvorhaben einzugehen, von dem Peter Hoffmann auch in der dritten neu überarbeiteten Auflage (1979) seines Standardwerkes «Widerstand, Staatsstreich, Attentat» berichtet. Der bekannte Historiker, der bestrebt war, möglichst umfassend die Regungen zur Beseitigung Hitlers zu schildern, beschreibt auch ein Kollektivprojekt, das von der Schweiz aus in Gang gesetzt worden sei:

«1938 wurde», so ist von ihm zu erfahren, «unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. (des preussischen Ministeriums Braun-Severing) Dr. Wilhelm Abegg ein Komitee mit dem besonderen Zweck der Vorbereitung eines Attentats gegen Hitler gegründet. Dieses ‚Comite A‘ warb zehn ehemalige preussische Polizeioffiziere an, die mit schweizerischen Lösegeldern aus deutschen Konzentrationslagern befreit wurden. Es sollten nämlich möglichst alle von Hitler für den Fall seines Todes vorgesehenen Stellvertreter zugleich getötet werden. Es war daran gedacht, die Attentäter als italienische Kurieroffiziere mit wichtigen Nachrichten zu verkleiden. Aus verschiedenen Gründen, so angeblich wegen Schwierigkeiten bei der Herstellung der Attentatsbomben, verzögerte sich die Ausführung des Planes bis 1942, und da hiess es dann, es sei nicht mehr nötig, weil inzwischen in Kreisen der deutschen Wehrmacht ein Attentat vorbereitet werde¹.»

Zehn preussische Polizei-offiziere, die von den Behörden unbemerkt in der Schweiz untergetaucht waren und die Tötung Hitlers sowie seiner allfälligen Stellvertreter vorbereiteten – das stellt alles bisher Bekannte in den Schatten. Es handelte sich ja nicht um ein Kollektivattentat nach klassischem Muster, bei dem die Verschwörer gemeinsam und im gleichen Augenblick den tödlichen Schlag führen, vielmehr sollten bei diesem Unternehmen zehn Einzeltäter gleichzeitig an verschiedenen Orten die Spitzen des Regimes beseitigen. Peter Hoffmann nennt als Quelle für seine Schilderung ein Exposé Nr. 2 von Dr. Alhard Gelpke mit dem Titel «Über einige Comités, die während der Hitlerzeit im Dienste des Abendlandes wirkten».

Aus diesem in Zürich verfassten und vom Mai 1956 datierten Schriftstück sind noch weitere Einzelheiten zu entnehmen. Demnach will der «Abegg-Kreis» erfahren haben, dass als Hitlers Stellvertreter die nachstehende Reihenfolge vorgesehen worden sei: Göring, Goebbels, Himmler, Heydrich, Keitel, Dönitz. Gelpke überliefert in seinem Exposé das Attentatsvorhaben wie folgt: «Abegg vertrat die Auffassung, dass ein durchschlagender Erfolg nur erzielt werden könne, wenn mit Hitler auch alle eventuellen Stellvertreter in die Luft fliegen. Abgesehen von einigen grossen Massenversammlungen, waren aber die Stellvertreter nur selten alle beisammen. Ein Attentat während einer Massenversammlung schied aus verschiedenen Gründen aus. Also blieb nur ein Weg offen; Hitler und alle Stellvertreter an ihren Arbeitsplätzen gleichzeitig zu töten. Die Versuche zur Herstellung geeigneter Attentatsbomben dauerten wider Erwarten bis 1942. Der Plan, der in verschiedenen Referaten näher erläutert wurde, sah vor, dass die Attentäter mit italienischen Pässen als italienische Offiziere bei der Hitler-Clique vorsprechen, um als Kuriere vertrauliche Mitteilungen von Mussolini zu übermitteln.

Die Bomben sollten in die Offiziershelme einmontiert und durch einen Schiebemechanismus ausgelöst werden. Die Attentäter wären dabei ebenfalls zerrissen worden. Mit diesem Freitod waren die zehn deutschen Polizei-offiziere einverstanden. Sie erstrebten keinerlei Ämter, sondern wollten ihr Leben für das Wohl des Abendlandes opfern.

Wenn ihr Schicksal anders verlief, so ändert dies nichts an ihrer Opferbereitschaft, denn sie haben 1944 alle – wenn auch auf andere Weise – freiwillig den Tod gewählt, als sie durch die Denunziation eines Rüstungsindustriellen um ihr Leben fürchten mussten².»

Diese Mitteilungen klingen derart phantastisch, dass es kaum zu verstehen ist, weshalb Hoffmann sie resümiert, ohne sie auch kritisch zu verifizieren.

Die rein deskriptive Darstellungsweise, die nach einer möglichst umfassenden Schilderung strebt, bleibt im methodischen Ansatz fragwürdig. Um die breite Vielfalt von Widerstandsaktivitäten zu dokumentieren, erhielt die Aufzählung antinazistischer Manifestationen lange Zeit Vorrang vor der kritisch wertenden Differenzierung. Dieser Tendenz ist offensichtlich auch Hoffmann zum Opfer gefallen, denn das angeblich vom «Abegg-Kreis» geplante Attentat existiert nur in der Imagination. Dass die ganze Geschichte mehr als mysteriös war, wird schon beim geringsten Versuch deutlich, für die Existenz dieser Polizeioffiziere einen Beweis zu erbringen. Eine direkte Befragung von Dr. Alhard Gelpke, der diese Attentatserzählung auch in seiner 1959 unter dem Pseudonym «Alardus» publizierten Schrift «Krieg in Sicht?» wiedergibt³, lässt eines vermissen: Hinweise, die nachprüfbar sind.

Die erwähnten Polizeioffiziere sollen in den Jahren 1930 bis 1932 Material gegen Hitler für einen Hochverratsprozess gesammelt haben; ihnen sei es gelungen, detaillierten Nachweis über die Finanzierung der NSDAP durch das deutsche und das ausländische Grosskapital zu erlangen. Kaum an der Macht, habe Hitler die ursprünglich dreizehn Polizeioffiziere verhaften lassen. Vier Jahre lang hätten sich die Freunde in der Schweiz abgemüht, für deren Freilassung rund 100'000 Franken zu sammeln; damit sollte der Chef des Konzentrationslagers in der Nähe von Berlin bestochen werden. Durch die Vermittlung von Baron Teichmann sei es 1938 möglich geworden, zehn Polizeioffiziere – angeblich waren drei weitere am 30. Juni 1934 erschossen worden – illegal in die Schweiz zu bringen. Als Zeugen nennt Gelpke Baron von Teichmann, fügt allerdings bei, dieser sei mit unbekannter Adresse nach Kanada ausgewandert⁴. Einmal angenommen, die Geschichte stimme, so mussten jetzt zehn Personen in der Schweiz untergebracht und gepflegt werden; das war über Jahre hinweg ohne Zeugen nicht zu schaffen.

Aber auch dies bringt Dr. Gelpke nicht in Verlegenheit. Unter Tarnnamen seien Abeggs «V-Leute» von Baron von der Heydt auf dem Monte Verità beherbergt worden. Als mit dem Krieg die Lebensmittelrationierung eingeführt wurde, sei es über Gottlieb Duttweiler gelungen, von der Migros-Filiale in Lugano unkontrollierte Verpflegung für die Untergetauchten abzuzweigen. Alle Zeugen, die Gelpke erwähnt, sind gestorben. Vergeblich wird man auch nach Hinterbliebenen fragen. Ende Mai oder Anfang Juni 1944 nahmen die zehn Polizeioffiziere in der Erzählung Gelpkes ein Boot und liessen sich in Basel rheinabwärts treiben. «Sie hatten», weiss er zu berichten, «von Abegg für alle Fälle Zyankali erhalten, das sich Abegg schon zu seiner Amts-

zeit vorsorglich besorgt hatte. Alle rechneten mit einem Foltertod. Sie wählten den Freitod auf dem Rhein gegen Deutschland treibend, um so zu vermeiden, dass ihre Freunde in der Schweiz, Abegg und Duttweiler, Schwierigkeiten bekämen. In Deutschland hatten die Offiziere niemanden, mit dem sie noch mittels Korrespondenzen in Verbindung gestanden hatten. Diese Offiziere sind auf diese Weise spurlos verschwunden; vom Auffinden ihrer Leichen hat man nie etwas gehört. Da sie illegal in der Schweiz gewohnt hatten und alle Personen, die mit ihnen in Kontakt gewesen sind, inzwischen gestorben sind, lassen sich von ihrem hiesigen Aufenthalt auch keine Spuren mehr finden. Heute bin ich für diese Vorgänge der einzige Zeuge⁵.»

Es fehlt nicht an unkritischen Geistern, die im sogenannten «Abegg-Archiv» bedeutsame Funde zu entdecken meinen. Aus einer angeblich von Ende 1937 datierenden «Archiv-Notiz bf. Attentatsplan eines Schweiz. Theologie-Studenten», die Gelpke von Abegg diktiert bekommen haben will, soll sogar Maurice Bavaud in jenem Jahr beim ehemaligen Staatssekretär vorgesprochen haben: «Kurz vor Weihnachten hatte ich den Besuch eines kath. Theologie-Studenten. Er hatte auf einem Spaziergang» – so das angebliche Diktat Abeggs – «durch die Bahnhofstrasse meine Anwaltstafel gesehen und fragte, ob ich identisch sei mit jenem Abegg, den Heiden in seinem grossen Werk über Hitler wiederholt erwähnt habe.» Als Abegg dies bejahte, habe Bavaud Vertrauen gefasst und ihm eröffnet, 1938 ein Attentat auf Hitler zu planen. Er wollte von Abegg erfahren, wie er an Hitler herankomme. Unter anderem soll Bavaud geäussert haben: «Die alte Generation habe versagt. Sie habe nicht nur in der ganzen kapitalistischen Welt die grosse Arbeitslosigkeit von ca. 30 Millionen verschuldet, sondern auch in Deutschland, Italien, Spanien und Russland Diktatoren an die Macht gebracht. Hitler, Mussolini, Franco u. Stalin seien nur formell Christen, in Wirklichkeit seien sie Anarchisten. Die Bekämpfung der antichristlichen Diktatoren sei eine internationale Aufgabe. Als neutraler Christ würde er alle Diktatoren töten, er müsse sich aber auf Hitler konzentrieren. So wie Frankfurter stehe er unter einem Gewissenszwang u. sei bereit, sein Leben zu opfern, um einen 2. Weltkrieg zu verhüten.» Auf diese Eröffnungen soll Abegg wie folgt reagiert haben: «Ich konnte die alte Generation nicht entlasten und gab Bavaud aus meinem Zyankali-Vorrat eine Kapsel für den Fall, dass er von der SS gefoltert werde⁶.»

Darauf aufmerksam gemacht, dass sich Abegg und Bavaud in deutscher Sprache nicht haben unterhalten können, wie Gelpke behauptete, fand dieser die

nachträgliche Erklärung, eine Sekretärin habe als Dolmetscherin fungiert. Er selbst will Bavaud in der Anwaltskanzlei Abeggs kurz gesehen, aber nicht gesprochen haben⁷.

Da Alhard Gelpke in zahlreichen Notizen festgehalten hat, was ihm die Polizeioffiziere über die geheimen Kapitalzuflüsse der NSDAP anvertraut haben sollen, werden die sogenannten Abegg-Materialien mit Vorliebe von Publizisten beigezogen, die Hitler als Marionette einer skrupellosen Hochfinanz darstellen möchten. «Wer Hitler finanziert», wusste beispielsweise die Monatschrift «Neutralität» im Mai 1970 in einer «Exklusiv-Recherche» dank der Abegg-Materialien und Dr. Gelpke namhaft zu machen. Mit der Schlagzeile «Augenzeugen gegen Fachidioten» unterstellte sie jenen Historikern Blindheit, die sich gegenüber «artfremden Berufsgenossen», aber auch «gegenüber Augenzeugen» kritisch verhielten⁸. In derselben Manier, jedoch in verschärfter Form polemisiert Heinz Scholl in seiner Schrift «Von der Wallstreet gekauft»: «Eisernes Schweigen bewahren die professionellen Geschichtslügner im akademischen Tarnkleid und ihre Papageien in den vom Kapitalismus beherrschten Massenmedien über den ausschlaggebenden Aspekt zur Beurteilung der Schuld an den Blutbädern zwischen 1933 und 1945: die Finanzierung Adolf Hitlers durch die internationale Hochfinanz zum Zweck der Inszenierung des Zweiten Weltkrieges. Hier liegt der Schlüssel zur Beurteilung der Frage, wer ursächlich für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich ist⁹.» Bei den «Beweisen», dass Hitler ein vom amerikanischen Grosskapital gekaufter Politiker gewesen sei, spielen die Abegg-Archivalien wiederum eine Schlüsselrolle. Der Abdruck eines Schreibens von Max Tornaun an den damaligen Bundeskanzler Brandt lässt an der Tendenz keinen Zweifel. Zionisten sollen dafür verantwortlich gemacht werden, Millionen «völlig unschuldiger deutscher Juden» geopfert zu haben, um ihr religiöses Ziel, die Errichtung des Staates Israel zu verwirklichen¹⁰. Auch Hennecke Kardel, der Verfasser des Buches «Adolf Hitler – Begründer Israels», versucht, den Einfluss amerikanischer und jüdischer Geldgeber unter anderem durch Hinweise auf Abegg-Materialien zu dokumentieren¹¹.

Schon in der Frühzeit der NSDAP wusste Hitler begehrte Devisen von Sympathisanten aus dem Ausland nutzbar zu machen. Die Frage der Finanzierung ist mehrfach untersucht worden, ohne dass die Thematik damit erschöpft wäre. Eine völlig andere Zielsetzung ist es, nach bewährtem Muster anonyme Mächte, die mit Schlagworten wie «Zionismus» oder «Hochfinanz» gekennzeichnet werden, als die eigentlichen Schuldigen am Zweiten Weltkrieg und den Massenmorden zu «entlarven». Dadurch soll eine Mitschuld nicht nur

negiert werden, vielmehr wird die Verantwortung in bekannter Diktion angeblichen «Drahtziehern» zugeschoben, die bereits den Goebbels-Propagandisten als Vorwand für ihre gewissenlose Hetze dienten. Man könnte wie bisher derartige Publikationen als abwegig totschweigen, hätte es sich nicht gezeigt, dass diese Thesen mit der Behauptung, ihrer unbequemen «Wahrheit» wegen unterdrückt zu werden, auf allerlei Nebenwegen dennoch Verbreitung finden^u.

Zur Quelle solcher «Erkenntnisse» ist das «Abegg-Archiv» mehrfach geworden. Wenn es hier etwas zu «enthüllen» gibt, so in erster Linie die Tatsache, dass diese Materialien die wohl umfangreichste Geschichtsfälschung der jüngsten Zeit enthalten. Als Treuhänder und Archivar fungiert einzig Dr. Alhard Gelpke, der gleichsam als ein moderner Münchhausen aus einem Kern an Selbsterlebtem, angeregt durch umfangreiche Lektüre und beflügelt von lebhafter Phantasie, Tausende von sogenannten Archivnotizen produziert hat, die er als Diktate Abeggs ausgab. Diese Mischung ist raffiniert genug, jenen, die vor allem Beweise für ihre eigenen Thesen suchen, durch den Einbezug bekannter Vorgänge, als plausibel zu erscheinen. Die Auseinandersetzung darüber, was an diesen «Aufzeichnungen» wahrscheinlich und was unglaublich klingt, ist unfruchtbar; die Pseudoakten, die allenfalls die Unterschrift Gelpkes tragen und auf deren Datierung man nicht zählen darf, enthalten auch manche Hinweise, mit denen Gutgläubige die von ihnen angeführten Unterlagen als verwendbar erklären. Was sollte Dr. Alhard Gelpke, so wunderten sich selbst Skeptiker, für ein Interesse daran haben, nachträglich ein fingiertes Archivmaterial von einem derartigen Umfang zu schaffen? Eine solche Irreführung ist zu absurd, als dass sie für möglich gehalten werden könnte. Dennoch lassen Nachforschungen zur Biographie dieses «Archivars» und «Augenzeugen» kaum Zweifel aufkommen, dass seine Bestände weder für Attentatsgeschichten noch für die Finanzierungsfrage benutzbar sind. In Mitleidenschaft gezogen wurde ein Mann, von dem noch einige relevante Unterlagen erhalten geblieben sind, die vermehrt biographischen Charakter tragen und die nicht mit den von Dr. Gelpke stammenden Materialien zu verwechseln sind.

Dr. Wilhem Abegg (1876-1951) wurde 1920 als Ministerialrat ins preussische Ministerium des Innern berufen. Dort unterstand ihm – seit 1926 als Staatssekretär – das Polizeiwesen. Er war ein entschiedener Gegner Hitlers gewesen und hat noch im letzten Moment versucht, unter Einschluss der Kommunisten eine Einheitsfront gegen die Nationalsozialisten zustande zu bringen. Papens Staatsstreich in Preussen gegen die sozialdemokratische Re-

gierung Braun-Severing zwang auch Abegg zum Ausscheiden aus seinem Amt. Die weitere Entwicklung wollte er zunächst bei seiner Tochter in Innsbruck abwarten. Im Februar 1933 emigrierte er in die Schweiz, aus der seine Vorfahren stammten. Bereits im Juni 1930 hatte er Schritte eingeleitet, um die Anerkennung seines Doppelbürgerrechts bei den schweizerischen Behörden zu erreichen. In Zürich eröffnete er ein Rechtsanwaltsbüro, half vor allem Emigranten und ventilierte mit wenig Erfolg grossangelegte Auswanderungsprojekte. Die Flüchtlinge sollten ihr Geld in eine südamerikanische Goldmine investieren und sich durch den Erwerb von Land in Peru neuen Lebensraum erschliessen. Der Ausbruch des Weltkrieges machte diese Pläne zunichte. Abegg engagierte sich 1944 als stellvertretender Vorsitzender der provisorischen Leitung für die Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz, zu deren Präsidium er auch nach der definitiven Konstituierung gehörte. Während andere bekannte Emigranten wie der ehemalige Reichskanzler Dr. Joseph Wirth, Preussens Ministerpräsident a.D. Dr. Otto Braun, Dr. Wilhelm Hoegner und der Schriftsteller Dr. J.J. Kindt-Kiefer für das «Demokratische Deutschland» eintraten, hielt Abegg die Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht nur für möglich, sondern für notwendig¹³.

Zum Zeitpunkt, als Abegg in die Schweiz emigrierte, war Alhard Gelpke Parteigänger der Frontisten. «Ich selbst», erklärte er auf Befragen, «war fast bei allen Parteien einmal Mitglied gewesen. Zuerst war ich wohl bei der Demokratischen Partei Zürichs, dann bei der Bauernpartei, dann bei der Evangelischen Volkspartei. 1930 stiess ich zur ‚Neuen Front‘, die sich dann mit der ‚Nationalen Front‘ vereinigt hat. Diese Beteiligung ist aus meinem Interesse an der Sozialwissenschaft zu erklären. Ich hatte noch keine politische Überzeugung, wollte die neue Bewegung kennenlernen und wusste noch nicht, wo ich hingehöre¹⁴.» Sein Protest gegen die Kompetenzausweitung des «Landesführers» führte Ende 1933 zum Ausschluss; er trat in die «Aufgebots»-Bewegung von Jakob Lorenz ein¹⁵. Mehr als ein Jahrzehnt später wird er ein «AHO-Protokoll, Frühjahr 1933» erstellen, das belegen soll, dass er im Auftrag einer antifaschistischen Geheimorganisation (AHO = Adolf Hitler-Opposition) die «Nationale Front» in einen radikalen und einen gemässigten Flügel hätte spalten sollen¹⁶.

Alhard Gelpke, am 16. Februar 1894 in Winterthur geboren, war ein begeisterter Korpsstudent, schloss kurz nach dem Krieg in Zürich als Jurist ab und wurde durch die Vermittlung seines Vaters Angestellter bei einer Versicherungsgesellschaft in Winterthur. Seine Ambitionen zielten jedoch höher. Die Versuche, sich zu verselbständigen, schlugen mehrfach fehl. Als das Advoka-

turbüro in Zürich nichts einbrachte, eröffnete er eine psychologische Praxis, übernahm dann eine Generalvertretung für Staubsauger. Das Unternehmen endete mit einem Fiasko; den Verlust von 50'000 Franken deckten ihm die Eltern. Um die Existenz seines Sohnes Alhard und dessen Frau zu sichern, hat im Jahre 1927 sein Vater ein unangreifbares lebenslängliches Rentenkapi- tal ausgesetzt, aus dem Alhard monatlich eine finanzielle Beihilfe erhielt. Als Revisor erledigte er diverse Gelegenheitsaufträge und war von 1935 bis 1941 und von 1947 bis 1950 bei der Schweizerischen Verrechnungsstelle in Zürich angestellt¹⁷.

Er selbst hat sich gemäss seinen Aktennotizen eine bedeutend interessantere Tätigkeit geschaffen: Im Auftrag von Grossaktionären in New York, Boston und Chicago kontrollierte er die Geschäftsbücher wichtiger Firmen im Ruhr- gebiet und hatte den Kapitalgebern über die Verwendung der amerikanischen Investitionen regelmässig Bericht zu erstatten. Dabei will er festgestellt ha- ben, dass die amerikanischen Finanzleute Gelder an Hugenberg und Hitler abzweigten, «um den Kommunismus zu bekämpfen». Bereits 1931 hat er sich, folgt man seiner Legende, bei Abegg in Berlin gemeldet, um ihn zu warnen, eine Waffenfabrik in der Schweiz liefere über Belgien an Hitlers SA- Garden insgeheim Revolver¹⁸.

Nach Mitteilung von Dr. med. Walter Abegg konnte Gelpke seinem Vater Dr. Wilhelm Abegg, da er diesen damals noch gar nicht kannte, weder bei der Übersiedlung in die Schweiz behilflich gewesen sein, noch war er dabei beteiligt, das von den Nationalsozialisten in Berlin beschlagnahmte Gut we- nigstens zum Teil wieder freizubekommen¹⁹. Dass Abegg Polizeiakten mit in die Schweiz gebracht hatte, aus denen Gelpke noch kurz vor der Vernichtung stenographische Auszüge gemacht haben will, erklären seine Nachkommen für ganz unwahrscheinlich; die Geschichte mit den Polizeioffizieren er- scheint ihnen als absurd²⁰.

Nach eigenem Bekunden hat Alhard Gelpke seine Arbeit bei der Verrech- nungsstelle im Herbst 1941 wegen «verschiedener Nervenzusammenbrüche» aufgegeben. Die unhaltbaren finanziellen Zustände – seine «Flüchtlingsakti- vitäten» führten zu ständigen Geldforderungen gegenüber seiner Frau und den Geschwistern – richteten auch seine Ehe zugrunde. Im Jahre 1948, zu einem Zeitpunkt also, als die Produktion seiner Archivmaterialien in voller Entfaltung stand, wurde er in der psychiatrischen Klinik Rheinau daraufhin begutachtet, ob eine Bevormundung unumgänglich sei²¹. Pfarrer Rhenus Gel- pke beurteilt seinen Bruder, der subjektiv seine Handlungen als wahr ange- sehen habe, wie folgt: «Er baute sich eine Welt auf mit einem Netz bedeuten-

A.H.O.

Internationale Organisation zur Bekämpfung der politischen Lüge
(Verein im Geleite der Oxford-Bewegung)

Präsidium:
Dr. h. c. R. Gelpke †
Waldenburg/Basel

Sekretariat:
Dr. iur. A. Gelpke
Winterthur

(Alle Korrespondenzen an
Privatadresse des Sekretärs)

Winterthur, den
Schaffhauserstr. 7
Tel. 2 67 70

Telegramme:
Alardus Winterthur

Aktennotiz vom September 1941

Anlass zum Rundschreiben der AHO vom Februar 1940 gab der Tod von Nationalrat Dr. h. c. R. Gelpke, Basel, der vom Herbst 1930 bis Herbst 1939 die schweizerische Gruppe der oben erwähnten Organisation geleitet hatte. Nach seinem Tode wollte niemand die Leitung übernehmen. Es waren damit nichts als grosse Nachteile verbunden (Verfolgung durch die Gestapo in der Schweiz und grosse finanzielle Opfer). Wir suchten unseren Kreis zu erweitern in der Hoffnung aus neuen Mitgliedern einen Präsidenten wählen zu können. Aber dieser Plan mislang. So wurden denn die Gruppen Basel und Freiburg (Schweiz) aufgelöst. Die Mitglieder der AHO-Gruppe Basel traten der Europa-Union, Sektion Basel, bei und die Mitglieder der AHO-Gruppe Freiburg der von Prof. Dr. Lorenz geleiteten Aufgebot-Bewegung. Die Leitung der Gruppe Ascona übernahm - da sich kein Schweizer zur Verfügung stellte - der ehemalige preussische Ministerpräsident Dr. h. c. O. Braun, der seit 1933 in Ascona im Exil lebte. Die Leitung der AHO/Zürich übernahm Dr. Abegg, früher Staatssekretär von Dr. Braun.

Für mich als Archivar und Sekretär dieser schweizerischen Hitler-Oppositionsgruppen war das Mandat ebenfalls nur mit Nachteilen verbunden. Ich behielt es trotzdem vom Herbst 1930 bis zur Auflösung (1943/4). Die Auflösung hing zusammen mit Differenzen über die Frage, ob auch Kommunisten aufgenommen werden sollen. Die Mehrheit war dagegen; Dr. Abegg jedoch dafür. Nach Auflösung der AHO übernahm Dr. Abegg die Leitung der AEP (Gesellschaft f. Abendländische Kulturpolitik), sowie die Leitung des Komitees "Freies Deutschland in der Schweiz". In der AEP waren die Kommunisten durch Heinrich Mann (Bruder des bekannten Schriftstellers Thomas Mann) und im Komitee FD durch den Zürcher Schauspieler Langhoff vertreten. Langhoff war im KZ gewesen und hat in seinem Buch "Die Moorsoldaten" die erste Schilderung über die KZ in Deutschland bekannt gemacht.

Der Archivar:
Gelpke

Illustratives Beispiel aus Dr. Alhard Gelpkes «Akten»-Produktion. Der Briefkopf war fingiert, und die Berufung auf Nationalrat Dr. Rudolf Gelpke erfolgte zu Unrecht, so dass sich dessen Witwe zum Einschreiten veranlasst sah.

der Beziehungen, die ihm wohl als Selbstbestätigung dienten, als Kompensation für die vielen beruflichen Frustrationen^{22.}»

Sein Engagement für politisch Verfolgte vermischte sich mit dem Drang zu eigener politischer und sozialer Bedeutung. Die Bekanntschaft mit Abegg, die erst in den letzten Kriegsjahren enger wurde, war für ihn die grosse Chance. Der ehemalige Staatssekretär litt unter einer zunehmenden Schuldenlast, und Gelpke suchte sich ihm durch finanzielle Zuschüsse nützlich zu machen. Mit welchen Methoden er an seiner Legende wob, zeigte seine Selbstanzeige bei der Aufsichtskommission für Rechtsanwälte. Er wollte mit einer Bussgeldverfügung bestraft werden, weil er einen Flüchtling mit monatlichen Vorschüssen von maximal 100 Franken beschäftigte, obwohl dieser keine Arbeitsbewilligung erhalten habe. Der Stadtrat von Winterthur, der sich mit der Angelegenheit befasst hatte, lehnte am 25. November 1943 «mangels genügender Abklärung des Tatbestandes und auch wegen örtlicher Nichtzuständigkeit» ein Eintreten auf die Selbstverzeigung ab^{23.} Der «Beweis» dafür, dass er wegen seines Engagements für politische Flüchtlinge von Schweizer Behörden sogar «verfolgt» worden ist, kam somit nicht zustande.

Mit Vorliebe berief er sich auf seinen Vetter, den Basler Rheinschiffahrtspionier Nationalrat Rudolf Gelpke. Er druckte als Referenz Briefbogen mit dem Kopf «A.H.O Internationale Organisation zur Bekämpfung der politischen Lüge (Verein im Geiste der Oxford-Bewegung)», auf denen der verstorbene prominente Verwandte als Präsident und der «Archivar» als Sekretär ausgewiesen wurden. Auch diese Phantasieprodukte dienten als Beleg für die im Dienste der «Adolf Hitler-Opposition» geleistete Arbeit. «Mein Mann», so ist demgegenüber von Frau Susanna Gelpke, der Witwe des Nationalrates, zu erfahren, «hatte gar keine Beziehungen zu diesem Vetter, sah ihn nie, und auch ich kannte ihn nicht. Ich erinnere mich nur, dass nach dem Tode meines Mannes (1940) dieser J.A. Gelpke ganz irre Briefköpfe drucken liess und sich auch anderweitig in unwahrer Weise auf meinen Mann bezog, sodass der Onkel Prof. Dr. med. Ludwig Gelpke einerseits, und mein Bruder als Gst-Oberst in meinem Namen einschreiten mussten^{23a.}»

Es wäre dies alles belanglos, wenn nicht der in der behaupteten Form inexistente «Abegg-Kreis» sowie das imaginäre «Abegg-Archiv» stets wieder Gutgläubige fände, die aus solchen Quellen schöpften. Wilhelm Abegg hat an Alhard Gelpke testamentarisch nichts vermacht. Dieser erhielt vom Sohn für wenige hundert Franken Teile der Bibliothek, nahm wohl auch einige ungeordnete Papier mit. Die wenigen verstreuten Originalunterlagen entstammen

dieser Provenienz²⁴. Die unzähligen Archivnotizen und Protokolle sind jedoch erst nach dem Krieg maschinenschriftlich durch Dr. Gelpke und seine zweite Frau Hedwig Heiden-Schachne produziert worden, angeblich nach Stenonotizen, die er seinerzeit bei den Diktaten angefertigt habe. Unanfechtbare Originalstenos hat er nie beibringen können; hingegen pflegte er unter anderem zu seiner Lektüre stenographische Notizen zu machen. An der in jeder Hinsicht unglaublichen Materialproduktion hatte seine zweite Frau einen nicht zu unterschätzenden Anteil. In der Phase intensiver Aktivität, etwa von 1948 bis 1955, schrieb sie nach seinen Diktaten und wurde ihm dadurch zur unentbehrlichen Helferin. Die 1953 erfolgte Heirat bezeichnete er stets als Opferehe, ein Zweckbündnis, mit dem seine deutsche Frau vor einer allfälligen Ausweisung bewahrt werden sollte. Vergeblich hoffte sie, ihrem in einer psychiatrischen Klinik internierten Sohn ein Zuhause schaffen zu können.

Die zweite Frau besass gemäss Pfarrer Gelpke von beiden vielleicht noch den ausgeprägteren Geltungstrieb. Auf diese Weise spornten sie sich gegenseitig zu ihren Unternehmungen an, die ihnen als Treuhänder ehemaliger politischer Emigrantenorganisationen in der Schweiz zu Reputation und wohl auch zu materiellem Gewinn verhelfen sollten²⁵. An welche Stellen und Personen der «Geheimarchivar» Proben aus seinen Beständen versandte, ist kaum mehr überblickbar. Zunächst wollte er das angebliche «Abegg-Archiv» an das Bundesarchiv Koblenz verkaufen. Seine Materialien hatte er in einem Stall auf einem Bauernhof in Grüningen eingelagert. Am 6. Mai 1958 kamen zwei Herren aus Koblenz zur Prüfung der Unterlagen angereist. Die Pseudoakten, denen die Nähe des Schweinestalles nicht gut bekommen war, sollen sich in einem unbeschreiblichen Zustand befunden haben. Das Bundesarchiv verzichtete auf eine Weiterführung der Ankaufsverhandlungen²⁶. Bereits im September 1957 hatte Gelpke dem Institut für Zeitgeschichte in München Unterlagen gesandt, um es für seine Archivalien zu interessieren²⁷. Auch die Hoover Institution der Stanford University bedachte er mit verschiedenen Sendungen, erhielt jedoch am 1. Juli 1958 den Bescheid, «dass das Comitee sich nicht in der Lage sah, die \$ 2'000 für die von Ihnen vorgeschlagene Auswertung des Archives zu bewilligen²⁸.»

«Während der Genfer Konferenz», so schrieb Gelpke am 7. August 1959 dem Deutschen Institut für Zeitgeschichte nach Ostberlin, «habe ich den Delegationen die Broschüre ‚Alardus: Krieg in Sicht?‘ zugestellt mit der Einladung an Journalisten, das Abegg-Archiv, auf dem die Broschüre basiert, einzusehen. Unter den zahlreichen Besuchern vor und während der Genfer-Konfe-

renz befand sich auch Dr. M. Kohl, Dozent f. Staats- und Völkerrecht in Jena. Dr. Kohl hat das Archiv 4 Mal eingesehen und setzte sich mit der DDR-Delegation sowie mit Ihrem Institut in Verbindung. So kam es zur Abtretung des Abegg-Archivs an Ihr Institut ...» Aus dem Kaufvertrag vom 26. Juli 1959 zwischen dem Ehepaar Gelpke und Dr. Michael Kohl, dem späteren DDR-Botschafter in Bonn, geht hervor, dass ein Gesamtpreis von 8'000 Franken vereinbart wurde. Das Ehepaar erhielt sogleich eine Anzahlung von 2'000 Franken, während die Restsumme bis Ende 1959 überwiesen werden sollte. «Der Verkäufer ist damit einverstanden», so heisst es in Paragraph 5, «dass das gesamte Archiv am Tage der Unterzeichnung des Vertrages vom Käufer übernommen wird²⁹.» Das Material wurde denn auch unverzüglich in einen Wagen aus Genf verladen und ist dann mit der DDR-Delegation nach Berlin verbracht worden. Im April 1960 wurde Gelpke von Professor Dr. W. Bartel eingeladen, den Scheck für die Restsumme in Berlin in Empfang zu nehmen. Der Rechtsanwalt erklärte sich als unabhkömmlich. Am 7. Juni wurden seiner Frau die 6'000 Franken überwiesen³⁰. Als Ende September 1960 Gelpke an Dr. Kohl erneut ein Exposé sandte, reagierte der Völkerrechtler düpiert: «Ich danke Ihnen auch für die Überweisung einer Abschrift des Protokolls betr. Referat des Altreichskanzlers Dr. Wirth. Ich nahm an, dass Sie das gesamte Abegg-Archiv vertragsgemäss an das Institut für Zeitgeschichte übergeben haben. Ihr Nachgang und die von Ihnen gewählte Form der Verteilung hat mich daher etwas befremdet³¹.» Michael Kohl ist zugute zu halten, dass er den Globalbestand in der Hoffnung erwarb, eine ausführliche Prüfung durch die interessierten Stellen in der DDR werde noch Ergiebigeres zutage fördern. Gelpkes Aktenproduktion in Form der Übertragung angeblicher Originalstenos stand inzwischen jedoch nicht still. Im November 1961 sprach ihm auch das Schweizerische Sozialarchiv für die Überlassung des «Abegg-Archivs» seinen Dank aus³². Unter anderem erhielt das Historische Institut der Universität Bern «Abegg-Archivalien» geschenkt³³. Weitere Materialien übergab Dr. Gelpke dem Archiv für Zeitgeschichte in Zürich, in dessen Namen Hans Rudolf Humm an der Zürcher Tagung der Studiengemeinschaft zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung vom 21./22. Juni 1969 in einem Referat ausdrücklich davor gewarnt hat, «dass die noch vorhandenen Unterlagen in ihrem überwiegenden Teil keinen Quellenwert besitzen³⁴.» Die privaten Hintergründe dieser abnormen Fehlleistungen waren damals noch nicht klärbar. Von den wenigen Originalakten, den Zeitungsausschnitten und Broschüren abgesehen, sorgt der Bestand als Fälschung spektakulären Aus-

masses für seine eigene Geschichte. Obwohl als Quellenmaterial zur NSDAP-Finanzierung, für die Aktivitäten des innerdeutschen Widerstandes und zu den Attentatsplänen wertlos, dürfte Dr. Gelpke durch die Taktik, seine Produkte möglichst breit gestreut zu verteilen, sein Ziel dennoch erreicht haben. Würde eine Vernichtung dieser Erzeugnisse nicht Gerüchten oder gar offenen Verdächtigungen Vorschub leisten, aufschlussreiches Quellenmaterial sei durch interessierte Kreise beseitigt worden? Es wird immer wieder Leute geben, die irgendwo dem «Abegg-Archiv» auf die Spur kommen und an ihre bedeutsame «Entdeckung» glauben. Auf sie warten übrigens in diesem Bestand noch weitere «Funde»: Dr. Gelpke war nicht nur Sekretär und Archivar geheimer Oppositionsgruppen der Jahre 1933 bis 1945, vielmehr gab es Vorläufer, die bis ins Kriegsjahr 1915 zurückführen, als er zusammen mit Albert Einstein und anderen den «Geheimverein A» an der Ankengasse 5 in Zürich gründete³⁵!



Alhard Gelpke – gemäss eigener Version als Revisor auf dem Weg zu Grosskapitalisten in New York, Boston und Chicago, um ihnen über ihre Investitionen in Deutschland Rechenschaft zu geben, in Wirklichkeit als Tourist auf der Überfahrt in die USA.



Zerstörter Saal im Bürgerbräukeller nach der Bombenexplosion vom 8. November 1939 – Die Detonation war um 21.20 Uhr erfolgt, zehn Minuten zuvor hatte Hitler den Saal verlassen.

Dritter Teil

Maurice Bavaud und Marcel Gerbohay

I. Die Beseitigung des Diktators – Versuche des Schweizer Maurice Bavaud

Das Attentatsvorhaben von Maurice Bavaud ist in ein mysteriöses Dunkel gehüllt, das zu erhellen sich als ausserordentlich schwierig erweist. Die erste wissenschaftliche Bearbeitung stammt von dem in Montreal lehrenden Historiker Peter Hoffmann. Seine 1975 in London erschienene Studie schildert Hergang und Motive vor allem auf Grund der deutschen Akten. So viel wird deutlich, dass Bavaud seinen Entschluss zum Attentat nicht allein gefasst haben kann. Dieser hatte auf der Schule in der Bretagne mit dem Franzosen Marcel Gerbohay Freundschaft geschlossen – eine Verbindung, die bei der Vorgeschichte eine wesentliche Rolle spielt. Aber Gerbohay sei nicht der einzige gewesen, der den präsumptiven Attentäter zur Aktion getrieben hat. Hoffmann verweist auf einen Kreis verschworener Mitsenaristen, eine «Compagnie du Mystère», die für die Motivation ebenfalls von Bedeutung gewesen sei.

Bereits auf Grund der hier benutzten Unterlagen ergeben sich erhebliche Zweifel, ob die vorgelegten Untersuchungsergebnisse einer umfassenden Nachprüfung standhalten würden. Hat diese «Compagnie du Mystère» überhaupt je existiert? Was lässt sich über Gerbohay in Erfahrung bringen, und wie ist sein seltsames Gebaren zu erklären, sich als rechtmässiger Erbe des Zarenthrons aufzuspielen? Würden weitere Nachforschungen in Frankreich, der Schweiz und Deutschland völlig neue Aspekte erbringen? Da auch Marcel Gerbohay wegen dieses Attentatsvorhabens in Plötzensee hingerichtet worden ist, so war es fragwürdig, seine Lebensgeschichte zu übergehen. Immerhin musste damit gerechnet werden, dass eine derart einseitige Hervorhebung des Schweizer, auf den allein sich das Interesse konzentrierte, zu einer erheblichen Fehleinschätzung des ganzen Unternehmens führen konnte. Obwohl diese Hintergründe sowie die Motive voller Widersprüche blieben, gelangte der bekannte Spezialist der Widerstandsforschung zur Feststellung, Bavaud habe im vollen Besitz seiner Urteilsfähigkeit gehandelt. Anhaltspunkte, die zu Zweifeln Anlass geben, vermochte Hoffmann nicht zu erkennen. Es werde ja auch kaum jemand einem Elser oder Stauffenberg ernsthaft unterstellen wollen, «wahnsinnig» gewesen zu sein. Ob ein solcher Analogieschluss auf Bavaud anwendbar ist, wird sich zeigen¹.

Auch der amerikanische Publizist Herbert Molloy Mason hat sich mit Bavauds Unternehmungen befasst, an Hitler auf Schussnähe heranzukommen. Seine Ausführungen unter dem einprägsamen Titel «Alone against the Führer» fügen der Darstellung Hoffmanns nichts Neues hinzu. Hingegen erwähnt auch er Gerbohay als einen für dieses Vorhaben wichtigen Inspirator².

Eine völlig andere Version machte Rolf Hochhuth in seiner Basler Rede Anfang Dezember 1976 publik. Ihm zufolge hat sich Maurice Bavaud allein seinem Gewissen folgend aufgemacht, den Diktator zu töten³. Im Gegensatz zu den Ausführungen Hoffmanns hält der Schriftsteller in seiner jüngst erschienenen Publikation die These aufrecht, dass die Vorgänge, die sich auf der Schule in Saint-Ilan abgespielt haben, völlig irrelevant seien. Als ausgesprochener Realist habe er in Hitler eine Gefahr für die Menschheit gesehen, die er beseitigen wollte. Dieser These vom «Alleintäter» fügte Hochhuth eine zweite bei. Bavaud sei «der *eine* einzige des ganzen Zeitalters, der wagen wollte, Hitler frontal zu erschiessen⁴.» Zugleich erhebt er den Schweizer zum «Ideen-Träger» von einsamem Rang empor, verklärt ihn zum «Tell 38».

Wie aus dem vorhergehenden Abschnitt ersichtlich wurde, haben auch andere den Griff zur Waffe wagen wollen. Das Scheitern an der Aussichtslosigkeit des Vorhabens teilt Bavaud vor allem mit dem deutschen Rittmeister Eberhard von Breitenbuch. Dieser wartete am 11. März 1944 auf dem «Berghof» schussbereit sogar im Vorraum, bekam aber Hitler, der zu einer Lagebesprechung befohlen hatte, nicht zu Gesicht⁵. Hochhuth will seine Darstellung keineswegs als dichterische Überhöhung bewertet wissen. Vielmehr versucht er in der Rolle des Historikers, seine Version in einem Anhang dokumentarisch zu untermauern. Kommt dem jungen Neuenburger zu Recht jene historische Grösse zu, die ihn über andere Hitler-Gegner als einsames Beispiel hinaushebt, oder hat das Verlangen nach einer von aller Verstrickung freien «Sagenfigur», wie Hochhuth Bavaud nennt, zur Fehlprojektion in einen jungen Menschen geführt, dessen tragisches Geschick auf diese Weise nicht erhellt, sondern verdeckt wird? Auf Hochhuths Thesen und Beweisführung ist in einem speziellen Kapitel einzugehen.

Es fehlt nicht an weiteren Variationen der Ausdeutung. Bavauds Lebensgeschichte sei «eine Folge von Spitzkehren und Umschwüngen⁶», möglicherweise habe er eine historische Intuition gehabt⁷. Solchen Kombinationen sind keine Grenzen gesetzt.

Der erste Abschnitt der Untersuchung beginnt mit dem Aufbruch Bavauds nach Deutschland. Der Schilderung seines Vorhabens folgt eine kritische Auseinandersetzung mit den deutschen Akten. Keine Darstellung, auch nicht jene Hochhuths, kommt ohne diese Quellen aus. Bis jetzt ist jedoch noch nicht der Versuch unternommen worden, die Verzerrungen oder gar Verfälschungen in diesen Akten konkret nachzuweisen. Dass dies kein müssiges, sondern ein für jede kritische Quellenanalyse selbstverständliches Unterfangen ist, bestätigen die Resultate. Gerade jene tendenziös verfälschten Teile von Anklageschrift und Urteil, die darauf abzielten, Bavaud gegen allfällige Einsprüche abgeschirmt möglichst reibungslos unter die Guillotine zu bringen, haben in den bisherigen Publikationen den geringsten Vorbehalt gefunden und erleben nachträglich eine groteske Wiederauferstehung.

Den Hintergründen und Motiven ist der zweite Abschnitt gewidmet, der eine Klärung ausserhalb der deutschen Quellen anstrebt. Ebenso wie der Lebensgeschichte des Schweizers wird auch jener von Marcel Gerbohay nachgegangen. Sehr rasch stellt sich dabei heraus, dass die Schicksalsgemeinschaft der beiden Seminaristen aus der Perspektive des Widerstandes allein nicht zu ergründen ist.

Gab es eine Chance, Maurice Bavaud vor der Guillotine zu retten? Im Schlussteil widerspiegelt sich, wie die Familie Bavaud in Neuenburg und der eingekerkerte Sohn in Berlin Monat um Monat bedrückendster Ungewissheit ausgesetzt waren und dabei von der schweizerischen Vertretung in Berlin im Stich gelassen worden sind. Hinter dem Attentatsvorhaben verbirgt sich das Drama einer ungewöhnlichen Freundschaft, die in der brutalen Todesmaschine der Nazijustiz endete. Diese bewegende Geschichte bedarf subtiler Einfühlung, versperrt sich pathetischer Verklärung oder schriller Polemik. Historische Wahrheiten sind nur subjektiv zu erkennen. Mein Bestreben war es, ihnen so nahe wie möglich zu kommen – ein Versuch, der nichts anderes sein will als ein Beitrag zu jenem grösseren Themenkreis, dem auch die beiden vorhergehenden Untersuchungen gewidmet sind.

1. Seltsame Jagd auf Hitler

Am 18. Dezember 1939 ist Maurice Bavaud vom zweiten Senat des berüchtigten Volksgerichtshofes zum Tode verurteilt worden. In der Begründung sprachen die Blutrichter von einem «umsichtigen, folgerichtigen und ver-

schlagenen Verhalten», das er «bei der Ausführung der Tat» gezeigt habe; an seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit und uneingeschränkten strafrechtlichen Verantwortlichkeit gebe es nicht den geringsten Zweifel¹. Dass er mit der Ausführung des Attentats begonnen habe, wurde vom Verteidiger bestritten. Obwohl es in diesem Prozess für den noch nicht ganz vierundzwanzigjährigen Sohn eines Postangestellten aus Neuenburg keine Chance gab, hatte der mutige Pflichtverteidiger auf Freispruch plädiert. Ob die entschlossenen Bemühungen des Schweizer, mit der geladenen Pistole Hitler zu stellen, in keiner Phase seines Vorhabens das strafrechtlich erfassbare Stadium der Ausführung erreicht haben, mag unter Juristen kontrovers beurteilt werden. Wie dieses Todesurteil verfälschend vorprogrammiert worden ist, wird aus anderen als ausschliesslich strafrechtlichen Erwägungen deutlich. Schon die Art und Weise, wie Bavaud Hitler hinterhergehastet war, wirft ein merkwürdiges Licht auf dieses Attentatsvorhaben. Handelt derart unbekümmert, wer sich der schweren Konsequenz seines Unternehmens bewusst ist? Von Kind auf galt der junge Neuenburger als furchtlos². War es lediglich Ausdruck seiner Tapferkeit und seines Mutes, dass er sich mit geradezu frivoler Sorglosigkeit bewegte, als wüsste er nicht, von welchem dünnem Seil er jeden Augenblick zu Tode stürzen konnte? Doch beginnen wir mit jenem Zeitpunkt, als er im Begriffe stand, nach Deutschland aufzubrechen.

Im Juli 1938 aus der Bretagne für die Sommerferien nach Hause gekommen hatte Maurice Bavaud dem Vater erklärt, er wolle nicht mehr ins «Séminaire des Vocations tardives» nach Saint-Ilan zurückkehren. Dass der älteste Sohn sein Ziel, Missionar zu werden, aufgab, war für die Eltern eine tiefe Enttäuschung, auch wenn hierüber im Familienkreis nicht weiter gesprochen wurde. Es blieb ihm überlassen, sich wieder eine Stelle als technischer Zeichner entsprechend dem von ihm zuvor erlernten Beruf zu suchen. Bis Anfang Oktober ergab sich keine Lösung; stattdessen half er seiner Mutter im Geschäft für Frischgemüse. Sein Zimmer hatte er bei einer Tante, der auffiel, dass er bis tief in die Nacht hinein las; mit grossem Eifer wollte er Russisch und Deutsch lernen. Um die Eltern nicht zu alarmieren, fragte er eine Schwester seiner Mutter nach der Adresse von Verwandten in Deutschland, bei denen er sich zunächst einmal mit den Verhältnissen im Dritten Reich vertraut machen wollte³.

Für sein ganzes Vorgehen kennzeichnend ist, dass er sich damit begnügte, den allernächsten Schritt zu planen und im Übrigen zu hoffen, das Weitere werde sich dann schon ergeben. Das erste Problem bestand darin, dass der Kontakt mit den Verwandten in Baden-Baden seit Jahren unterbrochen war.

Dort hoffte er, bei Karoline Gutterer-Nofaier, der Tante seiner Mutter, für die erste Zeit Unterkunft zu finden. Den Eltern wollte er jedoch von seiner Absicht, nach Deutschland zu gehen, nichts erzählen; er wusste, dass sie versuchen würden, ihn zurückzuhalten. So wählte er den Weg, der ebenso einfach wie riskant war – eine Abreise «auf gut Glück». Noch am 2. Oktober 1938 hatte er sich an den «Weltdienst» in Erfurt gewandt und dessen antifreimaurerische und antisemitische Zeitschrift für ein halbes Jahr abonniert. Es gebe, so soll er dem Verlag des obskuren Oberstleutnants Ulrich Fleischhauer geschrieben haben, auch in der Westschweiz «noch einige ehrbare Leute, die gegen die Machenschaften von Juda kämpfen. Wie ich hörte, ist Ihr Blatt von der Demokratie sehr überwacht, dadurch wird es nur umso interessanter. Ich bewundere Ihre Anstrengungen, meine Herren, denen ich mich tatkräftig anschliessen möchte⁴.» Obwohl Bavaud sein Geld dringend benötigte, überwies er 6 Reichsmark für das Abonnement. War dies alles nur fingiert, um sich als Nazifreund zu tarnen? Wenn er davon ausging, dass der «Weltdienst» einer schweizerischen Zensur unterlag, dann musste er auch damit rechnen, dass sein Brief dies- wie jenseits der Grenze geöffnet werden könnte. Sofern er unmittelbar an die Ausführung des Attentats dachte, konnte er kein Interesse daran haben, sich den Behörden auffällig zu machen. Zwei Tage später liess er seinen Reisepass bis zum 4. November 1938 verlängern. Weitergehende Vorbereitungen traf er nicht. Die Beschaffung einer Waffe unterblieb; deren Handhabung hätte er zuerst trainieren müssen, zumal er vom Umgang mit einer Pistole keine Ahnung besass. Alles deutet daraufhin, dass er über seine Schritte in Deutschland noch keine konkreten Vorstellungen hatte.

Am Samstagabend, es war dies der 8. Oktober, besuchte er mit seiner Schwester Marie-Louise noch eine Kinovorstellung und verabschiedete sich gegen elf Uhr mit einem «bonne nuit», da er bei der Tante wohnte⁵. Später wird er aussagen, dass er, um sich Barmittel zu beschaffen, in jener Nacht aus dem im Geschäft der Mutter befindlichen Geldschrank gegen 600 Schweizer Franken entwendet habe⁶. Als sich am Sonntag herausstellte, dass Maurice verschwunden war, herrschte bei der Familie in Neuenburg tiefste Betroffenheit. Höchst überrascht waren auch die Gutterers in Baden-Baden über das plötzliche Auftauchen des unerbetenen Besuches aus der Schweiz. Die folgenden Tage glichen einer Übergangsphase, die nicht völlig ausschloss, dass die Entwicklung noch einen anderen Weg hätte nehmen können. Die Stieftochter Paula Gutterer war bemüht, Bavaud bei der Suche nach einer Anstellung behilflich zu sein. Die Firma Daimler-Benz lehnte die Beschäftigung eines Aus-

länders von vornherein ab, während bei den Stierlen-Werken der mündliche Bescheid vorerst ermutigend gelautet hatte. Am 19. Oktober 1938 traf bei der Familie Gutterer die schriftliche Mitteilung ein, die Einstellung komme nicht in Frage. Damals hatte die «Abwehr» in den für die Rüstungswirtschaft wichtigen Betrieben bereits ihre eigenen Vertrauensleute postiert, die auch die Bewerbung eines Ausländers zu überprüfen hatten⁷. Die plötzlichen Bedenken dürfte der Abwehrbeauftragte, der routinemässig eingeschaltet werden musste, geltend gemacht haben. Dies war nicht der einzige Anlass, der Bavaud in Berührung mit den geheimen Überwachungsmechanismen im Dritten Reich brachte.

Während er sich ahnungslos seine Zeit mit Spaziergängen vertrieb, bahnte sich eine für ihn bedeutend gefährlichere Bedrohung an. Seine Grosstante hatte ihrem Sohn von dem unerwarteten Gast nach Berlin berichtet: Es war dies niemand anders als Leopold Gutterer, Ministerialdirektor und enger Mitarbeiter von Goebbels im Propagandaministerium. Zur NSDAP gehörte er bereits seit 1925, dem Jahr der Neugründung. In Hannover hatte er sich als Gaupropagandaleiter hervorgetan und war seit 1933 in Berlin damit beschäftigt, Goebbels bei der Inszenierung seiner Hetzpropaganda behilflich zu sein⁸. Dass dieser Nazigünstling für die kleinbürgerliche Verwandtschaft in der Westschweiz nichts übrig hatte, lag auf der Hand. Das merkwürdige Auftauchen von Maurice sowie seine Berufsangabe «technischer Zeichner» erschienen dem misstrauischen Gutterer, der darauf bedacht war, sich nicht zu kompromittieren, als auffällig genug, das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin zu verständigen. Er verdächtigte den Verwandten, die im Gange befindlichen Arbeiten zur Errichtung des «Westwalles» ausspähen zu wollen!

Für Bavaud endete der Besuch in Baden-Baden als vollständiges Fiasko. Eine Arbeitsmöglichkeit fand sich nicht, und um ihm für das Attentatsvorhaben behilflich zu sein, dazu war diese Verwandtschaft denkbar ungeeignet. Nach dem ablehnenden Bescheid der Stierlen-Werke sah er sich zur Entscheidung gezwungen; um das Attentatsvorhaben auszuführen, musste er sogleich handeln. Obwohl er jetzt in die aktive Phase seiner Bestrebungen eintrat, dachte er wiederum nur an den nächsten Schritt. Sein Gepäck sandte er nach Berlin. Er selbst fuhr nach Basel zurück, weil sich dort ohne Waffenschein die benötigte Pistole beschaffen liess. Wenn es von Anfang an für ihn festgestanden hätte, dass er in Deutschland keine Arbeit annehmen und lediglich einige Tage in Baden-Baden verweilen werde, um unverzüglich zur Aktion zu schreiten, dann wäre der Kauf einer Waffe vor der Überschreitung der Grenze

zu tätigen gewesen. Es geht in keiner Weise darum, ihm nachträglich nachzurechnen, ob er sich bei seinem Vorgehen mit mehr Geschick hätte durchschlagen können. Die Eigentümlichkeiten dieses Aufbruchs ins Blaue, von dem einzig feststand, dass er mit dem Schuss auf Hitler enden würde, gilt es deutlich zu machen. In Basel erwarb er am 20. Oktober 1938 in der bekannten Büchsenmacherei von Gustav Bürgin an der Steinentorstrasse 13 eine «Schmeisser»-Pistole, Kaliber 6,35 Millimeter, sowie zehn Patronen. Den Mechanismus der halbautomatischen Waffe liess er sich vom Verkäufer erklären. Ihm wurde sogar Gelegenheit geboten – eine besondere Dienstleistung Bürgins für seine Kunden –, sich im Keller durch erste Schiessversuche mit der Pistole vertraut zu machen. Bei seinem spontanen Handeln war für eine gründlichere Überprüfung keine Zeit. So konnte der Waffenunkundige nicht wissen, dass er eine Pistole wählte, die zwar durch ihre Handlichkeit bestach, die aber in ihrer Wirkungsweise für seine Zwecke viel zu schwach war. Direkt auf den Kopf gezielt, traf sie tödlich auf eine Distanz, die etwa der doppelten bis dreifachen Armlänge entsprach¹⁰. Das war keine Präzisionswaffe für den Angriff, vielmehr diente sie – leicht mit sich zu führen – dem persönlichen Schutz.

Noch am selben Tag fuhr er mit der Reichsbahn nach Berlin, in der Tasche die Pistole, die ihm keine Chance gab. Sein Reiseziel wählte er in der Annahme, in der Hauptstadt den Reichskanzler am ehesten anzutreffen. Kurz nach der Münchner Konferenz vom 29. September hatte Hitler eine hektische Reisetätigkeit zu entfalten begonnen. Aus den nachträglichen Berichten in Zeitungen und Illustrierten war zu entnehmen, dass er mehrere Fahrten durch sudetendeutsches Gebiet unternahm. Am 9. Oktober, dem Abreisetag Bavauds in Neuenburg, hatte er an einer Grosskundgebung in Saarbrücken gesprochen, war am folgenden Tag auf einer Besichtigungsfahrt der Arbeiten am «Westwall» unterwegs, machte dann von Mainz mit dem Dampfer eine Rheinfahrt nach Bad Godesberg und besichtigte am 13. Oktober die Krupp-Werke. Die nächsten zwei Tage weilte er in München, wo er den tschechoslowakischen Aussenminister Chvalkovský sowie den ungarischen Ministerpräsidenten K. Daranyi empfing. Darüber berichtete die Presse ebenso wie über den Abschiedsbesuch des japanischen Botschafters Togo auf dem Obersalzberg, der ein persönliches Geschenk seines Kaisers überreichte. Am gleichen Tag verabschiedete sich dort der französische Botschafter François-Poncet von Hitler, worüber ein offizielles auch in der ausländischen Presse beachtetes Communiqué orientierte. Bavaud hätte sich aus den Zeitungen

darüber informieren können, dass sich Hitler nicht in Berlin aufhielt, auch wenn er nur wenige Worte Deutsch verstand. Sein blindes Drauflosgehen liess, und allein dies soll hier festgehalten werden, das Verlangen nach einem möglichst umsichtigen Vorgehen gar nicht aufkommen. Am Tag, als Bavaud von Basel nach Berlin reiste, besuchte Hitler im oberen Moldautal weitere durch das Münchner Abkommen erlangte Gebiete. Nach Berchtesgaden zurückgekehrt, erteilte er am 21. Oktober seine geheime Anweisung zur Erledigung der «Resttschechei¹¹».

Am gleichen Tag machte sich der Schweizer in Berlin zunächst einmal auf die Suche nach einer Unterkunft. Die erste Nacht hatte er noch in einem Hotel verbringen müssen, fand dann ausserhalb des Zentrums bei der Rentnerin Anna Radke an der Berliner Strasse 146 ein Zimmer, das ihm günstig schien und das er gleich bis Ende November mieten wollte. Inzwischen muss ihm der Gedanke gekommen sein, dass er das Zielen mit der Pistole noch eingehender üben musste. Er kaufte sich daher in einem Waffengeschäft fünfundzwanzig weitere Patronen. Der Erwerb von Munition war für über achtzehn Jahre alte Personen grundsätzlich frei, doch brachte ein solcher Kauf – von den Verständigungsschwierigkeiten einmal abgesehen – ein weiteres Risiko mit sich, das bei planmässigem Vorgehen zu vermeiden gewesen wäre. Nachdem er eine längerfristige Bleibe gefunden hatte, begann sich Bavaud darüber zu informieren, ob Hitler in Berlin überhaupt erreichbar war. Aus der Pariser Zeitung «Le Jour» entnahm er, dass dieser in Berchtesgaden weilte. War es die Meldung über den Abschiedsbesuch von François-Poncet, auf die er dort gestossen ist? Bavaud besass nur noch etwas über dreihundert Reichsmark und geriet zunehmend unter Zeitdruck. Um möglichst bald eine Begegnung mit Hitler herbeizuführen, reiste er nach Berchtesgaden. Am 25. Oktober nahm er im Hotel «Stiftskeller» Unterkunft¹². Er konnte nicht wissen, dass der Diktator bereits am Vorabend mit seinem Sonderzug nach Hainburg abgefahren war. Hitler inspizierte den Brückenkopf Engerau gegenüber Pressburg, hielt sich in Wien auf und besuchte südmährische Gebiete. Am 27. Oktober sprach er im geschichtsträchtigen Nikolsburg und kehrte erst am Tag darauf auf den «Berghof» zurück¹³.

Bavaud hoffte, Hitler bei einer zufälligen Begegnung, sei es bei der Durchfahrt durch Berchtesgaden oder bei einem Spaziergang, zu stellen. Im Wald übte er sich im Pistolenschiessen. Er zielte auf Bäume in einer Entfernung von sieben bis acht Metern und rechnete damit, auf diese Nähe an Hitler heranzukommen. Obwohl von Jägern in dieser Region viel geschossen wurde und wegen der ständigen Bauarbeiten auf dem Obersalzberg Sprengungen

nicht ungewöhnlich waren, bedeutete ein solches Übungsschiessen in dieser Umgebung eine unberechenbare Selbstgefährdung¹⁴. Irgendwelche Anstrengungen, in die Nähe des «Berghofes» zu gelangen, unternahm er nicht. Ohne Passierschein kam niemand durch die Absperrungen. Ein zwei Meter hoher Drahtzaun schirmte das gesamte «Führergebiet» ab, das in zwei Teile zerfiel: Der äussere Sicherheitsbereich führte von der halben Höhe des Obersalzbergs bis zum Kehlstein, während der innere Ring mit dem «Berghof» und dem Haus von Bormann zusätzlich von SS-Posten bewacht wurde. Den Reichssicherheitsdienst, der für das Sperrgebiet zuständig war, konnte ein Ortskundiger kaum täuschen. Ganz so einfach war es nicht, wie sich dies der amerikanische Militärhistoriker Mason ausmalt. «Closer to the Berghof itself, there was an inner fence two miles in circuit. But there was never more than forty of the black-uniformed SS guards patrolling the vast area at any one time; a determined man could have cut his way through the wires dressed as one of the workmen and conceivably could have got within firing range of the Führer as he stood in his terrace gazing across the valley¹⁵.» Bavaud begnügte sich damit, einen Polizisten auf der Strasse zu fragen, wie er in die Nähe des «Berghofes» gelangen könne; das ist ihm in der Anklageschrift bereits als ein «Versuch» angelastet worden, Gelegenheit zum Zutritt zu Hitlers Residenz zu erhalten¹⁶. Der Oberreichsanwalt kehrte derartige Bagatellen hervor, weil Bavaud überhaupt nicht dazu in der Lage war, aus eigener Initiative eine seinem Mordvorhaben adäquate listenreiche Strategie zu entwerfen. Stattdessen führte weiterhin der Zufall Regie.

Ohne die notwendigsten Informationen konnte er nichts unternehmen. Im Hotel fragte er nach Personen, mit denen er sich französisch unterhalten könne. Der Betriebsführer Zeitter wusste ihm Rat. «Im Herbst 1938», so erinnert sich Emil Reuther, «war ich Lehrer für neuere Sprachen an der Oberschule Berchtesgaden, und damals suchte mich eines Tages in der Schule ein junger Mann auf, der, wie er sagte, vom Besitzer des Hotels ‚Stiftskeller‘, Herrn Zeitter, geschickt worden sei, damit er sich mit mir auf Französisch unterhalten könne. Es war Maurice Bavaud, der durch seine freundliche, höfliche Art und seine angenehmen Umgangsformen einen sehr guten Eindruck auf mich machte, und so schlug ich ihm ein Treffen in einem Berchtesgadner Café vor. Im Gespräch erfuhr ich, dass er technischer Zeichner sei und dass er nach Berchtesgaden gekommen sei, weil er grosse Sympathien für die nationalsozialistische Bewegung und deren Führer Adolf Hitler empfinde. Bekundungen dieser Art waren damals bei Ausländern, die man in Berchtesga-

den traf, nicht selten und deshalb im Fall Maurice Bavaud für mich nicht besonders überraschend. Meines Wissens gab es noch ein zweites Treffen mit ihm in diesem Café, bei dem auch mein Fachkollege Willi Ehrenspeck anwesend war. Wir beide hatten Herrn Bavaud gebeten, in eine unserer Unterrichtsstunden zu kommen, damit unsere Schüler auch einmal einen Ausländer in seiner Muttersprache Französisch hören konnten¹⁷.»

Als wäre dies ein unbeschwerter Ferienaufenthalt, nahm Maurice Bavaud am 31. Oktober am Französischunterricht der beiden Studienassessoren teil. Er las aus dem Französischlehrbuch vor und plauderte über die Sprachregionen der Schweiz. Noch am gleichen Tag reiste er nach München ab¹⁸. Der Kontakt mit den beiden Lehrern hatte ihm wertvolle Hinweise eingetragen. Ehrenspeck kannte Major Karl Deckert, den Sicherheitsbeauftragten des Chefs der Reichskanzlei. Von Deckert war zu erfahren, dass es völlig unmöglich war, Hitler zu sehen. Wohl weilten der Diktator und sein potentieller Attentäter drei Tage lang in der gleichen Region, doch liess sich der Vielbeschäftigte nirgends blicken. Am 30. Oktober empfing er auf dem Obersalzberg den italienischen Kronprinzen Umberto mit Gattin. Am 1. November brach er mit dem Auto zu neuen Fahrten nach München und Nürnberg auf.

Deckert hatte darauf aufmerksam gemacht, dass der Parteiführer bei den Gedenkfeierlichkeiten am 8. und 9. November bestimmt in München weile; hier biete sich die beste Gelegenheit, ihn zu sehen. Lehrer Ehrenspeck empfahl dem angeblichen Hitler-Bewunderer aus der Schweiz, in der Weinstrasse beim Café «City» den traditionellen Erinnerungsmarsch zu erwarten; auf diese Weise könne er Hitler aus nächster Nähe beobachten. Um bei ihm vorgelesen zu werden, dazu würde vielleicht helfen, wenn er ein Empfehlungsschreiben einer bedeutenden Persönlichkeit vorweisen könnte¹⁹. Die von wohlgemeinten Drittpersonen eingegebenen Stichwörter «Erinnerungsmarsch» und «Empfehlungsschreiben» bestimmten seine weiteren Schritte. In München nahm sich Bavaud im Hotel «Stadt Wien», das sich hinter dem Hauptbahnhof in der Bayerstrasse 27 befand, ein Zimmer. Nun galt es, sich über den Gedenkmarsch zum 9. November näher zu informieren. Nach mehreren vergeblichen Versuchen erhielt er mit Glück – zu seiner Rechtfertigung behauptete der verantwortliche Parteifunktionär, Bavaud habe sich als Korrespondent für westschweizerische Zeitungen ausgegeben – doch noch eine Karte, und zwar für die Tribüne gegenüber der Heiliggeistkirche. Das «Amt für den 8./9. November», wo Bavaud, ohne sich ausweisen zu müssen, als einziger Ausländer auf jener Tribüne einen Platz erhalten hatte, unterstand

dem Altparteigenossen Christian Weber. Er wachte eifersüchtig darüber, dass der alten Parteigarde ihre Zuständigkeit in Fragen der Organisation nicht von anderen Dienststellen beschnitten wurde²⁰. Dass die Sicherheitsmassnahmen erhebliche Schwächen aufwiesen, kam nicht nur Bavaud, sondern vor allem Georg Elser zugute.

Noch dauerte es einige Tage, bis der entscheidende Moment kommen würde. An der Schützenstrasse 120 kaufte er beim Waffenhändler Johann Abele zwei Packungen Patronen und mehrere Zielscheiben. Dann ging er noch in ein weiteres Geschäft, um eine dritte Packung Munition zu erstehen. Bavaud bewegte sich vollkommen natürlich und mit einer Unauffälligkeit, die in nichts verriet, dass er bei dem Gedenkmarsch den deutschen Diktator umbringen wollte. Dies bestätigt Emil Reuther, der dem Schweizer am 5. November – es war dies ein Samstagabend – zufällig noch einmal begegnete. «Ich wurde», so berichtete dieser Lehrer heute, «Anfang November 1938 zusammen mit meinem Kollegen Adolf Jochum zu einem Luftschutzlehrgang nach München einberufen und dort trafen wir beide ganz überraschend Herrn Bavaud am Karlsplatz (Stachus). Ich war sehr erfreut über dieses Wiedersehen und mein Kollege und ich luden ihn ins Café Fahrige ein. Dort erzählte er uns voller Freude, dass er eine Art Tribünenkarte für den am 9. November stattfindenden Gedenkmarsch der alten nationalsozialistischen Kämpfer erhalten habe²¹.»

Bestimmte sein Verhalten kaltblütige Raffinesse oder die Sicherheit eines Traumwandlers, der gegenüber den ihm drohenden Gefahren unempfindlich war? Sein Ausflug am Sonntag zum Ammersee lässt derartigen Zweifeln wenig Raum. Er mietete in der Nähe von Herrsching ein Boot, ruderte eine Weile, bastelte sich kleine Papierschiffchen und setzte sie aus. Dann schoss er aus einiger Distanz auf sie²². Das Ufer links und rechts von Herrsching war damals sehr dünn besiedelt²³. Dennoch war es ein Unsinn, ein derartiges Zielschiessen zu veranstalten. Abgesehen davon, dass mit aufmerksamen Sonntagsausflüglern zu rechnen war, trug der Schall auf dem Wasser besonders weit. An einem der nächsten Tage soll er in einem Wald bei Pasing erneut geschossen haben; dieses Mal auf die von ihm gekauften Zielscheiben.

Im Strassenhandel erwarb er eine Festfolge, aus der er alle organisatorischen Einzelheiten erfahren konnte. Am 8. November neunzehn Uhr – es war dies ein Dienstag – sollten die Gedenkfeiern mit einem Treffen der alten Parteigarde im Bürgerbräukeller eröffnet werden. Hier würde Hitler, wie es zur Tradition geworden war, eine Rede halten, ein erster Höhepunkt, den Georg

Elser ein Jahr später für seinen Bombenanschlag zu nutzen suchte. Der Hitler-Putsch vor fünfzehn Jahren hatte mit dem Marsch vom Bürgerbräukeller zur Feldherrnhalle ein blutiges Ende genommen: Sechzehn Nationalsozialisten und drei Polizisten haben damals bei der Schiesserei am Ende der Residenzstrasse ihr Leben verloren²⁴. Der Erinnerungsmarsch sollte denn auch das Hauptereignis für die Öffentlichkeit bilden. Im Programm war genau angegeben, wie der Zug organisiert sein würde. Am Mittwochmorgen um halb zehn Uhr begann die Aufstellung am Bürgerbräukeller. Als Marschordnung war vorgesehen: «Julius Streicher, die Blutfahne, die Führergruppe, die alten Kämpfer, Ehrensturm Ostmark-Kämpfer, Ehrensturm sudetendeutscher Kämpfer, die Reichsleiter, Gauleiter, stellv. Gauleiter, Obergruppenführer und Gruppenführer der SA, der SS, des NSKK und NSFK, Obergebietsführer und Gebietsführer, Hauptdienstleiter und Hauptamtsleiter der Reichsleitung, Arbeitsgauführer des Reichsarbeitsdienstes, zwei Stürme der SA, ein Sturm NSKK, ein Sturm NSFK, eine Abteilung Politische Leiter, eine Abteilung Reichsarbeitsdienst, ein Sturm SS²⁵.» Durch die Rosenheimer Strasse führte die Route über die Ludwigsbrücke, Zweibrückenstrasse zum Isartorplatz; es folgte das Tal, an dessen Ende, kurz bevor der Zug unter den Bogen des alten Rathauses hindurchmarschieren würde, die Tribüne gegenüber der Heiliggeistkirche stand, wo Maurice Bavaud Hitler erwarten wollte. Der Attentäter durchlief selbst die entsprechenden Strassen, wobei seine Überprüfung ergab, dass die von Ehrenspeck genannte Stelle beim Café «City» günstigere Aussichten für sein Vorhaben bot. Der Zug würde, nachdem er dem neuen Rathaus am Marienplatz entlang marschiert war, in die Weinstrasse einbiegen, um dann durch die Theatinerstrasse, die Perusa- und Residenzstrasse zur Feldherrnhalle zu gelangen. Die Weinstrasse war bedeutend schmaler, damals noch durch Gehsteige zusätzlich eingeengt. Bavaud überzeugte sich selbst, dass er in der Konditorei von Eugenie Wessels an der Weinstrasse 4 voraussichtlich ohne Probleme abwarten könnte, bis die Spitze des Festzuges in Sichtweite gekommen war²⁶. Ungewiss war jedoch, ob er ungehindert auf die Strasse hinaustreten und sich auf Hitler würde stürzen können. Die Idee, sich in der Konditorei auf einen Stuhl oder Tisch zu stellen und von hier durch die Fensterscheibe zu schießen, verwarf er wieder²⁷. Obwohl die Distanz grösser sein würde, entschloss er sich, die einmal erlangte Karte für die Tribüne auszunutzen. Damit entschied sich Bavaud – vorausgesetzt, dass ihm eine bessere Waffe wenigstens eine minimale Chance gelassen hätte – unter zwei praktisch hoffnungslosen Möglichkeiten für die schlechtere Wahl. Im-

merhin gelang es ihm dort, derart frühzeitig die Tribüne zu betreten, dass ihm ein Platz in der ersten Reihe zugewiesen wurde²⁸.

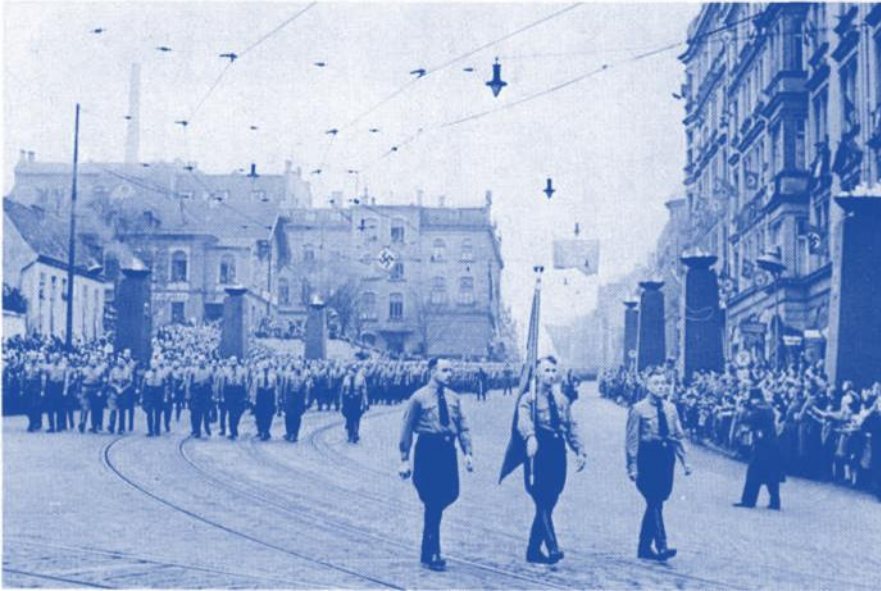
«Hisst die Fahnen des Sieges!», «Kein Haus, kein Fenster ohne die Fahne des Dritten Reiches!» – solche Parolen drängten die Bevölkerung zum Bekenntnis, sofern die Begeisterung allein nicht ausreichte²⁹. Der Weg, den die Marschkolonne einschlagen würde, war mit feierlichem Pomp versehen worden. An jenem Mittwochmorgen war auch der spätere Attentäter Georg Elser unterwegs. Er begab sich in die Nähe des Bürgerbräukellers, um dort zu beobachten, wie nach und nach der Festzug Aufstellung nahm³⁰. «Schon loderten», schreibt ein Berichterstatter im schwülstigen Propagandastil, «aus den Schalen der Feuertürme die Flammen in den Herbstnebel, als wenige Minuten nach 12 Uhr vom Osten her in stürmischen Wogen die Heilrufe brandeten, die den Führer grüssten ... Dann ward es feierlich still. Hermann Göring gab den Marschbefehl, und langsam, in gemessenem Schritt, setzte sich der Zug in Bewegung, an dessen Spitze, wie immer Julius Streicher schreitet³¹.» Zweihundertfünfzehn Pylonen säumten den Weg, auf denen die Namen der «Ermordeten der Bewegung» verzeichnet waren und die dem Marsch ganz im Sinne des nationalsozialistischen Profankultes den Anstrich einer Prozession verleihen sollten. «Wird die Blutfahne», so ist einer weiteren Schilderung zu entnehmen, «an einer Flammensäule vorbeigetragen, klingen die darauf verzeichneten Namen durch die ganze Stadt. Sie werden zum Appell gerufen: Dietrich Eckart, der Dichter und Mahner, zuerst. Name um Name folgt nun, von einer soldatischen klaren Stimme in den leisen Trommelwirbel und die gedämpfte Weise des Horst-Wessel-Liedes hineingesprochen. Zehntausende, Hunderttausende hören es, denn hinter den Ketten der Absperrmannschaft stehen in drei und vier Reihen auf dem ganzen langen Weg die Menschen³².»

Das dürfte die erste Enttäuschung für Maurice Bavaud gewesen sein: Wohl war es ihm gelungen, einen Platz in der ersten Reihe auf einer der zahlreichen Tribünen einzunehmen, aber vor ihm hatten sich noch SA-Leute zu einem zweireihigen Spalier aufgestellt. Doch verfolgen wir die Marschkolonne von der Ludwigsbrücke bis zu seinem Standort: «Lebhafter wird das äussere Bild der Zugstrassen da, wo das breite Band der Zweibrückenstrasse sich durch das Isartor zwingt, von dessen Zinnen Hakenkreuzfahnen wehen, während den mittleren Turm das novemberrote Tuch mit den Sigrunen bedeckt. Hier im Tal, dessen Häuser noch reicheren Fahnenschmuck tragen, als anderswo, ist gleich zur Linken das Sternecker-Bräu, dessen Bogenfenster rot verkleidet

sind und Girlandenschmuck aufweisen. Aus vielen Fenstern hängen auch rote, von breiten Goldbändern eingesäumte Tücher. Die Balkone sind geschmückt mit Tannengrün und einer von ihnen trägt die Inschrift: ‚Ihr Vermächtnis ist Treue‘. Tannengeschmückt sind auch die Tribünen dicht vor dem Alten Rathaus³³.»

Genau dort erwartete Maurice Bavaud den Zug, in der Manteltasche die geladene Pistole. Eine Patrone befand sich im Lauf, sechs weitere hatten im Magazin Platz. Erst beim Herannahen der Führergruppe realisierte er, wie gross die Entfernung war. In der Spitzengruppe marschierten bis zu dreizehn Mann, je nach Strassenbreite. In der ersten Reihe konnte er Hitler erkennen, doch schritt dieser in der Mitte, zu beiden Seiten je fünf prominente Parteigenossen. Zu seiner Rechten sah Bavaud Hermann Göring, während ihm Dr. Weber, Kuhn, Streck und Hühnlein unbekannt waren. Zur Linken Hitlers marschierten Ulrich Graf, Kriebel, Kolb und, wie Bavaud richtig bemerkte, Heinrich Himmler, neben diesem Innenminister Frick³⁴. Die Distanz war viel zu weit; die SA-Leute und das Publikum entboten den Hitler-Gruss. Jetzt zum Tribüenausgang zu stürzen und dem Diktator mit erhobener Schusswaffe entgegenzulaufen, dies erwies sich als undurchführbar. Schon war die erste Reihe vorbeimarschiert, und Bavaud blieb nichts anders übrig, als das Ende des Zuges abzuwarten und ins Hotel zurückzukehren³⁵.

Nach den in Berchtesgaden und nun in München gemachten Erfahrungen hätte unter Voraussetzung der vollen Zurechnungsfähigkeit selbst einem zu allem entschlossenen Täter zum Bewusstsein kommen müssen, dass mit blindem Aktivismus nichts zu erreichen war. Maurice Bavaud machte weiter, obwohl ihm alle Voraussetzungen fehlten, auch nur im Entferntesten einen praktikablen Plan zu entwickeln. Er erinnerte sich an die Äusserung von Ehrenspeck, dass ihm vielleicht ein Empfehlungsschreiben einer wichtigen Persönlichkeit zur Begegnung mit Hitler verhelfen könnte. Daher verfiel er auf die Idee, sich selbst ein solches Schreiben anzufertigen. Darin bezeugte der ehemalige französische Ministerpräsident Flandin, dass Bavaud dem deutschen Reichskanzler eigenhändig einen wichtigen Brief von ihm übergeben müsse. Derart versehen und mit der Pistole bewaffnet, fuhr er am 10. November nach Berchtesgaden, setzte sich in ein Taxi und gab die Anweisung, ihn auf den Obersalzberg zu bringen. Dieser Vorstoss kam bereits unten an der Schiessstättbrücke zum Scheitern. Vom dort stationierten Posten angehalten, erklärte Bavaud, aus Paris mit einer persönlichen Botschaft für Hitler zu kommen. Zu seinem Glück war dieser während der Nacht des Judenpogroms in



Für Bavards Pistole war Hitler unerreichbar. Erinnerungsmarsch zur Feldherrnhalle in München vom 9. November 1938. Zweiter von rechts Innenminister Frick, daneben Heinrich Himmler, Kolb, Kriebel, Ulrich Graf, Hitler, Hermann Göring, Dr. Weber, Kuhn, Streck und Hühnlein.

Die 15. Jahresfeier des 8./9. November

Das Programm

München, 5. November

Die Reichspressestelle der NSDAP. veröffentlicht durch die NSK. das nachstehende Programm für die Feierlichkeiten am 8. und 9. November 1938:

Dienstag, 8. November

19 Uhr

Treffen der alten Kämpfer im Bürgerbräu Keller; die alten Kämpfer sammeln zur historischen Versammlung.

Der Führer spricht

Es spielt der Musikzug und Spielmannszug der H-Weißbande „Adolf Hitler“.

Teilnahme: Die alten Kämpfer, die Hinterbliebenen der 16 Gefallenen, die Gäste des Führers, die Reichsleiter, Gauleiter, Kreisleiter, Gauleiter, die Obergruppenführer und Gruppenführer der SA, der H, des NSKK und NSFK, die Obergebietsführer und Gebietsführer, die Hauptdienstleiter und Hauptamtsleiter der Reichsleitung, die Arbeitsamtsleiter des Reichsarbeitsdienstes.

Einmarsch der Standarten durch das Siegestor zur Feldherrnhalle

23.30 Uhr

Es marschieren mit: Der Musikzug der H-Standarte „Deutschland“, Standarten der H-Verfügungstruppe, Standarten der H-Totenopferverbände, Standarten der Schutzpolizei, Ehrenkompanien der H-Standarte „Deutschland“, die Blutfahne, die Standarten der SA, der H, des NSKK, des NSFK, die 16 Kränze des Führers, getragen von allen Kämpfern, Ehrenfürme der SA, Ehrensturm Dörmart-Kämpfer, Ehrensturm Juden deutscher Kämpfer, Ehrenfürme des NSKK, Ehrenfürme des NSFK, Ehrenbereitschaften der Politischen Leiter, Ehrenabteilung des Reichsarbeitsdienstes, Ehrenfürme der H.

Die Standarten nehmen zu beiden Seiten des Odeonsplatzes Aufstellung.

Kampfgenoßen von 1923 legen unter Klängen des Bräutiermarches die 16 Kränze an den Flammenpylonen in der Feldherrnhalle nieder. Die Hitlerjugend bezieht die Ehrenwache. Die Ehrenfürme der SA, Dörmart-Kämpfer, Juden deutscher Kämpfer, des NSKK, des NSFK, die Ehrenbereitschaften der Politischen Leiter, die Ehrenabteilung des Reichsarbeitsdienstes und die Ehrenfürme der H ziehen am Mahnmahl vorbei.

Mittwoch, 9. November

Der Marsch des 9. November

Aufstellung des Zuges am Bürgerbräu Keller

10.30 Uhr

Marschordnung: Julius Streicher, die Blutfahne, die Führerguppe, die alten Kämpfer, Ehrensturm Dörmart-Kämpfer, Ehrensturm Juden deutscher Kämpfer, die Reichsleiter, Gauleiter, Kreisleiter, Obergruppenführer und Gruppenführer der SA, der H, des NSKK und NSFK, Obergebietsführer und Gebietsführer, Hauptdienstleiter und Hauptamtsleiter der Reichsleitung, Arbeitsamtsleiter des Reichsarbeitsdienstes, zwei Stürme der SA, ein Sturm NSKK, ein Sturm NSFK, eine Abteilung Politische Leiter, eine Abteilung Reichsarbeitsdienst, ein Sturm H.

Marsch des Zuges durch die Straßen des 9. November 1923

12.10 Uhr

Marschweg: Rosenheimer Straße — Ludwigstraße — Zweibrückenstraße — Marienplatz — Tal — Marienplatz — Weinstraße — Theatinerstraße — Peroldstraße — Residenzstraße — Feldherrnhalle.

Gedenken am Mahnmahl

12.50 Uhr

Der Zug trifft an der Feldherrnhalle ein. 16 Gedenkstätten können an, daß vor 15 Jahren 16 Männer ihr Leben für Deutschland geopfert haben.

Wache vor der Feldherrnhalle zur Ewigem Wache

Appell vor den Toten der Bewegung

13.10 Uhr

Auf dem königlichen Platz sind angetreten: Marschbände der SA, des NSKK, der Politischen Leiter, des Reichsarbeitsdienstes und der Hitlerjugend, die Ketzen der H-Weißbande „Adolf Hitler“, H-Standarte „Deutschland“ und H-Standarte „Germania“, Abteilungen des weiblichen Arbeitsdienstes, Formationen des BDM.

Der Zug des 9. November trifft ein. Die alten Kämpfer nehmen vor der Ewigem Wache Aufstellung.

Adolf Hitler steht bei den Helden der Bewegung.

Der Sprecher der Partei, Adolf Wagner, ruft „zum Appell“.

Die Marschparade endet auf. Der Appell wird durch den Sprecher der Partei beendet.

Das Gesamtprogramm für die Feierlichkeiten am 8./9. November ergeht unter Verantwortung des Gauleiters des Traditionsreiches München-Oberbayern, Adolf Wagner. Die Gesamtstellung liegt in Händen von Gaupropagandaleiter Parteigenosse Karl Wenzl. Den Aufmarsch und die Aufstellung der Formationen leitet SA-Obergruppenführer Heißer. Die polizeilichen Sicherungsmaßnahmen und H-Abperrungen leitet Polizeipräsident H-Obergruppenführer Hehr, von Herzlein.

Das Treffen der alten Kämpfer im Bürgerbräu Keller sowie die Aufstellung der alten Kämpfer am Bürgerbräu Keller steht unter Leitung von H-Brigadeführer Christian Weber.

Aufstellung und Marschroute wurden im Voraus bekanntgegeben. Programm, publiziert im «Völkischen Beobachter», Nr. 309 v. 5. November 1938.

München verblieben. Während er vor der deutschen Presse eine Geheimrede hielt, kehrte Bavaud – seinem Verhängnis noch einmal entronnen – wieder in die Isarstadt zurück⁶.

Als hätte der Wahnsinn Methode, mietete sich der erfolglose Attentäter eine Schreibmaschine, um erneut ein Empfehlungsschreiben zu verfassen. Inzwischen hatte er sich überlegt, dass ein handschriftlich hergestellter Brief Verdacht erwecken könnte. Da die Unterschrift von Flandin vielleicht bekannt war, wählte er dieses Mal jene des rechtsradikalen Abgeordneten Pierre Taittinger, der ihm auch wegen dessen «Jeunesses Patriotes» eingefallen sein mag. Mit dem fingierten Brief und der Pistole in der Manteltasche sprach er am 12. November im «Braunen Haus» vor. Wiederum bewahrte ihn der günstige Zufall vor der Katastrophe. Der Bewachungsposten führte ihn zu einem SS-Hauptsturmführer; eine Kanzleiangestellte dolmetschte sein Begehren. Hierauf brachte man ihn in das «Haus des Führers», jedoch nicht zu Hitler oder Hess, wie Bavaud vermutete. Ein zuständiger Sachbearbeiter aus dem Stabe Bormanns empfing ihn. Landgerichtsdirektor Dr. Hanssen erklärte Bavaud, dass sein Begehren aussichtslos wäre; für einen Empfang bei Hitler komme er nicht in Betracht. Obwohl der Schweizer auf seinem Ansinnen bestand, erweckte der schlank gewachsene Jüngling, der im Erscheinungsbild ganz dem Typus des von den Nazis verherrlichten Ariers entsprach, keinen Argwohn. Hanssen bemerkte abschliessend, es sei ihm überlassen, mit seinem Begehren selbst in der Reichskanzlei vorstellig zu werden³⁷.

Seit dem 11. November hielt sich Hitler wieder in Berchtesgaden auf. In seiner Nähe, in Bischofswiesen, befand sich die Zweigstelle der Reichskanzlei. Als lief er Amok, nahm Bavaud den nächsten Zug und traf an jenem Samstagnachmittag nach siebzehn Uhr auf dem kleinen Bahnhof von Bischofswiesen ein. Nun musste er noch etwa vierzig Minuten zu Fuss gehen und würde dann beim Gasthof «Reittoffen» die Abzweigung rechts zur Reichskanzlei einschlagen. Inzwischen war es dunkel geworden. Erst jetzt begann Bavaud allmählich zu realisieren, dass eine Vorsprache zu dieser Stunde und überdies an einem Wochenende wohl kaum Erfolg haben würde³⁸. Schliesslich kehrte er wieder zum Bahnhof zurück.

Seine Geldreserven waren auf einen Restbetrag von 5 Reichsmark zusammengeschmolzen. Bis zur völligen Verausgabung hat er seinem Vorhaben nachgejagt; jetzt stand er am Ende. Ihm fehlte das Geld, aus Deutschland fortzukommen. An die Möglichkeit, sich an das schweizerische Generalkonsulat in München zu wenden, dachte er nicht. Dennoch war seine Lage nicht hoffnungslos. Touristen, denen die Finanzmittel ausgegangen oder abhanden

gekommen waren, gab es immer wieder. Zuallererst mussten die kompromittierenden Belastungsstücke beiseite geschafft werden. Doch Maurice Bavaud unternahm nichts dergleichen. Er löste eine Fahrkarte nach Freilassing, fuhr dann ohne Billett mit dem Zug, der von Wien kam und Wagen bis nach Paris mit sich führte, über München hinaus weiter Richtung Grenze. Das Unvermeidliche trat ein: Vom Schaffner erwischt, wurde er in Augsburg der Bahnpolizei und von dieser, da er Ausländer war, der Gestapo übergeben. Ähnlich wie Georg Elser hat sich Bavaud von seinem verräterischen Tascheninhalt nicht trennen können, obwohl er nicht damit rechnete, bis nach Frankreich zu gelangen. Die Gestapo fand auf ihm die «Schmeisser»-Pistole, neunzehn Patronen, das fingierte Empfehlungsschreiben und anderes mehr. Dem Verhängnis hat er sich selbst ausgeliefert. Die Beharrlichkeit, mit der Maurice Bavaud an Hitler heranzukommen suchte, übersteigt jedes Mass an Vergleichbarem. Völlig ungeklärt ist jedoch, welches die inneren Mechanismen waren, die gleichsam die Triebkraft für Bavauds Unternehmungen abgaben, von denen wir erst den äusseren Ablauf kennen. Die sich widersprechenden Aussagen über die Motive erschweren eine Beurteilung zusätzlich.

2. Widerrufene Aussagen und verschlüsselte Offenbarungen

Obwohl wegen ihrer brutalen Verhörmethoden berüchtigt, vermochte die Gestapo bis zum Prozess aus Maurice Bavaud jenes Geheimnis nicht herauszupressen, das er unter allen Umständen für sich behalten wollte. An seinen widersprüchlichen Aussagen, die durch Anklageschrift und Urteil überliefert werden, scheiterten auch alle bisherigen Interpretationsversuche: Von Bavaud werden in diesen Akten drei verschiedene Versionen wiedergegeben, die über die mysteriösen Hintergründe Aufschluss vermitteln sollen. Hinzu kommt eine weitere Erklärung. Einige Zeit nach der Verurteilung und im Angesicht des unmittelbar erwarteten Todes hat er in einem Brief an seine Familie neue Zusammenhänge offenbart. Die von der Gefängniszensur einbehaltenen Mitteilungen führten zu weiteren Ermittlungen der Gestapo. Doch der Verwirrung noch nicht genug: Die Aussagen des später verhafteten Mitverschwörers Marcel Gerbohay weichen in wesentlichen Punkten von denjenigen seines Freundes ab. Wer über eine zu schmale Quellengrundlage verfügt, ist daher ausserstande zu verifizieren, in welcher Weise sich Sachverhalte und tendenziöse Verfälschung in den Naziakten vermischen.

Die Aussagen Bavauds – dies wird sich eindeutig nachweisen lassen – waren nicht irgendwelche Phantasieprodukte. Mit seinen unterschiedlichen Erklärungsversuchen verfolgte er ganz bestimmte Absichten. Die zweite und die vierte Version hätte ein Aussenstehender auch nicht entwickeln können, weil sie dem Wissen über Vorgänge entsprangen, die allein Bavaud und sein Freund kannten. Die Vermutung, bei den in den deutschen Akten wiedergegebenen Äusserungen handle es sich um Unterschleibungen der Vernehmer, geht von falschen Voraussetzungen aus. Dem Schweizer Hitler-Attentäter Sympathien für den Nazionalsozialismus und den Antisemitismus zu unterstellen wäre wohl das Letzte gewesen, was sich die Anklage hätte einfallen lassen! An derart verworrenen Geschichten hatte die Nazijustiz kein Interesse. Worauf sie drängte, war ein Geständnis mit klaren Motiven, und solche Intentionen sind es denn auch, die in Anklage und Urteil zu verfälschenden Schlussfolgerungen führen. Man liess Bavaud nicht im Konzentrationslager oder in einem Gefängniskeller kurzerhand meuchlerisch umbringen; stattdessen entfaltete die Anklage einen beträchtlichen Aufwand. Aber die erbrachten Ermittlungsergebnisse und vor allem die Aussagen Bavauds deuteten in eine ganz andere Richtung, als dies die auf Todesstrafe fixierten Richter wahrhaben wollten. Nur das Interesse von höchster Stelle sowie die Absicht, im Fall des angeklagten Schweizers halbwegs noch Fassade zu bewahren, machen plausibel, dass die der Anklage widersprechenden Aussagen derart ausführlich wiedergegeben worden sind. Es ist zum Verständnis daher unerlässlich, sich mit den Darlegungen von Bavaud und Gerbohay auseinanderzusetzen. Dass sich deren Inhalt in fragwürdigen Akten widerspiegelt, macht eine Überprüfung umso notwendiger.

Zunächst hatte der wegen Schwarzfahrens in Augsburg inhaftierte Neuenburger versucht, die Gestapo mit einer harmlosen Geschichte von weiteren Ermittlungen abzuhalten. Am 14. November 1938 – ein Sonntag hatte ihm noch eine kurze Bedenkzeit verschafft – erfolgte die erste staatspolizeiliche Vernehmung. Seinen misstrauischen Befragern sollte er erklären, welche Bewandnis es mit den auf ihm gefundenen belastenden Objekten hatte. Die Pistole habe er im August 1938 in Neuenburg aus Liebhaberei erworben und trage sie stets bei sich. Das fingierte Empfehlungsschreiben sei aus der Absicht zu verstehen, Hitler unbedingt persönlich zu sprechen, um ihn über seine Meinung zur Schweiz und zu deren Neutralität zu befragen. Die Geheimpolizisten witterten einen Zusammenhang zwischen Pistole und der seltsamen Brieffälschung; den bestritt jedoch Bavaud. Die erste Version hatte ihr Ziel, dem drohenden Verhängnis zu entkommen, verfehlt. In ihrem Argwohn be-

stärkt, begann die Gestapo, seinen Aufenthalt in Deutschland seit der Einreise eingehend zu überprüfen. Inzwischen verbüsste er in Augsburg wegen Fahrkartenbetruges und unbefugten Waffenführens eine Gefängnisstrafe von neun Wochen. Von der Aussenwelt war er völlig abgeschnitten¹.

Die zweite Phase begann mit intensiven Verhören, denen er vom 24. bis zum 31. Januar 1939 durch die Gestapo unterworfen wurde. Dass ihr kein Mittel zu niederträchtig war, das gewünschte Ziel zu erreichen, darüber lassen die Berichte von überlebenden Opfern keinen Zweifel. Wie zu erwarten, schweigen sich die noch vorhandenen Naziakten darüber aus, welche Methoden unter Einschliessung physischer Misshandlungen auch gegenüber dem sich selbst überlassenen Schweizer zur Anwendung gelangt sind. Die Variationen, einen Häftling zu schikanieren, waren über alle Abstufungen breit gefächert. Ob ihm als Ausländer eine vergleichsweise bevorzugte oder schlechtere Behandlung als anderen Mitgefangenen zugekommen ist, bleibt weitgehend Spekulation. Fest steht hingegen, dass Bavaud rein von der Sache her aufs Schwerste belastet war. Selbst bei einem korrekt durchgeführten Untersuchungsverfahren bestand für ihn kaum eine Chance, auf diese Weise freizukommen, zumal da er sich ständig in neue Widersprüche verstrickte. Die Gestapo verfügte über eine Reihe von Indizien und konfrontierte ihn bis zur Erschöpfung mit seinen unhaltbaren Aussagen. Hatte sie lediglich kombiniert und geblufft, oder besass sie konkrete Beweise? Als sie ihn für psychisch und physisch zermürbt hielt, sagte sie ihm auf den Kopf zu, die Pistole nicht im August, sondern erst am 20. Oktober in Basel in der Absicht gekauft zu haben, Hitler zu ermorden. «Le soupçon qu'on a contre moi est une réalité», soll Bavaud schliesslich zugegeben haben².

Sein Schicksal geriet nun in die Hände der politischen Justiz, was bedeutete, dass er nach Berlin in Untersuchungshaft verbracht wurde. In den einen Monat später durchgeführten richterlichen Vernehmungen musste er in allen Einzelheiten wiederholen, wie er in Berlin, Berchtesgaden und München bestrebt war, an Hitler heranzukommen. Dennoch ist es voreilig, seine eigene Preisgabe als eine totale Kapitulation vor seinen Bedrängern zu deuten. Sofern Bavaud ein Attentäter aus politischer Überzeugung war, so hatte es jetzt nach dem abgelegten Geständnis keinen Sinn mehr, das antifaschistische Bekenntnis zu verleugnen. Für ihn kam nach Massstäben der Nazijustiz ohnehin nur die Todesstrafe in Betracht. Der Ankläger drängte darauf, den Schweizer dem Volksgerichtshof genauso zur Aburteilung präsentieren zu können, wie

Der Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof

Berlin, den 20. November 1939.

II J 149/39a.

Geheim!

I = Band I
II = Band II
III = Band III
A = Anlagenband
B = Beiheft.

Haft! Ausländer!

Anklageschrift

I 9. Den technischen Zeichner Maurice B a u a u d,
geboren am 15. Januar 1916 in Neuchatel (Schweiz), zuletzt
dort wohnhaft gewesen, Schweizer Staatsangehörigen, le-
dig,
I Hülle Bl. 1a. im Inlande durch Strafbefehl des Amtsgerichts in Augs-
burg vom 6. Dezember 1938 -Cs 1729/38- wegen Führens
einer Schußwaffe ohne Waffenschein und wegen Betrug
mit zwei Monaten und einer Woche Gefängnis bestraft,
I 1. am 13. November 1938 vorläufig festgenommen, sodann
vom 24. November 1938 bis zum 14. Februar 1939 in der
oben erwähnten Sache in Untersuchungs- und Straf-
haft gewesen, anschließend in der vorliegenden
II 1, 57, 64, 94. Sache in Polizehaft und seit dem 1. März 1939 -zur
Zeit im Untersuchungsgefängnis Berlin Alt-Moabit-
in Untersuchungshaft,
- bisher ohne Verteidiger -,

Klage ich an,

im Oktober und November 1938 in Baden-Baden,
Berlin, Berchtesgaden, München und Bischofs-
wiesen fortgesetzt es unternommen zu haben,
den Führer und Reichskanzler zu töten,
Verbrechen gegen § 5 Nr. 1 der Verordnung
des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk
und Staat vom 28. Februar 1933 (RGBl. I S. 83).

Der Angeschuldigte hat sich im Oktober 1938 in
Baden-Baden erboten, den Führer und Reichskanzler zu
töten, und es dann in der Zeit vom 20. Oktober bis zum
12.

Hitler ihn sich vorstellte: als einen idealistisch gesinnten Fanatiker, der besonders gefährlich war, weil ihn nichts abschrecken konnte, sein Leben für das Attentatsvorhaben bedingungslos einzusetzen. Entgegen aller Erwartungen verknüpfte Bavaud sein Geständnis mit einer äusserst seltsamen Geschichte. Sie ist in engem Zusammenhang mit einem Zettel zu beurteilen, der seinerzeit bei seiner Verhaftung sichergestellt worden war und der folgende rätselhafte Schutzzerklärung enthielt: «Cet homme est sous ma protection immédiate et n'a rien fait qui ne soit selon mes ordres³.» Bereits während der ersten Befragungen hatte sich Bavaud auffällig verhalten, wenn sich das Verhör auf diesen Zettel konzentrierte. Ursprünglich erklärte er, der Verfasser sei eine bedeutsame Persönlichkeit in Deutschland, unter deren Schutz er stehe. Dann stellte er jene Zeilen als bedeutungslos hin und behauptete, sie selbst geschrieben zu haben. Zur Schriftprobe gezwungen, widerrief er und sprach erneut von einer einflussreichen Persönlichkeit, ohne über sie nähere Angaben zu machen. Die Gestapo liess jedoch nicht locker und verlangte nach präziseren Auskünften.

Die zweite Version ist als ein Täuschungsmanöver zu verstehen, das von derart bohrenden Fragen nach den Hintergründen Entlastung bringen sollte. Das Geständnis bezog sich nur auf den äusseren Ablauf seiner Bestrebungen, die die Gestapo weitgehend nachkontrollieren konnte. Über seine Motive hingegen, die sich der Nachforschung entzogen, berichtete er lediglich verschlüsselt. Die einflussreiche Persönlichkeit, die ihm die Schutzzerklärung ausgestellt habe, so lautete die neue Eröffnung, sei niemand anderer als sein Auftraggeber. Die Geschichte vom unbekanntem Anstifter, mit dem Bavaud erstmals in Neuenburg etwa im August 1938 zusammengekommen sein will, wird in der Anklageschrift mit aller Ausführlichkeit wiedergegeben. Bavaud brachte noch zwei weitere Begleitpersonen seines «Protektors» ins Spiel, doch war es ihm zufolge sein Auftraggeber, der ihm bei verschiedenen Treffen in Deutschland entscheidende Anstösse für sein Vorgehen gegeben haben soll. Für diese zweite Phase ist eine Äusserung von zentraler Bedeutung, die hier besonders hervorgehoben werden muss. Auf Befragen hatte er erklärt, beim Attentatsvorhaben vom 9-November 1938 damit gerechnet zu haben, im Fall der Ausführung des geplanten Anschlages von der empörten Bevölkerung auf der Stelle getötet zu werden: «Er habe jedoch in unbegrenztem Vertrauen auf den Schutz seines Auftraggebers gehandelt und sei noch jetzt der Überzeugung, dass dieser unter Einsatz seines grossen Einflusses ihn vor einer Bestrafung bewahren werde⁴.»

Abchrift
11-7-149/39 a
B N 59/39

21. DEZ 1939
20. DEZ 1939
Geheim!
Durchschl.

Im Namen des Deutschen Volkes

13723g/11

In der Strafsache gegen
den technischen Zeichner Maurice B a v a u d, geboren am 15. Januar
1916 in Neuchatel (Schweiz), zuletzt dort wohnhaft gewesen,
zur Zeit in dieser Sache in gerichtlicher Untersuchungshaft,
wegen Verbrechens gegen die Verordnung vom 28. Februar 19.
hat der Volksgerichtshof, 2. Senat, in der öffentlichen Sitzung
18. Dezember 1939 auf Grund der mündlichen Verhandlung, an welcher
teilgenommen haben

als Richter :

Vizepräsident des Volksgerichtshofs Engert, Vorsitzender
Volksgerichtsrat Dr. Albrecht,
H-Brigadeführer Oberst der Schutzpolizei von Grolman,
Reichsamtsleiter Berkenkamp,
Oberregierungsrat Dr. Taubert,

als Vertreter des Oberreichsanwalts :

Reichsanwalt Meyersberg,
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle:
Justizsekretär Koenitz,

für Recht erkannt .

Der Angekligte B a v a u d wird wegen Verbrechens gegen
§ 5 Nr. 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk
und Staat vom 28. Februar 1933 (RGBl. I S. 83) zum Tode und zu
den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Von Rechts wegen.

Gründe.

Dieser Schlüsselsatz aus der vom 20. November 1939 datierten Anklageschrift klang für Dritte völlig widersinnig. Weder der Oberreichsanwalt noch das Gericht wussten damit etwas anzufangen. Nehmen wir vorerst als Hypothese an, Bavaud habe sich sinngemäss tatsächlich so geäussert, und dies aus voller Überzeugung. Unter solcher Voraussetzung erhielt das Geständnis veränderte Bedeutung. Da ihn sein Auftraggeber dank seines mächtigen Einflusses vor der Bestrafung retten würde, konnte es nicht allzu schlimm sein, wenn er unter dem quälenden Druck der Verhöre das Attentatsvorhaben in seinen äusseren Umrissen eingestand. Aus derartigen Überlegungen wird auch die ungewöhnliche Prioritätensetzung plausibel: Sich selbst hatte Maurice Bavaud dem sicheren Todesurteil ausgeliefert, schützte damit aber zugleich sein verschlüsselt angedeutetes Geheimnis. Indem er sich strikte an das einst gegebene Schweigeversprechen hielt, erwartete er unverwandt seine Befreiung aus höchster Not.

Die Geschichte vom grossen Unbekannten klang wenig überzeugend. Dennoch wird sie in der sechsendvierzig Seiten umfassenden Anklageschrift mit aller Umständlichkeit wiedergegeben. Der Oberreichsanwalt zielte darauf ab, Bavaud in seiner Glaubwürdigkeit vor Gericht zu diskreditieren und dadurch seiner eigenen These vom voll verantwortlichen Einzeltäter umso grösseres Gewicht zu verleihen. Wenn es dennoch gelang, dieses Konzept gründlich zu stören, so ist dies einzig dem Eingreifen des mutigen Pflichtverteidigers Dr. Franz Wallau zu verdanken, der die Zivilcourage aufbrachte, auf Freispruch zu plädieren. Auch für seine Gegenthese, Bavaud habe sich lediglich im Vorfeld der nicht bestrafbaren Vorbereitung bewegt, war die angebliche Verschwörung unter einem mysteriösen Auftraggeber ein unliebsames Hindernis.

Der Prozess fand am 18. Dezember 1939 vor dem «Volksgerichtshof» in Berlin statt. Zur Überraschung der Anklage widerrief Maurice Bavaud jetzt seine zweite Version, die er während aller Befragungen vom Februar bis November 1939 aufrechterhalten hatte. Der Schutzzettel stamme von ihm, und den Auftraggeber habe er erfunden. Der Attentatsplan sei von ihm allein entwickelt worden. Aus Schweizer Zeitungen und durch Berichte von emigrierten katholischen Ordensleuten sei er in der Überzeugung bestärkt worden, dass Hitler für die Menschheit insgesamt und vor allem auch für die Schweiz eine Bedrohung darstelle. Die Unterdrückung der katholischen Kirche und ihrer Organisationen im Dritten Reich rückte er unter den Beweggründen an erste Stelle. Er habe geglaubt, so widerspiegelt sich seine Aussage im Urteil, «mit seiner geplanten Tat der Menschheit und der gesamten Christenheit einen Dienst zu erweisen.

Sein Vorhaben hätte also auch in seiner inneren Berufung zum Missionar gelegen. Allerdings hätte er – so erklärte er in seinem Schlusswort – ‚seine Rolle selbst übertrieben) und er bereue jetzt seine Tat⁵».

Dies alles klang nun sehr vernünftig und überzeugend. Die Strategie des Verteidigers zielte dahin, Bavaud als Opfer der «üblichen Greuelhetze gegen das nationalsozialistische Deutschland» darzustellen. Um überhaupt Gehör zu finden, musste sich Franz Wallau in seinen Argumenten des vor diesem politischen Tribunal üblichen Parteijargons bedienen. Mit auf der Anklagebank saßen jetzt jene Schweizer Presseorgane und ins Ausland geflüchteten deutschen Katholiken, die Bavaud «ein völlig schiefes und falsches Bild von den Zuständen im neuen Deutschland» vermittelt und ihn in seinem «katholisch-religiösen Fanatismus» dazu angeregt hatten, Hitler zu beseitigen. Da er jedoch nach Auffassung des Verteidigers bis ins Stadium der Ausführung des beabsichtigten Attentats gar nicht vorgedrungen war, forderte er für seinen Mandanten den Freispruch. Wallau hat in nahezu aussichtsloser Position alles versucht, das drohende Todesurteil abzuwenden. Aus diesem Bestreben erklärt sich auch die dritte Version, die nicht losgelöst von der durch die Verteidigung eingeschlagenen Taktik interpretiert werden kann.

Dass Hitler seinen am Schuss verhinderten Attentäter begnadigen würde, dafür gab es nicht einmal einen Schimmer von Hoffnung. Ende Januar 1940 lag das Pressecommuniqué zur Urteilsvollstreckung vor. Von jetzt an war jederzeit damit zu rechnen, dass Maurice Bavaud sterben müsse. Schrieb er bereits den Abschiedsbrief, als er seinen Angehörigen das so lange bewahrte Geheimnis offenbarte, der eigentliche Anstifter zu seinem Unternehmen sei ein Freund aus der Schulzeit in Saint-Ilan gewesen? Seine Andeutungen lösten eine neue Wende aus. Die Hinrichtung wurde ausgesetzt, und die Gestapo verhörte den Todeshäftling am 14. und 15. Februar erneut. Nun erst nannte er den Namen seines Auftraggebers: Marcel Gerbohay. Eine quälende Zeit des Wartens begann; Monat um Monat verstrich, vor Augen die schreckliche Ungewissheit, vielleicht beim nächsten Richttag selbst unter den Opfern zu sein. Nach dem Fall Frankreichs begann das Reichssicherheitshauptamt, seine Ermittlungen auf die Bretagne auszudehnen. Da sich Gerbohay der Verhaftung entziehen konnte, blieben die Nachforschungen ohne konkrete Ergebnisse. Am 9. Mai 1941 wurde Bavaud noch einmal einer richterlichen Vernehmung unterzogen, damit für allfällige spätere Weiterungen seine Aussagen protokolliert werden konnten. Fünf Tage später nahm ihm der Scharfrichter das Leben. Die Nazijustiz hatte ihn als Zeugen für entbehrlich befunden.

Seit dem Februar 1940 hat Maurice Bavaud rund fünfzehn Monate lang in ständiger Erwartung des Todes den Widerruf seiner früheren Versionen aufrechterhalten. Seine neuen Aussagen haben den Freund aufs Schwerste belastet, obwohl dadurch das eigene Schicksal nicht mehr zu retten war. Wenn er dennoch zu einem Zeitpunkt, als mit der Urteilstvollstreckung sein «Fall» zu den Akten gelegt werden sollte, den Komplizen in die Katastrophe hineinriss, so sind seine letzten Aussagen nicht leichtfertig beiseite zu schieben. Ihre Folgen wiegen schwer: Von Bavaud als Anstifter genannt, wurde auch Marcel Gerbohay, nachdem er 1942 seinen Häschern in die Hände gefallen war, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Wie war es mit dem von der Legende mystifizierten Alleintäter aus Gewissensgründen zu vereinbaren, sich in den letzten Momenten seines Lebens noch mit der Schuld am Tod des besten Freundes zu beladen? Falls Gerbohay in keinem direkten Bezug zu diesem Attentatsvorhaben stand, wie uns der Mythos glauben machen will, dann hat Bavaud einen Unbeteiligten dem Scharfrichter in die Arme getrieben. Mit welcher Verve auch die einzelnen Thesen vorgetragen werden, an der Erklärung dieser Schlüsselfrage scheitern die willkürlichen Interpretationsversuche.

Was Bavaud zwei Monate nach dem Todesurteil der Gestapo berichtete, wollen wir hier nicht vorwegnehmen. Nur so viel: Ihm zufolge hatte sich sein Freund Marcel Gerbohay als eigentliches Oberhaupt der Familie Romanow ausgegeben. Um den Kommunismus in Russland niederzuwerfen und den Zarenthron besteigen zu können, wollte er Deutschland zu einem Krieg gegen die Sowjetunion veranlassen. Als er zur Überzeugung gelangte, dass Hitler für diese Pläne ein Hindernis bedeute, habe er Bavaud dazu bewogen, den deutschen Diktator aus dem Wege zu räumen. Bis zuletzt hatte der ihm blind ergebene Schweizer gehofft, der Freund werde seinen mächtigen Einfluss geltend machen und ihn aus dem Nazigefängnis befreien⁶. Zu spät ging ihm auf, welcher Täuschung er zum Opfer gefallen war. Erst jetzt verlor für ihn das Festhalten am einst versprochenen Stillschweigen seinen Wert. Den Brief an die Angehörigen, in dem er erstmals über die tragische Verstrickung sprach, schrieb ein Verzweifelter, kein Denunziant. Sollte diese Geschichte die tatsächlichen Hintergründe widerspiegeln, so erhalten retrospektiv auch seine während der Untersuchung gemachten Aussagen einen Sinn. Mit der angeblich einflussreichen Persönlichkeit, die er als Nationalsozialist und dem Kreis um Hitler nahestehend kaschierte, war Marcel Gerbohay gemeint.

Dieser ist am 1. Januar 1942 in Pace – etwa zehn Kilometer von Rennes entfernt – verhaftet und mehr als ein halbes Jahr später nach Berlin überführt worden. Gerbohay hat bestätigt, Bavaud zur Ermordung Hitlers veranlasst zu haben. Neu war seine Version, eine «Compagnie du Mystère», ein antikomunistischer Geheimklub einiger Kameraden aus Saint-Ilan, habe ihrem Mitglied zunächst den Auftrag erteilt, bei Hitler vorzusprechen und ihn zum Angriff auf die Sowjetunion zu drängen. Als Bavaud bereits in Neuenburg war, will Gerbohay ihm schriftlich die zusätzliche Anweisung gegeben haben, Hitler im Weigerungsfall umzubringen. Um allfällige Bedenken beim Freund auszuräumen, fügte er die fragliche Schutzzerklärung bei⁷.

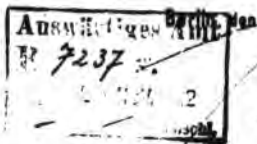
Noch klingen diese Angaben sehr verworren. Übereinstimmung herrscht jedoch darin, dass dieser Freundschaft für das Attentatsvorhaben zentrale Bedeutung zukommt. Die Analyse der deutschen Akten stösst, obwohl sie eine Reihe von aufschlussreichen Hinweisen erbringt, bei der Klärung der Motive an ihre Grenzen. Um zu widerlegen oder zu bestätigen, was dort an Aussagen von Bavaud und Gerbohay wiedergegeben wird, bedarf es konkreter Belege, die nur aus zusätzlichen Quellen zu erschliessen sind.

3. «Tell 38» – Zur These von Rolf Hochhuth

«Für die Verleihung des Basler Kunstpreises (2. XII. 76)», so war der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit» zu entnehmen, «dankte Rolf Hochhuth den Schweizern mit einem modernen Wilhelm Tell¹.» Was damals der Schriftsteller vor versammeltem Publikum vortrug, waren im Grunde genommen keine Thesen, die zur Diskussion herausfordern wollten; die von ihm überreichte Gegengabe durfte empfangen, aber nicht hinterfragt werden. Aus dem Festanlass wurde eine sakrale Weihestunde, und die hierfür gewählten Formulierungen stempeln im Voraus jede abweichende Beurteilung zur Häresie: «Erlauben Sie mir, das erste Gedenkwort auf Schweizer Boden für diesen heroischen Einzelgänger zu sprechen, den wieder Ihr Volk hervorgebracht hat und auf den der schauerliche Aphorismus des Polen Stanislaw Lee zutrifft: ‚Wahre Märtyrer sind jene, denen man selbst diesen Titel verweigert².« Auch die weiteren apodiktisch geprägten Sätze dulden keinen Widerspruch: «... idyllischer kann niemand zur Welt kommen, behüteter als in dieser Briefträgerfamilie mit fünf Geschwistern niemand aufwachsen; geliebt, als Maler begabt schon mit zwölf; gross, schön wie ein von Homer gezeichneter junger Krieger³...»

Nach den ersten kräftigen Strichen unterbricht der Schriftsteller die Skizze, um sogleich allfällige stille Zweifler zu beschämen: «Wir heute, glückverdummt durch Frieden, sind leicht versucht, einer solchen Sagenfigur, die mit zweiundzwanzig aufbricht, um den Mann zu töten, der ein Jahr später eine Kriegslawine lostritt, die 56 Millionen Menschen erschlagen wird – wir sind versucht, diesem Studenten Mangel an Realismus vorzuwerfen⁴.» Wer bis jetzt aus des Schriftstellers Wortgewalt zur Vermutung neigte, dass es ihm weniger um den Anspruch historischer Wirklichkeitstreue ging, dass er vielmehr durch dieses unbekannte Beispiel zum Thema des individuellen Widerstandes neue Anstöße zu geben beabsichtige, wird eines andern belehrt. Maurice Bavaud war genauso und durfte nicht anders gesehen werden, als ihn Hochhuth schilderte. Der junge Neuenburger handelte nicht nur als Realist, er war noch realistischer als Georg Elser und Claus Schenk von Stauffenberg⁵. Hier wird nicht ein Gedenkstein gesetzt, sondern ein Monument errichtet, dessen gewaltige Dimensionen den Widerstand jener, die im Kampf gegen die Hitler-Diktatur ihr Leben opferten, herabmindern. Soweit Rolf Hochhuth mit seiner Rede dem unbekanntem Schweizer Gerechtigkeit und Anerkennung widerfahren lassen wollte, ist ihm dankbare Zustimmung gewiss. Aber dieser moderne Wilhelm Tell, den er präsentiert, hat mit Maurice Bavaud wenig mehr gemein. Da wird ein tragisches Schicksal in historische Grösse verwandelt, die säkulare Charakter zeigt: «Ich weiss von keinem heute Lebenden, von dem ich so überzeugt wäre wie von Maurice Bavaud, dass in fernsten Zeiten noch ,die Phantasie vieler von selber an dieser Gestalt weiterbildet⁶.» Hochhuths Teil setzt neue Beurteilungskriterien, nach denen andere gewogen und für zu leicht befunden werden: «Nein, mit Pistole gab es keinen Deutschen, gab es nur einen Eidgenossen! Und gab ihn sechs Jahre früher als den Zünder der deutschen Generalstäbler⁷ ...» Der Widerstand gegen Hitler aller Schichten, Konfessionen und politischen Richtungen weist nach solcher Deutung keinen Opferwilligen auf, der mit Maurice Bavaud vergleichbar wäre. Vor dieser «Sagenfigur» verblassen selbst die Taten eines Elser und eines Stauffenberg, die Hochhuth namentlich erwähnt, ganz zu schweigen von den vielen anonymen und bekannten Regimegegnern, den Toten des 20. Juli 1944. Wenn ein Einzelner derart zum richtenden Vorbild erhoben wird, ist es nicht nur erlaubt, sondern eine Selbstverständlichkeit zu überprüfen, ob diese Darstellung ausreichend fundiert ist. War bei der Dankrede noch einzuräumen, dass Hochhuth die im Jahre zuvor von Peter Hoffmann publizierte Studie⁸

Der Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof



5. November 1942.

6 J 116/42 g.

Haft!
Ausländer!

Hauptband I, II - I, II,
Beiakten 11 J 149/39 g Hauptband I, II usw.
- BA I, II usw.

Anklageschrift

II Bl. 2,7

Den Gürtner Marcel G e r b o h a y aus Pacé
(Departement Ille - et - Vilaine), geboren am 3. Mai
1917 dortselbst, französischen Staatsangehörigen,
ledig,

II Hille I

II Bl. 4, 19, 21

im Inland nicht bestraft,

am 1. Januar 1942 polizeilich festgenommen
und seit dem 28. September 1942 auf Grund
des Haftbefehls des Ermittlungsrichters
des Volksgerichtshofs vom selben Tage
- 556. 241. 42 - in der Untersuchungshaft-
anstalt beim Kriminalgericht in Berlin in
Untersuchungshaft,

bisher ohne Verteidiger,

klage ich an,

im Jahre 1938 in Deutschland, Frankreich
und in der Schweiz fortgesetzt den schweiz-
erischen Staatsangehörigen Maurice Bavaud
zu dem von diesem versuchten Unternehmen,
den Führer zu töten, durch Überredung
vorsätzlich bestimmt zu haben,
Verbrechen nach § 5 Nr. 1 der Verordnung
des Reichspräsidenten zum Schutz von
Volk und Staat vom 28. Februar 1933
(RGBl. I S. 83), § 48 StGB.

Der Angeschuldigte hat im Jahre 1938 aus Haß gegen
den Führer seinen Freund, den technischen Zeichner
Maurice Bavaud, dazu bestimmt, es zu unternehmen, den

Führer

Be.

Handwritten signature/initials

Handwritten signature: Prof. Dr. A-K

über Bavaud nicht gekannt und die greifbaren Quellen erst flüchtig studiert hat, so trifft dies für die im August 1979 erschienene Buchfassung nicht mehr zu. Nachdem inzwischen auf die Fragwürdigkeit einer derartigen Mystification hingewiesen worden war, hat der Autor seine Thesen sogar noch verschärft’.

Es ist ein eindrückliches Lehrstück an Manipulation, wie Hochhuth mit seinen Quellen umgegangen ist. Die Aussagen von Maurice Bavaud und Marcel Gerbohay, die seine These vom «Tell 38» ad absurdum führen, schiebt er in seinen Darlegungen als unbrauchbar beiseite. Da er sich im Irrgarten seiner bruchstückhaften, aus dem Dritten Reich stammenden Quellen nicht zurechtfindet, verzichtet er von vornherein auf eine Analyse mit dem Argument, jener Bavaud, der uns aus den Naziakten entgentrete, sei nicht mehr er selber. In der Tat ist hier eine besonders kritische Verifikation geboten, und die wohl einzig gangbare Alternative hätte es erfordert, entweder von diesen Akten die Hände zu lassen oder die Nachforschungen so lange auszudehnen, bis eine Überprüfung der beigezogenen Unterlagen möglich geworden wäre. Die stattdessen im ausgedehnten Anhang entfaltete Polemik ist hierfür wohl kaum ein Ersatz und auch kein Freipass, willkürlich alles ignorieren zu können, was dem postulierten Tell-Epos zuwiderläuft. Es ist ein auch aus anderen Zweckpolemiken bekanntes Täuschungsmanöver, sich mit beträchtlichem rhetorischem Aufwand über die Fragwürdigkeit von Naziakten auszulassen und dann skrupellos aus diesen Unterlagen herauszupflücken, was gerade in das eigene Konzept passt. Auf diese Weise wird die zu Recht geforderte kritische Quelleninterpretation auf den Kopf gestellt.

Die Manipulation manifestiert sich bereits in der krassen Unverhältnismäßigkeit, wie die beiden Freunde behandelt werden. Während Maurice Bavaud unter der Beschwörung des ganzen Grauens, dessen das Dritte Reich fähig war, als Märtyrer verehrt wird, kanzelt Hochhuth Marcel Gerbohay kalt-schnäuzig ab. Der junge Franzose hat das gleiche Schicksal erlitten, erlebte zu jenem späteren Zeitpunkt wohl noch grauenvoller die Verhältnisse im Gefängnis Plötzensee und wurde – ein Justizmord – mit demselben Fallbeil hingerichtet. Hochhuth lässt es unberührt – die Akten sind ihm bekannt –, dass Bavaud nach seiner Verurteilung widerrufen und seinen Freund als Urheber des Attentatsvorhabens bezeichnet hat. Für ihn ist es irrelevant, dass Gerbohay auf Grund dieser Aussagen Anfang 1942 verhaftet worden ist und in den späteren Verhören seine Mitbeteiligung bestätigt und durch eigene Schilderungen ergänzt hat. Stattdessen wird alles getan, um dem Leser den Eindruck zu vermitteln, zwischen Gerbohay und Bavaud gebe es bei diesem Attentats-

vorhaben keinen Zusammenhang. Da wird in einem Nebensatz von «irgendwelchem Geschwätz seines ehemaligen Mitseminaristen Gerbohay¹⁰» gesprochen und unterstellt, Bavaud habe, um von den Schlägern nicht totgeprügelt zu werden, zur Verlängerung seines Lebens Geschichten «in Erinnerung an Gerbohay¹¹» erfunden. Mit einem vorangestellten Kommentar, der jede andere Beurteilung als die präsentierte abblockt, bringt Hochhuth Anklageschrift und Urteil zu Maurice Bavaud zum Abdruck. Die analogen Unterlagen über Marcel Gerbohay werden hingegen mit der Behauptung weggelassen: «Sie gehören nicht zur Lebensgeschichte Bavauds¹²!» Was Hochhuth einräumt ist, dass sich Bavaud zur Täuschung der Nazis und zum Zeitgewinn auf den Mitseminaristen berufen haben könnte, den er in Frankreich in Sicherheit glaubte: «Unfassbar bleibt, warum der dann ruhmlos verunglückte Gerbohay sich nicht versteckte, als die Deutschen Frankreich besetzten¹².» Damit ist für Hochhuth dieses ebenfalls tragische Schicksal erledigt; mit der von ihm als real genommenen «Sagenfigur» hat es nichts gemein.

Das Argument, Maurice Bavaud lasse sich aus dem Zerrbild der Naziakten nicht erschliessen, impliziert zugleich den Anspruch, gegenüber diesen Quellen besonders kritisch eingestellt zu sein. Um seine These zu untermauern, macht Hochhuth in Verkennung der tatsächlichen Verfälschungen gerade das Gegenteil: Alles, was in diesen Akten Aufschlüsse zu Bavaud enthalten könnte, aber der eigenen vorgefassten Meinung zuwiderläuft, wird von ihm als suspekt und für unbrauchbar erklärt, während präzise jene Passagen und Argumentationen, mit denen die Nazijustiz ihr Opfer auf die Guillotine brachte, als Beweis für die «Alleintäterschaft» herangezogen werden. Im Auftrag der Anklage hatten zwei Psychiater durch ihre Gutachten zu bestätigen, dass die Zurechnungsfähigkeit zur Zeit der Tat vollumfänglich gegeben war. Sowohl der Facharzt Dr. Mayer wie der Universitätsprofessor Dr. Müller-Hess haben den Erwartungen des Oberreichsanwaltes voll entsprochen: Milderungsgründe wegen verminderter Verantwortlichkeit kamen für sie bei Bavaud nicht in Betracht.

Hochhuth beruft sich auf diese Gutachter und zitiert für seine Beweisführung eine Passage aus der Anklageschrift, darunter folgende Stelle: «Sind somit die Angaben des Angeschuldigten über die Persönlichkeit seines angeblichen Auftraggebers teils ungläubhaft, teils, soweit sie die Schutzzerklärung betreffen, sogar widerlegt, so besteht darüber hinaus unter Berücksichtigung des eingehend begründeten Gutachtens des Facharztes Dr. Mayer eine grosse Wahrscheinlichkeit dafür, dass der Angeschuldigte die Tat aus eigener Ent-

schliessung und ohne Mitwissen anderer Personen begangen und dann nach seiner Festnahme bei den Vernehmungen zur Tarnung seiner wirklichen Beweggründe die Erzählung über einen Auftraggeber und dessen Mitwirkung erfunden hat¹⁴.»

Was der Schriftsteller mit exzessiven Ausfällen gegen abweichende Beurteilungen verfiicht, ist nichts anderes als die These des Anklägers und seiner gutachtenden Gehilfen: Bavauds Aussagen seien lediglich erfundene Geschichten, er habe sein Vorhaben aus eigenem Entschluss (Hochhuth: Gewissen) unternommen, und er sei für sein Handeln voll verantwortlich. Auch die Konklusionen im Todesurteil werden als Beleg für die Verantwortlichkeit des angeblichen Realisten unbesehen übernommen:

«Im Todesurteil vom 18. Dezember 1939», so schreibt Hochhuth, «unterzeichnet vom Vizepräsidenten des Volksgerichtshofs Engert, dem Vorsitz, und von Volksgerichtsrat Dr. Albrecht, das mir der Koblenzer Historiker Oldenhage ausfindig gemacht hat, wird auf Seite 21 dem Schweizer von seinen Richtern und Hinrichtern noch einmal folgendes attestiert: ‚Irgendwelche Bedenken gegen die volle geistige Zurechnungsfähigkeit und Verantwortlichkeit des Angeklagten sind weder von diesem selbst noch von der Verteidigung geltend gemacht worden. Das ganze umsichtige, folgerichtige und verschlagene Verhalten des Angeklagten bei Ausführung der Tat, nicht minder aber auch die ganze Art und Weise, wie er sowohl im Ermittlungsverfahren als auch in der Hauptverhandlung sich zu der schweren gegen ihn erhobenen Beschuldigung eingelassen hat, haben im Gegenteil gezeigt, dass es sich bei dem Angeklagten um einen geistig regsamen und intelligenten Menschen handelt, an dessen völliger geistiger Zurechnungsfähigkeit und uneingeschränkter strafrechtlicher Verantwortlichkeit auch nicht der geringste Zweifel besteht¹⁵).»

Eine Chance zur sachlichen Ergründung der tatsächlichen Zusammenhänge vor dem Volksgerichtshof hatte es nicht gegeben. Interne Vorschriften behinderten den Pflichtverteidiger in seiner Aufgabe. Für eigene Abklärungen standen ihm weder Zeit noch Mittel zur Verfügung. Daher bot die Taktik, die unglaublich klingende Geschichte vom unbekanntem Auftraggeber fallenzulassen und auf die «Alleintäterschaft» einzuschwenken, um dann zu bestreiten, dass es überhaupt zu einer strafbaren Handlung gekommen sei, die einzige Hoffnung, der auf Todesstrafe plädierenden Anklage zu begegnen. Bavauds seltsames Verhalten bei seinem Attentatsvorhaben, aber auch die Geschichte vom unbekanntem Auftraggeber erregten bei unvoreingenommener Beurteilung den Verdacht, dass hier etwas nicht stimmen konnte.

Dieser Frage hätte ein korrektes Untersuchungs- und Gerichtsverfahren mit grösster Sorgfalt nachgehen müssen. Die Nazijustiz hingegen zeigte das umgekehrte Bestreben, möglichst alle Bedenken beiseite zu räumen. Für einen Hitler-Attentäter durfte es keine mildernden Umstände geben. Auch ein all-fälliger Vertreter der Schweiz, würde er Akteneinsicht fordern und erhalten, sollte keine Handhabe finden, gegen die Urteilsvollstreckung wegen erheblicher Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit zu intervenieren. Ein Maurice Bavaud, der aus eigenem Entschluss und erst noch auf Grund der Lektüre von Schweizer Zeitungen und von Berichten katholischer Emigranten zu einem Attentatsunternehmen gegen Hitler aufbrach, war einer derartigen Demarche weitgehend entzogen. Hier lag der perfide Dreh verborgen, der es auch einer schweizerischen Gesandtschaft, die mehr Rückgrat gezeigt hätte, kaum erlaubt haben würde, sich für ihren Landsmann in massiver Weise stark zu machen. Dies war für den Kleinstaat Explosivstoff. Zuerst hetzten Schweizer Blätter diesen Mann zum Attentat, und jetzt nachdem er versucht hat, «dem deutschen Volk seinen Retter zu nehmen¹⁶», wagt es die Schweizer Regierung, für ihren Landsmann Milde zu fordern – so hätte im Tenor die propagandistisch effektvolle deutsche Gegenattacke gelautet. Sie war im Urteil für den Fall einer derartigen Intervention bereits vorprogrammiert.

Für den blutigen Terror der Gestapo und für das Wüten des Volksgerichtshofes in der Ära Freisler gibt es viele grauenvolle Beispiele. Hochhuth ruft sie in Erinnerung, um daraus den Analogieschluss abzuleiten, in gleicher Weise sei mit Maurice Bavaud verfahren worden. Im Jahre 1939 wurden gegenüber diesem Ausländer und Todgeweihten – damals noch ein Sonderfall mit möglichen aussenpolitischen Rückwirkungen – andere Mittel angewandt, als ihn mit dem Knüppel zum Schafott zu prügeln. Sonst hätte sich die Anklage ihren umständlichen Schriftsatz, ihr Aufgebot von Sachverständigen und Zeugen ersparen können. Die abgefimte Taktik war raffinierter und ging dahin, eine Scheinlegalität zu wahren, um den Angeklagten auf andere Art auszutricksen. Obwohl sie dem Oberreichsanwalt widersprachen, hat dieser Bavauds Aussage nicht einfach unterschlagen; die Anklageschrift räumt ihnen einen überraschend breiten Raum ein. Für die Schlussfolgerungen spielen sie jedoch keine Rolle. Die Gutachten waren dafür besorgt, dass Bavaud so zurechtgeformt wurde, wie es die Nazijustiz wünschte. Mit welchen Mitteln hier gearbeitet wurde, lässt sich an einem gravierenden Beispiel aufzeigen.

Die Frage, wer die Schutzerklärung verfasst habe, die nach der Verhaftung bei Bavaud gefunden worden war, liess die Anklage durch zwei graphologi-

sche Gutachten in ihrem Sinn klären. Sowohl der Kriminalsekretär Wolter als Vertreter der Reichshandschriftensammlung wie der Graphologe Dr. Jeserich wurden von ihr aufgeboten, um zu bezeugen, dass das fragliche Schriftstück «offensichtlich nicht nur von einer Person romanischer Abstammung, sondern sogar mit Sicherheit von dem Angeschuldigten selbst geschrieben worden ist¹⁷.» Auf diese Weise wurde in der Anklageschrift das einzige Indiz ausgeschaltet, auf das sich Bavaud für die Richtigkeit seiner Behauptung berief, ein Dritter – sein Auftraggeber – habe den Text verfasst. Für den Fachmann war leicht ersichtlich, dass der Zettel von keinem Deutschen stammen konnte. Die folgenschwere Feststellung der Gutachter, Bavaud selbst habe ihn gefertigt, war jedoch falsch.

Während der Anfangsphase der Vernehmungen hatte sich die umgekehrte Konstellation ergeben. Bavaud behauptete damals, die Schutzklärung sei sein Werk. Die Gestapo vermutete jedoch weitere Beteiligte und veranlasste eine Schriftprobe. Dadurch wurde der Häftling zum Widerruf gebracht. Seither blieb er dabei, dass der Verfasser eine einflussreiche Persönlichkeit sei. Als nun aber der Oberreichsanwalt zur Überzeugung kam, dass der Schweizer aus eigenem Entschluss gehandelt hatte, erklärten die Graphologen, der fragliche Text stamme doch von Bavaud. In der Hauptverhandlung blieb der Verteidigung, wollte sie nicht unglaubwürdig sein, nichts anderes übrig, als auf diese Linie einzuschwenken. Wie wir bereits wissen, hat Bavaud jedoch kurz vor der drohenden Hinrichtung den Verfasser namentlich genannt, und Marcel Gerbohay hat seine Urhebererschaft später bestätigt. Mit Sachverständigen dieser Art liess sich nahezu alles beweisen. Dass die psychiatrische Begutachtung ebenfalls falsch, aber der Anklage zweckdienliche Ergebnisse zulieferte, wird sich vor allem durch die Nachforschungen in Frankreich erhärten.

Es ist ein ungewollter Zynismus, wenn Hochhuth mit seltener Verbissenheit diese Zweckthesen von Ankläger und Richter wiederaufnimmt und sich nicht scheut, die tendenziösen Gutachten anzurufen, um mit den Gehilfen der Nazijustiz die gegenteiligen Aussagen Bavauds als reine Erfindung abzutun. Trotz seiner beredten Warnungen hat er sich ausgerechnet die in diesen Akten enthaltenen Verfälschungen zu eigen gemacht. Aber auch die Verknüpfung mit dem legendären Tell hat er von einem anderen übernommen: von Adolf Hitler. Dieser gibt für den Schriftsteller den Hauptzeugen dafür ab, dass seine Thesen unanfechtbar sind. Hitler habe, so Hochhuth, «Bavaud nicht nur wie Ungezählte zum Märtyrer gemacht, sondern weit hinausgeschoben über die Figuren der Zeitgeschichte und eingereiht in die des Mythos, indem er ihn

direkt neben Wilhelm Tell stellte und bereits am 3. Juni 1941 das gleichnamige Schauspiel verbot!¹⁸!» Hitlers Phantasie hat sich an diesem Attentatsvorhaben in einer Weise entzündet, die vom wirklichen Bavaud weit entrückt war. Dabei hat er masslos übertrieben, behauptete, der Schweizer habe ihm auf dem Obersalzberg drei Monate nachgestellt und ihn bei seinen Spaziergängen nur durch Zufall verfehlt¹⁹. Damit konnte er sich und seiner engsten Umgebung imponieren; das faszinierte Erschauern über diese Gefahr, über den dank der Vorsehung unterbliebenen Sturz in den Abgrund, erhöhte zugleich das Selbstgefühl für die eigene Bedeutung. Ein irreführter Bavaud, der den Diktator umbringen wollte, damit Freund Gerbohay mit besseren Chancen den Zarenthron besteigen könne – diese Geschichte war zu absurd, um von Hitler aufgenommen zu werden. Wenn er, von seiner Phantasie angeregt, nach der Hinrichtung Bavauds von Schillers «Tell» nichts mehr wissen wollte, so besagt dies manches über seine verborgenen Ängste. Aber daraus abzuleiten, dass der abtrünnige Seminarist tatsächlich der moderne Tell gewesen sei, ist selbst als dichterischer Einfall eine penible Fehlleistung. Möglich, dass Hitler aus seiner Perspektive einen fanatischen Helden guillotiniert liess, ohne den Gnadenappell des Vaters zu beachten, aber der junge Mensch, der getötet wurde, war ein tragisches Opfer.

Rolf Hochhuths Verdienste sollen hier keineswegs unterschätzt oder verkannt werden. Von ihm sind für die Diskussion der jüngsten Vergangenheit wertvolle Anstösse ausgegangen; in der Abwehr nazistischer Tendenzen möchte man ihn als bewährten Warner nicht missen. Seine ursprüngliche Absicht bleibt trotz allem spürbar, für Maurice Bavaud eine Lanze zu brechen. Doch fordert zu entschiedenem Widerspruch heraus, dass gerade jene Unterschreibungen der Nazijustiz in der Heldenlegende Auferstehung feiern, die dazu beigetragen haben, Maurice Bavaud unter das Fallbeil zu bringen²⁰.

4. Auf der Suche nach mündlichen und schriftlichen Quellen

Welche Ergebnisse eine kritische Überprüfung erbringen wird, ist von der Erschliessung neuer Quellen abhängig. Bereits bei meinen früheren Versuchen stiessen die Nachforschungen auf erhebliche Schwierigkeiten. Wenn hier kurz darüber berichtet werden soll, so auch aus einem anderen Grund. Es vermag zu überraschen, dass nahezu drei Jahrzehnte seit der Hinrichtung von Maurice Bavaud vergangen sind, bis in auffälliger Häufung durch Publikatio-

nen das versäumte Interesse nachgeholt wird. Dennoch gehen spekulative Unterstellungen fehl, einmal mehr sei die Geschichte des kleinen Mannes von der Historiographie mit Desinteresse übergangen worden. Schon vor Hochhuth ist in der Schweiz auf das Attentatsvorhaben des Neuenburgers hingewiesen worden. Unter dem Titel «Ein Schweizer wollte Hitler ermorden» hat der Verteidiger Franz Wallau in der Illustrierten «Sie und Er» im September 1948 berichtet, dass er wegen seines mutigen Auftretens vor dem Volksgerechtshof auf persönliche Intervention von Martin Bormann aus dem NS-Rechtswahrerbund ausgeschlossen wurde*. Im Mai 1955 konnte man sowohl in deutsch- wie in französischsprachigen Zeitungen der Schweiz lesen, dass beim Westberliner Landgericht ein Verfahren zur Aufhebung des am 18. Dezember 1939 ausgesprochenen Todesurteils eingeleitet worden sei. Das Eidgenössische Politische Departement hatte sich damals für die Eltern bemüht, eine Entschädigung im Rahmen der deutschen Wiedergutmachung für die durch die nationalsozialistische Verfolgung erlittenen Freiheitsschäden zu erlangen². Wenn es noch weitere zwanzig Jahre dauerte, bis mit Peter Hoffmann ein deutscher Forscher eine erste ausschliesslich Maurice Bavaud gewidmete Untersuchung vorlegte, so lag dies darin begründet, dass einschlägige Akten lange Zeit unzugänglich waren oder als verloren galten. Für die Zeitgeschichtsforschung war die Schweiz damals ein steiniger Boden. Jedenfalls machte ich in der Ära der fünfzigjährigen Sperrfrist mit meinem eigenen Vorstoss die Erfahrung, dass es unmöglich war, die einschlägigen Akten im Eidgenössischen Politischen Departement einzusehen. Ohne eine ausreichende Quellenbasis bestand jedoch keine Aussicht, über das Attentatsvorhaben zu berichten.

Auf den Schweizer Attentäter bin ich Mitte der sechziger Jahre durch die Lektüre von «Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942³» gestossen. Obwohl diese Aufzeichnungen seit 1951 als Publikation vorliegen, fanden sich auch in der Sekundärliteratur zu Hitlers wiederholten Äusserungen über den Schweizer, der ihm aufgelauret habe, keine weiteren Hinweise. Im Bundesarchiv Koblenz liess sich eine «Führerinformation» vom 14. Oktober 1942 ausfindig machen, der ich entnehmen konnte, dass der fragliche Attentäter Maurice Bavaud hiess und am 18. Dezember 1939 zum Tod verurteilt worden war. Jener für Hitler angefertigte Kurzbericht erwähnte auch Marcel Gerbohay, dem als Anstifter Bavauds nunmehr vor dem Volksgerechtshof der Prozess gemacht werde⁴. Zunächst musste nach den Untersuchungs- und Prozessakten gesucht werden. Im Bundesarchiv Koblenz waren sie damals nicht vorhanden. Da Bavaud Schweizer war, lag die Vermutung

nahe, dass das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn einschlägige Unterlagen aufweise. Die Nachforschungen im August 1967 verliefen jedoch negativ. Ein Sachbearbeiter hielt die Akten für vernichtet. Im Jahre 1969 unternommene Bemühungen, aus den in der DDR liegenden Beständen des Volksgerichtshofes näheren Aufschluss zu erhalten, verliefen erfolglos. Die Bestände des Bundesarchivs in Bern waren zu jenem Zeitpunkt, als Edgar Bonjour im Auftrag des Bundesrates seinen Bericht erarbeitete, selbst zur Geschichte der zwanziger Jahre noch unzugänglich. Der erste Anlauf war somit gescheitert.

Den erneuten Anstoss, meine Nachforschungen wiederaufzunehmen, verdanke ich einem Gespräch mit dem Vater Alfred Bavaud, das im März 1970 in Neuenburg stattfand. Wie sich herausstellte, wusste auch die Familie über die Vorgänge in Deutschland und ihre Hintergründe nur in Umrissen Bescheid. Wohl verwahrte der Vater in einem schmalen Dossier unter anderem den Abschiedsbrief, doch ergab sich daraus noch kein zusammenhängendes Bild. Der Vater ging davon aus, dass verschiedene Seminaristen in Saint-Ilan die Ermordung Hitlers erwogen hatten und dass dann Maurice auch deshalb zur Tausführung bestimmt worden war, weil er in Deutschland Verwandte besass. In krassem Gegensatz zu den jüngsten Versuchen legendärer Verklärung sah er im Sohn das Opfer tragischer Umstände und konnte daher keinen Sinn darin erkennen, wenn das Vergangene erneut aufgerührt werde. Wie sich später herausstellte, hatte schon im Jahre 1952 der Schriftsteller Walter Hammer, im Bemühen, die Toten von Plötzensee zu ehren, nach Neuenburg geschrieben: «Verehrter Herr Bavaud, ermöglichen Sie es mir bitte, auch Ihrem Sohn noch ein kleines literarisches Denkmal zu setzen.» Die Bitte um Auskunft beschied der Vater mit der knappen Antwort: «Après traduction de votre lettre du 14. X. je tiens à vous à vous dire, que je ne suis pas d'accord avec votre initiative⁵.» Ein weiterer Vorstoss Hammers, den er über einen Schweizer Studenten 1956 unternahm, wurde von Alfred Bavaud ebenfalls zurückgewiesen: «Quelque soit vos intentions, j'ai le regret de vous dire que je ne répondrai pas à votre questionnaire, que considère comme indiscret. Au surplus le jugement a été cassé et la mémoire de mon fils réhabilité par le tribunal fédéral Allemand. Ainsi nous ne reviendrons jamais sur ce drame⁶.» In der persönlichen Begegnung erwies sich der Vater von liebenswürdiger Art. Auf Grund der rudimentären Unterlagen ging auch ich davon aus, dass das einzigartige und konsequente Handeln dieses Opferwilligen in der Ge-

schichte des Widerstandes nicht länger mit Schweigen übergangen werden durfte. An diese historische Relevanz wollte jedoch der Vater nicht glauben. Für ihn handelte es sich um die private Tragödie seines Sohnes und seiner Angehörigen. Da er gemäss seinen Mitteilungen weder über die Anklageschrift noch über das Urteil verfügte und zu den Vorgängen im Einzelnen keinen präzisen Aufschluss zu geben vermochte, konnte er aus eigenem Wissen selbst bei grösstem Entgegenkommen nur begrenzt helfen. Seiner Meinung nach besass das Politische Departement ein vollständiges Dossier; hier gelte es, zunächst einmal anzusetzen. In einem zweiten Schritt wäre zu prüfen, ob aus dem Kreis der Mitseminaristen in Saint-Ilan nähere Angaben auffindig zu machen seien; die dortigen Vorgänge waren ihm zufolge recht undurchsichtig geblieben⁷. Angesichts dieser veränderten Einschätzung wollte ich meine Nachforschungen nicht forcieren. Im September 1970 – der Bonjour-Bericht war inzwischen erschienen – konnte ich in Bern im Zusammenhang mit einer anderen Arbeit bestimmte Bestände einsehen, für die die Sperrfrist gelockert worden war. Damals bat ich auch um die Vorlage des Dossiers Bavaud. Es befand sich jedoch nicht im Bundesarchiv, sondern im Politischen Departement. Die weitergeleitete Bitte um Einsichtserlaubnis wurde abschlägig beantwortet. Damit scheiterte auch der zweite Vorstoss. Mehr Erfolg war Peter Hoffmann beschieden. Nachträglich waren die Anklageschriften gegen Bavaud und Gerbohay sowie das Urteil gegen den Schweizer in Bonn doch noch zum Vorschein gekommen. Auch wurde ihm 1971 das Dossier in Bern auf Fürsprache von alt Botschafter Franz Kappeler zugänglich gemacht. Seine vier Jahre später erschienene Studie stützt sich vor allem auf diese Unterlagen⁸. Bestanden damals für mich erhebliche Zweifel, ob sich hinter dem Attentatsvorhaben nicht andere Zusammenhänge verbergen, so schuf Rolf Hochhuth mit seiner These vom «Tell 38» Ende 1976 eine neue Situation. Auch er hatte das Dossier in Bern eingesehen. Vier Wochen nach Hochhuth veröffentlichte Raymond Zoller einen gut illustrierten Exklusivbericht, der mit den Worten schloss: «Martyr exemplaire, ce jeune Helvète, ignoré par nos manuels officiels d'Histoire, mérite une place à part.» Zoller hat als erster das Familiendossier Bavaud ausgewertet und darüber im Mai 1979 in einem zweiten Report berichtet⁹. Angesichts der aufblühenden Mystifikationen entschied ich mich, selbst noch einmal von vorn zu beginnen und die aufgefundenen und zugänglich gewordenen Akten zu prüfen. Anfang Juli 1978 legte ich in einer dreiteiligen Artikelpublikation in der «Neuen Zürcher Zeitung» erste Ergebnisse vor, die in

einer kritischeren Beurteilung auch zum Ausdruck bringen wollten, dass mit dem Mythos vom idealisierten Tyrannenbefreier Bavauds wahre Tragik verkannt werde: «Aus den Akten und den ergänzenden Mitteilungen ergibt sich ein Gesamtbild, das der Legende vom ‚Tell 38‘ widerspricht, ohne dass dies die Anteilnahme am tragischen Geschick dieses Neuenburgers mindert¹⁰.»

Der Bericht, der auf die verhängnisvolle Verbindung zwischen Maurice Bavaud und Marcel Gerbohay hinwies, zog mir den Zorn derjenigen zu, die sich in ihren Fehlprojektionen blossgestellt glaubten. Trotz gewisser Druckversuche hielt ich daran fest, die begonnene Untersuchung zu Ende zu führen.¹¹ Ohne die Kenntnis der schweizerischen und der deutschen Akten hatte es keinen Zweck gehabt, mit höchst vagen Angaben die Nachforschungen auf Frankreich auszudehnen. Auch mündliche Befragungen konnten erst gezielt vorgenommen werden, nachdem die bekannten Quellenmaterialien durchgearbeitet worden waren.¹² Umso ertragreicher fielen die weiteren Schritte aus. Fünf Kilometer von Saint-Brieuc entfernt liegt an abgeschiedener Stelle die «Ecole d’Horticulture de Saint-Ilan», von der sich der Blick über die Bucht von Yffiniac weitet. Seit den Jahren, als Maurice Bavaud hier das «Séminaire des Vocations tardives» besuchte, hatte sich vieles verändert. Im April 1976, so ist von Direktor Loisy zu erfahren, haben auch die letzten noch verbliebenen Lehrer der «Congrégation du Saint-Esprit» die Schule verlassen. Sie dient mit einem Umschwung von 26 Hektaren nun ausschliesslich den verschiedenen Sparten des Gartenbaus¹³. Einzig Père Michel Viatte, Physik- und Chemielehrer, lehrt weiterhin in Saint-Ilan und erinnert sich bis ins Jahr 1940 zurück, als er an der Schule zu unterrichten begann. Von den Mitschülern kannte er Emile Arribart, der laut Gerbohay der angeblichen Verschwörergruppe «Compagnie du Mystère» angehört haben soll. Arribart ist nach der Besetzung Frankreichs, so berichtet der Lehrer, von den Deutschen verhört und vorübergehend inhaftiert worden. Père Viatte hielt das Attentatsvorhaben für eine von der Gestapo masslos aufgebauschte Geschichte, bei der es sich im Grunde genommen um Phantastereien von Jugendlichen mit einem Zug ins Mystische und weitab von konkreten Realitätsbezügen gehandelt habe¹⁴.

In Piré-sur-Seiche hatten die Pères du Saint-Esprit ein altes Besitztum in ein Heim für ihre bejahrten Ordensangehörigen umgewandelt. Dorthin hat sich Père Joseph le Moal zurückgezogen, der sich als ebenso zuvorkommender wie wertvoller Helfer erwies. Als Musik- und Englischlehrer war er mit der

Schule in Saint-Ilan seit 1944 verbunden. Viele Unterlagen seien von den Deutschen während der Besetzung zerstört worden, der Rest befände sich im Archiv des Missionsordens in Paris. Hingegen führt Père le Moal über die ehemaligen Seminaristen ein Adressen Verzeichnis, verfügt auch über Unterlagen, aus denen Ein- und Austritt der einzelnen Schüler zu ersehen ist. Er hilft der Vereinigung der Ehemaligen, für die gelegentlich ein Informationsbulletin herausgegeben wird, beim Austausch von Nachrichten. Ihm verdanke ich die Anschriften aller noch lebenden Mitschüler, und zwar nicht nur von den Klassenkameraden, sondern auch von jenen, die im Stichjahr 1938 eine Stufe vor oder nach Bavaud, aber zusammen mit ihm und Gerbohay in Saint-Ilan gewesen sind. Viele von ihnen wurden Priester und leben, soweit sie im Dienst der Kongregation stehen, zum Teil in Übersee. Von den mir genannten vierundzwanzig Mitschülern erhielt ich von einundzwanzig mündliche oder schriftliche Auskünfte. Durch diese wertvolle Mithilfe ergab sich von den beiden Freunden sowie zur «Compagnie du Mystère» ein bedeutend klareres Bild.

Über Marcel Gerbohay hoffte ich, an seinem Geburtsort, der nicht weit von Rennes liegt, zusätzlichen Aufschluss zu erhalten. Auf dem Bürgermeisteramt von Pacé fanden sich einige Unterlagen über die Familie Gerbohay, darunter die Abschrift des Abschiedsbriefes von Marcel an seine Mutter¹⁵. Der Vater war bereits 1922 gestorben, und seit dem Tod der Mutter im Jahre 1973 wohnten in der Region keine Verwandten mehr. Hingegen half mir die Anschrift der einzigen Schwester, die in Abidjan lebt, zum erhofften Durchbruch: Die ausführlichen Mitteilungen von Madame Angèle Mathilde Julia-Gerbohay lösten das Rätsel, zu dem das seltsame Verhalten des Bruders Anlass gegeben hatte. Obwohl schon zuvor alle Anzeichen in eine bestimmte Richtung wiesen, wurden erst ihre Auskünfte zu jenem Schlüssel, der das Geheimnis dieser Freundschaft voll erschliesst.

Während Marcel Gerbohay bis dahin nur in schemenhaften Umrissen als reine Negativfigur am Rande stand, so gewinnt er jetzt lebendige Züge, die nach einer erheblich differenzierteren Beurteilung rufen. Dazu trugen auch die mündlichen Mitteilungen von Abbé Etienne Plassoux bei, der selbst in Pace geboren ist und dem Halbwaisen geistlicher Ratgeber war. Die weiteren Nachforschungen seien lediglich summarisch angedeutet. Über die «Congrégation du Saint-Esprit» gab der Archivar der Missionsgesellschaft am Hauptsitz in Paris Auskunft. Im Archiv fanden sich einige Hinweise zu dem einstigen Seminaristen aus der Schweiz¹⁶. Analoge Nachforschungen galten den

Wegstationen von Maurice Bavaud in Deutschland, insbesondere in München und Berchtesgaden. Neben ergänzenden Materialien aus Archiven erbrachten die Auskünfte von Emil Reuther, einem der beiden Lehrer, die Bavaud in Berchtesgaden gesprochen hat, weitgehend eine Bestätigung des in den deutschen Akten dargelegten äusseren Handlungsablaufes. Auch in der Schweiz erwiesen sich mündliche und schriftliche Auskünfte als wertvolle Hilfe. In erster Linie gilt mein Dank dem 1977 verstorbenen Vater, Herrn Alfred Bavaud, sowie den Schwestern Madame H el ene Delley-Bavaud und Madame Marie-Louise Delley-Bavaud, die ihre Erinnerungen an Maurice und die Jugendzeit wachriefen und auf alle Fragen äusserst zuvorkommend eingingen. Den benutzten Archiven sowie jedem einzelnen der rund f unzig Befragten, die über Maurice Bavaud und Marcel Gerbohay bereitwillig Auskunft gegeben haben und die im Quellenverzeichnis genannt werden, möchte ich hier für die gewährte Hilfe danken¹⁷.

Trotz aller Bemühungen blieb mir hingegen der Erfolg versagt, neben der vorhandenen Anklageschrift auch das Urteil im Prozess gegen Marcel Gerbohay aufzufinden. Weder im Zentralen Staatsarchiv der DDR noch in Bonn, Koblenz, München oder im Document Center in Berlin und ebenso wenig in den Archives Nationales in Paris konnte der gesuchte Schriftsatz eruiert werden. Auch die Protokolle der Verhöre sowie allfällige weitere Unterlagen, die zu den Prozessakten gehören, sind vernichtet oder verschwunden¹⁸. Einen wichtigen Bericht von Minister Frölicher an das Politische Departement vom 13. Juni 1941 fand ich im Berner Dossier nicht mehr vor¹⁹. Manche Lücken lassen sich vielleicht noch schliessen; weitere Aspekte und Ergänzungen mögen hinzukommen. Die ausgedehnten Nachforschungen erbrachten eine Fülle neuer Ergebnisse, die jene ersten Hinweise, das Attentatsvorhaben wurzle in anderen Zusammenhängen, mit einer auch für mich überraschenden Deutlichkeit bestätigen.

II. Hintergründe und Motive

1. *Aussenseiter inmitten einer «rechtschaffenen Ordnung»*

Dem äusseren Anschein nach verbrachte Maurice Bavaud eine wohlbehütete Jugendzeit. Beide Eltern waren bemüht, ihre Kinder zur Lebenstüchtigkeit zu erziehen. Sie setzten alles daran, ihnen durch die religiöse Verwurzelung im katholischen Glauben einen festen Halt zu geben. Wenn sie auf Zucht und Ordnung hielten, so in der Überzeugung, zum Wohl der Familie zu handeln. Die schockierende Nachricht über die Verhaftung des ältesten Sohnes in Deutschland, nach vielen Monaten des Bangens das Todesurteil wegen des Vorhabens eines Attentats auf Hitler und mehr als ein Jahr später das gewaltsame Ende durch die Guillotine – dies blieb im aufwühlenden Schmerz und Leid unfassbar. Dafür fehlte es an Erklärungen. Das Zuhause, die Erziehung und vor allem Maurice selbst, den man den Pazifisten nannte, widersprachen allen Vorstellungen von einem Gewalttäter, vom idealistischen Terroristen. Gerade weil das von der Nazijustiz suggerierte Bild mit ihrem Sohn in keiner Weise übereinstimmte, waren die Eltern von zusätzlichen qualvollen Ahnungen erfüllt. Wenn Maurice in seiner Gutgläubigkeit von Kameraden in Saint-Ilan ausgenutzt und zu einem solchen Vorhaben angestiftet worden sein sollte, dann bedeutete das Todesurteil krasses Unrecht. Ihn auf grausame Weise zu köpfen – allein dies schon war ein unerträglicher Gedanke – lief auf einen brutalen Racheakt des Volksgerichtshofes an einem Wehrlosen hinaus. Hier stimmte allzu vieles nicht, aber für die Eltern, die ganz auf die Hilfe des schweizerischen Aussenministeriums angewiesen waren, gab es keine Möglichkeit, selbst beweiskräftig offenzulegen, dass ihr Sohn einem Fehlurteil zum Opfer fiel¹.

Seine Entwicklung hatte ihnen schon früher Anlass zur Besorgnis gegeben. Maurice war anders als die andern; auch in der Schule hatte er als Einzelgänger gegolten. Dennoch war er das Gegenteil von einem düsteren Schwerenöter gewesen, fiel durch seine gefällige, liebenswürdige Art auf und zeigte ein vorzügliches Benehmen, das den Eltern zur Freude hätte reichen können. Aus der Jugendzeit von Maurice gäbe es viele Geschichten zu berichten. Wir beschränken uns hier bewusst auf den meines Erachtens relevanten Haupt-

aspekt: sein Aussenseitertum, auf seinen Weg ins Abseits. Heute sind wir auf die Auskünfte jener angewiesen, die Maurice vor vierzig und mehr Jahren gekannt haben. Ein Eingehen auf diese und andere Fragen ist daher nicht anders als ein Versuch zu verstehen, die wahrscheinlichste unter den möglichen Antworten zu ergründen.

Nach Charakter und Denkart hätte man den Vater Alfred Bavaud für einen alteingesessenen, traditionell gesinnten Bürger Neuenburgs halten können. Er war ein Mann der Prinzipien und puritanischer Solidität, von ruhiger Wesensart, korrekt in der Form, politisch den konservativen Liberalen zugewandt. Staat und Kirche kam eine Autorität zu, die er ebenso sehr respektierte, wie es selbstverständlich war, dass ihm im Kreis der Familie mit Gehorsam begegnet wurde. Im Kleinen wie im Grossen galt das Prinzip einer autoritären Ordnung. Die Bavauds stammten jedoch aus dem Waadtland; ihr Bürgerort ist Bottens im Bezirk Echallens. Der Grossvater hatte in Oleyres bei Avenches gewohnt, wo Alfred Bavaud am 7. Juni 1890 geboren worden ist. Die Familie zog schon bald nach Neuenburg um; viele Jahre arbeitete Alfreds Vater dort als Tramkondukteur². Die Bavauds gehörten zur römisch-katholischen Minderheit, die auch zur Zeit von Maurice lediglich 15 Prozent der Bevölkerung ausmachte³. Sie war seit der Reformation unterdrückt worden, und erst die Verfassung von 1814 hatte das Verbot für Katholiken aufgehoben. Obwohl das Kirchengesetz von 1873 für die protestantische wie die katholische Konfession gleiche Rechte schuf, wirkte manches untergründig fort. Die Minorität suchte durch die Pflege eigener Traditionen den Zusammenhalt, den auch die im Jahre 1844 eröffnete katholische Privatschule – die einzige im Kanton – verstärkte. Alfred Bavaud hat sie besucht, und später wird er auch seine Söhne Maurice und Jean-Pierre den Frères des écoles chrétiennes aus Besançon anvertrauen. Vater Alfred erwies sich als äusserst gewissenhaft und zuverlässig; doch waren seine Berufsaussichten nach der Schulzeit wenig günstig. Es ist zum Verständnis seiner Persönlichkeit wichtig zu wissen, dass er sich aus eigener Tüchtigkeit zu einer gesicherten Stellung emporgearbeitet hat. Wie seinen beiden Brüdern bot sich ihm die Möglichkeit, aushilfsweise bei der Post beschäftigt zu werden. Er war gezwungen, daneben noch andere Gelegenheitsarbeiten anzunehmen. Während der eine Bruder zum Lebenserwerb nach Basel und der andere nach Biel fortziehen mussten, wurde Alfred Bavaud schliesslich fest bei der Bahnpost in Neuenburg angestellt. Vom Briefträger ist er allmählich zum Innendienst vorgeückt und wurde Chef-facteur. Für einen weiteren Aufstieg fehlten ihm die schulischen Voraussetzungen. PTT-Angestellter zu sein bedeutete in den Kri-

senjahren ein Privileg, das in der von wirtschaftlicher Not bedrängten kleinbürgerlichen Umgebung viel galt⁴.

Seine Heirat mit Héléne Steiner erfolgte kurz vor Kriegsausbruch 1914. Einen Teil ihrer Jugend hatte sie – am 26. November 1890 geboren – in Fleurier im Val-de-Travers verbracht und war noch als Kind nach Neuenburg gekommen. Ihre Mutter, Leopoldine Steiner, geborene Nofaier, stammte aus Baden-Baden. Obwohl sie selbst ausschliesslich Französisch sprach, galt Héléne später ihrer eigenen Familie im Charakter als typisch deutsch, weil sie sehr resolut wirkte, auf Sauberkeit und Ordnung hielt und von einem enormen Arbeitseifer beseelt war. Vielleicht noch mehr als ihr Gatte wurzelte sie in einer orthodoxen Religiosität, von der auch die Jugendzeit von Maurice erfüllt war. Der Vater der Mutter hatte nach einem Sieg der Radikalen seine Stelle als Polizist verloren. Die Steiners litten Not, und Héléne wuchs bei der Grossmutter und bei den Tanten auf, von den letzteren auch als Haushalthilfe ausgenutzt. So waren Alfred und Héléne Bavaud als junges Ehepaar ganz auf sich allein gestellt, beide vom Willen erfüllt, der eigenen Familie bessere und gesichertere Verhältnisse zu schaffen. Wenn es gelang, trotz der Belastung, die die wachsende Kinderzahl mit sich brachte, von der Krise verschont zu bleiben, so war dies nur durch die grossen Opfer der Eltern möglich geworden. Umso verständlicher wird, dass sie sich bei der Erziehung ihrer Kinder durch ihre eigenen Lebensprinzipien leiten liessen.

Von idyllischer Geborgenheit konnte allerdings keine Rede sein. *Maurice*-Alfred, am 15. Januar 1916 an der Rue du Trésor 7 geboren, erhielt in rascher Folge weitere Geschwister: Jean-Pierre (1917), Héléne-Antoinette (1919), Marie-Louise (1921), Colette-Valentine (1926) sowie die Zwillinge Adrien und Marie-Thérèse; das Mädchen starb jedoch im Frühjahr 1929 im Alter von dreizehn Monaten an Pneumonie. Da die Wohnung immer wieder zu klein wurde, zog die Familie häufig um. Doch darüber hinaus war es fast zu einer Marotte der Mutter geworden, stets nach einem anderen Domizil Ausschau zu halten. Diese Unrast führte dazu, dass die Eltern insgesamt sechzehnmal die Wohnung gewechselt haben, zumeist in der Umgebung des Schlosshügels. Für häusliche Geborgenheit blieb wenig Zeit⁵.

Mit den etwas mehr als 400 Franken, die der Vater im Monat verdiente, war eine achtköpfige Familie ohne harte Entbehrungen kaum zu ernähren. Um nicht in eine Notlage zu geraten, entschloss sich die Mutter nach dem Tod von Marie-Thérèse, eine Pension zu eröffnen. Sie mietete eine Wohnung von neun Zimmern sowie einige Logis in der Umgebung. Fortan musste noch für

zwölf bis vierzehn junge Leute, die die Handelsschule besuchten, gesorgt werden. Der Vater ass mit den Pensionären, eine Schwester hatte mit der Haushalthilfe zu bedienen, während der Rest der Familie sich in der Küche verpflegte. Sogar Alfred Bavaud soll damals seiner Frau vorgeworfen haben, auf diese Weise habe man kein richtiges Familienleben mehr, stets seien Fremde im Haus. Gut sechs Jahre später – Maurice war gerade volljährig geworden – eröffnete die Mutter ein Geschäft für Frühgemüse, das sie, da ihr Gatte als Staatsangestellter keine Nebenbeschäftigung annehmen durfte, auf den Namen ihres ältesten Sohnes eintrug⁶. Zur Ruhe war sie als Mittelpunkt der Familie nie gekommen: Zuerst hatte die Geburt von sieben Kindern mit allen Problemen, die dieser Zuwachs mit sich brachte, ihre Kraft beansprucht. Der Jüngste war kaum zwei Jahre alt, als durch ihre Erwerbstätigkeit jene tief in das Familienleben eingreifende zusätzliche Belastung hinzutrat.

Für das einzelne Kind blieb wenig Zeit. Gerade Maurice hätte besondere Zuwendung und Einfühlungsvermögen erfordert. Er war von allen der Sensibelste. Nach Gemüt und Begabung konnte er sich in der amüsischen, starr konventionell fixierten Ordnung nur mit Mühe zurechtfinden. Schon vierzehneinhalb Monate nach seiner Geburt erhielt er einen Bruder, der sich – von einem ungebrochenen Selbstbewusstsein erfüllt – im Gegensatz zu ihm durchzusetzen wusste. Der Gedanke liegt nahe, dass sich Maurice verdrängt fühlte. Sowohl die Schwestern wie auch ein langjähriger Schulkollege von Maurice gebrauchten denselben Vergleich: Die beiden Brüder waren völlig verschieden, es war ein Gegensatz wie zwischen «Wasser und Wein⁷». Wohl besuchten beide die Ecole primaire des Frères, weil es der Vater so wollte; aber Maurice ging eigene Wege, ihre Spiele waren andere, wie auch später ihre Interessen komplett divergierten. Der jüngere Bruder war Realist, robust und lebensstüchtig; er hatte seine eigenen Kollegen, während Maurice kaum Freunde besass. Obwohl der Älteste gross und kräftig war, wusste er sich nicht zu wehren. Gewalt verabscheute er und war doch selbst Zwängen ausgesetzt.

Während er für die Schwestern Partei ergriff und auf alle ihre Fragen einzugehen suchte, konnte er sich über seine eigenen Anliegen bei niemandem aussprechen. Hierfür kamen die Eltern nicht in Betracht. Dem Stil damaliger autoritärer Erziehung folgend war zu gehorchen und zu tun, was man geheissen wurde. Noch bis zum Alter von achtzehn Jahren sollen Ohrfeigen allzu häufig ein Überzeugen durch Argumentieren ersetzt haben⁸. Aus den Hilferufen an das Politische Departement lernen wir in Alfred Bavaud nur den liebenden Vater kennen, der in brennendster Sorge um seinen Sohn das Äusserste tat.

Die Herzenswärme, die aus ihnen spricht, lässt kaum ahnen, dass der Vater gegenüber den Söhnen ein Erzieher von besonderer Prinzipienstrenge gewesen sein soll, wie ihn die Schwestern schildern'. Der Älteste vermochte seiner Erwartung und Lebensauffassung nicht zu entsprechen. Vor allem die Neigung zur Bohëmenatur war ihm suspekt. Maurice befand sich zu sehr in den Lüften, war ein Träumer, benötigte Zeit, und hierfür gab es zu wenig Verständnis. Umgekehrt kam der Vater für Maurice als Vorbild nicht in Frage. Seine Ideale suchte er in einer Welt, die von jener der Eltern weit entfernt war.

Aus seiner Jugendzeit sind verschiedene Episoden publiziert worden, die die ungewöhnlichen Eigenschaften von Maurice hervorheben möchten. Seine Religiosität illustriert Yves Lassueur mit dem Beispiel: «Tout enfant, il vit intensément sa foi et célèbre lui-même sa messe devant un autel privé installé dans l'appartement¹⁰.» Manch kleines Geschichtchen, das im Familienkreis liebevoll erzählt wird, gewinnt in der Mythenbildung ungeahnte Bedeutung. Wir erfahren, wie Maurice ab und zu einen Bedürftigen nach Hause brachte und seine Mutter bat, ein zusätzliches Gedeck aufzulegen. Ein anderes Mal wirft ein Knabe einen Stein nach ihm und verletzt ihn an der Stirn: «Alors que ses frères et sœurs courraient après le gamin, Maurice dit tout simplement: „Laissez tomber, laissez tomber, ça ne fait rien» Nicht dass die Beispiele falsch wären, sie sind illustrativ. Unreflektiert ist die Interpretation, die schon in der Kindheitsgeschichte nach legendärer Verklärung sucht. «L'enfance de ce martyr, aîné d'une famille de sept enfants, n'est pas banale», so beginnt eine Schilderung über seine Jugendzeit¹¹. Nach solcher Deutung beschränkt sich das Anderssein von Maurice im Wesentlichen darauf, dass er lauterer, religiöser und in seinem ganzen Wesen ein besserer Mensch gewesen sei als beispielsweise seine Mitschüler.

Diese Geschichten weisen noch eine andere Perspektive auf, die dagegen spricht, dass das wunderbare Absonderliche Anlass zur Idealisierung ist. Widerspiegeln sich in dieser Andersartigkeit nicht zugleich auch seine inneren Nöte? Während seine Geschwister Gleichaltrige etwa aus der Schule zum Essen nach Hause brachten, war dies bei Maurice kaum der Fall. Wenn er einen alten Obdachlosen in die Pension zur Mutter führte und es nicht zulassen wollte, dass sich irgendjemand über den Unglücklichen mokierte, so konnte von einem Kind Nächstenliebe rührender kaum praktiziert werden. Kam darin auch die Solidarität mit Menschen ausserhalb einer Ordnung zum Ausdruck, die ihm die eigene Selbstentfaltung erschwerte? Er konnte sich ihr

zwar nicht entziehen, aber es gab feinere Formen der Verweigerung. Sie haben in allen Phasen seiner Entwicklung ihren Ausdruck gefunden. Als Kind sollen seine Spiele stets etwas mit Karawanen, mit Fortgehen und mit Reisen zu tun gehabt haben. Mit Vorliebe zeichnete er immer wieder Segelschiffe, die in die weite Welt hinausfahren. Da sei immer ein Ausweichen, ein Entfliehen gewesen¹².

In der Primarschulzeit galt Maurice seinen Mitschülern als ein Original; seine Ideen und Reaktionen gingen mit ihnen nicht konform, aber man nahm ihn, wie er war. «Un paumé», so meinte ihn ein Schulkamerad am treffendsten zu charakterisieren¹³. Er war gutmütig, einer, der nie zurückschlug, der immer etwas abseits stand. Dafür hatte er sich allmählich eine eigene Gedankenwelt geschaffen. Zu seinem leuchtenden Beispiel wurde Mahatma Gandhi. Ihm nachfolgend verachtete er materialistisches Denken und war als konsequenter Gegner aller Gewalt Antimilitarist. Während der Vater wünschte, dass aus seinem Ältesten einmal ein tüchtiger Soldat werde, hoffte er, nie Militärdienst leisten zu müssen. Mit dreizehn Jahren war er bei einem Ferienaufenthalt in Liestal von einem Lastwagen angefahren worden, der ihm den Fuss zerquetscht hatte. Zurück blieben Narben und gelegentliche Schmerzen, ohne dass er hinkte. Er war fest davon überzeugt, wegen dieses Unfalls freigestellt zu werden. Umso grösser war seine Enttäuschung, als am 13. Mai 1935 die Aushebungskommission den 182 Zentimeter grossen Jüngling für diensttauglich erklärte¹⁴. Der Entschluss, Missionar zu werden, hatte auch den Nebeneffekt, dass die Rekrutenschule vorerst auf unbestimmte Zeit verschoben werden konnte.

Schon früher hatten die Eltern die Hoffnung gehegt, Maurice werde einmal Priester. Er selbst war nie darauf eingegangen. Da er wenig praktisch veranlagt war, sorgten sie sich darüber, was aus ihm später werden sollte. Vom 24. April 1922 bis zum 25. September 1922 hatte er an der Ecole normale bei Mademoiselle Borle begonnen, wechselte dann zusammen mit dem Bruder zur katholischen Privatschule über, wo er bis zum 15. Mai 1929 verblieb. Für die Abschlusszeit kamen beide Brüder wieder an die öffentliche Schule. Im Zeichnen, Kopfrechnen, in Geographie und Geschichte hatte er besonders gute Noten¹⁵.

Mit kaum fünfzehn Jahren fehlte es Maurice an konkreten Zukunftsvorstellungen. Die Entscheidung des Vaters, ihn aufs Technikum nach Freiburg im Üechtland zu schicken, bot die Möglichkeit, darüber Klarheit zu gewinnen. Die 1899 gegründete Schule setzte sich zum Ziel, «durch wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildung sowie durch praktische Übungen Techniker mittleren Grades auszubilden». Während die katholische Privatschule für

Neuenburger kostenlos gewesen war, ergab sich jetzt eine zusätzliche finanzielle Belastung. Maurice konnte nur an den Wochenenden nach Hause kommen. Der Vater fasste nach rund einem Jahr einen neuen Entschluss. Sein Ältester sollte in der Favag eine Lehre als technischer Zeichner machen und konnte dann bei den Eltern wohnen. Der Mechanik und dem Maschinenbau seien beste Zukunftsaussichten beschieden. Zwar war diese Lösung finanziell günstiger, und der Vater hatte den Sohn wieder vermehrt unter Kontrolle, aber es war problematisch, Maurice zu einem Beruf zu zwingen, der ihm nicht gefiel. Wohl zeichnete er mit Vorliebe, doch nicht auf diese Weise, und an der Technik – das hatte sich in Freiburg bestätigt – war er völlig desinteressiert. Auch der zweite Sohn musste eine Mechanikerlehre, die ihn nicht zufriedenstellte, absolvieren¹⁶.

Derart gedrängt, trat er im Frühling 1932 in die Fabrique d'appareils électriques SA ein, die gerade vom Zentrum nach Monruz umgezogen war. Sie hat sich vor allem durch ihre elektrischen Uhren einen Namen gemacht. Wenn er auch bessere Arbeitsbedingungen hatte als die Akkordarbeiter, so war ihm der Fabrikbetrieb allein schon wegen seiner anders gearteten Interessen zuwider. Bis zum Lehrabschluss hielt er nur durch, weil der Vater ihn drängte. In der Freizeit las er sehr viel und soll schon damals eine Vorliebe für russische Autoren – Gogol und Tschechow – gehabt haben. Er verfasste Gedichte, die er zu Hause vorlas, ohne dass sie jemand hören wollte¹⁷. Mit seiner musischen Begabung stiess er ins Leere, blieb unverstanden. Als die drei Jahre um waren, harrte er nur noch kurze Zeit freiwillig im ungeliebten Beruf aus.

Zur freudigen Überraschung der Eltern änderte er seinen Sinn und erklärte, Missionar werden zu wollen. Somit sollte ihr Wunsch doch noch in Erfüllung gehen, und Maurice würde im Schosse der Kirche eine gesicherte Zukunft finden. In Afrika, so hoffte die älteste Schwester, würden ihm die Lebensverhältnisse vielleicht erträglicher sein. Schon immer hatte er in die weite Welt hinausreisen wollen. War es Zufall oder gar eine Fügung, dass er gerade jetzt seine Berufung verspürte? An Anstössen zu einer solchen Entscheidung gab es auch früher keinen Mangel. Zu Hause war er förmlich eingetaucht gewesen in die Atmosphäre frommer Erbauung. Die Bilder von Heiligen, Katechismen, religiöse Schriften, darunter auch solche der Missionsgesellschaften, verströmten die Heilsbotschaft in der Erwartung, ihr durch das persönliche Opfer so weit dem Einzelnen möglich nachzuleben. Den Ärmsten der Armen in der Ferne Erlösung und Hilfe zu bringen, diesen Wunsch hatte in Maurice



Maurice Bavaud – photographiert im September 1937 in Neuchâtel.



Oben links: Maurice Bavaud mit Geschwistern (im Hintergrund stehend: Maurice, Marie-Louise; vorne sitzend: Jean-Pierre mit Marie-Thérèse und Hélène mit Adrien).

Oben rechts: Grossvater Bavaud mit seinen Enkeln Maurice (links) und Jean-Pierre (rechts).

Unten: Maurice (Mitte) mit seinen Eltern Alfred und Hélène Bavaud (auf dem Arm: Bruder Jean-Pierre).

der Bericht eines Missionars geweckt, der seine Tätigkeit im Kongogebiet schilderte. In der Schrift fand er einen Hinweis auf die Congrégation du Saint-Esprit mit Sitz in Paris¹⁸. Der Grosscousin des Vaters, Curé Paul Galley, zu dem Maurice stets eine besondere Beziehung gehabt hat, soll das Vorhaben begrüsst, aber nicht initiiert haben. Sogleich wurde mit dieser Missionsgesellschaft Verbindung aufgenommen. Dank ihrer Unterstützung konnte Maurice im Oktober 1935 in Saint-Ilan mit der vorbereitenden Ausbildung beginnen. Die Wende fiel in einen Zeitpunkt, als er endlich selbst bestimmen konnte, was er eigentlich wollte. In Kürze würde er auch nach dem Gesetz mündig sein. Mochte er theoretisch in seinen Optionen frei sein, so liessen ihm die Realitäten wenig Entscheidungsraum. Für seinen Lebensunterhalt musste er selbst aufkommen, und für eine zweite, aufwendigere Ausbildung fehlten ihm die Mittel. Sein Beruf war ihm jedoch verhasst, aus seiner Umgebung wollte er fort, und die Rekrutenschule stand bevor. Die Wahl, sich in den Dienst der Mission zu stellen, entsprach seiner Überzeugung, aber sie verhalf auch dazu, einer Umwelt zu entkommen, der er in Spielen und Gedanken schon so vielmal zu entfliehen versucht hatte. Als er dann in Saint-Ilan an seiner Berufung zu zweifeln begann, war die Aussicht, in eben jene Realitäten zurückkehren zu müssen, kaum dazu angetan, ihn aus seiner fatalen Selbstisolierung zu befreien.

Die Eröffnung in den Sommerferien 1938, die Ausbildung zum Missionar abbrechen zu wollen, war für die Eltern mehr als eine grosse Enttäuschung. Alle ihre Anstrengungen, aus Maurice doch noch einen lebensstüchtigen Menschen im Sinne ihrer Erziehungsprinzipien zu machen, hielt vor allem der Vater für endgültig fehlgeschlagen. Es war, so meint eine der Schwestern, als ob er sich nach dieser Wende von seinem ältesten Sohn lösen würde¹⁹. Im Geschäft der Mutter konnte Maurice mithelfen, bis er wieder eine Stelle als technischer Zeichner finden würde. Neben einem monatlichen Taschengeld erhielt er als Gegenleistung freien Unterhalt. Mit seinen Problemen blieb er jedoch sich selbst überlassen. Dass er nicht mehr nach Saint-Ilan zurückkehre, teilte der Vater den Schwestern mit. Über die Beweggründe erfuhren sie von Maurice nichts; das war kein Diskussionsthema. Nachdem er eine Tante nach der Adresse der Verwandten in Baden-Baden gefragt hatte, warnte sie die Mutter, man müsse ihn daran hindern, in dieser Situation fortzugehen²⁰. Die Bedeutung des Alarmsignals wurde erst nachträglich erkannt.

Nach seinem unvermittelten Aufbruch schrieb Maurice aus Baden-Baden nach Hause und bat für sein Verhalten um Verzeihung. Er soll ohne Antwort gelassen worden sein, obwohl der Vater bedrängt wurde, mit ihm Verbindung

aufzunehmen. Man nahm an, er werde in Deutschland Arbeit finden; der Zweiundzwanzigjährige müsse selbst wissen, was er tue²¹. Als jedoch jede Nachricht ausblieb, schrieb der Vater den Verwandten und erfuhr, dass auch diese seit dem 19. Oktober 1938 keine Ahnung hatten, wo sich Maurice aufhielt. Erst drei Monate später – am 16. Januar 1939 – wandte er sich an das Politische Departement, mit der Bitte, ihm zu helfen: Die verzweifelte Suche nach dem verlorenen Sohn begann. Jetzt gab es nur eine Sorge und den einen Wunsch, dem in Not Geratenen Rettung zu bringen. Es gehörte zu den Grundsätzen, dass der Vater die Familie nach aussen vertrat. Er schrieb alle Briefe, auch an den Sohn. Mit dieser Regelung wird es Zusammenhängen, dass mit Ausnahme der Abschiedsworte in den wenigen Briefen von Maurice die Nachfragen nach den Angehörigen, nach der Mutter nahezu fehlen. Sogleich wird man geltend machen, dass unter dem unmenschlichen Druck der Isolation, der rigorosen Schreibbestimmungen und der Zensur eine Verständigung gar nicht möglich war. Dies ist richtig, aber hier ist etwas anderes gemeint. Vater und Sohn sprechen eine andere Sprache, schon früher und auch jetzt in diesen Briefen. Die Gedichte und Allegorien von Maurice sind ein einziger Hilferuf; in ihnen offenbart er die seelischen Qualen, die ihn in furchtbarer Einsamkeit martern. Aber den Schlüssel, der solche Botschaften erst verständlich macht, kannten nur er und ein Adressat, der mit der Familie in Neuenburg nichts zu tun hatte.

2. Maurice Bavaud – ein Antisemit und Rechtsextremist?

Am 11. November 1938 – einen Tag nach dem inszenierten Judenpogrom – bot sich in den Strassen Münchens ein bedrückendes Bild: die gebrandschatzte Synagoge eine Ruine, jüdische Geschäfte ausgeraubt und demoliert, Wohnungen verschmiert – traurige Beweise der Misshandlung einer wehrlosen Minderheit. «Das hat», so widerspiegelt sich der damalige Hass in der Schilderung des «Völkischen Beobachters», «der 10. November in München wie im ganzen Reich klar erkennen lassen! Eine ausgebrannte Synagoge in der Herzog-Rudolf-Strasse, eingeworfene Schaufenster in zahlreichen jüdischen Geschäften der Neuhauser-, Wein- und Theatinerstrasse, im Tal, Rosenthal, am Stachus und Lenbachplatz – um nur einige zu nennen – sowie eine grössere Anzahl von in Schutzhaft genommenen Juden sind zunächst nur ein kleiner Denkkzettel, durch den sich die geradezu bewundernswerte Langmut des deutschen Volkes einmal Luft gemacht hat¹.» Den ganzen Tag sei

die Bevölkerung mit den auswärtigen Gästen auf den Beinen gewesen, «um die Vergeltungsmassnahmen in Augenschein zu nehmen», hiess es in einem anderen Blatt². Auch Maurice Bavaud, der am 11. November in München war und an diesem Tag seinen fingierten Brief mit der gemieteten Schreibmaschine verfasste, stand unter dem Eindruck der antijüdischen Racheakte. An jenem Abend hatte er zum Pogrom noch einige Gedanken niedergeschrieben: «Über die Juden. – Die Juden sind das Übel der Welt.» Für den Text verwendete er die in Saint-Illan gewonnenen Lateinkenntnisse: «Dejudeis. – Judei mundi mala sunt. ‚Vae Judae‘ clamabant romani in bello judei, Tito duce et Vespasio imperatore. Hoc fuit primo ‚pogrom‘. Josefus narrat omnes judeos occidi fuerunt, Jerusalem tote deletum fuisse. Aureo penisque judei mundi romani potentia semper fuerunt. Romani nunquam delere vires perniciosas judeorum potuerunt. Christiani autem³» ... Auch nachdem er im Verhör sein Attentatsvorhaben zugegeben und geschildert hatte, legte Maurice Bavaud nachdrücklich Wert auf die Feststellung, ein entschiedener Gegner der Juden zu sein. Wie er zu Hitler vordringen wollte, die fingierten Briefe – dies alles hat er unter dem Druck der Verhöre genau beschrieben. Aber er bestritt entschieden, seine Billigung der Judenverfolgung verfasst zu haben, um mit ihr etwas vorzutäuschen⁴. Zeit hatte er an jenem Freitagabend genug gehabt, allein in München, im Hotelzimmer mit der gemieteten Schreibmaschine – unter dem Eindruck der Ausschreitungen tippte er jenen antisemitischen Erguss, ohne dass ihm eine besondere Bedeutung zugekommen sein soll.

Für alle diejenigen, die aus Maurice Bavaud einen politischen Attentäter machen wollen, sind seine Auslassungen ein störendes Ärgernis, das durch Verharmlosung, notfalls durch Phantasiegeschichten aus dem Weg geschafft werden soll. Wie hier willkürlich manipuliert wird, muss man schon schwarz auf weiss bei Hochhuth nachlesen. Bavaud habe, so des Schriftstellers Legende, damit gerechnet, dass er – um zu Hitler zu gelangen – vielleicht jemandem einen in Arbeit befindlichen Artikel zeigen müsse, um sich dadurch als Journalist zu legitimieren: «Was – nach der ‚Kristallnacht‘ – hätte ein ‚Verehrer‘ des Terroristen Hitler anders vorweisen sollen, wenn er beweisen wollte, dass ihn erstens des Führers Vorgehen gegen die Juden begeisterte und dass er zweitens von Berufsjournalist sei?» Um sich ausweisen zu können, deshalb schrieb Bavaud, so spekuliert Hochhuth, seine «Betrachtung⁵»! Vielleicht war es sogar besonders raffiniert, einige Lateinsätzchen zu machen, um den Nationalsozialisten Journalistenfleiss vorzutäuschen! Die Vorgabe, Bavaud habe sich als Journalist ausgeben wollen, um mit den fingier-

ten Briefen in die Nähe Hitlers zu gelangen, ist eine Erfindung. Weshalb kam Hochhuth auf diesen Gedankeneinfall?

Maurice Bavaud hatte – wie berichtet – seine Eintrittskarte für den Tribünenplatz im Büro des «Amtes für den 9. November» erhalten. Der für die Kartenausgabe verantwortliche Geschäftsführer Senftinger sowie ein damals als Dolmetscher zufällig beigezogener Mann namens Bintz behaupteten, der Neuenburger habe vorgetäuscht, als Berichterstatter für westschweizerische Zeitungen tätig zu sein. Bavaud hat ein derartiges Manöver jedoch stets entschieden bestritten⁶. Die Frage war deshalb von Bedeutung, weil ihm eine solche Irreführung von Anklage und Gericht als weiterer Beweis für das ihm unterstellte «verschlagene Verhalten» ausgelegt worden wäre. Im Urteil musste der Darstellung von Bavaud recht gegeben werden: Der Angeklagte habe sich zum «Amt für den 9. November» begeben und «erhielt auch tatsächlich lediglich auf Grund seines Vorbringens, er wolle aus Sympathie für den Nationalsozialismus sich den Erinnerungszug ansehen, eine Ehrenkarte für die Tribüne gegenüber der Heiliggeistkirche, ohne dass er sich über seine Person und den Zweck seiner Anwesenheit in München irgendwie auszuweisen brauchte'.» Senftinger und Bintz hatten somit falsch ausgesagt, um nicht zur Verantwortung gezogen zu werden! Dass Bavaud sich als Korrespondent ausgegeben habe, war eine Rechtfertigungsbehauptung, die der Phantasie dieser Parteigenossen entsprungen war. Dennoch dient die perfide Unterschiebung für Hochhuth zur Spekulation, der lateinische Text habe dem Attentäter dazu gedient, sich als Journalist legitimieren zu können. «Warum aber hat er das», so der Schriftsteller, «dann nicht selber so erklärt vor der Gestapo? Dies ist der Moment, abzurechnen und einzugestehen, dass wir nichts, überhaupt *nichts* mehr über Bavaud aussagen *können*, denn ohne Frage sind schreckliche Folterungen mit ihm angestellt worden⁸ ...» Dass Bavaud Hochhuths Imagination in keiner Weise entsprach und über seinen antijüdischen Kommentar am Tag nach dem Pogrom die Wahrheit gesagt hatte – diese Möglichkeit durfte einfach nicht in Betracht kommen!

Es fehlt nicht an ähnlichen Entlastungsversuchen, mit spekulativen Argumenten alles den eigenen Zweckdeutungen Widersprechende beiseite zu schieben. Bavaud, so lautet eine andere Version, habe sich im Verhör als Antisemit und Sympathisant der extremen Rechten aufgespielt, um sich bei seinen Vernehmern einzuschmeicheln'. Solche angebliche Anbiederungsversuche wären eher dazu angetan gewesen, gegenteilige Reaktion zu bewirken. Mit seinen widerrufenen und verschlüsselten Aussagen hat er sich seine Lage

in den Verhören keineswegs erleichtert. Dass der Hitler-Attentäter gesinnungsmässig aus ihrem eigenen Umkreis stammen sollte, machte seinen Anklägern sehr zu schaffen. Die Richter sind im Urteil über diese Frage mit auffälliger Eile hinweggegangen¹⁰.

Welchen politischen Strömungen Bavaud zuneigte, wird erst erschliessbar, wenn man die gesamte Jugendzeit mit einbezieht. Er war in eine Zeit des Umbruchs hineingeboren worden und suchte wie viele andere seiner Generation nach neuen Ideen, für die er sich engagieren konnte. Dabei stand nur fest, was er nicht wollte: die Identifikation mit den Anschauungen des Vaters wie mit der Politik der bürgerlichen Parteien überhaupt, die in Neuenburg die bestehende Ordnung verteidigten. Was den Lehrling im Alter von siebzehn, achtzehn Jahren interessierte, das waren jene Bewegungen, die eine radikale Veränderung versprachen. In einer Zeit der Wirtschaftskrise – die Zahl der Arbeitslosen war wegen der Anfälligkeit der Uhrenindustrie im Kanton Neuenburg besonders gross – suchten die Unzufriedenen nach neuen Konzeptionen, und die Bewegungen, die diese Erwartungen zu erfüllen vorgaben, erhielten starken Auftrieb.

Eine seit Langem verfochtene Alternative bot die starke sozialistische Opposition. Zum Ärger des Vaters soll Maurice zeitweilig das Sozialistenblatt «La Sentinelle» gelesen haben, das unter Paul Ernst Graber einen kämpferischen, wenn auch reformistischen Kurs steuerte. Als er vor dem Attentatsvorhaben im Sommer 1938 Russisch zu lernen begann und sich von der Sowjetunion fasziniert zeigte, vermutete die eine Schwester, Maurice neige zu Sympathien für die Kommunisten¹¹. Sie konnte nicht ahnen, dass sein Interesse einem zaristischen Russland der Zukunft galt.

Eindeutige Bindungen hatte er zur extremen Rechten, wobei sich einige Hinweise finden, die etwas präziser darüber Aufschluss geben, wie weit es sich lediglich um ein Hospitieren oder um bleibende Überzeugung handelte. Er war ein eifriger Leser eines Blattes, das schon vor dem Ersten Weltkrieg präfaschistische Züge aufgewiesen hat: «L'Action française», das Organ der gleichnamigen Bewegung um Charles Maurras¹². Ihr Einfluss in der Westschweiz hatte Tradition. Schon im Jahre 1910 war ein *Groupe franco-suisse d'Action française* gegründet worden. Die Furcht vor dem Siegeszug des Kommunismus und die wirtschaftliche wie weltanschauliche Krise nach dem Weltkrieg führten zu neuen Gruppierungen, die sich ebenfalls von Maurras inspirieren liessen.

Zu den reaktionären Föderalistenklubs der zwanziger Jahre gehörte der *Cercle Nationaliste Neuchâtelois*. Im Zeichen der aufblühenden Erneuerungsbebewegungen entstand 1933 der von Eddy Bauer, René Braichet und Marc Wolf-

rath initiierte *Ordre National Neuchâtelois*. Er propagierte ebenfalls Ideen eines alteidgenössischen Föderalismus, vermischt mit der von der «Action française» verbreiteten Auffassung¹³. Die *Jeunesse nationale* unter Dr. Eugène Bourquin, der nach seinem Tod unter dramatischen Umständen von seiner Bewegung zum «Märtyrer» gemacht wurde, besass nach Angaben des Spezialisten Roger Joseph erst seit Ende Sommer 1936 eine eigene Sektion in Neuenburg¹⁴. Die Lokalgruppierungen erschwerten es der *Union Nationale* – der faschistischen Bewegung von Georges Oltramare –, in Neuchâtel Fuss zu fassen. Gewisse Grundzüge, die jedem Leser der «Action française» vertraut waren, zeigen sich bei allen diesen Bewegungen. Für sie hatte die parlamentarische Demokratie mit ihrer Parteienvielfalt abgewirtschaftet. Da sie die durch die Französische Revolution ausgelöste Entwicklung für verfehlt hielten, beschworen sie erneut das achtzehnte Jahrhundert. Den gesamten Liberalismus lehnten sie ab. Die Organisationen der Linken sollten zerschlagen werden. Was diese Feindgruppen in den Augen ihrer Gegner verband, waren die angeblich dunklen Mächte, die hinter den Kulissen agierten: in erster Linie Juden, die sowohl für das Grosskapital wie bei den sozialistischen und kommunistischen Bewegungen als die eigentlichen Drahtzieher hingestellt wurden, dann auch Freimaurer und weitere «Geheimbündler». Von der «Action Française» gingen wichtige Impulse für Bavauds Denken aus; im erweiterten Umfeld hatten andere Anstösse fast ebensolche Bedeutung. Ein bereits verwirklichtes Modell der Neuordnung hatte in der Westschweiz rege Diskussionen ausgelöst: der italienische Faschismus. Er aktualisierte vor allem die Bewegungen für den Korporativismus.

Der bedeutendste Wortführer des westschweizerischen Katholizismus war Gonzague de Reynold. Er formulierte damalige Erwartungen, als der Freiburger Aristokrat und Geschichtsphilosoph am 12. Februar 1927 einem italienischen Minister schrieb: «Notre formule est: universaliser le fascisme par la pensée catholique et renforcer sur le terrain international le catholicisme par le fascisme¹⁵.» Vom Faschismus erhoffte er sich eine Wende, die zur universalen Ausweitung einer in Gott beruhenden Neuordnung führen würde. Der Liberalismus mit seinem kapitalistischen Wirtschaftssystem, aber auch der Sozialismus und Kommunismus liessen sich auf diese Weise ausschalten – eine Vorstellung, die dem Faschismus trotz Vorbehalten entsprechende Sympathien eintrug. Die Schriften von Gonzague de Reynold fanden auch im ehemaligen Schülerkreis von Bavaud Resonanz. Dass man sich mit der Enzyklika «Quadragesimo anno» von Papst Pius XI. beschäftigte, war für einen guten Katholiken selbstverständlich.

Dieses auch von einem Kameraden aus dem Cercle Saint-Joseph bezeugte Umfeld blieb ihm nicht fremd¹⁶. Die Hinweise verdichten sich. Die «Action française» verstand sich als Schrittmacherin der antidemokratischen und antisemitischen Bewegungen, und ihr Organ hat der Lehrling mit einem Eifer konsumiert, der wiederholt zu Auseinandersetzungen mit den Eltern Anlass gegeben hat. Noch stand das antiklerikale Blatt auf dem Index. Papst Pius XI. hatte es Ende 1926 verboten. Selbst ein Priester soll wegen der unerlaubten Lektüre von Maurice bei seinen Eltern vorgesprochen haben¹⁷.

In Neuenburg betrug die kleine Anzahl jüdischer Einwohner nicht einmal ein halbes Prozent der Bevölkerung; einige wenige führten grössere Verkaufsgeschäfte (Jules Bloch, Silberstein). Dennoch galten jüdische Geschäftsleute den kleinen Gewerbetreibenden und Handwerkern, für die sich auch der Ordre Nationale Neuchâtelois stark machte, als unliebsame Konkurrenz. Für Maurice Bavaud kam ein persönliches Moment hinzu. In seiner Familie erzählte man sich eine unerfreuliche Erfahrung des Grossvaters: Er habe sich mit einem betrügerischen Juden eingelassen, der sich dann mit seinem Geld aus dem Staub gemacht habe¹⁸. Die Bavauds sind deshalb keine aktiven Antisemiten geworden, aber bei Maurice ist die Geschichte nicht ohne Wirkung geblieben.

Auf Grund der Lektüre von Zeitungsartikeln, so sagte er später aus, sei er im letzten Jahre seiner Lehrzeit Mitglied des *Front National*, Ortsgruppe Neuenburg, geworden¹⁹. Dass er ausgerechnet diesem in der Westschweiz totgeschwiegenen Ableger der Nationalen Front den Beitritt erklärt hatte, überrascht zunächst. Sie galt wegen ihrer prodeutschen Haltung als suspekt und wurde in Neuenburg von den extrem föderalistisch ausgerichteten Erneuerern auch deshalb abgelehnt, weil man bei ihr trotz gegenteiliger Versicherungen zentralistische Tendenzen vermutete. Als am 12. Februar 1937 im bekannten Pakt zwischen Henne und Oltramare die Schweiz in drei Einflussbereiche aufgeteilt wurde, entstand der Union Nationale vor allem in Neuenburg wegen ihres Zusammengehens mit der Front heftige Opposition²⁰. Der Boden für diese Extremistengruppe war hier steinig. Der erste Versuch im Jahre 1933, in Neuenburg eine Sektion des Front National zu gründen, scheiterte am mangelnden Zulauf wie an persönlichen Querelen. Im Juli 1934 hiess es nach der Reorganisation euphemistisch: «Les assemblées sont très fréquentées, les adhésions venant du monde ouvrier et de la classe moyenne notamment sont nombreuses²¹». Zu dem Zeitpunkt, als Maurice Bavaud dem Front National beitrat, führte sich diese Splittergruppe in Neuenburg als der aggress-

sivste antisemitische Kampftrupp auf. Sein Werbeslogan lautete: «Le Front National, section neuchâteloise, lutte contre les grands bazars juifs, les uniprix, toutes les entreprises tentaculaires qui tuent l'essence même d'une nation: la classe moyenne²².» Wenn Bavaud gerade hier seine Mitgliedschaft beantragte, so in der Meinung, sich mit diesem Programm am ehesten identifizieren zu können – mit Grundsätzen, von denen die beiden Hauptpunkte erwähnt seien: «Le Front National lutte: contre le marxisme, le communisme, le bolchevisme qui mènent à la guerre civile et à la révolution; contre la franc-maçonnerie, la juiverie et tout l'anonymat international, qui travaillent à l'anéantissement de la civilisation chrétienne²³.» In Bavaud nun einen fanatischen Frontisten zu sehen, ginge an der Sache vorbei. Für einen helvetischen Nationalismus hatte er nichts übrig, ebenso wenig für militaristisches Gebaren. Schon während der Schulzeit war er Frankreich fast noch mehr als der Schweiz zugewandt gewesen²⁴. Wie stark die Frontisten nach dem Dritten Reich ausgerichtet waren, wurde ihm erst während seiner Mitgliedschaft richtig bewusst. Dies sowie die Unfähigkeit der örtlichen Leitung gab er auch als Grund an, dass er nach sechs bis sieben Monaten wieder aus dem Front National austrat²⁵. Die Frontisten hatten in der Westschweiz ein eigenes kümmerliches Sprachrohr besessen: «La Voix Nationale». Im Dezember 1934 musste das Organ sein Erscheinen einstellen. Für seinen Mitgliederbeitrag erhielt Bavaud, der als Zeitungsleser zu dieser Bewegung gestossen war, nicht einmal mehr ein Monatsblatt. Dass er besondere politische Aktivitäten entfaltet hat, ist zu Hause nicht aufgefallen. Das Nachfolgeorgan «Front National» erschien erst im März 1935²⁶. Die Westschweizer Frontisten befanden sich im Zeitpunkt, als Bavaud seine Mitgliedschaft wieder aufgab, nachweislich in einer ihrer vielen Krisen. Bei der Suche nach den ihm gemässen Idealen hatte ihm diese Extremistengruppe keine Hilfe geboten. In diesem Sinne blieb es bei einem Hospitieren. Inzwischen hatte er auch seinen Entscheid gefasst, Missionar zu werden.

Allerdings, ohne Belang war diese Episode nicht geblieben. Die Aufgabe der Mitgliedschaft bedeutete keine Abkehr von seiner antidemokratischen und antisemitischen Einstellung. Hier führt eine direkte Linie zu jenem Brief, den er kurz vor seinem Aufbruch nach Deutschland dem Verlag der Zeitschrift «Weltdienst» nach Erfurt schrieb.

Es gebe, so liess er sich vernehmen, auch in der französischsprachigen Schweiz «noch einige ehrbare Leute, die gegen die Machenschaften von Juda kämpfen²⁷». Was war davon zu halten, wenn er den Erfurter Antisemiten der Übersetzung gemäss kundgab: «Ich bewundere Ihre Anstrengungen, meine

Herren, denen ich mich tatkräftig anschliessen möchte. Da ich hier nicht mehr tun kann, abonniere ich folglich für sechs Monate, zum Anfang, Ihr Blatt²⁸.» Dieses Schreiben vom 2. Oktober 1938 gab auch bei späteren Interpretationen zu Rätseln Anlass, sofern es nicht ebenfalls als belanglos beiseite geschoben wird.

Gerade für die Frontisten war der «Weltdienst» kein unbekannter Winkelverlag. Er spielte sich international als Zentrum antisemitischer Propaganda auf und erlangte in der Schweiz als anrühiger Geldgeber und Helfershelfer bei frontistischen Aktivitäten eine traurige Berühmtheit. Dies vor allem im Berner Prozess um die sogenannten «Protokolle der Weisen von Zion». Die Israelitische Kultusgemeinde Bern und der Schweizerische Israelitische Gemeindebund hatten fünf Frontisten wegen Verkaufs von Schundliteratur eingeklagt. Die Hetzschrift sollte vor Gericht in aller Deutlichkeit als Fälschung entlarvt werden, um der Kampagne gegen eine angebliche jüdische Weltverschwörung einen Riegel vorzuschieben. In der Hauptverhandlung vom Oktober 1934 konnten die Angeklagten keinen Gutachter beibringen, der die Echtheit der Protokolle hätte beweisen wollen. Es wurde ihnen ein Aufschub gewährt. Als Experte in letzter Not trat nun Oberstleutnant a. D. Ulrich Fleischhauer auf, der Leiter des «Weltdienstes». Für beide Parteien, für die Hetzer wie für die Verhetzten, wurde der Berner Prozess zum grossen Gefecht, bei dem weit mehr auf dem Spiel stand als die Verletzung eines Schundparagrafen. Auch die westschweizerischen Mitglieder des Front National haben wie andere antisemitische Kreise der Schützenhilfe Fleischhauers mit grosser Spannung entgegengesehen²⁹. In erster Instanz endete schliesslich der Prozess am 14. Mai 1935 mit einer Niederlage der Frontisten³⁰. Der «Weltdienst» spielte für die Nationale Front später noch bei zwei politischen Skandalen eine kompromittierende Rolle. Ihr ehemaliges Mitglied Boris Toedtli hatte sich für die Erfurter Zentrale als Spitzel anwerben lassen. Bei ihm wurde eine umfangreiche Korrespondenz beschlagnahmt, die 1937 bei der Auseinandersetzung um die Antifreimaurer-Initiative willkommene Munition lieferte. Die Affäre Friedrich Eisenegger, der in Lausanne das Organ «Front National» betreute, wirkte sich für die westschweizerische Sektion der Nationalen Front katastrophal aus. Ihre Liquidation durch den Pakt Henne-Oltramare hat der aufgeflogene Versuch Eiseneggers beschleunigt, über den «Weltdienst» in Deutschland eingefrorene Schweizer Guthaben loszueisen³¹.

Seit 1934 war die Erfurter Zentrale in der Schweiz als Agitationshilfe für die antisemitische und antifreimaurerische Propaganda hervorgetreten, weshalb

es nicht überrascht, wenn sich Bavaud gerade an sie wandte. Hatte ihn ein besonderer Grund bewogen, den «Weltdienst», der unter anderen Sprachen auch auf Französisch erschien, gerade jetzt, als er an das Attentat dachte, zu abonnieren? Es gibt einen Hinweis, der eine mögliche Erklärung andeutet. Als Bavaud kurz vor der drohenden Hinrichtung seine Wahrheit und damit den Freund preisgab, hatte er ausgesagt, Gerbohay habe ihm erklärt: «Die Familie der Romanows habe sich das Ziel gesetzt, den Kommunismus und das Judentum in Russland zu vernichten und danach die Herrschaft über Russland wieder zu übernehmen³².» Der Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion, den die beiden Freunde erzwingen wollten, hätte demnach nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Juden treffen sollen. Hoffte Bavaud, durch den «Weltdienst» weitere Informationen über angeblich jüdische Einflüsse zu erhalten, die aus dem Blickwinkel der antisemitischen Propaganda auch das kommunistische Mutterland beherrschten³³? Als er das Blatt abonnierte, konnte er nicht voraussehen, dass kurz darauf neue Entscheidungen zur sofortigen Abreise führen würden. Auch nach seinem Geständnis blieb er dabei, den «Weltdienst» bestellt zu haben, weil er ein überzeugter Gegner der Juden sei³⁴. Wenn dies seine Gesinnung war, dann ist seine Reaktion auf die berüchtigte «Kristallnacht» nur folgerichtig: «Judei mundi mala sunt.» Die Römer hätten niemals die verderblichen Kräfte der Juden vernichten können. «Christiani autem» ... Sein Attentatsvorhaben, das den Krieg gegen Russland beschleunigen sollte, würde auch bei diesem Ziel den Christen behilflich sein. Vom jugendlichen Leser der «Action Française» und dem temporären Mitglied des Front National unterscheidet sich seine spätere antisemitische Gesinnung nicht. Was Gewalt bedeutete, hat Maurice Bavaud nach seiner Verhaftung auf seinem langen Leidensweg durch die Nazigefängnisse selbst erfahren müssen. Zuvor war er dafür bekannt gewesen, dass er Furcht überhaupt nicht kannte. So wie ihm das Gefühl für die Gefahr fehlte, mag ihm das Vorstellungsvermögen abgegangen sein zu erfassen, was die beabsichtigte Vernichtung der Kommunisten und der Juden in Russland an menschlichem Elend, Not und Todesqualen bedeuten würde. Diese gehörten nicht in seine Welt des Friedens und der Versöhnung. Aber auch Hitler als Verfolger der Katholiken lehnte er ab, wie wir aus der Zeit von Saint-Ilan noch näher erfahren werden. Das alles hatte nichts damit zu tun, dass er im Umgang liebenswürdig und von Natur gutmütig war, weit entfernt von einem düsteren Fanatiker. Hingegen verstärkt sich der Eindruck, dass von einem rationalen Handeln nicht die Rede sein kann. Derart wirre Motive hatten mit Widerstand

kaum etwas zu tun. Ist hier mit politischen Aspekten überhaupt weiterzukommen? Sind die ungeklärten Fragen von einer ganz anderen Problemstellung aus anzugehen? Entscheidendes hängt davon ab, welche Bedeutung dem Mitverschwörer zukommt.

3. *Saint-Ilan*

Zur Zeit, als Maurice Bavaud und Marcel Gerbohay in Saint-Ilan waren, bestand die Schule aus drei Abteilungen. Die *Ecole d'Agriculture et d'Horticulture*, die an die 1843 von Achille du Clézieux ins Leben gerufene Gründung erinnert, umfasste rund dreissig Lehrlinge. Mit Landarbeit, einer Grundausbildung und religiöser Erziehung hatte Clézieux hungernde Waisen und jugendliche Delinquenten auf den richtigen Lebensweg bringen wollen. Um seinem Unternehmen die Zukunft zu sichern, vertraute er es im Jahre 1855 der *Congrégation des Pères du Saint-Esprit* an. Während der folgenden Jahrzehnte trug die Schule den Charakter einer Zwangserziehungsanstalt. «Mais l'heure de la persécution», so heisst es in einer Schulchronik, «était venue: l'année 1903 vit se réaliser les projets maçonniques concernant les colonies pénitentiaires¹.» Den Kongregationen wurde in Frankreich die Zwangserziehung entzogen. Die Folge war, dass die jetzt auf neuer Basis gegründete Gartenbauschule zu wenig Lernwillige fand. Ende 1912 gelang es, das in Mesnières befindliche Lehrerseminar nach Saint-Ilan zu transferieren. Junge Leute, die an katholischen Privatschulen ihrer Diözese unterrichten wollten, ohne einem Orden anzugehören, konnten sich hier ausbilden. Die wenig günstigen Zukunftsaussichten liessen die Zahl dieser Lehramtskandidaten seit Anfang der zwanziger Jahre stark schwinden. Wer das Diplom nicht erlangte, schloss auf der Stufe der *Ecole primaire supérieure* seine Schulausbildung in Saint-Ilan ab.

Zur bedeutendsten Sektion wuchs das im Jahre 1919 verwirklichte *Séminaire des Vocations tardives* heran. Hier erhielten Seminaristen, die später Geistliche in den bretonischen Diözesen werden wollten oder die der *Congrégation du Saint-Esprit* und der Missionsarbeit ihr Leben zu widmen beabsichtigten, einen Grundkurs von vier Jahren. Die Spätberufenen hatten bereits eine andere Ausbildung durchlaufen und waren schon praktisch tätig gewesen. Es wurden aber mehr und mehr auch jüngere Schüler, die das Prinzip der «vocation tar-

diver» durchbrachen, auf diese Abteilung gesandt. Der Lehrstoff war komprimierter und im Angebot weniger umfassend als jener, den ein «petit séminaire» darbot; vor allem fehlten Griechisch sowie eine moderne Fremdsprache. Dennoch konnte ein fleissiger Schüler den Übergang zum «grand séminaire» schaffen, um schliesslich nach weiteren sechs Jahren die Priesterweihe zu erhalten².

Als Maurice Bavaud im Oktober 1935 ins Séminaire des Vocations tardives eintrat, zählten die vier Klassen insgesamt hundertfünfzehn Schüler; nur noch achtunddreissig Jugendliche strebten das Lehrerdiplom oder wenigsten das Brevet an, und siebenundzwanzig Praktikanten besuchten die Gartenbauschule. Die Bretonen stellten fast drei Viertel der Spätberufenen. Die anderen kamen aus den verschiedensten Regionen Frankreichs, aus der Schweiz und unter anderem auch aus Übersee. Sie stammten zumeist aus materiell wenig bemittelten Familien, die zum Teil für die Kosten der Ausbildung nicht aufkommen konnten. Die Mehrzahl der Seminaristen war durch die einzelnen Diözesen der Schule zugewiesen worden – so auch Marcel Gerbohay aus Rennes. Hinzu kamen die vierunddreissig Aspiranten der *Congrégation du Saint-Esprit*, unter ihnen Maurice Bavaud³. Seine Eltern hatten lediglich einen jährlichen Kostenbeitrag von 100 Schweizer Franken zu leisten, den Rest übernahm die Missionsgesellschaft.

Ihre Anfänge lassen sich bis zu dem von Claude-François Poullart 1703 gegründeten Séminaire du Saint-Esprit, das sich bis zum Ende des Ancien Régime zu einer anerkannten Missionsschule entwickelte, zurückverfolgen; sie bereitete ihre Zöglinge für die geistliche Arbeit in den französischen Kolonien vor. Die Französische Revolution brachte auch hier eine Zäsur; der Antiklerikalismus hätte das Werk beinahe zerschlagen. Die *Congrégation du Saint-Esprit*, die 1848 aus dem Zusammenschluss der *Prêtres du Saint-Esprit* und der *Pères du Cœur-Immaculé-de-Marie* gestärkt hervorging, verdankt ihren Aufschwung vor allem der Tatkraft von François-Marie-Paul Libermann. Er war der Sohn eines Rabbiners gewesen; 1826 hat er sich taufen lassen und erhielt 1841 die Priesterweihe. Dass ein Jude diese Kongregation geformt hatte, galt selbst schon als ein kleines Bekehrungswunder⁴. Umso glaubhafter wird, dass ihr antisemitische Tendenzen fernstanden. Davon war auch in Saint-Ilan nichts zu verspüren.

Noch heute spricht aus den Versicherungen lebender Mitschüler die Verwunderung darüber, wie das tragische Schicksal von Bavaud und Gerbohay überhaupt möglich geworden war. «Pour moi», so schreibt der heute in Gadeloupe tätige Père Henri Monnin – ein Klassenkamerad von Bavaud –, «c'est



ÉCOLE SAINT-ILAN

Près SAINT-BRIEUC (Côtes-du-Nord)

Aperçu général.

L'École Saint-Ilan, située à quelques kilomètres de Saint-Brieuc et desservie par le chemin de fer départemental, jouit de toutes les ressources que procure le voisinage d'une ville importante.

Sa situation incomparable est celle de l'ancienne colonie agricole fermée en 1903. Un rideau de grands arbres l'abrite contre la violence des vents. La mer qui s'étend à ses pieds, lui envoie ses effluves vivifiants. Les falaises verdoyantes et semées de villas qui bordent la baie de Saint-Brieuc et celle d'Yffiniac lui forment un cadre merveilleux.

La douceur de son climat, jointe à la salubre influence de la mer, en fait une station climatérique de premier ordre, et assure à ses habitants la meilleure des hygiènes, celle qui provient de la pureté de l'air.

Sa population scolaire se décompose en deux écoles : École secondaire et École d'Horticulture.

Ansicht der Schule kurz vor dem Ersten Weltkrieg. 1903 hatte sie den Charakter einer Zwangserziehungsanstalt verloren und wurde fortan auf neuer und erweiterter Basis fortgeführt.

une histoire de petits collégiens imaginée entre eux par pur amusement. Le malheur c'est que les allemands l'ont prise, eux, au sérieux⁵.» Auch Père Emile Jacquot, in Brooklyn bei den Haitian Fathers wirkend, verweist auf den ausgeglichenen, der apostolischen Berufung zugewandten Geist, der in Saint-Ilan vorherrschte: «Cette ambiance ne favorisait pas de ‚surchauffe‘, ni d'entraînement collectif particulier, encore moins d'esprit de croisade contre le communisme ou d'antisémitisme. Certes nous vivions les événements de l'époque: guerre d'Espagne, front populaire, etc. Cela faisait partie de nos préoccupations⁶.»

Alles verlief in geordneten Bahnen; dafür sorgte ein genau geregelter Tagesablauf. Bereits um fünf Uhr morgens hiess es aufstehen und das Morgengebet sprechen. Nach einer kurzen Vorbereitung auf das bevorstehende Schulpensum folgte um sechs Uhr die Frühmesse in der Kirche. Dann mussten in den Schlafräumen die Betten gemacht werden. Erst jetzt gab es das Frühstück. Von halb neun bis kurz vor zwölf wurde – mit einer Zwischenpause von dreissig Minuten – Unterricht erteilt; vier der elf Lehrer waren Angehörige der Congrégation du Saint-Esprit, die anderen stammten aus den Diözesen Saint-Brieuc und Rennes. Nach dem Mittagessen blieb gerade eine Stunde Erholung, bis die Lektionen von Neuem begannen. Um halb fünf Uhr nachmittags war Vesperzeit, und nach der kleinen Stärkung galt es, im Studiensaal unter Aufsicht zu lernen und die erhaltenen Aufgaben zu erledigen. Nach dem Abendessen blieb noch kurze Zeit zum Verweilen, dann folgte das Abendgebet, und um neun Uhr war Lichterlöschen. Den Donnerstag- und den Sonntagnachmittag konnten die Spätberufenen für Spaziergänge, zum Baden oder für ihre persönlichen Interessen nutzen⁷. Es bestand jedoch ein auch für unseren Zusammenhang wichtiger Unterschied in der Behandlung der Voll- und der Minderjährigen. Die «Veteranen», wie sie von den Jüngeren genannt wurden, versammelten sich jeweils in einem eigenen Pausenhof und waren in ihrer Freizeit von den strenger gehaltenen Minderjährigen weitgehend getrennt. Wer somit altersmässig in die «Section des Aînés» aufstieg, konnte zumeist in einen anderen Schlafsaal umziehen und erfreute sich seines erweiterten Bewegungsraums.

Marcel Gerbohay war – wie Père Joseph Le Moal bestätigt – bereits im Herbst 1934 nach Saint-Ilan gekommen⁸. Da er siebzehn Jahre zählte, galt für ihn die straffere Ordnung bei den Jungen, während Maurice Bavaud, der ein Jahr später eintrat, schon bald zu den Volljährigen gehörte. Die Angabe in der Anklageschrift, die beiden seien sich zunächst fremd geblieben, erhält hierdurch die Bestätigung. Die Wende brachte erst der Wechsel Gerbohays zu den «Ve-

teranen» kurz vor Semesterende 1937. Sein Klassenkamerad Jean Communier hat mit ihm diesen Übergang vollzogen und erinnert sich, wie sein Kollege die erlangten Freiheiten nutzte: «A cette époque, lui comme moi, nous sommes passés dans la Section des Aînés (des vétérans comme nous disions) et c'est à partir de ce moment que Marcel jouissant de plus de liberté au cours des récréations, a commencé à se faire une petite cour, où l'on discutait beaucoup' .» Entwickelte sich aus dieser Diskussionsgruppe, die sich mit Vorliebe bei der Kastanienallee getroffen haben soll, die «Compagnie du Mystère»? Auch Père Jacquot beantwortete eine Frage nach dem Diskussionszirkel positiv: «Je ne doute pas qu'il y ait eu un cercle d'intimes de Gerbohay qui se réunissait pendant les récréations. Cela a dû se passer surtout pendant le 3ème trimestre de l'année scolaire où pendant les récréations le jeu n'était pas obligatoire¹⁰.» Weder Communier noch Jacquot wollen jedoch zu dieser Gruppe gehört haben, weshalb sie auch keine präziseren Angaben machen. Um zu verifizieren, ob, wie Gerbohay behauptet, eine solche Verschwörergruppe existiert und Bavaud beeinflusst hat, kommt Jacquot gerade deshalb besonderes Gewicht zu, weil er Gerbohay zufolge diesem Geheimclub angehört haben soll.

Demgegenüber fehlte es auch nicht an Hinweisen, die die Version von Bavaud stützen, Gerbohay habe sich ihm gegenüber als ein Abkömmling des Zaren ausgegeben. «Que Gerbohay se prenne pour le fils du Tsar», so erinnert sich Jean Monnard, der beide Freunde gut kannte, «n'était un secret pour personne. En effet durant ses rêves (il rêvait à haute voix) il en parlait toujours. Mais Bavaud allait le réveiller. Très souvent durant nos promenades il en était question¹¹.»

Auch Edouard Neff, der später in den Dienst der Kongregation getreten ist, erinnert sich an die seltsamen Träume des angeblichen Zarensohnes: «Cela se passait toujours au dortoir alors que nous étions déjà endormis. Gerbohay était somnambule et Bavaud, son voisin de lit, se faisait un plaisir de le faire parler. Je pense que c'est ainsi qu'est née l'histoire de Hitler et de la ,Compagnie du Mystère. Nous ne les prenions jamais au sérieux¹².» War somit alles nur ein Phantasieprodukt, das ausser Bavaud niemand ernst genommen hat? Eine weitere Erklärung macht Raymond Blény geltend. Er soll nach Gerbohay ebenfalls Mitglied der «Compagnie du Mystère» gewesen sein. Retrospektiv meint Blény, Gerbohay habe einen simplen Trick verwendet, um seine Kameraden zu beeindrucken und zu beeinflussen. Er habe es sich zunutze gemacht, dass über das Schicksal des russischen Thronfolgers Zweifel bestanden. Die seltsamen Worte des Nachträumers, die eine slawische

Sprache vermuten liessen, die nicht zu Ende geführten Sätze, die auf Erlebnisse am Zarenhof hinwiesen, dann auch sein Verhalten, wenn man ihm seine im Schlaf gemachten Äusserungen andeutete – dies alles hält Blény für ein bewusstes Täuschungsmanöver: «Etant jeune et ayant l'esprit d'aventure et un brin de commisération on finissait par y croire. Les prophètes actuels ou autres ne procèdent sans doute pas autrement¹³.» Er selbst war, wie sich zeigen wird, neben Bavaud am weitgehendsten diesen Geschichten zum Opfer gefallen, mehr, als seine distanzierte Stellungnahme annehmen lässt. War Gerbohay lediglich ein Phantast, ein skrupelloser Ehrgeizling, der zu seiner eigenen Befriedigung den Kameraden in den Tod geschickt hat? Blény hält es für wahrscheinlich, dass Bavaud auf diese Weise bis zu einem Punkt fanatisiert worden ist, dass er sein Leben wagte, um dem Freund einen Dienst zu erweisen.

Soviel steht bereits fest: Sowohl die Aussagen von Bavaud wie von Gerbohay gegenüber der Gestapo erhalten hier einen konkreten Hintergrund. Hochhuths Legende erfährt endgültig ihren Abschied, während neue Fragen in den Vordergrund rücken. War Gerbohay dieses kaltblütige Ungeheuer, das selbst noch schwieg und vertuschte, als ihm bekannt war, dass sich Bavaud in den Händen der Gestapo befand? Wie verhielt es sich mit der «Compagnie du Mystère»? Vielleicht hatten diese Vorgänge für das Attentatsvorhaben gar nicht die vermutete Relevanz – eine These, die ebenfalls schon angedeutet worden ist und Bavaud einen luziden Augenblick zuschreibt¹⁴.

4. Marcel Gerbohay und seine Krankheit

Am 15. Mai 1894 um fünf Uhr nachmittags spielte sich vor dem Bürgermeister von Pacé eine rührende Szene ab. Der Tagelöhner Jean Pierre Daunay war gekommen, um sein Kindchen zu präsentieren, das ihm soeben in der Frühe geboren worden war. Der Formalitäten und des Schreibens unkundig hatte er es gleich selbst mitgebracht, um es auf den Namen Angèle Daunay ins Geburtsregister eintragen zu lassen. Auch waren zwei Zeugen mit dabei, die für den Vater unterschriftlich bestätigten, dass die vom Bürgermeister vorgenommene Eintragung ihre Richtigkeit hatte¹. Dieses Mädchen war die spätere Mutter von Marcel Gerbohay. Ihre Jugendzeit war durch die harten Zeiten geprägt, die die Familie durchlebte. Für fünf Kinder musste gesorgt werden.



Marcel Gerbohay mit seiner Schwester Angèle Mathilde.



Klassenphoto Saint-Ilan kurz vor dem Krankheitsschub im Mai 1935: Marcel Gerbohay (stehend, rechts aussen) sowie Alexandre Renault (hinten, links aussen), den die Geschichten des eloquenten Klassenkameraden faszinierten.

Der kleine Hof mit einigen Kühen bot keine Existenzgrundlage, weshalb sich der Vater als Tagelöhner auf fremde Bauerngüter verdingen musste. In späteren Jahren machten sich bei ihm mehr und mehr die Symptome der Parkinsonschen Krankheit bemerkbar². Seine Frau verlor er bereits Ende 1906, so dass die junge Angèle schon früh im Haushalt und in der Landwirtschaft mithelfen musste. In Pace lernte sie den Flüchtling Marcel Arnold Gerbohay kennen, der sich nach Kriegsausbruch 1914 vor den einmarschierenden Deutschen nach Frankreich in Sicherheit gebracht hatte. Die Beziehung zeitigte Folgen; vier Monate nach der Heirat im Januar 1917 wurde Marcel Gerbohay geboren³.

Die Herkunft seines Vaters blieb in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Dem Heiratsregister ist zu entnehmen, dass er am 14. Februar 1891 als Sohn des Jean Léonard Gerbohay und der Marie Soulladié im zweiten Arrondissement von Paris zur Welt gekommen ist⁴. Aber Angele Gerbohay hat ihren beiden Kindern später erzählt, dass in Wirklichkeit der Name des Vaters anders gelautet haben muss. Er sei von seiner Mutter im Alter von fünf Jahren verlassen worden, so dass sich die öffentliche Wohlfahrt um ihn zu kümmern hatte. Der geliehene Name sei ihm von der Fürsorgestelle verschafft worden. Als er nach Pace im Bezirk Rennes des Departements Ille-et-Vilaine gelangte, um sich hier auf dem Land wie viele andere Flüchtlinge auch durch die Kriegszeit zu bringen, hielten ihn die Dorfbewohner für einen Belgier. Der Name Gerbohay verriet nach ihrer Meinung eine belgische Herkunft, ein Eindruck, der in der Erinnerung in Pace bis heute nachklingt⁵. Tatsächlich aber war er Franzose mit unbekanntem Vorfahren, ein Rätsel, das erklärt, weshalb sich Marcel in seinen Phantasien unablässig mit seiner Abstammung beschäftigte.

Das junge Paar hatte die Verwaltung der Meierei übernommen, war dann zwei Jahre später vom Schlossherrn und Bürgermeister Pinault auf sein Besitztum Touche-Milon geholt worden, wo die Mutter im Schloss half, während der Vater vor allem als Kutscher arbeitete. Im Dorf erzählt man sich, er habe seine Stelle als Verwalter aufgeben müssen, weil er zu viel trank. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass der Unfall, mit dem er schon früh ums Leben gekommen ist, zu Übertreibungen Anlass gegeben hat, wie man ihn fälschlicherweise stets für einen Belgier hielt. Um ein Uhr nachts stürzte er alkoholisiert bei der Fahrt nach Hause vom Wagen, kam unter die Räder und starb unter grauenhaften Schmerzen am 15. April 1922⁶. «On ne m'a jamais dit qu'il buvait», stellt die Schwester Marcells hierzu fest, «que c'était un vantard. Peut-être n'osait-on pas me le dire pour ne pas me peiner, c'est possible⁷.»

Noch zählte die Mutter keine achtundzwanzig Jahre und musste fortan allein ohne jegliche Ersparnisse für zwei Kinder sorgen: Marcel Joseph, der am 3. Mai 1917, sowie Angèle Mathilde, die am 20. Dezember 1919 geboren worden ist. Ihre Stellung beim Deputierten Etienne Pinault konnte sie beibehalten; ihr Leben lang hat sie auf dem mit einem Gutsbetrieb kombinierten Besitztum gearbeitet. Maurice besuchte in Pace bis zu seinem dreizehnten Lebensjahr die Grundschule und half dann im Garten von Touche-Milon mit. Dass etwas mit ihm nicht stimmte, fiel erstmals auf, als er dreizehneinhalb Jahre alt war. Als er an Mumps erkrankte, kam es zu einem seltsamen Zwischenfall. Die Schwester berichtet: «Il avait eu 41 ° de fièvre, il délirait et avait dans sa fièvre voulu se jeter par la fenêtre. En pénétrant dans sa chambre au 1^{er} étage à cet instant je le sauvais de justesse. Il projetait tout ce qui était à portée de ses mains, m'insultait. C'est la première fois où j'ai entendu mon frère divaguer. Il racontait des choses qui n'avaient aucun sens. Il avait une force herculéenne mais cela était dû à sa fièvre certainement. On ne pouvait le remettre au lit. Nous eûmes très peur⁸.» Auch die Mutter hatte sich mit dem Gedanken beruhigt, dass der Bruder im Fieberzustand delirierte und die Verwirrung vorübergehender Natur sei. Marcel war von leptosomem Körperbau; sein Entschluss, Gärtner zu werden, wurde für seine physische Kräftigung als günstig erachtet. Im Alter von vierzehn Jahren kam er auf die Gärtnerschule am «grand séminaire» in Rennes. Dort verblieb er während einer Lehrzeit von drei Jahren und lernte auch Seminaristen kennen, die Priester werden wollten. Zu jener Zeit wurde in ihm der Wunsch geweckt, nach seiner Gärtnerlehre ebenfalls in den Dienst der Kirche zu treten. Dank der finanziellen Unterstützung durch Etienne Pinault konnte Marcel im Herbst 1934 seine Ausbildung in Saint-Ilan beginnen. Abbé Alexandre Renault, heute selbst Rektor in Muël, hat damals mit Gerbohay die gleiche Klasse besucht und sass im Refektorium auch eine Zeitlang neben ihm. Er zeichnet von dem siebzehnjährigen Knaben folgendes Bild: «d'allure élégante et fragile aux manières très distinguées, un visage très fin, une apparence légèrement efféminée'.»

Während Alexandre Renault aus einfachen bäuerlichen Verhältnissen stammte, waren Gerbohay ein selbstbewusstes Auftreten und eine affektierte Ausdrucksweise zu eigen, als stamme er aus ganz anderen Gesellschaftskreisen. Er wusste seinen Kameraden mit geradezu lyrischer Anschaulichkeit von seiner Kindheit im Schloss Pacé und von seiner Jugendzeit zu erzählen. Dabei gab er sich den Anschein, als kenne er sich in der Hautevolée von Rennes bestens aus. Der dortige Erzbischof hatte einen Chauffeur, der auf ihn einen

gewissen Einfluss ausübte; das gab zu einigem Klatsch Anlass. Maurice kannte solche Geschichten und verstand es, damit die Mitschüler zu beeindrucken. Wie Renault später festgestellt hat, erzählten sich Eingeweihte tatsächlich solche Anekdoten über das geistliche Oberhaupt von Rennes. Der Mitschüler Renault ahnte nicht, dass Marcel während seiner Lehrzeit von den Schülern des «grand séminaire» vieles aufgeschnappt und hieraus sein angebliches Intimwissen zusammengereimt hatte. Aus dem kleinen Beispiel liesse sich der Schluss ziehen, es habe sich hier lediglich um Aufschneidereien eines unreifen Jünglings gehandelt: «Marcel parlait aussi très volontiers de soirées de gala auxquelles il aurait pris part nous disait-il. Il nous relatait avec force détails comment cela se passait: la beauté des costumes féminins, l'ambiance des grandes fêtes qu'il aurait fréquentées. Pour moi je me contentais de l'écouter, un peu ébloui par son élégance et sa culture. Peut-être vivait-il là un personnage imaginaire d'après ses lectures¹⁰.»

Im Schloss zu Pacé hatte Marcel freien Zugang zur Bibliothek. Er war ein eifriger Leser, nahm neue Eindrücke begierig auf, weshalb die Vermutung, seine Phantasie habe sich an seiner Lektüre entzündet, von seinen Mitschülern wiederholt geäußert worden ist. Ein Thema sei immer wiedergekehrt, wenn er von seiner Vergangenheit gesprochen habe: Russland, die Wiederauferstehung des zaristischen Reiches. Das sei fast wie eine Besessenheit gewesen. Gegen das kommunistische Regime der Sowjetunion habe er sich masslos ereifern können. Auch Alexandre Renault gab er in Andeutungen zu erkennen, unter seinen Vorfahren befänden sich Verwandte der Zarenfamilie. Marcel habe, so meint der Mitschüler heute, sehr viel über das Schicksal der Romanows, über Altrossland und die Revolution von 1917 gelesen und habe in seiner Einbildung diese Geschichten selbst miterlebt. Wurde hier ein Phantast von einem unbezähmbaren Drang zur Lügensucht getrieben, handelte es sich um einen typischen Fall von *Pseudologia phantastica*?

Mitte Mai 1935 ereignete sich im Schlafsaal ein Zwischenfall, der in der Schule grosses Aufsehen hervorrief. Renault war an jenem Abend gerade am Einschlafen gewesen: «Vers 22.00h, un peu plus tôt, un peu plus tard, au moment où je m'endormais, je fus réveillé par les pas précipités d'une course le long des couloirs de la maison. Cela fut assez rapide. Quelques instants plus tard, je vis arriver quatre vétérans: des hommes de 20 à 30 ans. Ils entrèrent dans le dortoir, emportant dans leurs bras notre pauvre Marcel en proie à une crise nerveuse. A eux quatre, aidés par le surveillant, ils avaient du mal à le transporter et à le maintenir sur son lit, lui apparemment si fluet et si faible.

Ils le conduisirent à l'infirmierie et passèrent la nuit à son chevet. On avait peur qu'il ne lui arrive malheur. Si je me rappelle bien ce qu'on nous rapporta, il se serait levé en somnambule, serait sorti en courant par le couloir qui conduit vers l'oratoire de la maison. On l'aurait rattrapé de justesse au moment où il s'appêtait à sauter par la fenêtre qui donnait sur l'oratoire¹¹.» Diese Akutphase – die man damals als «nervöse Krise» verstand – dauerte bis zum Mittag des folgenden Tages. Der hier beschriebene Vorgang erinnert an jene Schilderung der Schwester über den dreizehnjährigen Knaben, der sich ebenfalls aus dem Fenster stürzen wollte und gewaltige Kräfte entwickelte, die in völligem Kontrast zu seiner schwächlichen Konstitution standen; kaum war er im Bett zu halten und phantasierte in seltsamer Weise. Hatte es sich seinerzeit in Pace um die ersten Akutmerkmale einer Psychose gehandelt? War nun mit knapp achtzehn Jahren ein eigentlicher Schub erfolgt? «Les vétérans qui avaient passé la nuit à son chevet nous rapportaient que dans son délire il parlait de la Russie et même qu'à un moment il se serait dressé sur son lit et fixant étrangement l'un d'eux qui avait les cheveux coupés en brosse, il l'aurait désigné du doigt en s'écriant: ‚STALINE‘ d'une voix accusatrice¹² ...» Gerbohay war in seinen Halluzinationen nicht ansprechbar. Lässt seine autopsychische Desorientierung Merkmale einer paranoid-halluzinatorischen Schizophrenie vermuten? Von der weiteren Entwicklung ist hierüber noch näherer Aufschluss zu erhoffen.

Marcel Geborhay musste die Schule verlassen und kehrte nach Touche-Milon zurück. Offensichtlich blieb man ahnungslos hinsichtlich der tieferen Ursachen und hoffte, dass sich nach einiger Zeit der Beruhigung und Erholung das innere Gleichgewicht wieder finden würde. Zu Hause fiel auf, dass er sich verändert hatte. Seine Krise sei verzehnfacht worden, so meinte die Schwester, die dies vor allem darauf zurückführt, dass Marcel während seines Erregungszustandes in Saint-Ilan lieblos an Händen und Füßen ans Bett gefesselt worden sei. Diese Persönlichkeitsveränderung ist ein wichtiges Indiz dafür, dass es der erneute Schub war, der die alarmierenden Symptome deutlicher hervortreten liess. Vom Arzt in Rennes erhielt er Medikamente, die eine Stabilisierung erreichen sollten, wobei die Krankheit von den Familienangehörigen weiterhin als eine Form von «Nervenkrise» gedeutet wurde. Nach mehr als einem Jahr – im Oktober 1936 – setzte Marcel seine Studien in Saint-Ilan fort. Zwar fiel er weiterhin als exaltiert auf, aber bis zu dem Zeitpunkt, als er mit Erreichen des zwanzigsten Altersjahres in die «Section des Aînés» übertreten konnte, ereigneten sich keine besonderen Zwischenfälle. Der Mitsenarist Jean Communier berichtet über jene Phase: «Très

intelligent Marcel Gerbohay était d'un abord très aimable, mais autant que je me rappelle assez susceptible. Il était hypernerveux; tout en lui le démontrait, sa démarche, sa voix, son comportement etc., mais jusqu'en 1937, rien de spécial¹³.»

Dann begann sich sein Zustand wieder zu verschlechtern. Nicht nur in Saint-Ilan, wo sein angeblich somnambules Verhalten im Schlafsaal Aufregung verursachte, sondern auch zu Hause während der Ferien halluzinierte er fast jede Nacht. Manchmal sass er mit geöffneten Augen aufrecht im Bett und starrte Mutter oder Schwester in einer Weise an, die sie zutiefst erschrecken liess. Immer wieder wählte er sich in Russland, am Zarenhof, und hielt sich in seiner Megalomanie selbst für den Zarewitsch. Der Schwester erzählte er, in Wirklichkeit sei er der Doppelgänger ihres Bruders. Stellte man ihm ungläubige Fragen, so wurde er böse, liess sich manchmal zu einer Antwort herbei, wenn man auf ihn als Zarensohn einging. «Diese wackere Frau hält mich für ihren Sohn», mokierte er sich über die ratlose Mutter und behauptete, durch einen kosmetischen Eingriff habe er sich so herrichten lassen, dass er Marcel gleiche. Die Schwester – mit ihren siebzehn Jahren völlig überfordert – begann manchmal daran zu zweifeln, ob dies ihr Bruder sei. Als Kind war er von einem Hund gebissen worden; davon zeugte eine hässliche Narbe. Sie forderte ihn daher auf, er solle ihr doch die fragliche Stelle am Bein zeigen, dann werde man ja sehen, was es mit diesen Geschichten auf sich habe: «Quelques nuits suivantes il raconta l'histoire, disant, et cette jeune fille, qui se prend pour ma sœur, m'a demandé de lui montrer ma cicatrice à la jambe. Là encore, la chirurgie esthétique m'a rendu un fier service¹⁴.»

Die Schwester war derart verängstigt, dass sie nicht mehr im Zimmer neben dem Bruder, sondern bei der Mutter schlief. War er vielleicht doch ein Russe, ein Doppelgänger? Nachts sprach er in einer unverständlichen Sprache, die Mutter und Tochter für Russisch hielten, da ständig russische Namen wiederkehrten, insbesondere ein gewisser Boris, mit dem er Zwiegespräche führte und dabei ab und zu lachte. Für die Mutter war es eine schreckliche Leidenszeit, diesen akuten Erregungszuständen ihres einzigen Sohnes hilflos gegenüberstehen zu müssen. Seine Geschichten hielten sie in ständiger Besorgnis: «Il disait que la nuit, il se déguisait en femme, qu'il sortait par la fenêtre, qu'il mettait une perruque mais, que le plus pénible pour lui, était de marcher avec des talons hauts¹⁵.»

Kurz vor den Sommerferien 1938 kam es in Saint-Ilan zu einem weiteren Schub; wieder befand er sich zuerst in höchster Erregung, die dann in eine Art Delirium mündete, wie es ein Mitschüler beschreibt: ein Zustand lebhaft

ter Halluzinationen, der jede Ansprechbarkeit und ein «Aufwecken» verunmöglichte¹⁶. In Saint-Ilan konnte er nicht mehr bleiben. Er musste die Schule nunmehr endgültig verlassen. Er wollte jedoch unter allen Umständen seine Ausbildung fortsetzen, um Priester zu werden. Dank Abbé Etienne Plassoux, der aus Pace stammte und sein geistlicher Ratgeber war, konnte er im Herbst des gleichen Jahres in die Schule von Châteaugiron eintreten. Das dortige «petit séminaire» führte ebenfalls eine Abteilung für Spätberufene. Im Frühjahr 1939 setzte eine erneute Akutphase diesem letzten Versuch ein Ende.

Am freien Donnerstagnachmittag hatte er Fussball gespielt, was ihn erschöpft haben mochte. Er fiel unvermittelt in einen Erregungszustand, halluzinierte lebhaft und war anderthalb Tage unansprechbar. Seinen bruchstückhaften Äusserungen war zu entnehmen, dass er sich wiederum in Russland wähnte, dass er vom Zaren und der Zarin sprach, dass ihn Szenen der Revolution verfolgten¹⁷.

Für eine Schizophrenie spricht, dass es gerade charakteristisch war, dass Gerbohay seit dem Schub von 1935 sowohl als Person von hoher Abkunft wie in seiner alten Individualität dachte und handelte. Seine Intelligenz und sein Gedächtnis waren in der Schule wie im Verkehr mit den Kameraden präsent. Dass er in Wirklichkeit jene andere Persönlichkeit sei, entdeckte er im Gespräch nur den wenigen, denen er vertraute. Auch wenn der Annahme, es liege hier eine Schizophrenie vor, ein hohes Mass an Wahrscheinlichkeit zukommen sollte, sind derartige Differenzierungen retrospektiv schwierig und auch nicht Gegenstand unserer Zielsetzung. Die überlieferten Berichte veranschaulichen, welche schwere seelische Störungen bei Gerbohay vorlagen, für die er ebenso wenig wie für die sich hieraus ergebenden Folgen verantwortlich gemacht werden konnte. Dies war kein Schwätzer aus Leichtsinn und auch kein skrupelloser Ehrgeizling, sondern ein Kranker, der – hätte er die richtige therapeutische Betreuung erfahren – wohl niemandem gefährlich geworden wäre. Verhängnisvoll wirkte sich die Ahnungslosigkeit über seinen Zustand vor allem für jene aus, die sich seiner Suggestion nicht entziehen konnten.

Obwohl er vom Seminar in Châteaugiron nach Touche-Milon hatte zurückkehren müssen, hoffte er unverwandt, doch noch Priester zu werden. Abbé Plassoux, den er bestürmte, vertröstete ihn, zuerst müsse er das innere Gleichgewicht wieder finden; aber sein Zustand liess keinen Zweifel daran, dass an eine Fortsetzung der Ausbildung nicht mehr zu denken war. Auch der Arzt hatte dies Abbé Plassoux bestätigt¹⁸.

Rennes ce 11 - 2 - 42

Mes Très-chers,

Lorsque vous recevrez cette lettre je serai bien de vous. Je vous envoie pas, tout est pour l'encre dans le milieu du monde. D'ailleurs, n'est-ce pas que le Diable de Dieu se fait en toute chose!

Je ne sais où je suis, mais pas impati! Ce qui m'est arrivé c'est de penser que vous allez encore vous bécoter à mon sujet, surtout que vous savez tout. En quelques temps, sans nouvelle. Soyez confiant en la Divine Providence et ne vous plaignez pas de lui. Ce n'est qu'un an. Rennes, 11/2

serai sur le terrain de Dieu, moi-même lorsque votre cher souvenir viendra à ma pensée. J'impate aussi la liberté d'indépendance. Je vous laisse la barre, ma chère mère, une amitié et deux nouvelles sous-entendues que le tien l'alle.

Ence une fois soyez sans inquiétude à mon sujet. On fait une enquête, mais tout le monde ne se peut pas obliger de me croire sur parole, j'en suis sûr de foi par la ligne de démarcation que s'est même légitimement borné d'agir. Soyez tout confiant en l'avenir et votre réunion d'indépendance et priez le bon Dieu et ne fuyez pas à cette intention. Je suis d'ailleurs convaincu que celui qui a obtenu celui qui croit sans cesse... » n'a jamais menti et nous avons tous le F. nous nous sommes réunis et réunis au Ciel. Je vous donne

pour moi, pour mon Dieu qui en a tout le bien, tu le sais un peu toi, Maman, car a un fait pas tout caché avec Marie.

En qui je pense, vous savez je le fais peut-être un peu plus tôt qu'on ne le pense. Toutefois, vous qui au début de mon emprisonnement je ne pensais vous écrire et moi j'ai pu me seulement le faire, mais avec moi des fragments. Deux voyez que il ne faut pas de rien et ne jamais désespérer.

C'est en ce moment où je me sens fier en l'homme, que je me gage dans un "Grand et vertueux" que je vous écris vraiment toute la puissance de l'âme et d'affection qui nous unissent. Je vous assure que je grette votre chère Bretagne avec une infinie tendresse. En fin je pars tout de même plein de courage et de foi.

J'impate sur plus que j'embrasse

un bon conseil te.

Je suis en donne un point de vue, elle c'est de continuer à elle à Paris que s'en va. Tu en sais à quel point il est d'être "près de Maman". Pourtant tu devrais bien penser que si j'ai fait des centaines de lettres rien que pour finir de "cette prisonnière chère" c'est que j'en ai guéri toute la puissance de l'homme. N'attendez pas, comme moi à en être fier pour l'en apprenant il sera trop tard. Pensez à vos Mimi chères.

Mais surtout je vous embrasse tendrement, bien fort et priez Dieu et le Dieu de vous donner la force d'attendre mon retour en votre réunion.

Mille et un tendres baisers de votre fils et frère

Marcel
P

Letzter Brief von Marcel Gerbohay an seine Mutter und Schwester, bevor er aus dem Gefängnis Jacques-Cartier in Rennes nach Paris und von dort nach Berlin überführt wurde.

Nach dem deutschen Einmarsch floh Gerbohay in die unbesetzte Zone. Er wechselte oft den Ort, «mais toujours avec son cortège d'intrigues et de mystère», wie sich Raymond Blény, sein ehemaliger Kamerad aus Saint-Ilan, erinnert. Da er unverhüllt Propaganda gegen Hitler gemacht habe, könne man sich nur wundern, dass er angesichts der Gestapoagenten und Kollaborateure nicht früher verhaftet worden sei¹⁹. Zeitweise war er in den Lagern der Vichy-Jugend untergekommen. Mit Organisationen wie den *Chantiers de jeunesse* und den *Compagnons de France* wurde versucht, die Jugend für die *Révolution nationale* zu gewinnen. Nach seinen eigenen Angaben gegenüber der Gestapo hat er unter anderem in Nizza gewohnt und sich von hier aus für die *Compagnons de France* betätigt. Dabei will er sich als Sohn von de Gaulle ausgegeben und als solcher viele Zuwendungen erhalten haben. Schliesslich sei er vorübergehend festgenommen und ohne weitere Folgen aus den *Compagnons de France* ausgestossen worden²⁰. Dass manch abenteuerliche Verwicklung dadurch entstanden sein muss, dass Gutgläubige sich von dem kranken Gerbohay täuschen liessen, bestätigte sich für die Mutter nach dem Krieg: «Après la guerre, des personnes sont venues voir ma mère, ont dit avoir très bien connu Marcel à Nice. Il vivait sur un Yacht, qui appartenait à une femme très riche et dont mon frère était soi disant l'amant. Une femme beaucoup plus âgée que lui. Ma mère ne voulu pas le croire. Une fusillade éclata une nuit sur ce bateau. Il y eût des morts et mon frère disparut. Ces personnes venaient à Pacé pour savoir ce qu'il était devenu. Ils ignoraient sa mort et en furent bouleversées²¹.»

Am 1. Januar 1942, morgens früh um vier Uhr, wurde Gerbohay im kleinen Häuschen der Mutter zu Touche-Milon von der deutschen Polizei verhaftet. Offensichtlich war er in eine Falle gegangen, doch sind die Angaben über die näheren Umstände widersprüchlich. Folgt man der Schwester, so war Marcel erst am 31. Dezember 1941 nachts nach Pacé gekommen. Um sich nicht zu verraten, hatte er seinen Besuch in der besetzten Zone zu Hause nicht angekündigt. Am Neujahrsmorgen wurde das Haus von der Polizei umstellt, jemand rief vom Garten aus: «Marcel.» Als die Mutter zum Fenster hinaus fragte, wer hier sei, wurde geantwortet, ein Freund, der den Sohn sprechen müsse. Dann ging alles sehr rasch. Marcel wurde verhaftet und das Haus durchsucht. Er war ruhig und gefasst, als er ins Gefängnis Jacques-Cartier nach Rennes überführt wurde. Diese Version soll die Mutter der Tochter erzählt haben, die bei der Verhaftung nicht dabei gewesen sein will. Sie sei an jenem Mittwochmorgen von Rennes, wo sie arbeitete, zur Mutter gefahren, um diesen Tag gemeinsam mit ihr zu verbringen²². War der Bruder schon

mehrere Tage zuvor nach Hause gekommen? Raymond Blény berichtet, dass ihn Marcel eingeladen habe, ihm nach Pace zu folgen: «Malgré les risques j'ai traversé clandestinement la ligne de démarcation, curieux de connaître ses proches (mère et sœur). J'y suis resté quelques jours mais pendant tout ce temps il n'est tombé aucun mot concernant le sujet qui nous préoccupe. – Cela m'a conforté dans la certitude que j'avais depuis longtemps qu'il vivait dans une phantasmagoric²³.» Dass Blény, der seine Festnahme riskierte, deswegen heimlich in die besetzte Zone gereist war, um Marcells Mutter und Schwester kennenzulernen, klingt wenig überzeugend; vielmehr deutet er selbst an, dass er nähere Angaben zu einer von Gerbohays Vorspiegelungen erwartet habe und damit bis dahin dem Freunde trotz aller Zweifel erlegen war. Als er sich getäuscht sah, ging er wieder nach Vichy-Frankreich zurück. Im Abschiedsbrief Marcel Gerbohays vom 25. Januar 1943 an seine Mutter findet dieser Besuch Blénys in der Formulierung «j'aurais pu partir avec Blény» Erwähnung²⁴. Dass Marcel und sein Freund schon vor Silvester 1941 bei der Mutter geweilt haben könnten, schliesst die Schwester nicht aus, aber sie will davon nichts erfahren haben. Blény sei auf Wunsch des Bruders in Rennes von ihr einmal zum Bahnhof begleitet worden, aber in Pacé habe sie ihn nie gesehen²⁵. Im Dorf gibt es Stimmen, die vermuten, die Schwester habe Marcel durch eine Unvorsichtigkeit verraten, da sie auch mit deutschen Soldaten in Kontakt gestanden sei²⁶. Ohne die einschlägigen Polizeiakten ist nicht abzuklären, ob dies zu trifft oder lediglich ein Zweckgerücht ist. Die Absonderlichkeiten des Bruders und der Umgang der schönen Schwester waren dazu angetan, im Dorf Gegner zu schaffen, wodurch ein Denunziantentum ebenfalls hätte begünstigt werden können. Am wahrscheinlichsten ist die dritte Möglichkeit. Da das Reichssicherheitshauptamt und seine Dienststellen im besetzten Frankreich unverwandt nach Gerbohay fahndeten und auch die Post der Mutter überwachen liessen, lag ein Aufpasser – in welcher Form auch immer – schon lange auf der Lauer²⁷.

5. La «Compagnie du Mystère»

Ohne das Verständnis dafür, in welcher tiefgreifender Weise die psychische Desorientierung Gerbohays Verhalten bestimmte, bleibt das Attentatsvorhaben in seiner Entstehung und Ausführung unergründbar. Zur Krankheit gehörte es, dass er in seiner zweiten geheimen und für ihn eigentlichen Persön-

lichkeit Anerkennung zu finden suchte. Die entscheidende Frage ist, ob es ihm gelungen war, unter den Seminaristen von Saint-Ilan ihm ergebene Anhänger zu finden. Unter dem Druck der Verhöre hat Gerbohay für das Attentatsprojekt eine ganze Gruppe von Mitverantwortlichen namhaft gemacht: die «Compagnie du Mystère». Er selbst will ihr Oberhaupt gewesen sein. Neben Bavaud sollen ihr der Rumäne Mathias Tomansky, der Elsässer Raymond Blény, Fernand de Cools aus Martinique, Emile Jacquot aus Paris, der Schweizer Alexandre Desilvestri sowie der Franzose Emile Arribart angehört haben. Von ihr sei Bavaud 1938 der Auftrag erteilt worden, Hitler zum Krieg gegen die Sowjetunion zu veranlassen. Als der Schweizer bereits in Neuenburg weilte, will Gerbohay ihm schriftlich die zusätzliche Instruktion erteilt haben, Hitler im Weigerungsfall zu töten¹. Wer nach rationalen Erklärungen sucht, wird die Idee so absurd nicht finden, die beiden Mächte zum gegenseitigen Krieg zu drängen, um sowohl der nationalsozialistischen wie der stalinistischen Diktatur ein Ende zu bereiten. Auch liesse sich argumentieren, der Umstand, dass die Verschwörer Hitler als Hindernis für ihren Plan aus dem Weg hätten räumen wollen, sei lediglich auf ein Problem vorübergehender Fehleinschätzung zu reduzieren. Solche spekulative Kombinationen sind müssig, bevor festgestellt worden ist, ob die «Compagnie du Mystère» überhaupt existiert hat.

So viel dürfte deutlich geworden sein: Bei Gerbohay ist auf «ratio» nicht abzustellen. Er bewegte sich sowohl in der Realität wie in seinen Wahnvorstellungen. Die grossen politischen Ereignisse lieferten ihm Impulse für seine eigene Welt, in der er die zentrale Rolle spielte. Als er sich 1941 als Sohn von de Gaulle ausgab, war der Widerstand des Generals ein Hauptthema der politischen Diskussionen in Frankreich. Wenn er als Zarennachfolger dem religionsfeindlichen Kommunismus ein Ende bereiten zu müssen glaubte, so erfolgte dies zu einem Zeitpunkt, als der Vormarsch der Kommunisten in Frankreich katholische Kreise erneut stark beunruhigte. Über den Sieg der Volksfront 1936 haben sich die kontroversen Meinungen leidenschaftlich entzündet. Damals war in seinen nächtlichen Äusserungen – folgt man den überlieferten Schilderungen – ausschliesslich von Russland die Rede. 1937 erfolgte sein Wechsel zu den «Veteranen». Fanden sich unter den neuen Kameraden entschiedene Hitler-Gegner, die ein aktives Vorgehen postulierten und sich mit Gerbohay und Bavaud zu einer verschworenen Gemeinschaft zusammenschlossen?

In einer ausführlichen Stellungnahme bestreitet das angebliche Mitglied Emile Arribart entschieden, mit einer solchen Geheimvereinigung je etwas

zu tun gehabt zu haben. Von ihrer Existenz sei von ihm in Saint-Ilan nichts bemerkt worden. Hingegen seien die von Gerbohay aufgezählten Personen weitgehend mit denjenigen identisch, die gemeinsam im gleichen Schlafsaal untergebracht gewesen waren. In diesem Raum hat Bavaud seinen Bettnachbarn reden hören. Was sich nachts dort abspielte, beschreibt Arribart anschaulich:

«Mais, au dortoir, c'était le grand silence réglementaire. Pas le droit de parler à son voisin. Un seul parlait, mais en dormant, c'était le pauvre Gerbohay et toujours au début de son sommeil. Nous, nous écoutions, c'était un peu comme le feuilleton à épisodes qui nous distrait. Nous entendions des scènes sur la Russie tsariste, des descriptions de chasse, de cérémonies, des dialogues où Gerbohay se faisait passer, était le Tsar, le fils du Tsar ou son petit-fils. Je ne me souviens plus beaucoup. C'était passionnant à écouter. Et puis, épuisé, il s'endormait et nous aussi. Ainsi à peu près chaque soir².» Am nächsten Tag habe man ihm nie Fragen über sein nächtliches Verhalten gestellt. Arribart gehörte zu den «Jungen» und will daher tagsüber mit Gerbohay praktisch keinen Kontakt gehabt haben. Kurz vor Weihnachten 1942 erschien deutsche Polizei beim Direktor des nach Langonnet (Morbihan) dislozierten «grand séminaire», in dessen Nähe nach Kriegsausbruch auch die Schule von Saint-Ilan verbracht worden war. Die Gestapobeamten aus Berlin verlangten, die Liste eines bestimmten Schülerjahrgangs einzusehen. Möglicherweise handelte es sich, was Père Alexis Riaud nicht wissen konnte, um Beauftragte des Sicherheitspolizei- und Sicherheitsdienstchefs in Paris. Bald fanden sie den Namen, den sie suchten: Emile Arribart. Er wurde ins Besucherzimmer gerufen und in einer ersten Einvernahme beschuldigt, an einer Verschwörung gegen Hitler teilgenommen zu haben. Die Eröffnung traf ihn wie ein Keulenschlag. «Sie werden mich töten», rief er dem Direktor zu, bevor er abgeführt wurde. Während der Vernehmungen erklärte er, was er heute noch sagt: Die «Compagnie du Mystère» muss eine Erfindung von Gerbohay gewesen sein. Als Mitglieder habe dieser seine Kameraden aus dem Schlafraum angegeben. Arribart, der sich für Politik nie interessiert haben will, blieb einige Zeit in Haft und wurde dann freigelassen³. Auch beim damaligen Direktor Lucien Rozo, der für die Schule von Saint-Ilan verantwortlich war, sprachen die Abgesandten der deutschen Polizei vor. Trotz des dicken Akten dossiers, das sie vor ihm aufschlugen, mussten sie ohne Erfolg wieder abreisen⁴. Hätten sie sich auch nur die geringsten Beweise für eine Kollektivverschwörung finden lassen, so wäre Arribart kaum freigekommen.

Ein weiteres angebliches Mitglied dieses Geheimklubs hat die Gestapo in einem Kriegsgefangenenlager bei Hamburg ausfindig gemacht: Emile Jacquot, der 1939 zur französischen Armee eingezogen und 1940 gefangengenommen worden war. Das Verhör erfolgte im selben Monat wie bei Arribart. Zunächst suchte ihn ein SS-Offizier in der Fabrik, wo die Gefangenen zum Arbeitseinsatz gezwungen wurden, auf. Jacquot unterstand dem Zuständigkeitsbereich der Wehrmacht; sie lieferte ihn nicht an die Gestapo in Berlin aus. Daraufhin entsandte das Reichssicherheitshauptamt drei Spezialisten, die Jacquot im Lager verhörten. Was sie vom Attentatsvorhaben abgesehen vor allem interessierte, war die wirkliche Persönlichkeit von Marcel Gerbohay: «L'enquêteur semblait croire que Marcel Gerbohay était un descendant de la famille impériale russe et cherchait à confirmer cette hypothèse. Je n'avais aucun élément valable pour confirmer ou infirmer cette hypothèse. J'en étais plutôt étonné⁵.» Für die Deutschen, so vermutet Jacquot, wäre es damals ein wertvoller politischer Trumpf gewesen, einen direkten Nachkommen des Zaren in ihrer Macht zu haben. Welche Paradoxie, sollte ein übereifriger Gestapobeamter auch nur einen Moment lang gehofft haben, aus dem vermeintlichen russischen Thronprätendenten liesse sich vielleicht Nutzen schlagen! Jacquot wurde eine Aussage entgegengehalten, die in der Handschrift Gerbohays verfasst worden war. Darin sah er sich direkt der Komplizenschaft bezichtigt. Im Lager Sandbostel wurde er zwei Wochen in Isolierhaft gesetzt, dann folgte eine dreiwöchige Wartezeit in der Spezialbaracke für Untersuchungsgefangene. Die Deutschen hatten ihm angedroht, sie würden ihn mit Gerbohay konfrontieren. Da er weder von der «Compagnie du Mystère» noch von dem geplanten Hitler-Attentat etwas wusste, hintersann er sich vergeblich, wie er seine Unschuld beweisen könnte. Zu der Gegenüberstellung ist es nie gekommen⁶. Raymond Blény hingegen bemerkt, dass die genannten Seminaristen eine Gruppe gebildet hätten, aber dass sie «Compagnie du Mystère» hiess, davon habe er keine Kenntnis gehabt. Blény, der selbst von Gerbohay getäuscht worden war, traut diesem zwar alles zu; von seiner eigenen Beteiligung an der Beauftragung Bavauds oder an einer wie immer gearbeteten Verschwörung will er jedoch ebenfalls nichts wissen⁷. Keiner der übrigen befragten Mitschüler kann über die Geheimvereinigung konkrete Angaben machen.

Da sowohl Arribart wie Jacquot nach diesen Verhören in Ruhe gelassen wurden, wird die Gestapo zum Schluss gekommen sein, dass Gerbohay die «Compagnie du Mystère» erfunden hat. Möglichkeiten, diesen Kranken zu erpressen, gab es viele. Die Vermutung Arribarts, Gerbohay sei im Schlaf

ausgehört und nachher zu Aussagen gezwungen worden, die er gar nicht machen wollte, findet im Namen «Compagnie du Mystère» vielleicht sogar eine Bestätigung. Père Raymond Ruth erinnert sich daran, dass das Wort «mystère» in Saint-Ilan von Schülern gebraucht wurde, wenn sie dem für die Disziplin Verantwortlichen auf seine Befragung keine Antwort geben wollten: «De la Compagnie du Mystère je sais seulement que lorsqu'un élève parmi les jeunes ne voulait pas répondre aux enquêtes du préfet de discipline il y en avait qui répondaient par ce mot: Mystère⁸.» Ob die feinsinnige Form, in dem erzwungenen Geständnis der Verweigerung Ausdruck zu geben, zutrifft, ist ebenso wenig mit Bestimmtheit zu klären, wie die Frage, warum er diese Vereinigung erfunden hat. Gegenüber den deutschen Vernehmern stellte Gerbohay alles so dar, als ob er Bavaud und seine Kameraden bewusst im Glauben gelassen habe, er sei ein russischer Grossfürst. Auf diese Weise habe er Einfluss und Macht über sie erlangt. Zugleich gab er an, er wisse nicht, ob er sich im Traum als Mitglied der russischen Zarenfamilie bezeichnet habe. Daraus liesse sich die These ableiten, Gerbohay habe alles nur vorgespiegelt, um seinen Ehrgeiz zu befriedigen. Der schubweise Verlauf seiner Krankheit mit ihren sowohl bei ihm zu Hause wie in der Schule bezugten Begleiterscheinungen hat diese Version bereits widerlegt. Aber auch seine Darstellung für sich genommen vermochte der Nachprüfung nicht standzuhalten. Die sechs genannten Kameraden hat er zu Unrecht in Lebensgefahr gebracht. Es gab weder eine «Compagnie du Mystère» noch Kollektivverschwörer, die Hitler zum Krieg gegen Russland zu zwingen beabsichtigten. Denkbar wäre, dass Gerbohay seinen Feinden das Geheimnis seiner Persönlichkeit nicht preisgeben wollte. Wenn er sich selbst als Anführer einer geheimen Verschwörergruppe wähnte, so widerspiegelt sich darin wohl auch die Erwartungshaltung seiner unbarmherzigen Bedränger, die auf das Aufspüren angeblicher Hintermänner spezialisiert waren. Dies lässt sich jedoch nicht verifizieren. Wir müssen uns hier mit der Feststellung begnügen, dass Gerbohay, was die «Compagnie du Mystère» anbetrifft, ein neues Lügengebäude errichtet hat. Hingegen sind die Bauelemente, die ihm für seine Wahnvorstellung gedient haben, näher bestimmbar.

Mit welcher mörderischer Schludrigkeit die Anklageschrift vom 5. November 1942 gezimmert worden ist, zeigt allein schon die Tatsache, dass die divergierenden Aussagen der beiden Freunde lediglich resümiert werden; ohne weitere Abklärung wird dann die Todesstrafe gefordert. Auf die Bemühung von psychiatrischen Gutachtern wurde von vornherein verzichtet; wie sie aus-

gefallen wären, lassen die Expertisen über Maurice Bavaud ahnen. Erst nachträglich sind die zusätzlichen Recherchen in der Bretagne und bei Jacquot im Kriegsgefangenenlager unternommen worden. Obwohl auch diese Nachforschungen eindeutig ergaben, wie unsinnig diese Geschichten waren, hat der Volksgerichtshof den jungen Franzosen am 11. Januar 1943 zum Tode verurteilt'. Als offensichtlich wurde, wen man auf die Guillotine bringen wollte, hat die Nazijustiz so getan, als würde sie der Absurdität des Inhalts dieser Anklage nicht gewahr.

Wie war Gerbohay auf den Gedanken verfallen, Hitler in seine Wahnwelt mit einzubeziehen? Diese wirkt noch in seiner Aussage von 1942 fort, die «Compagnie du Mystère» habe sich Hitlers bedienen wollen, um den Kommunismus zu schlagen. Der angebliche Auftrag der Verschwörer an Bavaud, den Diktator zum Angriff auf die Sowjetunion zu veranlassen, gründet in der Vorstellung des psychisch Kranken. Wie weit Bavaud, der an der «Rückkehr» des Thronfolgers teilhaben sollte, an diesen Visionen zu partizipieren begann, wird noch zur Schlüsselfrage. Hinzu kommen 1937/38 neue Einwirkungen, die aus Gerbohays realer Umwelt stammten. Neben dem Kommunismus rückte in den damaligen Diskussionen jene andere Gefahr in den Vordergrund, die sich in Hitler personifizierte. Auch in Saint-Ilan galt er als ein Feind des Katholizismus und der Religion, als eine Bedrohung für Frankreich. Damals will ein Mitseminarist, der politisch bedeutend klarer sah als Gerbohay und Bavaud, mit Vehemenz das Postulat verfochten haben, um Hitler auszuschalten, müsse man ihn töten. Diese Einsicht hatte nichts mit dem Plan gemein, den Diktator zu sprechen und auf die Sowjetunion zu hetzen. In Gerbohays Angaben im Jahr 1942 vermischte sich beides und fand in der Äusserung ihren Niederschlag: Sie hätten in Hitler «den verkörperten Satan und Vernichter der Menschheit erblickt und sich in ihrem Hass gegen ihn und gegen den Kommunismus zu einer «Compagnie du Mystère» zusammengeslossen¹⁰».

Was war im Kollegenkreis von Gerbohay und Bavaud nun wirklich diskutiert worden?

Wohl erinnern sich einige Ehemalige daran, dass sich um Gerbohay ein kleiner Diskussionszirkel gebildet hat, aber niemand will zentral dazu gehört haben. Wird hier etwas verschwiegen? Allein schon die geographische Herkunft begünstigte unter den rund hundertzwanzig «Spätberufenen» die Gruppenbildung. Die Bretonen unterschieden sich von den Schweizern und Elsässern. Die «Jungen» und die «Veteranen» brachten die altersmässige Gliederung zum Ausdruck. Durch die persönlichen Beziehungen entstanden viele

Querverbindungen. Der Elsässer Raymond Blény war durch den Schweizer Desilvestri und den Rumänen Mathias Tomansky mit Gerbohay bekannt geworden, will aber mit Bavaud wenig persönlichen Kontakt gehabt haben. Wie sich die Schwester erinnert, sprach Gerbohay zu Hause wiederholt von Blény und Bavaud. Sie waren seine beiden Freunde. Gerbohay hatte ursprünglich mehr zu den Bretonen gehört. Sowohl Alexandre Renault wie Jean Communier, die ihn seit 1935 gut kannten, haben festgestellt, dass er nach seinem Wechsel zu den «Veteranen» einen Kollegenkreis fand, dem sie selbst nicht verbunden waren. Communier bemerkt sogar: «Les uns étant plus ou moins liés à Marcel dans toutes ces élucubrations auxquelles je n'ai jamais été mêlées (heureusement). Le groupe aimait à se retrouver au fond de l'Allée des Marronniers (entrée actuelle de Saint-Ilan). Marcel peut-on dire ‚faisait salon‘. Tout en restant bon camarade avec tout ce groupe, j'avais d'autres occupations.» Auch Alexandre Renault vermutet, dass es dort Gespräche gegeben habe, die ihm völlig fremd gewesen seien. Beide Bretonen waren zu wenig über die inneren Strukturen dieses lockeren Kameradenkreises informiert, als dass sie sehen konnten, dass Bavaud und Gerbohay zwar gleichsam einen Fixpunkt bildeten, dass jedoch im Übrigen die Gruppierungen fluktuierten. Bavaud, Desilvestri, Henri Monnin, Robert Page, Charles Rappo – sie alle waren von der Diözese Freiburg nach Saint-Ilan geschickt worden und gehörten zu den Aspiranten der Congrégation du Saint-Exprit. Die Schweizer kannten sich untereinander, hatten aber wieder andere Kameraden. In diesem erweiterten Rahmen spielte Gerbohay keine dominierende Rolle.

Er und Bavaud machten bei der *Association Catholique de la Jeunesse Française* mit, deren Leitung in den Händen von Emile Jacquot lag. Die Gestapo verfügte über ein Gruppenbild der Jeunesse Catholique – wahrscheinlich stammte es aus dem beschlagnahmten Photobuch Gerbohays, das die angeblichen Verschwörer belasten sollte. Die Zweigsektion in Saint-Ilan vertiefte sich vor allem in die besonderen Aufgaben, die dem künftigen Apostolat, der Mission draussen in der Welt, gestellt waren. Auch hier wurde kein Komplott geschmiedet.

In der Abgeschlossenheit dieser Schule waren die Informationsmöglichkeiten ohnehin stark eingeschränkt. Die Ein- und Ausgänge der Post unterstanden – wenigstens für die Altersgenossen von Arribart – der Kontrolle, die auch das Verbot, eigene Zeitungen zu lesen, umfasst habe. Im Refektorium befand sich ein Radio, das am Samstag oder Sonntag ab und zu gehört werden konnte. Die grossen politischen Ereignisse wie der Sieg der Volksfront, die italieni-

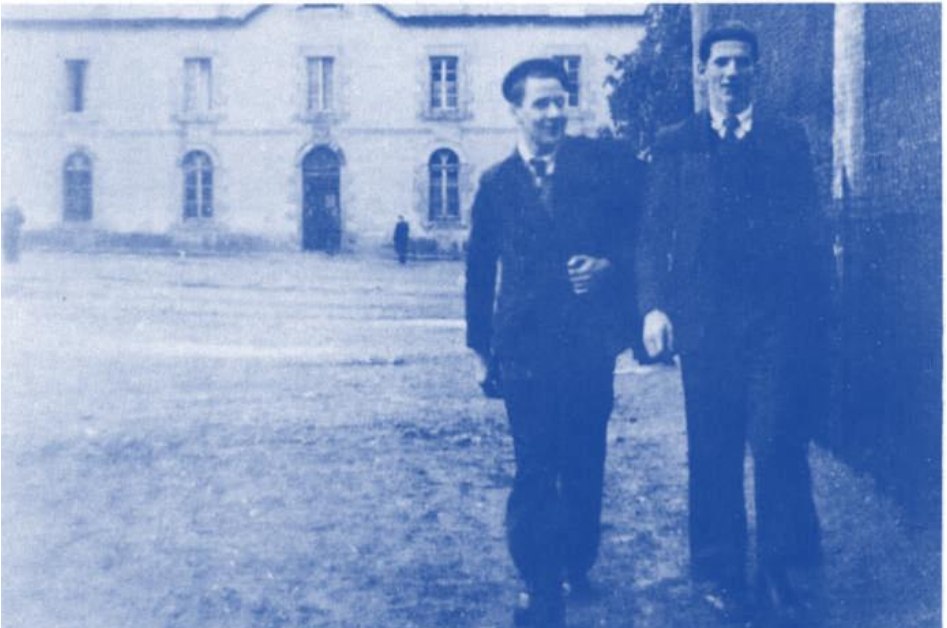
sche Annexion von Abessinien, der Bürgerkrieg in Spanien und der deutsche Einmarsch in Österreich fanden auch in den Diskussionen der Seminaristen ihren Niederschlag. Aber keiner der Befragten – mit einer Ausnahme – will damals eigene politische Aktivitäten entfaltet oder gar an Attentatserwägungen teilgenommen haben. Zur Information lag im Refektorium die «Revue des deux Mondes» auf, die auch die in der Schule vorherrschende Überzeugung vertrat, dass sich Nationalsozialisten und Bolschewisten im Hinblick auf das Christentum kaum unterschieden. Allein schon deshalb wurde das religionsfeindliche Terrorregime grundsätzlich abgelehnt. Ein spezielles politisches Engagement darüber hinaus will jedoch auch Frère Marcel Flouriot, der mit Tomansky, Jacquot und Desilvestri aus dem engeren Kreis um Bavaud-Gerbohay befreundet war, nicht bemerkt haben¹¹. Hingegen bestätigt sich, was zu erwarten war: Als Mitglieder der inexistenten «Compagnie du Mystère» hat Gerbohay Kameraden genannt, die mit ihm mehr oder weniger eng in Kontakt gestanden hatten.

Dennoch gab es einen Mitseminaristen, der bei seinen Spaziergängen mit Kollegen wiederholt den Gedanken verfocht, Hitler müsse ein Ende gesetzt werden. Für den aus dem Kanton Freiburg stammenden Jean Monnard stand fest, dass der deutsche Fanatiker, der die Kirche unterdrückte, Andersdenkende niederknüppelte, die Juden verfolgte und seine Nachbarstaaten bedrohte, getötet werden müsse, bevor er noch grösseres Unheil anrichte. Nach dem Einmarsch in Österreich im März 1938 befürchtete Monnard, alsbald würden weitere Kleinstaaten und damit auch die Schweiz der deutschen Aggression zum Opfer fallen. Am 20. Mai 1938 mobilisierte die Tschechoslowakei; es gab keinen Zweifel daran, dass Hitler erneut zuschlagen würde. Monnard, spontan wie er war, sah nur in einem Attentat eine Möglichkeit, den Diktator zu stoppen. Dieser Ideenflug hat keine verbindlichen Formen angenommen. Wie müsste man vorgehen, um an ihn heranzukommen? Vielleicht mit einem Photoapparat, der so konstruiert wäre, dass man schiessen konnte? Oder indem man sich mit der Pistole in die Menge mischte, um dann, wenn Hitler auftauchte, von möglichst günstiger Position aus tödlich zu treffen? Es waren dies «des enfantillages de collégiens», wie Père Raymond Ruth meint, Phantasien, die selbst Monnard damals nicht anders verstand, als dass man gegen Hitler etwas unternehmen *sollte*TM. In dem vom Tagesgeschehen entrückten Saint-Ilan war an eine Realisierungsmöglichkeit ohnehin nicht zu denken. Wenn beispielsweise Père Emile Jacquot, für den es in der Isolierhaft von 1942 lebenswichtig war, sich die Vorgänge in Saint-Ilan so genau wie



Die «Veteranen» zum Rasieren bereit. Schlafsaal der Schule in Saint-Ilan, Maurice Bavaud im Hintergrund, erhöht stehend (4. von rechts).

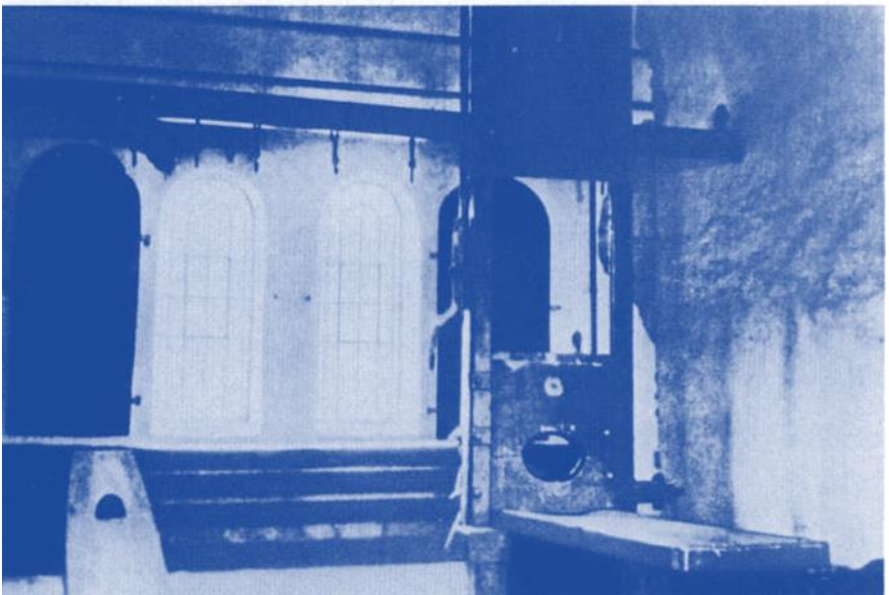
Am Strand von Saint-Ilan: der Schweizer Jean Monnard (links aussen), der 1937/38 Hitlers Ermordung postulierte. In der Wahnwelt von Marcel Gerbohay (rechts aussen) wurde der Diktator zum Hindernis auf dem Weg zum Zarenthron.



Mitseminaristen, die Gerbohay der Gestapo als Mitglieder der inexistenten Verschwörergruppe «Compagnie du Mystère» angegeben hat: Emile Arribart (Bild oben, Mitte), Ende 1942 deswegen vorübergehend verhaftet, Alexandre Desilvestri (Bild unten, links) und Emile Jacquot (unten rechts), der im Kriegsgefangenenlager bei Hamburg verhört worden ist.



Obere Reihe: Für eine Intervention zugunsten Bavauds eingetreten: **Aussenminister Marcel Pilet-Golaz**; **Peter Anton Feldscher**, Sektionschef der Abteilung für Auswärtiges.
Untere Reihe: Auf eine Intervention verzichtet: **Hans Frölicher**, Gesandter in Berlin; Legationsrat **Franz Kappeler**.



Richtstätte im Gefängnis Berlin-Plötzensee. Hinter der Guillotine der eingebaute Eisenträger, an dem Hitler die Verschwörer des 20. Juli 1944 durch eine besonders grausame Art des Aufhängens langsam erdrosseln liess.

möglich in Erinnerung zu rufen, von Monnards Ideen nichts haften blieb, so ist deswegen weder dem einen noch dem anderen die Glaubwürdigkeit abzusprechen. «J'étais donc loin de me douter de l'intention qu'avaient mes camarades d'attenter à la vie d'Hitler. J'ignore tout de la genèse de cette intention¹³.» Dieser Äusserung Jacquots steht die Erinnerung Monnards gegenüber: «Certes nos discussions n'étaient pas exclus de passions lorsque nous apprenions les horreurs qui se passaient en Allemagne et ailleurs, et il est certain que nous échafaudions des projets pour mettre fin à ce fanatique qu'était Hitler¹⁴.» Zu zweit oder zu dritt machte Monnard seine Spaziergänge mit Desilvestri, Jacquot, Gerbohay, Bavaud, Blény und anderen Kollegen, die mit ihm ausserhalb des Hauses gerne ein Pfeifchen schmauchten. Bavaud und Gerbohay waren eine Klasse unter ihm und gehörten nicht zu dem von ihm bevorzugten Pfeifenrauchern, aber auch mit ihnen will Monnard darüber gesprochen haben, dass Hitler beseitigt werden müsste. Während dies für Jacquot und andere flüchtige Gedanken gewesen sein mögen, die keine Erinnerung hinterliessen, hat sich Monnard für seine Erkenntnis auch in späteren Jahren engagiert. Er selbst will 1942 die konkrete Absicht gehabt haben, von der Schweiz aus mit einer Pistole nach Deutschland zu fahren und zu versuchen, Hitler umzubringen. Von dem absolut aussichtslosen Vorhaben sei er durch seine Schwester zurückgehalten worden¹⁵.

Es geht hier nicht darum, Monnards Absichten überzubewerten. Worauf es in unserem Zusammenhang ankommt, ist einzig die Feststellung, dass er von der Notwendigkeit eines Attentats auf Hitler überzeugt war und darüber unter anderem auch mit Gerbohay oder Bavaud diskutiert hat. Solche Gedanken entsprachen jenen vielfachen antifaschistischen Regungen, denen im Abschnitt «Einzeltäter und ihr Umfeld» in zahlreichen Variationen zu begegnen ist. Dass sich aus diesen Ideen – um mehr handelte es sich nicht – etwas Ernsthaftes entwickeln könnte, davon will Monnard keine Ahnung gehabt haben. Seitdem er im Juli 1938 Saint-Ilan verliess, um seine Priesterausbildung mit dem Noviziat fortzusetzen, hat er von Gerbohay und Bavaud nichts mehr gehört. Dafür spricht auch, dass er im November 1940 nach einem Schweizer Aufenthalt in Langonnet im besetzten Frankreich seine Studien fortgesetzt hat. Später wunderte er sich darüber, dass er im Vichy-Gebiet kein Ausreisewisa erhielt: «Lorsque je voulus rentrer en Suisse en 1942, il me fut impossible d'obtenir un visa de l'ambassade d'Allemagne (j'étais à Cellule dans le Puy de Dôme). Par deux fois je suis allé voir notre ambassadeur M. Stucky à Vichy pour tenter d'avoir un visa, mais en vain. Le Préfet de Clermont-

Ferrand obtenait les mêmes refus. Grâce à la complaisance d'un employé de la région, je réussis à me faire fabriquer une fausse carte d'identité française et ainsi je pus arriver à la frontière Suisse que je passais clandestinement. Ce n'est qu'en 1974, lors d'un passage à St Ilan, que j'appris que j'étais sur la liste noire allemande et je compris alors les refus allemands¹⁶.»

Im April/Mai 1938, als Monnard die Beseitigung Hitlers postulierte, befand sich Gerbohay im Zustand erhöhter Erregung. Einen Monat später – kurz vor Semesterende – erzwang ein erneuter Schub den endgültigen Abgang von Saint-Ilan. In seinen Wahnvorstellungen reflektieren sich Monnards Gedanken nur sehr gebrochen. Dessen Name figuriert auch nicht unter den angegebenen Mitschülern, die der imaginären «Compagnie du Mystère» angehört haben sollen. Beim Aufbruch in die Sommerferien 1938 war zwischen Gerbohay und Bavaud von einem Attentatsvorhaben noch keine Rede gewesen. Aber in der Phantasie des Kranken begann Hitler fortan eine eigene Rolle zu spielen. Dieser sollte zum Werkzeug werden, um das zaristische Russland wieder aufzurichten. Erst als Gerbohay im September 1938 zur Überzeugung kam, der Diktator stehe seinen Plänen im Wege, wünschte er dessen Ermordung.

Es fehlt jeder Anhaltspunkt, um spekulativ von Monnard direkt auf Bavaud kurzzuschliessen. Nachdem Bavauds eigene Darstellung bereits erheblich an Glaubwürdigkeit hinzugewann, darf ihm der selbstverständliche Anspruch nicht länger verweigert werden, dass auf seine Angaben vom Februar 1940 und Mai 1941 ernsthaft eingetreten wird, auch wenn seine Offenlegung der Beweggründe in Akten widriger Herkunft überliefert ist.

6. *Geteilter Wahn*

Dass Maurice Bavaud zuletzt über die Hintergründe seines Attentatsvorhabens die Wahrheit gesagt hat, findet durch andere Zeugnisse ihre Bestätigung. Weshalb sich die beiden Seminaristen erst im Herbst 1937 näher kamen, wissen wir bereits. Als der Schweizer im Oktober 1935 in Saint-Ilan eintrat, befand sich Gerbohay nicht mehr an der Schule, weil er sie wegen der dramatischen Zuspitzung seiner Psychose hatte verlassen müssen. Ein Jahr später war er wieder leistungsfähig und unauffällig genug, seine Ausbildung fortzusetzen. Inzwischen hatte auch Bavaud die vierte Klasse absolviert, so dass sie beide im Herbst 1936 in die dritte Klasse vorrückten. Wenn es dennoch in der Anklageschrift Gerbohay heisst, erst im Schuljahr 1937/38 habe sich ihre

Beziehung enger gestaltet, so wird dies durch die Tatsache belegt, dass Gerbohay zunächst noch zu den «Jungen» gehörte. Beim Neubeginn im Oktober 1937 zählte er nun zu den «Veteranen», kam in einen anderen Schlafsaal und wurde Bavauds Nachbar. Was sich dort nachts abgespielt haben soll, des Träumers unverständliche Sprache, die nachtwanderischen Episoden, bei denen er schrie und dem Schlafräum zu entfliehen suchte, kennen wir nicht nur aus den Schilderungen Bavauds. «A plusieurs reprises il a causé des frayeurs dans les dortoirs par ses crises de somnambulisme», so erinnert sich Abbé Jean Domagné, während Frère Marcel Flouriot berichtet, Gerbohay habe dabei in unglaublicher Eile den Raum durchquert und seine Kameraden aufgeweckt¹.

Während die meisten der anderen Mitschüler es auf sich beruhen liessen, was es mit dem auffälligen Verhalten Gerbohays auf sich hatte, begann sein Nachbar für ihn Interesse zu zeigen. Was er zu entdecken glaubte und erst im Februar 1940 preisgab, überrascht hier nicht mehr. Er sei im November 1937 «Zeuge» geworden, wie der Träumer Worte sprach, die er für Slawisch hielt. Ein anderes Mal redete sein Kamerad wieder im Schlaf, und Bavaud glaubte zu verstehen, dass sich dieser für den Neffen des Zaren hielt. Von Emile Arribart ist bereits bekannt, dass die Halluzinationen so klangen, als höre Gerbohay Stimmen, auf die er antwortete. Edouard Neff fiel auf, mit welchem Eifer Bavaud solchen Äusserungen zuhörte. Später hat er, wie Jean Monnard berichtet, den Freund geweckt, wenn er allzu laut sprach. Er wollte ihn davor bewahren, seine Geheimnisse unfreiwillig zu verraten². «Pour moi», meint Pierre Olivier, «Gerbohay devait être malade du cerveau et a dû imaginer qu'il était le successeur du tsar. Bavaud a dû se laisser convaincre par lui³.» Wie sich dieser gutgläubig in die Phantasiewelt seines Freundes locken liess, hat Bavaud in einer Weise geschildert, die sich ganz in das von seinen Mitseminaristen vermittelte Bild einfügt. Auf seine Träume angesprochen, erklärte Gerbohay sie nicht für falsch. Stattdessen eröffnete er ihm in geheimnisvoller Weise, welcher Herkunft er wirklich sei. Während des häufigen Zusammensins versuchte er durch Hinzufügen immer neuer phantastischer Einzelheiten, Bavaud in seinen Bann zu ziehen. Da Gerbohay dank seiner Lektüre über die Verhältnisse am Zarenhof einiges wusste, enthielten seine Angaben auch nachprüfbare «Fakten». Wenn er sich als Sohn des Grossfürsten Michael Alexandrowitsch für das rechtmässige Oberhaupt der Romanows hielt, so war so viel richtig, dass Zar Nikolaus II. diesem Bruder bei seiner Abdankung Thron und Erbe übergeben hatte. Dimitri Marcel Joseph Arnold Romanow-

Holstein-Gottorp – so soll der Freund in Wirklichkeit geheissen haben. Die korrekte Bezeichnung des Zarenhauses war durchaus dazu angetan, ein argloses Gemüt zu beeindrucken⁴. In dem, was er Bavaud erzählte, lagen Megalomanie und Verfolgungswahn eng beieinander: «Nur um sich der GPU zu entziehen, die seinen Vater ermordet habe, gebe er sich als Gerbohay aus und sei er in das Priesterseminar eingetreten.» Die Romanows hätten es sich zum Ziele gesetzt, Kommunismus und Judentum (!) in Russland zu vernichten, um danach die Herrschaft wieder zu übernehmen. Ein gewaltiges Vermögen und auch militärische Machtmittel stünden zur Verfügung. Unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit vertraute ihm Gerbohay auch jenen Plan an, Deutschland zum Krieg gegen die Sowjetunion zu bringen. Nach der Niederwerfung der Kommunisten werde er selbst in der Lage sein, die Deutschen zum Rückzug zu zwingen. Darauf werde er den Zarenthron besteigen⁵.

Die Freundschaft zwischen Gerbohay und Bavaud fiel in eine Phase, als sich der Zustand des psychisch Kranken wieder verschlechtert hatte. Seine nächtlichen Unruhen waren Alarmsignale im Vorfeld des Schubs vom Juni 1938⁶. Die Richtigkeit von Bavauds letzten Aussagen, die durch nichtdeutsche Quellen bekräftigt worden ist, steht nicht mehr in Frage. Hingegen bleibt noch offen, ob seine Gutgläubigkeit nachweislich ein Ausmass angenommen hat, das für sein Attentatsvorhaben bestimmend geworden ist. Handelte es sich lediglich um extreme Naivität, oder war er darüber hinaus seinem Freund in einer Weise hörig geworden, die bis zur aktiven Beteiligung an der Verwirklichung von dessen Wahnideen hinführte? Was ist davon zu halten, wenn Bavaud laut Anklageschrift Gerbohay als sein Motiv angegeben haben soll: «Die Erzählungen des Angeschuldigten will Bavaud geglaubt haben. Unter ihrem Eindruck und kraft der bezwingenden Persönlichkeit des Angeschuldigten will er diesen als den künftigen Beherrscher Russlands verehrt haben und ihm in tiefer Zuneigung verfallen gewesen sein. Deshalb sei er auch bereit gewesen, ihn vorbehaltlos bei der Verfolgung seiner politischen Ziele zu unterstützen⁷.»

Sollten seine Beweggründe in solchen Zusammenhängen wurzeln, dann hat er an Gerbohays Wahnwelt nicht nur passiv partizipiert, sondern sein Leben dafür eingesetzt, um sie zu realisieren. Sofern er sich selbst aus der Wirklichkeit losgelöst hat, konnte er sich gegen die tödlichen Gefahren, denen er durch das Attentatsvorhaben ausgesetzt war, immun wähnen.

Es soll auch hier ganz der Psychiatrie überlassen bleiben, wie sie die aus der historischen Perspektive deskriptiv erfassten Vorgänge begrifflich fassen

will. Ob sie sich ohne die Möglichkeit der persönlichen Untersuchung rein retrospektiv auf bedeutend konkretere Aussagen festlegt, ist abzuwarten. Seit der wegberaubenden Arbeit von Charles Lasègue und Jules Falret von 1873, die den einprägsamen Begriff «folie à deux» schufen, hat das Phänomen der Wahngemeinschaft eine zum Teil höchst divergierende Auslegung erfahren. In neuerer Zeit kam es im Gegensatz zum Differenzierungsversuch von Marandon de Montyel, der mit der «folie imposée» Zweitpartner einbezog, denen Wahnideen lediglich flüchtig aufgedrängt worden waren, zu einer Eingrenzung auf den Aspekt der psychogenen Erkrankung⁸. In seiner massgebenden Arbeit über die symbiontischen Psychosen, in der sich die jüngsten Erkenntnisse widerspiegeln, verdeutlicht Christian Scharfetter gleich zu Anfang: «Wenn eine Wahnpsychose von einem Ersterkrankten auf einen mit ihm in enger Gemeinschaft lebenden Partner übertragen wird und wenn dieser nicht nur einfach die Wahnideen übernimmt, sondern sie in seine lebendige Wirklichkeit aufnimmt, so ist er selbst psychotisch geworden⁹.» Die Frage, ob Bavauds Partizipation an Gerbohays Wahnvorstellungen hier überhaupt einbeziehbar ist oder ob sie beispielsweise als ein reines Suggestionenphänomen ihre Erklärung findet, ist von medizinischer Seite zu beantworten. Die Tatsache dieser partiellen Wahngemeinschaft lässt sich hingegen nur noch durch historische Forschungen eruieren.

«Ils étaient amis intimes et parlaient souvent tous deux ensemble», bezeugt Emile Arribart, wobei diese Freundschaft der beiden Unzertrennlichen auch anderen Kameraden als seltsam auffiel¹⁰. Abbé Alexandre Renault hatte Gerbohays Erscheinung als «légèrement efféminée» bezeichnet, der einmal vom Lateinlehrer im Sinne eines kleinen Spasses in der Klasse gefragt worden war, ob er «puella» zu nennen wäre¹¹. Ganz unabhängig davon ist Jean Monnard überzeugt, dass diese Spezialfreundschaft von einer grossen Zuneigung bestimmt worden war, von einer platonischen Liebe, wie sie unter Internatsverhältnissen gelegentlich entstehen könne: «Bavaud était un jeune très pondéré et réfléchi, tandis que Gerbohay était de tendance efféminée, ce qui explique l'amitié de ces deux jeunes¹².» Derselbe Eindruck ist auch in der Erinnerung von Père Désiré Salamin haften geblieben: «Ce que je me rappelle d'eux c'est qu'ils étaient inséparables. Leurs camarades les trouvaient bizarres et quelque peu efféminés, surtout Gerbohay. Ceci se passait durant l'année scolaire 1937-1938¹³.»

In vielem waren die beiden verwandte Seelen. Auch Marcel Gerbohay galt von Kindheit an als ein Einzelgänger; «c'était un solitaire», so beschreibt ihn

die Schwester. Seiner geplagten Mutter, die bis zu sechzehn Stunden am Tag hart arbeitete, hat der Sohn alles bedeutet. Dennoch blieb auch er in seiner Umgebung ein Unverständener, ein in sich selbst Versponnener, der sich in der Bibliothek des Herrn Pinault seine eigene Welt erschloss. Er war in übersteigerter Form fromm und gläubig. Wie Bavaud fiel er dadurch auf, dass er sehr gut zeichnen konnte; «il était un peu artiste», meinte die Schwester von Gerbohay, den sie für einen Pazifisten hielt. Wegen seiner Krankheit war er von der Musterungskommission als dienstuntauglich erklärt worden. Andererseits gab es zwischen beiden Freunden Gegensätze, die dazu angetan waren, ihre Verbindung noch zu festigen. Von Statur gross und kräftig, galt Bavaud als absolut furchtlos. Von früher Jugendzeit an war er dafür bekannt, dass er stets für den Schwächeren Partei ergriff und ihm bei einem Streit zu helfen suchte. Gerbohay, von Natur ängstlich und asthenisch, appellierte als Verfolgter und von seiner Umwelt Verkannter an die stark ausgeprägte Beschützerrolle Bavauds. Intellektuell war ihm jedoch der Franzose überlegen, vor allem aber auch durch sein Auftreten. Folgt man seiner Schwester Angele, so soll er eine starke suggestive Wirkung ausgeübt haben: «Il exerçait sur les autres une espèce de magnétisme, même sur moi. Je trouvais cela bizarre¹⁴.» Obwohl er sich besonders gegenüber der Mutter aufmerksam und feinfühlig verhielt, konnte er zugleich sehr eigensinnig und autoritär sein; das hing auch mit davon ab, ob man ihm über- oder unterlegen war.

Hinzu kam ein weiteres wichtiges Moment. Im Verhör hat Bavaud gegenüber den Deutschen geäußert, vom zweiten Ausbildungsjahr an habe er am Leben im Seminar kein Gefallen mehr gefunden, weil er sich in seiner früheren freien Betätigung eingeschränkt gefühlt habe¹⁵. Es lässt sich lediglich indirekt feststellen, ob er auch hier die Wahrheit gesagt hatte. Die Alternative Gerbohay bot die Möglichkeit zur Flucht aus der Realität, was nur attraktiv sein konnte, wenn die eigene Situation als unbefriedigend empfunden wurde. Dem unentwegt Suchenden versprach das vermeintliche Oberhaupt der Romanows, gemeinsam mit ihm die Rückkehr nach Russland anzutreten¹⁶. Der absoluten Identifizierung mit dem scheinbar allmächtigen Freund, für den Bavaud zu jedem Dienst bereit war, entsprach die Erwartungshaltung, dem künftigen Zaren auch in seinem Reich nützlich zu sein. Um etwa bei der Rechristianisierung der geschlagenen Kommunisten zu helfen, dazu bedurfte es der Landessprache. Seinen Angehörigen in Neuenburg fiel auf, mit welchem Elan Maurice begann, Russisch zu lernen und sich für den Kommunismus in der Sowjetunion zu interessieren. Dass er sich auf seine neue Zukunft

im Zarenreich vorbereitete, konnten seine Angehörigen nicht ahnen. In diesem Sinne wurde die enge Verbindung zwischen den beiden Freunden auch durch ein gemeinsames Interesse begünstigt. Die eigentliche Basis für seine Selbstübereignung bildete jedoch die starke affektive Bindung. Dass sie mächtiger geworden war als alle anderen Einflüsse, wodurch selbst die Frage der Glaubwürdigkeit ihre Bedeutung verlor, illustriert eine Episode, die sich beim Aufbruch von Saint-Ilan im Juli 1938 abspielte.

Damals soll Gerbohay auf der gemeinsamen Fahrt bis Rennes erklärt haben, die Geschichte von der Abstammung und seine politischen Pläne habe er erfunden, um den Kameraden an sich zu ziehen. Er fügte jedoch gleichzeitig hinzu, er besässe die Fähigkeiten, das Vorgegaukelte in die Wirklichkeit umzusetzen. Auf diese flüchtige Einsicht, die im abklingenden schizophrenen Schub nicht ungewöhnlich wäre¹⁷, reagierte der getäuschte Vertraute keineswegs mit Empörung. Für ihn war etwas anderes ausschlaggebend: «Bavaud will durch dieses Eingeständnis zwar äusserst überrascht gewesen sein, den Angeschuldigten aber so sehr geliebt haben, dass seine Zuneigung zu ihm nicht erschüttert worden sei¹⁸.»

Verfolgen wir kurz, wie sich die weiteren Ereignisse nach Bavauds letzten Aussagen fortentwickelt haben sollen, so wie dies in der Anklageschrift Gerbohay wiedergegeben wird. Ein reger Briefwechsel zwischen Neuenburg und Pacé begann. Im September 1938 schrieb Gerbohay, er sei doch die bewusste hohe Persönlichkeit; das will Bavaud geglaubt haben. Er wurde angewiesen, in der Schweiz zu bleiben, bis er gerufen werde, um mit ihm nach Russland zurückzukehren. Aus weiteren Briefen sei zu erkennen gewesen, dass Gerbohay in Hitler ein Hindernis sehe, weil dieser keinen Krieg mit der Sowjetunion wünsche: «Zugleich sei aber aus den brieflichen Äusserungen des Angeschuldigten zu entnehmen gewesen, dass er erwartete, er – Bavaud – werde aus seiner leidenschaftlichen Zuneigung zu ihm jenes Hindernis wegräumen. Durch diese Auslassungen des Angeschuldigten (Gerbohay, d. Verf.), dem er unbedingt habe förderlich sein wollen, sei er schliesslich zu dem Entschluss bestimmt worden, den Führer zu beseitigen und dadurch dem Angeschuldigten den Weg zu ebnen¹⁹.» Bavaud will sogleich sein Einverständnis erklärt haben, Hitler zu töten, und bat um Ratschläge, Anweisungen und um Benennung von Gehilfen. Dass die Romanows über grosse Geldmittel und über Gefolgschaft verfügten, hatte ihm Gerbohay eindrücklich geschildert. Dessen Antwort lautete jedoch, er müsse allein handeln. Um allfällige Bedenken auszuräumen, schrieb Gerbohay – darin stimmen beide in ihren Aussagen überein – jene bekannte Schutzzerklärung, die Bavaud in

Deutschland bei sich getragen hat und deren Wirksamkeit er blind vertraute: «Cet homme est sous ma protection immédiate et n'a rien fait qui ne soit selon mes ordres²⁰.»

«Der Friede ist gerettet» – mit solchem Jubel wurde nicht nur Chamberlain, sondern auch Daladier am 30. September 1938 zu Hause empfangen, als er von der Münchner Viermächtekonferenz zurückkehrte. Für Gerbohay stand nunmehr fest, dass Hitler Deutschland nicht zum Krieg gegen Osten führen wollte und daher verschwinden musste. Damals fiel die Entscheidung. Die Anweisung, jetzt seinen Auftrag unverzüglich auszuführen, hat Bavaud wohl noch vor der Abreise vernichtet. Sie allein macht plausibel, weshalb er am 4. Oktober um Verlängerung seines Passes einkam, obgleich er zwei Tage zuvor mit der Abonnieurung des «Weltdienstes» keine kurzfristigen Veränderungsabsichten hat erkennen lassen. Am 9. Oktober 1938 erfolgte der überstürzte Aufbruch und noch am gleichen Tag hat er seinem «Beschützer» aus Baden-Baden gemeldet, dass er sich nunmehr in Deutschland befinde. Weitere Mitteilungen folgten. Laut Gerbohay soll er ihm darin berichtet haben, es gebe zur Zeit keine Stimmung für einen Krieg gegen die Sowjetunion. «Weiter brachte er seine Bewunderung für Deutschland zum Ausdruck und gab offenbar Zweifel an der Richtigkeit der Bestrebungen des Angeschuldigten zu erkennen²¹.» Diese Angaben werden durch einen Brief Gerbohays an Bavaud, von dem die Gestapo Kenntnis erhalten hat, unterstützt: «Was Du mir von Deutschland sagst, erstaunt mich keinesfalls. Ich fürchte, dass diese Bewunderung Dir unheilvoll sein wird, für das Heil Deiner Seele²².» Der Appell, der zu spät eintraf, erwies sich ohnehin als überflüssig. Sollte Bavaud noch einmal schwankend geworden sein, so sah er, nachdem die Versuche, eine Stellung zu finden, in Baden-Baden gescheitert waren, keinen anderen Ausweg²³.

Seine Tragik war es, dass er bei dem Attentatsvorhaben tatsächlich in Wahngemeinschaft mit Gerbohay gehandelt hat, aber dennoch als voll zurechnungsfähiger Einzeltäter hingerichtet worden ist. Dieser Wahn, auf dessen medizinische Beurteilung hier nicht einzugehen ist, bestand nicht allein darin, dass Bavaud im Freund den künftigen Zaren verehrte und hoffte, mit ihm in Russland ein neues Leben zu beginnen, vielmehr agierte er in der festen Gewissheit, dass er, komme was wolle, aus allen Gefahren durch den mächtigen Beschützer errettet werde. Erst jetzt wird seine Erklärung verständlich, damit gerechnet zu haben, bei der Ausführung der Tat am 9. November 1938 von der empörten Bevölkerung getötet zu werden: «Er habe jedoch in unbegrenz-

tem Vertrauen auf den Schutz seines Auftraggebers gehandelt und sei noch jetzt der Überzeugung, dass dieser unter Einsatz seines grossen Einflusses ihn vor einer Bestrafung bewahren werde²⁴.» Als ihn die Gestapo im Februar 1940 fragte, weshalb er in der Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof die Beteiligung Gerbohays verschwiegen habe, nannte er vor allem zwei Gründe: die Absicht, den geliebten Freund zu schützen, sowie die Erwartung, dass ihm sein Auftraggeber helfen würde.

Zu dieser Freundschaft befragt, soll Gerbohay erklärt haben: «Die Zuneigung Bavauds erwiderte der Angeschuldigte. Beide verband ein enges Freundschaftsverhältnis, das sogar hin und wieder zum Austausch von Küssen führte.» Schon früher habe ich vor übereilten Schlüssen gewarnt und teile die Beurteilung des Mitseminaristen Jean Monnard, die Beziehung in Saint-Ilan sei im Bereich der platonischen Liebe verblieben²⁵. Es geht einzig darum, die Bedeutung dieser affektiven Bindung zu erkennen, die Bavaud dem intelligenten, aber psychotischen Freund völlig ausgeliefert hat. Die verhängnisvolle Identifizierung mit Gerbohay lässt sich einprägsamer nicht ausdrücken als durch die Losung, die Bavaud auf die Rückseite der Photographie seines Freundes schrieb: «Credo in stellam tuam. Sumus unum corpus unum cor una anima ubicumque et semper²⁶.» («Ich glaube an Deinen Stern, wir sind ein Leib, ein Herz, eine Seele, überall und immer.») Die Schutzklärung und das Photo trug er bei sich, als würden sie ihm Immunität gegen alle Bedrohungen verleihen. Weil er sich in der Obhut seines einflussreichen Auftraggebers absolut sicher wähnte, konnte er auch unbesorgt handeln. Ob er nun in Berchtesgaden oder auf dem Ammersee Zielübungen veranstaltete, mit dem Taxi zum Obersalzberg fuhr oder im «Braunen Haus» mit der Pistole in der Tasche Herrn Hitler zu sprechen begehrte – da war er ganz unbeschwert; für ihn stellte sich nur das eine Problem, zum Schuss aus naher Distanz zu kommen; alles Weitere würde der Freund lösen.

Als er dann Monat um Monat in den Gefängnissen zu Augsburg und Berlin verbrachte, ohne irgendwelche Nachricht von dem vermeintlichen Beschützer zu erhalten, stiegen in ihm Ahnungen auf, die schrecklicher waren als das Grauen, das ihn in seiner düsteren Zelle umgab. Vor allem sein Brief vom 17. August 1939 ist ein bewegendes Zeugnis für sein qualvolles Schwanken zwischen Hoffen auf Errettung und verzweifelter Untergangsstimmung. Wie gerne hatte er früher Gedichte verfasst, doch die Verse, die er jetzt nach Hause schrieb, waren erfüllt von tragischem Liebesleid. Seine Strophen über «Tristesse d'Archie» sind nicht mehr erhalten, aber das Thema das ihn bewegte, umriss er seinen Angehörigen: «Sachez pour votre gouverne si vous

l'avez oublié, qu'Aricie était l'amante d'Hippolyte qui fut tué par Neptune près de Trézène en Péloponnèse.» Nicht durch den der Liebe entsagenden Hippolytos des Euripides, sondern durch den tragischen Helden in der «Phèdre» von Racine lässt er seinen Notschrei hinaustragen. Sein Streben gilt Aricia, doch reisst ihn der auf ihn herabbeschworene Fluch in den Untergang; nicht die Verleumdung Phädras, beziehungsweise ihrer Amme, beschäftigte Bavaud, sondern das horrible Ende des in Liebe entflammten Unschuldigen²⁷. Vor allem aber jene Verse, die er aus «La nuit de mai» von Alfred de Musset entnimmt, sind aufgewühlt vom Schmerz des im Stich Gelassenen. Während eines halben Jahrhunderts waren dies die bekanntesten Gedichte gewesen, dem Liebesleid Ausdruck zu geben:

«Pourquoi mon cœur bat-il si vite?
Qu'ai-je donc en moi qui s'agite
Dont je me sens épouvanté?
Ne frappe-t-on pas à ma porte?
Pourquoi ma lampe à demi morte
M'éblouit-elle de clarté?
Dieu puissant! tout mon corps frissonne.
Qui vient? qui m'appelle? – Personne.
Je suis seul; c'est l'heure qui sonne;
O solitude! o pauvreté²⁸!»

Dennoch hat er Stillschweigen bewahrt und gehofft, Gerbohay werde ihm noch rechtzeitig Hilfe bringen. Selbst als am 18. Dezember 1939 vom Volksgerichtshof das Todesurteil gefällt worden war, blieb er stumm. Erst nach seinen späteren nie abgesandten Mitteilungen an die Angehörigen begann die Gestapo jene Spur, die zum Anstifter führte, zu verfolgen. Wir hatten die Frage aufgeworfen, ob es sich bei dieser Preisgabe seines Geheimnisses um den Abschiedsbrief vor der Hinrichtung gehandelt habe. Der Entwurf für einen Pressevermerk, der nach der Urteilsvollstreckung herausgegeben werden sollte, lag Ende Januar 1940 vor. Nun hat sich im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam herausgestellt, dass das Registerblatt von Maurice Bavaud nicht im Register der «Todesurteilssachen» für das Jahr 1941 überliefert ist, was eigentlich anzunehmen wäre, da er am 14. Mai 1941 hingerichtet wurde; vielmehr findet es sich in das Register für das Jahr 1940 eingereiht, was bedeutet, dass er bereits zu den Toten überschrieben worden war²⁹. Somit hat er bis zum letzten Augenblick dem Freund die Treue gehalten, weil er eine derarti-

ge Irreführung trotz aller Zweifel für unmöglich erachtet hatte. Erst jetzt zerbrach jene Bindung völlig, die ihn gefangen gehalten hatte. «Ah! si j'étais resté à Saint-Ilan», so schrieb er am 5. April 1940 aus Plötzensse, «au service de Dieu, si je n'avais pas quitté le créateur pour la créature, ce qui est éternel pour ce qui est périssable, la lumière pour les ténèbres, je ne serais pas ici.» Nach dieser schwersten Prüfung, die er völlig allein gelassen in seiner Verzweiflung durchstehen musste, fand er im Glauben neue Kraft: «Mais le retour vers l'Evangile était difficile; on ne se moque pas impunément des grâces célestes comme je l'avais fait depuis plus d'un an³⁰.» In fester Glaubenszuversicht ist er in den Tod gegangen, ein Beispiel seiner Tapferkeit, aber auch an Herzensgrösse. Selbst jenem hat er verziehen, der ihn dem Scharfrichter in die Arme trieb: «Mon cœur ne ressent plus aucun ressentiment contre quiconque³¹.»

Marcel Gerbohay erhielt von der Festnahme Bavauds Kenntnis. Alexandre Desilvestri, von dem er auch über die grosse Besorgnis der Familie in Neuenburg informiert worden ist, richtete an ihn die Frage, mit welcher Mission er Maurice in Deutschland betraut habe. Obwohl er in diesem Moment, als er seinen Freund in Todesgefahr wusste, alles hätte versuchen müssen, um durch rasche Aufklärung Hilfe zu leisten, antwortete Gerbohay: «Ganz einfach, er sollte die deutsche Sprache erlernen, denn ich hatte für ihn eine Stellung in Paris gefunden, bei der aber zur Bedingung gemacht wurde, dass er eine gewisse Kenntnis dieser Sprache hatte. Ich hatte ihm vorher eine Stellung bei einem russischen Grafen beschafft, für die er auch die Sprache der Bojaren erlernen musste³².» ... Kein Zweifel, dieser Kranke war schwer gestört und gar nicht in der Lage, eine echte Freundschaft zu führen. Für ihn gab es nur das eine: jene, die ihm Vertrauen entgegenbrachten, von sich abhängig zu machen. Obwohl sein religiöser Mystizismus und sein unentwegtes Bestreben, Priester zu werden, nicht losgelöst von diesen Zusammenhängen beurteilt werden können, fand auch er während der Haft im Glauben einen festen Halt. Im Abschiedsbrief an die Mutter schrieb er den bedeutungsschweren Satz: «J'ai voulu arranger les choses mieux que Dieu. Il a puni mon orgueil, qu'il soit béni et qu'il me pardonne³³.»

III. Deutsche Hinhaltmanöver und das Versagen der Schweizer Gesandtschaft in Berlin

Die Anklage gegen Maurice Bavaud ist mit einem Aufwand vorbereitet worden, der auch die Durchführung eines gross angelegten Schauprozesses erlaubt hätte. Wäre es darum gegangen, eine Gelegenheit zu schaffen, mit der Schweiz und ihrer Presse abzurechnen, so enthielt der Bavaud-Prozess zumindest so viel Zündstoff, den Hass gegen den Kleinstaat bis zur Weissglut zu schüren. Dabei ist nicht zu vergessen, dass knapp einen Monat zuvor die ersten Untersuchungsergebnisse über das Bürgerbräu-Attentat veröffentlicht worden waren, darunter auch die falsche Behauptung, die Auftraggeber hätten Elser in der Schweiz erwartet¹. Noch war die Erinnerung daran wach, dass Wilhelm Gustloff – stellvertretend für den unerreichbaren Hitler – im Februar 1936 in Davos erschossen worden war. Die Pressekampagne in den ersten Tagen nach jenem Anschlag hatte einen Vorgeschmack davon gegeben, wie rasch sich im Dritten Reich der «Volkszorn» gegen die missliebigen Demokraten jenseits des Rheins mobilisieren liess.

Zu Anfang des Weltkrieges bestand jedoch kein Interesse an einem ernsthaften Konflikt mit der Schweiz. Durch ihre bewaffnete Neutralität deckte sie im Südwesten die deutsche Flanke, während Hitler die Offensive im Westen über belgisches und niederländisches Territorium hinweg führen wollte. Umso mehr gewannen jene Argumente an Gewicht, die für eine strenge Geheimhaltung des Verfahrens sprachen. Hitlers Nimbus der Unverwundbarkeit, ein wichtiges Element seines Schutzes, wäre durch ein Bekanntwerden von Bavauds Unternehmungen gefährdet worden. Es sollte alles vermieden werden, allfälligen Imitationstätern Hinweise für ein ähnliches Vorgehen zu geben. Davon abgesehen, wies die Anklage bei den Angaben über die Motive zahlreiche Widersprüche auf.

Dem Pflichtverteidiger Dr. Franz Wallau gelang es denn auch, das für die Prozessführung vorgesehene Konzept derart gründlich in Frage zu stellen, dass zur Aussage vor dem Volksgerichtshof nach Berlin aufgebotene Zeugen des Anklägers ohne Einvernahme wieder nach Hause geschickt wurden². Weil Wallau den Mut besessen hatte, auf Freispruch zu plädieren, sorgte der Reichsleiter Martin Bormann durch seine Intervention dafür, dass der Anwalt aus dem «NS-Rechtswahrerbund» ausgeschlossen wurde; das brachte für diesen erhebliche Unannehmlichkeiten mit sich. Wegen seines Eintretens für

Bavaud wurde er von der Gestapo sogar vorübergehend in Haft genommen³. Dabei hatte sich der Verteidiger absolut korrekt verhalten. Gerade darin lag auch für die Schweiz politischer Explosivstoff verborgen, dass jeder Schritt zugunsten des Gefangenen Gefahr lief, als Solidarisierungsakt mit dem Attentäter gegen Hitler ausgelegt zu werden.

Die Schwierigkeiten, Maurice Bavaud Hilfe zu bringen, sind kaum zu überschätzen. Eine kritische Beurteilung kann nicht losgelöst von der Gesamtsituation erfolgen, die sich in den Monaten nach dem Todesurteil vom Dezember 1939 für die Schweiz dramatisch zuspitzte. Der neutrale Kleinstaat hegte damals die Befürchtung, beim Angriff auf Frankreich durch den deutschen Vorstoss in den Krieg hineingezogen zu werden. Einundzwanzig Tage nach dem Beginn der Offensive im Westen – noch hatten die Franzosen nicht kapituliert – wurde der Schweizer Delegation während der Wirtschaftsverhandlungen in Berlin wörtlich erklärt: «Wir haben es nicht nötig, die Schweiz militärisch anzugreifen, sie wird wie ein reifer Apfel in den Schoss von Deutschland fallen ... Wenn Italien in den Krieg eintritt, können Sie nicht neutral bleiben. Sie müssen zu uns herüberkommen. Es bleibt Ihnen nichts anderes übrig. Zuerst werden wir mit wirtschaftlichen Massnahmen beginnen. Die Eindrücke in Berlin haben Ihnen doch sicher gezeigt, wie unnützlich Ihre Mobilmachung gewesen ist⁴.»

Dies war die Sprache, die die Siegermacht gegenüber den isolierten Demokraten anschlug, die fortan unter dem Druck der Gegenblockade standen. Es bedurfte keiner besonderen Voraussicht zu erkennen, dass eine öffentliche Kontroverse über den Hitler-Attentäter zu schwerwiegenden Weiterungen führen würde. Aber auch bei Interventionen auf diplomatischem Wege musste so vorgegangen werden, dass diese nicht als provokative Akte gegen den in der Sache betroffenen Reichskanzler ausgelegt werden konnte. Vergegenwärtigt man sich, wie noch vierzig Jahre nach dem Todesurteil die Infragestellung der vollen strafrechtlichen Verantwortlichkeit im Zeitpunkt des Attentatsvorhabens von Rolf Hochhuth mit heftigen Ausfällen zurückgewiesen wird, so lässt sich ermessen, wie schwer es damals angesichts lückenhafter Informationen war, den richtigen Sachverhalt zu durchschauen.

Die Probleme, mit denen sich Dr. Hans Frölicher als Gesandter in Berlin konfrontiert sah, stellten an den Berliner Postenchef höchste Anforderungen. Der ihm vom Politischen Departement erteilte Auftrag, sich für die Begnadigung des vom Tod bedrohten Schweizers einzusetzen, war besonders brisant. Die

Art und Weise, wie der Gesandte Maurice Bavaud und seine Angehörigen im Stich gelassen hat, muss als beschämend bezeichnet werden. Eine differenzierende Bewertung – dies gilt es deutlich auszusprechen – ist keine Rechtfertigung für ein Versagen, dessen menschliche Tragweite durch die politischen Aspekte nicht entlastet wird. Minister Frölicher und Legationsrat Kappeler sind nicht einmal dem absoluten Minimum an routinemässiger Pflichterfüllung nachgekommen. Dies ging so weit, dass eindeutige Weisungen aus dem Politischen Departement missachtet wurden. Letztlich waren es die Bitten und Hilferufe des Vaters Alfred Bavaud, die das schweizerische Aussenministerium jeweils bewogen, die Gesandtschaft erneut zu mahnen, sich um den Häftling zu kümmern. Die Appelle stiessen in Berlin gegen eine Mauer des Schweigens oder brachen sich an der Lethargie aus politischem Kalkül. Sowohl das Reichsjustizministerium wie auch das Auswärtige Amt waren daran interessiert, dass sich Bavauds Heimatstaat nicht wirksam für ihn einsetzen konnte. Der Rachejustiz blieb Maurice Bavaud ohne Schutz ausgeliefert. Das mutige Beispiel des deutschen Pflichtverteidigers fand schweizerischerseits kein Gegenstück. Die Briefe des verzweifelten Vaters im noch erhaltenen Aktendossier geben ein erschütterndes Zeugnis.

1. Vergebliche Hilferufe des Vaters

Der Vater Alfred Bavaud wandte sich erstmals am 16. Januar 1939 – drei Monate nachdem Maurice von Neuenburg nach Deutschland abgereist war – mit einem Hilfersuchen an den Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes (EPD), Aussenminister Giuseppe Motta. Dem Brief war zu entnehmen, dass der Vermisste die Verwandten in Baden-Baden mit der Angabe verlassen hatte, er wolle, um Arbeit zu finden, beim Schweizer Konsulat in Mannheim vorsprechen. Seither war die Familie ohne Nachricht geblieben. Über das EPD hoffte sie nun in Erfahrung zu bringen, wo sich Maurice aufhielt und welcher Beschäftigung er nachging. Offenbar von dunklen Ahnungen erfüllt, fügte der Vater bei: «... je dirai que ses conceptions en matières politiques n'étaient pas celles d'un socialiste révolutionnaire ou communiste¹.» Das verständigte Konsulat in Mannheim gab bei der Kriminalpolizei in Karlsruhe eine Suchanzeige auf, die an die «Reichszentrale für Vermisste und unbekannt Tote» nach Berlin weitergeleitet wurde. Am 2. März 1939 erhielt der Vater vom Politischen Departement die Mitteilung, dass sein Sohn

in Augsburg «eine mehrmonatige Gefängnisstrafe wegen Betrugs» verbüße². Sogleich bat Alfred Bavaud das EPD, ergänzende Auskünfte einzuziehen. Welche Bestürzung die Nachricht in Neuenburg ausgelöst hatte, lassen seine Worte erkennen: «Voyez notre angoisse pour ce fils parti à l'aventure, sans notre assentiment, mais qui s'est laissé aller, dans un moment de désespoir, à commettre un acte qui déshonore sa famille et compromet son avenir³.» Die Erkundigungen beim Generalkonsulat in München erbrachten eine erneute Hiobsbotschaft. Diesem war auf eine schriftliche Anfrage – am Telephon wurde jede Auskunft verweigert – folgende Mitteilung der Gestapo Augsburg zugegangen: «Maurice Bavaud ist wegen eines zum Nachteil der Deutschen Reichsbahn begangenen Fahrkartenbetrugs vom Amtsgericht Augsburg mit zwei Monaten und einer Woche Gefängnis bestraft worden. Nach Verbüsung dieser Strafe ist er wegen Verdachts einer politischen Straftat in Untersuchungshaft genommen worden und befindet sich im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit. Das Verfahren ist beim Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof in Berlin anhängig⁴.»

Eine derart bedrohliche Wende war für die Eltern umso unverständlicher, als ihrer Meinung nach Maurice in seinem ganzen Wesen für ein mit Absicht begangenes politisches Delikt, dessen Konsequenzen unabsehbar waren, nicht in Frage kam. Gemäss den Bitten des Vaters wurde die Schweizer Gesandtschaft in Berlin vom EPD angewiesen, über den Fortgang der Untersuchung zu berichten und, falls dies bereits möglich sei, einen Anwalt zu bestellen. Aus Berlin war nichts zu vernehmen; einen Monat blieb Alfred Bavaud ohne Nachricht. Am 14. Mai 1939 wandte er sich erneut an das Departement: «Nous attendons avec anxiété quelques renseignements sur cette affaire qui nous paraît bien suspecte, connaissant le caractère de notre garçon, assez impulsif, mais ne faisant pas de politique. Mais par les temps actuels, surtout dans certains pays, où les étrangers, pour un écart de langage, sont mis en prison et très souvent déportés dans les camps de concentration, d'où ils n'en sortent plus vivants. Ce jeune homme de 23 ans, plein de santé, parti, il est vrai, contre notre volonté, pour se faire une nouvelle situation, ne mérite pas qu'on l'abandonne à son triste sort. Vous comprenez notre angoisse, Monsieur, aussi je vous prie de presser la Légation Suisse à Berlin de s'occuper attentivement de son cas.» Noch waren ihm keine Angaben über die Anwaltskosten gemacht worden; wegen seiner bescheidenen Finanzmittel wünschte er darüber im Voraus orientiert zu werden. Auch bat er um Aufklärung, ob er durch die Vermittlung der Gesandtschaft mit seinem Sohn korrespondieren könne⁵.

Am 23. Mai 1939 meldete sich erstmals die Schweizer Gesandtschaft in Berlin mit dem Bericht, für den Beizug eines Anwalts sei es noch zu früh. Die Eltern könnten dem Sohn schreiben, doch dürften die Briefe nichts über die in Frage stehende Strafsache enthalten. Bis zur Anklageerhebung würde es noch etwa sechs Wochen dauern. Als diese Frist um war, blieben weitere Nachrichten aus. Alfred Bavaud ersuchte das EPD, sich bei der Gesandtschaft in Berlin erneut zu erkundigen. Am 7. Juli gab Minister Frölicher Bescheid, dass die Untersuchung nach Auskunft der Reichsanwaltschaft noch nicht abgeschlossen sei. Man könne in etwa einem Monat wieder nach dem Stand der Angelegenheit fragen⁶. Noch einmal verstrich Woche um Woche, ohne dass weitere Hinweise folgten. Durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verdüsterte sich auch die Lage des politischen Häftlings. Der Vater drängte daher, nun endlich konkrete Schritte zu unternehmen. «Je vous prie de croire», schrieb er am 5. September an Dr. Feldscher, «que nous sommes consternés et vu la situation actuelle, nous pouvons craindre le pire.» In diesem Brief regte er ein erstes Mal an, ob es unter den gegebenen Umständen möglich wäre, einen Austausch in die Wege zu leiten. Die Antwort von Peter A. Feldscher, der von 1938 bis 1942 der Sektion für politische Angelegenheiten vorstand, fiel negativ aus. Solange der Tatbestand nicht klar sei, lasse sich die Frage eines Austausches nicht prüfen. Auch dieser Vorstoss erbrachte nichts als hinhaltende Auskünfte aus Berlin, es hätte sich die Notwendigkeit weiterer Ermittlungen ergeben⁷. Die Ungewissheit war umso beängstigender, als niemand den Angehörigen sagen konnte, weshalb deutsche Stellen eine derart ausgedehnte Strafuntersuchung durchführten, als wäre Maurice ein Kapitalverbrecher.

Um die Mauer des inhumanen und bedrohlichen Schweigens zu brechen, entschloss sich Alfred Bavaud am 1. Oktober 1939, mit einem verzweifelten Appell direkt an Bundesrat Motta zu gelangen: «C'est un père de famille de six enfants qui vous prie d'user de votre grande influence et vos nombreuses relations pour obtenir la libération de mon fils aîné, en prison préventive à Berlin-Moabit, depuis plus de 10 mois, accusé d'un délit politique.» Nach einer kurzen Schilderung der Ereignisse und dem Hinweis darauf, dass die Gesandtschaft bis anhin über die Anklage keine Auskunft zu erlangen vermocht hatte, erwähnte der Vater die alarmierenden Briefe, die ihm von Maurice zugekommen waren: «Les correspondances que nous avons pu heureusement échanger, nous causent aussi une vive inquiétude, surtout sur la santé intellectuelle de notre garçon enfermé et isolé depuis de nombreux mois sans

Berlin, den 31. Dezember 1939.

zu R 2538 g

R 2557 g

1. An

die Schweizerische Gesandtschaft

Verbalnote.

Das A.A. beehrt sich, der pp. auf die Verbalnote vom 21.d.N. - XVI 21/112 - mitzuteilen, daß der schweizerische Staatsangehörige Maurice Bavaud von Volksgerichtshof am 18. 5. 39, zum Tode verurteilt worden ist.

(I.R.o.U.)

Ref.: WLR-Dr. Stedler.

Bei Pol. I 3

u. in Ref. D. 201

s. gfl. Mitz.

2. An

den Herrn Reichminister der Justiz

Auf das Schreiben vom 19.d.N.

- III g^{10a} 806^o / 39 g -

Nach Ansicht des A.A. dürfte eine Befürwortung eines Gnadengesuchs des Maurice Bavaud nicht in Betracht kommen.

Die Schweizerische Gesandtschaft hat inzwischen, nachdem ihr in Sinne von Absatz 2 des dortigen Schreibens vom 6.d.N. - III g^{10a} 806^o / 39 g - Mitteilung gemacht worden war, gebeten, ihr das Datum der Hauptverhandlung bekannt zu geben. Der Gesandtschaft ist nunmehr mitgeteilt worden, daß Bavaud bereits von Volksgerichtshof zum Tode verurteilt worden ist.

12
1. 1940
2. 1. 40
3. 1. 40
4. 1. 40
5. 1. 40
6. 1. 40
7. 1. 40
8. 1. 40
9. 1. 40
10. 1. 40

TR 2425g

B! auch die Melldaten für
in der Rechtsabteilung
ist mit dem Inhalt für verlegt.

Schweizerische Gesandtschaft

17/12

Konzept für zwei Schreiben des Auswärtigen Amtes, aus dem ersichtlich wird, in welcher Weise der Sachreferent in der Rechtsabteilung nach dem gefällten Todesurteil Bemühungen um eine Begnadigung von vornherein zu erschweren suchte.

jugement.» Für den Vater blieb weiterhin unverständlich – dies wird auch aus dem Brief an Bundesrat Motta deutlich –, dass ausgerechnet Maurice sich einer politischen Straftat schuldig gemacht haben sollte: «D'autre part cette accusation nous étonne, car mon fils ne faisait pas de politique, de caractère un peu expansif, nous croyons qu'il aura été victime d'un agent provocateur, d'autant plus qu'il sait très peu la langue allemande⁸.» Der Departementschef wies laut handschriftlichem Randvermerk seine Sekretärin an, den Empfang des Briefes zu bestätigen und ihn an die Abteilung für Auswärtiges weiterzuleiten. Diese gab der Gesandtschaft in Berlin davon Kenntnis, dass der Vater an Bundesrat Motta «une supplique émouvante» gerichtet habe, mit dem Erfolg, dass Legationsrat Kappeler am 13. Oktober wiederum nur retardierenden Bescheid zu geben wusste:

«In Beantwortung Ihres Briefes vom 6. dieses Monats betreffend die traurige Angelegenheit *Alfred Bavaud* beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich diesen Fall nach wie vor verfolge, aber nicht in der Lage bin, zu seiner Beschleunigung wesentlich beizutragen. Auch heute habe ich mich wieder mit dem zuständigen Staatsanwalt in Verbindung gesetzt und die übliche Antwort erhalten, es werde noch einige Tage gehen, bis der Beschluss über Anklageerhebung gefasst werden könne. Immerhin schien der Sachbearbeiter anzunehmen, dass dieser Beschluss im Laufe der nächsten Woche fallen werde. Ich werde nicht verfehlen, mich Ende nächster Woche wieder nach der Angelegenheit zu erkundigen und Ihnen zu berichten'.»

Dennoch dauert es wiederum mehr als einen Monat, bis sich die Gesandtschaft meldete. Die Strafuntersuchung wurde endlich abgeschlossen. Am 22. November 1939 berichtete der Missionschef Hans Frölicher nach Bern, am Tag zuvor sei gegen Bavaud Anklage erhoben worden. Diesem werde vom Gericht ein Verteidiger zur Verfügung gestellt. Es sei damit zu rechnen, dass die Hauptverhandlung in der zweiten Hälfte Dezember stattfinden werde. Die Anklage laute auf staatsfeindliche Betätigung. Genauere Angaben über die – Frölicher schreibt irrtümlich Alfred (!) Bavaud – vorgeworfenen Handlungen seien nicht erhältlich gewesen¹⁰.

Jetzt war für die Schweizer Gesandtschaft der entscheidende Moment gekommen, die legitimen Schutzmachtspflichten geltend zu machen. Durfte ihr Vertreter den angeklagten Landsmann besuchen? Konnte sie mit dem beauftragten Verteidiger Kontakt aufnehmen? Würde ihr gestattet werden, einen Beobachter zum Prozess zu entsenden? Minister Frölicher unternahm keine derartigen Schritte. Er begnügte sich damit, das Auswärtige Amt schriftlich um nähere Auskunft über den Inhalt der Beschuldigungen zu bitten. Als Alfred Bavaud vom EPD erfuhr, dass nun Anklage wegen «activité subversive contre l'Etat» erhoben worden sei, wiederholte er umgehend die Bitte, seinem

Sohn einen Anwalt zu besorgen. Tag um Tag verging, ohne dass die Gesandtschaft etwas unternahm. Am 6. Dezember überliess es Roland Freisler, damals Staatssekretär im Reichsjustizministerium, dem Belieben des Auswärtigen Amtes, der schweizerischen Gesandtschaft vertraulich mitzuteilen, auf welche Rechtsgrundlage sich die Anklage abstützte. Die Hauptverhandlung vor dem zweiten Senat des Volksgerichtshofs sei auf den 18. Dezember 1939 anberaumt worden. Die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes unterliess es jedoch, die Schweizer Vertretung zu orientieren. Da sich diese nicht rührte und in keiner Weise drängte, war es für das Auswärtige Amt am einfachsten, den Prozesstermin stillschweigend vorübergehen zu lassen. Allfällige Interventionen würden sich damit von selbst erledigen. Zwei Tage nach Bavauds Verurteilung zum Tode bequeme sich das Auswärtige Amt dazu, der Gesandtschaft wenigstens den Paragraphen bekanntzugeben, auf Grund dessen Anklage erhoben worden war. Noch am 21. Dezember berichtete diese nach Bern, das Datum der Hauptverhandlung habe sich nicht in Erfahrung bringen lassen¹¹. Ende Dezember war die Rechtsabteilung auch im Besitz des schriftlichen Urteils: erst jetzt informierte das Auswärtige Amt die Vertretung der Schweiz, der Volksgerichtshof habe Maurice Bavaud bereits zum Tode verurteilt. Die Übermittlung dieses Schreibens wurde durch die Festtage noch verzögert.

Inzwischen hatte die Familie Bavaud von Maurice direkt erfahren, dass der Prozess am 18. Dezember stattfinden sollte. Sie kannte jedoch weder den Inhalt der Anklage noch das Urteil. Nach so vielen Bittschreiben und Mahnungen musste der Vater annehmen, die Gesandtschaft sei über den Verlauf der Hauptverhandlung orientiert. Er bat daher am 2. Januar 1940 das EPD um Auskunft: «Veuillez avoir la grande complaisance, Monsieur le Chef de la Division, de demander sans tarder à la Légation Suisse à Berlin, des nouvelles ou un résumé du jugement rendu; car je suppose que notre représentant a été tenu au courant, qu'on s'est occupé de l'accusé, qu'il a été assisté par un avocat, choisi si c'était possible, par les soins de la Légation, comme je l'avais demandé¹².»

Das Übertölpelungsmanöver vollzog sich für die deutschen Stellen problemlos, weil die Schweizer Gesandtschaft in den entscheidenden Wochen passiv geblieben war. Nachdem sie gegenüber Bern wiederholt versichert hatte, sie verfolge die Strafsache Bavaud aufmerksam, fiel nun Minister Frölicher die Aufgabe zu, seinen Vorgesetzten das *Fait accompli* zu erklären. Er habe erst am Abend des 3. Januar 1940 die Mitteilung über das Todesurteil erfahren: «Eine sofortige Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Amt ergab,

dass anscheinend die ausgesprochene Strafe noch nicht vollstreckt worden ist. Ich erneuerte daher die Bitte um genauere Angaben über die strafbaren Handlungen, die sich unser Landsmann zuschulden kommen liess, und ersuchte vorsorglich darum, den Vollzug der Todesstrafe einstweilen aufzuschieben, um der Gesandtschaft zu ermöglichen, die Angelegenheit zu prüfen und sich gegebenenfalls für eine Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe zu verwenden. Das Auswärtige Amt sagte zu, die letztere Bitte sofort weiterzuleiten, und es wurde auch meinem ersten Mitarbeiter mündlich Nachstehendes bekanntgegeben unter der Bedingung, dass die Angaben streng geheim gehalten und auch den Angehörigen nicht mitgeteilt werden.» Es folgte nun eine knappe Zusammenfassung der von Bavaud in Deutschland unternommenen Schritte. Über seine Motive sei nichts Genaueres zu vernehmen. «Man kann sich fragen», so schreibt Frölicher, «ob er bei vollem Verstand sei. Das Urteil enthalte indessen keine Anhaltspunkte für mangelnde Zurechnungsfähigkeit.» Der Gesandte fand den Wunsch des Auswärtigen Amtes, die Auskünfte geheimzuhalten, um nicht «bei anderen Individuen ähnliche Vorhaben zur Reife zu bringen», als durchaus verständlich.

Frölichers Vorschläge für das weitere Vorgehen waren ganz von Erwägungen der politischen Opportunität bestimmt. Da Bavaud dem Urteil gemäss versucht habe, das deutsche Staatsoberhaupt zu ermorden, sei es für die Gesandtschaft «ausserordentlich heikel», sich für eine Begnadigung einzusetzen. Auf der anderen Seite seien vom Vollzug der Todesstrafe in der Schweiz unerwünschte innenpolitische Rückwirkungen zu erwarten, zumal wenn über die Gründe des Urteils keine Angaben gemacht werden dürften. Ein Verzicht auf die Vollstreckung liege daher auch im Interesse des deutschen Wunsches nach Geheimhaltung. Mit diesem Argument wollte Frölicher sich beim Auswärtigen Amt für eine Umwandlung in eine Freiheitsstrafe verwenden. Doch fügte er sogleich bei, die Aussichten eines solchen Schrittes dürften nicht überschätzt werden. Es hänge wohl einzig vom Entschluss des Reichskanzlers ab, ob er dem Gesuch auf Begnadigung entsprechen wolle. Am Ende seines Berichtes verwies der Gesandte noch einmal auf die Geheimhaltung: «So wie die Dinge im Augenblick liegen, schiene es mir nicht angebracht, die Familie davon zu verständigen, dass ein Todesurteil gefällt wurde. Haben die beabsichtigten Bemühungen Erfolg, so könnte dann der Familie das mildere Endergebnis bekanntgegeben werden, misslingen die Bemühungen, so kommt die schlimme Nachricht immer noch früh genug¹³.»

Was hier Minister Frölicher als «sehr dringend» und «streng geheim» nach Bern berichtete, überraschte dort aufs Unangenehmste. Die Antwort des EPD vom 8. Januar enthielt eine deutliche Rüge, war zugleich aber auch im Bewusstsein abgefasst, dass das Departement bei einem Bekanntwerden des Todesurteils in der schweizerischen Öffentlichkeit unter Beschuss geraten würde:

«Ungeachtet zahlreicher Anfragen lässt man uns über die unserm Landsmann zur Last gelegten Tatsachen im Ungewissen und gibt der Gesandtschaft erst nach vollzogenem Urteil davon Kenntnis, dass er vom Volksgericht zum Tode verurteilt worden sei. Weder hatte die Familie noch wir irgendwelchen Einfluss auf die Wahl des Anwalts noch Kenntnis von den Akten, so dass jegliche Beistandsleistung zu Gunsten des angeschuldigten Mitbürgers praktisch verunmöglicht wurde. Es erübrigt sich, hervorzuheben, dass ein solches Vorgehen mit den Regeln, die für den Schutz fremder Staatsangehöriger gelten, nicht im Einklang steht.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie gegenüber der Deutschen Regierung unsern Unwillen darüber nicht verbergen würden, dass im vorliegenden Fall gewisse allgemein anerkannte Grundsätze diplomatischen Schutzes missachtet worden sind und dass der Fall für die schweizerisch-deutschen Beziehungen unliebsame Folgen haben könnte, wenn die Exekution vorgenommen würde. Zudem scheint die Strafe ausserordentlich hart zu sein, angesichts des Umstandes, dass Bavaud auch nach der deutschen Darstellung sein Vorhaben nicht bis zum tatsächlichen Versuch gebracht hat. Überdies ist es, wie Sie andeuten, fraglich, ob der jugendliche Täter wirklich im vollen Besitz seiner Zurechnungsfähigkeit sich befindet¹⁴.»

Dennoch verfuhr das Politische Departement in dem von Frölicher vorgeschlagenen Sinn. Gegenüber dem Vater Bavaud verhielt man sich hinhaltend, gab ihm Nachricht, man warte auf weitere Mitteilungen aus Berlin. Nun kam alles darauf an, dass die Gesandtschaft rasch und so wirksam wie möglich auf eine Milderung des Todesurteils hinarbeitete.

2. Rettungsversuche, die keine waren

Nach den deutlichen Worten aus Bern war anzunehmen, Minister Frölicher bringe im Auswärtigen Amt sein Befremden darüber zum Ausdruck, dass der Gesandtschaft jede Beistandsleistung verunmöglicht worden war. Es handle sich unabhängig vom Inhalt der Strafsache um allgemeine Grundsätze, die auch die deutsche Vertretung in der Schweiz für sich in Anspruch nehme. Eine solche Eröffnung schuf für das Gesuch auf Zugänglichmachung von Anklageschrift und Urteil, auf Kontaktnahme mit dem Pflichtverteidiger sowie nach einer Besuchserlaubnis günstigere Voraussetzungen. Dass sich die

deutsche Seite mit dem verheimlichten Prozess nicht korrekt verhalten hatte, war eine Tatsache, an der auch das Auswärtige Amt nicht vorbeikam. Hier bot sich zumindest ein Ansatz, so weit wie unter solchen Umständen möglich zu einer eigenen Beurteilung von Maurice Bavaud und seinem Attentatsvorhaben zu gelangen. An einer wirklichen Hilfeleistung zeigte jedoch Minister Frölicher kein Interesse. Er war lediglich darauf bedacht, wie er sich aus einer für ihn heiklen «Affäre» ziehen konnte, ohne das Gesicht zu verlieren. Gegenüber dem Auswärtigen Amt waren er und Legationsrat Kappeler bemüht, jeden Eindruck zu vermeiden, man wolle sich für den Hitler-Attentäter verwenden; andererseits wurde im Hinblick auf allfällige Interpellationen in der Schweiz so getan, als unternehme man im Rahmen der Gegebenheiten alles, um den zum Tod Verurteilten vor der Guillotine zu retten.

Am 9. Januar 1940 suchte Legationsrat Kappeler den zuständigen Referenten der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt auf. Er begann mit der Erklärung, die Gesandtschaft möchte mit Rücksicht auf den der Verurteilung Bavauds zugrunde liegenden Tatbestand davon absehen, einen formellen Antrag auf Begnadigung zu stellen. Die Schweizer Regierung würde es jedoch sehr begrüßen, sollte eine Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe als möglich erscheinen. Zur Begründung verwies Kappeler auf das auferlegte Schweigeverbot; es würde dem Bundesrat nicht erlauben, auf Anfragen im Parlament zu antworten, die bei einer Vollstreckung des Todesurteils zu erwarten seien. Wie dem Entwurf eines Schreibens an das Reichsjustizministerium zu entnehmen ist, wurde diese Argumentation von Kappelers Gesprächspartner nicht ernst genommen: «Das Auswärtige Amt überlässt die Würdigung des schweizerischen Vortrages dem dortigen Ermessen, erhebt aber seinerseits gegen eine Vollstreckung der Todesstrafe keine Bedenken¹.» Es war eine krasse Missachtung der aus Bern erhaltenen Weisungen, wenn Kappeler namens der Gesandtschaft, ohne auf eine Prüfung einzutreten, die ihm aufgetragene Intervention mit der Mitteilung eröffnete, auf einen Antrag auf Begnadigung zu verzichten. Auch Minister Frölicher sprach an jenem 9. Januar im Auswärtigen Amt vor. Gegenüber Staatssekretär Ernst von Weizsäcker streifte er nur nebenbei das wichtigste Thema seines Besuches. Er legte wie Kappeler Wert auf die Feststellung, dass die Gesandtschaft sich nicht für Bavaud verwenden möchte. «Der Schweizerische Gesandte», so die Gesprächsaufzeichnung von Weizsäckers, «erwähnte heute bei mir einen schweizerischen Staatsangehörigen namens Pavaud (sic!), gegen den wegen Attentatsversuches gegen den Führer ein Todesurteil verhängt worden sei.

Man habe in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes der Schweizerischen Gesandtschaft bereitwillig Auskunft über den Sachverhalt gegeben und zugleich bemerkt, eine Veröffentlichung des Vorganges sei unerwünscht. Herr Frölicher stellte in der Sache kein Petikum, erwähnte aber, dass es natürlich leichter sein würde, den ganzen Vorgang tot zu schweigen, wenn es nicht zu einer Exekution komme².» Damit gab die Gesandtschaft vorzeitig jedes Mittel aus der Hand, dem Landsmann wenigstens ein Minimum an Beistand zu gewähren. Zumindest wäre abzuwarten gewesen, ob die Akteneinsicht, der Besuch im Gefängnis oder das Gespräch mit dem Pflichtverteidiger Ergebnisse zeitigen würden, die einem Begnadigungsgesuch Auftrieb verleihen könnten. Nicht den kleinsten Finger zu rühren und sich überdies für die «bereitwillige Auskunft» zu bedanken, obwohl Frölicher irreführt worden war und bis jetzt weder Anklageschrift noch Urteilsbegründung hatte einsehen können – dies übertraf selbst das Wohlverhalten, das man deutscherseits einkalkuliert hatte. Dort war mit einem Antrag auf Teilnahme am Prozess gerechnet worden, den das Reichsjustizministerium ablehnen wollte. Auch im Auswärtigen Amt fehlte es nicht an Argumenten, die im Falle schweizerischen Widerspruchs entgegengehalten worden wären. Dr. Emil Schumburg vom Sonderreferat Deutschland regte sogar an, das Urteil gegen Bavaud entsprechend auszuwerten: «Der Plan der Ermordung des Führers ist von dem schweizerischen Staatsangehörigen Ba-vaud, Angehörigen des katholischen Priesterseminars St. Brieuc aus Gründen politischer Gegnerschaft des Katholizismus gegen das Nationalsozialistische Deutschland mit Vorbedacht und jedem nur denkbaren Raffinement vorbereitet worden. Insbesondere ist die auf S. 16 enthaltene Feststellung des Urteils bemerkenswert, dass der Angeklagte nach eigener Angabe unter dem Eindruck dessen gehandelt habe, was er in der gesamten schweizerischen Presse gelesen habe.» Laut handschriftlichem Vermerk wollte es sich Staatssekretär von Weizsäcker vorbehalten, Frölicher bei Gelegenheit darauf anzusprechen³. Beide Diplomaten stimmten in ihrem Bestreben überein, politische Weiterungen möglichst zu vermeiden. Dass Maurice Bavaud vielleicht zu Unrecht sein Leben lassen musste, spielte bei diesen Überlegungen keine Rolle.

Wie sich herausstellte, lag von deutscher Seite gar keine Forderung vor, das Todesurteil müsse der Familie Bavaud verschwiegen werden. Nach der Hinrichtung mit der in Kürze zu rechnen war, beabsichtigte das Reichsjustizministerium, wie damals noch üblich, eine Pressenotiz herauszugeben. Auch durch den Abschiedsbrief sowie die Rücksendung der persönlichen Effekten

auf dem Weg der routinemässigen Gefängnisbürokratie würde die Familie Kenntnis vom Todesurteil erhalten. In der Verbalnote vom 31. Dezember 1939 hatte das Auswärtige Amt der Schweizer Vertretung in einem Satz kommentarlos den Prozessausgang mitgeteilt, ohne damit besondere Auflagen zu verknüpfen. Wie war es dazu gekommen, dass die Gesandtschaft auf Geheimhaltung gegenüber den Eltern gedrängt hatte?

Als Legationsrat Franz Kappeler am 4. Januar 1940 im Aussenministerium vorsprach, um nähere Auskünfte einzuholen, hatte ihn der Sachbearbeiter Dr. Siedler mündlich in grossen Zügen über das Attentatsvorhaben mit dem Bemerkten orientiert, die Angaben müssten im Schosse der Regierung bleiben. Die Forderung auf Geheimhaltung bezog sich eindeutig auf die Einzelheiten von Bavauds Unternehmungen⁴. Die Verantwortung für das Verlangen, der Familie auch das Todesurteil zu verheimlichen, trugen allein die beteiligten Schweizer Diplomaten, Minister Hans Frölicher und sein Mitarbeiter Dr. Franz Kappeler.

Im Politischen Departement in Bern hat sich Peter A. Feldscher der vorgeschlagenen Verheimlichungstaktik in der Überzeugung angeschlossen, die Gesandtschaft werde ihr Möglichstes zur Verhinderung der Urteilsvollstreckung tun. Während er auch aus innen- wie aussenpolitischen Gründen auf Schritte zur Begnadigung drängte, wurde in Berlin eine ganz andere Haltung eingenommen.

Die Geheimhaltung diente für Minister Frölicher und seinen ersten Mitarbeiter dazu, bis zur Hinrichtung Interventionen zugunsten Bavauds ausserhalb des EPD zu verhindern, um die Gefahr einer zusätzlichen Belastung der schweizerisch-deutschen Beziehungen so gering wie möglich zu halten. Hinter dieser Haltung verbarg sich aber auch eine erschreckende menschliche Gleichgültigkeit – ein Eindruck, der sich durch die nachfolgenden Ereignisse noch verstärkt.

Im Politischen Departement entschloss sich der stellvertretende Chef der Abteilung für Auswärtiges, Dr. Feldscher, zu einem eigenen Vorstoss. Über den deutschen Gesandten Otto Köcher in Bern versuchte er, dem schweizerischen Anliegen vermehrten Nachdruck zu verschaffen. Er wies darauf hin, dass die Gesandtschaft mit Bavaud während der Untersuchungshaft keinen Kontakt habe aufnehmen können. «Mit Rücksicht auf mögliche Reaktion Schweizer Presse», so telegraphierte Köcher nach Berlin, «bat Feldscher namens Bundesrats unsererseits Gnadenakt und Umwandlung Strafe etwa in langjährige Zuchthausstrafe vorzunehmen⁵.» Es war dies nun doch noch eine offizielle

Intervention zugunsten Bavauds, mit einer Begründung allerdings, die aus deutscher Sicht irrelevant war: «Der neue Schritt der schweizerischen Regierung gibt dem A. A. keinen Anlass, den bisher in der Angelegenheit eingenommenen Standpunkt zu ändern», so signalisierte das Auswärtige Amt dem Reichsjustizministerium zum zweitenmal, dass seiner Auffassung nach die Urteilsvollstreckung ausgeführt werden könne⁶.

Wie Ministerialdirektor Dr. Wilhelm Crohne vom Reichsjustizministerium wenige Tage später dem Auswärtigen Amt bekanntgab, war beabsichtigt, vom Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen. Er übersandte den Entwurf einer Pressemitteilung zur Urteilsvollstreckung und bat, ihm allfällige Einwendungen bis zum 29. Januar zuzustellen. «Gegen die Fassung der Presenotiz bestehen von hier aus keine Bedenken», so lautete die Stellungnahme des Aussenministeriums. Das Ministerium hätte ebensogut auf die Herausgabe eines Communiqués verzichten können. Über die von Frölicher vorgebrachte und dann auch von Feldscher übernommene Argumentation, die in der Tat äusserst schwach geartet war, wurde demonstrativ hinweggegangen. Ob die Hinrichtung der Schweizer Regierung Unannehmlichkeiten bringen würde, spielte aus deutscher Sicht für die Begnadigung keine Rolle. Der Hinweis auf die mögliche Reaktion der Schweizer Presse, der – was Feldscher damals noch nicht wusste – sowohl Bavauds Verteidiger wie der Volksgerechtshof eine Mitschuld angelastet hatten, war dazu angetan, Hitler in seinem Vergeltungsdrang zu bestärken. Mit solchen Verlegenheitsargumenten versuchte Frölicher daran vorbeizukommen, an das Strafverfahren zu rühren. Ohne das Urteil in Frage zu stellen, konnte jedoch keine Hilfe geleistet werden. Die Hinrichtung stand unmittelbar bevor. Die Schweizer Gesandtschaft wollte man erst im «geeigneten Augenblick» benachrichtigen. War die Exekution vollzogen, so würde sich eine nachträgliche Kontroverse, die nichts mehr ändern könnte, von selbst erledigen⁷. Da die Hinrichtung aufgeschoben wurde und die Gestapo mit erneuten Ermittlungen begann, stand nun auch für die Gesandtschaft genügend Zeit zur Verfügung, weitere Schritte zugunsten Bavauds zu unternehmen. Zu einer eigentlichen Prüfung war es noch gar nicht gekommen. Bis jetzt hatten weder Frölicher noch Kappeler beim Auswärtigen Amt Antrag gestellt, Einsicht in das Urteil zu erhalten. Ein entsprechendes Gesuch, die Anklageschrift zugänglich zu machen, ist von ihnen überhaupt nie eingereicht worden. Es kam nun darauf an, ob sich ganz neue Gesichtspunkte aufzeigen liessen, die für eine Begnadigung angeführt werden konnten.

Unterdessen wartete die Familie in Neuenburg vergeblich auf eine Nachricht über den Ausgang des Prozesses. Alfred Bavaud wusste, dass das EPD die Gesandtschaft Anfang Januar gemahnt hatte: «Il m'est extrêmement pénible», so schrieb der Vater am 4. Februar nach Bern, «de constater le peu de succès obtenu jusqu'à ce jour. Ne méconnaissant pas les difficultés internationales actuelles, j'ai tout de même l'impression de notre impuissance vis-à-vis de nos grands voisins, avec qui pourtant nous restons en bons termes⁸.» Die Antwort, die Feldscher am 16. Februar gab, war ausweichend und stand ganz im Bemühen, die Verheimlichung aufrechtzuerhalten: «Nous regrettons bien vivement de ne pas encore être en mesure de vous fournir les détails que nous espérons vous communiquer en janvier. La Légation de Suisse à Berlin est intervenue en faveur de votre fils à la fois auprès des autorités judiciaires allemandes saisies du cas de M. Maurice Bavaud, et auprès du Ministère des Affaires Etrangères. Elle a des raisons d'admettre qu'à la suite de ses démarches répétées et pressantes, les autorités allemandes ont repris sérieusement l'étude du dossier de votre fils et qu'elles en feront connaître les résultats aussitôt que possible'.»

Während Peter A. Feldscher zu diesem Zeitpunkt noch der Überzeugung war, die Interventionen seien in dem von ihm beschriebenen Sinne unternommen worden, konnte für Frölicher kein Zweifel daran bestehen, dass er mit seiner Taktik Maurice Bavaud und seinen Angehörigen übel mitspielte. Dies illustriert die Oberflächlichkeit, mit der eine Nachprüfung versucht wurde. Am 6. März 1940 erfuhr der Schweizer Gesandte vom Chef der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Bavaud habe weitere Angaben gemacht, denen noch nachgegangen werde. Worum es sich dabei handelte, wurde nicht mitgeteilt, und Frölicher hat sich für diese ungewöhnliche Wende auch nicht weiter interessiert. Seine Bitte, Einsicht in das Urteil zu erhalten, wurde von Geheimrat Albrecht dahin beschieden, er wolle sich zuerst ermächtigen lassen. In Wirklichkeit hatte das Reichssicherheitshauptamt bereits am 8. Februar gegenüber dem Auswärtigen Amt Bedenken geltend gemacht, die Urteilsbegründung der Gesandtschaft zugänglich zu machen. Damals sprach sich auch Ministerialdirektor Crohne namens des Reichsjustizministeriums vorsorglich dagegen aus, dass das Auswärtige Amt gewünschtenfalls dabei helfe, zwischen der schweizerischen Vertretung und Bavauds Verteidiger eine Verbindung herzustellen¹⁰. Dadurch sollte verhindert werden, dass die Schweizer der völlig neuen Situation auf die Spur kamen, der Tatsache nämlich, dass Bavauds jüngste Aussagen dem Urteil in wesentlichen Teilen die Basis entzogen hat-

Der Reichsminister der Justiz

III C ^{1Ca} 806ⁿ/40 E

Berlin W 8, den 8. Februar 1940

Wilhelmstraße 83

Telefonnummer: 000004 Druckerzettel 110044
Fernzettelnummer 116516

Schnellbrief

Empfangen am 10. Feb. 1940
2788
- Flu 1940

Gehalt!

An

das Auswärtige Amt
zu Händen von Herrn Hofrat Schimpke
oder Vertreter im Amt
Berlin W 8.

betrifft: Strafsache gegen den Schweizer
Staatsangehörigen Maurice Bavaud.

zu R. 74/Jan 13. Januar 1940
und im Anschluß an III C ^{1Ca} 806/39 E
vom 26. Januar 1940.

Bavaud hat in einem Brief an seine Angehörigen Angaben über die Hintergründe seiner Straftat gemacht, die zur Zeit von dem Reichssicherheitsnauptamt geprüft werden. Die Vollstreckung des Urteils ist dadurch aufgehalten worden. Mit Rücksicht auf die neuerlichen Ermittlungen hat das Reichssicherheitshauptamt gegen die Einsichtnahme in die schriftliche Urteilsbegründung durch ein Mitglied der Schweizerischen Gesandtschaft z.Zt. Bedenken erhoben. Ich werde zu gegebener Zeit auf diese Angelegenheit zurückkommen.

Eine Verbindung zwischen dem Verteidiger des Verurteilten Bavaud und der Schweizerischen Gesandtschaft zum Zwecke der Ausforschung des Sachverhalts durch die Gesandtschaft zu vermitteln will mir nicht unbedenklich erscheinen.

Im Auftrag

gez. Dr. Crome



Beglaubigt

Ullrich
Reichsministerialdirektor

*Bei Prot. 13/2...
13/2...
10. Jan 1940
10/2.40
y
A-H*

ten. Auch diese Abschirmung machte Frölicher dem Auswärtigen Amt leicht. Zwar bat er an jenem 6. März Geheimrat Albrecht um nähere Angaben über den Pflichtverteidiger, jedoch ohne weiter darauf zu dringen. Dessen Adresse hat ihm das Auswärtige Amt nie genannt. Als die Gesandtschaft später die Anschrift des Anwalts vom Vater Bavaud erhielt, machte sie von dem Hinweis keinen Gebrauch. Frölicher berichtete nach Bern: «Das Urteil war bei den Akten des Auswärtigen Amtes. Geheimrat Albrecht las mir die Stelle vor, wonach Bavaud erklärt, dass es religiöse Motive waren, die ihn zu seiner Tat bewegten. Er sei gläubiger Katholik, und die Politik Hitlers gegen die katholische Kirche hätten ihn zu seinem Entschluss veranlasst. Es wäre wohl angezeigt, wenn Sie feststellen würden, ob diese Angaben Bavauds bezüglich seiner religiösen Einstellung zutreffend sein können¹¹.»

Daraufhin gelangte das EPD am 18. März mit einem Schreiben an Alfred Bavaud, um die Angaben über die religiöse Einstellung zu überprüfen: «Il apparaîtrait notamment que l'activité subversive pour laquelle il est poursuivi lui aurait été dictée par des motifs d'ordre religieux ... Dans l'intérêt de la défense de votre fils, nous vous serions obligés de nous communiquer des précisions et éventuellement des pièces que vous posséderiez de nature à confirmer ses déclarations relatives à ses conceptions religieuses¹².» In der Meinung, bei der Verteidigung seines Sohnes behilflich zu sein, sandte der Vater eine Bestätigung sowie eine Taufbescheinigung, die den katholischen Glauben und die Religiosität von Maurice bezeugen sollten¹³. Ohne die näheren Umstände zu kennen, konnte Alfred Bavaud nicht ahnen, dass seine Auskünfte Frölicher und schliesslich auch das EPD in der Auffassung bestärken würden, das Urteil des Volksgerichtshofes lasse sich nicht in Frage stellen. Mit diesem untauglichen Versuch war die sogenannte Überprüfung praktisch erledigt. Polizeiliche Ermittlungen wurden schweizerischerseits im Interesse der Geheimhaltung unterlassen. Das Begehren auf Einsicht in das Urteil wurde nicht mehr weiterverfolgt.

Gerade während jener Monate, die für die Wahrnehmung eines aktiven Schutzes besonders wichtig waren, fehlte in Bern an der Spitze des Aussenministeriums eine einflussreiche Persönlichkeit. Der bereits geschwächte Bundesrat Motta, der von Bavauds Geschick noch Kenntnis nahm, ist am 23. Januar 1940 an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Sein Stellvertreter erfüllte seine Funktion nur nominell. Der definitive Nachfolger, Bundespräsident Pilet-Golaz, musste sich seit dem 1. März 1940 in sein neues Amt als Aussenminister zuerst einarbeiten. Vermittels einer schriftlichen Zusammen-

fassung wurde er am 27. März über Bavaud orientiert. Das Versagen Frölicher kam darin nicht voll zum Ausdruck; es wurde sogar im Gegenteil und zu Unrecht behauptet: «Auf Grund dringlicher Vorstellungen der Schweizerischen Gesandtschaft beim Auswärtigen Amt wurde die Exekution des Urteils einstweilen verschoben und in streng vertraulicher Form mündlich Aufschluss über die gegen Bavaud erhobene Anklage erteilt.» Unzutreffend war auch die Angabe, das Todesurteil sei auf Wunsch der deutschen Regierung bisher auch gegenüber der Familie streng geheim gehalten worden¹⁴. Obwohl die Darstellung bis zur Verfälschung gemildert war, sah sich Bundesrat Pilet-Golaz veranlasst, auf ein entschiedeneres Vorgehen zu drängen. Im Postskriptum zum Schreiben vom 28. März brachte Feldscher gegenüber Frölicher Pilets Einstellung zum Ausdruck:

«P. S. Zu Ihrer Unterrichtung bemerken wir noch, dass der Herr Bundespräsident die Angelegenheit mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt und die Erwartung zum Ausdruck gebracht hat, dass Ihre Bemühungen zur Verhütung einer Exekution, die innen- und aussenpolitisch höchst unerwünschte Rückwirkungen zeitigen würde, von Erfolg begleitet seien. Jedenfalls wäre es wertvoll, wenn Sie Ihrerseits darauf hinzuweisen in der Lage wären, dass von Ihnen in dieser Hinsicht nichts versäumt wurde. Es sollte u.a. auch erreicht werden können, dass die deutsche Regierung Ihnen die Erlaubnis erteilt, durch ein Mitglied der Gesandtschaft den Verurteilten im Gefängnis besuchen zu dürfen¹⁵.»

Um die Gesandtschaft gleichsam auf Vordermann zu bringen, sandte das Departement bereits am 2. April ein Telegramm nach Berlin: «Unser Schreiben 28. März betreffend Bavaud telegraphiert Ergebnis Demarche¹⁶.» Am gleichen Tag kabelte die Gesandtschaft zurück: «Nach gestriger Demarche nichts Neues. Eingehender Bericht ist unterwegs¹⁷.» Es war klar, dass das EPD mit dieser Stellungnahme seinen Willen bekunden wollte, für den bedrohten Landsmann das Möglichste zu tun. Sollte es zu einem politischen Eklat kommen, so lag die Verantwortung eindeutig bei der Gesandtschaft in Berlin. In seinem fünf Seiten umfassenden Bericht setzte Frölicher daher zu einem Rechtfertigungsversuch an, indem er noch einmal alle Schritte aufzählte, die die Schweizer Vertretung bisher zugunsten Bavauds unternommen hatte. Wie schon früher wurde der Eindruck besorgter Geschäftigkeit erweckt, die als Alibi für den Fall diente, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Der bekundete Eifer, mit dem angeblich auf eine Begnadigung hingearbeitet wurde, war hohle Fassade; dass sich dahinter eine ganz andere Einstellung verbarg, liess Frölicher am Schluss seines Berichtes vom 2. April durchblicken:

«Sie dürfen überzeugt sein, dass die Gesandtschaft dem Fall fortgesetzt ihre vollste Aufmerksamkeit schenkt und ihr Augenmerk vor allem darauf richtet, eine Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe zu erreichen. Diesem Ziel sollten meines Erachtens die anderen Wünsche zunächst untergeordnet werden. Es würde diesem Bestreben nichts nützen, gegenüber den deutschen Behörden Zweifel an der richterlichen Beurteilung des Falles durch den Volksgerichtshof zu äussern. Auch muss sich die Gesandtschaft mit Rücksicht auf die verabscheuungswürdigen Absichten des Verurteilten begreiflicherweise eine gewisse Zurückhaltung bei der Vorbringung ihrer Begehren auferlegen. Ich halte es deshalb nicht für angebracht, um einen Besuch bei dem Verurteilten nachzusuchen. Dagegen wird die Gesandtschaft bemüht sein, wenn möglich Antwort auf die von Vater Bavaud gestellten Fragen nach dem Aufenthaltsort und der Möglichkeit eines Briefwechsels zu erlangen. Ich behalte mir vor, hierauf zurückzukommen¹⁸.»

Fast vier Monate waren seit der Verurteilung vergangen, und der Gesandte besass keine Ahnung, wo sich der Todeshäftling befand! Der Missionschef hatte es bisher versäumt, nach dem Aufenthaltsort zu fragen. So sah seine «Aufmerksamkeit» in der Realität aus. Obwohl er angewiesen worden war, einen Besuch bei Bavaud im Gefängnis zu beantragen, wusste Frölicher die Dinge so zu drehen, bis schliesslich auch die Vorgesetzten in Bern resignierten und nicht mehr auf weiteren Demarchen zur Rettung Bavauds insistierten. Das einzige, wozu die Gesandtschaft Hand bot, war die Vermittlung des seit Dezember 1939 unterbrochenen Briefaustausches mit den Angehörigen. Durch seine Zeilen vom 5. Mai suchte der Vater Maurice in seiner Verlassenheit ein Zeichen der Ermutigung zukommen zu lassen: «Mon cher garçon, ce n'est pas le moment de faire des phrases, ce que je tiens à te dire tout spécialement et au nom de tous, famille et amis, c'est que tu occupes toute notre pensée et je fais mon possible pour arriver à une heureuse solution en ta faveur; bien que mes moyens soient bien limités. Je t'engage à garder bon espoir et t'en remettre à la Divine Providence¹⁹.»

Was seit Langem abzusehen war, traf ein halbes Jahr nach dem Prozess in schmerzlichster Weise ein. Aus dem Brief, den sie von Maurice am 10. Juni 1940 erhielten, erfuhren die Angehörigen, dass der Volksgerichtshof ihn zum Tode verurteilt hatte – schon im Dezember – und dass jederzeit mit der Hinrichtung gerechnet werden musste. Zum Schock, dem unsagbaren Leid trat die Pein hinzu, allem Vertrauen zum Trotz schmachlich getäuscht und im Stich gelassen worden zu sein.

«par Express.

Neuchâtel le 10.6.40.

Au Département Politique Fédéral
Berne.

Au Chef du Département Politique
division des Affaires Etrangères

Monsieur

Contre toute attente je reçois ce matin une lettre de mon fils Bavaud M. datée du 5 avril 1940. Il m'annonce, qu'il a été jugé et condamné à la *peine capitale* de ce fait, a été transféré à la prison de Plötzensee où se trouve la guillotine. Cette lettre est la septième, qu'il a écrit mais les 6 pr. (écédentes) n'ont pas été expédiées. Il m'annonce encore que l'exécution peut avoir lieu d'un jour à l'autre. Alors! Monsieur le Chef de la Division, que penser du silence de la Légation à Berlin et de son impuissance? On m'a pourtant assuré maintes fois que la Légation restait en contact et ne perdait pas de vue cette histoire.

Il y 3 semaines on procédait encore à une enquête auprès des condisciples de mon fils à N^{tel} Aussi vous comprendrez ma très grosse amertume et notre immense douleur de perdre un fils dans de telles conditions. Si c'était sur un champ de bataille, notre peine serait bien moins grande.

Aussi je vous supplie d'intervenir sans retard auprès de la Légation à Berlin (si c'est encore temps) pour user de toute votre influence en sa faveur et obtenir un adoucissement.

Je reviens sur mon idée, un échange ne serait plus possible.??

Enfin voilà l'adresse de l'avocat qui l'a assisté.

Mr. Franz Wallau, avocat
10 Landgrafenstrasse 10

Berlin

Tout en espérant qu'il ne soit trop tard, veuillez agréer Monsieur le Chef de la Division des affaires Etrangères, l'assurance de ma considération distinguée

A. Bavaud
Ecluse 10

P. S. veuillez excuser l'écriture.²⁰» Neuchâtel

Maurice Bavaud hatte seit seiner Verurteilung mehrfach versucht, die Eltern über das Todesurteil zu verständigen. Sechs Briefe blieben in den Fängen der Zensur hängen, die ihm jede Andeutung über die Gründe der Verurteilung verbot. Seine Zeilen ermöglichten ihm die einzige Verbindung mit der Außenwelt, der er nichts von dem Grauen im «Totenhaus», den nächtlichen Schreien, von dem letzten Gang der zur Hinrichtung abgeführten Mithäftlinge, nichts von Fesseln oder den Hungerrationen berichten durfte. Gleichwohl offenbarte der Brief innere Martern, die Maurice in den Monaten des Schweigens durchgestanden hatte. In Kenntnis der Zusammenhänge wird einfühlbar, welche Tragik sich hinter seinen Andeutungen verbarg:

«Name des Briefschreibers:

Maurice Bavaud

Gelesen: ...

Berlin-Plötzensee, le 5 Avril 1940

Königsdamm 7

Haus III

Mes bien aimés. – C'est la septième lettre, que je vous écris depuis le 18 décembre; toutes les autres ne sont pas parties à cause de leur contenu. J'espère que, cette fois, il n'en sera plus de même. J'ai reçu votre courrier de 20 février et vous en remercie. Je comprends votre inquiétude qui n'est malheureusement que trop bien fondée. Hélas! J'ai été condamné à la peine capitale pour des raisons, dont je ne puis vous faire part. J'ai donc été transféré à la prison de Plötzensee où se trouve la guillotine. L'exécution peut avoir lieu d'un jour à l'autre, comme elle peut être encore remise. Vous voyez donc que ma vie n'a plus beaucoup d'intérêt. Ah! si j'étais resté à Saint Ilan, au service de Dieu, si je n'avais pas quitté le créateur pour la créature, ce qui est éternel pour ce qui est périssable, la lumière pour les ténèbres, je ne serais pas ici. S'il m'avait fallu mourir le 19 décembre, je ne sais pas si mes dernières paroles fussent «Malédiction» au lieu de «Mon Dieu, je remets mon âme entre vos mains», oui, j'étais devenue sceptique, positiviste et la tombe n'était plus pour moi que le néant, le vide affreux dont parle Pascal. L'homme meurt seul, c'est là quelque chose à méditer. Aussi quand je me suis senti vraiment abandonné au bord de cet abîme, j'ai jeté un regard désespéré vers la religion. Mais le retour vers l'Evangile était difficile; on ne se moque pas impunément des grâces célestes comme je l'avais fait depuis plus d'un an. Alors j'ai senti la main de Dieu; pour me punir il me cachait la lumière qui éclaire le juste. Enfin, comme ma faute consistait en faiblesse et en passion et non pas en une orgueilleuse mauvaise volonté, j'ai fini par remporter la victoire, car Dieu est avant tout la bonté et la miséricorde même. Mais il n'est pas moins vrai, qu'il est très dur de mourir pour des motifs plus que terre à terre alors qu'avant j'avais orienté ma vie dans la voie de Jésus Christ. Aussi j'ai fait le vœu que, si par des circonstances extraordinaires j'en réchappais, de retourner dans la congrégation du Saint Esprit; cela vous pouvez le dire.

C'est vers les misérables peuplades d'Afrique, les plus pauvres, les plus abandonnés parmi les hommes que je dirigerais mes pas. Je suis plus que dégoûté de la politique, de la puissance. Ah! combien sont heureux les pauvres en esprit, les humbles, qui sont toujours demeurés tels. Te souviens – tu, Hélène, de sainte Germaine Cousin «La bergère au pays des loups»? Voilà l'idéal! Ici, pour le moment, je ne manque pas de livres. J'ai lu une partie des œuvres de Lamartine, mais je ne saurais vous dire combien les romantiques me déplaisent maintenant avec leur vague christianisme qui n'est qu'un verni transparent sur un fond sceptique. Avant-hier on m'a apporté une Bible, j'en suis bien aise quoique ce soit une traduction huguenotte. Ma santé n'est pas trop mauvaise quoique l'hiver fut très dur. Momentanément j'ai un peu de bronchite. Le moral est bon grâce à Dieu. Comme mon affaire aura peut-être des suites judiciaires voici l'adresse de mon défenseur: Mr. Franz Wallau, 10 Landgrafenstrasse, Berlin. Ecrivez-moi, je vous prie, le plus tôt et le plus longuement possible; envoyez-moi aussi une belle image du Christ en croix et une autre de sa mère. J'ai besoin de consolations. Je vous embrasse tendrement vous pour qui, hélas! j'ai trop manqué d'affection. Maurice²¹.»

3. *Verpasste Chance zum Austausch?*

Die Empörung und der Schmerz über die erfahrene Behandlung waren umso grösser, als der Familie Bavaud jede Erklärung dafür fehlte, wie es zu diesem Todesurteil überhaupt hatte kommen können. Der zweitälteste Sohn, Jean-Pierre Bavaud, versuchte, seine militärischen Vorgesetzten zum Eingreifen zu veranlassen. Sein Vorstoss endete damit, dass er – damals Wachtmeister im Aktivdienst – einen Marschbefehl erhielt, sich am 18. Juni 1940 um 14.30 Uhr im Politischen Departement zu melden: «Ich habe Wm. Bavaud», so hielt Feldscher nach der Unterredung in einem Aktenvermerk fest, «über die Umstände der Verurteilung seines Bruders unterrichtet u. ihn gleichzeitig ersucht, über diese Mitteilungen im Interesse seines Bruders strengste Diskretion zu wahren¹.» Die Eröffnung, Maurice habe das deutsche Staatsoberhaupt ermorden wollen, war die zweite schockierende Nachricht innert weniger Tage. «Au vu des renseignements», schrieb der Vater angesichts der neuen Situation dem Departement, «recueillis à Berne par mon second fils Jean Pierre, je sais et vous remercie des efforts poursuivis jusqu'à ce jour, j'espère qu'ils ne seront pas vains, malgré la terrible accusation qui pèse sur mon fils Maurice².» Durch die bedrohliche Aussicht verängstigt, eine Unvorsichtigkeit könnte das Leben von Maurice verkürzen, vertraute der Vater ganz dem Politischen Departement und bewahrte Stillschweigen. Er schärfte sogar seinen Kindern ein, kritische Bemerkungen über die Deutschen zu unterlassen, um die Lage ihres Bruders im Fall einer Denunziation nicht zusätzlich zu verschlimmern³. Er vermied alles, um die auf diplomatischem Wege unternommenen Schritte nicht zu gefährden. Da jedoch die Gesandtschaft in Berlin die Rettungsversuche praktisch sabotierte und das EPD nach seinen wiederholten Mahnungen alle weiteren Bemühungen aufgab, nützte die Geheimhaltung dem Todeshäftling nichts. Sie hinderte jedoch die Familie daran, andere Initiativen zu ergreifen und auf Hilfe zu dringen. Das Gefühl, irreführt worden zu sein, obwohl es um die Rettung eines Menschenlebens ging, ist für die Angehörigen bitter, selbst wenn es in Wirklichkeit keine gangbare Alternative gegeben haben sollte.

Die nachfolgenden Monate bieten ein desolates Bild. Das Politische Departement beschränkte sich darauf, die Briefe, Anregungen oder Fragen des Vaters an die Gesandtschaft weiterzuleiten, die sich um das Schicksal des Todeshäftlings nicht mehr kümmerte. Nach dem Sieg über Frankreich habe Hitler in einem Gnadenakt auch zahlreiche Strafen wegen politischer Vergehen reduziert, so schrieb Alfred Bavaud am 15. August dem Politischen Departement.

ment und bat vergeblich, ob sich die Gesandtschaft in Berlin über diesen Erlass erkundigen könne⁴. Am 15. September berichtete er nach Bern, die Bundespolizei habe im Mai und Juni bei den Mitschülern von Maurice neue Nachforschungen angestellt. Der Vater fragte, ob dem Departement deren Ergebnisse bekannt seien⁵. Dieser Hinweis hätte alarmierend wirken müssen. Da das EPD die Bundesanwaltschaft weder über das Attentatsvorhaben noch über das Todesurteil informiert hatte – sie erfuhr erst nach dem Weltkrieg davon⁶-, bestand der Verdacht, es handle sich um unzulässige Aktivitäten der Gestapo beziehungsweise des SD. An die Frage, wer hier ermittelt haben könnte, wurde jedoch nicht weiter gerührt, wohl in der Voraussicht, Weiterungen würden dann kaum mehr zu verhindern sein.

Es begann die kalte Jahreszeit, unter der Maurice Bavaud zum drittenmal in deutschen Gefängnissen litt. Er hatte dem Vater geschrieben, er friere in Plötzensee furchtbar, weshalb sich Alfred Bavaud am 24. Oktober an das EPD wandte: «Il nous dit entre autre qu'il souffre terriblement au froid au pied et nous prie avec insistance de faire l'impossible pour lui envoyer une paire de pantouffles chaudes⁷.» Der Vater hoffte, ihm das Gewünschte über die Schweizer Vertretung in Berlin zustellen zu können. Diese erklärte sich jedoch ausserstande, die Pantoffeln zu übermitteln. Alfred Bavaud solle sich in Zukunft direkt nach Plötzensee wenden⁸. Mochte man sich auf den Standpunkt stellen, es sei nicht die Aufgabe einer Gesandtschaft, sich um warme Hausschuhe zu kümmern, so doch nur, wenn es gleichgültig liess, welche Folgen die Verweigerung dieser bescheidenen humanitären Hilfeleistung für den von der Kälte gepeinigten und in seiner Gesundheit geschwächten Häftling zeitigte.

In der dunklen Vorahnung, dass sich das Ende näherte, unternahm Alfred Bavaud auch den letzten Schritt, der ihm in verzweifelter Lage noch übrigblieb: Er richtete ein Begnadigungsgesuch direkt an Reichskanzler Adolf Hitler. Den Appell an die Grossmütigkeit des Diktators verfasste der Vater mit geringen Hoffnungen, aber in der Einsicht, dass eine Wende wohl nur durch Hitler selbst herbeizuführen war. Sein Immediatgesuch sandte Alfred Bavaud am 26. Dezember 1940 an das deutsche Konsulat Lausanne, dem er vor einiger Zeit schon einmal eine Bittschrift eingereicht hatte. Von dort gelangte es über die deutsche Gesandtschaft in Bern an das Auswärtige Amt. Hier blieb die Eingabe zwei Monate liegen, bis sie am 8. März 1941 dem Reichsjustizministerium zugestellt wurde. Im Begleitschreiben hierzu bemerkte der zuständige Sachbearbeiter Dr. Siedler gemäss der ersten Fassung, das Gesuch des Postbeamten Alfred Bavaud gebe aus der Sicht des Aussenministeriums

für einen Gnadenerweis keinen Anlass. Wenn der Passus im Entwurf wieder gestrichen wurde, so lediglich deshalb, weil keine Notwendigkeit vorlag, ohne Aufforderung durch das Justizministerium erneut die Zustimmung zur Hinrichtung zu erklären⁹. Der Appell des Vaters blieb unbeachtet, liess jene ungerührt, für die der Schweizer das schlimmste aller für einen Nationalsozialisten denkbaren Verbrechen begangen hatte.

Unter solchen Verhältnissen stand für die zuständigen deutschen Stellen der Gedanke an einen Austausch ausser Betracht. Daher lief auch ein Vorschlag des deutschen Gesandten in Bern, dem die näheren Einzelheiten von Bavauds Verurteilung unbekannt waren, ins Leere. Im Zusammenhang mit dem Immediatgesuch, das er weiterzuleiten hatte, war Otto Köcher der Gedanke gekommen, dass eine allfällige Umwandlung der Todesstrafe nicht ohne ein Gegengeschäft vorgenommen werden sollte. Dem Gesandten ging es einzig darum, im Fall einer Begnadigung einen Nutzen für die in der Schweiz inhaftierten Deutschen herauszuschlagen. Seine Anregung vom 22. Januar 1941 hatte folgenden Inhalt:

«Die näheren Umstände des Bavaud zur Last gelegten Verbrechens sind mir nicht bekannt; ich vermag daher zu der Angelegenheit nicht Stellung zu nehmen. Für den Fall, dass eine Begnadigung in Erwägung gezogen werden sollte, rege ich jedoch an, einen etwaigen Gnadenakt davon abhängig zu machen, dass die Schweizerische Regierung hinsichtlich der Begnadigung der von Schweizer Gerichten verurteilten Reichsangehörigen Peter *Bergmann* und seiner Mitäter, sowie des Verwaltungs-Assistenten Adolf *Kaiser* Entgegenkommen zeigt. Die in die Strafsache Bergmann verwickelten Reichsangehörigen sind bekanntlich vor Kurzem zu lebenslänglichem Zuchthaus, Kaiser ist zu 7jähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden¹⁰.»

Das Auswärtige Amt hatte sich bisher gehütet, auch nur ein Jota von der im Reichsjustizministerium eingenommenen, auf Vergeltung zielenden Haltung abzuweichen. In bekannter Weise verfuhr man jetzt mit Köchers Anregung, die «mit dem Anheimstellen des Weiteren» an das in der Sache federführende Ministerium übermittelt wurde. Da keine Begnadigung beabsichtigt war, verschwand der Vorschlag in den Akten¹¹. Bevor wir näher auf ihn eingehen, ist zu erwähnen, dass das Auswärtige Amt bereits vor Köchers interner Anregung bei der schweizerischen Gesandtschaft sondiert hatte, ob ein Austausch der Strafgefangenen Adolf Kaiser und Walter Steinweg gegen in Deutschland inhaftierte Schweizer möglich sei. Der deutsche Verwaltungsangestellte Adolf Kaiser war am 8. Mai 1940 in dem Moment verhaftet worden, als er mit seinen Erkundungsergebnissen über schweizerische Befestigungsanlagen

zu den Auftraggebern jenseits der Grenze zurückkehren wollte¹². Es blieb nun den zuständigen Departementen in Bern überlassen, ob sie mit einer Gegenforderung auf einen solchen Austausch eintreten wollten.

Wie sich während der Kriegsjahre zeigte, war ein derartiger Handel mit Inhaftierten ein fragwürdiges Unterfangen, weil es für die Gestapo keine Probleme bot, einen ständigen Vorrat an verhafteten Schweizern zu schaffen, die dann für die Freilassung deutscher Agenten offeriert werden konnten. Der Kleinstaat geriet dadurch in eine schwierige Entscheidungslage. Liess er seine Bürger, soweit sie zu Unrecht oder unverhältnismässig hart bestraft worden waren, im Stich, so wurden berechnete humanitäre Postulate missachtet. Klagen über mangelnden Schutz der Mitbürger im Ausland waren dann die Folge. Andererseits führte es zu unhaltbaren Zuständen, wenn deutsche Agenten damit rechnen konnten, im Fall einer Verhaftung alsbald wieder freigesetzt zu werden. Es bestand ohnehin ein Missbehagen, die Justiz müsse aus Rücksicht auf das mächtige Deutschland mit unterschiedlicher Elle. Im Interesse einer effizienten Spionageabwehr, aber auch der Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates konnte es nicht ankommen, den deutschen Wünschen bedenkenlos nachzugeben. Zumal während der letzten Kriegsjahre kam es zu einer Reihe von Austauschaktionen, die mit dazu beigetragen haben, dass fast alle der vom Volksgerichtshof wegen politischer Vergehen zum Tode verurteilten Schweizer vor dem Henker gerettet werden konnten. Hingegen wird sich wohl niemals klären lassen, wie viele Schweizer Bürger und Doppelbürger ohne Gerichtsverfahren in Konzentrationslagern umgebracht worden sind. Ursprünglich hatte das Bestreben im Vordergrund gestanden, verhaftete Angehörige des eigenen Nachrichtendienstes, darunter Konsulatsangestellte, zurückzuerhalten; in solchen Fällen bestand eine Gleichgewichtslage, da auch die Schweiz Leute freibekam, die sich ihrem Auftrag gemäss für ihr Land exponiert hatten.

Zwischen den zuständigen Stellen in Bern bestanden divergierende Auffassungen, wie auf derartige deutsche Angebote zu reagieren sei. Sie resultierten aus dem unterschiedlichen innen- und aussenpolitischen Aufgabenkreis, der je nach Schwerpunkt eine andere Prioritätensetzung bedingte. Dies zeigte sich bereits im Sommer 1940. In der Nacht vom 13./14. Juni 1940 waren zehn deutsche Saboteure bei Konstanz und Martinsbruck illegal in die Schweiz mit dem Auftrag eingereist, Militärflugzeuge auf den Flugplätzen Lausanne, Payerne, Biel und Spreitenbach (AG) zu zerstören. Die Abenteurer der Division «Brandenburg» hatten den Sprengstoff in Berlin erhalten, wo das Kom-

mandounternehmen derart plump in Szene gesetzt worden war, dass die Akteure – nach einer Vorwarnung – in der Schweiz verhaftet werden konnten, bevor sie Schaden anrichteten. Göring hat sich auf diese Weise für den Abschluss deutscher Flieger rächen wollen. Wegen der Luftzwischenfälle hatte sich zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich eine heftige Kontroverse entwickelt. Aussenminister Pilet-Golaz befürchtete, die militärgerichtliche Aburteilung der gefassten Agenten werde den Konflikt noch verschärfen. Daher hätte er es vorgezogen, es gar nicht erst zu einem Gerichtsverfahren kommen zu lassen. Er hoffte, hieraus doppelten Vorteil zu ziehen: Eine solche Geste könnte dazu beitragen, die Spannungen im gegenseitigen Verhältnis zu mildern. Die stillschweigende Erledigung würde es ermöglichen, durch einen Austausch Landsleuten aus deutschen Gefängnissen herauszuhelfen. Da das Leben von Maurice Bavaud von allen dort inhaftierten Schweizern am gefährdetsten war, hätte bei der Verwirklichung in erster Linie an ihn gedacht werden müssen, mit einbezogen in eine grösser angelegte Aktion. Zu Erwägungen, ob sich die Schweiz auf diese Weise für den Hitler-Attentäter einsetzen sollte, kam es nicht, weil bereits bei der Grundsatzfrage anders entschieden wurde. Aus der Sicht des Armeeauditors und des Militärdepartementes widersprach eine solche Taktik dem Rechtsempfinden. Das Sabotageunternehmen hatte, soweit Kenntnis davon durchgesickert war, höchste Empörung ausgelöst. Mit schärfsten Strafen, sogar mit Todesurteilen war zu rechnen. Eine Rückgabe würde – es war dies im Krisensommer 1940 – dem Defaitismus Vorschub leisten. Das Politische Departement verzichtete darauf, gegen die Provokation durch Minister Frölicher in Berlin zu protestieren. Der Prozess wurde jedoch durchgeführt. Acht Deutsche, davon einer in contumaciam, sowie zwei Auslandschweizer sind am 16. November 1940 wegen ihres Sabotagevorhabens vom Territorialgericht 2 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden¹³.

Aus durchsichtigen Gründen hatte die deutsche Regierung an diesem Strafverfahren kein Interesse gezeigt. Als sich der Gesandte Köcher nach dem Prozess in seinem Schreiben vom 22. Januar 1941 gegenüber dem Auswärtigen Amt für einen Peter Bergmann und seine Mittäter einsetzte, die vor Kurzem zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden seien, meinte er damit die erwähnte Gruppe von Saboteuren. Peter Bergmann ist mit dem vor Militärgericht abgeurteilten 1896 geborenen Peter Berg identisch, für den Köcher ebenso wie für die Beteiligten Wilhelm Brüning, Georg Freiberger, Heinrich Karsten, Berthold Loos, Hellmuth von Thaden und Johann Teufl im Fall der

Begnadigung Bavauds Erleichterungen herausschlagen wollte¹⁴. Ob der deutsche Gesandte auf den Gedanken allein verfiel oder ob ihn sein Gesprächspartner aus dem EPD unter der Hand in Anlehnung an Pilets frühere Intentionen darauf gebracht hat, in vorsichtiger Form bei den zuständigen Stellen vorzufühlen, ist mit absoluter Gewissheit nicht auszumachen. Aus Köchers Sicht bot sich überraschend früh die günstige Gelegenheit für den Versuch, den sieben Reichsangehörigen, die zu dem üblen Unternehmen angestiftet worden waren, Straferleichterungen zu verschaffen. Vielleicht ergab sich hieraus ein wichtiger Schritt in Richtung Austausch. Bestand in Berlin auch nur entfernt die Absicht, eine Begnadigung in Erwägung zu ziehen, so würde wenigstens eine Rückfrage nach den Anhaltspunkten einer schweizerischen Verhandlungsbereitschaft erfolgen. Es geschah nichts dergleichen. Berlin blieb stumm. Maurice Bavaud war als Hitler-Attentäter für solche Geschäfte tabu.

Den spekulativen Fragen, ob der vom Tod bedrohte Landsmann auf dem Wege eines Austausches hätte gerettet werden können, gibt Köchers Misserfolg retrospektiv eine negative Antwort. Davon unabhängig bot sich für das Politische Departement eine günstige Gelegenheit für den Versuch, sich erneut für eine Begnadigung einzusetzen, ohne sich zu kompromittieren. Gemeint ist jener etwas früher unternommene Vorstoss des Auswärtigen Amtes, die Agenten Kaiser und Steinweg freizubekommen. Es handelte sich hier im Vergleich um eher kleine Fälle, doch blieb es dem EPD anheimgestellt, für welche Gegenforderungen es sich einsetzen wollte. Es sprach sich am 17. Januar 1941 gegenüber dem Militärdepartement dafür aus, Kaiser gegen den Basler Lehrer Erwin Lüscher auszutauschen. Dieser hatte die Splittergruppe «Sozialistische Arbeiterpartei» im Exil unterstützt und für sie Kurierdienste besorgt. Der Schweizer Sozialdemokrat wurde im Mai 1939 von einem verräterischen Mitgenossen auf deutsches Territorium in die Fänge der Gestapo gelockt. Am 18. Mai 1940 verurteilte ihn das Oberlandesgericht Stuttgart zu fünf Jahren Zuchthaus¹⁵. Auch andere Schweizer fielen als Gegner des Nationalsozialismus Denunziationen zum Opfer und warteten in deutschen Gefängnissen auf Hilfe. Das vorliegende Beispiel illustriert die Problematik. Während Kaiser wegen militärischer Spionage verurteilt worden war, musste Lüscher für ein politisches Delikt büssen, das nach den Begriffen einer demokratischen Rechtsordnung gar nicht strafbar war. Es bestand in der Sache ein Missverhältnis, das hinzunehmen sowohl das Militär- wie das Justiz- und Polizeidepartement zu diesem Zeitpunkt ablehnten. Beide machten prinzipi-

elle Einwände geltend, denen sich das EPD nicht verschliessen konnte, obwohl es bedauerte, bei einem solchen Standpunkt verschiedenen in Deutschland inhaftierten Landsleuten nicht helfen zu können. In dem Bescheid, den es am 14. Februar 1941 dem Geschäftsträger in Berlin gab, findet sich ein für Maurice Bavaud wichtiger Abschnitt. Vor Lüscher, so ist zu erwarten, wäre an den vom Tod bedrohten Schweizer zu denken gewesen. Doch die Resignation ging inzwischen auch im EPD so weit, dass er nicht einmal in den internen Erwägungen für einen Rettungsversuch in Vorschlag gebracht worden ist:

«In der Tat darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass ein Staat höchstens dort, wo besondere Landesinteressen im Spiele sind, auf den Vollzug einer durch seine Gerichte ausgesprochenen Strafe wird verzichten können, dass er aber, wo eine solche Notwendigkeit nicht vorliegt, nicht Hand dazu bieten soll, Ausländer, die wegen Landesverrats verurteilt wurden, regelmässig dem Strafvollzug zu entziehen.

Wir bemerken noch, dass der Fall Lüscher verschiedener Umstände halber uns zur Vornahme eines Austausches am geeignetsten erschien und wir uns deshalb ungeachtet grundsätzlicher Bedenken zu dem dem Militärdepartement unterbreiteten Vorschläge veranlasst gesehen haben. Nachdem letzteres aber der Auffassung ist, dass der Fall Lüscher die für eine Gleichgewichtslage des Austausches erforderlichen Voraussetzungen nicht enthalte, so sehen wir uns auch aus diesem Grunde ausserstande, andere Fälle unter den in Deutschland verurteilten Schweizern für einen Austausch in Erwägung zu ziehen. Hiefür käme höchstens die Angelegenheit *Bavaud*, Maurice, in Frage, doch haben wir davon abgesehen, sie gegenüber dem Militärdepartement zu erwähnen, nachdem Ihre Gesandtschaft eine weitere Verwendung in diesem besonderen Fall seinerzeit als unzweckmässig bezeichnet hatte¹⁶.»

Wiederholt hatte Alfred Bavaud das Politische Departement gebeten, die Möglichkeiten eines Austausches abzuklären. Als Antwort war ihm hinhalten Bescheid gegeben worden, und jetzt, als die deutsche Anregung eine unverfängliche Chance bot, für den Todeshäftling einzutreten, wurde auf ein ernsthaftes Erwägen überhaupt verzichtet. Wie war es zu vereinbaren, einerseits bei den Angehörigen in Neuenburg die Hoffnungen wachzuhalten, dann aber nahezu jede und nun auch die letzte Gelegenheit für den Versuch vorbegehen zu lassen, diesen jungen Menschen vor dem Fallbeil zu bewahren? Unter dem Einfluss der Gesandtschaft in Berlin gab man auch im Politischen Departement den Häftling stillschweigend für verloren und hoffte, es bleibe bei der Schweben zwischen Leben und Tod. Indem das EPD das Drama vor den anderen Departementen geheim hielt, übernahm es die Verantwortung dafür, dass gemeinsame Anstrengungen zur Hilfeleistung nicht geprüft wur-

den. Selbst hier erwies sich Bavauds Mythos, als Hitler-Attentäter stigmatisiert zu sein, als verhängnisvoll gegenwärtig. Die Furcht, den Zorn des deutschen Diktators herauszufordern, wirkte lähmend. Wohl ist richtig, dass das EPD nicht wusste, welche völlig falsche Angaben und Schlussfolgerungen das Urteil enthielt; seine Haltung stützte sich auf höchst lückenhafte Angaben und Kenntnisse ab. Daran ermessen sich aber auch die Folgen dieser verhängnisvollen Verkettung der begangenen Versäumnisse. Seit der Anklageerhebung im November 1939 waren alle Möglichkeiten einer aktiven Interessenwahrnehmung vertan worden. Ob ein Durchbruch angesichts der deutschen Abschwärzung hätte gelingen können, bleibt ungewiss, ist eher unwahrscheinlich. War die Chance auch nur minimal, so ist kaum zuviel gesagt, dass die Ausgangslage zur Hilfeleistung sich ungleich günstiger darbot, wenn es gelungen wäre, die Tragik des den Wahnvorstellungen eines psychotischen Freundes zum Opfer gefallenen, von Natur aus keineswegs gewalttätigen Seminaristen zu ergründen. Die Zerstörung der Legende, die das Urteil vom Hitler-Attentäter schuf, war die Voraussetzung, durch weitere Schritte unter Einbezug der Austauschfrage auf eine Begnadigung hinzuwirken. Da eine solche Vorarbeit nicht geleistet worden ist, gab es keine tragfähige Basis, auf die sich Vorstöße für eine Begnadigung hätten stützen können.

4. *Plötzensee*

Den Weg in den Unrechtsstaat hat die Justiz Schritt um Schritt mitgemacht, bis sie zur zynischen Farce ihrer selbst geworden war. Wer nach der Pervertierung von Recht und Justiz im Dritten Reich fragt, findet im Gesamtwerk «Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus» umfassenden Aufschluss¹. Seit 1871 wurde im Reichsjustizministerium über die Todesurteile Buch geführt: im «Mordregister», so genannt, weil die Höchststrafe für gemeine Kapitalverbrechen vorbehalten war. Von 1907 bis 1932 sind 345 Todesurteile vollstreckt worden. Allein in den Vorkriegsjahren (1934 bis 1939) wurden doppelt so viele Menschen hingerichtet wie im Vierteljahrhundert zuvor. Das «Mordregister» erhielt jetzt einen fatalen Doppelsinn. Mit der zunehmenden Grausamkeit des Krieges fielen auch die letzten Hemmungen, den Justizmord systematisch zu betreiben. Dazu ein einziger Vergleich: Im Jahre 1938 waren 23 Todesurteile bestätigt worden, 1943 trugen die zivilen Gerichte für 4'438 Exekutionen die Verantwortung! Das Wüten des Volksgerichtshofs und der Sondergerichte auf Grund von Sondergesetzen lief viel-

Name:	Bavaud		
Vorname:	Maurice		
Entscheidung des Führers - des Reichsministers der Justiz:	Kooperation		
Tag der Entscheidung:	6. Mai 1941		
vollstreckt	am:	14. Mai 1941	
	in:	Berlin	

Bemerkungen: Bavaud ist ein geflohenes, jüdisches Kind, das sich in
 Arbeit zu suchen, und in Kooperation mit den Behörden
 und Behördenstellen einfinden sollte, auf sich zu
 zu versetzen.

Jungw 1/2.
 Fortsetzung ev. umseitig.

Zur Statistik!
 ✓

Kordregister: Buchstabe 39 Nr. 905

Reis

Unter den Hingerichteten findet sich auch Maurice Bavaud im «Mordregister» eingetragen. Sein Registerblatt war bei den Todesurteilen des Jahres 1940 eingereiht, was darauf hinweist, dass er bereits damals dem Scharfrichter übergeben werden sollte.

fach auf nacktes Morden hinaus, von den Richtern mit juristischen Argumentationen bemäntelt, die mehr als eine groteske Verzerrung, die von tückischer Absurdität waren. Gemäss einem auf dem Grundstück des zerbombten Volksgerichtshofs in Berlin gemachten Aktenfundes haben deutsche Zivilgerichte im Zeitraum 1940 bis 1944 insgesamt 12'212 Todesstrafen verhängt. Eine Begnadigung glich einem Wunder; 11'336 Menschen wurden erbarmungslos getötet, unter ihnen 1'100 Frauen. Je weiter sich das deutsche Okkupationsgebiet ausdehnte, desto grösser wurde die Anzahl der ausländischen Todeshäftlinge; von ihnen sind 5'088 im erwähnten Zeitraum von deutschen Richtern unters Fallbeil gebracht oder dem Henker übergeben worden². Hinzu kamen jene Unglücklichen, die den Militärgerichten zum Opfer gefallen sind. Das geringste Bagatelvergehen konnte den Tod bedeuten. Die Unterscheidung zwischen politischen und kriminellen Todeshäftlingen verwischte sich bei dieser Art von Blutjustiz.

Der Mithäftling Charles P. Seiffert erinnert sich an einen Jungen von etwa sechzehn Jahren, der angesichts der Lebensmittelknappheit einige Kaninchen gestohlen hatte. Als «Kriminellen» verurteilten ihn die Richter zum Tode; in Plötzensee wurde er hingerichtet, obwohl fünf Brüder von ihm für Hitler-Deutschland an der Front kämpften. Nach solcher Rechtsprechung galt das Ansehen des deutschen Volkes als geschädigt, weil die junge polnische Hausangestellte Rosalie Kulesa in Bedrängnis einer deutschen Frau die Handtasche ins Gesicht geschlagen haben soll. Trotz sich widersprechender Aussagen wurde sie vom Sondergericht beim Landgericht in Zichenau mit dem Tode bestraft³. Es sind dies Beispiele aus einer langen Reihe der Verhöhnung von Recht und Menschenwürde.

Das «Mordregister» ist unvollständig; wie viele Menschen vor allem in den letzten Kriegsmonaten umgebracht worden sind, lässt sich präzise nicht feststellen. Vorsichtige Schätzungen sprechen von 16 560 Todesurteilen, die von der zivilen Justiz im Dritten Reich gefällt worden sind⁴. Von ihnen entfiel nur noch eine Minderheit auf schwere Verbrechen wie Mord und Totschlag. Hinter den Zahlenangaben verbergen sich tragische Schicksale, oft kleine Leute, grausam hingemordet. Zwei Einzelgeschicke unter Tausenden haben wir aus der Anonymität herausgelöst: sowohl Maurice Bavaud wie Marcel Gerbohay sind im erwähnten «Mordregister» aufgeführt.

Als in der Nachkriegszeit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden sollten, wurde die deutsche Vergangenheitsbewältigung im Bereich von Justiz und Strafvollzug verdrängt – mit skandalösem Erfolg. Da unter

dem Anstrich der Legalität und «Im Namen des Deutschen Volkes» verurteilt und getötet worden war, obwohl über den Charakter des Volksgerichtshofes und der Sondergerichte als Institutionen des Terrors keine Zweifel bestanden, blieb auch nach dem Kriege zumeist als Pflichterfüllung anerkannt, was nach demokratischem Rechtsempfinden als verbrecherisch gelten muss. Der Oberreichsanwalt Ernst Lauz, in dessen Namen für Maurice Bavaud und Marcel Gerbohay die Todesstrafe gefordert worden ist, hat als oberster Staatsanwalt zuletzt im Zusammenspiel mit Freisler Hunderte von Regimegegnern hinrichten lassen. Im Nürnberger Juristenprozess war er am 4. Dezember 1947 zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Bereits 1951 in die Freiheit entlassen, durfte er sich in der Bundesrepublik einer monatlichen Pension erfreuen. Der interimistische Reichsjustizminister Franz Schlegelberger, der nach Rücksprache mit Hitler Bavauds Begnadigung abgelehnt hatte, bemühte sich nach Kräften, dem Diktator durch die eigens geschaffene «Führerinformation» die Willfährigkeit der Justiz zu dokumentieren. Obwohl zu lebenslänglicher Haft verurteilt, wurde er 1951 infolge Krankheit entlassen. Der Bundespensionär veröffentlichte unter anderem einen zweibändigen Kommentar zum Seehandelsrecht, und als er 1970 starb, erschien das von ihm verfasste «Das Recht der Gegenwart» bereits in vierter Auflage⁵.

Schlegelberger, der seit 1924 als Staatssekretär im Reichsjustizministerium amtierte, ist lediglich ein prominentes Beispiel für jene Generationen von staatlichen Rechtswahrern, deren Selbstverständnis ungebrochen blieb, obwohl die Entwicklung von der Weimarer Republik zum Dritten Reich und über die Entnazifizierung hinweg in die Bundesrepublik Deutschland zumindest im Dienste der Strafjustiz ohne den Verrat rechtsethischer Grundwerte nicht mitgetragen werden konnte. Auch Dr. Eberhard Taubert, der zu jenen Richtern des Volksgerichtshofes gehörte, die Maurice Bavaud und Marcel Gerbohay zum Tod verurteilt haben, machte nach dem Krieg wieder von sich reden. Der ehemalige Goebbels-Spezialist für antijüdische und antikommunistische Hetzpropaganda betätigte sich in den fünfziger Jahren als stellvertretender Vorsitzender des «Volksbundes für Frieden und Freiheit e.V.» und galt im Gesamtdeutschen Ministerium als «unentbehrlich». Taubert, der das Skript für den NS-Film «Der ewige Jude» verfasste, musste 1955 zwar zurücktreten, blieb aber dennoch in rechtsgerichteten Kreisen ein willkommener Propagandist. Für seine Mitverantwortung an diesen beiden Todesurteilen kann Taubert nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Er ist bei einem Verkehrsunfall Mitte der siebziger Jahre umgekommen⁵.

Wie die Richter, so beriefen sich auch die Strafvollzugsbeamten darauf, strikt nach den Gesetzen dem Staat gedient zu haben. Die Geschichte der Strafanstalt Berlin-Plötzensee beschreibt aus der Perspektive des der Justiz unterstellten Strafvollzugs, welche furchtbaren Folgen der begangene Rechtsmissbrauch bewirkte. Er lässt sich nicht ermesen, wenn man ihn durch den Vergleich mit den Massenmorden in den Vernichtungslagern abschwächt, die darüber rätseln lassen, ob vielleicht eine Million mehr oder eine Million weniger Menschen umgebracht worden sind, als diese oder jene Richtzahlen angeben. Himmlers Todesarchipel begann dort, wo Recht inexistent war; selbst die Verurteilung im Schnellverfahren galt als lästiges Relikt. Die Justiz hingegen wurzelte trotz bekannter Schwächen in einer rechtsstaatlichen Tradition, die den Massstab dafür abgibt, wie weit seit 1933 die Untergrabung in diesem Bereich vorangetrieben worden ist. Der Weg in den Abgrund des permanenten Justizmordes erfolgte schrittweise – Mechanismen, deren Gefährlichkeit nur dann voll zu erkennen sind, wenn auch die Stufen des sukzessiven Selbstverrates sichtbar gemacht werden. Hierfür reicht ein vordergründiges Interesse für die blutigen Einzelheiten der Exekutionen nicht aus. Der «legale» Strafvollzug durchlief analog zur Rechtsprechung eine dem Unrechtsstaat angepasste Wandlung, deren auch anderswo mögliche Wiederholbarkeit nicht aufzuzeigen ist, wenn von vornherein von einer Gleichsetzung mit den Sondergewalten einer SA oder SS ausgegangen wird. Typisch waren nicht die sadistischen Exzesse abnormer Menschen, sondern die Bereitschaft in Justiz und Gefängnisbürokratie, der Perfidie geordnete Formen zu geben. Dies widerspiegelt sich auch in der Geschichte von Plötzensee. Das Gefängnis, obwohl schon früher mit dem Odium als Hinrichtungsstätte belastet, galt einmal als «die Musteranstalt der preussischen Justizverwaltung». Zur Zeit der Weimarer Republik soll sie nach Nissen für einen «humanen» Strafvollzug schrittmachend gewesen sein⁶. Der Strafanstaltslehrer Christian Nissen, der 1932 in Plötzensee seinen Dienst mit der Aufgabe angetreten hatte, die Gefangenen auf ihr Leben nach der Haftentlassung vorzubereiten, gehörte zu den wenigen mutigen Beamten, die auch im Dritten Reich für eine menschliche Behandlung der Häftlinge eingetreten sind. Aber gegen die einsetzende Erosion war auch Nissen machtlos. Er verweist auf seine sonabendlichen Lichtbildervorträge vor je zweihundert bis zweihundertfünfzig Gefangenen, erinnert an seinen Chor und an seine Schule, berichtet von Vorträgen, Rezitationen und Musikdarbietungen, mit denen er noch einen Rest von «humaner Atmosphäre» aufrechtzuerhalten suchte. Das Gefängnis, das in schlimmen

Zeiten als Zuchthaus diente, umfasste über ein Dutzend Innenbetriebe; mindestens drei Kolonnen arbeiteten ständig aussen, dazu ein Holzfällerkommando bei Bernswalde, das bis auf die letzten ein bis zwei Jahre noch tätig war⁷. Doch Plötzensee wurde immer mehr zur Hinrichtungsanstalt; für die wachsende Anzahl der zum Tode Verurteilten, die auf dem C-Flügel untergebracht waren, galt ein besonders hartes Regime. Das Ziel von Nissens Fürsorge wendete sich ins Gegenteil. Statt auf die Entlassung vorzubereiten, musste er jenen Gefangenen in ihren letzten Stunden Beistand leisten, für die kein Geistlicher zuständig war. Wenn er seinen Dienst in der Strafanstalt quittiert hätte, so wäre dies gerade für die Todeshäftlinge in Haus III, wie der frühere Gefangene Victor von Gostomski in seinem Buch über Plötzensee aus eigener Erfahrung bezeugt, ein schwerer Verlust gewesen⁸. Um Not zu mildern, geriet selbst ein Nissen in Zwänge des Mittuns, da eine offene Auflehnung gegen diesen Strafvollzug auch seine Beseitigung als Strafanstaltslehrer zur Folge gehabt hätte. Wer nicht der Partei angehörte oder von niedriger Gesinnung war, die Brutalitäten guthiess, verblieb in seiner Beamtenstellung, um die materielle Sicherheit nicht zu verlieren, und später, um nicht an die Front einrücken zu müssen. Jeder sorgte an seinem Platz dafür, dass der Strafvollzug auf Höchsttours weiterlief, dass möglichst ohne Störungen der Guillotine zugearbeitet wurde.

Dennoch dauerte die Urteilsvollstreckung mit dem Abwarten des Gnadenverfahrens den neudeutschen Liquidatoren zu lange. Nach ihren Begriffen musste in Plötzensee speditiver hingerichtet werden. Im C-Flügel füllten sich die Zellen mit den Unglücklichen, die in zermürbender Ungewissheit auf ihr Ende warteten. Noch hielt die Justiz an einem – wenn auch reduzierten – «ordnungsgemässen» Gnadenverfahren fest; etwa drei Monate, oft auch erheblich länger, konnte es sich hinziehen, bis der Entscheid gefallen war. Bereits in der Vorkriegszeit, die mit den späteren Zuständen nicht zu vergleichen ist, zeigte sich sogar der Präsident des Volksgerichtshofes, Otto Thierack, von einem Besuch im «Totenhaus» schockiert. Gegenüber dem Reichsjustizministerium drängte er auf eine raschere Urteilsvollstreckung mit dem Argument: «Wer einmal, wie ich, gelegentlich der Anwesenheit bei einer Hinrichtung zur Nachtzeit den Flügel des Gebäudes in der Strafanstalt Plötzensee betreten hat, in dem die zum Tode Verurteilten auf ihre Hinrichtung seit vielen Monaten harren, den wird die Erinnerung an das Gesehene und Gehörte nicht wieder loslassen'.» Wenn selbst jener Mann, der für viele Todesurteile die Verantwortung trug, sich vom Augenschein im «Totenhaus» derart betroffen zeigte, was mussten dann die Häftlinge während dieser Wartezeit

durchleiden! Der Strafanstaltspfarrer Tombers brach unter der Last, immer mehr zum Tode Verurteilten beistehen zu müssen, mit seinen Nerven zusammen. Daraufhin erklärten sich sämtliche Strafanstaltspfarrer von Berlin bereit, bei der Seelsorge im Haus III mitzuhelfen. «Manchmal», so erinnert sich Oberpfarrer E. Knodt an die Kriegsjahre, «war es so, dass in einer Nacht mehr als fünfzehn Hinrichtungen waren. Da kam es vor, dass sämtliche Pfarrer zugegen sein mussten, um ihre armen Mitmenschen zu betreuen¹⁰.» Der Häftling Erwin Herrmann, der unter Nissen Bibliothekar der Gefangenenbücherei im Haus III war, erinnert sich an einen Seelsorger, der im Mitgefühl mit den Opfern an gebrochenem Herzen starb: «Vielleicht ist die damalige Situation am besten dadurch gekennzeichnet, dass Oberpfarrer Lohoff an dem von ihm vorausgesagten und vorausgefühlten Herzschlag plötzlich verschied, da ihm das ‚Fallbeilsausen‘, um seine eigenen Worte zu zitieren, auf Schritt und Tritt in den Ohren lag¹¹.»

Der Justizterror liess auch die Gleichgültigen unter den Wachmannschaften verrohen; gegenüber dem Leid waren sie abgestumpft und lediglich daran interessiert, dass keiner durch Selbstmord oder Flucht dem Scharfrichter entgehen konnte. Wie den Insassen im «Totenhaus» zumute war, hat der Schweizer Kaufmann Paul Stämpfli in seinem Tatsachenbericht «In Deutschland zum Tode verurteilt» aufgezeichnet. Er war am 31. März 1942 in Berlin von der Gestapo verhaftet worden. Am 21. Juli verurteilte ihn der Volksgerichtshof zum Tode wegen «Landesverrates», wobei Stämpfli unklar blieb, worin sein Delikt konkret bestanden haben soll. Der Mithäftling Charles P. Seiffert, der den Basler in Plötzensee kennengelernt hat, trifft wohl die Hintergründe dieser Verurteilung, wenn er bemerkt: «Stämpfli hat die Ursache seiner Verhaftung gar nicht erkannt. Die deutsche Justiz benötigte immer etliche Todeskandidaten und Zuchthäusler Schweizer Nationalität. Sie wurden benötigt, um mit ihrer Hilfe die in der Schweiz verurteilten deutschen Agenten austauschen zu können¹².» Stämpflis Schilderungen enthalten ein bewegendes Zeugnis, das – 1945 im «Europa-Verlag» erschienen – umso wertvoller ist, weil es nachfühlen lässt, wie ein Schweizer den Volksgerichtshof erlebt hat und vom 22. Juli 1942 bis 24. September 1943 in Plötzensee Todesängste ausstehen musste. Er befand sich im gleichen Haus wie Maurice Bavaud, der ein Jahr zuvor, am 14. Mai 1941, hingerichtet worden war. Marcel Gerbohay gehörte während drei Monaten zu den Mitgefangenen Stämpflis, bis er am 9. April 1943 dem Scharfrichter Röttger übergeben wurde.

gericht

- Staatsanwaltschaft -

Geschäftsnummer:

Teil- **Kostenrechnung**

in der Straf-

Sache gegen Stämpfli

Zfd. Nr.	Gegenstand des Kostenanlasses und Hinweis auf die angewandte Vorschrift	Wert des Gegenstandes	Es sind zu zahlen	
		RM	RM	Pf
1	2	3	4	
	Gebühr gemäß §§ 49, 52 des GKG für Todes- strafe: 300 RM hiervon		228	14

Als der Schweizer Bürger Paul Stämpfli in Plötzensee auf seinen Tod wartete, wurde ihm Anfang August 1942 eine Rechnung zugestellt, der zufolge er die Kosten seiner Hinrichtung im Voraus bezahlen musste.

«Das Haus Nr. III», so beschreibt der Basler das «Totenhaus», «war sehr gross und bestand aus drei Flügeln mit neun Abteilungen. Es waren hier wohl vier- bis fünfhundert Insassen, alles Todeskandidaten, untergebracht. Für mich war im ersten Moment noch gänzlich unfassbar, dass diese Menschen alle umgebracht werden sollten. Wie ich in den nächsten Monaten mit ansehen konnte, war aber diese Zahl nur ein Bruchteil der hier durch das Fallbeil hingerichteten Menschenmassen¹³.»

Im Juli 1942, als Paul Stämpfli nach Plötzensee kam, wurden dort mindestens sechsunddreissig Menschen getötet. Ein Jahr später, im Juli 1943, mussten sechsundachtzig Männer und vier Frauen sterben. Victor Gostomski konnte im Gefängnis eine Kladde mit Hinrichtungslisten sicherstellen; er hat das Dokument vergraben und über den Zusammenbruch hinübergerettet, so dass aus den monatlichen Hinrichtungszahlen ablesbar wird, wie 1942/43 das grausame Wüten auch in Plötzensee immer mehr zur Massentötung wurde¹⁴. Entsprechend war auch die Behandlung der auf den Tod wartenden Häftlinge. Paul Stämpfli berichtet: «Mit jedem Tage bekamen wir mehr und mehr den Schrecken des Terrors zu spüren. Abends um achtzehn Uhr wurden die Hände gefesselt. Zu diesem Zwecke mussten die Hände nach vorn zusammengehalten werden; sie wurden dann mit Stahlfesseln versehen, die man zusammenschraubte. Erst morgens um halb sieben Uhr bei der Tagwache wurden die Fesseln wieder entfernt. An Samstagen und Sonntagen wurde die Fesselung schon um halb fünf Uhr nachmittags vorgenommen¹⁵.»

Wie Maurice Bavaud und die übrigen Gefangenen hat Stämpfli nie eine schriftliche Urteilsbegründung erhalten. Zum bürokratischen Terror schändlichster Art gehörte es, dass den Todeskandidaten – wie man sie zu nennen pflegte – eine Kostenrechnung für die bevorstehende Hinrichtung zugestellt wurde. «Gebühr gemäss § 49, 52 des GKG für Todesstrafe: 300.- Mark, hiervon RM. 228.14»; der Rest, so erfuhr Stämpfli, werde mit der Exekution fällig. Eine Woche später, am 10. August 1942, wurde ihm ein Pfändungsbeschluss zugestellt, um den Teilbetrag einzutreiben. Die Restsumme sollte dann mit den hinterlassenen Effekten verrechnet werden¹⁶!

Erschütternd ist des Schweizers Bericht über die blutigen Septembertage von 1943. Bei einem Fliegerangriff in der Nacht vom 3. auf den 4. September ging das «Totenhaus» in Flammen auf; auch der benachbarte Hinrichtungsschuppen, wo die Guillotine stand, wurde beschädigt. Die dem Feuertod knapp entgangenen Häftlinge hofften, zumindest für Wochen vor dem Tod gesichert zu sein. Stattdessen befahl Justizminister Thierack eine sofortige

Hinrichtung, um Platz zu schaffen. Am 9. September wurden in einer Nacht hundertsechszwanzig Gefangene aufgehängt und in den beiden folgenden Nächten weitere hundertacht Häftlinge¹⁷. Paul Stämpfli rechnete jede Stunde damit, selbst zum Henker abgeführt zu werden:

«Grauensvolle Stunden waren es, die wir in diesen nicht enden wollenden Nächten erlebten. Wir alle hatten nun nichts, auch rein gar nichts mehr zu erwarten als das bevorstehende, grausige Ende. Ein jeder von uns flehte in diesen Stunden den Himmel an, damit ihm Gott Kraft gebe, bis zum Schluss durchhalten zu können. In Intervallen von 30 bis 40 Minuten kehrten die Henkersknechte während der ganzen Nacht zurück, um die nächsten Opfer herauszuholen. Es wurden immer sechs bis acht Gefangene zusammen aus den Zellen weggeführt und zur Guillotine gebracht. Welch Erzittern ging durch uns beim Nahen und Erdröhnen dieser Schritte! Die Todesangst bei uns steigerte sich jeweils mit dem Gebrüll der Henkersknechte und dem Zuschlagen der Zellentüren fast bis zur Agonie¹⁸.»

Für Stämpfli kam die Erlösung in höchster Not. Am 24. September 1943 wurde er ins Zuchthaus Brandenburg-Görden verlegt. Es war dies der Aufbruch zur Heimkehr, eine Rettung, die er sowie weitere sechs Schweizer den Verhandlungsanstrengungen der Schweizer Behörden verdanken. Um ihre Befreiung zu erreichen, mussten sie auf die deutschen Erpressungsversuche eingehen. Mit dem spionierenden Ortsgruppenleiter der NSDAP in Zürich, Dr. Erwin Lemberger, dem Landessportgruppenleiter Gustav Moritz und den Agenten Streibel, Hermann Schmidt, Hofer und Ott erhielt das Dritte Reich verurteilte Spione zurück, die schweizerische Interessen geschädigt und im Fall Lemberger und Moritz das allzu grosse Entgegenkommen gegenüber der Landesgruppe Schweiz der NSDAP in krasser Weise missbraucht hatten. In den Austauschverhandlungen, die vom 16. August bis zum 6. September 1943 dauerten, gelang es, neben den Schweizern Nussbaumer, Stämpfli, Berchthold, Oberson, Jung, de Pury auch den Doppelbürger Locher freizubekommen; drei dieser Landsleute waren zum Tod verurteilt gewesen. Pfarrer Roland de Pury, der unter der Anklage, der Widerstandsbewegung anzugehören, während fünf Monaten in einem Gefängnis von Lyon inhaftiert gewesen war, veröffentlichte 1944 über seine Erlebnisse ein Tagebuch, das weite Anteilnahme fand. Alle Freigelassenen haben Unvorstellbares durchmachen müssen. «Einer von ihnen», so erfuhr de Pury, «hat während 26 Monaten auf sein Todesurteil gewartet, hernach auf seine Hinrichtung, die ersten 11 Monate in einem finsternen Kerkerloch, ohne es zu verlassen, ohne einen Kame raden zu sehen, ohne zu lesen, ohne zu schreiben, ohne irgendetwas zu be-

kommen. Ich bin ausser mir, ich meinte, ein Greis im Leiden zu sein, und nun bin ich nichts als ein kleiner Junge.» Den 28. Oktober 1943, den Tag des Austausches, erlebten die Geretteten als ein Geschenk neuen Lebens in Freiheit¹.

Dass den Schweizer Häftlingen im Vergleich zu anderen gefangenen Ausländern trotz allem ein privilegiertes Los zuteilwurde, fiel dem Schriftsteller Walter Hammer bei seinen Nachforschungen über die Konzentrationslager, Haft- und Strafanstalten im Dritten Reich auf: «Während beinahe alle übrigen Nationen Europas zahlreiche Tote als Opfer der Hitlertyrannie zu beklagen gehabt haben, scheinen beinahe alle zum Tode verurteilt gewesenen Schweizer vor diesem furchtbaren Schicksal bewahrt geblieben zu sein²⁰.» Die Absicht der Deutschen, aus den inhaftierten Schweizern für Austauschgeschäfte Nutzen zu schlagen, die Zurückhaltung der Eidgenossen bei den Verurteilungen von Reichsangehörigen, von denen keiner hingerichtet wurde, nach der sich abzeichnenden Kriegswende die für den Kleinstaat günstigeren Verhandlungsmöglichkeiten und nicht zuletzt die erweiterte Flexibilität dank der Anordnung von Canaris, die Spionage gegen die Schweiz einzustellen – dies alles hat wesentlich mit dazu beigetragen, dass die Anstrengungen zur Rettung der vom Tod bedrohten Schweizer in einer ganzen Reihe von Fällen zum Erfolg führten²¹. Paul Stämpfli, sein Mitbürger Karl Tanner und der in Basel geborene Kaufmann Rudolf Müller sind dem «Totenhaus» in Plötzensee entkommen²². Für Maurice Bavaud hat es kein Entrinnen gegeben, obwohl sein Vater alles daransetzte, das schweizerische Aussenministerium zum Eingreifen zu bewegen. Marcel Gerbohay hingegen hatte überhaupt keinen Fürsprecher. Er befand sich in absoluter Verlassenheit.

Der Franzose aus der besetzten Zone erhielt von zu Hause keine Briefe, da dort niemand wusste, wo er war. Während seiner Berliner Haft durfte er nur ein einziges Mal an Mutter und Schwester schreiben: den Abschiedsbrief vor der Hinrichtung. Sein Los teilte er in Plötzensee mit so manchem Landsmann. Im Frühjahr 1943 nahm die Zahl der französischen Todeshäftlinge beträchtlich zu: «Besonders stark erschüttert hat das Ende vieler blutjunger Franzosen, die wegen irgendeiner Bagatelle den Tod erleiden mussten. Sie beklagten sich immer wieder, dass man sie ohne Dolmetscher gelassen hätte, dass sie ratlos Freislers juristischem Kauderwelsch gegenüberstehen mussten, dem ja nicht einmal alle Deutschen zu folgen wussten²³.» Die Aburteilung Gerbohays fiel in die Ära Roland Freisler, der am 20. August 1942 zum Präsidenten des Volksgerichtshofes ernannt worden ist und mit seiner Schreckensherrschaft im Namen der Justiz alles bisher Bekannte überbot. Auch Paul Stämpf-

li, der eine Zeitlang in Plötzensee Dolmetscherdienste leistete, schilderte, wie viele Franzosen von den Sondergerichten und vom Volksgerichtshof ohne Beizug eines Dolmetschers zum Tod verurteilt worden sind. «Immer wieder stellte ich eine grosse Ahnungslosigkeit bei diesen jungen Leuten fest. Die meisten von ihnen hatten aus Not kleine Delikte begangen. In Frankreich oder in meinem Heimatland wären sie dafür mit einer Busse oder ganz geringer Haft bestraft worden. Sicher ist auch, dass diese jungen Leute in ihrer Heimat mit den Gesetzen gar nie in Konflikt geraten wären. Die einen hatten eine Lebensmittelkarte gekauft, gestohlen oder wieder verkauft, die andern eigneten sich auf unrechte Weise kleinere Mengen Lebensmittel, Zigaretten oder Kleidungsstücke an. Das waren die Vergehen, wegen denen man junge Franzosen, die gegen ihren Willen nach Deutschland verschleppt worden waren, zum Tode verurteilte²⁴.»

Über Marcel Gerbohays Haftzeit in Plötzensee liess sich bis jetzt nichts in Erfahrung bringen. Hingegen fand sich ein Brief eines Zellennachbarn aus dem Gefängnis Moabit, der mit ihm während der Untersuchungshaft Freundschaft geschlossen hatte. Dieser Kamerad namens Aloïse Kempf war von der ungebrochenen Haltung Gerbohays ausserordentlich beeindruckt. Nach dem Krieg schrieb er an die Mutter des Hingerichteten:

«Il a réussi de me passer son acte d'accusation que j'ai lu. Je lui ai traduit et voulant savoir la vérité, je lui faisais comprendre que les boches seront sans pardon pour lui. Quelques jours après le juge d'instruction lui disait la même chose ainsi que son avocat d'office. Malgré sa situation il ne perdit jamais confiance et ne regretta jamais ce qu'il avait fait. Connaissant son sort, un jour il me dit: 'Tu sais Aloïse, pour un français c'est un honneur d'être fusillé.' J'étais profondément ému et j'admirais son courage, vraiment il mourut en homme, en français, en chrétien. Sa conviction religieuse était sa plus grande consolation. Il me chargeait de vous écrire que vous deviez prier pour lui²⁵.»

Gerade wenn man um Marcel Gerbohays Zwiespalt und um den Drang zur übersteigerten Grösse weiss, wird man sich der Tragik dieses Schicksals nicht versagen. Er starb für das, was er zu sein meinte, in beispielgebender Haltung. Geköpft wurde jedoch ein Kranker.

Maurice Bavaud hatte Plötzensee nicht mehr in seiner schlimmsten Zeit erlebt. Im Frühjahr 1943 hat sich, wie Paul Stämpfli berichtet, die Ernährung der Gefangenen katastrophal verschlechtert. Während der letzten Kriegsjahre waren die Todeshäftlinge laut Anordnung des Ministeriums Tag und Nacht an den Händen gefesselt. Das genau geregelte Hinrichtungszeremoniell – der

der Henker einst im Cut, die Gehilfen schwarz gekleidet – reduzierte sich auf die nackten Liquidationsakte, gleich reihenweise vorgenommen. Die Henkersmahlzeit, die ursprünglich aus warmem Essen bestand, wurde jahrelang auf belegte Brote beschränkt; zuletzt gab es gar nichts mehr. Auch die «Totenglocke» im Kirchturm, die auf ein Handzeichen, später auf ein Lichtsignal (vom Hinrichtungsschuppen aus) geläutet wurde, blieb schliesslich stumm. Obwohl die Gnadenverfahren mehrmals abgekürzt worden sind, hielt Himmler die Urteilsvollstreckung immer noch für zu umständlich. In seinem Auftrag schrieb SS-Standartenführer Bender am 5. September 1944 an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Ernst Kaltenbrunner:

«Generalstabsrichter Dr. *Sack*, hat dem Reichsführer SS gemeldet, dass die Vollstreckung der Todesstrafe durch Enthaupten bei der allgemeinen Justiz in der Strafanstalt Plötzensee im Monat nur 2-3 mal stattfindet und infolgedessen ständig etwa 400-500 Verurteilte auf die Vollstreckung der Todesstrafe dortselbst warten. Der Reichsführer SS hält diesen Zustand, insbesondere mit Rücksicht auf die durch den Luftterror bedingte Unsicherheit für äusserst bedenklich und bittet Sie, beim Reichsjustizminister zu veranlassen, dass die Vollstreckung öfters stattfindet, und zwar vorschlagsweise in der Woche etwa 2 mal.

Sofern der Scharfrichter dieses nicht schaffen kann, schlägt der Reichsführer SS die einfache Vollstreckung der Todesstrafe durch Erschiessen mit einer Pistole oder durch schnelles und schmerzloses Vergiften vor. Es muss nach der Auffassung des Reichsführers SS gewährleistet sein, dass die Verurteilten spätestens innerhalb 2 mal 24 Stunden nach ihrer Einlieferung in der Strafanstalt hingerichtet werden.

Ich darf Sie bitten, mir zur Unterrichtung des Reichsführers SS kurz Mitteilung über das Ergebnis Ihrer Rücksprache mit Minister Thierack zu geben²⁶.»

Es war eine Täuschung, wenn man im Reichsjustizministerium meinte, sich durch Willfährigkeit gegenüber Himmlers Konkurrenz bei der Verfolgung missliebiger Menschen behaupten zu können. Je weiter die Aushöhlung des Rechts gedieh, desto überflüssiger wurde die Justiz. Wie durch Viktor von Gostomski überliefert wird, fanden in den letzten Monaten fast täglich Hinrichtungen statt. Die Exekutionen wurden den Gefangenen morgens um halb zehn Uhr angekündigt; zwei Stunden später waren sie vollzogen. Zur Besinnung blieb keine Zeit; ein geistlicher Beistand wurde nahezu verunmöglicht. Marcel Gerbohays Hinrichtung erfolgte während der vorangehenden Zwischenphase, als zur Vorbereitung knapp fünf Stunden eingeräumt worden waren. Er wird in gleicher Weise abgeführt worden sein, wie dies Paul Stämpfli von einem tschechischen Patrioten berichtet, mit dem er eine Zeit-

KVIII
Minister des Reichsjustiz

Berlin SW 6, den 26. Januar 1940

III g ^{10a} 806/39 g

Reichsjustizamt
Telefonnummer: 140044
Druckerei: 110044
Verwaltung: 110010

Schnellbrief

Auswärtiges Amt
R. 1079
eing. 26 JAN 1940
1. Amt - Durchsch.

An:
das Auswärtige Amt
in Händen von Herrn Hofrat Schimpke
oder Vertreter im Amt
in
Berlin W 8.

betrifft: Strafsache gegen den Schweizer
Staatsangehörigen Maurice Bavaud.
Re VIII 5214 vom 29. November 1939
und im Anschluß an III g ^{10a} 806/39 g
vom 19. Dezember 1939.
Ursache: 1 Schriftstück.

Geheim!

In obenbezeichneter Strafsache habe ich in Aussicht
genommen, von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen,
sondern der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen.

In der Anlage übersende ich den Entwurf des Presse-
vermerks, den ich nach der Urteilsvollstreckung herauszugeben
beabsichtige, und bitte um Stellungnahme.

Falls ich bis zum 29. Januar 1940 keine Antwort erhalten
haben sollte, nehme ich an, daß dort gegen die Fassung keine
Bedenken bestehen.

Im Auftrag
gen. Dr. Crohne

R 2789

W. R. J. 629
bei Post. f. d. Reichsjustizamt
W. R. J.
gegen die Fassung des Pressevermerks
haben wir uns mit Herrn C. C. C.



Beglaubigt

Stimpf
Reichsjustizamt

Dr.
Zu den Akten.
24. 1. 1940

H. H. K.

Maßstab an Herrn Hofrat
im Zusammenhang mit dem
Vermerk

70
7
29

lang die Zelle geteilt hatte. Trotz ihrer ständigen Todesangst traf der Zugriff des Henkers die Unglücklichen unerwartet. Stämpfli durfte – ein ungewöhnliches Privileg – die «Deutsche Allgemeine Zeitung» abonnieren, so dass er und sein Kamerad ungeachtet der Propagandafloskeln die deutschen Rückschläge mit grösster Ungeduld verfolgen konnten. Die Alliierten waren soeben in Sizilien gelandet, da wurde am 25. Juli 1943 der tschechische Widerstandskämpfer abgeholt: «Ein Hauptwachtmeister trat um Mittag, kurz nach unserer armseligen Mahlzeit, in die Zelle mit der Affiche in der Hand, auf der Name und Geburtsdatum meines Kameraden standen. Unter der Türe hatte ein junger, brutal aussehender SS-Beamter Aufstellung genommen. Es ging alles sehr rasch; mein Kamerad konnte nicht einmal mehr Abschied von mir nehmen. Er musste seine Wolldecken, sein Essgeschirr und die Papiere zusammenpacken und sofort den Henkern vorausgehen. Er starb noch am Tag unter dem Fallbeil, als Held und im Bewusstsein, für die Freiheit seines Landes und seines Volkes gearbeitet und gekämpft zu haben²⁷.»

Zur Zeit von Maurice Bavaud, als die häufigen Hinrichtungen einsetzten, verhielt es sich nach der Erinnerung von Oberpfarrer Knodt so, «dass wir abends um 7 Uhr nach Plötzensee kamen und die ganze Nacht zur Vorbereitung zur Verfügung hatten. In den ersten Jahren durften wir auch mit zur Richtstätte gehen. Das war sehr wichtig und beruhigend für den armen Menschen auf seinem letzten Gang. Ich habe es erlebt, dass zum Tode Verurteilte gefragt haben, als sie schon am Schafott standen: ‚Ist der Pfarrer noch da?‘ Und da habe ich geantwortet: Ja, ich bin noch da und denke an Sie und bete für Sie. Später wurde uns das Mitgehen zur Richtstätte von oben her strikte untersagt²⁸.»

Die Anfangszeit in Plötzensee muss für Maurice Bavaud die schwerste gewesen sein. In die Hinrichtungsanstalt war er nach dem Urteilsspruch vom 18. Dezember 1939 verbracht worden. Es waren Wochen tiefer Verzweiflung. Die letzten Hoffnungen brachen zusammen: Statt der ihm vom Freund versprochenen Rettung war ihm der Tod gewiss. Niemandem konnte er sagen, wie sehr er sein Geschick und den Anstifter verfluchte, der ihn auf solch grausame Weise irreführt hatte: «S’il m’avait fallu mourir le 19 décembre, je ne sais pas si mes dernières paroles fussent ‚Malédiction‘ au lieu de ‚Mon Dieu, je remets mon âme entre vos mains‘²⁹.» Meines Erachtens sollte die Vollstreckung des Todesurteils in den Tagen vom 29. Januar bis 8. Februar 1940 durchgeführt werden. Die Presseermittlung zur Exekution lag bereits vor und konnte erscheinen, sobald Wilhelm Friedrich Röttger in Plötzensee wieder Richttag gehabt hatte.

Sehr wahrscheinlich hat Maurice Bavaud die Vorbereitungen zur Hinrichtung nicht ein, sondern zwei Mal durchstehen müssen. Am Vorabend in die kleine und kalte Todeszelle im Erdgeschoss verbracht, schrieben hier die zum Tode Verurteilten ihre Abschiedsbriefe. Es war dies für Bavaud die letzte Möglichkeit, sich dagegen aufzulehnen, dass man ihn in aller Stille umbrachte, ohne dass bekannt würde, wie er in den Tod gelockt worden war. In jenen schwersten Stunden hat er sich von Marcel Gerbohay gelöst und sein Geheimnis, das er durch alle Verhöre hindurch bewahrt hatte, im Brief an die Angehörigen preisgegeben. Als dann die Hinrichtung ausgesetzt wurde, war er ganz vom Willen beseelt, in die Geborgenheit des Glaubens zurückzukehren. Seine blinde Ergebenheit zu Marcel Gerbohay verstand er nunmehr als die Folge seines Abfallens von Gott. Sollte er noch einmal eine Chance erhalten, dann würde er sein Leben ganz in den Dienst der Congrégation du Saint-Esprit stellen: «C'est vers les misérables peuplades d'Afrique, les plus pauvres, les plus abandonnés parmi les hommes que je dirigerais mes pas. Je suis plus que dégoûté de la politique, de la puissance³⁰.»

Nachdem Bavaud Mitte Februar 1940 während des Verhörs der Gestapo die Geschichte seiner Freundschaft und Irreführung erzählt hatte, begann er sich innerlich wieder aufzurichten. «Le moral est bon grâce à Dieu», so schrieb er am 5. April in neuer Glaubenszuversicht. In Plötzensee erhielt er französische Bücher, wenn auch in rudimentärer Auswahl. Soeben war ihm eine Bibel gebracht worden – eine hugenottische. Er las Lamartine, der ihm nichts mehr zu sagen hatte, beschäftigte sich mit Descartes. Folgt man den Angaben des in der Bibliothek tätigen Häftlings Erwin Herrmann, so soll der Anstaltslehrer Nissen den zum Tod Verurteilten trotz des Widerstandes der übrigen Beamten zweimal in der Woche Bücher ausgegeben haben. Ohne die Lektüre hätte der Schweizer die Tortur der Isolierhaft derart lange kaum ertragen können. Die Furcht, zum Schafott geschleppt zu werden, war im «Totenhaus» allgegenwärtig und zermürbte auch Maurice Bavaud. Aus dem Brief des Vaters an das Politische Departement im Mai 1941 ist zu entnehmen, dass sich der Gesundheitszustand alarmierend verschlechterte: «... mon fils m'écrivait ces jours passés qu'il y avait trente mois qu'il était au secret, donc dans un isolement absolu, ne sachant jamais si chacun de ces jours qui se sont égrenés ne serait pas le dernier. Cet état d'esprit est une torture qui épuiserait certainement l'état physique et le cerveau humain le plus résistant.» Alfred Bavaud hatte aus dem Brief von Maurice den Eindruck gewonnen, dass sein Sohn dem

Ende seiner Kräfte nahe war. Das Augenlicht hatte stark abgenommen, weshalb er bat, ihm wenn möglich eine Brille zu besorgen³¹.

Während der unmenschlich langen Wartezeit in absoluter Abgeschlossenheit, die so manchen Häftling völlig gebrochen und apathisch werden liess, hätte er des geistlichen Zuspruchs dringend bedurft. Hat ihm ein Seelsorger die Tröstung und Hilfe gegeben, die er sich ersehnte? Nach der Hinrichtung haben sich die Eltern mit Hilfe des Politischen Departements bemüht, in Berlin Aufschluss über die letzten Stunden ihres Sohnes zu erlangen. Erst nach wiederholten Mahnungen erhielten die Angehörigen einige Zeilen des katholischen Strafanstaltspfarrers Rösler, die dieser am 5. August 1941 an den Vorstand des Strafgefängnisses Plötzensee gerichtet hatte:

«Der am 14. 5.1941 hingerichtete Maurice *Bavaud* wurde schon während seiner Untersuchungshaft und auch nach der Verurteilung von mir betreut. Vor seinem Tode empfing er die Sakramente der Busse und des Altars. In den letzten Stunden weilten seine Gedanken bei seinen Eltern und Geschwistern, wie dies auch aus seinem Abschiedsbrief an diese zu ersehen war. Es tat ihm sehr leid, dass er durch seine Tat den Eltern Kummer und Schande bereitet hat³².»

Dieser knappe Bescheid liess eine menschliche Anteilnahme vermissen. Der Schlussatz erweckte im Gegenteil den Eindruck, als habe der Gefängnispfarrer absichtlich das Wort «Schande» verwendet, um dadurch auch seine Verabscheuung zum Ausdruck zu bringen. In diesem Fall wäre es um den geistlichen Beistand schlecht bestellt gewesen. Pfarrer August Rösler ist 1951 gestorben. Wer ihn persönlich kannte, gibt von ihm ein ganz anderes Bild. Schon längst vor der Nazizeit war er Gefangenenseelsorger gewesen; das alte Gefängnis Moabit und Plötzensee kannte er aus dreissigjähriger Tätigkeit. Wie Nissen berichtete, blieb er unverändert: «Eine absolut saubere, gütige, kindliche Natur; in der Hitlerzeit harmlos-furchtlos³³.» Als Oberschlesier sei er besonders für die slawischsprechenden Häftlinge eine grosse Hilfe gewesen, berichtet eine katholische Fürsorgerin. Ein Häftling erinnert sich dankbar daran, wie Rösler unter der Gefahr, mit dem Tod bestraft zu werden, Meldungen von Auslandssendern weitergegeben habe³⁴. Aus den Nachrichten vom Näherrücken der Alliierten schöpften die Verzweifelten neue Hoffnungen. Die Kürze von Röslers Auskunft entsprang kaum schlechtem Willen. Vielmehr ist zu beachten, dass er nicht unkontrolliert einem Vertreter der Schweizer Gesandtschaft berichten konnte, sondern an die Direktion des Gefängnisses schreiben musste, die jedes Wort überprüfte und an die Oberreichsanwalt-

schaft weiterreichte. Das wenige, das er mitteilen durfte, besagte jedoch viel, sofern verstanden wurde, was unausgesprochen blieb. Demzufolge gehörte Maurice Bavaud nicht zu denjenigen, die nach Urteil und Gefängniswechsel vor der Hinrichtung nur flüchtig einen unbekanntem Seelsorger sprechen konnten. Pfarrer Rösler kannte ihn bereits während der Untersuchungshaft und betreute ihn auch nach dem Wechsel von Moabit nach Plötzensee. Sollte das Verhältnis zunächst distanziert gewesen sein, so ist es kaum denkbar, dass sich Bavaud nach der Wende vom Februar 1940, als er von neuer Glaubenshoffnung erfüllt war und sich nach geistlichem Zuspruch sehnte, diesem Geistlichen fremd blieb. Wenn der ehemalige Seminarist, wie der Pfarrer weitergab, in den letzten Stunden bedauerte, den Eltern «Kummer und Schande» bereitet zu haben, dann bewegten sich seine Gedanken in jenen Bahnen, die er bereits im Brief vom 5. April 1940 vorgezeichnet hatte. Was sollte nur aus ihrem Ältesten werden, so hatten sich seine Eltern immer wieder gefragt, und Maurice wusste, wie sehr er ihnen mit seinem Entschluss, Missionar zu werden, Freude gemacht hatte. Dass es ihm leidtat, von diesem Weg abgekommen zu sein und den Eltern «Kummer» bereitet zu haben, wird aus seinem Verständnis ebenso sehr nachfühlbar wie beim Gedanken an die orthodox-religiöse Rechtschaffenheit zu Hause die Pein, geköpft und ohne Bestattung ein solches Ende zu finden. Doch dies hatte für ihn persönlich nicht mehr die gleich schwere Bedeutung, seitdem er der Gewissheit sein durfte, wie er im Abschiedsbrief schrieb: «Je meus donc au sein de l'Eglise catholique romaine³⁵.»

Nach dem Krieg wurde Plötzensee Jugendstrafanstalt. Aus ihr herausgelöst, erinnert der Hinrichtungsschuppen als Gedenkstätte vor allem an die neunundachtzig Regimegegner, die hier im Zusammenhang mit dem Aufstandsversuch vom 20. Juli 1944 sterben mussten. Zu ehren sind jedoch nicht allein die Männer und Frauen im Zeichen des innerdeutschen Widerstandes. Das Mahnmal erinnert auch an die zahlreichen Opfer der Hitler-Diktatur, die keine Deutschen waren. Die Absicht von Walter Hammer war es gewesen, in seinem Werk über Plötzensee auch der vielen Toten anderer Nationalität zu gedenken. Wenn er trotz wiederholter Versuche Alfred Bavaud vergeblich bat, ihm bei den Bemühungen zu helfen, auch seinem Sohn «ein kleines literarisches Denkmal zu setzen», so lag dies in der Auffassung des Vaters begründet, die private Familientragödie sei nicht dazu geeignet, in die Öffentlichkeit hinausgetragen zu werden³⁶. Seine lange Zeit gehegten Bedenken haben durch die abwegigen Mystifikationen in jüngster Zeit noch nachträglich

eine gewisse Bestätigung erfahren, doch wäre es ein krasses Unrecht, Maurice Bavaud den Anspruch auf eine Würdigung deshalb zu verwehren, weil er nicht dem Bild entsprach, das in ihn hineinprojiziert worden ist. Wie viele der in Plötzensee hingerichteten Opfer haben beispielgebend die schwere Leidenszeit ertragen, auch wenn sie nicht durch bewusst heroisches Handeln, sondern durch eine verhängnisvolle Verkettung von Zufällen, wegen einer Unvorsichtigkeit oder eines Bagatelvergehens in die Todesmaschinerie des Dritten Reiches geraten waren. «Ich wundere mich immer wieder», so schreibt Oberpfarrer Knodt rückblickend, «wie gefasst und getrost und innerlich fest und stark so viele von ihnen ihren letzten schweren Gang gegangen sind³⁷.» Zu ihnen gehören Maurice Bavaud und sein psychotischer Freund Marcel Gerbohay, dem das Mitgefühl nur verwehren kann, wer für seine Krankheit kein Verständnis aufbringt. Die Gedenkstätte Plötzensee gilt auch ihnen, zwei besonders bewegten Schicksalen in der langen Reihe der hier enthaupteten und gehängten Menschen, die es verdient hätten, dass man sich ihrer nicht nur in umrissloser Anonymität erinnert.

5. Heimlich hingerichtet

Anfang Mai 1941 hielt der Reichsjustizminister Dr. Franz Schlegelberger, der seit dem Tod Gürtners den Chefposten kommissarisch wahrnahm, bei Hitler Vortrag. Dieser selbst sollte entscheiden, ob Maurice Bavaud nunmehr hinzurichten oder ob er im Hinblick auf eine restlose Aufklärung weiterhin in Haft zu halten sei. Ein Entschluss drängte sich aus mehreren Gründen auf. Die Nachforschungen über den nach Vichy-Frankreich geflüchteten Marcel Gerbohay hatten seit längerer Zeit nichts Neues erbracht. Erst wenn seine Verhaftung gelingen würde, liesse sich überprüfen, ob die Angaben Bavauds einen Wahrheitsgehalt aufwiesen. Inzwischen hatte sich der Gesundheitszustand des Gefangenen stark verschlechtert. Wenn man seine Aussagefähigkeit erhalten wollte, dann konnte die Isolierhaft auf die Dauer nicht mehr aufrechterhalten werden. Auch war nicht ganz auszuschliessen, dass den Schweizern bei einem längeren Zuwarten doch noch Zweifel an der Richtigkeit des Urteils kamen. Enthüllungen des unbekanntenen Gerbohay könnten das Attentatsvorhaben als masslos aufgebauscht hinstellen. Hitler hatte über Bavaud jedoch seine eigenen Ansichten. Er hielt ihn für einen fanatischen Einzelgänger; der Geschichte vom angeblichen Zarensohn als Anstifter mass er keine Bedeutung zu. Die Rache an seinem erfolglosen Attentäter lag ihm nä-

her als ein weiteres Hinauszögern. Nahm er an, Bavaud wolle mit seinen Angaben nur Zeit gewinnen? Hitler wies Schlegelberger an, das Todesurteil vollstrecken zu lassen und von einer Weiterverfolgung Gerbohays vorerst abzu- sehen. Daraufhin ordnete der interimistische Reichsjustizminister am 6. Mai 1941 an, «von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen, sondern der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen». Das Auswärtige Amt wurde am folgenden Tag davon verständigt, dass die Hinrichtung demnächst erfolgen werde¹.

Vor der Exekution wurde Bavaud am 9. Mai einer richterlichen Vernehmung unterzogen, um seine Aussagen über Marcel Gerbohay noch einmal schriftlich und beweiskräftig zu fixieren. Am 12. Mai, acht Uhr abends, war er gerade darin vertieft, nachzulesen, wie Descartes die Existenz der Seele zu beweisen suchte, als die Zellentür aufgeschlagen und ihm eröffnet wurde, sein Ende stehe bevor. Die Nacht musste er in der Todeszelle im Erdgeschoss verbringen, wo er den Abschiedsbrief schrieb. Am folgenden Morgen um sechs Uhr würde man ihn in den Hinrichtungsschuppen führen. Ungewöhnlich ist, dass der Abschiedsbrief vom 12. Mai datiert, während Bavaud erst am Mittwochmorgen – am 14. Mai – getötet wurde. Am wenigsten wahrscheinlich dürfte die Vermutung sein, die Verzögerung sei durch eine Stockung der Todesmaschinerie bedingt worden². Denkbar ist, dass ihm beim Schreiben ein Irrtum unterlief oder dass ihm ein falsches Datum genannt worden war. Eine andere Erklärung schliesst den Zufall aus. Dass man ihn einen Tag und noch einmal eine Nacht auf seine Erlösung warten liess, entsprang der Absicht, zuerst genau zu prüfen, ob der Abschiedsbrief noch weitere versteckte Hinweise auf die Hintergründe des Attentats enthielt. Nach der überraschenden Wende bei der Anfang 1940 eingeleiteten Hinrichtung sollte die zusätzliche Verzögerung verhindern, dass allfällige Rückfragen zum Abschiedsbrief nicht zu spät kamen. Verhielt es sich so, dann wurde der Leidensweg am Schluss qualitativ erschwert.

Seit 1936 gab es für die Vollzugsmeldung ein vorgedrucktes Formular, das bereits im Voraus festlegte, wie der Gefangene gestorben war: «Nach Feststellung der Personengleichheit des Vorgeführten mit dem Verurteilten beauftragte der Vollstreckungsleiter den Scharfrichter mit der Vollstreckung. Der Verurteilte, der ruhig und gefasst war, liess sich ohne Widerstreben auf das Fallbeilgerät legen, worauf der Scharfrichter die Enthauptung mit dem Fallbeil ausführte und sodann meldete, dass das Urteil vollstreckt sei. Die Vollstreckung dauerte von der Vorführung bis zur Vollzugsmeldung ... Sekunden³.»

Hinter der Meldung im preussischen Bürokratenstil verbarg sich ein roher Tötungsakt, dessen Ausführung gefühllose Erfüllungsgehilfen übernahmen. Werkmeister Rahn, der dem Opfer die Hände auf den Rücken fesselte, zeigte nicht erst seit 1933, sondern bereits seit 1907 ein abnormes Interesse an den Exekutionen; ein Mann, für den es nie eine Regung des Mitleids mit den Opfern gab, dem die Teilnahme an den Hinrichtungen abwegigen Trieben Befriedigung bot⁴. Die zwei Wachtmeister, die den Häftling in klobigen Holzpatinen von der Zelle zum Hinrichtungsschuppen führten, waren auf die acht Zigaretten begierig, die sie sich auf diese Weise als Helfershelfer verschaffen konnten⁵. Dennoch wurde darauf Wert gelegt, zwischen den Beamten im Strafvollzug und dem Henker und seinen Gehilfen eine Trennung zu markieren. Der Scharfrichter Friedrich Wilhelm Röttger erhielt ein Jahresfixum und zusätzlich eine Kopfprämie, damit keiner der Richter, die das Todesurteil fällten, oder der Gefängniswärter, die dafür sorgten, dass niemand dem Fallbeil entgehen konnte, sich an dem Gedanken zu stören brauchte, als Beamter mit dem Henker auf gleicher Stufe zu stehen⁶.

Maurice Bavaud wurde in aller Heimlichkeit umgebracht. Vor mehr als einem Jahr hatte Minister Frölicher zur Beruhigung nach Bern geschrieben: «Der Vertreter des Auswärtigen Amtes gab aber seiner Überzeugung Ausdruck, dass eine allfällige Vollstreckung des Urteils nicht stattfinden werde, ohne dass die Gesandtschaft vorher verständigt werde⁷.» Man hatte dies als eine «Zusage» gewertet und den Vater Alfred Bavaud in Sicherheit gewiegt, bevor es zum Äussersten komme, werde er rechtzeitig benachrichtigt. Auf diese Weise hofften die Angehörigen, Maurice wenigstens im Gebet beistehen zu können. Auch blieb ihnen dann anheimgestellt, über die Schweizer Gesandtschaft darauf hinzuwirken, dass dem Toten wenigstens ein christliches Begräbnis zuteil werde. Es hätte sich dann gezeigt, ob ein solcher Versuch an dem Geheimerlass des Reichsjustizministeriums gescheitert wäre, der Leichnam der Hingerichteten sei der Anatomie zu übergeben. Sollten die Angehörigen nach der Exekution die Herausgabe des Toten beantragen, so war ihnen entsprechend dieser Weisung zu antworten, «dass der Antrag als verspätet nicht mehr berücksichtigt werden könne und dass über den Leichnam bereits verfügt sei. Geht ein solcher Antrag der Angehörigen vor der Hinrichtung ein, so ist er dem Geheimen Staatspolizeiamt zur Stellungnahme zuzuweisen. Der Leichnam ist, wenn das Geheime Staatspolizeiamt Bedenken äussert, späterhin ihm, andernfalls den Angehörigen zu überlassen⁸.» Immerhin bestand eine minimale Chance, eine stille Beisetzung in Berlin zu er-

Der Reichsminister der Justiz

Berlin W 8, den 15. Mai 1941

III g ^{10a} 31/41g

Postfachstraße 65
Telefon: 11 00 44, auswärtig 11 05 14

Es wird gebeten, diesen Gefährtschein und bei
Befreiung bei weiteren Gefährtschein angegeben

Auswärtiges Amt
P: 5747
kl. 16. MAI 1941
Amd Durchschl.

Geheim!

An
das Auswärtige Amt

in Berlin W 8

zu Händen von Herrn Amtsrat Hofrat Schimpke
- oder Vertreter im Amt -

Betrifft: Strafsache gegen Maurice Bavand
- 11 J 149/39 des Oberreichs-
anwalts beim Volksgerichtshof-

Zu R 5188g vom 4. April 1940,
R 6533g vom 20. November 1940 und
R 5239g vom 8. März 1941
und im Anschluß an III g 10a 31/41g
vom 7. Mai 1941

R 5075

Der durch Urteil des Volksgerichtshofs vom 18. Dezember
1939 zum Tode verurteilte schweizerische Staatsangehörige
Maurice Bavand ist am 14. Mai 1941 hingerichtet worden.

Von der Herausgabe einer Pressenotiz habe ich nach
erneuter Prüfung abgesehen.

Im Auftrag
gez. Dr. Kettgenberg

*7. An. Bekoms
gef. von
57. gef
4 20/15*



Beglaubigt

Wortlein

Ministerialsekretärsbescheinigung

*R III
zust
16/19/15*

Handlung 3 A-2

reichen. Der Strafanstaltslehrer Nissen hat für einen politischen Häftling, dessen Schicksal ihm besonders nahe ging, eine Freigabe zur Beerdigung erlangen können, für die er selbst aufkam; die Erlaubnis der Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof traf nur in ganz wenigen Einzelfällen ein⁹. Die Weigerung, die Leiche auf Verlangen der Angehörigen herauszugeben, entsprach nicht den gesetzlichen Vorschriften¹⁰. Die Gesuche von Privatpersonen wurden mit der üblichen Willkür behandelt; der Intervention einer Gesandtschaft kam mehr Gewicht zu. Die Frage wurde jedoch nie erwogen, weil dazu keine Zeit mehr blieb. Aus deutscher Sicht bestand nicht das geringste Interesse, die Schweizer Vertretung in Berlin aus ihrer Passivität aufzuschrecken. Das Verhalten des Auswärtigen Amtes hat seinen Teil dazu beigetragen, dass auch dieses Mal eine rechtzeitige Alarmierung unterblieb. Einen Tag nach der Hinrichtung hatte es vom Reichsjustizministerium den Tod Bavauds erfahren; nach erneuter Prüfung sei von der Veröffentlichung einer Pressemitteilung abgesehen worden. Am 24. Mai informierte das Auswärtige Amt mit dem Vermerk «geheim» die deutsche Gesandtschaft in Bern und das Konsulat in Lausanne über das zehn Tage zuvor vollstreckte Todesurteil. Gegenüber den Schweizern liess der Sachreferent Dr. Siedler nichts verlauten¹¹.

Durch den zweitletzten Brief von Maurice geängstigt, richtete der ahnungslose Vater am 27. Mai einen herzergreifenden Appell an den Chef der Abteilung für Auswärtiges im EPD. Er bat, sich für bessere Haftbedingungen einzusetzen oder einen Gefangenen austausch anzustreben. Ein halbes Jahr war die Familie ohne Nachrichten aus dem Politischen Departement geblieben, das auf diesen Hilferuf hin die Gesandtschaft in Berlin erneut anwies, sich nach dem Häftling zu erkundigen und ihn nach Möglichkeit zu besuchen¹².

Mehr als drei Wochen nach dem Tod ihres Sohnes traf der Abschiedsbrief bei den Eltern in Neuenburg ein. Von Schmerz erfüllt und in der bitteren Erkenntnis, dass alles umsonst gewesen war, dass allen Versprechungen zum Trotz Maurice zweieinhalb Jahre lang ohne jeden Schutz der Nazijustiz ausgeliefert blieb, bis sie ihm den Kopf abschlug, schrieb der Vater am 7. Juni an Bundesrat Pilet-Golaz:

«Monsieur le Chef du Departement

C'est avec stupeur et un immense chagrin que j'ai reçu et pris connaissance d'une lettre de mon fils Bavaud Maurice datée du 12 mai écoulé dans laquelle il nous envoie ses suprêmes adieu, car il passait sa dernière nuit ici bas.

Je ne veux exprimer les sentiments qui me remplissent le cœur d'amertume.

Par ExpressNeuchâtel le 7 ^{VI}/_V 1941

Département des Affaires Étrangères



Messieur le Chef du Département

C'est avec stupeur et un immense
chagrin que j'ai reçu et pris connaissance
d'une lettre de mon fils Barand d'ancien
datée du 12 mai écoulé, dans laquelle
il nous expose ses suprêmes adieu. Car
il passait sa dernière nuit ici bas.

Je me veux exprimer les sentiments
qui me remplissent le cœur d'amertume
à son; Messieur le Chef du Département,
je m'indigne que la Légation Suisse à Berlin
n'ait pas pris la peine de s'occuper de ce
pauvre garçon, qui n'était pas un criminel
et non plus un malfaiteur. Voici trois semaines
que l'exécution a eu lieu et n'aura pas
un mot quelconque des autorités.

C'est vrai que la Suisse est bien petite
à côté de la G^{de} Allemagne.
Pourtant nous avions votre promesse que
nous serions avertis de la sentence devant être
mise à exécution.

Je vous prie Messieur le Chef du Départe
l'assurance de ma considération distinguée
Neuchâtel le 10. A. Barand

Aussi, Monsieur le Chef du Département, je m'indigne que la Légation Suisse à Berlin n'ait pas pris la peine de s'occuper de ce pauvre garçon, qui n'était pas un criminel et non plus un malfaiteur. Voici trois semaines que l'exécution a eu lieu et n'avons pas un mot quelconque des autorités.

C'est vrai que la Suisse est bien petite à coté de la g^{de} Allemagne.

Pourtant nous avons votre promesse que nous serions averti si la sentence devait être mis à exécution.

Veillez agréer Monsieur le Chef du Département l'assurance de ma considération distinguée
Neuchâtel Ecluse 10
A. Bavaud»

Der Eilbrief löste im Departement bei Peter A. Feldscher grosse Betroffenheit aus. Noch am Morgen des 7. Juni telegraphierte er nach Berlin: «Bavaud Maurice hat mit Schreiben 12. Mai an Eltern berichtet, seine Exekution bevorstehe nächsten Tag. Telegraphiert umgehend Sachverhalt und weshalb Gesandtschaft gegebenenfalls von Exekution nicht vorgängig verständigt.» Am Nachmittag um vier Uhr erfolgte die Antwort: «Exekution vollzogen. Auswärtiges Amt, welches Gesandtschaft Bescheid versprochen hatte, ebenfalls erst zu spät verständigt¹³.» Das deutsche Aussenministerium war im Voraus informiert worden und wusste bereits seit drei Wochen, dass die Hinrichtung erfolgt war; wie schon zuvor hatte man die Unwahrheit gesagt und so getan, als liege die Schuld beim Reichsjustizministerium. Minister Frölicher berief sich seinerseits auf das Auswärtige Amt, um sich in einer Weise zu entlasten, die wenig aufrichtig war.

Feldscher versicherte dem Vater seine Ahnungslosigkeit: «Nous avons éprouvé, au vu de votre communication, une surprise d'autant plus douloureuse qu'étant encore sans nouvelles de la Légation de Suisse à Berlin, à laquelle nous avons, dès réception de votre précédente lettre redemandé où en était le cas de votre fils, rien ne pouvait nous laisser prévoir une issue fatale ... Nous refusant à croire, aussi longtemps qu'une communication officielle ne nous en aura été faite, que la pénible nouvelle est exacte, nous voulons encore espérer qu'il y a peut-être là un tragique malentendu¹⁴.»

Während der Kontroverse im März/ April 1940 hatte das Politische Departement gegenüber Minister Frölicher seinen Standpunkt, die Gesandtschaft müsse sich energischer für Maurice Bavaud einsetzen, unmissverständlich klargemacht. Der Gesandte hatte auf seiner Taktik opportunistischer Zurückhaltung beharrt. Diese Passivität konnte, würde die Hinrichtung jetzt bekannt, für das EPD zu peinlichen Weiterungen führen. Aussenminister Pilet-Golaz unterschrieb persönlich den Brief an den Geschäftsträger in Berlin, mit dem das dortige Verhalten gerügt wurde:

«Wir können nicht umhin, unserem tiefen Befremden über die in dieser Angelegenheit unvermittelt eingetretene tragische Wendung Ausdruck zu geben. Nachdem wir Sie wiederholt gebeten hatten, nichts unversucht zu lassen, um eine Exekution und die dadurch zu befürchtenden innen- und aussenpolitisch unerwünschten Rückwirkungen mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhüten, berührt es uns peinlich, feststellen zu müssen, dass Ihre diesbezüglichen Bemühungen erfolglos geblieben sind und dass man es deutscherseits nicht einmal für nötig befunden hat, Sie von der bevorstehenden Vollziehung der Todesstrafe gegen unsern Mitbürger zu benachrichtigen. Auch will es uns scheinen, dass sich durch periodische Fühlungnahme mit den für die Behandlung dieses Falles zuständigen Stellen die inzwischen eingetretene peinliche Situation hätte vermeiden lassen und dass zum mindestens eine frühzeitige Benachrichtigung Ihrer Gesandtschaft hätte herbeigeführt werden können¹⁵.»

Am 11. Juni suchte ein Vertreter des Politischen Departements die Eltern Bavaud in Neuenburg auf. Seine Aufgabe war es, die Todesnachricht zu bestätigen, im Namen des EPD das Beileid auszusprechen, aber auch zu erkunden, ob die Angehörigen weitere Schritte unternehmen würden. Da der Abschiedsbrief keine Zweifel offen liess, waren die Angehörigen auf die Eröffnung gefasst. Vor allem die Mutter und der Zweitälteste Sohn gaben ihrer berechtigten Erbitterung offen Ausdruck. Wie war es möglich, dass die Gesandtschaft nichts gewusst und die Hinrichtung nicht rechtzeitig abgewendet hatte? Wie konnte es sein, dass in Deutschland ein Schweizer hingerichtet werden durfte? Die Antworten, die verspätete Benachrichtigung sei wohl auf das mangelhafte Zusammenwirken zwischen dem deutschen Justiz- und dem Aussenministerium zurückzuführen, in der Strafrechtspflege gebe es keine Bevorzugung des Ausländers gegenüber dem Inländer, zielten darauf ab, die Angehörigen zu beruhigen: «Meine Erklärungen haben ihre Wirkung offensichtlich nicht verfehlt, und die Familie Bavaud scheint sich nun ziemlich gelassen in das Unabänderliche zu fügen. Insbesondere der Vater zeigt sich durchaus verständig und gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, dass sein Sohn wenigstens im Glauben an Gott aus dem Leben geschieden sei. Er bedauert lediglich, dass dessen Idealismus, von einem gewissenlosen Menschen in falsche Bahnen gelenkt worden und dass er dadurch zum Opfer seines unglücklichen Tatendrangs geworden sei'. Die Lektüre des von Herrn Bavaud wie etwas Heiliges aufbewahrten und mir zur Einsicht anvertrauten letzten Briefes seines Sohnes liefert mir für diese Äusserung die nötige Erklärung: Bavaud gibt darin zu, dass ihn ein vierzigjähriger ehrgeiziger Mann, welchem er tief ergeben war, zur Begehung der von ihm versuchten Tat verleitet habe' Vater Bavaud befürchtet, dass es sich dabei um einen seiner Freunde im College de Saint-Ilan handelt; er habe daher schon lange beab-

sichtigt, mit den Vertretern der betreffenden religiösen Institution im unbesetzten Gebiet Frankreichs Fühlung zu nehmen, in der Hoffnung, dadurch Näheres hierüber in Erfahrung zu bringen. Weitere in den Briefen seines Sohnes enthaltene Äusserungen lassen vermuten, dass die deutschen Behörden nach der Besetzung der Bretagne ihre Erhebungen auch auf das Collège de Saint-Ilan ausgedehnt haben und dass der geistige Urheber des von Bavaud begangenen Mordversuchs seine Mitschuld in feiger Weise bestritten habe. Auf Maurice Bavaud scheint dieses Verhalten seines angeblichen Vertrauten einen niederschmetternden Eindruck gemacht zu haben¹⁶.»

Aus dieser Niederschrift des EPD-Vertreters wird verdeutlicht, weshalb der Vater später alle Versuche, ein «literarisches Denkmal» zu setzen, abgewehrt hat. Den Briefen von Maurice musste er entnehmen, dass ihn ein Freund, dem er «tief ergeben» war, zum Attentat verleitet hatte. Einzelheiten blieben jedoch der Familie unbekannt. Der Mitarbeiter von Minister Bonna verliess die Angehörigen mit dem bestimmten Eindruck, sie seien dem Departement für die Anteilnahme und für alle unternommenen Schritte dankbar: «Ich glaube mich auch in der Annahme nicht zu täuschen, dass es die Angehörigen des Verstorbenen vermeiden werden, diesen unglücklichen Fall zum Gegenstand irgendwelcher Angriffe auf die Behörden zu machen, sondern dass sie sich in Erkenntnis der Schuld ihres Sohnes mit ihrem harten Los abfinden werden¹⁷.»

Pilet-Golaz hat von diesem Bericht Kenntnis genommen, und auch in der Abteilung für Auswärtiges wurde mit Befriedigung festgestellt, dass es zu keinen politischen Weiterungen kommen würde. Am 27. Juni schrieb Minister Bonna dem Gesandten Frölicher einen Brief, mit dem der Fall Maurice Bavaud als erledigt gelten sollte:

«Obwohl uns die Behandlung dieser Angelegenheit durch die in Frage kommenden Stellen nicht befriedigen kann, vermögen wir uns andererseits der Einsicht nicht zu verschliessen, dass eine nachträgliche Diskussion über das Vorgehen der beteiligten Verwaltungsbehörden keinen Zweck mehr hat. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass Bavaud, wie uns inzwischen von seinen Eltern bestätigt wurde, als junger Phantast zu der beabsichtigten Tat verleitet worden ist und sein Verhalten somit nicht dasjenige eines eigentlichen Verbrechers war, muss das Schicksal, das ihm zuteil geworden ist, naturgemäss als sehr hart empfunden werden¹⁸.»

Zu spät dämmerte die Erkenntnis auf, dass die im Januar 1940 von Frölicher geäusserten und im Departement geteilten Zweifel an Bavauds Zurechnungsfähigkeit doch nicht unbegründet gewesen waren. Das stillschweigende Dar-

überhinweggehen entsprach ganz den zynischen Erwartungen, die deutscherseits an die Hinhaltetaktik geknüpft gewesen waren. Man mag den Verantwortlichen im Politischen Departement anlasten, dass sie seit April 1940 keine weiteren Anstrengungen zugunsten Bavauds unternommen haben. Dennoch ist anzuerkennen, dass von Minister Feldscher wie auch von Bundesrat Pilet-Golaz gegenüber der Schweizer Gesandtschaft in Berlin klargestellt worden war, zum Schutz dieses Landsmannes müsse alles unternommen werden, was im Rahmen der Gegebenheiten möglich sei. Mit ihren Weisungen vermochten sie sich jedoch gegenüber Minister Frölicher nicht durchzusetzen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dessen interne Stellung während der für Bavaud entscheidenden Monate ausserordentlich stark war, und dies nicht allein deshalb, weil der neue Aussenminister Pilet-Golaz gegenüber dem Deutschlandspezialisten Frölicher zunächst ein Erfahrungsdefizit aufwies. Problematisch war, dass der Chef der Abteilung für Auswärtiges, Minister Pierre Bonna, die Zuständigkeit für den deutschsprachigen Raum weitestgehend seinem Stellvertreter Dr. Feldscher überlassen hatte. Die Zurückhaltung des Westschweizers wirkte sich nachteilig aus, weil Feldscher allein schon rangmässig zu wenig Eigengewicht besass. Sein Vorgänger als Chef der Sektion für politische Angelegenheiten innerhalb der Abteilung für Auswärtiges war Minister Hans Frölicher gewesen. Feldscher wurde 1942 als bevollmächtigter Minister zum Leiter der Spezialabteilung für die Vertretung fremder Interessen bei der Schweizer Gesandtschaft in Berlin ernannt und unterstand dort auch formell dem Missionschef Frölicher. Dr. Feldscher befand sich gegenüber dem selbstbewussten Kollegen, mit dem er im Übrigen sehr gut auskam, in wenig günstiger Lage, sobald es darum ging, einen divergierenden Standpunkt durchzusetzen¹⁹. Um gegenüber Frölicher einer von ihm nicht geteilten Auffassung Nachdruck zu verleihen, war es notwendig, den Departementschef einzuschalten. Feldscher hat dies versucht, und Pilet-Golaz teilte den von ihm vertretenen Standpunkt, die Gesandtschaft müsse für Bavauds Begnadigung aktiver eintreten. Da Minister Frölicher auf Grund einer anderen Beurteilung nichts unternahm und trotz eindeutiger Mahnung, den Häftling im Gefängnis besuchen zu lassen, es für inopportun hielt, ein solches Gesuch zu stellen, hatte Feldscher die ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft. Schliesslich galt es auch zu bedenken, dass der Gesandte in Berlin für seine Zurückhaltung gewichtige Argumente anführte. Seine Beurteilung, Hitler werde allein über die Begnadigung entscheiden und erhalte daher wohl auch von allfälligen Interventionen zugunsten des Verurteilten

Kenntnis, war grundsätzlich richtig. In bedrohlicher Zeit machte der Gesandte nicht unbegründet seine Sorge geltend, der Attentäter, den der Volksgerichtshof schuldig gesprochen hatte, könnte für die schweizerisch-deutschen Beziehungen zu einer erheblichen Belastung werden. Dabei ging sowohl die Gesandtschaft wie das Politische Departement davon aus, dass Bavaud tatsächlich die Absicht gehabt hatte, Hitler umzubringen. Die Entscheidungslage war angesichts der rudimentären Informationen undurchsichtig, so dass es schwer anging, Frölichers Warnungen einfach zu ignorieren. Daher machte das Departement seine Haltung in der Angelegenheit Bavaud zwar deutlich, überliess aber die Verantwortung für die weitere Behandlung schliesslich dem Gesandten in Berlin.

Minister Frölichers Verhalten war jedoch nicht von dem Bestreben bestimmt, nach Möglichkeiten zu suchen, wie dem verurteilten Schweizer Erleichterung gebracht werden konnte, ohne dass die befürchteten Weiterungen provoziert würden. Der Gesandte hat die Schwierigkeiten dadurch gelöst, dass er Maurice Bavaud einfach abschrieb. Hans Frölicher und Legationsrat Kappeler haben, abgesehen von der politischen Beurteilung, gegenüber dem Todeshäftling und seinen Angehörigen eine Geringschätzung gezeigt, die auf eine soziale Diskriminierung hinauslief. Die kleinbürgerliche und einflusslose Familie war in ihrer Isoliertheit ausserstande, gegen diese Missachtung anzugehen. Um mit Hilfe eines versierten Rechtsanwalts den Druck auf die Gesandtschaft zu verstärken, aber auch um private Nachforschungen in der Bretagne noch vor der Besetzung durch die Deutschen durchführen zu können, bedurfte es finanzieller Mittel und Kenntnisse, über die der Postbeamte nicht verfügte.

Aus der Art und Weise, wie Frölicher seinen Mitbürger im Stich liess und gegenüber dem Leid der Familie ohne Mitgefühl blieb, spricht eine menschliche Gleichgültigkeit, die ihm im eigenen gesellschaftlichen Umkreis nicht anzumerken war. Der passionierte Jäger und musisch begabte Diplomat wird von einem ihm nahestehenden Mitarbeiter als «grosszügiger, humorvoller und liebenswürdiger Mensch mit Herz und Gefühl» geschildert²⁰. Von solchen Charaktereigenschaften war gegenüber dem Häftling nichts zu verspüren. Ausschlaggebend war neben den Sachgründen auch seine persönliche Einstellung zu dem Attentatsvorhaben. Hans Frölicher hatte die Absichten Bavauds gegenüber dem Politischen Departement als «verabscheuungswürdig» bezeichnet, und seine ganze Haltung unterstrich, dass er mit einem Hitler-Attentäter, der für ihn auch moralisch gerichtet war, nichts zu tun haben wollte. Somit fehlte von vornherein der Wille, die deutsche Darstellung in

Zweifel zu ziehen und sich in einer politisch brisanten Angelegenheit zu exponieren.

Zur Entlastung lässt sich einwenden, das Dossier in Bern sei unvollständig. Minister Frölicher habe vielleicht Schritte unternommen, von denen wir nichts wissen. Sein Tagespensum sei derart mit Arbeit ausgefüllt gewesen, dass es schwerfiel, sich um das Geschick eines Einzelnen zu kümmern. Das Gesamtbild, das sich aus den schweizerischen wie deutschen Akten, aber auch aus der Befragung von Minister Feldscher und alt Botschafter Kappeler ergibt, ist kaum dazu angetan, für solche Vermutungen konkrete Anhaltspunkte zu erbringen. Vielmehr weist ein zusätzliches mündliches Zeugnis im Gegenteil daraufhin, dass die vom Missionschef und seinem Mitarbeiter in diesem Drama gezeigte pitoyable Haltung durch die Gesandtschaftsberichte eher gemildert zum Ausdruck kam. Der damalige NZZ-Korrespondent in Berlin, Dr. Urs Schwarz, wurde Zeuge eines Vorgangs, dessen Bedeutung er damals nur ahnen konnte. Er hat hierüber aus der Erinnerung folgende Aufzeichnung gemacht:

«Während meiner Tätigkeit in Berlin als Korrespondent der NZZ (vom 15. Oktober 1940 bis 22. Dezember 1941) war ich anlässlich eines Routinebesuches bei Legationsrat Dr. Franz Kappeler auf der schweizerischen Gesandtschaft unfreiwillig Zeuge eines Telefongesprächs. Während der Unterhaltung mit Kappeler läutete das Telephon; er nahm den Hörer ab, und ich erhob mich, um mich diskret zurückzuziehen. Kappeler machte mir ein Zeichen, ruhig sitzen zu bleiben.

Jemand schien Herrn Kappeler zu fragen, was man zugunsten eines in Schwierigkeiten befindlichen Schweizers machen könne. Aus der Antwort Kappelers entnahm ich, dass es sich um einen Schweizer handelte, der sich im Gefängnis befand und der verurteilt war.

Kappeler sagte: ‚Nein, nein, wir unternehmen nichts. Er ist ja selber schuld. Er hätte das nicht zu machen brauchen.‘»

Dann war das Gespräch nach den üblichen Abschiedsformeln zu Ende.

Ich konnte nicht anders, als Dr. Kappeler fragen: ‚Was ist das für ein Fall? Ist es etwas Ernstes? Ist es eine schwere Strafe?‘»

Dr. Kappeler antwortete: ‚Ja, schon.‘» Und dann machte er, *lachend*, mit der Hand die Geste des Kopfab Schneidens und sagte: ‚Er wird geköpft.‘»

Ich war erschüttert und stellte keine weitere Frage. Warum ich nicht insistierte, verstehe ich heute selber nicht mehr. Es war die Zeit, in der schwerer Druck auf einem lastete und man sich unheimlichen und undurchsichtigen Mächten gegenüber sah.

Ich erzählte von dem Gespräch, so wie es oben aufgezeichnet ist, meiner Frau und vielen Schweizern, in Berlin und in der Schweiz, um zu zeigen, dass, wenn man in Deutschland in Not geriet, man keinerlei Hilfe von der schweizerischen Gesandtschaft zu erwarten habe. Niemand aber stellte in jener Zeit eine Frage nach dem Namen des Verurteilten oder nach irgendwelchen Einzelheiten.

Ich frage mich heute, ob ich nicht dem Legationsrat hätte klarmachen müssen, dass hier gehandelt werden sollte. Ich habe es unterlassen, und der Gedanke an eine mögliche Intervention von meiner Seite ist mir nie gekommen.

Das Gespräch mit Kappeler fand im tiefen Winter 1940/41 statt. Es ist gut möglich, dass es im Januar 1941 war, nach meiner Rückkehr von den Weihnachtsferien in Zürich, als ich mich auf der Gesandtschaft zurückmeldete.

Nach der Lektüre des Berichtes von Dr. Klaus Urner in der NZZ Nr. 150, 153, 155 (7. Juli 1978) besteht für mich kein Zweifel, dass Dr. Kappeler über Maurice Bavaud sprach²¹.»

Das Rätsel, auf welche Frage Kappeler «Nein, nein, wir unternehmen nichts» geantwortet hat, lässt sich mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit erklären. Wie eine Überprüfung ergab, muss sich der Vorfall nach Meinung von Urs Schwarz in den Tagen um den 18. Januar 1941 ereignet haben. Damals nahm der NZZ-Korrespondent nachweislich seine Berichterstattung in Berlin wieder auf²². Die Vermutung liegt nahe, dass der deutsche Anrufer aus dem Auswärtigen Amt stammte, da es in dieser Geheimsache im Verkehr mit der Gesandtschaft zuständig war. Aus den Akten des Aussenministeriums ist ersichtlich, dass das Begnadigungsgesuch des Vaters Alfred Bavaud, der seine Eingabe dem deutschen Konsulat in Lausanne zugestellt hatte, am 17. Januar 1941 beim Auswärtigen Amt in Berlin einging. Das Gesuch wurde zur Bearbeitung an die Rechtsabteilung und dort an das Referat VIII weitergegeben, weil dieses unter anderem für Gnadensachen zuständig war. Da der Vater sich mit seinem Appell an Hitler direkt an deutsche Stellen gewandt hatte, klärte der Sachreferent vom Referat VIII zuerst einmal ab, welche Haltung die Vertretung der Schweiz zu der Eingabe einnahm. Mit einem entsprechenden Kommentar würde er dann das Gesuch weiterleiten. Die Frage an Kappeler hat meines Erachtens gelautet, ob das von Alfred Bavaud eingereichte und im Auswärtigen Amt soeben eingegangene Gnadengesuch an den Reichskanzler von der schweizerischen Gesandtschaft unterstützt werde. Für diese Erklärung spricht sowohl der übereinstimmende Zeitpunkt wie die bezeichnende Antwort: «Nein, nein, wir unternehmen nichts. Er ist ja selber schuld. Er hätte das nicht zu machen brauchen.» Über einen Monat blieb dann das Immediatgesuch bei R VIII liegen, bis es dem Referat III übergeben wurde, bei dem die Vorakten lagen. Der dort zuständige Sachbearbeiter Dr. Siedler hätte auf diese Rückfrage bei Kappeler wohl verzichtet, da das Referat III die Hinrichtung Bavauds von Anfang an befürwortet und Schritte zu seinen Gunsten behindert hatte²³.

Alt Botschafter Dr. Franz Kappeler kann sich heute in hohem Alter an jene Vorgänge nicht mehr erinnern, und Minister Frölicher, der 1961 gestorben ist, ging in seinem im Privatdruck erschienenen Rückblick auf den hingerichteten Landsmann nicht ein. Mit absoluter Gewissheit lässt sich die Frage, die dem Telefonanruf zugrunde lag, nicht belegen. Der Vorgang würde jedoch

lediglich den bekannten Sachverhalt unterstreichen. Die Weigerung, das Gnadengesuch zu unterstützen, haben Kappeler und Frölicher bereits im Januar 1940 im Auswärtigen Amt zum Ausdruck gebracht. Wenn man sich die vielen Bittschreiben des Vaters und die mehrfachen Anweisungen des Politischen Departementes vor Augen hält, so stimmt das unwürdige Doppelspiel bitter, gegenüber dem Departement und den Angehörigen so zu tun, als widme man dem Unglücklichen die «vollste Aufmerksamkeit», während dem Auswärtigen Amt versichert wird, die Gesandtschaft wolle sich für den Verurteilten nicht verwenden. Zur Beurteilung der Haltung von Minister Frölicher und seinem ersten Mitarbeiter reicht dieser Einzelfall nicht aus. Aber er regt dazu an, das bisher von gegensätzlichen Meinungen geprägte Bild auf seinen Wahrheitsgehalt erneut zu überprüfen.

Während des Jahrzehnts nach dem Zweiten Weltkrieg begann unter Aussenminister Max Petitpierre, der Ende 1944 Nachfolger von Pilet-Golaz geworden war, im Politischen Departement auch in personeller Hinsicht eine neue Ära. Aus der Hinterlassenschaft der Aktivdienstzeit gehörte das Dossier Bavaud zu den menschlich bewegendsten Zeugnissen unbewältigter schweizerischer Vergangenheit. Das Politische Departement setzte sich für mehrere hundert Schweizer ein, die im Rahmen der deutschen Wiedergutmachung Ansprüche für die durch die nationalsozialistische Verfolgung erlittenen «Freiheitsschäden» geltend machten. Um eine finanzielle Entschädigung zugesprochen zu erhalten, musste im vorliegenden Fall zuerst eine Bestätigung beigebracht werden, dass das im Dritten Reich gefällte Urteil nach 1945 von einem Gericht wieder aufgehoben worden war. Alfred Bavaud verhielt sich gegenüber einer derartigen «Abgeltung» zuerst ablehnend, da er für die Hinrichtung seines Sohnes kein Geld wollte. Aber dies galt für alle Hinterbliebenen der Opfer; die Wiedergutmachung konnte nichts anderes sein als eine Geste, zu sühnen und zu versöhnen. Um den Angehörigen ihre Ansprüche zu wahren, ohne sie mit den Formalitäten zu belasten, wies das Politische Departement die schweizerische Delegation in Berlin an, für die Eltern beim Landgericht die Aufhebung des Todesurteils zu beantragen. Die im Mai 1955 angesetzte Verhandlung musste verschoben werden, da der Verteidiger Dr. Franz Wallau von den Eltern noch nicht von der Schweigepflicht entbunden worden war. Dieser mutige Rechtsanwalt hatte bereits vor dem Volksgerichtshof auf Freispruch plädiert. Die Schweigepflicht war dort so gehandhabt worden, dass sie, statt zum Schutz, zum Nachteil gegen die Angehörigen gerichtet war. Am 21. Oktober verfügte das Landgericht nicht die erwartete

Aufhebung, sondern wandelte das Todesurteil in eine reduzierte Haftstrafe um. Damit wurde der Hitler-Attentäter vierzehn Jahre nach seiner Hinrichtung erneut verurteilt, in einer Zeit, als Mitschuldigen an den Massenverbrechen das Standardargument zur Entlastung angerechnet wurde, gegen den Diktator und die Befehlsmaschinerie des Dritten Reichs sei nicht anzugehen gewesen. Davon abgesehen, war Maurice Bavaud ein Beispiel für zahlreiche andere Fälle, bei denen die Aktenlage rudimentär und die Hintergründe schwer durchschaubar waren. Die vorgeschalteten Gerichtsverfahren, die den Nachfolgestaat vor ungerechtfertigten Forderungen schützen sollten, wurden für die Hinterbliebenen eine Zumutung, sobald es sich um mehr als eine Formsache handelte.

Wie der Entscheid zeigte, war die strafrechtliche Beurteilung des äusseren Verlaufs umstritten; Bavaud hat keine Zweifel daran gelassen, dass er das Attentat ausführen wollte. Schweizerischerseits stellte man sich auf den Standpunkt von Wallau, dass Bavaud im Vorfeld der straffreien Vorbereitung verblieben sei. Von seiner Partizipation an Gerbohays Wahnwelt wusste man nichts. Es gelang schliesslich in einem zweiten Anlauf, dass das Kammergericht ein Jahr später den Beschluss des Landgerichts revidierte und das Urteil des Volksgerichtshofes vom 18. Dezember 1939 aufhob. Die von der Bundesrepublik Deutschland zugesprochenen 40'000 Franken, von denen ein Teil den Geschwistern zukam, erfüllten nur dann den Sinn der versuchten Wiedergutmachung, wenn im Gedenken an das Opfer auch der Wille bestand, sich zu dem begangenen Unrecht zu bekennen – nicht allein auf deutscher, auch auf schweizerischer Seite²⁴.

6. Adolf Hitler und sein Attentäter

Um zu verstehen, weshalb es kaum Chancen für eine Begnadigung gab, muss man sich jene Äusserungen Hitlers vergegenwärtigen, die sich auf Maurice Bavaud beziehen. Mit seinem möglichen Attentäter hat sich Hitler in Gedanken wiederholt beschäftigt. War sein Gebaren gegen aussen noch so selbstherrlich, zuinnerst teilte er die Furcht aller Tyrannen: dass ihm dereinst aus den unabsehbaren Reihen der Unterdrückten und Verfolgten ein Rächer erstehen werde. Diesen Einzelgänger hat er sich bis in die Details ausgemalt. Erst ein Jahr an der Macht, schilderte er dem preussischen Gestapochof Diels die Vision, die ihn bedrängte: «Da wird sich eines Tages ein ganz harmloser Mann in einer Dachwohnung irgendwo in der Wilhelmstrasse etablieren. Man wird ihn für einen pensionierten Oberlehrer halten. Ein biederer Volks-

genosse, mit einer Hornbrille, schlecht rasiert und bärtig. Er wird niemanden sein ärmliches Zimmer betreten lassen. Dort wird er sich in aller Ruhe eine Waffe einbauen, und er wird mit einer unheimlichen Geduld Stunde für Stunde und Tag für Tag den Balkon vor der Reichskanzlei durch sein Zielfernrohr anvisieren. Und dann fuhr er mit starren Augen fort-, und dann, eines Tages, drückt er ab!¹» Seine Machtposition begann Hitler vielfältig abzusichern. Einem Staatsstreich konnte er zum Voraus begegnen, einem gross angelegten Komplott hoffte er durch sein Polizeisystem auf die Spur zu kommen. Er selbst gab sich unberechenbar, nützte das Überraschungsmoment. Dennoch war er überzeugt, dass gegen den idealistisch gesinnten Einzeltäter, der für seinen Plan rücksichtslos sein Leben auf Spiel setzt, «kein Kraut» gewachsen sei². Der «pensionierte Oberlehrer» aus seiner Angstvision von 1933/34 war eine Hilfskonstruktion. In Maurice Bavaud jedoch sah Hitler seine Vorahnungen auf höchst beunruhigende Weise erfüllt. Der Schweizer wurde ihm zur realen Verkörperung von jenem Typus des Attentäters, den er für den gefährlichsten hielt. Bei diesem versagten die abschreckenden Sicherheitsmassnahmen. Er blieb gegen die mit allen Mitteln der Suggestion und Unterdrückung arbeitenden Herrschaftsmechanismen immun. Bis zum 20. Juli 1944 war Bavaud für Hitler das eindrücklichste Beispiel des fanatischen Einzeltäters, im Unterschied etwa zu Georg Elser, in dem er ein Werkzeug Otto Strassers und des englischen Geheimdienstes sah. Maurice Bavaud hat in der Phantasie Hitlers zunehmend bedrohlichere Dimensionen angenommen; ein Einzelner, der mit derselben Unerbittlichkeit seinem Willen den eigenen entgegengesetzt hatte. Um die Gefahr analoger Attentate so wirksam wie möglich zu bannen, genügte es ihm nicht, Bavaud abgeschirmt in Isolationhaft zu halten und ihn, sobald er für entbehrlich gehalten wurde, hinrichten zu lassen. Hitler wollte ein solches Aufbegehren im Keime ersticken. Wilhelm Tell, die Symbol- und Heldenfigur im Kampf gegen das Tyrannentum, sollte fortan geächtet werden. Drei Wochen nach der Hinrichtung Bavauds wies Martin Bormann Reichsminister Dr. Lammers an: «Der Führer wünscht, dass Schillers Schauspiel ‚Wilhelm Tell‘ nicht mehr aufgeführt wird und in der Schule nicht mehr behandelt wird. Ich bitte Sie, hiervon vertraulich Herrn Reichsminister Rust und Herrn Reichsminister Dr. Goebbels zu verständigen.» Es ist das Verdienst von Georg Ruppelt, den dadurch ausgelösten Schriftwechsel ausgewertet und publiziert zu haben. Daraus wird ersichtlich, wie die «Ausmerzungen» des Tell möglichst unauffällig durchgeführt werden sollte³.

Wie bei Elser zeigte sich Hitler gar nicht darum bemüht zu verstehen, was für ein Mensch Bavaud eigentlich war. Wenn er sich über dieses Attentatsvorhaben und später auch über den Prozess gegen Gerbohay informieren liess, so interessierte ihn vor allem die Bestätigung seiner Vorahnungen. Diese Art von Attentäter glaubte er zur Genüge durchschaut zu haben: ein idealistischer Fanatiker vom rebellischen Geist Tells. «Ausgerechnet Schiller musste diesen Schweizer Heckenschützen verherrlichen», ärgerte sich Hitler am 4. Februar 1942 in vertrautem Kreis⁴. Der demokratische Viersprachenstaat galt ihm ohnehin als Anachronismus. Wenn er auf ihn und seine Presse schlecht zu sprechen war, so hatte dies viele Gründe. Hingegen ist das irrationale Moment in seinen Hassgefühlen durch dieses Attentatsvorhaben noch verstärkt worden. Bormanns Weitergabe von Hitlers «Tell»-Verbot – seine «Wünsche» waren Gebote – datiert vom 3. Juni 1941. Am Tag zuvor – dieser Zusammenhang wurde von Ruppelt übersehen – hatte sich Hitler bei seiner Unterredung mit Mussolini am Brenner in einem Hassausbruch gegenüber der Schweiz ergangen, der in seiner Masslosigkeit alle früheren Schmähungen bei Weitem übertraf. In Anwesenheit Ribbentrops und Cianos äusserte er nach den Aufzeichnungen des Chefdolmetschers Paul Otto Schmidt sinnemässig:

«Die Schweiz bezeichnete der Führer als das widerwärtigste und erbärmlichste Volk und Staategebilde. Die Schweizer seien Todfeinde des neuen Deutschland und erklärten bezeichnenderweise, dass, wenn keine Wunder geschähen, die ‚Schwabern‘ am Ende den Krieg doch noch gewinnen würden. Sie seien offen gegen das Reich eingestellt, weil sie durch die Trennung von der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes gehofft hatten, besser zu fahren – was ja auch über weite Zeiträume der Fall gewesen wäre –, nunmehr jedoch im Lichte der neuesten Entwicklung einsähen, dass ihre Rechnung falsch gewesen sei. Ihre Einstellung sei gewissermassen durch den Hass der Renegaten bestimmt. Auf eine Frage des Duce, was für eine Zukunft die Schweiz, die doch ein Anachronismus sei, denn überhaupt noch habe, erwiderte der Reichsaussenminister lächelnd, dass sich der Duce darüber mit dem Führer unterhalten müsse. Der Duce bemerkte, dass in der Schweiz nur die französischen Schweizer zu Frankreich hielten, während die italienischen gegen Italien und die deutschen gegen Deutschland eingestellt seien⁵.»

In den offiziellen Beziehungen zur Schweiz gab es keine akuten Vorfälle, die als unmittelbare Ursachen für die gehässigen Auslassungen anzusprechen sind. In dem Zornausbruch entluden sich lang aufgestaute Ressentiments, nicht ohne bewusst kalkuliert einem gewissem Zweck zu dienen. Hitler hatte Mussolini kurzfristig zu der Zusammenkunft am Brenner gebeten und sprach dann über den Hess-Flug nach England und über zahlreiche andere Themen, aber die bevorstehende gross angelegte Offensive im Osten verschwieg er dem Bundesgenossen. Da seine Aufmerksamkeit ganz dem Angriff auf die

Sowjetunion galt, war für ihn die Zukunft des neutralen Nachbarn nicht aktuell, aber die Ausfälle trugen mit dazu bei, an der Hauptfrage vorbeizurenden⁶. Unterschwellig war der Erguss über die Reichsfeindschaft der Eidgenossen von den Eindrücken geprägt, die der auf seine Weisung vor Kurzem hingerrichtete Schweizer in ihm wachgerufen hatte. Hinter der Attentatsabsicht vermeinte Hitler den Hass der Eidgenossen zu verspüren, diesen «Todfeinden des neuen Deutschland», eine Auflehnung gegen sein «Germanisches Reich Deutscher Nation». An den Anfängen dieses Separationswillens stand nach solcher Deutung Wilhelm Tell. Dessen Kampfansage an die Unterdrücker hatte Hitler auch aus Bavauds Unternehmen herausgefühlt. Die Folge war, dass nach der heftigen Attacke am Brenner Schillers «Tell» fortan in den «Giftschrank» geschlossen werden sollte. Zuvor als «Führerdrama» im Dritten Reich eines der meistgespielten Schauspiele, wurde es gerade in jenem Moment verbannt, als die Schweiz sich zur sechshundertfünfzigsten Jahresfeier rüstete, um sich unter anderem mit der Festspiieldichtung von Caesar von Arx erneut am Freiheitskampf der Ahnen zu stärken. Der Reichskanzler unterliess es ostentativ, zum festlich begangenen Jubiläum des Bundes am 1. August 1941 zu gratulieren. «Die Schweizer sind nichts als ein missratener Zweig unseres Volkes», äusserte er ein halbes Jahr später⁷. Auch aus seinen weiteren Bemerkungen wird erkennbar, wie sich in ihm die Vorstellung verdichtete, in der Rolle als Gründer und Mehrer des gross-germanischen Reiches die abtrünnigen Eidgenossen vielleicht einst blutig niederzuwerfen. Am 8. Mai 1943 notierte sich Goebbels in sein Tagebuch, das Reich müsse nach Hitlers Auffassung, da die Einstellung späterer Generationen unbekannt sei, in einem Zustand abgegeben werden, in dem es nicht mehr ernsthaft geschädigt werden könne. «Der Führer verteidigt in diesem Zusammenhang die Politik Karls des Grossen. Auch seine Methoden sind richtig gewesen. Es ist gänzlich falsch, ihn als Sachsenschlächter anzugreifen. Wer gibt dem Führer die Garantie, dass er später nicht etwa als Schweizerschlächter angeprangert wird⁸.»

Hitlers Bavaud-Legende nahm durch die wiederholten Informationen je nach Belieben etwas konkretere Züge an, diente jedoch stets dazu, den Eindruck zu erwecken, dass er einer akuten Lebensgefahr entronnen und damit im Glauben an seine Auserwähltheit bestätigt worden war. Aus einem in den «Tischgesprächen» Pickers nicht publizierten Bericht von Dr. Werner Koepen, dem Verbindungsmann Rosenbergs im Führerhauptquartier, ist zu entnehmen, dass sich Hitler am 7. September 1941 wie folgt über den Attentäter geäussert hat:

«Der Führer kam dann auf Attentatsversuche gegen ihn zu sprechen und erzählte, durch welche zufälligen Glücksumstände er seinem sicheren Tode schon entgangen sei. Insbesondere ein Schweizer Oberkellner habe ihn 1937 lange belauert. Am 9. 11.37 habe er sich eine Ehrenkarte für die Tribüne im Tal zu verschaffen gewusst, sei aber nicht zum Schuss gekommen, da ihn die zum Gruss erhobenen Hände an einem sicheren Zielen gehindert hätten. Durch einen Zufall wurde er später in der Eisenbahn verhaftet. Der Führer erwog, ob man in Zukunft überhaupt den Marsch des 9.11. stattfinden lassen solle. Auf engstem Raum sei hier die ganze Führung des Reiches zusammen, noch dazu auf einem langen Marsch durch enge und unübersichtliche Strassen. Die grösste Gefahr für ihn persönlich bestehe natürlich auf dem Reichsparteitag, aber das liesse sich schlecht verhindern. Die Tatsache, dass er dem Sprengstoffattentat im Hofbräukeller am 9.11.39 nicht zum Opfer gefallen sei, verdanke er lediglich dem Umstand, dass im letzten Augenblick wegen des schlechten Wetters die Benutzung des Flugzeuges unterblieb und dafür entsprechend früher mit dem Sonderzug gefahren wurde⁹.»

Hitler hat bei dieser Schilderung nicht nur die Daten verwechselt. Von einem Schweizer Oberkellner hatte er – bereits früher habe ich darauf hingewiesen – wohl deshalb gesprochen, weil der in Basel am 10. Oktober 1906 geborene Ludwig Schmitt – ebenfalls ein angeblicher Hitler-Attentäter – von Beruf Kellner war. Schmitt und der Mühlhausener Landwirt Leonhard Rust wurden wegen ihres Vorhabens zum Tode verurteilt und, wie der Publizist Walter Hammer hat ausfindig machen können, am 30. Januar 1942 hingerichtet¹⁰. Beim Tischgespräch am 3. Mai 1942 gab Hitler an, nur deshalb zehn Minuten früher vom Bürgerbräutreffen am 8. November 1939 aufgebrochen und damit dem Anschlag entgangen zu sein, «weil ein dringlicher Besprechungstermin in Berlin seine sofortige Reise nach dort erforderlich gemacht habe¹¹». Bei dieser Gelegenheit ging er erneut auf den Schweizer ein, dessen Namen er nie nannte:

«Bei dem anderen Attentatsversuch sei er mit dem Leben davongekommen, weil der Attentäter, ein Schweizer, der ihm 3 Monate lang auf dem Berghof nachgestellt habe, ihn bei seinen Spaziergängen zeitlich regelmässig verfehlte und, als er ihm dann in München habe auflauern wollen, vorher von einem Bahnbeamten entlarvt worden sei. Dieser Bahnbeamte habe ihn nämlich, da er mit einer Fahrkarte Berchtesgaden-München über München hinausgefahren sei, nach seinem Reiseziel gefragt, dabei erfahren, dass er sich mehrere Monate, angeblich um dem Führer einen Brief zu überbringen, in Berchtesgaden aufgehalten habe und ihn – aufgrund dieser Angaben misstrauisch geworden – festnehmen lassen. Bei der Durchsuchung habe man dann auch bei ihm einen an den Führer adressierten verschlossenen Briefumschlag gefunden, der sei aber ohne Inhalt gewesen, ein Umstand, auf Grund dessen der Attentäter zur Ablegung eines umfassenden Geständnisses gebracht worden sei¹².»

Hitler hatte kräftig übertrieben. Drei Monate lang soll ihm dieser Attentäter auf dem Berghof nachgestellt haben, der in Wirklichkeit vom 25. Bis 31. Ok-

tober ohne die geringste Chance in Berchtesgaden gewesen war. Die verschiedenen Elemente der Geschichte brachte er wiederum durcheinander. Obwohl er genau wusste, dass ihn Bavaud beim Erinnerungsmarsch vom 9. November 1938 auf einer Tribüne mit der Pistole in der Tasche erwartet hatte, behauptete er, der Attentäter sei von einem Bahnbeamten festgenommen worden, bevor er in München Position hat beziehen können. Es ging bei seiner Geschichte nicht um Wirklichkeitstreue, sondern um den Effekt. Die Legende wird auf die Zuhörer ihre Wirkung kaum verfehlt haben, zumal da Hitler stets überraschende Details beizufügen liebte, deren richtige Einfügung in den Zusammenhang niemand von den Anwesenden nachprüfen konnte. Der Anlass, weshalb er an diesem Tag auf das Attentatsthema kam, ist nicht eindeutig zu benennen. War es mehr als ein Zufall, dass sich jenes Datum gerade jährte, als er den Reichsjustizminister Schlegelberger angewiesen hatte, die Hinrichtung Bavauds vollziehen zu lassen¹³? Während des Tischgesprächs äusserte er sich auch etwas eingehender über den Typus des «idealistischen Attentäters»:

«Die Aussagen dieses Schweizers seien für ihn insofern von besonderem Interesse gewesen, als sie seine Auffassung bestätigt hätten, dass gegen einen idealistisch gesinnten Attentäter, der für seinen Plan rücksichtslos sein Leben aufs Spiel setze, kein Kraut gewachsen sei. Es sei ihm daher vollkommen verständlich, warum 90 Prozent der historischen Attentate gelungen seien¹⁴.»

Mit diesen «Aussagen» waren die taktisch bedingten Äusserungen vor dem Volksgerichtshof gemeint, dessen Urteil von «religiös-politischem Fanatismus» und vom «Gangstertum des politischen Katholizismus» sprach¹⁵. Der Widerruf Bavauds konnte Hitler nicht verborgen geblieben sein, da er ja darüber zu entscheiden hatte, ob Gerbohay weiter zu verfolgen sei oder nicht; er weigerte sich jedoch, sein zurechtgeformtes Bild zu revidieren. Obwohl eigentlich davon auszugehen war, dass es unter den idealistischen Attentätern auch beträchtliche Unterschiede geben müsste, reduzierte Hitler alle auf ein Schema, das präzis seinen Vorstellungen über Bavaud entsprach. Gegen diese Art von Attentätern gebe es, so der Tischherr beim Mittagessen, keinen hundertprozentigen Schutz. «Allerdings sei die Zahl idealistischer Attentäter, die ihm gefährlich werden könnten, immer gering gewesen. Bei den Bürgerlichen und den Marxisten fänden sich kaum Attentäter, die das Attentat mit dem Vorsatz durchführten, notfalls auch ihr eigenes Leben daranzusetzen. Gefährlich seien daher nur die von den Schwarzen im Beichtstuhl aufgeputschten Attentäter oder national gesinnte Leute aus den von unseren Trup-

pen heute besetzten Ländern. Auch ihnen seien die Möglichkeiten aber dadurch beschnitten, dass er über langjährige Erfahrungen verfüge¹⁶.» Kurz darauf kam Hitler erneut auf den angeblich so gefährlichen Schweizer zu sprechen. Am 4. Juni 1942 erlag Reinhard Heydrich, stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, dem von der tschechischen Exilregierung in London beschlossenen und von zwei tschechischen Unteroffizieren acht Tage zuvor durchgeführten Attentat. An jenem Abend begann Hitler vor der Tischgesellschaft im Führerhauptquartier Wolfsschanze das Gespräch damit, er ordne ein für allemal an, die Sicherheitsbestimmungen seien von den besonders gefährdeten Männern unbedingt einzuhalten. Heydrichs Unvorsichtigkeit nannte er einen Stumpfsinn. Dann fiel jener Schlüsselsatz, der wie kaum ein anderer Einblick in Hitlers geheime Ängste gab: «Männer vom politischen Format Heydrichs müssten sich darüber im Klaren sein, dass ihnen wie einem Wild aufgelauert werde, dass unzählige Leute den Gedanken haben, wie sie ihn umbringen könnten¹⁷.» Hitler selbst war von seinen Verbrechen gezeichnet, ein Mann, der sich immer mehr in seinen Sperrkreisen und Bunkern einigelte. Die Bavaud-Legende diene ihm für seine Abkapselung als Bestätigung, und auch am Tag von Heydrichs Tod beschwor er die unglaublichen Gefahren, denen er ein Vierteljahr lang auf dem Obersalzberg ausgesetzt gewesen sei:

«Wie vorsichtig man sein müsse, zeige ja die Geschichte mit dem Schweizer, der ihm auf dem Berg drei Monate aufgelauert, am Königssee sogar Schiessübungen veranstaltet habe und ihn sicher getroffen hätte, wenn er nicht immer durch Zufall gerade dann nicht herausgekommen beziehungsweise in der Nähe dieses Schweizers vorbeigegangen sei, wenn dieser ihn erwartet habe. Hätte der Schweizer eine Bombe gehabt, hätte er ihn bei einer Veranstaltung, zu der er von uns selbst eine Tribünen-Ehrenkarte erhalten gehabt habe, ebenso sicher erledigt, wie er so nicht zum Schuss gekommen sei.

Zwei Pistolen habe man bei seiner Festnahme gefunden, und hereingerissen habe er sich nur dadurch, dass er einen Moment lang versagt und auf die Frage eines misstrauischen Eisenbahnbeamten keinen guten Grund für seinen Berchtesgadener Aufenthalt anzugeben gewusst habe, so dass man bei ihm einen Brief an ihn – den Chef –, adressiert von Daladier, aber ohne Inhalt, festgestellt habe¹⁸.»

Nun waren es zwei Pistolen, mit denen ihn der Attentäter drei Monate lang tödlich bedroht haben soll. Dass kein Hörfehler des Gesprächsaufzeichners Dr. Henry Picker vorlag, bestätigt sich durch die 1949 und damit zwei Jahre vor der Erstpublikation der «Tischgespräche» veröffentlichten Erinnerungen, die von Johanna Wolf, einer von Hitlers Privatsekretärinnen, stammen. Ihr zufolge hat Hitler im Zusammenhang mit verschiedenen Beseitigungsversu-

Führerinformation

1942 Nr. 131

Der Volksgerichtshof hatte am 18. Dezember 1939 Maurice Bavaud, einen Schweizer Staatsangehörigen mit starker katholischer Bindung — er war eine Zeitlang in einem katholischen Kloster in der Bretagne — zum Tode verurteilt. Bavaud hatte im Jahre 1938 auf Sie, mein Führer, ein Attentat vorbereitet. Schon damals ergaben sich Spuren in französische klerikale Kreise. Nunmehr wird der Volksgerichtshof die Hauptverhandlung gegen den Franzosen Marcel Gerbohay durchführen, der zu diesen Kreisen gehörte und Bavaud zu seinem Attentatsunternehmen angestiftet hat. Der Täter ist geständig.

Berlin, den 14. Oktober 1942

chen, denen er entgangen sei – unter anderem auch dem imaginären «Röhmputsch» –, einen Schweizer mit den Worten erwähnt:

«Und im Winter 1941/42 verriet sich wiederum ein Attentäter von selbst durch sein auffälliges Benehmen, indem er mir in Berchtesgaden, wo sich der Mann – es war ein Schweizer – lange Zeit aufhielt, bei jeder An- und Abfahrt auflauerte. Zur Rede gestellt, gab er vor, mir einen Brief geben zu wollen. Als die Kriminalbeamten den Brief verlangten, war in dem Umschlag ein leerer Bogen Papier. Der Mann gestand dann seine Absicht ein, mich erschiessen zu wollen¹⁹.»

«Wenn Hitler», so heisst es in jener Schilderung weiter, «von diesen Attentatsversuchen erzählte, gab er zu, dass er jedesmal ungewöhnliches Glück gehabt hatte. Aber er betonte auch, dass ihm sein ausserordentlicher Spürsinn viel geholfen habe, der Todesgefahr zu entgehen²⁰.»

Alle Versionen Hitlers über den Schweizer Attentäter verraten dieselbe Tendenz: Maurice Bavaud so gefährlich wie nur möglich hinzustellen, um die eigene Unversehrtheit umso eindrücklicher, umso omenhafter erscheinen zu lassen. Marcel Gerbohay hat er nie erwähnt, weil er in seine Geschichte nicht passte. Hitler wurde über die Verhaftung des Franzosen wiederholt informiert. Nachdem dieser am 1. Januar 1942 um vier Uhr morgens bei seiner Mutter in Pace festgenommen worden war, hielt man ihn in Gefängnissen von Rennes und Paris in Polizeihaft. Er kam erst am 28. September 1942 auf Grund des Haftbefehls, den der Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofes ausstellte, in Untersuchungshaft. Aus der «Führerinformation» vom 7. September 1942 konnte Hitler, sofern er sie überhaupt las, folgendes entnehmen:

«Der am 14. Mai 1941 hingerichtete schweizerische Staatsangehörige Maurice *Bavaud* hatte im November 1938 in München auf Sie, mein Führer, einen Anschlag geplant. Er hatte angegeben, er sei zu der Tat von dem französischen Staatsangehörigen Marcel *Gerbohay* angestiftet worden, den er für den Sohn eines russischen Grossfürsten gehalten haben will. Gerbohay ist jetzt im besetzten Frankreich festgenommen worden. Bei seiner Vernehmung in Paris bezeichnete er sich als Führer des Mysteriösen Verbandes», der es sich zum Ziel gesetzt habe, Sie, mein Führer, zu beseitigen. Gerbohay gibt zu, Bavaud zur Ausführung des Attentates nach Deutschland geschickt zu haben. Er stammt aus ärmlichen Verhältnissen in Frankreich; seine angeblich russische Abstammung hat er nur dazu benutzt, um auf seine Anhänger grösseren Einfluss zu haben²¹.»

Im Lagebericht des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof vom 3. Oktober 1942, den dieser dem Reichsminister der Justiz erstattete, wurde die Zarengeschichte überhaupt weggelassen. Gerbohay habe 1938 gemeinsam mit

etwa zehn weiteren Priesterschülern in Frankreich die «Compagnie du Mystère» gegründet, «deren einziges Ziel die Bekämpfung des Kommunismus gewesen sein soll». Er sei geständig, so hiess es dort, «als Führer dieser Organisation im Jahre 1938 den Schweizer Maurice Bavaud beauftragt zu haben, nach Deutschland zu reisen und den Führer zu bestimmen, Sowjetrußland den Krieg zu erklären, andernfalls den Führer zu töten²².» Die in den bekannten Grosslettern gedruckte «Führerinformation» vom 14. Oktober 1942 liess alle Widersprüchlichkeiten völlig aus und war so abgefasst, dass sich Hitler in seinem Urteil bestätigt fühlen konnte:

«Der Volksgerichtshof hatte am 18. Dezember 1939 Maurice Bavaud, einen Schweizer Staatsangehörigen mit starker katholischer Bindung – er war eine Zeitlang in einem katholischen Kloster in der Bretagne – zum Tode verurteilt. Bavaud hatte im Jahre 1938 auf Sie, mein Führer, ein Attentat vorbereitet. Schon damals ergaben sich Spuren in französische klerikale Kreise. Nunmehr wird der Volksgerichtshof die Hauptverhandlung gegen den Franzosen Marcel Gerbohay durchführen, der zu diesen Kreisen gehörte und Bavaud zu seinem Attentatsunternehmen angestiftet hat. Der Täter ist geständig²³.»

War es Hitler selbst, der nach den ihm zugekommenen Informationen darauf drängte, die Spuren zu den erwähnten «französischen klerikalen Kreisen» weiterzuverfolgen? Die Mitseminaristen Emile Arribart und Emile Jacquot, die mehrfach verhört worden sind, hätten leicht die nächsten Opfer dieses Rachsüchtigen sein können. Dass es für den am 11. Januar 1943 vom Volksgerichtshof zum Tod verurteilten Gerbohay keine Gnade gab, war für den Reichsjustizminister Thierack selbstverständlich. Für seinen Ablehnungsentcheid vom 31. März bedurfte es keiner Rücksprache bei Hitler mehr. Das Urteil ist am 9. April 1943 vollstreckt worden²⁴.

Seit seiner Kindheit ist Maurice Bavaud für Projektionen Dritter missbraucht worden. Bis in die jüngste Gegenwart wird über ihn verfügt, dient er als Demonstrationsobjekt, obwohl seine Lebensgeschichte in ihrer subjektiven Individualität mehr mitzuteilen hat, als die ihm aufgezwungenen Zweckdeutungen ahnen lassen²⁵. Die Legende, die damals den Justizmord rechtfertigen sollte, darf heute nicht wiederauferstehen, will nicht erneut Unrecht getan werden; Unrecht an den beiden Seminaristen, die sterben mussten, weil ihre Phantastereien als umsichtiges Handeln in uneingeschränkter strafrechtlicher Verantwortlichkeit ausgelegt und blutig gerächt worden waren, Unrecht aber auch an den Toten des Widerstandes, die durch diesen Mythos herabgesetzt werden.

Maurice Bavaud und Marcel Gerbohay waren nicht dem Widerstand, dem Kampf gegen die Hitler-Diktatur verpflichtet. Ihre Motive unterschieden sich grundsätzlich von denjenigen, die ihrem Gewissen folgend aus politischer wie ethisch fundierter Überzeugung dem Nationalsozialismus entgegentraten. Ihr Handeln ist weder mit dem politischen Kampf der Münchner Studentengruppe um die «Weisse Rose», zu der neben den Geschwistern Scholl auch der in Chur geborene und am 13. Juli 1943 hingerichtete Philosophieprofessor Kurt Huber zählte, noch mit den Intentionen der Verschwörer vom 20. Juli zu vergleichen. Für diese galt das bedeutungsschwere Wort von Generalmajor Henning von Tresckow, das er einen Tag nach dem gescheiterten Putsch kurz vor seinem Selbstmord äusserte: «Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Wer in unseren Kreis getreten ist, hat damit das Nessushemd angezogen²⁶.»

Maurice Bavaud hingegen hatte nach der Ausfällung des Todesurteils Grund genug zu bitteren Klagen. Er war ein Betrogener, für den es keinen Trost in dem Gedanken gab, um der gerechten Sache willen den Tod auf sich nehmen zu müssen. Aber nicht nur die Motive unterschieden ihn von dem im Widerstand Gefallenen. Seine Bereitschaft, Hitler dem Freund und künftigen Zaren aus dem Wege zu räumen, erfolgte im Wahn, auch in höchster Todesgefahr auf die Hilfe seines mächtigen Beschützers zählen zu können. Gerbohay hatte ihm gleichsam Immunität verliehen, und erst, als die erwartete Rettung aus dem Kerker ausblieb, erkannte Bavaud, dass er unter völlig falschen Voraussetzungen auf das Attentatsvorhaben eingegangen war. Die Frage, weshalb andere nicht ebenso vorbehaltlos und unerschrocken gehandelt haben, findet auch unter diesem Aspekt seine Erklärung. Für die Realisten des Widerstandes gab es keine derartige Schutzgarantie; andernfalls hätten auch sie sich aus ihrer Eingebundenheit in die widrige Wirklichkeit erhoben, um sich als tollkühne Attentäter auf Hitler zu stürzen.

Die Geschichte der beiden Freunde ordnet sich in jene Grenzbereiche ein, die wir in der vorangestellten Studie näher auszuleuchten versuchten. Hier finden sich ähnliche Schicksale, weniger dramatisch zwar, aber ebenso tragisch. Erinnerung sei an den siebzehnjährigen Günther Jurka, der von einem vermeintlichen Komplizen zu einer schriftlichen Bereitschaftserklärung überredet worden war, Hitler zu ermorden. Der Anstifter hat daraufhin den Jugendlichen der Gestapo und damit dem Tod überliefert. Unvergessen ist der kaufmännische Angestellte Richard Scheer, der ein Attentatsvorhaben auf Hitler vor täuschte, um seinem eigenen Leben ein Ende zu setzen. Gerade das Beispiel von Maurice Bavaud macht jedoch auch deutlich, dass diese Grenzbereiche

keineswegs als irrelevant abzutun sind. Ein Erfolg hätte – ohne das verbrecherische System auf Hitler zu reduzieren – wohl unzähligen Menschen das Leben gerettet. Diese Chance hat sich Gerbohays Gefolgsmann bei seinem blinden Drauflosgehen selbst am 9. November 1938 nicht geboten. Die Behauptung der Richter, Bavaud habe «eine unmittelbare Gefährdung des Lebens und der Gesundheit des Führers und Reichskanzlers» bewirkt, war falsch und diente in

beiden Prozessen mit zur Begründung des Todesurteils²⁷.

In solchen Dimensionen verliert eine Auseinandersetzung darüber ihren Sinn, ob Bavaud den Helden oder den Opfern zuzurechnen ist. Wer sollten denn in Zeiten der Menschenvernichtung die Helden sein, wenn nicht die Opfer? Bavaud wie Gerbohay gerieten in den Leidensstrom von Millionen von Menschen, die alle eine von Tragik erfüllte Lebensgeschichte zu beklagen haben. Unter den Nationen Europas gehörten die Schweizer zu den privilegierten Völkern, aber auch unter ihnen gab es solche, die ein ebenso schweres Los wie Maurice Bavaud durchlitten. Ein grosser Teil der schweizerischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung blieb von der deutschen Wiedergutmachung ausgeschlossen. Im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten finden sich zahlreiche Dossiers, die über solche Einzelschicksale berichten. Einer Botschaft des Bundesrates aus dem Jahre 1957 zufolge waren bis dahin von einer deutschen Entschädigung unberücksichtigt gelassen worden «mindestens 530 Fälle von Ausschreitungen (Hinrichtungen, Einlieferungen in Konzentrationslager mit tödlichem Ausgang oder ungewissem Schicksal, Einkerkierungen, Folterungen, Beeinträchtigung der Gesundheit usw.) und 125 Fälle von Plünderungen und Eingriffen in das Berufsleben, denen der Charakter einer Verfolgung zukommt²⁸».

Die Geschichte der während des Zweiten Weltkrieges im Ausland hingerichteten, eingekerkerten, psychisch und physisch zugrunde gemarterten Schweizer ist bisher nicht geschrieben worden. Auch ihrer ist gebührend zu gedenken. Sie gerieten in Vergessenheit, weil aus verständlichen Rücksichten die einschlägigen Dossiers noch der Sperrfrist unterliegen. Vor dem Hintergrund des gesamten durch Verfolgung und Krieg bedingten Leids ist es nicht Sache des kriegsverschonten Landes, sich mit Klagen vorzudrängen, aber es wäre auch verfehlt, über die dem Terror zum Opfer gefallenen Mitbürger weiterhin mit Schweigen hinwegzugehen. Zu ihnen gehört Maurice Bavaud, der Missionar werden wollte, aber einem falschen Heilskünder anheimgefallen war. Aus Bavauds Abschiedsbrief spricht echte Seelengrösse, die ihn selbst jenem verzeihen liess, der ihn in den Tod getrieben hatte. Auch die letzten Zeilen

von Marcel Gerbohay liessen sich wieder auffinden. Sie sind erfüllt von glühender Religiosität, vom innigen Gedenken an Mutter und Schwester, aber ohne die innere Selbstfindung, die dem Zwiegespaltenen versagt geblieben ist.

«Name des Briefschreibers:

Maurice Bavaud

Gelesen:

Berlin-Plötzensee, den 12 Mai 1941

Königsdamm 7

Haus 3

Cher Papa, chère Maman.

Je lisais la démonstration de l'existence de l'âme par Descartes, il était huit heures, quand on vint m'annoncer que cette nuit est la dernière que je passe ici-bas. J'étais loin de m'attendre à ce coup; mais j'ai gardé un sang froid duquel j'augure bien, jusqu'à six heures, moment où ma tête tombera. Cet un moment terrible et qui serait insupportable sans l'espérance d'un Dieu qui récompense les bons et punit les méchants. Je meurs donc au sein de L'Eglise catholique romaine. Avec le Christ, je pardonne tout ce qui est à pardonner. Mon cœur ne ressent plus aucun ressentiment contre quiconque. Ah! qu'il est doux de pardonner, surtout à ce moment. Je demande aussi à mon Père, qui est dans les cieux, de pardonner à mes ennemis. Moi, je demande pardon à tous ceux qui ont quelque chose à me reprocher. Au reste, durant ma courte vie, mon cœur n'a jamais ressenti de véritable haine.

Je ne meurs pas stoïquement mais chrétiennement. Je t'embrasse, Papa; je t'embrasse Maman; j'embrasse Jean-Pierre, Hélène, Marie-Louise, Colette et Adrien; j'embrasse mes chères Tantes et tous mes autres parents. Je vous embrasse bien serré, bien serré, car c'est la dernière fois. Mon Dieu! je ne peux pas me retirer de vos bras. Je voudrais pleurer mais je ne le peux pas. Mon cœur va éclater. Enfin, nous nous reverrons puisque nous avons une âme. Je vais retrouver un petit ange, c'est ma petite sœur, notre petite Marie-Thérèse. Oh! Marie-Thérèse, viens me conduire dans l'éternel séjour. Voyez, je me détache des vivants pour m'attaché aux morts. Enfin, il faut bien mourir une fois. Chacun sans exception doit faire ce pas. Maintenant, Seigneur, laisse ton serviteur partir en paix selon ta parole.

Maintenant je vais recevoir les derniers sacrements de l'Eglise. L'aumônier de la prison est près de moi. Adieu et mille saints baisers.

Mon Père et ma Mère, merci pour tout ce que vous avez fait pour moi depuis ma plus tendre enfance. Au revoir, au ciel!

Je remets mon âme entre les mains de Dieu.

Votre enfant, votre frère.

Maurice Bavaud²⁹»

doit faire ce pas. Maintenant, Seigneur, laisse ton serviteur partir en paix selon ta parole.

Mais tenant je vais recevoir les derniers sacrements de l'Église. L'aumônier de la prison est près de moi. Adieu et mille saintes baisers.

Mon Père et ma Mère, merci pour tout ce que vous avez fait pour moi depuis ma plus tendre enfance.

Au revoir, au ciel!

Je remets mon âme entre les mains de Dieu.

Votre enfant, votre père.

Maurice Parraud

j'embrasse Jean-Pierre, Hélène, Marie-Louise, Collette et Adrien; j'embrasse mes chères Sœurs et tous mes autres parents. Je vous embrasse bien serré, bien serré, car c'est la dernière fois. Mon Dieu! je ne peux pas me retirer de vos bras, je voudrais pleurer mais je ne le peux pas. Mon cœur va éclater. Enfin, nous nous reverrons puisque nous avons une âme. Je vais retrouver un petit ange, c'est ma petite sœur, notre petite Marie-Thérèse. Oh! Marie-Thérèse, nous me conduira dans l'éternel séjour. Voyez, je me détache des vivants pour m'attacher aux morts. Enfin, il faut bien mourir une fois. Adieu sans exception.

Name des Briefschreibers:

Maurice Parraud

Gefahren:

Ordnungsbüchlein, den 12. Mai 1941
N. 3

Cher Papa, chère Maman.

Je lisais la démonstration de l'existence de l'âme par Descartes, il était huit heures quand on vint m'annoncer que cette nuit est la dernière que je passe ici-bas. J'étais loin de m'attendre à ce coup; mais j'ai gardé un sang-froid duquel j'ai quelque fierté, jusqu'à six heures, moment où ma tête tomba. C'est un moment terrible et qui serait insupportable sans l'espérance d'un Dieu qui récompense les bons et punir les

Vier die Unit bezeugt: Wähler nicht bezeichnen!

méchants. Je meurs donc au sein de l'Église catholique romaine. Adieu le Christ! Je pardonne tout ce qui est à pardonner. Mon cœur ne ressent plus aucun ressentiment contre quiconque. Ah! qu'il est doux de pardonner, surtout à ce moment. Je demande aussi à mon Père, qui est dans les cieux, de pardonner à mes ennemis. Moi je demande pardon à tous ceux qui ont quelque chose à me reprocher. Au reste, durant ma courte vie, mon cœur n'a jamais ressenti de véritable haine.

Je ne meurs pas stoïquement mais chrétiennement. Je t'embrasse, Papa; je t'embrasse Maman;

«Name des Briefschreibers:
Gerbohay
Gelesen:

Berlin-Plötzensee, den 25 Janvier 1943
Königsdamm 7
Haus III

Petite Mère chérie,

Il y a un an que je ne t'ai pas écrit, depuis bien des choses se sont passées: J'ai quitté la Bretagne, puis la France et je vais bientôt quitter la terre. Ne murmure point contre la Providence, ni contre les juges qui m'ont condamné et qui n'ont été que les instruments de sa justice. Adore et soumetts-toi, comme moi, tout se paye et mieux vaut expier en ce monde qu'en l'autre. J'ai voulu arranger les choses mieux que Dieu. Il a puni mon orgueil, qu'Il soit béni et qu'Il me pardonne. Prie pour moi beaucoup, ne m'oublie jamais. Fais dire si tu le peux des messes pour mon salut par l'Abbé Plassoux si c'est possible, remercie le de ses bontés à mon égard, dis lui bien que je lui en suis très reconnaissant. Par ailleurs ne parle de moi à personne, ne raconte rien de ce que tu pourras apprendre de mon affaire. Lorsque l'acte de décès paraîtra à la Mairie, garde toi de dire à quiconque que j'aurais pu partir avec Blény car on croirait peut-être que j'ai voulu me suicider en me livrant moi-même, ce qui est faux, j'ai été trompé par ma trop grande confiance en moi et je rends grâce à Dieu de ce que «j'ai été puni par où j'ai péché». Je n'ai qu'un seul regret petite maman bien-aimée c'est de partir avant toi, de te laisser seule en tes vieux jours, heureusement j'ai confiance en sœurlette, soyez bonnes, patientes l'une pour l'autre. Ne quitte jamais Pacé et reste à la Touche Milon tant que tu pourras, là est le bonheur de ta vieillesse. Tâche de t'entendre bien avec Madame Pinault, garde plutôt la maison que la rente, les deux si tu le peux. Communique souvent le premier vendredi du mois en l'honneur du Sacré-Cœur comme autrefois tu le faisais avec moi et à mes intentions. J'embrasse ton cher visage baigné de larmes, j'embrasse sœurlette bien-aimée et je vais courageusement au supplice qui me permet d'expier mes fautes. Pense bien que notre Mère du Ciel a ainsi perdu son «Gas» qui était l'innocence même et prie la beaucoup pour toi, pour moi, pour sœurlette, afin qu'elle te fasse une heureuse vieillesse.

Ton Marcel chéri³⁰.»

«Vu et certifié conforme à l'original, Pacé le 31 Janvier 1951 [Stempel] Le Maire signé:
Pinault»

«Avant de quitter ce monde pervers, je t'embrasse ô Sœurlette chérie et te demande de prier pour moi, ne m'oublie jamais surtout près de Dieu. Je te confie Maman, ses besoins, sa vieillesse.

Ton frerot qui s'en va de cette triste terre ...!

Berlin ce 25-1-43

Marcel³¹.»

Anmerkungen

Erster Teil

Im Labyrinth des systemgebundenen Widerstandes

- 1 Rothfels, Hans: Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Hrsg. u. eingel. v. Hermann Graml, neue u. erw. Ausg., Fischer, Frankfurt a. M. 1977, S. 37ff.
- 2 Auch für die Schweiz von Interesse ist: Schadt, Jürg: Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933–1940, bearb. v. J. S., Stuttgart 1976. Vgl. die Rezension des Verf. in: SZG, Bd. 27, H. 3, 1977, S. 423.
- 3 Gerstenmaier, Eugen: Was blieb vom Widerstand gegen Hitler? Nach fünfundzwanzig Jahren: Ein Rückblick auf die Opposition gegen das NS-Regime, in: Christ und Welt, Nr. 5 v. 30. Januar 1970.
- 4 Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, 3. erw. u. überarb. Aufl., München 1979. Vgl. a. die aus einem Vortrag entstandene Überblicksstudie v. Peter Hoffmann: Widerstand gegen Hitler. Probleme des Umsturzes, München 1979.
- 5 Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956.
- 6 Roon, Ger van: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967.
- 7 Müller, Christian: Oberst i. G. Stauffenberg. Eine Biographie, Düsseldorf 1971 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 3).
- 8 Für einen Überblick über die umfangreiche Fachliteratur sei verwiesen auf: Büchel, Regine: Der Deutsche Widerstand im Spiegel von Fachliteratur und Publizistik seit 1945, München 1975 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, H. 15).
- 9 Relativ spät brachte die fundierte Detailstudie von Anton Hoch den Nachweis, daß Elser als Einzeltäter gehandelt hat und mit äußerster Planmäßigkeit vorgegangen ist. Hoch, Anton: Das Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller 1939, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 17 (1969), S. 383–413. Vgl. ergänzend hierzu: Gruchmann, Lothar (Hrsg.): Autobiographie eines Attentäters: Johann Georg Elser. Aussage zum Sprengstoffanschlag im Bürgerbräukeller, München, am 8. November 1939, Stuttgart 1970.

1. Opfer seiner Tarnung: Hitler-Gegner Hans Bernd Gisevius

Solange v. Hassell in die Schweiz kommen konnte, waren die Tagebücher bei Oberst Fritz Rietet, dem Cousin zweiten Grades seiner Frau, in Zürich bzw. bei der Familie Wille in Mariafeld versteckt worden. Nach dem Krieg wünschte Frau v. Hassell die sofortige Publikation, die Rieter über Martin Hürlimann durch den Atlantis-Verlag veranlasste. Zu Gisevius herrschte ein wenig erfreuliches Verhältnis. MdI. Mitteilungen von Dr. Fritz Rieter v. 4. Januar 1969 – Hassell, Ulrich von: Vom andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944, Zürich/Freiburg i. Br. 1946. Schlabrendorff, Fabian von:

- Offiziere gegen Hitler, Zürich 1946. Dieser v. Gero v. Schulze-Gaevernitz bearbeitete Erlebnisbericht ist im Europa-Verlag erschienen. Nicht nur in der Zeit des Dritten Reiches, auch während der frühen Nachkriegszeit des besetzten Deutschland bot die Schweiz für die anderswo zensurierte Literatur eine begehrte publizistische Plattform. Vor allem war hier das benötigte Papier leichter zu beschaffen. In Deutschland musste das Verlagswesen erst wieder aufgebaut werden. MdI. Mitteilungen von Frau Ilse v. Hassell v. 29. Mai 1979.
- 2 «Die Einvernahme von Dr. Gisevius bildete einen Höhepunkt des Nürnberger Prozesses», NZZ, I, Nr. 745 v. 30. April 1946. Zum Vorabdruck vgl. NZZ, Sonntagsausgabe, Nr. 273 v. 17. Februar 1946.
 - 3 Gisevius, Hans Bernd: Bis zum bitteren Ende. Bd. I: Vom Reichstagsbrand zur Fritsch-Krise; Bd. II: Vom Münchner Abkommen zum 20. Juli 1944, Zürich 1946. Die positive Begutachtung des Manuskriptes durch den damaligen Chefredaktor der NZZ, Willy Bretscher, veranlasste den Verlag Fretz & Wasmuth zur Publikation dieses trotz aller Mängel bedeutsamen Berichtes. MdI. Mitteilungen v. Herrn Dr. h.c. Willy Bretscher v. 10. Januar 1979.
 - 4 Zur Kritik in der damaligen Zeit vgl. Kautsky, Benedikt: «Bis zum bitteren Ende». Bemerkungen zu einem Buch von Gisevius, in: Rote Revue, H. 5, Mai 1946, S. 152-156. Pechel, Rudolf: Der umstrittene Gisevius, in: Die Tat v. 13. Mai 1947. Pechel, der 1947 im Rentsch-Verlag, Erlenbach, sein Buch «Deutscher Widerstand (1932-1944)» herausgab, verargte Gisevius u.a., dass er sich zur These der Kollektivschuld des deutschen Volkes bekannt hatte.
 - 5 Gisevius, Bis zum bitteren Ende, Bd. I, S. 71.
 - 6 Gisevius, Bis zum bitteren Ende, Bd. I, S. 212, vgl. a. S. 55-74, 202ff. Diels selbst gibt an, Gisevius habe sich mit Himmler verbündet, um den von Göring gehaltenen Gestapochef zu verdrängen. Diels, Rudolf: Lucifer ante portas. Zwischen Severing und Heydrich, Zürich (1949), S. 248f. Auch Diels nahm später für sich in Anspruch, er habe die Gestapo in Preussen vor Himmler bewahren wollen, spielte selbst aber eine zweifelhafte Rolle. Vgl. a. Aronson, Shlomo: Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971, S. 82-93.
 - 7 Aufnahmeantrag in die NSDAP von Hans Bernd Gisevius v. 15. November 1933, Document Center, Berlin. Eine Parteimitgliedskarte, die bestätigen würde, dass der Kandidat aufgenommen wurde, fand sich nicht.
 - 8 Dulles schreibt: «Verschiedene Wege führten mich schliesslich zu Hans Bernd Gisevius, und durch ihn gelang es mir verhältnismässig früh, eine Verbindung mit den Verschwörern, die das Komplott des 20. Juli planten und dann ausführten, herzustellen.» Neben Gisevius hielten die Abwehrleute Eduard Waetjen und Theodor Strünck Verbindung zum OSS-Residenturleiter. Dulles, Allen Welsh: Verschwörung in Deutschland, Kassel 1949, S. 158ff., 168f. Vermittelt hatte diese Kontakte Gero v. Schulze-Gaevernitz, seit 1942 engster Mitarbeiter von Dulles. Dulles, Allen W./S. Gaevernitz, Gero v.: Unternehmen «Sunrise». Die geheime Geschichte des Kriegsendes in Italien, Düsseldorf 1967, S. 22.
 - 9 Gegenüber v. Hassell beklagte sich Gisevius, dass er und seine besonderen Freunde in der Schlussphase der Putschvorbereitungen ausgeschaltet worden seien, v. Hassell: Vom andern Deutschland, S. 367. In seinem eigenen Buch steht Gisevius hingegen im Zentrum des Geschehens, der Stauffenberg vergeblich zur Aktion antreibt: «Stauffenberg, wir dürfen die drei Stunden nicht untätig warten. Wir müssen etwas tun. Wir müssen sichtbare Tatsachen

Anmerkungen zu den Seiten 19 bis 23

- schaffen ... Wir müssen den Gestapo-Müller und Goebbels über den Haufen schiessen.» Gisevius, *Bis zum bittern Ende*, Bd. II, S.385. Zur Flucht s. Gisevius, *Wo ist Nebe? Erinnerungen an Hitlers Reichskriminaldirektor*, Zürich 1966. Dulles, *Verschwörung in Deutschland*, S. 177f.
- 10 Gisevius, Hans Bernd: Vorläufige Stellungnahme zu der am 11. März 1947 zugestellten Anklage vom 11. November 1946, Schriftsatz v. 15. März 1947, 29 S. (Zitat S. 3), in: Nachlass Dr. Eugen Bircher, Dossier 30, Zentralbibliothek Solothurn. (Zit. als: Erster Schriftsatz)
 - 11 Neben dem oben genannten Schriftsatz vgl.: Gisevius, Hans Bernd: An den Grossrichter des Divisionsgerichtes 6, o. D., 33 S., ebenda (zit. als: Zweiter Schriftsatz). Es handelt sich hierbei um v. Gisevius an Oberstdivisionär Bircher übergebene Kopieexemplare. Beide Schriftsätze sind im Text identisch mit dem im Nachlass Gisevius befindlichen Exemplar, während die Seitenzahlen – es handelt sich um zwei verschiedene Abschriften – divergieren.
 - 12 Gisevius, Erster Schriftsatz, S. 5 f.

1. Das Unternehmen «V 7»

- 1 Nicht fürchten ist der Harnisch, *Reformierte Flugblätter*, II. Jg., Nr. 10, Oktober 1942.
- 2 Vgl. die Dokumentation von Max Schmid: *Schalom! Wir werden euch töten! Texte und Dokumente zum Antisemitismus in der Schweiz 1930-1980*, Zürich 1979.
- 3 Zit. nach: Ludwig, Carl: *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz in den Jahren 1933 bis 1955*. Bericht an den Bundesrat zuhanden der eidgenössischen Räte, Bern (1957), S. 242f., Anm. 1 (zit. als: Ludwig-Bericht).
- 4 «Neben der Leichenhalle im Krankenhaus», so berichtet ein anderer KZ-Häftling, «wurde eine Baracke mit 10 Einzelzellen errichtet und für Lagerbegriffe komfortabel eingerichtet.» Diese dienten dann als Bordell, das nach Rothmunds Besuch dort eingerichtet worden ist. KZ Sachsenhausen, hrsg. v. Lucie Grosser i. A. des Hauptausschusses «Opfer des Faschismus», Berlin o.J., S. 14ff., 29f., 33f.
- 5 Zit. nach: Broszat, Martin: *Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933-1945*, in: *Anatomie des SS-Staates*, Bd. II, Olten 1965, S. 76.
- 6 Ludwig-Bericht, S. 237, Anm. 2.
- 7 Ebenda.
- 8 *Reformierte Flugblätter*, Nr. 10, Oktober 1942.
- 9 Brief v. Bundesrat Eduard v. Steiger an Carl Ludwig v. 9. Juli 1955, in: Ludwig-Bericht, S. 242f.
- 10 Oberstbrigadier Masson führte es auf das Entgegenkommen Schellenbergs zurück, dass Rothmund das ihm lange verweigerte Visum zur Reise nach Deutschland erhalten hatte. Bonjour, Edgar: *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Bd. V, Basel 1970, S. 73. Schellenbergs Mitarbeiter Hans Eggen behauptet, sein Chef habe veranlasst, «dass Dr. Rothmund in allen Ressorts aufs Freundlichste empfangen wurde, aber ohne Ergebnis nach der Schweiz zurückkehren musste». Eggen, Hans: *Zusammenfassung meiner Ausführungen vom 13.11.1945 und 15.11.1945*, S. 12f., Aktenbestand: Hans Hausamann, AfZ. Gisevius zufolge war er es, der sich für die Erteilung des Einreisevisums eingesetzt hat. «Heute rühmt sich Herr Eggen dieses Erfolges, und ich glaube, selbst Dr. Rothmund weiss nicht,

- durch wen endlich seine Einreiseerlaubnis bewirkt wurde, nämlich durch die ‚Abwehr‘.» Erster Schriftsatz, S. 17. Die Kontroverse macht deutlich, mit welchen Methoden die konkurrierenden deutschen Nachrichtendienste um das Vertrauen Massons warben.
- 11 Hinweise finden sich bei Höhne, Heinz: Canaris, Patriot im Zwielicht, München 1976, S. 484, 496. Höhne stützt sich u.a. auf ein Manuskript von Gert Buchheit: Aktion «V 7».
 - 12 Für die Mitteilungen über die Aktion «V7» danke ich Herrn Dr. Josef Steegmann, der mit Gisevius in die Strafuntersuchung Dr. Eduard von der Heydt u. Consorten betr. Vorschubleistung zu militärischem Nachrichtendienst einbezogen worden war. Tonbandprotokoll der Befragung v. 23. März 1979, S.6f.; Gisevius, Zweiter Schriftsatz, S. 17ff. Gisevius, Bis zum bitteren Ende, Bd. II, S. 266ff. Über das Zusammentreffen von Rothmund und Oster berichtet auch die Erinnerungsschrift von Minister Hans Frölicher: «Bei einem Essen für Rothmund war als Gast auch Oberst Oster von der Abwehr erschienen. Ich hatte es bisher bewusst unterlassen, mit Canaris und Oster persönliche Beziehungen zu suchen. Das konnte ich dem Militärattaché überlassen. Es fiel mir auf, dass Oster mir gegenüber eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legte. Heute glaube ich es mir erklären zu können. Da ich, diplomatisch ausgedrückt, für freundschaftliche Beziehungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland eintrat, war das für ihn schon ein Grund des Misstrauens. Herr Rothmund besuchte ihn nachher und berichtete mir, dass die Abwehr nur einen Gedanken habe – Deutschland von dem verbrecherischen System Hitlers zu befreien.» Hans Frölicher: Meine Aufgabe in Berlin, Privatdruck, Wabern-Bern 1962, S. 68f.
 - 13 Höhne, Canaris, S. 484. Dr. Steegmann hält es für ausgeschlossen, dass Schmidhuber das Geld hinübergebracht hat. Unzutreffend ist, wenn der Verf. von «zwölf alten Berliner Juden» spricht, ebenda, S. 466.
 - 14 Mitteilung v. Dr. Josef Steegmann v. 23. März 1979. Der Vertrauensmann war der Berliner Rechtsanwalt Ludwig Ruge.
 - 15 Zit. in: Gisevius, Zweiter Schriftsatz, S. 19. Dr. F. W. Arnold siedelte nach dem Krieg nach New York über. Ein Hodler-Bild, das Gisevius im Kuriersack in die Schweiz gebracht hatte, das aber von ihm nicht der Besitzerin, Frau A. Conzen, übergeben, sondern im Panzerschrank des deutschen Generalkonsulats Zürich verwahrt und nach dem Krieg beschlagnahmt worden war, führte zwischen Arnold und Gisevius noch zu Divergenzen über die Art und Weise, wie gegenüber den schweizerischen Behörden die Rückgabe des Bildes verlangt werden sollte. Vgl. den Briefwechsel Arnold/Gisevius und Conzen/Gisevius 1945/46 im Nachlass Dr. Hans Bernd Gisevius. Für die gewährte Einsichtnahme sowie für die mündlichen Auskünfte danke ich Frau Dr. Gerda Gisevius und Herrn Thomas A. Woog.
 - 16 Höhne, Canaris, S. 490. Als besonders ergiebig für seine Studie erwiesen sich die Akten der Staatsanwaltschaft am Landgericht Lüneburg, Strafsache Dr. Manfred Roeder.
 - 17 Steegmanns früherer Vorgesetzter Oberstintendant Martin Toeppen, der ins Reichswirtschaftsministerium versetzt worden war und Dohnanyi hasste, hat dem Justitiar von der bevorstehenden Verhaftung erzählt. Steegmann bat sogleich Dohnanyi auf sein Büro und warnte ihn: «So, jetzt ist es wirklich aus, Sie werden verhaftet, verschwinden Sie, es gibt keine Rettung. Dann wurde er blass, hat nicht viel gesagt und ist gegangen und hat nichts getan und ist mit den ganzen kompromittierenden Papieren verhaftet worden.» Mitteilungen Dr. Steegmann, Tonbandprotokoll, 23. März 1979, S. 7. Warnungen waren Dohnanyi mehrfach zugekommen.

- 18 Höhne, Canaris, S. 552ff.
- 19 Irving, David: Das Ende einer Legende: Der Fall Speidel, in: Verrat und Widerstand im Dritten Reich, Coburg 1978, S. 73. Zum Charakter dieser Schrift vgl. unten S. 59.
- 20 Vgl. die Listen im Dossier: Akten betr. Abwehr, Einbau von Angehörigen der Abwehr in den Außendienst des Auswärtigen Amtes, Allgemeines, Bd. 1, 1940–1942, Pol. IM (5), AA, PA–B.
- 21 Gisevius, Zweiter Schriftsatz, S. 12.
- 22 Das erste Verbot betraf möglicherweise nur die «Kriegsorganisation Schweiz», während die zweite Verfügung ein allgemeines Spionageverbot gegen den Kleinstaat beinhaltete und für alle Abwehrstellen gelten sollte. «Wie mir Admiral Canaris vor einigen Tagen sagte, habe er sich entschlossen, jeden Nachrichtendienst gegen die Schweiz streng zu untersagen. Es habe ja doch keinen Zweck, da sie uns militärisch verhältnismäßig wenig interessiert und dieser Nachrichtendienst uns politisch sehr belaste.» Aktenvermerk v. Leg.-Rat von Grote, Berlin, 10. April 1943, in: Abwehr, Schweiz, Bd. 1, Pol. IM (41), AA, PA–B. Zur Struktur der Abwehr und ihrer Tätigkeit gegen die Schweiz erbringt die von Prof. Dr. Walter Schaufelberger betreute Lizentiatsarbeit von Hans-Rudolf Fuhrer: Der geheime deutsche Nachrichtendienst gegen die Schweiz im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, Univ. Zürich 1979, wertvollen Aufschluß. Die Studie ist von Herrn Fuhrer, dem ich für Hinweise zur «Kriegsorganisation Schweiz» danke, durch den Einbezug des Sicherheitsdienstes zur Dissertation ausgebaut worden.
- 23 Gisevius, Zweiter Schriftsatz, S. 26.
- 24 Gisevius, Erster Schriftsatz, S. 6.
- 25 Gisevius, Zweiter Schriftsatz, S. 14. Daß er als Abwehrmann in kompromittierenden Kreisen verkehrt hatte, reichte als Beweis nicht aus. Zu seiner Entlastung brachte er u. a. bei: Stellungnahmen von Dr. Carl Dienstmann, ehemaligem Generalkonsul in Zürich, v. 1. Juni 1957 sowie v. Wolfgang Langmann, ehemaligem Abwehrmitarbeiter in Bern, v. 25. Oktober 1963. Nachlaß Dr. Hans Bernd Gisevius.

3. Prototyp eines Opportunisten: Eduard Freiherr von der Heydt

- 1 Heydt, Eduard von der/Rheinbaben, Werner von: Auf dem Monte Verità. Erinnerungen und Gedanken über Menschen, Kunst und Politik, Zürich 1958, S. 39 (zit. als: Heydt, Erinnerungen).
- 2 *Artibus Asiae*, vol. XXV, I, Ascona 1962, S. 5. Zum Jubiläum vgl. a. NZZ, I, Nr. 3363 v. 26. September 1962.
- 3 Tages-Anzeiger v. 4. April 1964, S. 13; vgl. a. NZZ, III, Nr. 1395 v. 3. April 1964.
- 4 Tages-Anzeiger v. 17. März 1979, S. 61 («Prozessieren um den Monte Verità?»).
- 5 Heydt, Erinnerungen, S. 16ff.; Tages-Anzeiger, Nr. 225 v. 25. September 1962. Biographische Angaben finden sich auch in: Eduard von der Heydt zum 70. Geburtstag, Schriften des Museum Rietberg Zürich, Nr. 2, 1952, insbes. S. 15ff. (Victor Dirksen: Die Familie von der Heydt und das Elberfelder Museum).
- 6 Rotzler, Willy: Der Baron auf dem Monte Verità. Kleines Lebensbild von Eduard von der Heydt, in: Monte Verità, Lokale Anthropologie als Beitrag zur Wiederentdeckung einer neuzeitlichen sakralen Topographie, hrsg. v. Harald Szeemann, Venezia-Matellago 1978, S. 99–105.
- 7 Mitgliedskarte der NSDAP, Eduard von der Heydt, BDC.

- 8 Zur Spitzelaffäre im Kanton Tessin vgl. Akten betr. Deutscher Nationalsozialismus in der Schweiz, Bd. 1, 1931-1935, Dt. Gesandtschaft Bem, PA-B.
- 9 Heydt, Erinnerungen, S. 78f.
- 10 Parteiakten Dr. ing. Julius Ammer, BDC. Vgl. a.: Akten betr. Deutscher Nationalsozialismus in der Schweiz, Bd. 7, 1936-1937, Dt. Gesandtschaft Bern, PA-B.
- 11 Für die schriftlichen und mündlichen Mitteilungen v. 21. Februar u. 18. März 1979 sowie für die Einsicht in diverse Korrespondenzen mit Eduard von der Heydt dankt der Verfasser Herrn a. Gemeindeammann Heinrich Jäger, Nussbaumen TG.
- 12 OPG-Urteil in Sachen Eduard Freiherr von der Heydt v. 14. Oktober 1939, BDC. Die Sitzung des Parteigerichts wurde von Prof. Friedrich Grimm geleitet, der im Gerichtsverfahren gegen den Gustloff-Attentäter David Frankfurter sowie beim Berner Zionistenprozess auch in der Schweiz unliebsam in Erscheinung getreten war.
- 13 Beschwerdesache Eduard von der Heydt, Rekursentscheid des Schweizerischen Bundesrates v. 26. April 1949, S. 9, Gemeindearchiv Nussbaumen TG (zit. als: Rekursentscheid).
- 14 Tages-Anzeiger, Nr. 225 v. 25. September 1962.
- 15 Rekursentscheid, S. 9.
- 16 Ebenda, S. 2f.
- 17 An die Stimmberechtigten der Stadt Zürich, Weisung zur Gemeindeabstimmung v. 3. Juli 1949, S. 2ff. Die Vorlage wurde mit 41744 Ja gegen 26660 Nein angenommen, nachdem die Partei der Arbeit den Entscheid der Stimmberechtigten gefordert hatte.
- 18 Zit. nach Rekursentscheid, S. 9.
- 19 Ebenda, S. 5.
- 20 Ebenda, S. 3 ff.
- 21 Alle Angaben basieren auf dem ausführlichen Rekursentscheid.
- 22 Vgl. das im Juni 1946 in der Strafuntersuchung von der Heydt erstellte «Flussdiagramm», das aber auch Geldtransaktionen aufführt, die nicht der Spionage dienten. Dossier E 27: 10064, BA-B. Auf diese von der Schweiz. Verrechnungsstelle überprüfte Übersicht hat erstmals aufmerksam gemacht Hans-Rudolf Fuhrer: Die geheimen deutschen Nachrichtendienste gegen die Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Diss. Univ. Zürich 1980, Beilage 16. (Maschinenschrift)

2. Der Putschfonds in der Schweiz

- 1 Gisevius, Erster Schriftsatz, S. 21 f.
- 2 Eidesstattliche Erklärung von Dr. Georg Duesterberg, Hannover, 9. Juli 1947 (Abschrift). Für die Einsichtnahme dankt der Verf. Herrn Dr. Josef Steegmann.
- 3 Ebenda.
- 4 Gisevius, Erster Schriftsatz, S. 22f.
- 5 Duesterberg, Eidesstattliche Erklärung.
- 6 Gisevius, Erster Schriftsatz, S. 26.
- 7 Duesterberg, Eidesstattliche Erklärung.
- 8 Ebenda.
- 9 Befragung v. Dr. Josef Steegmann, Tonbandprotokoll, 23. März 1979, S. 2.
- 10 Steegmann, Tondbandprotokoll, S. 9.
- 11 MdI. Mitteilungen von Dr. Steegmann v. 20. April 1979.
- 12 Duesterberg, Eidesstattliche Erklärung; mdl. Mitteilungen von Dr. Steegmann v. 19. u. 20. April 1979.

- 13 Mdl. Mitteilungen von Dr. Steegmann v. 20. April 1979 – Brief v. Fabian v. Schlabrendorff an den Verf. v. 11. Mai 1979; v. Schlabrendorff, der Brochhaus als Anwalt beriet, wollte sich zum Konflikt mit Gisevius nicht äussern. Im Nachlass Gisevius fand sich eine Photokopie eines Briefes von Hans Brochhaus an Rechtsanwalt Dr. Keller-Staub, Zürich, datiert v. 15. Juni 1944 aus Berlin-Charlottenburg: «Sehr geehrter Herr Dr. W. Keller-Staub! Ich bitte freundlichst, veranlassen zu wollen, dass mein Guthaben von 3'000'000 Schweizer Franken (in Worten: Drei Millionen Schweizer Franken) auf das Separatkonto B der Berliner Handelsgesellschaft bei der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich eingezahlt wird.» Ohne Beteiligung der Abwehr hätte Brochhaus das Geld nicht transferieren können. Er war Besitzer der Fabrik «Chemische Brochhaus» und leitete die Gesellschaft Elwarth, eine Tochtergesellschaft eines amerikanischen Erdölkonzerns. Mdl. Mitteilungen von Dr. Josef Steegmann v. 15. August 1979.
Wenige Wochen nach dem Geldtransfer und kurz vor dem Putsch vom 20. Juli 1944 soll Gisevius, wie ihm Rechtsanwalt Dr. W. Keller-Staub mit Brief v. 22. Februar 1962 bestätigte, «nicht einen Betrag von Fr. 475'000.- von mir aus Brochhaus-Geld erhalten haben, sondern höchstens einen kleineren Betrag davon, denn Herr Brochhaus hat den Hauptbetrag von anderer Seite später zurückerhalten». Laut Mitteilungen von Dr. Steegmann handelte es sich um Eduard Waetjen, der den von ihm abgehobenen Betrag nach dem Krieg zurückerstattet hat.
- 14 Frey, Hugo A. (Hrsg.): Die Devisengesetzgebung der Schweiz. Sammlung der schweizerischen Devisenerlasse, Basel 1948, Teil III, 1.
- 15 Gisevius, Zweiter Schriftsatz, S. 11.
- 16 Ebenda, S. 10f.
- 17 Bericht des Chefs des Generalstabes der Armee an den Oberbefehlshaber der Armee über den Aktivdienst 1939-1945 (Nachtrag Nr. 2: Die Tätigkeit des Sicherheitsdienstes der Armee), o. O., o.J., S. 492.
- 18 Ebenda, S. 480. Gisevius hingegen wollte den Beweis erbringen, dass zu seiner Zeit das Büro «effektiv gegen die Schweiz nicht gearbeitet hat». Nachtrag zum ersten Schriftsatz, o. O. 6 S., Nachlass Dr. Eugen Bircher, Dossier 8, Zentralbibliothek Solothurn.
- 19 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939-1945 (Motion Boerlin), Erster Teil, v. 28. Dezember 1945, S. 104-123.
- 20 Amtliches stenographisches Bulletin der Bundesversammlung, Nationalrat, 56. Jg., Bern 1946, S. 797. Boerlin dachte in erster Linie an die Geldgeber der Frontisten, zumal da ungeklärt war, wer 1940 den rechtsextremen Aufsteiger Ernst Hofmann oder die Neue Basler Zeitung finanziert hatte.
- 21 Gisevius, Erster Schriftsatz, S. 2 7. Duesterberg, Eidesstattliche Erklärung.

3. Zur Anklage nicht legitimiert

- 1 Zu den Wirtschaftsverhandlungen vgl. Bonjour, Edgar: Geschichte der schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Aussenpolitik, Bd.VI, 1939-1945, Basel 1970, S. 195-274. Hornberger, Heinrich: Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg. Ein Überblick auf Grund persönlicher Erlebnisse, Erlenbach-Zürich 1970. Urner, Klaus: Die schweizerische Handelspolitik in der Darstellung Edgar Bonjours und Heinrich Hornbergers, in: Schweizer Monatshefte, 50.Jg., H. 7, Oktober 1970, S. 610-620.

- 2 Dt. Gesandtschaft Bern an AA, Telegr. v. 12. Februar 1944, in: Akten betr. Abwehr, KO Schweiz, Bd. I, Pol. IM, PA-B.
- 3 Vgl. hierzu die Studie des Basler Historikers Georg Kreis: Auf den Spuren von La Charité. Die schweizerische Armeeführung im Spannungsfeld des deutsch-französischen Gegensatzes 1936–1941, Basel 1976.
- 4 Gisevius, Erster Schriftsatz, S. 12f. Aufzeichnung v. Eugen Bircher: Nachmittagsbesuch bei Herrn Gisevius in Commugny s/Coppet, 12. Oktober 1945, S. 2, Nachlaß Dr. Eugen Bircher, Dossier 16, Zentralbibliothek Solothurn.
- 5 Gisevius, Zweiter Schriftsatz, S. 1f.
- 6 Ebenda, S. 25.
- 7 Brief v. Sigismund Freiherr von Bibra v. 3. März 1969 an den Verf.
- 8 HaPol., AA, an Büro RAM, Fernschreiben v. 8. April 1943, in: Handelsvertragsverhältnis zu Deutschland, Handel, 13, Schweiz, Bd. 12, 1943/44, PA-B.
- 9 Amtliches stenographisches Bulletin der Bundesversammlung, Nationalrat, 56. Jg., Bern 1946, S. 797. Weitere Angaben aus den Debatten S. 347–407.
- 10 Frei, Daniel: Das Washingtoner Abkommen von 1946. Ein Beitrag zur Geschichte der schweizerischen Außenpolitik zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg, in: SZG, H. 3, 1969, S. 567–619, insbes. S. 588f., 595. Zum Text des Abkommens vgl. A. S., Bd. 62, 1946. S. 660ff. Über die Finanzbeziehungen ist von den Studien von Marco Durrer, Genf, näherer Aufschluß zu erwarten.
- 11 A. S., Bd. 61, 1945, S. 133; Bd. 63, 1947, S. 1169.
- 12 Höß, Rudolf: Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen, eingel. u. kommentiert v. Martin Broszat, (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 5), Stuttgart 1958, S. 164.
- 13 Vrba, Rudolf: Ich kann nicht vergeben, München 1964, S. 151, 305. Strittig ist die Frage, ob auch umgegossenes Zahngold in die Schweiz verschoben worden ist.
- 14 Hotz, Jean: Handelsabteilung und Handelspolitik in der Kriegszeit, in: Die schweizerische Kriegswirtschaft 1939/1948. Bericht des Eidg. Volkswirtschafts-Departementes, Bern 1950, S. 53–107, insbes. S. 75. Homburger, Schweizerische Handelspolitik, S. 91. Nach eigenen Forschungen muß der Fehlbetrag eher gegen eine halbe Milliarde Franken betragen haben. Urner, Klaus: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges, Teil III, in: NZZ, I, Nr. 756 v. 6. Dezember 1968.
- 15 Hotz, Handelsabteilung und Handelspolitik, S. 82. Für mdl. Mitteilungen v. 5. Februar 1979 zum Kohlekredit dankt der Verf. Herrn Dr. Heinrich Homburger.
- 16 Gisevius, Erster Schriftsatz, S. 24. Die in drei Fällen von Gisevius bei von der Heydt abgeholten Gehaltsbeträge für das Büro F seien nach Eintreffen der von der Nationalbank zur Verfügung gestellten Frankenbeträge sofort wieder zurückgebucht worden.
- 17 Einstellungsverfügung in Sachen Dr. Josef Steegmann v. 13. März 1948 sowie Eidesstattliche Erklärung v. Erwin Lahousen v. 20. Juli 1947 und v. Dr. Georg Duesterberg v. 9. Juli 1947 (Kopie, im Besitz v. Dr. Josef Steegmann).
- 18 Eingabe v. Hans Bernd Gisevius an Bundesrat Kobelt v. 21. Mai 1948 sowie Einstellungsverfügung in Sachen Gisevius v. 10. August 1948, Nachlaß Gisevius. Die Prozeßakten des Divisionsgerichts 6 unterstehen der Sperrfrist und sind, soweit sie sich nicht mit den Privatakten der in das Strafverfahren einbezogenen Personen decken, nicht eingesehen worden. Während über das Gericht und seine Urteilsfindung weitere Aufschlüsse zu erwarten sind, besteht über von der Heydts Tätigkeit im Dienste der Ab-

- wehr sowohl auf Grund der zugänglich gewordenen schweizerischen wie deutschen Akten und mdl. Mitteilungen kein Zweifel mehr.
- 19 Die dem Gericht zur Entlastung von Steegmann vorgelegte Eidesstattliche Erklärung von Dr. Georg Duesterberg, dem letzten Leiter der Gruppe Zentral Finanz, lässt – abgesehen von den Angaben von Steegmann und Gisevius – an der Rolle von der Heydts keinen Zweifel: «Soweit Baron von der Heydt neben der Wechseltransaktion im Auftrage von Berlin Überweisungen an dritte Stellen oder Personen im Ausland durchführte, ging dies Dr. Steegmann nichts an. Er hatte von diesen Vorgängen keine Kenntnis.»
- 20 Mdl. Mitteilungen von Dr. Josef Steegmann, 20. April 1979-
- 21 Gerstenmaier, Eugen: Was blieb vom Widerstand gegen Hitler?, in: Christ und Welt, Nr. 5 v. 30. Januar 1970, S. 14.
- 22 Ribbentrop, Annelies von: Die Kriegsschuld des Widerstandes. Aus britischen Geheimdokumenten 1938/39, Leoni 1974. Die These geht dahin, oppositionelle Kräfte im Auswärtigen Amt (v. Weizsäcker, Erich Kordt u.a.) hätten England durch irreführende Putschzusagen zu seinem Beistandspakt mit Polen und damit die Alliierten wider Willen in den Krieg gedrängt. Von der Presse wenig beachtet, macht sich eine wachsende Subliteratur für Thesen stark, denen David L.Hoggan mit seinem Buch «Der erzwungene Krieg» (Tübingen 1961) die Richtung wies.
- 23 Verrat und Widerstand im Dritten Reich. Referate und Arbeitsergebnisse des zeitgeschichtlichen Kongresses der Gesellschaft für Freie Publizistik vom 26.-28. Mai 1978 in Kassel, Coburg 1978. Das letzte Referat dieses Kongresses, gehalten vom 1943 geborenen promovierten Historiker und Vorsitzenden der Gesellschaft für Freie Publizistik, Gert Sudholt, endete mit den Worten: «Aber trotz allem bleibt Hoffmann von Fallerslebens Deutschland-Lied und damit die grosse deutsche Forderung seit über einem Jahrhundert bestehen: ‚Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt‘.» A. a. O., S. 126.
- 24 A. a. O., S. 70-85. So will Irving zum ehemaligen Generalstabschef Rommels, Generalleutnant Hans Speidel, gesagt haben: «Zuerst einmal, dass Sie überhaupt Widerstand getrieben haben; das war nicht Sache eines Generalstabsoffiziers in Ihrer Lage.» Die Darstellung in seinem Buch: Rommel, Eine Biographie, Hamburg 1978, S.495ff., 546ff., 561ff. hält Irving in gemässigerem Ton. Vgl. a. den Bericht von Hans Speidel v. 15. Juni 1945 im Nachlass Dr.Eugen Bircher, Dossier 8, Zentralbibliothek Solothurn.
- 25 Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten. Die Karriere des Eugen Gerstenmaier. Ein Dokumentarbericht, hrsg. v. Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin o.J.
- 26 Die Frage ist, ob sich die Nationalbank gegenüber dem Vizepräsidenten der Reichsbank, Emil Puhl, allzu gutgläubig verhalten hat. Zum Vorwurf der Alliierten, es an der nötigen Vorsicht fehlen gelassen zu haben, vgl.: Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Genehmigung des in Washington abgeschlossenen Finanzabkommens, 14. Juni 1946. Bundesblatt, 98.Jg., Bd.II, Bern 1946, S. 714-746, insbes. S. 719ff., 728ff.
- 27 Schellenberg, Walter: Memoiren, Köln 1956, S. 314.
- 28 HaPol., AA, an div. Reichsministerien, Rundschreiben v. 21. Februar 1941, in: Schweiz, Bd. 8, Januar 1940 bis August 1942, HaPol. Wiehl, PA-B.
- 29 Kreis, Georg: Helvetischer Totalitarismus, Basler Magazin, Nr. 4 v. 27. Januar 1979.

Zweiter Teil: Einzeltäter und ihr Umfeld

1. Ecrasez l'infâme!

- 1 Mann, Thomas: Deutsche Hörer! Fünfundfünfzig Radiosendungen nach Deutschland, in: Gesammelte Werke, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1974, Bd. XI, S. 1038.
- 2 Ebenda, S. 1009f.
- 3 Ebenda, S. 1010.
- 4 Zit. nach Mandt, Hella: Tyrannislehre und Widerstandsrecht. Studien zur deutschen politischen Theorie des 19. Jahrhunderts, Darmstadt 1974, S. 101.
- 5 Urner, Klaus: Die Deutschen in der Schweiz. Von den Anfängen der Kolonienbildung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Frauenfeld 1976, S. 116ff.
- 6 Deutscher Beamten-Kalender 1940, S. 9.
- 7 Kordt, Erich: Nicht aus den Akten. Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg. Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke 1928–1945, Stuttgart 1950, S. 370.

2. Der politische Mord – Konservative Gewissenserforschung mit ungleichen Moralkriterien

- 1 Hitler, Adolf: Mein Kampf, Dünndruckausg., München 6 1940, S. 609.
- 2 Lebenslauf Pabst, o. D., S. 2, in: Nachlaß Dr. Eugen Bircher, Dossier 18, Zentralbibliothek Solothurn.
- 3 Koch, Hansjoachim W.: Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918–1923, Berlin, Frankfurt/M, Wien 1978, S. 82ff. Nettel, Peter: Rosa Luxemburg, Köln 1969, S. 540ff. Höhne, Heinz: Canaris. Patriot im Zwielicht, München 1976, S. 66ff. Vgl. a. Der Spiegel, Nr. 16, 1962, S. 38–44, u. Nr. 8, 1967, S. 40–43. «Als wir Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erledigten» ... – diese Worte hat Pabst wiederholt gegenüber Emil Bührlé geäußert, mit dem er nach dem Krieg ins Waffengeschäft zu kommen suchte. Schriftl. Mitteilungen v. Dr. Josef Steegmann v. 4. Febr. 1980, der selbst hörte, wie sich Pabst auf diese Morde berief.
- 4 Einschlägige Unterlagen finden sich im Nachlaß Dr. Eugen Bircher, Zentralbibliothek Solothurn, sowie in Akten des SVV im Staatsarchiv Aarau und im Bundesarchiv Bern. Zu den Anfängen des SVV vgl. Thüerer, Andreas: Der Schweizerische Vaterländische Verband und die in ihm zusammengeschlossenen Bürgerwehren 1919–1923, Basel 1978, sowie Gautschi, Willi: Geschichte des Kantons Aargau 1885–1953, Bd. 3, Baden 1978, S. 234ff.
- 5 Lebenslauf Pabst, S. 4f.
- 6 Winkler, Franz: Die Diktatur in Österreich, Zürich 1935, S. 25.
- 7 Lebenslauf Pabst, S. 3f. «Von 1921 bis 1930 war ich Stabschef dieser Organisation und baute sie von ursprünglich 50 Mann bis auf über 200 000 Mann auf.»
- 8 Ebenda, S. 5.
- 9 Bircher, Eugen: Zur Angelegenheit des Falles von Major Pabst, undat. Exposé, 3 S., in: Nachlaß Bircher, Dossier 5, Zentralbibliothek Solothurn. Insbesondere sei es Pabst zu verdanken, «daß die Schweizer Armee in den Besitz des Verfahrens für die Fertigung von Stahlhülsen an Stelle der früheren Messinghülsen kam, zu einem Zeitpunkt

te, als unsere Kupfervorräte sich in einem kritischen Stadium befanden. Es war dies nicht einfach, denn die deutsche Wehrmacht gab die Patente usw. nur unter großen Schwierigkeiten ab. Die Schweiz ist auch das einzige neutrale Land geblieben, welches Dank der Arbeit des Herrn Pabst und seiner Freunde in den Besitz des Verfahrens gelangte.»

- 10 Pabst machte sich nach dem Zweiten Weltkrieg Hoffnungen, noch einmal dank seiner Geheimdienstverbindungen eine bedeutende Rolle spielen zu können. I. v. Ilsemann an E. Bircher, Brief v. 21. März 1948, in: Nachlaß Bircher, Dossier 23, Zentralbibliothek Solothurn; vgl. a. die Korrespondenzen in den Dossiers 9, 22, 27. Pabst ist im Alter von fast 90 Jahren gestorben. NZZ, Nr. 257 v. 7. Juni 1970.
- 11 Höhne, Canaris, S. 72ff. Hannover, Elisabeth u. Heinrich: Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Frankfurt a. M. 1967. Da Pabst dank solcher Manipulationen in diesem gerichtlichen Verfahren nicht eingeklagt worden ist, behauptete auch Bircher: «Er kann also nicht als Fememörder bezeichnet werden.» Exposé Bircher, S. 1, in: Nachlaß Bircher, Dossier 5, Zentralbibliothek Solothurn.

3. Richten Auge in Auge

- 1 Schneider, Reinhold: Gedenkworte zum 20. Juli, Freiburg 1947.
- 2 Hoffmann, Peter: Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975, S. 249.
- 3 Ehlers, Dieter: Technik und Moral einer Verschwörung. Der Aufstand am 20. Juli 1944, Kassel 1964, S. 22 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, H. 62).
- 4 Ebenda.
- 5 The Times v. 6. August 1969 («I talked of plan to kill Hitler»). Die Weltwoche, Nr. 1866 v. 15. August 1969 (Gustav Mauthner, Der Colonel, der Hitler erschießen wollte). Hoffmann, Die Sicherheit des Diktators, S. 113f.
- 6 Foote, Alexander: Handbook for Spies, London 1953, S. 25ff.
- 7 Groscurth, Helmuth: Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler, hrsg. v. Helmut Krausnick u. Harold C. Deutsch, Stuttgart 1970, S. 223.
- 8 Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1979, S. 94–129. Zur Phase nach München vgl. Deutsch, Harold, C.: Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939–1940, München 1969.
- 9 Hoffmann, Widerstand. S. 347–350.
- 10 Schlabrendorff, Fabian v.: Offiziere gegen Hitler, bearb. u. hrsg. v. Gero v. S. Gaevernitz, Zürich 1946, S. 124; vgl. a. die Taschenbuchausgabe Fischer-Bücherei, Bd. 305, Frankfurt 1959, S. 131f.
- 11 Kordt, Erich: Nicht aus den Akten, Stuttgart, 1950, S. 374.
- 12 Speer, Albert: Erinnerungen, Frankfurt/M-Berlin 1969, S. 438f.
- 13 Abshagen, Karl Heinz: Canaris, Stuttgart 1949, S. 312.
- 14 Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 63f. Für die Anwerbung des Attentäters soll Halem von Dohnanyi 12 000 Reichsmark erhalten haben; vgl. Höhne, Heinz: Canaris. Patriot im Zwielficht, München 1976, S. 485; vgl. a. das Erinnerungsbuch von Fabian von Schlabrendorff: Begegnungen in fünf Jahrzehnten, Tübingen 1979, S. 67ff.

- 15 Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S.67ff. Hoffmann, Widerstand, S.327ff. Schlabrendorff, Begegnungen, S. 186-238 (Henning von Tresckow).
- 16 Hoffmann, Widerstand, S. 407-410.
- 17 Neben dem Werk von Christian Müller: Oberst i. G. Stauffenberg, Eine Biographie, Düsseldorf ²1971, bietet Regine Büchel: Der Deutsche Widerstand im Spiegel von Fachliteratur und Publizistik seit 1945, München 1975, S.47ff., 108ff., einen nützlichen Literaturüberblick sowie einen kritischen Exkurs über die verschiedenen Stauffenberg-Biographien.
- 18 Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 68.

1. Alarmmeldungen aus dem Ausland

- 1 Bericht Nr. 49, Führerhauptquartier, Mittagstafel, 22. Oktober 1941, gez. Dr. Werner Koeppen, IFZ-München, Sig.: Fa514.
- 2 Hasse, Ernst: Weltpolitik, Imperialismus und Kolonialpolitik, München 1908, S. 63.
- 3 Berner Tagwacht v. 10. Oktober 1935.
- 4 Volksrecht, Zürich, 26. Oktober 1935.
- 5 Dt. Konsulat Basel an AA, Bericht v. 24. April 1940, in: Attentat auf den Führer in München, Bd. 1, 1939-1942, Ges. Bern, D. Pol. 3, Nr. 1a, AA, PA-B.
- 6 Anzeige, Däniken, 4. März 1942, in: Attentatspläne gegen Führer der nationalen Bewegung und andere Persönlichkeiten, Bd. 4, 1939-1943, Ini. II A/B, AA, PA-B.
- 7 Bd. 1, 1934, ebenda.
- 8 Annemarie Rahn an Goebbels, Brief, Zürich, 9. August 1934, in: Drohbriebe, Attentate, Sicherheitsmassnahmen, R43 11/990, BA-K.
- 9 Attentatspläne gegen Mitglieder der Reichsregierung, Bd. 1, 1933, Ref. D, AA, PA-B.
- 10 Dt. Botschaft Paris an AA, Bericht v. 11. Februar 1933, in: Attentatspläne gegen Mitglieder der Reichsregierung, Bd. 1, 1933, Ref. D., AA, PA-B.
- 11 Briefv. 5. März 1933, ebenda.
- 12 Brief v. 23. März 1933, ebenda.
- 13 Polit. Polizeikommandeur Bayerns an Staatskanzlei, Bericht, München, 24. Juli 1933, ebenda.
- 14 Dt. Generalkonsulat Zürich an AA, Bericht v. 21. März 1938, in: Attentatspläne gegen Führer der nationalen Bewegung und andere Persönlichkeiten, Bd. 3, 1936-1939, Ref. DII, AA, PA-B.
- 15 A A an Reichskanzlei, Schreiben v. 10. April 1933, in: Drohbriebe, Attentate, Sicherheitsmassnahmen, R43 11/990, BA-K.
- 16 Dt. Generalkonsulat Istanbul an AA, Bericht v. 7. Dezember 1933, in: Attentatspläne gegen Mitglieder der Reichsregierung, Bd. 1, 1933, Ref. D, AA, PA-B.
- 17 Dt. Konsulat Tetuan an AA, Bericht v. 24. April 1933, ebenda.
- 18 Dt. Botschaft Washington an AA, Telegr. v. 3. Mai 1933, ebenda.
- 19 Pauline Meier an A. Hitler, Brief, Feldmeilen, 26. August 1935, in: Drohbriebe, Attentate, Sicherheitsmassnahmen, R43 II/990, BA-K.
- 20 Vgl. hierzu die div. Unterlagen in: Akten betr. Sabotage u. Attentate, Einzelfälle, Bd. 3, 1939-1941, Inl. Ilg, AA, PA-B.

- 21 Bericht v. Inspektor Benz an die Bundesanwaltschaft, o. D., 8 S., ebenda. Die hier vorliegende Abschrift wurde am 22. März 1941 von der dt. Gesandtschaft Bern ans AA übersandt.
- 22 Dt. Konsulat Basel an dt. Gesandtschaft Bern, Bericht v. 24. April 1940, in: Attentat auf den Führer in München, Bd. 1, 1939–1942, Ges. Bern, D. Pol. 3, AA, Nr. 1 a, PA–B.
- 23 Dt. Generalkonsulat Zürich an AA, Bericht v. 10. November 1939, in: Sabotage u. Attentate, Einzelfälle, Bd. 3, 1939–1941, Inl. II g, AA, PA–B.
- 24 Aufzeichnung Jahnke, Bern, 2. Juli 1940; Gestapo an AA, Schreiben v. 25. Juli 1940; Dt. Gesandtschaft an AA, Bericht v. 13. November 1940, in: Attentat auf den Führer in München, Bd. 1, 1939–1942, Ges. Bern, D. Pol. 3, Nr. 1 a, AA, PA–B.
- 25 Dt. Konsulat St. Gallen an dt. Generalkonsulat Zürich, Bericht v. 24. September 1941, in: Attentatspläne gegen Führer der nationalen Bewegung und andere Persönlichkeiten, Bd. 4, 1939–1943, Inl. II, A/B, AA, PA–B.
- 26 AA an Gestapa, Schnellbrief (Konzept) v. 17. August 1934, in: Attentatspläne gegen Führer der nationalen Bewegung und andere Persönlichkeiten, Bd. 1, 1934, Ref. D II, AA, PA–B.
- 27 Dt. Generalkonsulat Zürich an AA, Bericht v. 20. März 1933, in: Attentatspläne gegen Mitglieder der Reichsregierung, Bd. 1, 1933, Ref. D, AA, PA–B.
- 28 Dt. Gesandtschaft Bern an AA, Telegr. v. 12. Oktober 1942, in: Attentat auf den Führer in München, Bd. 1, 1939–1942, Ges. Bern, D. Pol. 3, Nr. 1 a, AA, PA–B.
- 29 Volksrecht v. 27. Dezember 1937. Pünter, Otto: Der Anschluß fand nicht statt. Geheimagent Pakbo erzählt. Erlebnisse, Tatsachen und Dokumente aus den Jahren 1930 bis 1945, Bern 1967, S. 89ff. Der Verf. irrt sich, wenn er das Zusammentreffen in der spanischen Gesandtschaft auf Ende Juli 1937 vorverlegt und den Anschlag mit den Worten Wehners beschreibt: «Am Morgen des 7. September starten wir, beispielsweise aus Jugoslawien, fliegen nach Nürnberg und lassen die Bombenlast auf die Tribüne des Parteitagés niederprasseln.» Wehner wurde jedoch erst am 8. Oktober 1937 nach seiner Vorsprache auf dem Bahnhof Bern verhaftet. Dt. Gesandtschaft Bern an Gestapo München, Bericht v. 8. März 1941, in: Gesandtschaft Bern, Geheimakten 1941, Bd. 2, Mai–September 1941, NA, Mikrofilm T 120/755.
- 30 Dt. Gesandtschaft Bern an Gestapo München, Bericht v. 8. März 1941, NA, Mikrofilm T 120/755. Gestapo München an dt. Gesandtschaft Bern, Schreiben v. 12. Februar 1941, das einen Überblick über die bisherigen Ermittlungen bietet, a. a. O.
- 31 Pünter, Anschluß, S. 14. Mdl. Mitteilungen von Otto Pünter v. 29. Juni 1979. Aufzeichnung, Bern, 18. April 1941, gez. Trump, NA, Mikrofilm T 120/755.
- 32 Dt. Konsulat Genf an dt. Gesandtschaft Bern, Bericht v. 8. Mai 1948, ebenda.
- 33 Gestapo München an dt. Gesandtschaft Bern, Schreiben v. 25. Juni 1941, u. dt. Konsulat Genf an dt. Gesandtschaft Bern, Bericht v. 19. August 1941, ebenda.
- 34 Dt. Gesandtschaft Bern an AA, Bericht v. 28. August 1941, ebenda.
- 35 Aufzeichnung Bern v. 15. Juli 1941, ebenda.
- 36 Pünter, Anschluß, S. 89. Zur abweichenden Darstellung des ehemaligen Leiters des sowjetischen Nachrichtendienstes in der Schweiz vgl. Rado, Sandor: Deckname Dora, Stuttgart (1972), S. 112ff., 437ff.
- 37 Dt. Konsulat Genf an dt. Gesandtschaft Bern, Schreiben v. 24. Januar 1938, in: Sabotage u. Attentate, Einzelfälle, Bd. 2, Inl. II g, AA, PA–B.

- 38 Dt. Konsulat Barcelona an AA, Telegr. v. 5. Mai 1933, in: Attentatspläne gegen Mitglieder der Reichsregierung, Bd. 1, 1933, Ref. D, AA, PA-B.
- 39 Aufzeichnung, Berlin, 27. Juni 1933, gez. v. Bülow-Schwante, sowie die von Cicconardi übergebene Aufzeichnung v. 13. Juli 1933, ebenda.
- 40 Dt. Botschaft Paris an AA, Telegr. v. 20. September 1933, ebenda.
- 41 Gestapo Berlin an AA, Schreiben v. 20. September 1933, ebenda.
- 42 Aufzeichnung Stucki v. 24. September 1933, in: Goebbels, dt. Reichsminister, Einreise in die Schweiz, Bestand 2001 (0) 3, BA-B.
- 43 Bonjour, Edgar: Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. III: 1930-1939, Basel ⁴1970, S. 126f.
- 44 Gestapo Berlin an AA, 23. September 1933, in: Attentatspläne gegen Mitglieder der Reichsregierung, Bd. 1, 1933, Ref. D, AA, PA-B.
- 45 Diels, Rudolf: Lucifer ante portas. Zwischen Severing und Heydrich, Zürich (1949), S. 52ff.

2. Vorstösse aus der Anonymität

- 1 Gegenüber der Zulassung eines deutschen Anwalts der Zivilpartei verhielten sich die Schweizer zunächst ablehnend. Als Ergebnis der Unterredung mit Grimm erklärte sich Bundesrat Motta bereit, über die Bundesanwaltschaft dem Bündner Gericht einen «Wink» zu geben, sich für den Zulassungsantrag auszusprechen. Tatsächlich erhielt Grimm eine Redezeit von 15 Minuten eingeräumt, die er dann verdoppelte. Dt. Gesandtschaft an AA, Telegr. v. 19. November 1936, in: Ermordung Gustloffs, Bd. 2.2. Beiheft, Dt. Gesandtschaft Bern, PA-B. Grimm, Friedrich: Mit offenem Visier. Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts. Als Biographie bearb. v. Hermann Schild, Leoni am Starnberger See 1961, S. 158ff.
- 2 NZZ, Sonntagsausg., Nr. 2172 v. 13. Dezember 1936 (Der Prozess gegen David Frankfurter).
- 3 Vgl. auch die von Wolfgang Diewerge im Eher-Verlag München erschienenen Hetzschriften: Der Fall Gustloff, Vorgeschichte und Hintergründe der Bluttat von Davos (1936), sowie: Ein Jude hat geschossen. Augenzeugenbericht vom Mordprozess David Frankfurter (1937).
- 4 Sport, Nr. 114 v. 23. September 1968 (Das Abenteuer Olympia: Berlin 1936).
- 5 NZZ, II, Nr. 2140 v. 9. Dezember 1936 (Der Prozess Frankfurter in Chur).
- 6 Ebenda. (Die NZZ publizierte die Anklageschrift; Prozessberichterstatte war Chefredaktor Willy Bretscher, dem der Verf. für seine ergänzenden Mitteilungen dankt.)
- 7 Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. I, 2. Halbbd., München 1965, S. 573 (Text der Rede 1t. Völkischer Beobachter, Nr. 44 v. 13. Februar 1936). Zunächst hatte die Ermordung Gustloffs eine Pressekampagne gegen die Schweiz ausgelöst, im Tenor: «Gemeine bestialische marxistische Hetze hat in der Schweiz ihre blutigen Früchte getragen ... Erschüttert stehen wir vor der Verwilderung des schweizerischen politischen Lebens» (Bodensee-Rundschau, Konstanz, v. 5. Februar 1936). Am 7. Februar wurde die Polemik gegen die Schweiz plötzlich abgebrochen. Der Pressefeldzug gegen den benachbarten Kleinstaat sollte m. E. nicht von der antisemitischen Kampagne ablenken, für die Hitler das Stichwort gab. Kurz vor dem Einmarsch ins entmilitarisierte Rheinland (7. März 1936) war ihm eine Zuspitzung dieses Konfliktes nicht gelegen.

- 8 Domarus, S. 572f. Der Wilhelm-Gustloff-Kult wurde im Sinne einer ständigen Anklage gegen die Gesamtheit aller Juden forciert, mit dem Zweck, die in den Nürnberger Gesetzen verankerte Entrechtung auch im emotionalen Bereich möglichst breit abzusichern.
- 9 NZZ, I, Nr. 2144 v. 10. Dezember 1936 («Sensationelle Berichterstattung der Berliner Presse»). Aufschluss, wie die Prozessberichterstattung vorbereitet und gesteuert wurde, erbringen die Dossiers: Ermordung Gustloffs, Bde. 1-4, 1936-1937, Gesandtschaft Bern I Deutschland n 2 425 u. 426, PA-B.
- 10 Diewerge, Der Fall Gustloff, S. 7 f.
- 11 In diesem Sinne schrieb Emil Ludwig: Der Mord in Davos, Amsterdam 1936, was keine Rechtfertigung dafür gibt, dass die schweizerischen Behörden die Einfuhr dieser Schrift verboten, während Diewerge seine Hetzschriften vertreiben konnte. Bonjour, Edgar: Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. III, Basel 1967, S. 100f. Von der Polemik nimmt die kleine Schrift von Hans Kilian: Der Politische Mord, Zu seiner Soziologie, Zürich 1936, bewusst Distanz.
- 12 NZZ, II, Nr. 2140 v. 9. Dezember 1936.
- 13 Ebenda.
- 14 Die Frage, ob die Parteileitung in der Schweiz besser bei einem Privatmann wie Gustloff trotz seiner «parteiämtlichen» Ambitionen hätte belassen werden sollen oder bei einem durch die Immunität geschützten Gesandtschaftsvertreter, wie dies bei Sigismund Frhr. v. Bibra der Fall war, ist aus der Sicht des Gastlandes kontrovers. Das ursprünglich erlassene Verbot der Landesgruppenleitung wurde schon im August 1936 und dann 1940 vollends fallengelassen. Vgl. a. Die Nation, Nr. 40 v. 4. Oktober 1944 («Gustloff, der Diktator von Davos»); Klaus Urner: Die NSDAP in der Schweiz. Ein unbekannter Bundesratsabschluss, NZZ, Nr. 5352 v. 12. Dezember 1965.
- 15 Die Weltwoche, Nr. 1874 v. 10. Oktober 1969 («Auch in der Bibel wird gemordet»). Die Geschichte von David Frankfurter, der am 1. Juni 1945 vom Bündner Grossen Rat begnadigt worden ist und dessen lebenslängliche Landesverweisung erst am 1. Oktober 1969 aufgehoben wurde, ist vom Schweizer Filmregisseur Rolf Lyssy eindrücklich verfilmt worden. Thurgauer Arbeiterzeitung, Nr. 127 v. 2. Juni 1945; NZZ, II, Nr. 603 v. 3. Oktober 1969; National-Zeitung, Nr. 36 v. 2. Februar 1976, derzufolge Frankfurter ausser einem Bruder als einziges Mitglied einer grossen Familie der Vernichtung entgangen ist.
- 16 Heiber, Helmut: Der Fall Grünspan, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 5 (1957), S. 134-172. Heiber stützt sich auf mündl. Mitteilungen des Botschafters Graf Welczek und anderer ehemaliger Mitglieder der dt. Botschaft in Paris an das IfZ, München, 1955/56. Im offiziellen Bericht v. Welczek an das Auswärtige Amt v. 8. Nov. 1938 wurde der Tathergang anders dargestellt: «Am 7. November vormittags 9 Uhr 35 sprach beim Pförtner der Botschaft ein junger Mann vor und erklärte, zwecks Abgabe eines wichtigen Dokuments ‚einen Legationssekretär‘ sprechen zu wollen. Die Frau des Pförtners wies ihn daraufhin an den diensttuenden Amtsgehilfen Nagorka, dem er seine Bitte wiederholte. Er wurde darauf von dem Amtsgehilfen zu Legationssekretär vom Rath geführt. Wenige Minuten danach hörte der Amtsgehilfe, der inzwischen seinem Dienst nachgegangen war, aus der Richtung des Dienstzimmers des Legationssekretärs vom Rath Schreie, worauf er sofort in das Zimmer zurückeilte. Auf dem Wege dorthin begegnete ihm im Gang Legationssekretär vom Rath und rief ihm entgegen, dass er angeschossen worden sei. Amtsgehilfe Nagorka stürzte sich daraufhin sofort auf den hinter der Tür stehenden Täter, ergriff

- ihn und übergab ihn den vor der Botschaft stehenden Polizisten.» Über das Motiv lässt dieser Bericht keine Zweifel aufkommen, sagte doch vom Rath, der sowohl aus der Einschussstelle in der Gegend des Brustbeins wie des Unterleibs blutete: «Auf die Frage des Botschaftsrats Bräuer, wie es denn zu dem Attentat gekommen sei, erwiderte er, der Täter sei ein Jude und habe bei Abgabe seiner Schüsse erklärt, er wolle seine Glaubensgenossen rächen.» Vgl. das v. Heiber nicht ausgewertete Dossier: Die Strafverfolgung in Frankreich gegen den polnischen Staatsangehörigen Herschel Grünspan wegen Ermordung des Gesandtschaftsrats vom Rath bei der Botschaft in Paris, R III, Strafrecht, Strafverfolgung Nr. 21, Bd. 1, Nov.-Dez. 1938, AA, Mikrofilm NAT 120/2812.
- 17 Völkischer Beobachter, Nr. 315 v. 11. November 1938 («Gewaltige Empörung gegen das Judentum in München»).
- 18 Aufzeichnung, Berlin, 11. Nov. 1938 («Nachtrag zum Telefonat von heute Mittag»), Mikrofilm NAT 120/2812.
- 19 Grimm, Friedrich: 40 Jahre Dienst am Recht. Politische Justiz, die Krankheit unserer Zeit, Bonn 1953, S. 118f.
- 20 Heiber, Der Fall Grünspan, S. 140f. Zu seinen Quellen vgl.: Grimm, Friedrich: Der Grünspanprozess, als Manuskript gedruckt, 2. Aufl. 1942. Diewerge, Wolfgang: Anschlag gegen den Frieden. Ein Gelbbuch über Grünspan und seine Helfershelfer, München 1939.
- 21 Aufzeichnung, Berlin, 8. Nov. 1938, gez.: v. Holleben (Mitteilungen v. Regierungsrat Kröning, Gestapo, über das Ermittlungsergebnis in Hannover), Mikrofilm NA T 120/2812. Dt. Botschaft Warschau an AA, Begleitschreiben v. 22. Juni 1939 sowie Beilage: Aufzeichnung betr. die Familie Grünspan-Silberberg (verf. v. Vertrauensmann der Botschaft in Radomsko), in: Poln. Juden in Deutschland, Bd. 2, 1938-39, 80/7 Warsch., Mikrofilm NAT 12/1888.
- 22 Rechtshilfesuch, Paris, 21. Nov. 1938, gez. Jean Tesnière.
- 23 Protokoll der Verhandlungen v. 29. Nov. 1938 vor der 17. Kammer des Strafgerichts «Seine» (Staatsanwaltschaft gegen Abraham und Chawa Grynspan), dt. Übersetzung, Mikrofilm NA T 120/2812. Es ist kein Ruhmesblatt für die französische Justiz, in der Berufungsverhandlung den Ehemann zu sechs Monaten und die Frau zu drei Monaten Gefängnis verurteilt zu haben. «Vorsitzender: Sie haben ihn heimlich beherbergt bis zu dem Tage, an dem er das Verbrechen, in das Sie übrigens hineingezogen sind, begangen hat. Abraham Gr.: Sie wissen wohl, Herr Richter, ich kann ein Kind nicht hinauswerfen lassen. Vorsitzender: In Ihre Heimat, Sie hätten ihn in Ihre Heimat fahrenlassen müssen. Abraham Gr.: Sie wollten in Deutschland kein Visum, keinen Pass geben.»
- 24 Heiber, Der Fall Grünspan, S. 138. Grimm, 40jahre Dienst am Recht, S. 122.
- 25 Zit. nach dem Protokoll der Verhandlungen v. 29. Nov. 1938 vor der 17. Kammer des Strafgerichts «Seine», S. 10ff. Die Zeilen wurden von Moro-Giafferi trotz der Verhinderungsversuche durch den Gerichtsvorsitzenden zur Verlesung gebracht. Damit die traurige Wahrheit nicht publik würde, versuchte man deutscherseits, die Polen dazu zu veranlassen, den Eltern Grünspan die Ausreise zu verweigern. Die Verteidigung wollte sie zur Aussage nach Paris holen. Das Argument, auch den Polen könnte deren Einvernahme unangenehm werden, verfiel in Warschau nicht; Polen gelte ohnehin als das antisemitischste Land. AA an dt. Botschaft Warschau, Telegr. v. 22. Dez. 1938, gez. Gaus sowie weitere Dok., Mikrofilm NAT 120/1888.

- 26 Dt. Botschaft Paris an AA, Bericht v. 8. Nov. 1938, Anlage 2, Mikrofilm NA T 120/2812; vgl. a. das Verhandlungsprotokoll v. 29. Nov. 1938, S. 20ff., ebenda.
- 27 Andere Motivdeutungen wie das Vorliegen eines Beziehungsdeliktes sind mit ihren Widersprüchen abwegig. Auf die «Hintermänner»-Theorie ist hier nicht mehr einzutreten; das ganze spontane Vorgehen war derart dilettantisch, dass selbst Grimm hätte stutzig werden müssen. Nach dem Sieg über Frankreich wurde Grünspan den Deutschen ausgeliefert, die ihm einen Schauprozess machen wollten. Seine spätere Angabe, dem angeblich homosexuell veranlagten vom Rath einschlägige Bekanntschaften vermittelt zu haben und von ihm um die Provision geprellt worden zu sein, verschaffte ihm Zeitgewinn. Der Verteidiger Moro – Giafferi will Grünspan – nach eigener Angabe aus dem Jahr 1947 – auf das Thema gebracht haben; von diesem sei zunächst gar nicht verstanden worden, um was es sich handle. Heiber, Der Fall Grünspan, S. 149. Nach dem Krieg ist er unter anderem Namen in der Nähe von Paris untergetaucht. Das Amtsgericht Hannover hat ihn auf Antrag der in Israel lebenden Eltern am 1. Juni 1960 für tot erklärt. Vgl. a.: Wagner, Walter: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat, Stuttgart 1974, S. 195f.
- 28 NZZ, I, Nr. 2144, v. 10. Dezember 1936.
- 29 Rolv Heuer, in: Die Zeit, Nr. 16 v. 18. April 1969 – Otto Strassers Bedeutung lag weit hinter seinen Ambitionen zurück, wie auch seine Buchtitel verraten: Hitler und ich, Buenos Aires 1940, und: «Mein Kampf», eine politische Autobiographie mit einem Vorwort von Gerhard Zwerenz, Frankfurt 1969. Zum Tode Strassers vgl. die kritische Beurteilung des Historikers J. W. Brügel: «Nazi, doch Hitlerfeind: Otto Strasser», in: Basler AZ, Nr. 209 v. 10. September 1974. Vgl. a.: Abendroth, Wolfgang: Das Problem der Widerständigkeit der ‚Schwarzen Front‘, VfZ. 8 (1960), S. 181-187.
- 30 Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 31979, S. 315f. (Dodd, William E.): Ambassador Dodd’s Diary 1933-1938, New York 1941, S. 402ff., 410ff.
- 31 Völkischer Beobachter v. 25. November 1939 («Wie der Attentäter Elser verhaftet und überführt wurde. Neues Licht auf die früheren Anschläge der Strasser-Banditen Doepping und Kremin»). Doepping hat sich 1937 auch kurz beim Strasser-Gesinnungsfreund Friedrich Zobrist in Zürich aufgehalten. Bericht des ND Zürich betr. Clement, Karl und Consorten v. 4. Dezember 1939, in: Otto Strasser, JPD/Bundesanwälte, 4320 1970/25, Bd. 1, BA-B. Der Gefängnispfarrer, der sie in Plötzensee betreute, schrieb: «Beide sind als überzeugte Christen gestorben nach Empfang des Hl. Abendmahls, das nur ganz wenige von unseren Schützlingen nicht genommen haben ... Es war tragisch, dass sie immer wieder benutzt werden sollten, um über andere vor ihrem Tode Aussagen zu machen.» Oberpf. Knodt an Walter Hammer, Brief v. 2. Juli 1952, Nachlass Walter Hammer, Bd. 79, ED 106, IfZ.
- 32 Urteil v. 26. Juli 1943, BA-K, zit. nach: Wagner, Der Volksgerichtshof, S. 257f. Das Werk Wagners, in der Reihe «Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus» im Rahmen der vom Institut für Zeitgeschichte, München, veröffentlichten «Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte» erschienen, enthält eine Fülle von Beispielen, die nicht nur die Rechtsprechung des Volksgerichtshofs, sondern auch jene Vielzahl von Widerstandsregungen abseits bekannter Gruppen erhellt, für die die Verurteilten die Todesstrafe erlitten.
- 33 Urteil v. 21. Mai 1943 gegen Paul Schreiber, BA-K, zit. nach: Wagner, Der Volksgerichtshof, S. 285.

- 34 Hoffmann, Peter: Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmassnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975, S. 173.
- 35 Ebenda.
- 36 Urteil v. 8. September 1944, zit. nach: Wagner, Der Volksgerichtshof, S. 823f.
- 37 Weisenborn, Günther (Hrsg.): Der lautlose Aufstand: Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945, rororo, Hamburg 1962, S.250ff. Gostomski, Viktor von/Loch, Walter: Der Tod von Plötzensee. Erinnerungen – Ereignisse – Dokumente 1942-1945, Freising 1969, S. 108ff. Wagner, Der Volksgerichtshof, S. 176 f.
- 38 Urteil v. 29. September 1943 gegen Wilhelm Alich, BA-K, zit. nach: Wagner, Der Volksgerichtshof, S. 302.
- 39 Ebenda, S. 285f.
- 40 Hoffmann, Widerstand, S. 315. Hoffmann, Die Sicherheit des Diktators, S. 40.
- 41 Wagner, Der Volksgerichtshof, S. 128.
- 42 Walter Hammer an Erwin Lüscher, Brief v. 13. Mai 1953, in: Archiv Walter Hammer, Bd. 79, ED 106, IfZ. Gostomski-Loch, Der Tod von Plötzensee, S. 78. Hoffmann, Widerstand, S.316.
- 43 Bericht Nr. 28, FHQ, 7. September 1941, gez. Dr. Werner Koeppen, Fa514, IfZ.
- 44 Münchner Neueste Nachrichten, Nr. 326 v. 22. November 1939 («Der Bürgerbräu-Attentäter verhaftet»).

3. Schweizerische Ermittlungen zu Georg Elser

- 1 Schellenberg, Walter: Memoiren, Köln 1959, S. 79-89. Höhne, Heinz, Der Orden unter dem Totenkopf, Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967, S. 264ff.
- 2 Da für die Behauptung, der britische Geheimdienst sei der Auftrag- und Geldgeber, keine Beweise angeführt wurden, blieb doch ein Verdacht hängen. Daher sollte Heydrich noch einmal vor der Auslandspresse in Berlin erklären, dass zwischen beiden Ereignissen keine Verbindung bestehe. Boelcke, Willi A. (Hrsg.): Kriegspropaganda 1939-1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, Stuttgart 1966, S. 231. Himmlers Communiqué, das am 22. November veröffentlicht wurde, datiert v. 21. November, weshalb in der Sekundärliteratur das eine oder das andere Datum genannt wird.
- 3 Die Münchner Neuesten Nachrichten, Nr. 326 v. 22. November 1939, hatte in der Front-Schlagzeile gemeldet: «Otto Strasser der Organisator». Wer nach der Begründung oder nach näheren Angaben im Text suchte, fand nur ein lapidares Satzfragment: «Organisator des Verbrechens Otto Strasser.»
- 4 Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 244. Dieser Meinung war sogleich nach dem Attentat u.a. Hans Oster. Kordt, Erich: Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950, S. 373f. Auch Boelcke, Kriegspropaganda, S. 222, glaube an einen «Propagandatrick».
- 5 Hoch, Anton: Das Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller 1939, in: VfZ, 17 (1969), S. 383-413, sowie: Gruchmann, Lothar (Hrsg.): Autobiographie eines Attentäters, Johann Georg Elser. Aussage zum Sprengstoffanschlag im Bürgerbräukeller, München, am 8. November 1939, Stuttgart 1970.

- 6 Attentat gegen den Frieden, Aufzeichnung v. Friedrich Grimm, Bern, 11. November 1939, in: Mitarbeiter Berichte I, 1938/39, Dienststelle Ribbentrop, AA. PA-B. Vgl. auch den gedruckten Vortrag von Grimm: Politischer Mord und Heldenverehrung, Berlin 1938, mit dem sich dieser Professor ebenfalls als Spezialist für die «Hintermänner»-Frage empfiehlt.
- 7 Boelcke, Geheime Ministerkonferenzen, S. 223.
- 8 Intelligence Service, Aufzeichnung v. Friedrich Grimm, Bern, 23. November 1939, in: Mitarbeiter Berichte II, 1939/40, Dienststelle Ribbentrop, AA. PA-B.
- 9 Dt. Gesandtschaft Bern an AA, Bericht v. 17. November 1939, mit 1 Anlage, in: Attentat auf den Führer in München, November 1939 bis Oktober 1942, Dt. Gesandtschaft Bern, PA-B.
- 10 Aufzeichnung, Bern, 10. November 1939, ebenda. Den Hinweis auf die Truppenalarmierung verdanke ich mdl. Mitteilungen v. Herrn Dr. Hans Rudolf Kurz v. 2. Febr. 1980. Vgl. seine Publikation «Der November-Alarm 1939», in: Der Fourier, Nr. 3, März 1980, S. 83-86.
- 11 Basler Nachrichten, Nr. 319 v. 20. November 1939. Boelcke, Kriegspropaganda, S. 231.
- 12 Völkischer Beobachter v. 22. November 1939.
- 13 Vertraulicher Bericht, Berlin, 24. November 1939, in: Vertrauliche Berichte, 1939/40, Dienststelle Ribbentrop, AA, PA-B.
- 14 Der deutsche Gesandte Otto Köcher telegraphierte noch am 22. November nach Berlin, daß Strasser erst am 13. November ausgereist sei, wie ihm vom Chef der Eidg. Polizeiabteilung, Rothmund, und vom EPD klagestellt worden war. Vgl. Dossier: Attentat auf den Führer in München, 1939-1942, Dt. Gesandtschaft Bern, PA-B. NZZ, III, v. 22. November 1939.
- 15 Orientierung über die Maßnahmen der Bundesanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Attentat im Bürgerbräukeller in München am 8. November 1939, Bern, 23. November 1939, (v. Dr. Werner Balsiger), in Dossier: Otto Strasser, JPD/Bundes-anw., 4320, 1970/25, Bd. 1, BA-B.
- 16 Hugo A. Latzel an dt. Gesandtschaft Bern, Brief v. 23. November 1939, in: Attentat auf den Führer in München, 1939-1942, Dt. Gesandtschaft Bern, PA-B.
- 17 Notiz über Dr. Otto Strasser, geb. 10. September 1897, früher deutscher Staatsangehöriger, im Oktober 1934 ausgebürgert, Bern, 24. November 1939, gez. Rothmund, in: Otto Strasser, JPD/Bundes-anw., 4320, 1970/25, Bd. 1, BA-B.
- 18 Aussage v. Gertrud Strasser, Bericht an den Nachrichtendienst Zürich v. 4. Dezember 1939, ebenda. Mdl. Mitteilungen v. Herrn Dr. Fritz Heberlein v. 18. Januar 1979 u. 8. Mai 1979. Es waren dies dramatische Tage, aber die Schilderung Hausamanns in der Darstellung von Alphons Matt: Zwischen allen Fronten. Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht des Büros Ha, Frauenfeld, 1969, S. 48ff., klingt allzusehr nach Heldenpathos. Hausamann zu Rothmund: «Ich habe Strasser bereits so versteckt, daß selbst das größte Polizeiaufgebot ihn nicht findet.»
- 19 Hugo A. Latzel an dt. Gesandtschaft Bern, Brief v. 23. November 1939, in: Attentat auf den Führer in München, Bd. 1, 1939-1942, Dt. Gesandtschaft Bern AA, PA-B; Bericht der Polizeistation Meilen I v. 6. Dezember 1939, in: Otto Strasser, JPD/Bundes-anw., 4320, 1970/25, Bd. 1, BA-B. Orientierung über die Maßnahmen der Bundesanwaltschaft, Bern, 23. November 1939, ebenda.

- 20 Ermittlungsbericht in Sachen Georg Elser, 12 S., sowie Fragenkatalog, 18 S. Es handelt sich um undat. Kopien (Februar 1940?) im Dossier: Otto Strasser, JPD/Bundesanwälte, 4320/1970/25, Bd. 2, BA-B.
- 21 Demgegenüber hatte Elser die Version vertreten, von der Fabrikation von Uhrengehäusen in Meersburg gehört zu haben, sich dort um Arbeit bemüht und in Bottighofen aus eigener Initiative gekündigt zu haben. Gruchmann, Autobiographie, S. 53f.; Ermittlungsbericht, S. 5.
- 22 Ermittlungsbericht, S. 6.
- 23 Fragenkatalog, S. 7f.; Ermittlungsbericht, S. 6f.
- 24 Fragenkatalog, S. 9ff.; Ermittlungsbericht, S. 8. In der Vernehmung v. 20. November 1939 erwähnte Elser die Reise nach Weinfeld TG nicht. Gruchmann, Autobiographie, S. 74.
- 25 Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1969, S. 304. In der 3. Aufl. (München 1979, S. 323) nennt Hoffmann als Motiv: «einfach Opposition gegen das NS-Regime» (insbes. gegen dessen Außenpolitik) und «eine große, gute Tat tun».
- 26 Gruchmann, Autobiographie, S. 20f.
- 27 Hoch, Das Attentat, S. 396.
- 28 Gruchmann, Autobiographie, S. 28.
- 29 Ebenda, S. 29.
- 30 Ebenda, S. 59.
- 31 Hoch, Das Attentat, S. 396.
- 32 Gruchmann, Autobiographie, S. 63.
- 33 Ebenda, S. 66.
- 34 Ebenda, S. 78.
- 35 Ebenda, S. 79.
- 36 Ebenda, S. 81.
- 37 Ebenda, S. 89. Auf die Wiedergabe von Elser's eingehender Schilderung, wie er den Anschlag geplant und verwirklicht hat, kann hier verzichtet werden. Vgl. Hoch, Das Attentat, S. 398ff.
- 38 Ebenda, S. 154f. Vgl. a. die Situationsskizze des Festnahmeortes im Grenzgebiet Konstanz, in: Otto Strasser, JPD/Bundesanwälte, 4320, 1970/25, Bd. 2, BA-B.

7. Zehn preußische Polizeioffiziere und das «Abegg-Archiv»

- 1 Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1979, S. 317.
- 2 Exposé Nr. 2: «Über einige Comités, die während der Hitlerzeit «im Dienste des Abendlandes» wirkten», Aktenbestand Alhard Gelpke, Schachtel 2, AfZ. Peter Hoffmann stützt sich auf das von Dr. Gelpke der Hoover Library zugesandte Exemplar.
- 3 Alardus: Krieg in Sicht? Zürich (1959), S. 64f. Mit seiner Schrift wollte Gelpke einer atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland entgegenwirken.
- 4 Ebenda, S. 65. «Mitarbeiter auf dem Büro gegen Amts- und Verbandswillkür (1960/63)», Aufzeichnung v. Alhard Gelpke, ohne Unterschrift und Datum. Aktenbestand Alhard Gelpke, Schachtel 3, AfZ.

- 5 Protokoll der Mitteilungen von Dr. Alhard Gelpke über seinen Lebenslauf v. 1. und 8. Juni 1977, S. 6 (Das Protokoll über die Befragung Dr. Gelpkes wurde von diesem unterschrieben als richtig bestätigt; zit. als: Lebenslauf Gelpke).
- 6 «Archiv-Notiz bf. Attentatsplan eines Schweiz. Theologie-Studenten», Zürich, Ende 1937, Gelpke, Schachtel 2, AfZ. (In Wirklichkeit verfasst um 1955, nach Bekanntwerden der Aufhebung des vom Volksgerichtshof über Bavaud verhängten Todesurteils.)
- 7 Erklärungen von Dr. Alhard Gelpke zur Präzisierung, Zürich, 4. Oktober 1978. Auf Befragen gab Dr. Gelpke an, im «Tages-Anzeiger» im Zusammenhang mit der Rehabilitierung eine Notiz über Bavaud gelesen zu haben. Zur Abklärung der Motive habe er dem Vater Alfred Bavaud geschrieben, jedoch ohne von diesem eine Antwort zu erhalten.
- 8 Neutralität, 8.Jg., Mai 1970, S. 12ff. («Zivilisierte Welt»).
- 9 Scholl, Heinz: Von der Wallstreet gekauft. Die Finanzierung Hitlers durch ausländische Finanzmächte. Eine Dokumentation, Euskirchen (1977), S. 8f.
- 10 Ebenda, S. 15.
- 11 Kardel, Hennecke: Adolf Hitler – Begründer Israels, Genf 1974, S. 111 ff. Ledraque, Jean: Springers Nazionismus. Der Schoup und seine Zeugen, Genf 1978, S. 243-257. Hier wie bei Scholl erfährt auch René Sonderegger als «Zeuge» eine Auferstehung, die jedem, der die radikalen Gesinnungswandlungen dieses opportunistischen Appenzellers kennt – erinnert sei nur an das Jahr 1940 – , mehr als seltsam vorkommen muss.
- 12 Diese geläufigen Thesen finden nicht nur in rechtsradikalen Blättern der Bundesrepublik Eingang; vgl. die Besprechung von Scholls Publikation durch Emil Rahm in der Memopress, Nr. 1, 1978, die in Hallau (Kanton Schaffhausen) erscheint. Zur Frage nach der Finanzierung der NSDAP durch das Grosskapital vgl. die Studie des amerikanischen Historikers Henry Ashby Turner: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, sowie Pool, James E./Pool, Suzanne: Who financed Hitler? New York 1979.
- 13 Bergmann, Karl Hans: Die Bewegung ‚Freies Deutschland« in der Schweiz 1943-1945. Mit einem Beitrag von Wolfgang Jean Stock: Schweizer Flüchtlingspolitik und exilierte deutsche Arbeiterbewegung 1933-1943, München 1974, S. 58ff., 117ff. Zur Biographie Wilhelm Abegg vgl. die dem AfZ am 17. Juli 1979 v. Dr. med. Walter Abegg übergebenen Restakten.
- 14 Lebenslauf Gelpke, S. 4. Zu seiner damaligen Einstellung vgl. die im Selbstverlag herausgegebene Schrift v. Alhard Gelpke: Geheimnisse eines freien Journalisten, Alhardus-Verlag, Winterthur (1933).
- 15 Mitteilung an die Schweizer Presse, gez. A. Gelpke (gedrucktes Flugblatt), o.J., Bestand Gelpke, Schachtel 3, AfZ. Glaus, Beat: Die Nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930-1940, Einsiedeln 1969, S. 131. Die Mitgliedschaft bei der Nationalen Front wurde von Pfr. Rhenus Gelpke, der ihr in den Anfängen selbst angehörte, bestätigt. Pfr. Gelpke hat sich in den Jahren 1937/38 in Zusammenarbeit mit Pfr. Paul Vogt für die jüdische Flüchtlingshilfe engagiert, die er auch als Pfarrer in Bonstetten unterstützte.
- 16 «AHO-Protokoll, Frühjahr 1933» (Kopie, unsig., fingiert), Bestand Gelpke, Schachtel 4, AfZ. Am 13. Mai 1933 war der Zusammenschluss der Neuen Front mit der Nationalen Front erfolgt.

- 17 Mitteilungen von Herrn Pfr. Rhenus Gelpke und Frau Pfr. Lina Gelpke v. 3. Mai 1979, die vom Verfasser protokolliert, am 18. und 25. Juli noch einmal gemeinsam überprüft und unterschriftlich bestätigt worden sind (zit. als: Mitteilungen Pfr. Rhenus u. Lina Gelpke).
- 18 Lebenslauf Gelpke, S. 2. Alardus: Krieg in Sicht?, Zürich (1959), S. 44ff.
- 19 Zur Auseinandersetzung mit dem Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin um die Aushändigung der beschlagnahmten Wohnungseinrichtungen vgl. den Aktenbestand Dr. Wilhelm Abegg im AfZ, aus dem hervorgeht, dass das Rechtsanwaltsbüro Dr. Max Kolb, Dr. Paul Herzog u. Dr. Otto Gröner in Zürich mit der Interessenwahrnehmung betraut worden war.
- 20 MdI. Mitteilungen von Dr. med. Walter u. Jolanda Abegg v. 17. Juli 1979. MdI Mitteilungen v. Frau Hilde Meier-Abegg v. 19. September 1979.
- 21 Briefe von Hanny Kohler-Gelpke an Pfr. Rhenus Gelpke, Winterthur, 23. Mai u. 11. Juni 1948, im Besitz v. Pfr. Rhenus Gelpke. Mitteilungen Pfr. Rhenus u. Lina Gelpke, S. 4. Pfr. Gelpke soll damals vom untersuchenden Arzt erklärt worden sein, der Verdacht auf Schizophrenie sei gegeben.
- 22 Mitteilungen Pfr. Rhenus u. Lina Gelpke, S. 4.
- 23 Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Winterthur v. 25. November 1943, Kopie, im Besitz v. Pfr. Rhenus Gelpke.
- 23a Brief v. Frau Susanna Gelpke v. 22. Nov. 1979. Für die Vermittlung dieser Auskunft danke ich Herrn Dr. Peter Keckeis.
- 24 MdI. Mitteilungen v. Dr. med. Walter u. Jolanda Abegg v. 17. Juli 1979, die dem Vater 1933 kurz nach seiner Niederlassung in Zürich in die Schweiz nachgefolgt sind. Sie erinnern sich, dass sie bei der Liquidation der Wohnung des Vaters, der nach dem Konkurs bis zu seinem Tod in einem Altersheim für höhere Beamte in Baden-Baden gelebt hat, Herrn Dr. Gelpke Bücher für etwa 300 bis 400 Franken überlassen haben. Von einem «Abegg-Archiv» ist ihm nichts bekannt. Auf einem solchen A.H.O.-Briefbogen findet sich eine «Bestätigung» mit der Unterschrift von Dr. Wilhelm Abegg: «In meiner Eigenschaft als Vorsitzender i.V. der Schriftsteller-Vereinigung A.H.O. bestätige ich, dass unser Sekretär, Herr Dr. A. Gelpke, kein Gehalt bezieht und somit ehrenamtlich tätig ist.» Sofern es sich hier nicht um eine gefälschte Unterschrift handelt – die Datierung: «Winterthur, den 14. Juni 1944» macht es unwahrscheinlich, dass Abegg am Wohnort Gelpkes diese Zeilen verfasst und unterschrieben hat –, handelt es sich um eine unverbindliche Gefälligkeit an seinen Gläubiger, der Abegg mit insgesamt 8'000 Franken unterstützt haben will. Bestand Gelpke, Schachtel 4, AfZ.
- 25 Mitteilungen v. Pfr. Rhenus u. Lina Gelpke, S. 4.
- 26 Schreiben v. Bundesarchiv Koblenz an Dr. A. Gelpke v. 18. Februar 1958 (gez. Dr. Mommsen) u. v. 28. April 1958 (gez. Dr. v. Vietsch); «Vertrauliche Aktennotiz bf. die Gründe, weshalb die Verhandlungen mit dem d. Bundesarchiv scheiterten» v. 8. Mai 1958 (Durchschlag, unsig., verf. v. Dr. Gelpke). Sämtliche zit. Korrespondenzen befinden sich in: Bestand Gelpke, Schachtel 5, AfZ.
- 27 Schreiben v. Dr. A. Gelpke an Institut für Zeitgeschichte, München, v. 9. September 1957 (Kopie).
- 28 Schreiben v. Agnes F. Peterson, The Hoover Institution on war, revolution and peace, Stanford University, an Dr. A. Gelpke, v. 1. Juli 1958.

- 29 Kaufvertrag, Zürich, 26. Juli 1959, unterzeichnet v. Dr. Michael Kohl und Frau H. Gelpke, verw. Heiden, geb. Schachne sowie Dr. A. Gelpke. Im Juni 1969 habe ich das umfangreiche Material in Ostberlin eingesehen; es bot das für diese Bestände typische Bild: wiederum zahlreiche maschinenschriftliche Durchschläge, die nach 1945 angefertigt und als angebliche Übertragung von Sténos rückdatiert wurden. Das DIZ wurde 1971 mit dem Deutschen Wirtschaftsinstitut zum Institut für Internationale Politik und Wirtschaft vereint.
- 30 Schreiben des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte, Berlin, an Dr. A. Gelpke v. 25. April u. 13. Juni 1960 (gez. Prof. Dr. W. Bartel).
- 31 Schreiben v. Dr. Kohl, Institut für Völkerrecht, Jena, an H. u. A. Gelpke v. 7. November 1960.
- 32 Schreiben v. Schweizerischen Sozialarchiv, Zürich, an Dr. A. Gelpke v. 18. November 1961, gez. Dr. E. Steinemann.
- 33 Schreiben des Historischen Instituts der Universität Bern an Dr. A. Gelpke v. 1. November 1973, gez. Ch.Graf.
- 34 Unterlagen zur Geschichte der Emigranten in der Schweiz 1933-1945 im Archiv der «Arbeitsgruppe für Zeitgeschichte», Zürich, Expose, verfasst v. Hans Rudolf Humm u. Klaus Urner (Juni 1969).

- 35 Lebenslauf Dr. Alhard Gelpke, S. 4. «Ich war», schrieb Dr. Gelpke am 25. Januar 1972 an Prof. Peter Hoffmann nach Montreal, «aber nicht nur ehrenamtlicher Archivar und Treuhänder des Abeggkreises, auch AHO genannt, sondern überdies: a) des Comités (Freies Deutschland in der Schweiz), b) des (Demokratischen Deutschland in der Schweiz), c) der Gesellschaft für abendländische Kulturpolitik. Aus diesen Archiven sandte ich Teile an in- u. ausländische Institute. Den grössten Teil (ca. 100 Dossiers) erhielt das Institut für Zeitgeschichte in Ostberlin.» Bestand Gelpke, Schachtel 5, AfZ. Bergmann, Karl Hans: Die Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz 1943-1945, München 1974, S. 100, berichtet, am 6. März 1945 habe die «Gesellschaft für abendländische Kulturpolitik» (AKP) den korporativen Beitritt zu der vom FD inspirierten «Gesellschaft der Freunde freier deutscher Kultur» erklärt: Die AKP «stand unter Leitung von Alhard Gelpke und brachte (einen Stab von über 20 Publizisten aus verschiedenen Lagern und Ländern» in die Gesellschaft ein.» Gelpke hatte in Wirklichkeit einen vom August 1944 datierten Aufruf mit dem Kopf «Gesellschaft für abendländische Kulturpolitik» drucken lassen, in dem es u.a. hiess, der Gesellschaft stünde «ein Stab von über 20 Publizisten aus verschiedenen Lagern und Ländern» sowie ein Schriftstellerheim – gemeint war der von ihm gekaufte Bauernhof in Grüningen – zur Verfügung. Die «Qualität» der jüngsten Produkte des hochbejahrten Anwalts hat stark nachgelassen. Seine «Archivnotiz von Dr. A. Gelpke v. Januar 1915» möchte wiedergeben, was Albert Einstein im Geheimverein zur Behauptung, er sei ein Genie, geäussert habe. «Ich (Einstein) muss das dementieren. Meine Eltern waren anderer Meinung. Vater: Mein Albertchen hat einen Intelligenzdefekt. Er wird nie ein guter Geschäftsmann. Mutter: Vielleicht hat er einen Intelligenzdefekt nach oben und nicht nach unten. Albertchen hat mir gesagt, er vertrage sich nicht mit seinen Lehrern, sie seien zu autoritär. Wir wäre es mit einem Milieuwechsel? Haben wir nicht Bekannte in der Schweiz, wo wir unser Söhnchen in einer antiautoritären Schule unterbringen könnten? Und so kam ich in die Schweiz und machte dort auch alle meine Examina ... Nach Abschluss meiner Studienzzeit wurde ich eidgenössischer Beamter.

Aber meine Relativitätstheorie habe ich nicht auf dem Patentamt entwickelt, sondern in der Freizeit.» Bestand Gelpke, Schachtel 4, AfZ.

Dritter Teil: Maurice Bavaud und Marcel Gerbohay

1. Die Beseitigung des Diktators – Versuche des Schweizer Maurice Bavaud

- 1 Hoffmann, Peter: Maurice Bavaud's Attempt to Assassinate Hitler in 1938, in: Mosse, George L. (Hrsg.): *Police Forces in History*, London 1975, S. 173-204.
- 2 Mason, Herbert Molloy: *To Kill Hitler. The Attempts on the Life of Adolf Hitler*, London 1979, S. 83-95.
- 3 Hochhuth, Rolf: «Tell 38»: Er wollte Hitler töten. Der Fall des Theologie-Studenten Maurice Bavaud, in: *Die Zeit*, Nr. 52 v. 17. Dezember 1976.
- 4 Hochhuth, Rolf: Tell 38. Dankrede für den Basler Kunstpreis 1976 am 2. Dezember in der Aula des Alten Museums. *Anmerkungen und Dokumente*, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 52.
- 5 Vgl. Kapitel «Richten Auge in Auge». S. 82.
- 6 Diese Version vertrat das Filmteam Villi Hermann, Niklaus Meienberg und Hans Stürm in seinem Artikel «Schwierigkeiten beim Schiessen auf Adolf Hitler», in: *das Konzept*, Nr. 1, Januar 1979, S. 3.
- 7 «Enfin pour Meienberg, Hermann et Stürm, Maurice Bavaud a probablement eu une intuition historique, politique et morale: il a vu le monstre en Hitler et a su qu'il fallait l'abattre.» Lassueur, Yves: *Un Romand contre Hitler*, in: *Tribune de Lausanne, Sonntagsausg.*, Nr. 154 v. 3. Juni 1979, S.5.

1. Seltsame Jagd auf Hitler

- 1 Urteil des Volksgerichtshofes v. 18. Dezember 1939 betr. Maurice Bavaud, S. 21, in: *Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Strafverfolgung 3, Recht-geheim, AA, PA-B.*
- 2 MdL Mitteilungen von Hélène Delley-Bavaud u. Marie-Louise Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978 in *Le Locle*.
- 3 MdI. Mitteilungen von Hélène Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978.
- 4 Zit. nach der deutschen Übersetzung, in: *Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof gegen Maurice Bavaud*, Berlin, 20. November 1939, S. 7f., in: *Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Strafverfolgung 3, Recht-geheim, AA, PA-B.*
- 5 MdI. Mitteilungen v. Marie-Louise Delley-Bavaud v. 8. Dezember 1978 in Boudry.
- 6 Aus technischen Gründen war das Geschäft der Mutter amtlich auf den Namen von Maurice eingetragen gewesen. Laut *Anklageschrift Bavaud*, S. 11, hatte er in der Vernehmung angegeben, aus Baden-Baden seinen Eltern geschrieben zu haben, in einem etwaigen Brief an die deutschen Verwandten nichts über das entwendete Geld verlauten zu lassen, um ihn nicht zu kompromittieren.

- 7 Höhne, Heinz: Canaris. Patriot im Zwielicht, München 1976, S. 186ff.
- 8 Boelcke, Willi A. (Hrsg.): Kriegspropaganda 1939-1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, Stuttgart 1966, S. 57ff.
- 9 Anklageschrift Bavaud, S. 10f.
- 10 Mdl. Mitteilungen v. Georg Bürgin, dem Inhaber der Büchsenmacherei in der dritten Generation v. 13. August 1979 – Sein Vater, der Maurice Bavaud bediente, ist gestorben u. das Haus an der Steinentorstr. 13 ist inzwischen abgebrochen worden.
- 11 Zusammengestellt nach: «Hitler's Daily activities from January 30, 1934 to June 30, 1943», F19/13, IfZ. Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd.I, 2.Halbbd., München 1965, S. 954ff. Schulthess europäischer Geschichtskalender 1938, hrsg. v. Ulrich Thürauf, München 1939, S. 173ff. Rolf Hochhuths Angriff auf meine Darlegungen in der NZZ, Nr. 153 v. 5. Juli 1978, berührt auch diesen Punkt: «Dass Urner es wagt, von Bavauds ‚naivem Leicht-sinn« schon deshalb denunzierend zu schwätzen, weil Bavaud ‚sich nicht einmal verge-wissert« habe, vor seiner Abfahrt von Baden-Baden (bei Gutterers), ob Hitler in Berlin sei: das belegt nur, dass Urner keine Ahnung hat, wie schwer es sogar dem bestens infor-mierten Stauffenberg fiel, Erkundigungen einzuziehen.» Hochhuth, Rolf: Tell 38. Dank-rede für den Basler Kunstpreis 1976 am 2. Dezember in der Aula des Alten Museums. Anmerkungen und Dokumente, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 57. Auch hier dienen fal-sche Analogieschlüsse der Polemik, ohne sich um eigene Nachkontrolle zu bemühen. Der deutschen Presse war in jenen Oktobertagen 1938 zu entnehmen, wo sich Hitler aufhielt. «Der Führer und Reichskanzler empfing heute im Berghof auf dem Obersalzberg in Ge-genwart des Reichsaussenministers von Ribbentrop den Besuch des bisherigen französi-schen Botschafters in Berlin, François-Poncet, aus Anlass seines Abschiedes», so lautete beispielsweise ein offizielles Communiqué, das vom Deutschen Nachrichtenbüro am 18. Oktober 1938 verbreitet worden ist; vgl. a. Völkischer Beobachter, Nr. 290 v. 17. Oktober 1938 (Hitler gratuliert Reichsstatthalter General von Epp zum 70. Geburtstag persönlich in München). Auch in den Tagen zuvor war den verschiedenen Presseberichten zu entneh-men, dass Hitler u.a. in München weilte und es wenig Sinn hatte, jetzt nach Berlin zu fahren. Die Nachricht, dass sich Hitler auf dem Berghof aufhielt, entnahm dann Bavaud verspätet in Berlin einer französischen Zeitung.
- 12 Anklageschrift Bavaud, S. 17 f.; Urteil Bavaud, S. 7.
- 13 «Hitler's Daily activities from January 30, 1934 to June 30, 1943», F19/13, IfZ. Domarus, Hitler, S. 96f.
- 14 Mdl. Mitteilungen v. Hugo Geiger v. 27. Mai 1979 in Berchtesgaden.
- 15 Geiss, Josef: Obersalzberg. Die Geschichte eines Berges von Judith Platter bis Hitler, Berchtesgaden ¹⁵1978, S. 98. Vgl. aus Mason, Herbert Molloy: To Kill Hitler, The At-tempts on the Life of Adolf Hitler, London 1979, S. 264.
- 16 Nach mdl. Mitteilungen v. Hugo Geiger v. 27. Mai 1979, der in Berchtesgaden ehemaliger Standortführer der Hitlerjugend gewesen war, fehlte es bis 1938 nicht an Gelegenheiten an Hitler heranzukommen, etwa wenn er im offenen Wagen zur Reichskanzlei in Bischofs-wiesen und anderswohin fuhr oder seinen Lieblingsspaziergang zum Gasthof «Hochlen-zer» machte, wo er gelegentlich sein Frühstück einnahm. Die Voraussetzung waren eine ausgezeichnete Ortskenntnis, Unauffälligkeit und bedingungslose Bereitschaft zum Selbstopfer; dies alles löste jedoch die Hauptschwierigkeit nicht: Hitlers Zeitplan und Wege liessen sich nicht vorausberechnen. In den Kriegsjahren sollen von Hitler begeister-

- te Pimpfe mit einer Isolierschere – sie glaubten fälschlicherweise, die Zäune seien elektrisch geladen – den ersten und den zweiten Sperrkreis durchbrochen haben. Vor den erstaunten Wachen direkt beim «Berghof» aufgetaucht, erklärten sie: «Wir wollen unseren Führer sehen!» Dass die Sicherheitsmassnahmen von kleinen Jungen derart unterlaufen werden konnten, soll beträchtliche Aufregung verursacht haben. Der starke Besucherandrang von Leuten, die Hitler zu erblicken hofften, hatte ursprünglich die ersten Abschränkungen notwendig gemacht.
- 17 Brief von Emil Reuther an den Verf., Würzburg, 2. August 1979. Nach Darstellung der Anklageschrift Bavaud, S. 18f., kam der Schweizer zuerst mit Ehrenspeck zusammen, der dann zur Zusammenkunft im Kaffeehaus Rottenhöfer seinen Kollegen Reuther mitgebracht hat. Die dort erwähnten Einzelheiten, die ihm nach über vierzig Jahren nicht mehr gegenwärtig waren, hält Emil Reuther für zutreffend wiedergegeben.
 - 18 Anklageschrift Bavaud, S. 20. Hugo Geiger, mdl. Mitteilungen v. 27. Mai 1979; er war damals Schüler des Französischlehrers Willi Ehrenspeck und erinnert sich daran, dass dieser zur lebendigen Gestaltung seines Unterrichtes manche Initiative in jenem Sinne unternommen hat. Willi Ehrenspeck ging 1939/40 als Lehrer nach Ludwigshafen und ist am 4. April 1976 gestorben. Mdl. Mitteilungen von seinem Vetter Adolf Ehrenspeck v. 27. Mai 1979 in Berchtesgaden.
 - 19 Anklageschrift Bavaud, S. 21 f.; Urteil Bavaud, S. 8.
 - 20 Die Marschrouten sowie die weiteren Einzelheiten hatte das «Amt für den 8./9. November» am 2. November 1938 bekanntgegeben. Für die polizeilichen Sicherungsmassnahmen und SS-Absperrungen war Polizeipräsident SS-Obergruppenführer Frhr. von Eberstein und für den Aufmarsch und die Aufstellung der Formationen SA-Obergruppenführer Helfer verantwortlich, während Christian Weber, SS-Brigadeführer, für das Treffen der alten Parteigarde im Bürgerbräukeller sowie deren im Einzelnen geregelte Beteiligung am Marsch zuständig war. Völkischer Beobachter, Nr. 306 v. 2. November 1938 («Zum 8./9. November 1938») sowie Nr. 309 v. 5. November 1938 («Die 15. Jahresfeier des 8./9. November. Das Programm»).
 - 21 Brief von Emil Reuther v. 2. August 1979 an den Verf.
 - 22 Anklageschrift Bavaud, S. 23.
 - 23 Mdl. Mitteilungen v. Fischermeister Josef Schwarz v. 30. Mai 1979 in Diessen.
 - 24 Zum Hitler-Putsch vgl. das dokumentarische Werk von Ernst Deuerlein: Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 9), sowie die Studie des an der Universität von Massachusetts lehrenden Historikers Harold J. Gordon: Hitler and the Beer Hall Putsch, New Jersey 1972.
 - 25 Völkischer Beobachter, Nr. 309 v. 5. November 1938, der das von der Reichspressestelle der NSDAP veröffentlichte Programm für den 8./9. November wiedergibt. Die Festfolge selbst liess sich im BA-K und IfZ nicht auffinden. Die im Text verwendeten Abkürzungen bezeichnen: SA = Sturmabteilung, SS = Schutzstaffel, NSKK = Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps, NSFK = Nationalsozialistisches Fliegerkorps.
 - 26 Anklageschrift Bavaud, S. 23f.; die dort gebrauchte Bezeichnung «Kaffeehaus ‚City‘» war allgemein üblich. Es war jedoch eingetragen als «Conditorei City». Münchener Stadtadressbuch 1938, 88. Ausg., München 1937, S. 81. Heute befindet sich in dem Gebäude eine Filiale der Dresdner Bank, das Erdgeschoss war damals noch nicht durch den Einbau von Arkaden zurückversetzt. Die Conditorei grenzte direkt an den heute eingeebneten Gehsteig; durch die Weinstrasse führte damals noch eine zweigleisige

- Straßenbahn. Mdl. Mitteilungen von Herrn W. Bader, dessen Familie seit 1931 wenige Schritte entfernt ein Tabakgeschäft betreibt.
- 27 Urteil Bavaud, S. 10. Diese ergänzende Angabe muß Bavaud während der Befragung in der Hauptverhandlung gemacht haben, da sie in der Anklageschrift, S. 23 f., nicht enthalten ist.
- 28 Anklageschrift Bavaud, S. 24.
- 29 Münchener Zeitung, Nr. 312 v. 8. November 1938.
- 30 Gruchmann, Lothar (Hrsg.): Autobiographie eines Attentäters, Johann Georg Elser. Aussage zum Sprengstoffanschlag im Bürgerbräukeller, München, am 8. November 1939, Stuttgart 1970, S. 88.
- 31 Münchner Neueste Nachrichten, Nr. 314 v. 10. November 1938.
- 32 Münchener Zeitung, Nr. 314 v. 10. November 1938.
- 33 Münchener Zeitung, Nr. 313 v. 9. November 1938. Die Tribünen für die Prominenz befanden sich an der Residenzstraße, am Odeonsplatz und am Königlichen Platz. Gleichwohl hatte Bavaud an bescheidenerem Ort eine Bevorzugung erfahren: «Man hat die Zahl der Tribünenplätze gegenüber dem Vorjahr verdoppelt, und dennoch konnte nur etwa die Hälfte der Anwärter auf solche Plätze mit Karten bedacht werden.» Kölnische Zeitung, Nr. 570 v. 10. November 1938.
- 34 Münchner Neueste Nachrichten, Nr. 314 v. 10. November 1938.
- 35 Anklageschrift Bavaud, S. 24; Urteil Bavaud, S. 10f.
- 36 Anklageschrift Bavaud, S. 24f.; Domarus: Hitler, S. 973ff.
- 37 Anklageschrift Bavaud, S. 25ff.; Urteil Bavaud, S. 11ff.
- 38 Die Filiale der Reichskanzlei dient heute der US Army als «Headquarters Recreation Area» und wurde samt Reichsadler restauriert und mit der Aufschrift «Haus Chancellor» versehen.

2. Widerrufene Aussagen und verschlüsselte Offenbarungen

- 1 Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof gegen Maurice Bavaud, Berlin, 20. November 1939, S. 31f., in: Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Strafverfolgung 3, Recht-geheim, AA, PA-B.
- 2 Anklageschrift Bavaud, S. 33f.
- 3 Anklageschrift Bavaud, S. 13. Die hier und auch im Urteil Bavaud, S. 14, enthaltenen Schreibfehler «protektion» und «immediate» sind erst in der Anklageschrift Gerbohay, S. 9, korrigiert worden.
- 4 Anklageschrift Bavaud, S. 35.
- 5 Urteil des Volksgerichtshofes v. 18. Dezember 1939 betr. Maurice Bavaud, S. 15f., in: Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Strafverfolgung 3, Recht-geheim, AA, PA-B.
- 6 Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof gegen Marcel Gerbohay, Berlin, 5. November 1942, S. 4f., 20, in: Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Strafverfolgung 3, Recht-geheim, AA, PA-B.
- 7 Unter diese Schutzzerklärung setzte Gerbohay ein Zeichen, das schon bei den Vernehmungen Bavauds der Gestapo zu Fragen Anlaß gegeben hatte. Nach Gerbohay han-

delte es sich um die übereinandergeschriebenen Buchstaben A, R und H, über die er noch zwei gekreuzte Linien zog. Das Zeichen will er auch als Oberhaupt der «Compagnie du Mystère» verwendet haben. A = Amour envers la patrie, R = Renoncement à soi-même, H = Honneur. Auch hier bleibt aus den deutschen Akten unklar, ob der Franzose nur geheimnisvoll tat oder ob dies der Leitspruch des Geheimklubs war. Anklageschrift Gerbohay, S. 9.

3. «Tell 38» – Zur These von Rolf Hochhuth

- 1 Die Zeit, Nr. 52 v. 17. Dezember 1976 (Hochhuth, Rolf: «Tell 38»: Er wollte Hitler töten. Der Fall des Theologie-Studenten Maurice Bavaud).
- 2 Hochhuth, Rolf: Tell 38. Dankrede für den Basler Kunstpreis 1976 am 2. Dezember in der Aula des Alten Museums. Anmerkungen und Dokumente, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 17.
- 3 Hochhuth, Tell 38, S. 18.
- 4 Ebenda.
- 5 «Ja, er war realistischer als die beiden Bombenzünder.» Ebenda, S. 19.
- 6 Hochhuth zitiert Jacob Burckhardt, der sich auf die Spezies der Revolutionsgeneräle bezieht. Hochhuth, Tell 38, S. 24f. Wenn schon derart auf Jacob Burckhardts «Das Individuum und das Allgemeine (Die historische Größe)» zurückgegriffen wird, hätte hier auch eine andere Stelle Beachtung finden dürfen: «Bei den uns näher stehenden Gestalten kann nur urkundlich bezeugte Geschichte helfen, woran es dann oft gebricht. Phantasten aber legen Beliebigen hinein, und historische Romane verwerten oder verunwerten die großen Gestalten auf ihre Manier.» Burckhardt, Jakob: Weltgeschichtliche Betrachtungen, hrsg. v. Jakob Oeri, Stuttgart, 2 1910, S. 238.
- 7 Ebenda, S. 19. Auch diese Behauptung – erinnert sei an Rittmeister Eberhard von Breitenbuch – mißachtet die anderen Opferwilligen. Vgl. Kapitel «Richten Auge in Auge», S. 82.
- 8 Hoffmann, Peter: Maurice Bavaud's Attempt to Assassinate Hitler in 1938, in: Mosse, George L. (Hrsg.): Police Forces in History, London 1975, S. 173–204.
- 9 In einer ersten Vorauspublikation, die aufzeigen wollte, daß das Attentatsvorhaben von Maurice Bavaud viele bis dahin ungeklärte Aspekte aufweise – darunter das völlige Versagen der schweizerischen Vertretung in Berlin sowie die komplexe Frage nach Bavauds Motiven und Einordnung –, habe ich in wenigen Sätzen auch Hochhuths Mystifikation gestreift: «Die dabei angewandte Methode ist allzu durchsichtig: Positives wird hochgepriesen, während Widersprüchliches und dem Heldenmythos Abträglichen einfach weggelassen wird.» NZZ, Nr. 150 v. 1./2. Juli 1978 («Der Schweizer Hitler-Attentäter Maurice Bavaud»). Als Reaktion antwortete Hochhuth in seinem Buch mit einer massiven Breitseite, die auf eine persönliche Diffamierung abzielte.
- 10 Hochhuth, Tell 38, S. 53.
- 11 Ebenda, S. 56.
- 12 Ebenda, S. 130.
- 13 Zu Gerbohay druckt Hochhuth lediglich drei Kurzinformationen aus deutschen Akten ab. Sie sind zu summarisch, als daß sie dem Leser eine eigene Beurteilung ermöglichen könnten. Ebenda, S. 131ff.
- 14 Ebenda, S. 150f.

- 15 Ebenda, S. 151.
- 16 Urteil Bavaud, S. 24. Die Behauptung Hochhuths: «... so ließen die Nazis in Berlin auch auf Maurice Bavaud zwei Psychiater in der Hoffnung los, dieses «Individuum» für blöd erklären zu können», verdreht die Absicht in ihr Gegenteil und ist ohne Sinn. Alles, was nur entfernt auf strafrechtliche Milderungsgründe hinwies, wurde mit den Gutachten ausgeräumt, wie Anklageschrift und Urteil demonstrieren. Hochhuth, Tell 38, S. 28.
- 17 Anklageschrift Bavaud, S. 35, 39.
- 18 Hochhuth, Tell 38, S. 29. Vgl. Ruppelt, Georg: Die «Ausaltung» des «Wilhelm Tell». Dokumente zum Verbot des Schauspiels in Deutschland 1941, in: Jahrbuch der deutschen Schillergesellschaft, 20. Jg., 1976, Tübingen 1976, S. 402–419.
- 19 Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Vollst. überarb. u. erw. Neuausgabe, Tübingen 1976, S. 354 (4. Juni 1942, abends).
- 20 Zu Hochhuths fragwürdigen Arbeitsmethoden vgl. a. Thompson, Carlos: Die Verleumdung des Winston Churchill, München/Zürich 1980.

4. Auf der Suche nach mündlichen und schriftlichen Quellen

- 1 Sie und Er, Zofingen, 17. September 1948.
- 2 Von den Zeitungen, die kurz darüber berichteten und auch das Attentatsvorhaben erwähnten, seien genannt: NZZ, Nr. 1374 v. 24. Mai 1955; Der Oberthurgauer v. 26. Mai 1955; Oberländisches Volksblatt v. 26. Mai 1955; Die Tat v. 5. Juni 1955; Feuille d'Avis de Neuchâtel v. 9. Juni 1955; La Suisse v. 11. Juni 1955; La Liberté (Fribourg) v. 11./12. Juni 1955; Der Landbote v. 18. November 1955. Für Deutschland vgl. Berliner Morgenpost v. 21. Mai 1955 («Maurice wollte Hitler erschießen»); Der Abend v. 21. Mai 1955.
- 3 Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942. Im Auftrage des Deutschen Instituts für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit geordnet, eingel. u. veröffentl. von Gerhard Ritter, Bonn 1951.
- 4 Führerinformation, Nr. 131, Berlin, 14. Oktober 1942, BA–K.
- 5 Walter Hammer an Alfred Bavaud, Brief v. 14. Oktober 1952 (Kopie) sowie Antwort v. Alfred Bavaud. Bavaud an W. H. v. 27. November 1952, in: Nachlaß Walter Hammer, Bd. 79, ED 106, IfZ München.
- 6 Alphons Kappeler an Alfred Bavaud, Brief v. 30. Oktober 1956, u. Antwort v. Alfred Bavaud an A. K. v. 1. November 1956 (Abschrift), in: Nachlaß Walter Hammer, Bd. 79, ED 106, IfZ München.
- 7 Eine erste Kontaktnahme durch Brief v. 3. April 1967 verlief ergebnislos. Nach drei Jahren des Wartens führte ein neuer Vorstoß zur Begegnung v. 15. März 1970.
- 8 Hoffmann, Peter: Maurice Bavaud's Attempt to Assassinate Hitler in 1938, in: Mosse, George L. (Hrsg.): Police Forces in History, London 1975, S. 173–204. Mdl. Mitteilungen v. Botschafter Franz Kappeler v. 19. Oktober 1979.
- 9 Zoller, Raymond: Le Suisse qui voulut tuer Hitler, in: Le Nouvel Illustré, Nr. 53 v. 29. Dezember 1976, sowie L'Est Vaudois, Nr. 102, v. 3. Mai 1979.
- 10 NZZ, Nr. 150 v. 1./2. Juli, Nr. 153 v. 5. Juli, Nr. 155 v. 7. Juli 1978 («Der Schweizer Hitler-Attentäter Maurice Bavaud»).
- 11 Als die Artikelserie bereits der Redaktion der «Neuen Zürcher Zeitung» vorlag, konfrontierten mich Niklaus Meienberg, Villi Hermann und Hans Stürm in einem Ge-

sprach, dessen eigentlichen Zweck ich im Voraus nicht kannte, mit dem Ansinnen, diese Publikation zurückzuziehen und einige Monate zuzuwarten. Die Begründung, die für ihren Bavaud-Film zu befragenden Personen in der Westschweiz und in der Bretagne könnten ihre Mitteilungen verändern, sollten sie diese Veröffentlichung lesen, vermochte mich in der Sache nicht zu überzeugen. Abgesehen davon, dass sich dieser Verhinderungsversuch nach den bereits erschienenen Publikationen einseitig gegen mich richtete, hat sich bestätigt, dass noch ein halbes Jahr später nicht einmal die Geschwister von Maurice Bavaud von den Artikeln in der «Neuen Zürcher Zeitung» etwas wussten. Die Drohungen – man könne auch anders, wenn ich nicht wolle, man werde alles notieren und mein Verhalten entsprechend darstellen – waren nicht dazu angetan, Vertrauen zu erwecken. Seither begann Niklaus Meienberg eine üble Polemik in der Meinung, hierfür einen Freipass zu haben, da man ja zu dritt aufgetreten war. Dass er den Bruder Jean-Pierre Bavaud mit Behauptungen, ich bezeichne Maurice Bavaud als «Schwulen», zum Versuch aufstachelte, mir durch eingeschriebene Briefe Akten zu sperren, und sich gleichzeitig in der Öffentlichkeit damit wichtig machte, die Familie traue mir nicht über den Weg, ist ein Beispiel dafür, wie bedenkenlos Meienberg in eigener Sache zu repressiven Methoden greift. Sein Versuch, sich bei den Geschwistern Bavaud eine Monopolstellung zu verschaffen, ist zwar gescheitert, aber es ist ausserordentlich zu bedauern, dass sich Meienberg nicht damit begnügen wollte, die Angehörigen zu befragen, wie dies bereits vor ihm Peter Hoffmann, Raymond Zoller und Rolf Hochhuth getan hatten, das Konzept, Nr. 1 v. Jan. 1979 («Schwierigkeiten beim Schiessen auf Adolf Hitler»). Schreiben v. Jean-Pierre Bavaud v. 19. Januar sowie v. 2. Mai 1979 an den Verf. (mit Kopien an den Verlag). «De tous côtés me parviennent les échos de votre projet d'écrire un livre aux éditions Huber et intitulé 'Le cas Bavaud'. Tout d'abord, l'histoire de mon frère Maurice n'est pas un 'cas' mais une tragédie humaine et familiale que nous tentons actuellement d'élucider. Pour ce faire, nous avons confié l'exclusivité de nos sources à M. Nicolas Meienberg et à ses collaborateurs et ne changerons pas notre attitude longement mûrie ... C'est pourquoi au nom de ma famille et en accord avec elle, je bloque l'usage de tous les documents issus de notre propriété; je demande à consulter le manuscrit intégral.» Im zweiten eingeschriebenen Brief hiess es: «Vous n'êtes ni scientifique, ni sérieux, ni poli.» Wer hier die Feder führt, ist unschwer zu erraten. Meienberg, Niklaus: Vom Umgang mit dem Verleger, in: das Konzept, Nr. 10 v. Oktober 1979, in dem nun auch noch der Leiter jenes Verlages angegriffen wird, der dieses Buch herausbringt.

- 12 Die verschiedenen mündlichen Befragungen im Jahr 1970 (Alfred Bavaud, Minister Dr. Peter Anton Feldscher, a. Botschafter Dr. Franz Kappeler) hatten gezeigt, dass ohne die damals unauffindbaren oder gesperrten Akten gezielte Nachforschungen unmöglich waren. Hingegen mahnten schon diese ersten Hinweise gegenüber der von Hitler in den «Tischgesprächen» überlieferten und später in der «Tell»-These wiederauferstandenen Ausdeutung zur Skepsis.
- 13 MdI. Auskünfte von Edouard Loisy v. 11. September 1978 in Saint-Ilan. Vgl. a. Saint-Ilan Information, Nr. 12 v. April 1978, S. 25.
- 14 MdI. Auskünfte von Père Michel Viatte v. 11. September 1978; da er weder Bavaud noch Gerbohay kannte, bezeichnete er selbst seine Äusserung lediglich als Vermutung. Die Archivreger in Saint-Ilan beziehen sich auf die Gartenbauschule; von Nutzen waren einige handschriftliche Aufzeichnungen des ehemaligen Direktors Philippe Capelle.

II. Hintergründe und Motive

1. Aussenseiter inmitten einer «rechtschaffenen Ordnung»

- 1 Mdl. Mitteilungen v. Alfred Bavaud v. 15. März 1970; den Gedanken, selbst nach Saint-Illan zu fahren, um Aufklärung zu erlangen, hat er erwogen, beabsichtigte dann jedoch, sich schriftlich mit der Bitte um Auskunft an die Schule zu wenden.
- 2 Mdl. Mitteilungen v. Marie-Louise Delley-Bavaud v. 8. u. 10. Dezember 1978 sowie v. Hélène Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978. Mit Ausnahme von Alfred Bavaud wurden alle in diesem Kapitel erwähnten Personenbefragungen im Ton aufgezeichnet. Schriftl. Auskunft der Einwohnerkontrolle Neuchâtel v. 14. April 1978.
- 3 Nach der Volkszählung von 1920 lebten in Neuchâtel 19204 Protestanten (82,9%), 3515 Katholiken (15,2%) und 95 Israeliten (0,4%). Wie sich aus dem Zählergebnis von 1941 ergibt, hatten sich bis dahin die Relationen kaum verändert. Einzig die Gruppe der jüdischen Glaubensangehörigen, die noch 58 Einwohner aufwies, hatte einen starken Rückgang zu verzeichnen, der durch die Verschärfung antisemitischer Tendenzen ebenso wie durch Abreisen nach sichereren Ländern in Übersee – wie im Fall von Jules Bloch – erklärbar wären. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1927, Bern 1928, S. 31. Recensement fédéral de la population 1^{er} décembre 1941, 10^e vol., Canton de Neuchâtel, Berne 1946, S. 40f.
- 4 Mdl. Mitteilungen von Maurice Girard v. 8. Dezember 1978, der ein langjähriger Arbeitskollege des Vaters gewesen war. Alfred Bavaud soll um 1926/27 aus der Fédération des employés postaux et des télégraphes ausgetreten sein, weil er sich durch antikatholische Tendenzen in seiner Glaubensüberzeugung verletzt fühlte. Maurice Girard – ebenfalls Katholik – blieb jedoch Mitglied, weil er sich verbal eher zur Wehr zu setzen gewusst habe.
- 5 Schriftl. Auskunft der Einwohnerkontrolle Neuchâtel v. 14. April 1978. Nach mdl. Mitteilungen v. Gabrielle Stauffer v. 8. Dezember 1978, die von Jugend auf mit der Familie Bavaud befreundet ist, soll für den häufigen Wohnungswechsel auch der Umstand eine Rolle gespielt haben, dass der Mieter erst nach zwei Jahren in grösserem Umfange für Renovationskosten im Fall des Auszuges aufkommen musste.
- 6 Mdl. Mitteilungen v. Hélène Delley-Bavaud und v. Marie-Louise Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978. Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Vaters lassen sich auf Grund des Steuerregisters nachprüfen. Demnach wies Alfred Bavaud – nach allen Abzügen – in den Jahren 1935 bis 1940 ein steuerbares Einkommen von 4'600 bis 5'000 Franken auf. Erst 1937 versteuerte er auch ein knapp über dem Freibetrag liegendes Vermögen. Im Steuerregister von 1940 findet sich zu Maurice Bavaud der Bleistifteintrag: «P. H. (Police des habitants, d. Verf.) papiers aband. en Allemagne. Absent à l'étranger/enfermé dans camp de concentration.» Vgl. die Steuerregister Impôt direct & Impôt extraordinaire de crise 1935-1940, Archives de l'Etat, Neuchâtel.
- 7 Mdl. Mitteilungen v. Hélène Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978 sowie v. Louis Crelierv. 30. August 1978.
- 8 Mdl. Mitteilungen v. Marie-Louise Delley-Bavaud u. Hélène Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978.
- 9 Mdl. Mitteilungen v. Marie-Louise Delley-Bavaud v. 8. Dezember 1978. Dadurch erfährt das graphologische Gutachten vom 21. Juni 1978 von Erika Urner-Wiesmann zur Handschrift von Alfred und Maurice Bavaud eine bemerkenswerte Bestätigung,

wenn es feststellt: «Die autoritäre Haltung des Vaters dürfte beim Sohn einen massiven Widerspruch geweckt haben. Für die Entwicklung des jungen Mannes mußte diese dominierende Vaterfigur eine ungünstige Wirkung haben. Wichtige Entscheidungen wurden durch seine Prägung wesentlich beeinflusst.» (Graphologisches Gutachten im Besitz d. Verf.).

- 10 Tribune, Nr. 154 v. 3. Juni 1979 («Un Romand contre Hitler»).
- 11 Zoller, Raymond: Le Suisse qui voulut tuer Hitler, in: Le Nouvel Illustré, Nr. 53 v. 29. Dezember 1976. Zoller brachte als erster die wichtigsten Photos und Dokumente aus dem Familiendossier Bavaud zum Abdruck. Vgl. seinen Artikel «Maurice Bavaud voulait assassiner Adolf Hitler», in: L'Est Vaudois, Nr. 102 v. 3. Mai 1979.
- 12 Mdl. Mitteilungen v. Hélène Delley-Bavaud u. Marie-Louise Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978.
- 13 Mdl. Mitteilungen v. Louis Crelier v. 30. August 1978, der mit Maurice nach der Primarschule auch im Cercle Saint-Joseph zusammen war. Seine Weltverlorenheit findet auch in der von seinen Schwestern gewählten Formulierung ihren Ausdruck, Maurice sei stets auf der Suche nach einem Ideal gewesen, ohne seinen eigenen Platz zu finden.
- 14 Aushebungsbefund v. 13. Mai 1935 im Dienstbüchlein von Maurice Bavaud, Kopien im Besitz von Raymond Zoller, dem ich für den Einblick in seine Unterlagen danke. Mdl. Mitteilungen v. Hélène Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978.
- 15 Schriftl. Auskunft des Sekretariats der Ecoles primaires, Neuchâtel, v. 29. August 1978 sowie Schülerverzeichnis v. 1922/23, Registerauszug (Etat civil des élèves), Zeugnisnoten Schuljahr 1929/30. Für die bei der Beschaffung dieser Unterlagen gewährte Hilfe bin ich Prof. Dr. Philippe Muller zu Dank verbunden.
- 16 Der katholischen Privatschule war ein Internat angegliedert, das rund 50 Deutschschweizer und Ausländer aufnahm, die Französisch lernen wollten. Die Schule finanzierte sich vor allem durch das Internat, während den Schülern aus Neuenburg, die zumeist aus sehr einfachen Verhältnissen stammten, kein Schulgeld abverlangt wurde. Mdl. Mitteilungen von Louis Crelier v. 30. August 1978. Zur Geschichte des Technikums Freiburg vgl. Reichesberg, N. (Hrsg.): Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Bd. 3, Bern o. J., S. 1007.
- 17 Mdl. Mitteilungen v. Marie-Louise Delley-Bavaud v. 8. Dezember 1978. Mdl. Mitteilungen v. Hélène Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978. Maurice Bavaud selbst soll ausgesagt haben, seine Zeugnisse bei der technischen Lehranstalt seien weniger gut ausgefallen als zuvor. Urteil Bavaud, S. 2.
- 18 Anklageschrift Bavaud, S. 3f.
- 19 Mdl. Mitteilungen v. Marie-Louise Delley-Bavaud v. 8. Dezember 1978.
- 20 Mdl. Mitteilungen v. Hélène Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978.
- 21 Die Annahme, der Vater habe laufend seinen Kindern über seine Schritte und über die Mitteilungen des EPD berichtet und es sei in der Familie immer wieder über Maurice gesprochen worden, ist nach Auskunft der Schwestern falsch. Der Vater war zurückhaltend, zumal da er auch vom EPD um Vorsicht gebeten worden sei. Er ermahnte daher seine Kinder nichts Unvorsichtiges – etwa Kritik an den Deutschen – zu äußern, was Maurice schaden könnte. Mdl. Mitteilungen v. Hélène Delley-Bavaud u. Marie-Louise Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978.

2. Maurice Bavaud – ein Antisemit und Rechtsextremist?

- 1 Völkischer Beobachter, Nr. 315 v. 11. November 1938 («Gewaltige Empörung gegen das Judentum in München»).
- 2 Münchner Neueste Nachrichten, Nr. 315 v. 11. November 1938 («Empörung gegen die jüdische Mordtat»).
- 3 Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof gegen Maurice Bavaud, Berlin, 20. November 1939, S.27, in: Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Strafverfolgung 3, Recht-geheim, AA, PA-B.
- 4 Ebenda, S. 37.
- 5 Hochhuth, Rolf: Tell 38. Dankrede für den Basler Kunstpreis 1976 am 2. Dezember in der Aula des Alten Museums. Anmerkungen und Dokumente, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 55f.
- 6 Anklageschrift Bavaud, S. 21 f., 36.
- 7 Urteil des Volksgerichtshofes v. 18. Dezember 1939 betr. Maurice Bavaud, S. 9, in: Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Strafverfolgung 3, Recht-geheim, AA, PA-B.
- 8 Hochhuth, Tell 38, S. 56.
- 9 Lassueur, Yves: Un Romand contre Hitler, in: Tribune de Lausanne, Nr. 154 v. 3. Juni 1979.
- 10 Urteil Bavaud, S. 3f. Während die Anklageschrift Bavaud das Schreiben an den «Welt-dienst» wiedergibt, ging das Gericht darüber hinweg. Ihn als Antisemiten hervorzuheben, vermied man im Urteil aus leicht ersichtlichen Gründen.
- 11 Mdl. Mitteilungen v. Marie-Louise Delley-Bavaud v. 8. Dezember 1978.
- 12 Mdl. Mitteilungen v. Hélène Delley-Bavaud u. Marie-Louise Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978. Zur Geschichte des französischen Präfaschismus vgl.: Sternhell, Zeev: La Droite révolutionnaire 1885-1914. Les origines françaises du fascisme, Paris 1978.
- 13 Ihr Organ war zuerst unter dem Titel «Le Patriote Neuchâtelois», von Januar/Februar 1934 bis Oktober 1944 als «L'Ordre National Neuchâtelois» erschienen. Auch hier wurde gegen die Logen zu Felde gezogen; vgl. die Ausgabe vom August (Nr. 8) 1934 («Nos raisons de lutter contre les Loges»), Archives de l'Etat, Neuchâtel.
- 14 Joseph, Roger: L'Union nationale 1932-1939 – Un fascisme en Suisse romande, Neuchâtel 1975, S. 222 ff. Wertvolle Hinweise gibt das Referat von Marie-Emma Fitting: Frontisme et mouvements de rénovation nationale en Suisse romande, gehalten vor der Arbeitsgemeinschaft für Schweizerische Zeitgeschichte am 16. Januar 1965 in Bern; zu dessen Drucklegung in erweiterter Form ist es bis jetzt nicht gekommen.
- 15 Zit. nach Katharina Spindler: Die Schweiz und der italienische Faschismus (1922-1930). Der Verlauf der diplomatischen Beziehungen und die Beurteilung durch das Bürgertum. Diss. Univ. Basel, Basel 1976, S. 203. Die Verfasserin analysiert in diesem Abschnitt nicht nur die Haltung von Gonzague de Reynold, sondern die katholisch-konservative Stellungnahme in der Schweiz gegenüber dem Faschismus insgesamt; vgl. S. 202-217.
- 16 Dem Cercle Saint-Joseph, bei dem auch Bavaud mitmachte, gehörten viele Ehemalige der katholischen Primarschule an; es war dies eine konfessionell ausgerichtete Jugendgruppe ohne politische Ziele; u.a. wurde Theater gespielt. Dass Gonzague de Reynold

auch bei den katholischen Jugendlichen Neuchâtel's erhebliche Resonanz fand, bestätigt der Mitschüler und ebenfalls zeitweilige Leser der «Action française» Louis Crelier; mdl. Mitteilungen v. 30. August 1978.

- 17 Mdl. Mitteilungen v. Hélène Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978. Papst Pius XII. hat am 10. Juli 1939, am Anfang seines Pontifikats, das Verbot wieder aufheben lassen.
- 18 Mdl. Mitteilungen v. Marie-Louise Delley-Bavaud v. 8. Dezember 1978 u. v. Hélène Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978.
- 19 Anklageschrift Bavaud, S. 3.
- 20 L'Action Nationale, Nr. 197 v. 20. Februar 1937 («En Suisse romande, un seul mouvement: le nôtre!»). NZZ, I, Nr. 948 v. 27. Mai 1937 («Géo»). Joseph, L'Union nationale, S. 223f.
- 21 La Voix Nationale, Nr. 10 v. Juli 1934 («Le mouvement du Front National en Suisse»).
- 22 La Voix Nationale, Nr. 10 v. Juli 1934 (Communications officielles, Neuchâtel). Die Ortsgruppe traf sich jeweils am Freitagabend im Café Strauss im ersten Stock.
- 23 Le Front National, édité par la section genèvoise du Front National, (Genève) 1935, S. 15. Als französischsprachige Sektionen der Nationalen Front werden aufgeführt: Genève, Lausanne, Neuchâtel, Fribourg.
- 24 Da die Lehrer aus Frankreich stammten, habe man in der katholischen Schule über das westliche Nachbarland mehr Informationen erhalten als über die Schweiz. Mdl. Mitteilungen v. Louis Crelier v. 30. August 1978. Auf die wohl stärkeren Bindungen nach Frankreich wies auch Hélène Delley-Bavaud, mdl. Mitteilungen v. 10. Dezember 1978, hin.
- 25 Anklageschrift Bavaud, S. 3; Urteil Bavaud, S. 2.
- 26 Glaus, Beat: Die Nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930–1940, Einsiedeln 1969, S. 188ff.
- 27 Anklageschrift Bavaud, S. 7f., wo das Schreiben in deutscher Übersetzung wiedergegeben wird.
- 28 Ebenda, S. 8. Bavaud hat seinem Brief beigefügt: «P. S. In der letzten Zeit hatten hier die Juden wirklich Angst, Angst vor Deutschland. Mit gleicher Post sende ich Ihnen eine Anweisung über 6 RM.» Entspricht diese Bemerkung, die er der Erfurter Antisemitenzentrale übermittelte, nicht der Gesinnung jener Hetzer, die sich über die Bedrängnis der Juden nach dem Anschluß Österreichs und dem weiteren Vormarsch Hitlers (Sudetengebiete) freuten? Um die jüdischen Flüchtlinge nicht in die Schweiz hereinzulassen, wurden von Bern aus Grenzsperrmaßnahmen erlassen. Diese Entwicklung wirkte auch auf jüdische Kreise in der Schweiz verängstigend.
- 29 Bereits zur Zeit von Bavauds Mitgliedschaft hatte sich ihr Organ «La Voix Nationale», Nr. 14 v. November 1934 ausführlich über die «Protokolle der Weisen von Zion» verbreitet.
- 30 Cohn, Norman: Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Köln-Berlin 1969, S. 275–295. Das Obergericht als Berufungsinstanz entschied am 1. November 1937, die Protokolle seien nicht unzüchtig; das Gesetz über Schundliteratur könne auf sie nicht angewendet werden. Aus seinem Auftritt als Gutachter schlug Fleischhauer auf seine Weise Kapital; in seinem «U.-Bodung-Verlag» erschienen hierzu u. a.: Vasz, Stephan: Das Berner Fehlurteil über die Protokolle der Weisen von Zion, Erfurt 1935, sowie: Fleischhauer, Ulrich: Die ech-

- ten Protokolle der Weisen von Zion, Sachverständigengutachten, erstattet im Auftrage des Richteramtes V in Bern, Erfurt 1935.
- 31 Im Sommer 1938 hat Bavaud zum Front National allein deshalb schon keine Kontakte wieder aufnehmen können, weil er nicht mehr existierte. Fleischhauer, dessen «Weltendienst» von 1933 bis 1937 vom Propagandaministerium subventioniert worden war, dann von Rosenbergs Außenpolitischem Amt der NSDAP abhängig und 1939 von ihm übernommen wurde, ist auch in der Westschweizer Presse in direktem Zusammenhang mit dem Front National genannt worden. Feuille d'Avis de Lausanne v. 14. August 1936 («L'affaire Eisenegger-Fleischhauer»); Le Genévois v. 19. August 1936 («Eisenegger, Fleischhauer et le Front National»).
 - 32 Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof gegen Marcel Gerbohay, Berlin, 5. November 1942, S. 4.
 - 33 Sein gesteigertes Interesse für den Kommunismus, von dem die Schwester Marie-Louise Delley-Bavaud berichtet, läßt sich ebenso in die «Vorbereitungen» einordnen wie die Tatsache, daß er Hitlers «Ma doctrine» las, um dessen Anschauungen eingehender zu studieren.
 - 34 Anklageschrift Bavaud, S. 37.

3. Saint-Ilan

- 1 Lemonnier: Notice historique sur l'œuvre de Saint-Ilan (1935), S. 11 (hektographiert); Cours secondaire, prospectus et programme des cours, Saint-Brieuc 1912, sowie zwei weitere undatierte Schulprospekte, die ich dem Archivar Père Bernard Noël der Congrégation du Saint-Esprit verdanke.
- 2 Lemonnier: Notice historique sur l'œuvre de Saint-Ilan (1935), S. 14ff.; Capelle, Philippe: Connaissez-vous Saint-Ilan?, in: Bulletin de l'Amicale de Saint-Ilan, Châtelaudren 1969, S. 15–30. Das Manuskript befindet sich bei den rudimentären Akten der Ecole d'Horticulture de Saint-Ilan.
- 3 Ecole Apostolique et Vocation Tardive, Notes 1921–1939/40, Archives de la Congrégation du Saint-Esprit, Paris.
- 4 Über die Geschichte sowie über die Tätigkeitsgebiete der Missionsgesellschaft – außer Afrika die französischen Antillen, aber auch Seelsorge bei den Farbigen in den USA u. a. m. vgl. Goyau, Georges: La Congrégation du Saint-Esprit, (Paris) 1937. Mdl. Mitteilungen v. Père Alexis Riaud, ehemalig. directeur du grand scolasticat in Langonnet (Morbihan) v. 16. September 1978.
- 5 Brief v. 9. Oktober 1978 an den Verf.
- 6 Brief v. 29. Oktober 1978 an den Verf.
- 7 Mdl. Mitteilungen von Jean Monnard, der als Schweizer ebenfalls 1937/38 in Saint-Ilan weilte, v. 9. Dezember 1978. Lemonnier: Notice historique sur l'œuvre de Saint-Ilan (1935), S. 15.
- 8 Brief v. 23. November 1978 an den Verf.
- 9 Brief v. 24. November 1978 an den Verf.
- 10 Brief v. 29. Januar 1979 an den Verf.
- 11 Brief v. 7. November 1978 an den Verf.
- 12 Brief v. 3. November 1978 an den Verf.

- 13 Brief v. 29. November an Villi Hermann. Darin antwortet Herr Blény zugleich auf meinen Brief v. 18. November 1978; für die Überlassung einer Kopie danke ich Herrn Hermann.
- 14 Lassueur, Yves: Un Romand contre Hitler, Tribune de Lausanne, Nr. 154 v. 3. Juni 1979. Diese These entspricht der Erklärung v. Frau Héléne Delley-Bavaud, Hitler sei Maurice als «une bête malfaisante» erschienen, das man töten müsse. Mdl. Mitteilungen v. 10. Dezember 1978.

4. Marcel Gerbohay und seine Krankheit

- 1 Auszug aus dem Geburtsregister, Dossier Gerbohay, Gemeindeverwaltung Pacé.
- 2 Schriftl. Mitteilungen v. Angèle M. Julia-Gerbohay an den Verf. v. 28. November 1978. Es handelt sich um eine ausführliche Schilderung (12 Seiten im A4-Format, eng beschrieben, die zusammen mit dem Brief v. 5. März 1979 (6 Seiten) auf alle meine Fragen einging, wofür ich Frau Julia ebenso wie für die Zurverfügungstellung ihrer Familienunterlagen danke.
- 3 Auszug aus dem Heirats- und Geburtsregister, Dossier Marcel Gerbohay, Gemeindeverwaltung Pacé.
- 4 Ebenda.
- 5 Mdl. Mitteilungen v. Jean-Pierre Jamin, Sekretär der Gemeindeverwaltung Pacé, v. Victor Simonneaux, gegenwärtigem Pächter des Gutshofes auf Touche-Milon, u. der ehemaligen Nachbarin Frau Gabillard v. 12. September 1978, die dem Genre der Dorferzählung entsprechen. Aber auch Abbé Etienne Plassoux, der als Knabe Vater Gerbohay auf dem Totenbett gesehen hat und seinem Sohn zum geistlichen Vater geworden ist, hielt ihn für einen Belgier; mdl. Mitteilungen v. 12. September 1978. Für die Mutter von Marcel bestand jedoch kein Zweifel, daß er in Paris geboren wurde und Franzose war, so wie es im Heiratsregister angegeben ist. Schriftl. Mitteilung v. Angèle Julia-Gerbohay v. 28. November 1978.
- 6 Auszug aus dem Sterberegister, Dossier Gerbohay, Gemeindeverwaltung Pacé. Mdl. Mitteilungen v. J.-P. Jamin, V. Simonneaux, Abbé Plassoux, die der Meinung waren, der Vater habe getrunken, wobei die vagen Angaben über das Ausmaß divergierten.
- 7 Schriftl. Mitteilungen v. Angèle Julia-Gerbohay v. 28. November 1978.
- 8 Ebenda.
- 9 Brief v. Abbé Alexandre Renault v. 21. Dezember 1978 an den Verf.
- 10 Ebenda.
- 11 Ebenda.
- 12 Ebenda.
- 13 Brief v. Jean Communier v. 24. November 1978 an den Verf.
- 14 Schriftl. Mitteilungen v. Angèle Julia-Gerbohay v. 28. November 1978.
- 15 Ebenda sowie Brief v. 4. Januar 1979 an den Verf.
- 16 Brief v. Jean Communier v. 24. November 1978 an den Verf.
- 17 Mdl. Mitteilungen v. Abbé Etienne Plassoux v. 12. September 1978.
- 18 Mdl. Mitteilungen v. Abbé Etienne Plassoux v. 12. September 1978.
- 19 Brief v. Raymond Blény v. 29. November 1978 an Villi Hermann.

- 20 Anklageschrift Gerbohay, S. 18f. Vgl. Hervet, Robert: Les Compagnons de France, Paris 1965.
- 21 Schriftl. Mitteilungen v. Angèle Julia-Gerbohay v. 28. November 1978.
- 22 Ebenda sowie ihr Brief v. 5. März 1979 an den Verf.
- 23 Brief v. Raymond Blény v. 29. November 1978 an Villi Hermann.
- 24 Abschiedsbrief v. 25. Januar 1943 (Abschrift), Dossier Gerbohay, Gemeindeverwaltung Pace.
- 25 Brief v. Angèle Julia-Gerbohay v. 5. März 1979 an den Verf.
- 26 MdI. Mitteilungen v. Jean-Pierre Jamin sowie v. Victor Simonneaux v. 12. September 1978. Auch Abbé Plassoux hielt diese Version für möglich.
- 27 Das Geheime Staatspolizeiamt hatte im Oktober 1940 seine Ermittlungen auf den besetzten Teil Frankreichs ausgedehnt. Im Bericht an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof v. 21. Januar 1941 heisst es: «Die Fahndung nach Gerbohay wird fortgesetzt und habe ich die in Frankreich eingesetzten Dienststellen der Sicherheitspolizei entsprechend angewiesen.» Vgl. die Korrespondenzen bei den Akten Bavaud, PA-B.

5. La «Compagnie du Mystère»

- 1 Anklageschrift Gerbohay, S. 5 f., 8.
- 2 Brief v. Abbé Emile Arribart v. 7. Oktober 1978 an den Verf.
- 3 MdI. Mitteilungen von Père Alexis Riaud, a. directeur du grand scolasticat, Langonnet, v. 16. September 1978; Brief v. Abbé Emile Arribart v. 7. Oktober 1978 an den Verf.
- 4 Brief v. Père Lucien Rozo v. 16. Oktober 1978 an den Verf.
- 5 Brief v. Père Emilejacquot v. 26. November 1978 an den Verf.
- 6 Brief v. Père Emilejacquot v. 29. Oktober u. 26. November 1978 an den Verf.
- 7 Brief v. Raymond Blény an Villi Hermann v. 29. November 1978, in dem Herr Blény auch auf meine Fragen v. 18. November 1978 antwortete. Er hat mehrfach die Identität gewechselt, um der Verhaftung zu entgehen.
- 8 Brief v. 5. Oktober 1978 an den Verf.
- 9 Register für Gnadensachen, 1941-1943, Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Geschäftsstelle 6, Zentrales Staatsarchiv, Berlin, DDR.
- 10 Anklageschrift Gerbohay, S. 5f. Diese Auffassung vertrat Jean Monnard kompromisslos; mdl. Mitteilungen v. 9. Dezember 1978.
- 11 Schriftl. Mitteilungen v. P. Emile Jacquot v. 29. Oktober 1978, v. Raymond Blény v. 29. November 1978, v. P. Raymond Ruth v. 5. Oktober 1978, v. Jean Communier v. 24. November 1978, v. Abbé Alexandre Renault v. 21. Dezember 1978, v. Frère Marcel Flouriot v. 29. November 1978, v. Abbé Emile Arribart v. 7. Oktober 1978, v. P. Charles Rappo v. 22. November 1978, v. Abbé Emile Arribart v. 7. Oktober 1978. MdI. Mitteilungen v. Jean Monnard v. 9. Dezember 1978. Ohler, Norbert: Deutschland und die deutsche Frage in der Revue des deux Mondes, 1905-1940. Ein Beitrag zur Erhellung des französischen Deutschlandbildes, Frankfurt am Main 1973, S. 221-277. Auch die Wochenzeitung «Sept», die für Franco eintrat, soll während des spanischen Bürgerkrieges eine Zeitlang unter den Seminaristen zirkuliert haben. Brief v. Pierre Ollivier v. 6. Oktober 1978 an den Verf.
- 12 MdI. Mitteilungen v. Jean Monnard v. 9. Dezember 1978.
- 13 Brief v. P. Emilejacquot v. 29. Oktober an den Verf.

- 14 Brief v. Jean Monnard v. 7. November 1978 an den Verf.
- 15 Mdl. Mitteilungen v. Jean Monnard v. 9. Dezember 1978.
- 16 Brief v. Jean Monnard v. 7. November 1978 an den Verf.

6. Geteilter Wahn

- 1 Brief v. Abbé Jean Domagné v. 7. Oktober 1978 an den Verf.; Brief v. Frère Marcel Flouriot v. 29. November 1978 an den Verf.; Anklageschrift Gerbohay, S. 2f. Die Angabe Hoffmanns, Bavaud und Gerbohay seien erst ab Oktober 1937 in der gleichen Klasse gewesen, ist falsch, ebenso der Hinweis, sie seien mit dem Rest der Studenten in einem großen Schlafsaal gewesen. Die Bemerkung «Gerbohay, who had apparently had contact with Russian émigrés in Paris ...» macht Hoffmann ohne Beleg und ist wohl nur aus seiner Fehlbeurteilung erklärbar. Hoffmann, Peter: Maurice Bavaud's Attempt to Assassinate Hitler in 1938, in: Mosse, George L. (Hrsg.): Police Forces in History, London 1975, S. 179.
- 2 Brief v. Jean Monnard v. 7. November 1978 an den Verf. sowie mdl. Mitteilungen v. 9. Dezember 1978. Brief v. Abbé Emile Arribart v. 7. Oktober 1978 an den Verf.
- 3 Brief v. Pierre Ollivier v. 6. Oktober 1978 an den Verf.
- 4 Anklageschrift Gerbohay, S. 4. Marcel Joseph waren seine eigenen Vornamen, während er mit Arnold den zweiten Vornamen seines Vaters hinzugenommen hatte. Dimitrij dürfte ihm im Zusammenhang mit dem gleichnamigen Großfürsten eingefallen sein, der bei der Ermordung von Rasputin dabei gewesen war; drei Jahrhunderte zuvor war es einem falschen Dimitrij gelungen, für kurze Zeit den Thron an sich zu reißen. Ein in Frankreich viel gelesenes Buch, in dem die Abdankungsurkunde wiedergegeben war, stammte vom ehemaligen französischen Botschafter in Petersburg. Maurice G. Paléologue: La Russie des Tsars pendant la grande guerre, Paris 1922.
- 5 Anklageschrift Gerbohay, S. 4.
- 6 Brief v. Jean Communier v. 24. November 1978 an den Verf.
- 7 Anklageschrift Gerbohay, S. 4f.
- 8 Keßler, Stefan: Die Folie à deux, Zürich 1970 (Zürcher medizingeschichtliche Abhandlungen Nr. 79). Scharfetter, Christian: Symbiotische Psychosen. Studie über schizophrenergieartige «induzierte Psychosen» (Folie à deux, psychosis of association), mit Geleitwort v. Manfred Bleuler, Solothurn 1970, S. 20–37.
- 9 Scharfetter, Symbiotische Psychosen, S. 15.
- 10 Brief v. Abbé Emile Arribart v. 7. Oktober 1978 an den Verf.
- 11 Brief v. Abbé Alexandre Renault v. 21. Dezember 1978 an den Verf.
- 12 Brief v. Jean Monnard v. 7. November 1978 an den Verf. sowie mdl. Mitteilungen v. 9. Dezember 1978.
- 13 Brief v. Père Désiré Salamin v. 23. November 1978 an den Verf.
- 14 Schriftl. Mitteilungen v. Frau Angèle M. Julia v. 28. November 1978 u. 4. Januar 1979 an den Verf.
- 15 Anklageschrift Bavaud, S. 4.
- 16 Anklageschrift Bavaud, S. 7. Gerbohay hat ihm dies im September 1938 nach Bavauds Angaben in einem Brief versprochen. Was er diesem bereits in Saint-Ilan alles ausgemalt hat, läßt sich aus seinen Angaben lediglich ahnen.
- 17 Schulte, W./Tölle, R.: Psychiatrie, Berlin-Heidelberg *1977, S. 157.

- 18 Anklageschrift Gerbohay, S. 6 f.
- 19 Ebenda, S. 7f.
- 20 «Dieser Mann steht unter meinem unmittelbaren Schutz und hat nichts getan, was nicht meinen Befehlen gemäss ist.» Anklageschrift Gerbohay, S. 9.
- 21 Ebenda, S. 10. Die damalige Stimmung in Frankreich widerspiegelt sich auch im Bericht von Hermann Böschenstein: Vor unsern Augen, Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935-1945, Bern 1978, S. 173-188. Der bekannte Journalist und Historiker war vom Frühjahr 1938 bis zum Kriegsausbruch Korrespondent in Paris.
- 22 Anklageschrift Gerbohay, S. 10f. «Gott ist der Allmächtige. Er kann Deutschland reduzieren, wie er es vergrössert hat. Vergiss dies niemals, damit dieser Gedanke Dir heilsam sei und Dich die Gebote Gottes befolgen macht.» Die Sätze Gerbohays weisen daraufhin, wie er für die Niederwerfung des Kommunismus und seine Rückkehr betont religiös-mystisch argumentierte, ungeachtet des Umstandes, dass er sich hier einer verschlüsselten Sprache bedienen musste.
- 23 Anklageschrift Bavaud, S. 34. Ob seine Angabe, sich damals mit Selbstmordgedanken getragen zu haben, lediglich eine Schutzbehauptung während jener Phase des Verhörs gewesen ist oder ob sie zugleich einen Kern von Wahrheit enthielt, bleibt Bavauds Geheimnis.
- 24 Ebenda, S. 35.
- 25 Anklageschrift Gerbohay, S. 5, 20. NZZ, Nr. 155 v. 7. Juli 1978 («Das einsame Sterben des Maurice Bavaud»). MdI. Mitteilungen v. Jean Monnard v. 9. Dezember 1978. Wie weit homosexuelle Bezüge untergründig mitspielten, ist hier aus der Sicht des Historikers nicht weiter abzuklären, zumal diese Frage im Zusammenhang mit der möglichen symbiotischen Psychose von Seiten der Psychiatrie zu prüfen wäre.
- 26 Ebenda, S. 16.
- 27 Brief v. Maurice Bavaud an seine Angehörigen, Berlin, 17. August 1939, Dossier Bavaud, EPD.
- 28 Ebenda; vgl. Müsset, Alfred de: Les Nuits. Préface par Edmond Haraucourt, Paris o.J., S. 23ff.
- 29 Schriftl. Mitteilungen des Zentralen Staatsarchivs Potsdam v. 26. September 1978 an den Verf.
- 30 Brief v. Maurice Bavaud an seine Angehörigen, Berlin-Plötzensee, 5. April 1940, Dossier Bavaud, EPD.
- 31 Brief v. Maurice Bavaud an seine Angehörigen, Berlin-Plötzensee, 12. Mai 1941, Dossier Bavaud, EPD.
- 32 Anklageschrift Gerbohay, S. 16ff.
- 33 Brief v. Marcel Gerbohay an seine Mutter, Berlin-Plötzensee, 25. Januar 1943 (Abschrift). Dossier Gerbohay, Gemeindeverwaltung Pace.

III. Deutsche Hinhaltemanöver und das Versagen der Schweizer Gesandtschaft

- 1 Münchner Neueste Nachrichten, Nr. 326 v. 22. November 1939 («Der Bürgerbräu-Attentäter verhaftet»).
- 2 Zu den aufgetretenen Zeugen gehörte der Lehrer Emil Reuther, der Bavaud in Berchtesgaden kennengelernt hatte: «Im Dezember 1939 erhielt ich dann, ebenso wie mein Kollege Ehrenspeck, der damals an einem Gymnasium in Ludwigshafen tätig war, ei

ne Vorladung an den Volksgerichtshof Berlin zum Prozeß gegen Herrn Bavaud. In Berlin wurden wir zusammen mit mehreren anderen Zeugen in den Gerichtssaal gerufen, aber mein Kollege und ich wurden gar nicht verhört; wir konnten das Gericht sofort wieder verlassen. Im Gerichtssaal sah ich Herrn Bavaud auf der Anklagebank. Ich habe dann nichts mehr über ihn gehört, es hat auch keiner mehr bei mir nach ihm gefragt.» Brief v. Emil Reuther an den Verf. v. 2. August 1979. Da der Ablauf von Bavauds Unternehmungen von der Verteidigung nicht in Frage gestellt und die These von der «Alleintäterschaft» überraschend übernommen worden war, konzentrierte sich die Verhandlung auf die Kontroverse, ob Bavaud überhaupt bis zur Phase der strafbaren Tatausführung gekommen sei. Diese unerwartete Wende dürfte der Grund gewesen sein, daß die Zeugen Reuther und Ehrenspeck nicht mehr benötigt wurden.

- 3 Bescheinigung von Dr. med. Werner Pettersson, Berlin, 8. November 1945 (Kopie), sowie weitere Unterlagen zu Dr. Franz Wallau im Dossier Maurice Bavaud, Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), das nachstehend zumeist mit der ursprünglichen Bezeichnung Eidgenössisches Politisches Departement (EPD) genannt wird.
- 4 Text nach Stahlbandaufnahmen über die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen vom 27. Mai bis 6. Juni 1940 in Berlin, Auszug (Kopie), in: Privatnachlaß Minister Dr. Jean Hotz, Archiv für Zeitgeschichte, ETH-Zürich.

1. Vergebliche Hilferufe des Vaters

- 1 Brief v. Alfred Bavaud an EPD v. 16. Januar 1939, in: Dossier Maurice Bavaud, EDA. Sofern nichts anderes vermerkt ist, entstammen die nachfolgend genannten Schriftstücke diesem Dossier.
- 2 Schweiz. Konsulat Mannheim an EPD, Berichte v. 2. u. 24. Februar 1939; Abt. f. Auswärtiges (Feldscher) an Alfred Bavaud, 2. März 1939.
- 3 Alfred Bavaud an Abt. f. Auswärtiges, 5. März 1939.
- 4 Schweiz. Generalkonsulat München an Abt. f. Auswärtiges, 1. April 1939. Dr. P. A. Feldscher leitete die Nachricht am 12. April 1939 an Alfred Bavaud weiter u. erklärte sich bereit, die Gesandtschaft in Berlin zu beauftragen, auf Kosten des Vaters dem Sohn einen Anwalt zu besorgen.
- 5 Alfred Bavaud an Abt. f. Auswärtiges, 14. Mai 1939; Abt. f. Auswärtiges an schweiz. Gesandtschaft Berlin, 20. Mai 1939; Abt. f. Auswärtiges an Alfred Bavaud, 20. Mai 1939.
- 6 Schweiz. Gesandtschaft Berlin (Frölicher) an Abt. f. Auswärtiges, 23. Mai 1939. Die Mitteilungen wurden vom EPD am 30. Mai 1939 an den Vater weitergeleitet.
- 7 Alfred Bavaud an Abt. f. Auswärtiges, 5. September 1939. Diese wies am 7. September die Gesandtschaft an, Erkundigungen einzuziehen; der Bericht Frölichers ans EPD erfolgte am 22. September 1939.
- 8 Eingabe von Alfred Bavaud an Bundesrat Motta, 1. Oktober 1939. Ihr beigelegt war ein Brief von Maurice Bavaud an seine Angehörigen v. 17. August 1939, auf dessen Inhalt im Kapitel «Geteilter Wahn», S 233f., eingegangen wird. Ein weiterer Brief v. aus dem Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit stammt v. 27. August 1939.
- 9 Kappeler an Feldscher, 13. Oktober 1939.
- 10 Frölicher an Abt. f. Auswärtiges, 22. November 1939.

- 11 Abt. f. Auswärtiges an Alfred Bavaud, 28. November 1939; Alfred Bavaud an Abt. f. Auswärtiges, 30. November 1939; Auswärtiges Amt an Schweiz. Gesandtschaft Berlin, 20. Dezember 1939, sowie die Weitergabe der Mitteilung der Gesandtschaft an die Abt. f. Auswärtiges, 21. Dezember 1939 – Vgl. a. die Schreiben des Reichsjustizministeriums an das AA v. 6. u. 19. Dezember 1939 zum Prozess Maurice Bavaud, in: Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Recht-geheim, Strafverfolgung 3, AA, PA-B. Zwischen dem 22. November und dem 20. Dezember 1939 hat die Gesandtschaft nichts unternommen. Erst mit der Verbalnote vom 21. Dezember hat sie das Auswärtige Amt angefragt, ob und allenfalls auf welches Datum die Hauptverhandlung festgesetzt worden sei.
- 12 Alfred Bavaud an Abt. f. Auswärtiges, 2. Januar 1940.
- 13 Frölicher an Minister P. Bonna, Chef der Abt. f. Auswärtiges, 4. Januar 1940. Am 6. Januar 1940 telegraphierte das EPD der Gesandtschaft sein Einverständnis, im Auswärtigen Amt auf die Nichtvollstreckung des Todesurteils zu dringen. Am gleichen Tag antwortete es Alfred Bavaud auf seinen Brief v. 2. Januar: «Par ce même courrier, nous écrivons à notre Légation de Berlin pour lui demander des nouvelles de votre fils ainsi qu'un résumé du jugement qui aurait été rendu. Dès à présent, nous pouvons vous assurer qu'un avocat parlant le français a été mis à la disposition de votre fils, parce qu'il ne pouvait pas se faire suffisamment comprendre en allemand. Nous vous communiquerons immédiatement les nouvelles que nous recevons de Berlin.»
- 14 Abt. f. Auswärtiges an Minister Frölicher, 8. Januar 1940.

1. Rettungsversuche, die keine waren

- 1 Schreiben des AA an den Reichsminister der Justiz (Konzept Dr. Siedler) v. 9. Januar 1940. Ohne die Reaktion der Schweiz. Gesandtschaft abzuwarten, hatte der übereifrige WLR Dr. Siedler bereits am 31. Dezember 1939 dem Reichsjustizministerium schreiben wollen: «Nach Ansicht des A A dürfte eine Befürwortung eines Gnadengesuchs des Maurice Bavaud nicht in Betracht kommen.» Konzept v. 31. Dezember 1939, in: Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hochoder Landesverrats, Recht-geheim, Strafverfolgung 3, AA, PA-B.
- 2 Aufzeichnung v. Weizsäcker, St. S. Nr. 28 v. 9. Januar 1940. Andere Gesprächsthemen waren die von den Deutschen gewünschte Ausreise von Fritz Thyssen aus der Schweiz, die Behandlung von Schweizer Seeschiffen, das Verbot der Neuen Basler Zeitung, während v. Weizsäcker sich über die letzte Völkerbundtagung in Genf beschwerte. Aufzeichnungen St. S. Nrn. 26, 27, 29, 30 v. 9. Januar 1940, in: Aufzeichnungen über Diplomatenbesuche, L-Z, Bd. 7, Jan.-Nov. 1940, Büro des Staatssekretärs, AA, PA-B.
- 3 Notiz zu St. S. Nr. 28 v. 11. Januar 1940, in: Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Recht-geheim, Strafverfolgung 3, AA, PA-B.
- 4 Wie es zu dieser Forderung nach Geheimhaltung gekommen ist, ergibt sich aus einem Randvermerk von Dr. Siedler zum Konzept des Briefes an den Reichsminister der Justiz, der am 12. Januar 1940 in bereinigter Form abgesandt wurde: «Ich habe dem LR Kappeler von der Schweiz. Ges. den der Verurteilung zu Grunde liegenden Tatbestand in grossen Zügen mitgeteilt und dabei zum Ausdruck gebracht, dass diese Mitteilungen im Schosse der Reg. blei-

- ben müssten.» Die Forderung bezog sich somit eindeutig auf «diese Mitteilungen» und nicht auf die Bekanntgabe des Todesurteils, die mit der Verbalnote v. 31. Dezember 1939 erfolgt war. Ebenda.
- 5 Brieffelegamm der dt. Gesandtschaft Bern an A A v. 16. Januar 1940, ebenda.
 - 6 Schreiben des AA an den Reichsminister der Justiz, Konzept v. 22. Januar 1940, dessen Ausfertigung am folgenden Tag abgesandt wurde, ebenda.
 - 7 Schreiben des Reichsministers der Justiz an das A A v. 26. Januar 1940, das mit dem zitierten Vermerk zu den Akten gelegt wurde, ebenda.
 - 8 Alfred Bavaud an EPD, 4. Februar 1940, in: Dossier Maurice Bavaud, EDA.
 - 9 Abt. f. Auswärtiges (Feldscher) an Alfred Bavaud, 16. Februar 1940, ebenda.
 - 10 Reichsminister der Justiz an AA, Schnellbrief v. 8. Februar 1940. Die erste Reaktion des RSHA auf die Angaben im Abschiedsbrief Bavauds galt dem Bemühen, zu verhindern, dass die Gesandtschaft sich angesichts der neuen Wende einmischen könnte. Die polizeiliche Vernehmung Bavauds fand dann eine Woche später, am 14. und 15. Februar 1940, statt. A. a. O., Strafverfolgung 3, AA, PA-B.
 - 11 Schweiz. Gesandtschaft Berlin (Frölicher) an Abt. f. Auswärtiges, 6. März 1940, in: Dossier Maurice Bavaud, EDA.
 - 12 Abt. f. Auswärtiges an Alfred Bavaud, 18. März 1940, ebenda.
 - 13 Alfred Bavaud an EPD, 27. März 1940: «Oserais-je vous demander de vous informer si mon garçon a été changé de lieu d'emprisonnement? et la possibilité de correspondre à nouveau?», ebenda.
 - 14 Notiz v. 27. März 1940 mit handschriftl. Vermerk des Departementsvorstehers: «28.3.40 P-G.», ebenda. «Das Politische Departement hat gegenüber der Gesandtschaft darauf hingewiesen, dass im vorliegenden Fall gewisse allgemein anerkannte Grundsätze des diplomatischen Schutzes missachtet worden seien: so hätten weder die Familie noch die schweizerischen Behörden Einfluss auf die Wahl des Anwalts und Einsicht in die Akten besessen, so dass jegliche Beistandsleistung praktisch verunmöglicht worden sei. Die Gesandtschaft wurde beauftragt, mit Nachdruck zu Gunsten einer Milderung des Urteils vorstellig zu werden.»
 - 15 Feldscher an Frölicher, 28. März 1940, in: Dossier Maurice Bavaud, EDA.
 - 16 EPD an Schweiz. Gesandtschaft Berlin, Telegramm v. 2. April 1940, ebenda.
 - 17 Schweiz. Gesandtschaft Berlin an EPD, Telegramm v. 2. April 1940, ebenda.
 - 18 Frölicher an Feldscher, 2. April 1940, von Pilet-Golaz abgezeichnet am 5. April 1940, ebenda.
 - 19 Brief v. Alfred Bavaud an seinen Sohn Maurice v. 5. Mai 1940 (Abschrift), ebenda.
 - 20 Die erwähnte Befragung von Mitschülern erfolgte wahrscheinlich durch deutsche Stellen auf illegale Weise. Obwohl jetzt die Adresse des Pflichtverteidigers dem EPD bekannt war, wurde mit ihm kein Kontakt aufgenommen. Laut Merkblatt vom März 1938 war es andererseits der Verteidigung verboten, mit anderen Personen als dem Mandanten in der Strafsache Verbindung aufzunehmen. Wagner, Walter: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat, Stuttgart 1974, S. 36.
 - 21 Der Vater Alfred Bavaud hatte am 20. Februar einen Brief sowie eine Anweisung von fünf Reichsmark an die alte Adresse, an das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit gesandt. Der Brief von Maurice Bavaud v. 5. April nimmt auf diese Zeilen Bezug. Dass er erst mehr als zwei Monate später in Neuchâtel eintraf, unterstreicht ebenfalls das deutsche Bemühen, die im Februar 1940 neu angelaufenen Nachforschungen hermetisch abzuschirmen. Die

erwähnte Heilige Germaine Cousin (1579-1601) stammt aus der Nähe von Toulouse und hat ihren Festtag am 15. Januar, dem Geburtstag von Maurice Bavaud.

2. Verpasste Chance zum Austausch?

- 1 Hptm. Gullotti, 2. Division, an EPD, H.Q., 10. Juni 1940; Abt. f. Auswärtiges an Kommando der 2. Div., 13. Juni 1940, sowie Marschbefehl an Wm. Bavaud v. 18. Juni 1940 mit Bleistiftvermerk v. Dr. P.A. Feldscher, in: Dossier Maurice Bavaud, EDA, dem, soweit nichts anderes angegeben, auch die nachstehend zit. Unterlagen entstammen.
- 2 Alfred Bavaud an EPD, 19. Juni 1940. Der zur Weiterleitung beigefügte Brief an seinen Sohn wurde am 21. Juni v. EPD an die Gesandtschaft in Berlin übersandt, was das EPD am gleichen Tag dem Vater schriftlich bestätigte. Am 2. Juli 1940 berichtete Minister Frölicher dem EPD, den Brief an das Auswärtige Amt übergeben zu haben, das ihn dem Reichsjustizministerium zusandte. Bis er schliesslich auch noch die Briefzensur durchlaufen hatte und zu Maurice Bavaud nach Plötzensee gelangte, vergingen Wochen.
- 3 MdI. Mitteilungen v. Frau Hélène Delley-Bavaud v. 10. Dezember 1978. Das Wort, beim Vater sei nach der Religion gleich das Politische Departement gekommen, symbolisiert nicht ohne Bitterkeit sein unerschütterliches Vertrauen in die Behörden. Die Mutter hingegen sei bedeutend kritischer eingestellt gewesen.
- 4 Alfred Bavaud an EPD, 15. August 1940. Am 2. August hatte das EPD dem Vater einen Brief von Maurice übermittelt; jetzt bat Alfred Bavaud um Weiterleitung seiner Antwort nach Plötzensee.
- 5 Alfred Bavaud an Feldscher, 15. September 1940. «Vous comprendrez notre peine devant ce drame qui se joue voici tantôt deux ans et l'impuissance de nos moyens pour au moins en atténuer les conséquences.» Auf die Nachforschungen bei Mitschülern hatte er bereits im Brief v. 10. Juni 1940 aufmerksam gemacht.
- 6 Anfrage des Bundesanwalts an das EPD v. 17. September 1948.
- 7 Alfred Bavaud an EPD, 24. Oktober 1940. Der Brief von Maurice Bavaud datiert v. 20. September 1940.
- 8 Feldscher an Frölicher, 28. Oktober 1940; Feldscher an Alfred Bavaud, 12. November 1940.
- 9 Dt. Konsulat Lausanne (Grosse) an dt. Gesandtschaft Bern, 2. Januar 1941. Dt. Gesandtschaft Bern (Köcher) an AA, 13. Januar 1941. AA (WLR Dr. Siedler) an Reichsminister der Justiz, Konzept v. 8. März 1941, in: Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Recht-geheim, Strafverfolgung 3, AA, PA-B.
- 10 Dt. Gesandtschaft Bern (Köcher) an AA, 22. Januar 1941, ebenda. Kaiser war nicht zu sieben, sondern zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden.
- 11 A A (WLR Dr. Siedler) an Reichsminister der Justiz, Konzept v. 8. März 1941. Eine Reaktion hätte sich in den Korrespondenzen des A A niederschlagen müssen.
- 12 Bericht des Chefs des Generalstabes der Armee an den Oberbefehlshaber der Armee über den Aktivdienst 1939-1945, o.O., o.J., S.503. Kaiser (geb. 1897) ist am 14. Juni 1940 zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

- 13 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939-1945 (Motion Boerlin), 1. Teil (v. 28. Dezember 1945), S. 119. Bonjour, Edgar: Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. IV, Basel ²1970, S. 104ff., u. Bd. VII, Basel 1974, S.99f.; Frölicher, Hans: Meine Aufgabe in Berlin. Privatdruck, Wabern-Bern 1962, S. 31: «Heute weiss man auch, was man damals noch nicht wusste, dass die Saboteure der Einsatzdivision Brandenburg angehörten, die dem Chef der deutschen Abwehr unterstanden, der Schlimmes dadurch verhinderte, dass er oder sein Mitarbeiter, Oberst Oster, die Schweiz auf geeignetem Wege auf die Leute aufmerksam machte und so die rechtzeitige Verhaftung der letzteren ermöglichte.»
- 14 Der Reichsangehörige Peter Schagen war mit einem brasilianischen Reisepass eingereist und wieder nach Deutschland zurückgeschoben worden, bevor das Kommandounternehmen «Adler» – so die Bezeichnung in Berlin – ruchbar wurde. Dass Köcher tatsächlich diese Agentengruppe gemeint hat, ergibt sich aus seinem Telegramm ans A A v. 9. April 1942, das die erwähnten Namen aufführt, aber wiederum Peter Bergmann anstatt Peter Berg nennt. In: Allgemeine Angelegenheiten der Konsulate in Deutschland, Protokoll: Schweiz VIII 176, AA, PA-B. Die beteiligten Auslandschweizer Erwin Leu und Felix Weber wären für einen Austausch nicht in Frage gekommen.
- 15 Schadt, Jörg: Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933-1940, Stuttgart 1976, S. 93, 195, 203. Der Verräter, ein Mitglied einer Freiburger Widerstandsgruppe, wurde am 27. Oktober 1948 vom Landgericht Freiburg i. Br. wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Zu Erwin Lüscher vgl. a. die Korrespondenzen im Archiv Walter Hammer, Bd. 79, ED 106, IfZ.
- 16 EPD an Geschäftsträger in Berlin, 14. Februar 1941. Der Austausch von James Ketterer, einem schweizerischen Angestellten am Konsulat Stuttgart, zusammen mit vier weiteren Schweizern gegen fünf Deutsche, darunter drei Studenten, im Jahre 1940 war wohl die erste grössere Aktion, der mit dem Austausch des deutschen Abwehrmannes und im Generalkonsulat Zürich eingebauten Fritz Geiger gegen den wegen Spionageverdachts verhafteten Schweizer Konsulatsangestellten Gustav Brunner in Stuttgart am 3. Mai 1942 sowie mit weiteren Aktionen 1943 und 1944 eine wenn auch begrenzte Reihe analoger Unternehmungen folgten. Hinweise finden sich in: Allgemeine Angelegenheiten der Konsulate in Deutschland, Protokoll: Schweiz VIII 176, AA, sowie: Schweiz: SD-Leute in der Schweiz, Bd. 1, Inland IIg (97), AA, u. Aufzeichnungen über Diplomatenbesuche, Bd. 13, Jan. 1943-Juni 1943, Büro des Staatssekretärs, AA, PA-B. (Aufzeichnung St. S. Nr. 184 v. 23. März 1943.) Vgl. a. Fuhrer, Hans-Rudolf: Der geheime deutsche Nachrichtendienst gegen die Schweiz im Zweiten Weltkrieg 1939-1945, Lizentiatsarbeit, Univ.Zürich 1979, S.40, Anm. 107, 108; S. 42, Anm. 117.

3. Plötzensee

- 1 Von dem im Rahmen der «Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte» auf neun Bände konzipierten Werk ist im vorliegenden Zusammenhang besonders wertvoll die materialreiche Arbeit von Walter Wagner: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat,

- Stuttgart 1974. Vgl. a.: Weinkauff, Hermann: Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Ein Überblick, Stuttgart 1968.
- 2 Wagner, Volksgerichtshof, S. 799ff. Wagner bezieht sich auf das «Mordregister», von dem es verschiedene Exemplare gab und das unterschiedlich erhalten geblieben ist. Andere Autoren geben für den Zeitraum 1933 bis 1944 auf Grund des «Mordregisters» 13405 von zivilen Gerichten gefällte Todesstrafen an, von denen 11881 ausgeführt worden seien. Hammer, Walter: Hohes Haus in Henkers Hand. Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang deutscher Parlamentarier, 2., erw. Aufl., Frankfurt a.M. 1956 S. 122. Zipfel, Friedrich: Gedenkstätte Plötzensee. Stätten der Verfolgung und des Widerstandes in Berlin 1933-1945, Berlin⁹1968, S. 4.
 - 3 Charles P. Seiffert an Walter Hammer, Brief v. 14. Juni 1952, Archiv Walter Hammer, ED 106, Bd.80, IfZ. Staff, Ilse: Justiz im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Fischer, Frankfurt a.M. 1978, S. 191 ff.
 - 4 Wagner, Volksgerichtshof, S. 800. Die von Peter Hoffmann: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München³1979, S. 32, angeführte, von Walter Hammer stammende Schätzung von 32'600 gemäss Gerichtsurteil Hingerichteten hält Wagner für überhöht. Eine von Martin Broszat publizierte Aufstellung aus den Akten des Reichsjustizministeriums über die bestätigten Todesurteile (ohne Protektorat) für den Zeitraum 1938 bis August 1944 spricht für Wagners Angaben. Die dort aufgeführten 11'733 Urteilsvollstreckungen verteilten sich wie folgt: 1938: 23, 1939: 220, 1940: 926, 1941: 1'109, 1942: 3'002, 1943: 4'438, 1944 (Januar bis August) 2'015. Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. I, Stuttgart 1971, S. 808. Nach Zipfel liessen die Militärgerichte vom 1. September 1939 bis 30. November 1944 9'413 Offiziere und Soldaten hinrichten, darunter viele auch wegen ihrer politischen Haltung. Die Dunkelzahlen waren vor allem bei den fliegenden Standgerichten besonders hoch.
 - 5 Maser, Werner: Nürnberg, Tribunal der Sieger, Düsseldorf 1977, S. 613f. Wir klagen an! 800 Nazi-Blutrichter – Stützen des militaristischen Adenauer-Regimes, hrsg. v. Ausschuss für deutsche Einheit, Berlin (1959), S. 179ff. Als gezielte Kampfschrift im deutsch-deutschen Konflikt vermochte die DDR-Publikation nicht die notwendige Überprüfung auf breiter Basis auszulösen. Zu Schlegelberger vgl. a. Der Spiegel, Nr. 12, 1961, S. 43-45 (Führerinformation). Zu den Folgen solcher Verdrängung vgl. das Theaterstück von Rolf Hochhuth: Juristen. Drei Akte für sieben Schauspieler, Reinbek bei Hamburg 1979. Zum viel zu späten Versuch, die Ermittlungen gegen ehemalige Volksgerichtshof-Juristen noch einmal aufzunehmen, vgl. Der Spiegel, Nr. 5 v. 28. Januar 1980, S. 68-71 (NS-Richter).
 - 5a Laut Urteil v. 18. Dezember 1939 gegen Maurice Bavaud fungierten als Richter am 2. Senat des Volksgerichtshofs: als Vorsitzender der Vizepräsident des Volksgerichtshofs Engert, Volksgerichtsrat Dr. Albrecht, SS-Brigadeführer Oberst der Schutzpolizei von Grolman, Reichsamtsleiter Berkenkamp, Oberregierungsrat Dr. Taubert, während Reichsanwalt Weyersberg namens des Oberreichsanwalts die Anklage vertrat. Im «Braunbuch» der DDR wurde Taubert schon 1965, als Gerbohay noch unbekannt war, als Mitrichter im Prozess namhaft gemacht und zwar mit dem richtigen Datum 11. Januar 1943. Beim Versuch einer Nachprüfung erhielt ich am 16. Mai 1979 vom Zentralen Staatsarchiv folgende Auskunft: «Aufgrund Ihres Hinweises auf das ‚Braunbuch, Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik» 2.Aufl., Berlin 1965, S. 356 (Mitwirkung Dr. E. Tauberts an der

Verurteilung Gerbohays durch den 1. Senat des Volksgerichtshofes am 11.1.1943) haben wir weitere Nachforschungen angestellt. Das obige Urteil konnte jedoch trotz eingehender Ermittlungen in den einschlägigen Beständen unseres Archivs nicht ermittelt werden.» Da Taubert bereits als Richter bei Bavaud amtierte und der Hinweis im «Braunbuch» richtig datiert ist, besteht hier noch eine Spur, die zum bis anhin unauffindbaren Urteil gegen Gerbohay führen könnte. «Der Spiegel», der bereits am 17. August 1955 über Tauberts braune Vergangenheit berichtete, weist in Nr. 9 v. 25. Februar 1980, S. 29ff auf dessen Aktivitäten für die CDU/CSU während der sechziger und Anfang der siebziger Jahre hin.

- 6 Christian M. Nissen an Walter Hammer, Brief v. 29. Juni 1952, Archiv Walter Hammer, ED 106, Bd. 80, IfZ.
- 7 «Antworten auf Fragen, die am 6. Juni (1952) eingegangen sind» v. Christian M. Nissen, ED 106, Bd. 80, IfZ.
- 8 v. Gostomski, Viktor/Loch, Walter: Der Tod von Plötzensee. Erinnerungen – Ereignisse – Dokumente 1942-1945, Freising 1969, S. 170.
- 9 Wagner, Volksgerichtshof, S. 811.
- 10 E. Knodt an Walter Hammer, Brief v. 2. Juli 1952, Archiv Walter Hammer, ED 106, Bd. 79, IfZ.
- 11 Bestätigung v. Erwin Herrmann, 24. November 1948 (Abschrift), ED 106, Bd. 80, IfZ.
- 12 Charles P. Seiffert an Walter Hammer, Brief v. 23. Juni 1952, ED 106, Bd.80, IfZ. Stämpfli, Paul: In Deutschland zum Tode verurteilt. Tatsachenbericht eines Schweizers, Zürich 1945.
- 13 Stämpfli, In Deutschland zum Tode verurteilt, S. 61.
- 14 v. Gostomski, Viktor/Loch, Walter: Der Tod von Plötzensee, S. 84 f.
- 15 Stämpfli, In Deutschland zum Tode verurteilt, S. 63 f.
- 16 Ebenda, S. 67. Die Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof wagte offenbar nicht, ihre Rechnungen ins Ausland zu versenden. Die Frau des wegen Wehrkraftzersetzung hingerichteten Gustav Bleier erhielt eine Kostenrechnung, die neben der «Gebühr für Todesstrafe» RM 300.-, für Transportkosten RM 5.70 und «Postgebühren» zweimal RM –.12, auch die «Haftkosten» (355 Tage à RM 1.50) der ihres Gatten beraubten Witwe überband. Zahlfrist: eine Woche; nachher drohte die zwangsweise Einziehung ohne weitere Mahnung. Vgl. Archiv Walter Hammer, ED 106, Bd. 80, IfZ.
- 17 Zipfel, Gedenkstätte Plötzensee, S. 12; v. Gostomski / Loch, Der Tod von Plötzensee, S. 17ff.
- 18 Stämpfli, In Deutschland zum Tode verurteilt, S. 127. Die Darstellung, Himmlers Ernennung zum Innenminister habe die Massenhinrichtung bewirkt, bestätigt sich nicht. Auch bei den Zahlenangaben sind Stämpflis Hinweise unzuverlässig. Ihm zufolge sind vom 6. bis 8. September 1943 320 Gefangene hingerichtet worden; nachher seien täglich etwa 80 Menschen zum Schafott geführt worden. Damit wären innerhalb von zwei Monaten mehr Häftlinge umgekommen, als die Schätzungen für die Jahre 1933 bis 1945 insgesamt angeben. Aus politischen Gründen sind in Plötzensee etwa 1'800 Menschen während des Dritten Reiches hingerichtet worden, die mehr als die Hälfte aller dort Getöteten ausmachten. Zipfel, Gedenkstätte Plötzensee, S. 12. Brief v. Christian Nissen an Walter Hammer v. 29. Juni 1952, ED 106, Bd. 80, IfZ. Der Mithäftling Charles P. Seiffert, der mit Stämpfli kurzfristig die Zelle teilte, behauptet, Stämpflis Schrift sei «aus der Perspektive schweizerischen Kantönlü-Geistes geschrieben», und wirft ihm Übertreibungen vor. Charles P.

- Seiffert an Walter Hammer, Brief v. 23. Juni 1952, ebenda. In Stämpfli Bericht ist der ungeheure Schock nachzufühlen, auf welche Weise der Basler Kaufmann, ahnungslos aus der Friedensinsel Schweiz hergereist, seine plötzliche Verurteilung zum Tode erleben musste.
- 19 de Pury, Roland: Tagebuch aus der Gefangenschaft, Zollikon-Zürich⁴1944.
- 20 «Ein junger Schweizer aus Neuchâtel, der am 14. Mai 1941 in Berlin-Plötzensee hingerichtet worden ist», Aufzeichnung von Walter Hammer v. 2. Dezember 1952, ED 106, Bd. 79, IfZ. An Erwin Lüscher schrieb Hammer am 13. Mai 1953: «Es hat nämlich den Eindruck, als habe es der eidgenössischen Diplomatie immer wieder glücken wollen, die im Hitlerreich unter fadenscheinigen Vorwänden zum Tod verurteilten Schweizer durch Austausch zu retten. Umso schmerzlicher ist der Fall Marcel (sic!) Bavaud, den wir hoffentlich mit vereinten Kräften noch aufklären können ...», ebenda.
- 21 Zu den Austauschverhandlungen, die sich auf zahlreiche Einzelfälle erstreckten, vgl.: Austausch deutscher Spione gegen in Deutschland verhaftete Schweizer, EPD 2001 (H) 14, 1943/45, Schachteln 52, 658, B. 11.43. A. 4, BA-B.
- 22 Stämpfli erwähnt lediglich, bei den 72 Gefangenen, die am 24. September 1943 von Plötzensee ins Zuchthaus Brandenburg-Görden verlegt worden seien, habe es sich um Deutsche, Tschechen und Österreicher sowie um einige Elsässer und Schweizer gehandelt. Stämpfli, In Deutschland zum Tode verurteilt, S. 138. Wie Charles P. Seiffert, der ebenfalls zu dem Transport gehörte, berichtet, soll es sich bei dem zweiten Schweizer um Karl Tanner aus Maienfeld gehandelt haben, der später ausgetauscht worden sei. Erwin Lüscher, jener Basler Sozialist, der in die Fänge der Gestapo gelockt worden war, ist Tanner 1944 im Gefängnis Ludwigsburg begegnet. Der dritte Schweizer, der den September-Massentötungen entkam, war der in Basel geborene Kaufmann Rudolf Müller, der nach Hammer am 7. März 1944 von Brandenburg nach Ludwigsburg verlegt worden ist und, wie ein Hinweis von Lüscher zu bestätigen scheint, ebenfalls in die Schweiz zurückkehren konnte. Briefwechsel Walter Hammer/Erwin Lüscher, März bis Mai 1953, sowie Briefe von Charles P. Seiffert an Walter Hammer v. 14. u. 23. Juni 1952, Archiv Walter Hammer, ED 106, Bde. 79, 80, IfZ.
- 23 Die Toten von Plötzensee, Manuskript v. Walter Hammer, erste Fassung, ED 106, Bd. 81, IfZ. Walter Hammer wurde vom Magistrat von Westberlin anlässlich der Einweihung des Ehrenmals für die Toten von Plötzensee im September 1952 beauftragt, ein Buch über die Opfer der Hinrichtungsanstalt zu schreiben. Walter Hammer, als Walter Hösterey am 24. Mai 1888 in Elberfeld geboren, war Publizist und Verleger pazifistischer und lebensreformerischer Schriften (Fackelreiter-Verlag, 1922 bis 1933), musste Ende 1933 emigrieren und wurde 1940 von der dänischen Polizei an die Gestapo ausgeliefert. Bis zum Kriegsende war er in Berliner Gefängnissen in Haft. Über die Naziverfolgungen sammelte der Verfasser von «Hohes Haus in Henkers Hand» (Frankfurt a.M.²1956) ein gewaltiges Material, das heute der Forschung im Institut für Zeitgeschichte in München zugänglich ist. Ein Gehirnschlag hinderte ihn, das Gedenkbuch über Plötzensee zu vollenden. Hammer starb am 9. Dezember 1966 in Hamburg. Aktenverzeichnis zum Archiv Walter Hammer, März 1971, ED 106, IfZ. Brief von Walter Hammer an Alfred Bavaud v. 14. Oktober 1952, Bd. 79, ebenda. Die begonnene Arbeit haben Victor v. Gostomski, selbst ehemaliger Häftling von Plötzensee, sowie Walter Loch mit ihrem Buch «Der Tod von Plötzensee. Erinnerungen – Ereignisse – Dokumente 1942-1945» (Freising 1969) auf erweiterter Quellenbasis zu Ende geführt. Zu Freisler vgl. Buchheit, Gert: Richter in roter Robe. Freisler, Präsident des Volksgerichtshofes, München 1968, S. 281 f.

- 24 Vielfach handelte es sich um solche Franzosen, die zum Arbeitsdienst nach Deutschland zwangsverpflichtet worden waren und die in Unkenntnis der drakonischen Strafen ihre Notlage durch kleine Übergriffe zu verbessern gesucht hatten. Stämpfli, In Deutschland zum Tode verurteilt, S. 105ff. Zu den französischen Arbeitern in Deutschland vgl. Jäckel, Eberhard: Frankreich in Hitlers Europa, Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 269ff-, 322ff.
- 25 Aloise Kempf an Angele Gerbohay, Brief v. 2. Juni 1945 (Abschrift), Dossier Gerbohay, Gemeindeverwaltung Pace. Ein weiterer Mithäftling, namens Dizerbo, schrieb am 1. August 1945 der Mutter, mit Marcel in Rennes in einer der schlimmsten Zellen des dortigen Gefängnisses zusammen gewesen zu sein: «Il savait ce qu'il risquait et sa visagait la mort avec calme au début de 1942.» Nach mdl. Mitteilung von Herrn Marcel Kempf v. 16. September 1978 war sein 1975 verstorbener Bruder im Zusammenhang mit dem Bau eines Schwarzsenders zu einer Haftstrafe verurteilt worden.
- 26 Schreiben v. 5. September 1944 (Kopie), ED 106, Bd. 81, IfZ. «Antworten auf Fragen, die am 6. Juni [1952] eingegangen sind», v. Christian Nissen, ED 106, Bd. 80, IfZ. Stämpfli. In Deutschland zum Tode verurteilt, S. 97.
- 27 Stämpfli, In Deutschland zum Tode verurteilt, S.94, v.Gostomski/Loch, Der Tod von Plötzensee, S. 17Iff.
- 28 Oberpfarrer E. Knodt an Walter Hammer, Brief v. 2. Juli 1952, ED 106, Bd. 79, IfZ. Vgl. a.: Poelchau, Harald: Die letzten Stunden: Erinnerungen eines Gefängnis Pfarrers, ausgezeichnet von Graf Alexander Stenbock-Fermor, Berlin 1949.
- 29 Brief v. Maurice Bavaud an seine Angehörigen, Berlin-Plötzensee, 5. April 1940, Dossier Maurice Bavaud, EDA.
- 30 Ebenda.
- 31 Alfred Bavaud an EPD, Brief v. 27. Mai 1941, Dossier Maurice Bavaud, EDA. «Bestätigung» v. Erwin Herrmann, 24. November 1948 (Abschrift), ED 106, Bd. 80, IfZ.
- 32 Rösler an Vorstand des Strafgefängnisses Plötzensee, Erklärung v. 5. August 1951 (Abschrift), in: Dossier Maurice Bavaud, EDA.
- 33 Christian Nissen an Walter Hammer, Brief v. 29. Juni 1952, ED 106, Bd. 80, IfZ.
- 34 Ida Pasch an Walter Hammer, Brief v. 17. Juli 1952. «Bestätigung» v. Erwin Herrmann, 24. November 1948 (Abschrift), ED 106, Bd. 80, IfZ.
- 35 Abschiedsbrief v. Maurice Bavaud v. 12. Mai 1941, Kopie im Besitz v. Raymond Zoller.
- 36 Vgl. die ablehnenden Bescheide von Alfred Bavaud an Walter Hammer v. 27. November 1952 sowie an Alphons Kappeler v. 1. November 1956, ED 106, Bd. 79, IfZ.
- 37 E. Knodt, Oberpfarrer, an Walter Hammer, Brief v. 2. Juli 1952, ED 106, Bd. 79, IfZ.

5. Heimlich hingerichtet

- 1 Reichsminister der Justiz an AA, Schnellbrief v. 7. Mai 1941, gez. Dr. Schäfer, in: Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Strafverfolgung 3, Recht-geheim, AA, PA-B (Fall Maurice Bavaud). Register der Todesurteilungssachen, Registerblatt Maurice Bavaud (Reg. Nr. 40/40), Reichsjustizministerium, Zentrales Staatsarchiv Potsdam.
- 2 Die katholische Fürsorgerin Ida Pasch erinnert sich an eine als Defaitistin denunzierte Schneidermeisterin aus Hannover, die aus dem Frauengefängnis an der Barnimstrasse zur

- Urteilstvollstreckung nach Plötzensee gebracht wurde. «Dort war das ‚Handwerk‘ in Unordnung geraten und Frau Sch. musste 2-3 Tage dort auf ihre Erlösung warten. Und als sich diese verzögerte, bat sie um Rückverlegung nach der Barnimstrasse. Und sie war nun eines Sonntags wieder in unserem kath. Gottesdienst. Ja, meinte Frau Sch., ich bin für ein sicher dem Leben noch einmal wiedergeschenkt worden. Und dann kam eines Tages doch der Tod.» Ida Pasch an Walter Hammer, Brief v. 17. Juli 1952, Archiv Walter Hammer, ED 106, Bd. 80, IfZ.
- 3 Zipfel, Friedrich: Gedenkstätte Plötzensee. Stätten der Verfolgung und des Widerstandes in Berlin 1933-1945, Berlin⁹1968, S. 14.
- 4 Christian Nissen an Walter Hammer, Brief v. 29. Juni 1952, ED 106, Bd. 80, IfZ.
- 5 v. Gostomski, Victor/Loch, Walter: Der Tod von Plötzensee. Erinnerungen – Ereignisse – Dokumente 1942-1945, Freising 1969, S. 168ff.
- 6 Halter, Hans: An der Richtstätte kein Hitler-Gruss, in: Der Spiegel, Nr. 8, 1979, S. 100f. Der Spiegel-Reporter schilderte des Henkers Blutarbeit bis zu den letzten Zuckungen des Körpers, was notwendig und gerechtfertigt ist, sofern damit die Grausamkeit der Todesstrafe bewusst gemacht wird. Rolf Hochhuth sucht Halters Darlegungen in ihrer Abschreckung noch zu steigern und kündigt seinerseits noch blutigere Einzelheiten über die Toten an: «Hermann und Meienberg und ihr Kameramann Hans Stürm gingen an die Basis, zu den Zeugen – bis hinab zu dem heute unter anderem Namen lebenden ‚Friseur‘, der in Plötzensee vor den Hinrichtungen die Männer zu rasieren hatte und dann die abgeschlagenen Köpfe von Blut ‚leerwaschen‘ und die Rümpfe ‚verteeren‘ musste, damit ...» Um die Massenverbrechen des Naziregimes anzuklagen, ist aus den Reihen der *Verfolgten* kein Zeugnis zu realistisch. Das Interesse für die Offenbarungen des «Friseurs» hingegen erinnert an ein Wort von Nissen, der selber manchem Todeshäftling in den letzten Stunden beigestanden hat («Die erlebten Szenen gehören mit zum Feinsten und Ergreifendsten meiner Lebenserfahrungen»), der darüber aber nicht sprechen wollte, um diese Erinnerungen nicht zu profanieren: «Die nachfühlende Trauer und das Ergriffensein setzen sehr viel ethisch fundierte Selbstbesinnung voraus, und diese darf man nur in geringem Umfange erwarten; in vielen, ach so braven Bürgern lauert noch und immer (freilich meist schamhaft vor dem Einblick anderer gehütet) das sensationsgierige Tier, das recht viele schaurige Einzelheiten plastisch dargestellt sehen will.» Christian Nissen an Walter Hammer, Brief v. 29. Juni 1952, ED 106, Bd.80, IfZ.
- Hochhuth, Rolf: Tell 38. Dankrede für den Basler Kunstpreis 1976 am 2. Dezember in der Aula des Alten Museums. Anmerkungen und Dokumente, Reinbek bei Hamburg 1979, S.44ff, 51. Zur Hinrichtung in Plötzensee vgl. die Aufzeichnung des politischen Häftlings Heinz Kraschutzki, die er dem Brief an Walter Hammer v. 19. April 1952 mitsamt Skizze beigelegt hat. Archiv Walter Hammer, ED 106, Bd. 79, IfZ.
- 7 Frölicher an EPD, Bericht v. 3. April 1940, Dossier Maurice Bavaud, EDA.
- 8 Reichsminister der Justiz an Reichsanwalt beim Volksgerichtshof, Verfügung v. 19. Juni 1937 (Abschrift), ED 106, Bd. 80, IfZ.
- 9 «Antworten auf Fragen, die am 6.6. [1952] eingegangen sind» v. Christian Nissen, ED 106, Bd. 80, IfZ. Sein Hinweis über die Leichen der Hingerichteten lässt die vage Möglichkeit offen, dass von Maurice Bavaud eine Urne existierte: «Gewöhnliches Ende: Anatomie. Dort teilweise Zerlegung zwecks Studiums und Verbrennung des Restes; oder die eingelieferten Leichen wurden gleich verbrannt. Die Aschenbehälter waren mit Registernummern versehen (darüber ein Verzeichnis) und wurden geordnet auf

- bewahrt – bis sie samt dem Verzeichnis durch Bombeneinschlag vernichtet wurden. (Nach Mitteilungen 1945 des Anatomieprofessors an mich.) Die Urnen sollen nach dem Bombenschaden auf einem Friedhof im Osten Berlins beigesetzt worden sein.»
- 10 Wagner, Walter: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat, Stuttgart 1974, S. 815f.
 - 11 AA an dt. Gesandtschaft Bern, 24. Mai 1941 (Konzept), Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Strafverfolgung 3, Recht-geheim, AA, PA-B (Fall Maurice Bavaud).
 - 12 Alfred Bavaud an den Chef der Abt. f. Auswärtiges, 27. Mai 1941; EPD an Gesandtschaft Berlin, 5. Juni 1941, in: Dossier Maurice Bavaud, EDA.
 - 13 Ebenda.
 - 14 Feldscher an Alfred Bavaud, 7. Juni 1941, ebenda.
 - 15 Pilet-Golaz an Geschäftsträger Berlin, 10. Juni 1941, ebenda.
 - 16 Notiz v. 10. Juni sowie v. 12. Juni 1941 mit Lesevermerk v. Pilet-Golaz, Dossier Maurice Bavaud, EDA.
 - 17 Notiz v. 12. Juni 1941, ebenda.
 - 18 Bonna an Frölicher, 27. Juni 1941, ebenda. Im Juli 1941 erhielten die Eltern aus Plötzensee ein Paket mit einigen Kleidungsstücken. Trotz mehrfacher Mahnungen gelang es erst im September, von den zuständigen deutschen Behörden eine offizielle Bescheinigung des Todes sowie einige Zeilen des Pfarrers für die Angehörigen zu erhalten. Vgl. den Schriftwechsel seit Anfang Juli 1941 im Dossier Maurice Bavaud, EDA.
 - 19 Mdl. Mitteilungen v. Minister Dr. Peter Anton Feldscher (1889–1979) v. 3. Oktober 1970 in Masein.
 - 20 König, Max: Gerechtigkeit für Minister Hans Frölicher, ein Gebot der Fairneß, NZZ, Nr. 69 v. 23. März 1976. (Die Stellungnahme wurde mit einer Replik von Alfred Cattani unter dem Titel «Der Fall Minister Frölicher» in gekürzter Fassung publiziert.) Zur Kontroverse vgl. die Zuschrift von J. W. Brügel, NZZ, Nr. 103 v. 4. Mai 1976. Hans Rudolf Hilty, der die Privatakten und das Tagebuch Frölicher auswerten konnte, hat in seiner Artikelserie «Aus den Papieren einer Unperson der schweizerischen Zeitgeschichte» (Die Weltwoche, Nrn. 9–15, März/April 1976) ein bedeutend positiveres Bild des Gesandten vermittelt und dadurch der Diskussion neue Impulse verliehen. Das Verhalten in Sachen Maurice Bavaud deckt sich mit der von Edgar Bonjour (Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. IV, Basel 1970, S. 245–262) gegebenen Darstellung über die Leitung der Gesandtschaft in Berlin.
 - 21 Aufzeichnung nach der Erinnerung, 7. Juli 1978 v. Prof. Dr. Urs Schwarz, dem ich für seinen schriftlichen Bericht wie für die mündlichen Mitteilungen danke. Frölicher und Kappeler haben intern offensichtlich strenges Stillschweigen bewahrt. Dr. Max Gräßli, von 1936 bis 1942 Mitarbeiter der Gesandtschaft in Berlin, blieb Maurice Bavaud unbekannt. Mdl. Mitteilung v. a. Botschafter Dr. Max Gräßli v. 22. Dez. 1979.
 - 22 Mdl. Mitteilungen v. Prof. Dr. Urs Schwarz v. 18. Dezember 1979; NZZ, I, Nr. 88 v. 18. Januar 1941.
 - 23 Köcher an AA, 13. Januar 1941, Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Strafverfolgung 3, Recht-geheim. AA, PA-B (Fall Maurice Bavaud).
 - 24 NZZ, Nr. 1374 v. 24. Mai 1955 («Todesurteil gegen einen Schweizer im Dritten Reich»); Feuille d’Avis de Neuchâtel v. 9. Juni 1955 («Un étudiant neuchâtelois avait été exécuté au début de la guerre pour avoir voulu abattre Hitler»); EPD an Alfred Ba-

vaud, 26. September 1956, Kopie im Besitz von Raymond Zoller. Herr Zoller, dem ich für seine Hinweise danke, wertete das Familiendossier Bavaud aus, in: L'Est Vaudois v. 3. Mai 1979 («Maurice Bavaud voulait assassiner Adolf Hitler»). Herrn a. Botschafter Dr. Hans Keller danke ich für seine mdl. Ergänzungen vom 16. März 1978. Die zum Dossier Bavaud des EDA gehörenden Akten über die Wiedergutmachung unterstehen noch der Sperrfrist und sind mir nicht zugänglich gemacht worden.

6. Adolf Hitler und seine Attentäter

- 1 Diels, Rudolf: Lucifer ante portas. Zwischen Severing und Heydrich, Zürich (1949), S.51f. Peter Hoffmann: Die Sicherheit des Diktators, München 1975, S. 39, weist daraufhin, Diels täusche sich, der Balkon habe erst ab 1935 existiert. Der Irrtum ist verzeihlich. Selbst der Erbauer des «historischen Balkons» ist in seinen Memoiren der Meinung, den Anbau 1933 durchgeführt zu haben. Speer, Albert: Erinnerungen, Frankfurt a.M. 1969, S. 47 sowie Text zur Abbildung nach S. 112.
- 2 Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Vollständig überarbeitete und erw. Neuausgabe, Stuttgart 1976, S. 256 (Tischgespräch v. 3. Mai 1942, mittags).
- 3 Ruppelt, Georg: Die «Ausschaltung» des «Wilhelm Tell». Dokumente zum Verbot des Schauspiels in Deutschland 1941, in: Jahrbuch der Deutschen Schillergesellschaft, 20.Jg., Tübingen 1976, S. 402-419. Kreis, Georg: Nachtrag zum «Wilhelm Tell», NZZ, Nr. 85 v. 13. April 1978. Vgl. a. Ruppelt, Georg: Schiller im nationalsozialistischen Deutschland. Der Versuch einer Gleichschaltung, Stuttgart 1979, S. 40-45.
- 4 Picker, Tischgespräche, S. 102.
- 5 Hillgruber, Andreas (Hrsg.): Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939-1941, Frankfurt a.M. 1967, S. 573.
- 6 «Mein allgemeiner Eindruck ist der, dass Hitler vorläufig keinen genauen Handlungsplan hat. Russland, die Türkei, Spanien, all das sind nur sekundäre Dinge.» Ciano, Galeazzo: Tagebücher 1939-1943, Bern 1946, S.330 (Eintragung v. 2. Juni 1941). Die Ausfälle gegen die Schweiz kamen auch dem Generalstabschef des Heeres zu Ohren. Halder, (Ftanz): Kriegstagebuch, Bd.II, Stuttgart 1963, S.450; Eintragung v. 10. Juni 1941: «Unterredung Führer-Duce. Anscheinend allgemeiner Gedankenaustausch, ohne bindende Abmachung. (Schweiz widerwärtig.)»
- 7 Picker, Tischgespräche, S. 88 (Gespräch v. 22. Januar 1942, mittags). Vgl. a. Kreis, Georg: Bavaud und die Fakten: Tell gegen Hitler?, Basler Zeitung, Nr. 202 v. 30. August 1979, Bonjour, Edgar: Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd.V, Basel 1970, S. 253, wo vor allem auf die Missstimmung in den Pressebeziehungen hingewiesen wird.
- 8 Goebbels, Joseph: Tagebücher aus den Jahren 1942-1943, Zürich 1948, S. 325f. Ruppelt, Die «Ausschaltung» des «Wilhelm Tell», S. 419, Anm. 20.
- 9 Bericht Nr. 28, FHQ, 7. September 1941, gez. Dr. Werner Koeppen, in: Aufzeichnungen des persönlichen Referenten Rosenbergs, Dr. Koeppen, über Hitlers Tischgespräche 1941, Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, R6/34a, BA-K.
- 10 Walter Hammer an Erwin Lüscher, Brief v. 13. Mai 1953; Wer weiss Rat?, Umfrage, o.D., Archiv Walter Hammer, ED 106, Bde.79, 81, IfZ. Peter Hoffmann: Wider

- stand, Staatsstreich, Attentat, München 1979, S. 316, gibt den Namen als Ludwig Schmitt an, während sich bei Hammer die Schreibweise Ludwig Schmidt findet.
- 11 Picker, Tischgespräche, S. 255. Hitler drängte zur Offensive im Westen und wollte, nachdem der erste Angriffstermin (12. November) verschoben worden war, zur weiteren Entscheidung offensichtlich möglichst rasch wieder nach Berlin zurück. Hoch, Anton: Das Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller 1939, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, 17. Jg., H. 4, 1969, S. 410f.
 - 12 Picker, Tischgespräche, S. 255 (Gespräch v. 3. Mai 1942, mittags, im FHQ Wolfschanze).
 - 13 Schlegelbergers Vorsprache bei Hitler muß um den 3. Mai 1941 erfolgt sein, da dieser nach seiner Reichstagsrede am 4. Mai abends zu seiner Reise nach Danzig aufgebrochen ist. Der Reichsjustizminister hat dann am 6. Mai 1941 den Entscheid auf Vollstreckung des Todesurteils ausfertigt. Zu Hitlers Terminplan vgl. Hillgruber, Andreas: Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940–1941, Frankfurt a. M. 1965, S. 689, u. Domarus, Max: Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. II, 2. Hlbd., München 1965, S. 1697ff.
 - 14 Picker, Tischgespräche, S. 256.
 - 15 Urteil des Volksgerichtshofes v. 18. Dezember 1939 betr. Maurice Bavaud, S. 24, in: Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Strafverfolgung 3, Recht-geheim, AA, PA–B.
 - 16 Effektiv, wenn auch eher nach Gangsterfilm als nach tatsächlichem Schutz klingend, fügte er bei: «Etwa des Nachts, wenn er mit dem Wagen unterwegs sei und sein Wagen in der Kurve liege, aus einem nachfahrenden Wagen ihn oder seinen Fahrer anzuschießen, sei kaum mehr möglich, da er aus den Vorgängen beim Rathenau-Attentat längst die nötigen Folgerungen gezogen und bei seinem Wagen hinten habe einen Rückscheinwerfer einbauen lassen, mit dem er die Fahrer nachkommender Wagen blenden könne.» Picker, Tischgespräche, S. 267. Das Risiko, in eine solche Situation zu kommen, ging er nicht mehr ein. Hingegen erfüllten sich kurz darauf die Befürchtungen bei Heydrich; der Anschlag auf ihn wurde beim Passieren einer spitzen Haarnadelkurve verübt, als der Wagen die Geschwindigkeit stark herabsetzen mußte.
 - 17 Picker, Tischgespräche, S. 353.
 - 18 Ebenda, S. 354. Die Edition von Werner Jochmann: Adolf Hitler, Monologe im Führer-Hauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hamburg 1980, weisen von Mitte März bis Ende Juli 1942, als Picker Heim im FHQ vertrat, eine Lücke auf, weshalb dort die hier interessierenden Äußerungen fehlen.
 - 19 Zoller, Albert: Hitler privat. Erlebnisbericht seiner Geheimsekretärin, Düsseldorf 1949, S. 179.
 - 20 Ebenda.
 - 21 Führerinformation v. 7. September 1942, Führerinformationen des Reichsministers der Justiz, 1942–1945, Reichsjustizministerium, R 22/4089, BA–K. Es handelt sich um eine erste Fassung zu Händen des Staatssekretärs.
 - 22 Lagebericht des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof an den Reichsminister der Justiz v. 3. Oktober 1942, Reichsjustizministerium, R 22/3390, BA–K.
 - 23 Führerinformation Nr. 131 v. 14. Oktober 1942, in: Führerinformationen des Reichsministers der Justiz, 1942–1945, Reichsjustizministerium, R 22/4089, BA–K. Reichsjustizminister war seit dem 24. August 1942 Dr. Otto Georg Thierack, der im November 1946 mit Selbstmord endete.

- 24 Mordregister 1943, G. Nr. 823 (Marcel Gerbohay) sowie Register für Gnadensachen 1941-1943, Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Zentr. Staatsarchiv, Potsdam.
- 25 Der in Basel lehrende Literaturprofessor Karl Pestalozzi missversteht die Kontroverse um Hochhuths «Tell 38», wenn er die Ausgangslage mit der Paradoxie kennzeichnet, der deutsche Schriftsteller habe der Schweiz zum Dank für gewährte Unterstützung in Maurice Bavaud einen Helden zum Geschenk gemacht, während der Verfasser als Schweizer Historiker das «Geschenk unter eher schnöden Titulierungen des Schenkenden» zurückgewiesen habe. Maurice Bavaud ist weder zu verschenken noch zu refusieren; Schiller begnügte sich mit einem Schauspiel, einem Geschenk, das auch für den «Tell 38» erwogen worden war und das mit Dank oder Ablehnung hätte entgegengenommen werden können. Die ohne eigene Quellenstudien erfolgte Stellungnahme Pestalozzis, der bei der Verleihung des Basler Kunstpreises 1976 die Laudatio auf Hochhuth hielt, geht an der zentralen Frage der Kontroverse vorbei, ob der Schriftsteller in völligem Missverstehen Bavauds nicht einen Mythos geschaffen hat, der für die Beurteilung der Widerstandproblematik verfälschende Massstäbe setzt. Pestalozzi, Karl: Zur Kontroverse um Hochhuths «Tell 38», NZZ, Nr. 237 v. 12. Oktober 1979. Zur Antwort herausgefordert fühlte sich Pestalozzi durch Hanno Helbling, der sich zu Hochhuths polemischen Ausfällen gegen mich («töricht, dummdreist und kurzschlüssig») geäußert hatte. NZZ, Nr. 226 v. 29. /30. September 1979 («Wer Rolf Hochhuth in die Quere kommt»). Zur Kontroverse vgl. Kreis, Georg: Bavaud und die Fakten: Tell gegen Hitler?, Basler Zeitung, Nr. 202 v. 30. August 1979; Stumm, Reinhardt: Mühevoll Suche nach den Wahrheiten, Tages-Anzeiger v. 8. Oktober 1979. Stahlberger, Peter: Bavaud – «grosser Mann» oder «willfähiges Opfer»?., Luzerner Neueste Nachrichten, Nr. 264 v. 14. November 1979. Strothmann, Dietrich: Das einsame Opfer. Die späte Ehrenrettung eines misslungenen Hitler-Attentats, Die Zeit, Nr.42, v. 12. Oktober 1979.
- 26 Schlabrendorff, Fabian v.: Begegnungen in fünf Jahrzehnten, Tübingen 1979, S. 236. Mit dem «Nessushemd» wird auf den Tod des Herakles hingedeutet; denn der Zentaur Nessos hatte aus Hass und Eifersucht der ahnungslosen Deianira ein vergiftetes Gewand für ihren Gatten gegeben; als Herakles es anzog, entflammte es sich und brachte ihm den Tod.
- 27 Urteil Bavaud, S. 19. Anklageschrift Gerbohay, S. 21.
- 28 Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesbeschlusses über die Gewährung von Vorschussleistungen an schweizerische Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung v. 1. Februar 1957, Bundesblatt, 109.Jg., Bd.I, S. 301 ff. In der Septembersession 1953 hatte der Berichterstatter Nationalrat Schümperli in der Debatte über die Hilfeleistung an kriegsgeschädigte Auslandsschweizer folgende Zahlen genannt: «710 Auslandsschweizer sind nach der Statistik während des Krieges und in den unmittelbar nachfolgenden Wirren getötet worden, allermindestens 70'000 Auslandsschweizer sind durch das Kriegsgeschehen von Heim und Hof vertrieben worden und mussten in der Schweiz Zuflucht suchen, und auf etwa 2,5 Milliarden Franken werden die Verluste geschätzt, die sie dabei erlitten haben.» Amtl. stenographisches Bulletin der Bundesversammlung, Nationalrat, 63.Jg. 1953, S. 632ff, sowie zur Fortsetzung der Debatte S. 784ff, 815ff, u. 67.Jg. 1957, S. 131 ff. Diese Zahlen bezogen sich auf die kriegsgeschädigten Schweizer in allen vom Weltkrieg betroffenen Ländern, von denen die Opfer der Verfolgungen unterschieden wurden.

Anmerkungen zu den Seiten 307 bis 310

- 29 Raymond Zoller hat den Abschiedsbrief erstmals publiziert in seinem Bericht «Le Suisse qui voulut tuer Hitler», in: Le Nouvel Illustré, Nr. 53 v. 29. Dezember 1976. Die erwähnte Schwester Marie-Thérèse war 1929 schon als Kleinkind gestorben.
- 30 Das Original des Abschiedsbriefes wurde der Mutter, die am 24. Mai 1973 in Pacé gestorben ist, mit ins Grab gegeben. Abschriften finden sich im Dossier Gerbohay der Gemeindeverwaltung in Pacé sowie im Besitz von Frau Angèle Julia-Gerbohay. Die beiden Abschriften unterscheiden sich geringfügig, vor allem durch die Gross- bzw. Kleinschreibung der Namen.
- 31 Der Zusatz an die Schwester ist im Original erhalten. Für die Überlassung einer Kopie danke ich Frau Angèle Julia-Gerbohay, Abidjan.

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Ungedrucktes Material und Gemischtdossiers

1. Document-Center, Berlin (BDC)

Julius Ammer (Parteikorrespondenz)

Eduard von der Heydt (OPG-Urteil vom 14. Oktober 1939)

Hans Bernd Gisevius (NSDAP-Aufnahmeantrag vom 15. November 1933)

2. Bundesarchiv Bem (BA-B)

Eidgenössisches Politisches Departement (EPD)

- | | | |
|-------------|-------------------|---|
| 2001(H) 10 | B.44.2.A | Goebbels, deutscher Reichsminister. Einreise in die Schweiz |
| 2001(H)11 | A.3.1.27 | Zionistenprozess in Bern 1935. Klage des Herrn Ulrich Fleischhauer |
| 2001(H) 11 | B.34.1. A | Verhaftung von Schweizern in Deutschland. Spezielle Fälle (A-Z) |
| 2001 (H) 12 | B.46. A.21.15 | «Weltdienst» Erfurt, Propaganda der NSDAP |
| 2001(H) 13 | B.23.24 | Personalmutationen fremder Konsulate in: Zürich |
| 2001(H) 13 | B.44.50.1 | Schutzmassnahmen für hohe Persönlichkeiten auf der Durchreise durch die Schweiz |
| 2001 (H) 14 | A. 11.4 | Pilet-Golaz, Marcel, Bundesrat |
| 2001 (H) 14 | B. 11.43. A.4 | Austausch deutscher Spione gegen in Deutschland verhaftete Schweizer |
| 2001 (H)14 | B.22.21. A | Personal der deutschen Gesandtschaft in Bern: Allgemeines, Einzelne Personen |
| 2001 (H) 14 | B. 32.20.A | Spionage und Hochverrat, Deutschland: Allgemeines |
| 2001(H) 14 | B. 32. 20. A. Uch | Nachforschungen (1945) |
| 2001 (H) 14 | B. 32.20. A.Uch | Berichte aus Konzentrationslagern, Behandlung der Häftlinge (1944/45) |
| 2001 (H) 14 | B.41.21. A | Pabst, Waldemar, Major |

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (JPD)

4320 1970/25 C. 2.102 Otto Strasser, Bde. 1-2

Eidgenössisches Militärdepartement

- | | | |
|-----|--------|---|
| E27 | 10 064 | Strafuntersuchung gegen von der Heydt, Steegmann, Gisevius und Niederer betr. Vorschubleistung zu militärischem Nachrichtendienst 1946-1948 (Flussdiagramm) |
|-----|--------|---|

3. *Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, Bern (EDA)*

B.32.20. A. Maurice Bavaud

4. *Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PA-B)*

Büro des Staatssekretärs Aufzeichnungen über Diplomatenbesuche, Bde. 3-11,
Januar 1938 bis Juni 1942
Aufzeichnungen über Nicht-Diplomatenbesuche, Bde. 1-2,
September 1936 bis Juni 1943

Politische Abteilung I

Militär G. R. 2 Abwehr, Einbau von Angehörigen der Abwehr in den Aus-
sendienst des Auswärtigen Amtes: Allgemeines, Bde. 1-2,
Dezember 1940 bis Juni 1944

G.R.2 Schweiz (Abwehr), Bd. 2, Juni 1942 bis September 1944

G.R.2 Mil. Po- KO Schweiz, Bd. 1, Januar bis September 1944 Abwehr
litik 15g Schweiz, Bd. 1, Januar 1942 bis Februar 1944

Politische Abteilung II Po 29 Nationalsozialismus, Faschismus und ähnliche Bestrebun-
Schweiz gen, Bde. 1-2, Mai 1936 bis Oktober 1939

Handelspolitische Abteilung Handel (Schweiz), Bde. 11-12, September 1942 bis
Handel 13 November 1944

Handakten Wiehl Schweiz, Bde. 7-8, Dezember 1935 bis August 1942

Abteilung Inland Referat
Deutschland

Po5N.E. Attentatspläne gegen Mitglieder der Reichsregierung,
Nr. 4 Bd. 1, Februar 1933 bis Dezember 1933

Inland II-Geheim

83-69 Sabotage und Attentate, Einzelfälle, Bde. 1-5, 1936-1943

83-60E SD-Leute, Schweiz, Bd. 1, 1940-1944

Inland IIA /B

83-69 Attentatspläne gegen Führer der nationalen Bewegung und
andere Persönlichkeiten, Bde. 1-3, 1934-1943

84-50 Intervention der Schweizer Regierung zugunsten ihrer
Staatsangehörigen, Bde. 1-6, 1933-1944

Dienststelle Ribbentrop

2/1 Teil 1

3/1 Teil 2

3/2 Teil 2

Vertrauliche Berichte, September 1939 bis Juli 1940

Mitarbeiter-Berichte I, 1938-1939

Mitarbeiter-Berichte II, Dezember 1939 bis Oktober 1940

W)

	5/1 Teil 2	Vertrauliche Berichte Mitarbeiter II, November 1939 bis August 1940
Rechtsabteilung		
RI + II	Schweiz Nr. 1	Schweiz. Strafverfahren gegen David Frankfurter wegen Ermordung des Landesgruppenleiters der NSDAP, Wilhelm Gustloff, Bd. 1, 1937-1941
RIII	Str. Verf. 3 Recht-geheim	Strafverfolgung von Ausländern wegen in Deutschland begangenen Hoch- oder Landesverrats, Bde. 18, 19, 21-23, 25, 27, 29, 43, (A-H)
	Str. Verf. 20	Strafverfolgung von Ausländern wegen Verstößen gegen das Blutschutz- und Erbgesundheitsgesetz: Schweiz, Bde. 1-11, 13, 1936-1940, 1943
	Str. Verf. 22	Strafverfolgung von ausländischen Staatsangehörigen wegen in Deutschland begangener Straftaten (ausgenommen Hoch- und Landesverrat und Rassenschande): Schweiz, Bd. 1, 1943
	Str. Verf. 23	Strafverfolgung in der Schweiz des Juden Frankfurter wegen Ermordung des Landesgruppenleiters Wilhelm Gustloff, Bd. 1, 1944
	Str. RH. 2	Verträge und Gegenseitigkeitsabreden über sonstige Rechtshilfe in Strafsachen: Schweiz, Bd. 1, 1937-1944
RV	Arbeitsrecht Nr. 9	Beschäftigung deutscher Arbeiter in der Schweiz und umgekehrt, Bde 10, 11, 1935-1938
Gesandtschaft Bern		
	423/1-3	Deutscher Nationalsozialismus in der Schweiz, Bde. 1-8
	424/1-4	1931-1938
	425/2-3	Ermordung Gustloffs, Bde. 1-4, 1936-1937
	426/1-2	
	798/4	Attentat auf den Führer in München, Bd. 1, 1939-1942
5. Bundesarchiv Koblenz (BA-K)		
Neue Reichskanzlei	R 43 11/990; 1400	
Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete	R 6/34a	Aufzeichnungen des persönlichen Referenten Rosenbergs, Dr. Koeppen, über Hitlers Tischgespräche, 1941
Reichsjustizministerium	R 22/3390	Lageberichte des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof, 1942
	R 22/4089	Führerinformationen des Reichsministers der Justiz, 1942-1945
Adjutantur des Führers	NS 10/124	Staatsbesuche, Empfänge und andere Veranstaltungen 1936-1941

6. *Institut für Zeitgeschichte München (IfZ)*

Teilbestand Dr. Alhard Gelpke

Archiv ED 106 Bde. 79, 80, 81

Walter Hammer Hitler's Daily activities from January 30, 1943 to June

F 19/13 30,1943

7. *Stadtarchiv München*

NSDAP 8./9. November 1938 (Zeitungsausschnitte)

NSDAP 9. November 1938 (Photos)

«Reichskristallnacht» (Zeitungsausschnitte)

Juden (2 Dossiers)

8. *Archives de l'Etat, Neuchâtel*

Impôt direct et Impôt extraordinaire de crise, 1935-1940 (Bavaud, Alfred)

9. *Ecoles primaires, Neuchâtel (Sekretariat)*

Schülerverzeichnisse v. 1922/23; 1928

Zeugnisnoten Schuljahr 1929/30

10. *Gemeindearchiv Nussbaumen TG*

Einbürgerung Dr. Eduard von der Heydt

11. *Mairie de Pace (Ille-et-Vilaine)*

Marcel Gerbohay und Angehörige (Auszüge aus Geburts-, Heirats- und Sterberegister; Korrespondenzen)

12. *Archives de la Congrégation du Saint-Esprit, Paris*

St-Ilan: Ecole Apostolique et Vocations Tardives, Notes 1921-1939/40

13. *Zentrales Staatsarchiv, Potsdam*

Reichsjustizministerium (Strafrechtsabt.), Register der Todesurteilssachen (Mordregister):

1940 B, Nr. 908; 1943: G, Nr. 823

Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Register der Gnadensachen 1941-1943

14. *Ecole d'Horticulture de Saint-Ilan en Langueux*

Philippe Capelle d'Alcolm (Aufzeichnungen zur Schulgeschichte)

15. Zentralbibliothek Solothurn

Nachlaß Dr. med. Eugen Bircher, Dossiers 5, 8, 9, 16, 18, 22, 23, 27, 30

16. The National Archives of the United States, Washington DC

Mikrofilme T 120: 129; 705; 755; 1888; 1906; 1956; 2461; 2812; 3154

17. Archiv für Zeitgeschichte, ETH Zürich (AfZ-Zürich)

Teilbestände Dr. Wilhelm Abegg
Dr. Alhard Gelpke (Sch. 2-6)
Dr. h. c. Hans Hausamann (Bericht H. W. Eggen)

18. Unterlagen aus Privatbesitz

Gerda Gisevius (Nachlaß Dr. Hans Bernd Gisevius)
a. Gemeindeammann Heinrich Jäger (Korrespondenzen mit Eduard von der Heydt)
Angèle M. Julia-Gerbohay (Unterlagen zu Marcel Gerbohay)
Dr. Josef Steegmann (Militärstrafsache von der Heydt, Gisevius, Steegmann; div. Unterlagen)

B. Mündliche (m) und schriftliche (s) Mitteilungen

(Briefe, * Tonaufzeichnungen, ** sig. Protokolle, Niederschriften im Besitz des Verfassers)

Dr. med. Walter u. Jolanda Abegg	17. Juli 1979 (m), 15. März 1980 (s)
Alfred Bavaud †	15. März 1970 (m)
Dr. Sigismund v. Bibra †	3. März 1969 (s)
Dr. Willy Bretscher	10. Januar 1979 (m)
Georg Bürgin	13. August 1979 (m)
Dr. Reto Caratsch †	24. Januar 1974 (m)
Louis Crelier	30. August 1978 (m)*
Hélène Delley-Bavaud	10. Dezember 1978 (m)*
Marie-Louise Delley-Bavaud	8. u. 10. Dezember 1978 (m)*
Adolf Ehrenspeck	27. Mai 1979 (m)
Minister Dr. Peter Anton Feldscher †	3. Oktober 1970 (m)*
Hugo Geiger	27. Mai 1979 (m)
Dr. Alhard Gelpke	9. August 1977 (s)*, 3. August 1978 (m)*, 4. Oktober 1978 (s)
Pfr. Rhenus und Lina Gelpke	3. Mai und 18. Juli 1979 (m), 25. Juli 1979 (s)**
Susanna Gelpke	22. November 1979 (s)
Maurice Girard	8. Dezember 1978 (m)
Gerda Gisevius	30. Juni 1979 (m)
a. Botschafter Dr. Max Grässli	22. Dezember 1979 (m)
Dr. Franz von Hammerstein	18. Dezember 1979 (m)
Ilse von Hassell	29. Mai 1979 (m)*

Dr. h. c. Hans Hausamann †	4. Dezember 1971 (m)*
Dr. Fritz Heberlein	18. Januar und 8. Mai 1979 (m)
Dr. Wilhelm Hoegner †	22. April 1968 (m)*
Dr. Heinrich Homberger	5. Februar 1979 (m)
a. Gemeindeamann Heinrich Jäger	21. Februar 1979 (s), 18. März 1979 (m)
Jean-Pierre Jamin	12. September 1978 (m)
Angèle Julia-Gerbohay	12. u. 28. Nov. 1978 (s), 4. Jan. u. 5. März 1979 (s), 28. Jan. 1980 (s)
a. Botschafter Dr. F. Kappeler	24. April 1970 (m)*, 27. April 1970 (s), 19. Okt. 1978 (m)
a. Botschafter Dr. Hans Keller	16. März 1978 (m)
Marcel Kempf	16. September 1978 (m)
Dr. Hans Rudolf Kurz	2. Februar 1980 (m)
Edouard Loisy	11. September 1978 (m)
Hilde Meier-Abegg	19. September 1979 (m)
Prof. Dr. Philippe Muller	30. August 1978 (m)*
Père Bernard Noël	15. u. 16. September 1978 (m)*, 8. Februar 1979 (s)
Abbé Etienne Plassoux	12. September 1978 (m)*
Otto Pünter	29. Juni 1979 (m)
Emil Reuther	2. August 1979 (s)
Père Alexis Riaud	16. September 1978 (m)*
Dr. Fritz Rieter †	4. Januar 1969 (m)
Fabian v. Schlabrendorff	11. Mai 1979 (s), 7. Dezember 1979 (m)
Prof. Dr. Urs Schwarz	7. Juli 1978 (s), 18. Dezember 1979 (m)
Victor Simonneau	12. Dezember 1978 (m)
Gabrielle Stauffer	8. Dezember 1978 (m)*
Dr. Josef Steegmann	23. März 1979 (m)*, 19. u. 20. April 1979 (m), 4. Februar 1980 (s)
Otto Strasser †	3. Mai 1968 (m)
a. Botschafter Dr. Alfred Zehnder	21. März 1979 (m)
<i>Auskünfte von ehemaligen Seminaristen und Lehrern der Schule in Saint-Ilan</i>	
Abbé Emile Arribard	7. Oktober 1978 (s)
Abbé Joseph Le Bouédec	23. November 1978 (s)
Abbé Emmanuel Brohan	22. November 1978 (s)
Jean Communier	24. November 1978 (s)
Abbé Jean Domagné	7. Oktober 1978 (s)
Frère Marcel Flouriot	29. November 1978 (s)
Père Jean Frank	26. Dezember 1978 (s)
Abbé Yves Le Gac	7. November 1978 (s)
Abbé Jean Galesne	14. September 1978 (m)
Frère Médard Gœb	14. und 15. September 1978 (m)
Père Emile Jacquot	29. Oktober u. 26. November 1978 (s), 29. Januar 1979 (s)
Pfr. Kaspar Lauber	30. Oktober 1978 (s)
Père Joseph Le Moal	12. September 1978 (m)*, 23. November 1978 (s)
Jean Monnard	7. November 1978 (s), 9. Dezember 1978 (m)*
Père Henri Monnin	9. Oktober 1978 (s)
Père Edouard Neff	3. November 1978 (s)
Père Marcel Olichon	23. November 1978 (s)
Pierre Ollivier	6. u. 16. Oktober 1978 (s)
Père Charles Rappo	22. November 1978 (s)

Abbé Alexandre Renault	21. Dezember 1978 (s)
Père Lucien Rozo	16. Oktober 1978 (s)
Père Raymond Ruth	5. Oktober 1978 (s), 2. November 1978 (s)
Père Désiré Salamin	23. November 1978 (s)
Père Michel Viatte	11. September 1978 (m)

C. Gedrucktes Material

1. Amtliche Druckschriften und Publikationen

- Amtliches stenographisches Bulletin der schweizerischen Bundesversammlung, Bern (56) 1946; (63) 1953; (67) 1957.
- Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939-1945 (Motion Boerlin), I. Teil, v. 28. Dezember 1945, Bern 1946.
- Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesbeschlusses über die Gewährung von Vorschussleistungen an schweizerische Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung v.l. Februar 1957, in: Bundesblatt 1957, Bd. I, S. 301 ff.
- Guisan, Henri, General: Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939-1945, (o.O.), 1946.
- Hotz, Jean: Handelsabteilung und Handelspolitik in der Kriegszeit, in: Die schweizerische Kriegswirtschaft 1939/1948, Bericht des Eidg. Volkswirtschafts-Departementes, Bern 1950, S.53-107.
- Ludwig, Carl: Die Flüchtlingspolitik in der Schweiz in den Jahren 1933 bis 1955, Bericht an den Bundesrat zuhanden der eidgenössischen Räte, Bern 1957.
- Recensement fédéral de la population 1^{er} décembre 1941, 10^e vol., Canton de Neuchâtel, Berne 1946.
- Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1927, Bern 1928.

2. Quellenpublikationen, Memoiren und Sekundärliteratur

- Abendroth, Wolfgang: Das Problem der Widerstandstätigkeit der «Schwarzen Front», Vierteljahrsschrift für Zeitgeschichte (8) 1960, S. 181-187.
- Abshagen, Karl Heinz: Canaris, Stuttgart 1949.
- L'Afrique chrétienne, Le Monde Religieux, Bd. 28, Lezay (Deux-Sèvres) 1960-1961.
- Alardus (Gelpke, Alhard): Krieg in Sicht?, Zürich 1969.
- Aron, Robert: Histoire de Vichy, Paris 1969.
- Aronson, Shlomo: Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971.
- Bergmann, Karl Hans: Die Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz 1943-1945, mit einem Beitrag von Wolfgang Jean Stock: Schweizer Flüchtlingspolitik und exilierte deutsche Arbeiterbewegung 1933-1943, München 1974.
- Boelcke, Willi A. (Hrsg.): Kriegspropaganda 1939-1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, Stuttgart 1966.

- Böhme, Hermann: Entstehung und Grundlagen des Waffenstillstandes von 1940, Stuttgart 1966 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 12).
- Böschstein, Hermann: Vor unsern Augen. Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935-1945, Bern 1978.
- Bonjour, Edgar: Geschichte der schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Aussenpolitik, Bde. III-VI; VII-IX (Dokumente), Basel 1970-1976.
- Bourgeois, Daniel: Le Troisième Reich et la Suisse 1933-1941, Neuchâtel 1974.
- Broszat, Martin: Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933-1945 in: Anatomie des SS-Staates, Bd. II, Olten 1965.
- Broszat, Martin: Der Staat Hitlers, Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. I, Stuttgart 1971, S. 499-839.
- Büchel, Regine: Der Deutsche Widerstand im Spiegel von Fachliteratur und Publizistik seit 1945, München 1975 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte H. 15).
- Buchheit, Gert: Richter in roter Robe. Freisler, Präsident des Volksgerichtshofes, München 1968.
- Burckhardt, Jakob: Weltgeschichtliche Betrachtungen, hrsg. v. Jakob Oeri, Stuttgart ²1910.
- Capelle, Philippe: Connaissez-vous Saint-Ilan?, in: Bulletin de l'Amicale de Saint-Ilan, Châtelaudren 1969.
- Ciano, Galeazzo: Tagebücher 1939-1943, Bern 1946.
- Cohn, Normann: Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Köln/Berlin 1969.
- Coutrot, Aline: Quelques aspects de la politique de la jeunesse, in: Le gouvernement de Vichy 1940-1942, institutions et politiques, Paris 1972, S. 265-284.
- Deuerlein, Ernst: Der Hitler-Putsch. Bayrische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 9).
- Deutsch, Harlod C.: Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939-1940, München 1969.
- Deutscher Beamten-Kalender 1940, Berlin 1939.
- Diels, Rudolf: Luzifer ante portas. Zwischen Severing und Heydrich, Zürich 1949-
- Diewerge, Wolfgang: Anschlag gegen den Frieden. Ein Gelbbuch über Grünspan und seine Helfershelfer, München 1939.
- Diewerge, Wolfgang: Der Fall Gustloff. Vorgeschichte und Hintergründe der Bluttat von Davos, München 1936.
- Diewerge, Wolfgang: Ein Jude hat geschossen. Augenzeugenbericht vom Mordprozess David Frankfurter, München 1937.
- Dirksen, Victor: Die Familie von der Heydt und das Elberfelder Museum, in: Eduard von der Heydt zum 70. Geburtstag. Schriften des Museums Rietberg Zürich, Nr. 2, Zürich 1952.
- (Dodd, William E.): Ambassador Dodd's Diary 1933-1938, New York 1941.
- Domarus, Max: Hitler, Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. I, 2. Halbband, München 1965.
- Dulles, Allen Welsh: Verschwörung in Deutschland, Kassel 1949-
- Dulles, Allen W. / S. Gaevernitz, Gero v.: Unternehmen «Sunrise». Die geheime Geschichte des Kriegsendes in Italien, Düsseldorf 1967.

- Ehlers, Dieter: Technik und Moral einer Verschwörung. Der Aufstand am 20. Juli 1944, Kassel 1964 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung H. 62).
- Fitting, Marie-Emma: Frontisme et mouvements de rénovation nationale en Suisse romande, gehalten am 16. Januar 1965 vor der «Arbeitsgemeinschaft für Schweizerische Zeitgeschichte» in Bern (Manuskript hekt.).
- Fleischhauer, Ulrich: Die echten Protokolle der Weisen von Zion, Sachverständigengutachten, erstattet im Auftrage des Richteramtes V in Bern, Erfurt 1935.
- Foote, Alexander: Handbook for Spies, London ²1953.
- Fouéré, Yann: La Bretagne écartelée. Essai pour servir à l'histoire de dix ans 1938-1948, Paris 1976.
- Frei, Daniel: Das Washingtoner Abkommen von 1946. Ein Beitrag zur Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte H. 3, 1969, S. 567-619.
- Frey, Hugo A. (Hrsg.): Die Devisengesetzgebung der Schweiz. Sammlung der schweizerischen Devisenerlasse, Basel 1948.
- Frölicher, Hans: Meine Aufgabe in Berlin. Privatdruck, Wabern-Bern 1962.
- Fuhrer, Hans-Rudolf: Der geheime deutsche Nachrichtendienst gegen die Schweiz im Zweiten Weltkrieg 1939-1945, Lizentiatsarbeit Universität Zürich 1979.
- Fuhrer, Hans-Rudolf: Die geheimen deutschen Nachrichtendienste gegen die Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Diss. Univ. Zürich 1980 (Maschinenschrift).
- Gautschi, Willi: Geschichte des Kantons Aargau 1885-1953, Bd. 3, Baden 1978.
- Geiss, Josef: Obersalzberg. Die Geschichte eines Berges von Judith Platter bis Hitler, Berchtesgaden ¹⁵1978.
- Gelpke, Alhard: Geheimnisse eines freien Journalisten, Winterthur (1933).
- Gerstenmaier, Eugen: Was blieb vom Widerstand gegen Hitler? Nach fünfundzwanzig Jahren: Ein Rückblick auf die Opposition gegen das NS-Regime, in: Christ und Welt, Nr. 5 v. 30. Januar 1970.
- Gisevius, Hans Bernd: Bis zum bitteren Ende. Bd.I: Vom Reichstagsbrand zur Fritsch-Krise; Bd. II: Vom Münchner Abkommen zum 20. Juli 1944, Zürich 1946.
- Gisevius, Hans Bernd: Wo ist Nebe? Erinnerungen an Hitlers Reichskriminaldirektor, Zürich 1966.
- Glaus, Beat: Die Nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930-1940, Einsiedeln 1969.
- Goebbels, Joseph: Tagebücher aus den Jahren 1942-1943, Zürich 1948.
- Gordon, Harold J.: Hitler and the Beer Hall Putsch, Newjersey 1972.
- Gostomski, Viktor von / Loch, Walter: Der Tod von Plötzensee. Erinnerungen – Ereignisse – Dokumente 1942-1945, Freising 1969-
- Goyau, Georges: La Congrégation du Saint-Esprit, Paris 1937.
- Grimm, Friedrich: Politischer Mord und Heldenverehrung, Berlin 1938.
- Grimm, Friedrich: 40Jahre Dienst am Recht. Politische Justiz, die Krankheit unserer Zeit, Bonn 1953.
- Grimm, Friedrich: Mit offenem Visier. Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts, als Biographie bearb. v. Hermann Schild, Leoni am Starnberger See 1961.
- Groscurth, Helmuth: Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940, mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler, hrsg. v. Helmut Krausnick und Harold C. Deutsch, Stuttgart 1970.

- Grosser, Lucie: KZ Sachsenhausen, hrsg. v.L. G. im Auftrage des Hauptausschusses «Opfer des Faschismus», Berlin o.J.
- Gruchmann, Lothar (Hrsg.): Autobiographie eines Attentäters: Johann Georg Elser. Aussage zum Sprengstoffanschlag im Bürgerbräukeller, München, am 8. November 1939, Stuttgart 1970.
- Gysin, Kurt: Todesstrafe und todeswürdige Verbrechen im schweizerischen Militärstrafrecht (Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft H. 187), Aarau 1953.
- Halder, Franz: Kriegstagebuch, Bd. II, Stuttgart 1963.
- Hammer, Walter: Hohes Haus in Henkers Hand. Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang Deutscher Parlamentarier, Frankfurt a.M.²1956.
- Hannover, Elisabeth und Heinrich: Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Frankfurt a.M. 1967.
- Hasse, Ernst: Weltpolitik, Imperialismus und Kolonialpolitik, München 1908.
- Hassell, Ulrich von: Vom andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944, Zürich/Freiburg i. Br. 1946.
- Heiber, Helmut: Der Fall Grünsplan, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 5 (1957), S. 134-172.
- Hervet, Robert: Les Compagnons de France, Paris 1965.
- Heydt, Eduard von der / Rheinbaben, Werner von: Auf dem Monte Verità. Erinnerungen und Gedanken über Menschen, Kunst und Politik, Zürich 1958.
- Hillgruber, Andreas (Hrsg.): Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939-1941, Frankfurt a.M. 1967.
- Hillgruber, Andreas: Hitlers Strategie, Politik und Kriegsführung 1940-1941, Frankfurt a.M. 1965.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf (Dünndruckausgabe), München ⁶1940.
- Hoch, Anton: Das Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller 1939, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), S. 383-413.
- Hochhuth, Rolf: «Tell 38». Dankrede für den Basler Kunstpreis 1976 am 2. Dezember in der Aula des Alten Museums. Anmerkungen und Dokumente, Reinbek bei Hamburg 1979.
- Hochhuth, Rolf: «Tell 38»: Er wollte Hitler töten. Der Fall des Theologie-Studenten Maurice Bavaud, in: Die Zeit, Nr. 52 v. 17. Dezember 1976.
- Hochhuth, Rolf: Juristen. Drei Akte für sieben Schauspieler, Reinbek bei Hamburg 1979.
- Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, 3., neu überarb. u. erw. Aufl., München 1979-
- Hoffmann, Peter: Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmassnahmen, Residenzen, Hauptquartiere. München 1975.
- Hoffmann, Peter: Maurice Bavaud's Attempt to Assassinate Hitler in 1938, in: Mosse, George L. (Hrsg.): Police Forces in History, London 1975, S. 173-204.
- Hoffmann, Peter: Widerstand gegen Hitler. Probleme des Umsturzes, München 1979 (Serie Piper).
- Höhne, Heinz: Die Geschichte der SS. Der Orden unter dem Totenkopf, Gütersloh 1967.
- Höhne, Heinz: Canaris. Patriot im Zwielicht, München 1976.
- Hornberger, Heinrich: Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg. Ein Überblick auf Grund persönlicher Erlebnisse, Erlenbach/Zürich 1970.

- Höss, Rudolf: Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen, eingel. u. kommentiert v. Martin Broszat, Stuttgart 1958 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 5).
- Irving, David: Rommel, Eine Biographie, Hamburg 1978
- Irving, David: Das Ende einer Legende: Der Fall Speidel, in: Verrat und Widerstand im Dritten Reich, Coburg 1978, S. 70-85.
- Jäckel, Eberhard: Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966.
- Jochmann, Werner (Hrsg.): Adolf Hitler. Monologe im Führer-Hauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hamburg 1980.
- Joseph, Roger: L'Union nationale 1932-1939 – Un fascisme en Suisse romande, Neuchâtel 1975.
- Juvet, René: Ich war dabei. 20 Jahre Nationalsozialismus 1923-1943. Ein Tatsachenbericht, Zürich 1944.
- Kessler, Stefan: Die Folie à deux, Zürich 1970 (Zürcher medizinisch-geschichtliche Abhandlungen Nr. 79).
- Kilian, Hans: Der politische Mord. Zu seiner Soziologie, Zürich 1936.
- Koch, Hanns Joachim W.: Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freicorps 1918-1932, Berlin, Frankfurt a.M., Wien 1978.
- Kordt, Erich: Nicht aus den Akten. Die Wilhelmstrasse in Frieden und Krieg. Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke 1928-1945, Stuttgart 1950.
- Kreis, Georg: Auf den Spuren von La Charite. Die schweizerische Armeeführung im Spannungsfeld des deutsch-französischen Gegensatzes 1936-1941, Basel 1976.
- Kreis, Georg: «Entartete Kunst» in Basel. Eine Chronik ausserordentlicher Ankäufe im Jahre 1939, SA Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 78, 1978, S. 163-189.
- Kurz, Hans Rudolf: Nachrichtenzentrum Schweiz. Die Schweiz im Nachrichtendienst des Zweiten Weltkriegs, Frauenfeld 1972.
- Kurz, Hans Rudolf: Der November-Alarm 1939, in: Der Fourier, Nr. 3, März 1980, S.83-86.
- Lassueur, Yves: Un Romand contre Hitler, in: Tribune de Lausanne, Sonntagsausg., Nr. 154 v. 3. Juni 1979-
- Leonhard, Jakob: Als Gestapo-Agent im Dienste der schweizerischen Gegenspionage, Zürich 1945.
- Ludwig, Emil: Der Mord in Davos, Amsterdam 1936.
- Mandt, Hella: Tyrannislehre und Widerstandsrecht. Studien zur deutschen politischen Theorie des 19-Jahrhunderts, Darmstadt 1974.
- Mann, Thomas: Deutsche Hörer! Fünfundfünfzig Radiosendungen nach Deutschland, in: Gesammelte Werke Bd. XI, Frankfurt a.M.²1974.
- Maser, Werner: Nürnberg, Tribunal der Sieger, Düsseldorf 1977.
- Mason, Herbert Molloy: To Kill Hitler. The Attempts on the Life of Adolf Hitler, London 1979.
- Matt, Alphons: Zwischen allen Fronten. Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht des Büros Ha, Frauenfeld² 1969.
- Müller, Christian: Oberst i. Gst. Stauffenberg. Eine Biographie, Düsseldorf²1971 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 3).
- Müset, Alfred de: Les Nuits. Préface par Edmond Haraucourt, Paris o.J.

- Nettl, Peter: Rosa Luxemburg, Köln 1969.
- Noll, Peter: Landesverräter. 17 Lebensläufe und Todesurteile, Frauenfeld 1980.
- Ohler, Norbert: Deutschland und die deutsche Frage in der «Revue des deux Mondes» 1905-1940. Ein Beitrag zur Erhellung des französischen Deutschlandbildes, Frankfurt a.M. 1973, S. 221-277.
- Paléologue, Maurice G.: La Russie des Tsars pendant la grand guerre, Paris 1922.
- Pechel, Rudolf: Deutscher Widerstand (1932-1944), Erlenbach/Zürich 1947.
- Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942. Vollständig überarb. u. erw. Neuauflage, Tübingen 1976.
- Poelchau, Harald: Die letzten Stunden. Erinnerungen eines Gefängnis Pfarrers, aufgezeichnet von Graf Alexander Stenbock-Fermor, Berlin 1949-
- Probst, Antoine: Les Anciens Combattants (1914-1939), Paris 1977.
- Pünter, Otto: Der Anschluss fand nicht statt. Geheimagent Pakbo erzählt. Erlebnisse, Tatsachen und Dokumente aus den Jahren 1930-1945, Bern 1967.
- Pury, Roland de: Tagebuch aus der Gefangenschaft, Zollikon-Zürich⁴1944.
- Rado, Sandor: Deckname Dora, Stuttgart 1972.
- Reichesberg, N. (Hrsg.): Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Bd.3, Berno. J.
- Reynold, Gonzague de: La Démocratie et la Suisse, Bienne³1934.
- Ribbentrop, Annelies von: Die Kriegsschuld des Widerstandes. Aus britischen Geheimdokumenten 1938/1939, Leoni 1974.
- Rings, Werner: Kollaboration und Widerstand. Europa im Krieg 1939-1945, Zürich 1979.
- Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart³1956.
- Roon, Ger van: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967.
- Rothfels, Hans: Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, hrsg. u. eingel. v. Hermann Graml, neue u. erw. Ausg., Frankfurt a.M. 1977.
- Rotzler, Willy: Der Baron auf dem Monte Verità. Kleines Lebensbild von Baron von der Heydt, in: Monte Verità. Lokale Anthropologie als Beitrag zur Wiederentdeckung einer neuzeitlichen sakralen Topographie, hrsg. v. Harald Szeemann, Venezia-Martellago 1978.
- Ruppelt, Georg: Die «Ausschaltung» des «Wilhelm Tell». Dokumente zum Verbot des Schauspiels in Deutschland 1941, in: Jahrbuch der deutschen Schillergesellschaft 20. Jg. 1976, S. 402-419.
- Ruppelt, Georg: Schiller im nationalsozialistischen Deutschland. Der Versuch einer Gleichschaltung, Stuttgart 1979.
- Schadt, Jörg: Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933-1940, bearb. v. J. S., Stuttgart 1976.
- Scharfetter, Christian: Symbiotische Psychosen. Studie über schizophrenieartige «induzierte Psychosen» (Folie à deux, psychosis of association), mit Geleitwort v. Manfred Bleuler, Solothurn 1970.
- Schellenberg, Walter: Memoiren, Köln 1956.
- Schindler, René: Ein Schweizer erlebt das geheime Deutschland. Tatsachenbericht, Zürich 1945.

- Schlabrendorff, Fabian von: Offiziere gegen Hitler, bearb. u. hrsg. v. Gero v. S. Gaevernitz, Zürich 1946.
- Schlabrendorff, Fabian von: Begegnungen in fünf Jahrzehnten, Tübingen 1979.
- Schmid, Max: Schalom! Wir werden euch töten! Texte und Dokumente zum Antisemitismus in der Schweiz 1930-1980, Zürich 1979.
- Schneider, Reinhold: Gedenkworte zum 20. Juli, Freiburg i. Br. 1947.
- Scholl, Heinz: Von der Wallstreet gekauft. Die Finanzierung Hitlers durch ausländische Finanzmächte. Eine Dokumentation, Euskirchen 1977.
- Schrödler, Heinrich: Im Dritten Reich gefangen, 24. September 1934 bis 12. November 1938. Selbsterlebnisse, Zürich 1939.
- Schulte, W. / Tolle, R.: Psychiatrie, 4., überarb. Aufl., Berlin – Heidelberg – New York 1977.
- Schulthess' europäischer Geschichtskalender 1938, hrsg. v. Ulrich Thürauf, München 1939.
- Speer, Albert: Erinnerungen, Frankfurt/M-Berlin 1969-
- Spindler, Katharina: Die Schweiz und der italienische Faschismus (1922-1930). Der Verlauf der diplomatischen Beziehungen und die Beurteilung durch das Bürgertum, Diss. Univ. Basel, Basel 1976.
- Staff, Ilse (Hrsg.): Justiz im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Fischer, Frankfurt a.M. 1978.
- Stämpfli, Paul: In Deutschland zum Tode verurteilt. Tatsachenbericht eines Schweizers, Zürich 1945.
- Sternhell, Zeev: La Droite révolutionnaire 1885-1914. Les origines françaises du fascisme, Paris 1978.
- Strasser, Otto: Hitler und ich, Buenos Aires 1940.
- Strasser, Otto: «Mein Kampf», eine politische Autobiographie mit einem Vorwort von Gerhard Zwerenz, Frankfurt a.M. 1969.
- Thürer, Andreas: Der Schweizerische Vaterländische Verband und die in ihm zusammengeschlossenen Bürgerwehren 1919-1923, Lizentiatsarbeit Univ. Basel 1978.
- Thompson, Carlos: Die Verleumdung des Winston Churchill, München/Zürich 1980.
- Turner, Henry Ashby: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972.
- Urner, Klaus: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges, Teil III, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 756 v. 6. Dezember 1968.
- Urner, Klaus: Die schweizerische Handelspolitik in der Darstellung Edgar Bonjourns und Heinrich Hornbergers, in: Schweizerische Monatshefte 50, H. 7, Oktober 1970, S. 610-620.
- Urner, Klaus: Die Deutschen in der Schweiz. Von den Anfängen der Kolonienbildung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Frauenfeld 1976.
- Urner, Klaus: Der Schweizer Hitler-Attentäter Maurice Bavaud, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 150 v. 1./2. Juli, Nr. 153 v. 5. Juli, Nr. 155 v. 7. Juli 1978.
- Vasz, Stephan: Das Berner Fehlurteil über die Protokolle der Weisen von Zion, Erfurt 1935.
- Verrat und Widerstand im Dritten Reich. Referate und Arbeitsergebnisse des zeitgeschichtlichen Kongresses der Gesellschaft für Freie Publizistik vom 26. bis 28. Mai 1978 in Kassel, Coburg 1978.

- Vom SD-Agenten p 38/546 zum Bundestags-Präsidenten. Die Karriere des Eugen Gerstenmaier. Ein Dokumentarbericht, hrsg. v. Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin o.J.
- Vrba, Rudolf: Ich kann nicht vergeben, München 1964.
- Wagner, Walter: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat, Stuttgart 1974.
- Weinkauff, Hermann: Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Ein Überblick, Stuttgart 1968.
- Weisenborn, Günther: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945, rororo, Hamburg 1962.
- Winkler, Franz: Die Diktatur in Österreich, Zürich 1935.
- Zipfel, Friedrich: Gedenkstätte Plötzensee. Stätten der Verfolgung und des Widerstandes in Berlin 1933-1945, Berlin 1968.
- Zoller, Albert: Hitler privat. Erlebnisbericht seiner Geheimsekretärin, Düsseldorf 1949.
- Zoller, Raymond: Le Suisse qui voulait tuer Hitler, in: Le Nouvel Illustré, Nr. 53 v. 29. Dezember 1976.
- Zoller, Raymond: Maurice Bavaud voulait assassiner Adolf Hitler, in: L'Est Vaudois, Nr. 102 v. 3. Mai 1979.

Verzeichnis der Abbildungen

1. Faksimile-Abbildungen

1. «Flussdiagramm», Juni 1946 (BA-B, E27 10064) 42, 43
2. Einstellungsverfügung im Strafverfahren Dr. Hans Bernd Gisevius v. 10. August 1948 (Gerda Gisevius) 55
3. Aufzeichnung v. 24. September 1933, gez. Stucki (BA-B, '0001 (H) 10, B.44.2.A). 99
4. Aufzeichnung v. 10. November 1939 betr. Bürgerbräu-Attentat (NA T120/1956). 121
5. Situationskizze des Fluchtweges und Festnahmeortes von Georg Elser im Grenzgebiet Konstanz (BA-B, JPD 4320 1970/25, C. 2.102)..... 129
6. Beispiel aus Dr.Alhard Gelpkes «Akten»-Produktion, (AfZ-Zürich, Bestand Dr. Alhard Gelpke)..... 139
7. Anklageschrift gegen Maurice Bavaud v. 20. November 1939 (PA-B, Str. Verf. 3, Recht-geheim, A-H) 165
8. Urteil gegen Maurice Bavaud v. 18. Dezember 1939 (PA-B, Str. Verf. 3, Rechtgeheim, A-H)..... 167
9. Anklageschrift gegen Marcel Gerbohay v. 5. November 1939 (PA-B, Str. Verf. 3, Recht-geheim, A-H) 137
10. Ecole Saint-Ilan. Schulprospekt aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg (Archiv der Congrégation du Saint Esprit, Paris)..... 205
11. Brief von Marcel Gerbohay v. 11. Februar 1942 aus dem Gefängnis Jacques-Cartier in Rennes (Angèle M. Julia-Gerbohay) 215
12. Konzept für zwei Schreiben des A A v. 31. Dezember 1939 betr. Todesurteil gegen Maurice Bavaud (PA-B, Str. Verf. 3, Recht-geheim, A-H)..... 241
13. Schreiben des Reichsjustizministeriums an das Auswärtige Amt v. 8. Februar 1940 betr. Unterbrechung der Urteilsvollstreckung (PA-B, Str. Verf. 3, Rechtgeheim, A-H) 251
14. Eintragung von Maurice Bavaud im «Mordregister» (Zentrales Staatsarchiv, Potsdam)..... 265

15. Kostenrechnung für Todesurteil (Paul Stämpfli 1941, S. 11, 1952, S. 130, 141. Archives Diplomatiques et Consulaires, Nr. 3,1938).....	271
16. Schreiben des Reichsministeriums an das Auswärtige Amt v. 26. Januar 1940 betr. Ablehnung der Begnadigung (PA-B, Str. Verf. 3, Recht-geheim, A-H) . .	277
17. Schreiben des Reichsjustizministeriums an das Auswärtige Amt v. 15. Mai 1941 betr. Vollzug der Hinrichtung (PA-B, Str. Verf. 3, Recht-geheim, A-H).....	285
18. Brief von Alfred Bavaud an das Politische Departement vom 7. Juni 1941 (EDA, Dossier Maurice Bavaud)	287
19. Führerinformation Nr. 131 v. 14. Oktober 1942 (BA-K, R 22/4089)	303
20. Abschiedsbrief von Maurice Bavaud v. 12. Mai 1941 (Erstpublikation v. Raymond Zoller in: le nouvel illustré, Nr. 53 v. 29. Dezember 1976)	309

2. *Verzeichnis der Photographien*

Tafel 1 Admiral Wilhelm Canaris (Ringier, Dokumentationszentrum Zürich) Generalma- jor Hans Oster (Bilderdienst Süddeutscher Verlag) Hand Bernd Gisevius (Bilderdienst Süddeutscher Verlag) Heinrich Rothmund (Photopress, Dokumentationszentrum Zürich) . .	24
Tafel 2 Eduard Freiherr von der Heydt (Rietbergmuseum Zürich).....	24
Tafel 3 Waldemar Pabst (Conti-Archiv) Generalmajor Henning von Tresckow (Plötzensee, Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin) Nikolaus von Halem (Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn)	80
Tafel 4 David Frankfurter (Ringier) Georg Elser (IBA Oberengstringen) Herschel Grünspan (IBA Oberengstringen).....	80
Tafel 5 Alhard Gelpke auf der Überfahrt nach den USA (AfZ-Zürich)	136
Tafel 6 Zerörterter Saal im Bürgerbräukeller nach der Bombenexplosion v. 8. November 1939 (IBA Oberengstringen)	136
Tafel 7 Gedenkmarsch v. 9. November 1938 (Stadtarchiv München)	152
Tafel 8 Programm v. 8./9. November 1938 (Stadtarchiv München)	152
Tafel 9 Maurice Bavaud (Hélène und Marie-Louise Delley-Bavaud)	192

Tafel 10	Maurice Bavaud mit Geschwistern Grossvater Bavaud mit Enkeln Maurice und Jean-Pierre Eltern Bavaud mit Maurice und Jean-Pierre (Hélène und Marie-Louise Delley-Bavaud).....	192
Tafel 11	Marcel Gerbohay mit Schwester (Angèle M . Julia-Gerbohay).....	208
Tafel 12	Klassenphoto Saint-Ilan, Mai 1935, mit Marcel Gerbohay (Alexandre Renault)	208
Tafel 13	Maurice Bavaud und Kollegen im Schlafsaal der Schule in Saint-Ilan (Raymond Ruth) Jean Monnard, ein Schulkollege und Marcel Gerbohay am Strand von Saint-Ilan (Jean Monnard)	224
Tafel 14	Emile Arribart mit zwei Seminaristen (Jean Monnard) Alexandre Desilvestri und Emile Jacquot (Jean Monnard)	224
Tafel 15	Bundesrat Marcel Pilet-Golaz Peter Anton Feldscher Minister Hans Frölicher Legationsrat Franz Kappeler (Jahrbuch der eidg. Räte, Gerichte und Gesandten 1941, S. 11; 1952, S. 130, 141. Archives Diplomatiques et Consulaires, Nr. 3, 1938).....	288
Tafel 16	Richtstätte im Gefängnis Berlin-Plötzensee (Raymond Zoller) Im Innern des Hinrichtungsschuppens (Zipfel, Friedrich: Gedenkstätte Plötzensee, Berlin 1968, S.13)	288

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt (Berlin)
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.D.	ausser Dienst
AFZ	Archiv für Zeitgeschichte (ETH-Zürich)
AG	Aargau
AO	Auslandorganisation der NSDAP
AS	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft
AST	Abwehrstelle
BA-B	Bundesarchiv (Bern)
BA-K	Bundesarchiv (Koblenz)
Bd.	Band
BDC	Berlin Document Center
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDP	Eidgenössisches Politisches Departement
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
FHQ	Führerhauptquartier
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
H.	Heft
Hrsg.	Herausgeber, herausgegeben
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
JDP	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
KO	Kriegsorganisation
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
mdl.	mündlich
NA	National Archives (Washington)
NS	Nationalsozialistisch(e)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
o.J.	ohne Jahresangabe
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
o.O.	ohne Ortsangabe
OPG	Oberstes Parteigericht
OSS	Office of Strategie Services
PA-B	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Bonn)
RAM	Reichsaussenminister
RGBI	Reichsgesetzesblatt
RM	Reichsmark
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
S.	Seite
s.a.	siehe auch
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
SS	Schutzstaffel
StGB	Strafgesetzbuch
St. S	Staatssekretär
SW	Schweizerischer Vaterländischer Verband

SZG Schweizerische Zeitschrift für Geschichte
TG Thurgau
VfZ Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
vgl. vergleiche
V-Mann Vertrauensmann
WLR Wirklicher Legationsrat
ZF Zentralabteilung, Finanzen (Amt Ausland/ Abwehr)

Personenverzeichnis

- Abegg Jolanda 334
Abegg Walter 138, 333, 334
Abegg Wilhelm 131-143, 333, 334
Abele Johann 157
Achenbach Ernst 104
Albrecht Dr. (Volksgerichtsrat) 167, 176, 358
Albrecht Erich 250, 252
Alich Wilhelm 330
Ammer Julius 32, 33
Arco Anton Graf von 69
Arnold F.W. 25,316
Arribart Emile 183, 218-220, 227, 229, 305, 350, 351
Arx Caesar von 299
Ashton Georg 48
Assner Ludwig 87-89, 114
Auersperg Alois Prinz 48
- Bader W. 339
Balsiger Werner 94, 119, 121, 123, 331
Bartel W. 142
Bauer Eddy 197
Bauer Gustav 71
Bavaud Adrien 188, 308, 309
Bavaud Alfred 12, 181, 185, 187-194, 238-240, 242, 245, 250, 252, 254, 255, 257-281, 284, 287-289, 294, 295, 333, 341-344, 353-356, 360, 361, 363
Bavaud Colette-Valentine 188, 308, 309
Bavaud Hélène-Antoinette (s.a.Delley) 188, 256, 308, 309
Bavaud-Steiner Hélène 188
Bavaud Jean-Pierre 187-189, 191, 257, 308, 309, 342, 356
Bavaud Marie-Louise (s.a.Delley) 151, 188, 308,309
Bavaud Marie-Thérèse 188, 308, 309, 367
Bavaud Maurice-Alfred 12, 116, 118, 134, 135, 145, 147-151, 153-183, 185-204, 206-208, 211, 218, 220-240, 242-259, 261-266, 270, 272, 274, 275, 277, 279-292, 294-299, 301, 303-309, 333, 336-348, 351-356, 358-363, 366
Beck Ludwig 68, 72
Bender (SS-Standartenführer) 276
Benesch Eduard 120, 122
Bentivegni Egbert von 27
Benz (Inspektor) 90
Berchthold 273
Berg Peter (Bergmann Peter) 259, 261, 357
Berkenkamp (Reichsamtsleiter) 167, 358
Best Payton 117
Bibra Sigismund Freiherr von 51, 96, 121, 327
Bintz 196
Bircher Eugen 70, 71, 315, 323
Bismarck Otto von 10
Bleier Gustav 359
Blény Raymond 208, 216-218, 220, 223, 225, 310, 349, 350
Blochjules 199, 344
Blomberg Werner von 18
Bonhoeffer Claus u. Dietrich 23
Bonjour Edgar 181, 182, 357
Bonna Pierre 290, 291, 354
Borle 191
Boerlin Paul 49, 319, 357
Bormann Martin 155, 161, 180, 236, 297, 298
Böschenstein Hermann 352
Boeselager Georg von 79
Bourquin Eugène 198
Braichet René 197
Brandt Willy 135
Bräuer (Botschaftsrat) 328
Braun Otto 33, 137, 139
Breitenbuch Eberhard von 82, 148, 340
Bretscher Willy 314
Brochhaus Hans 46, 319
Broszat Martin 358
Brügel J.W. 329, 363
Brüning Wilhelm 261
Brunner Gustav 357

Bührlé Emil Georg 46, 322
 Burckhardt Jacob 340
 Bürgin Georg 337
 Bürgin Gustav 153
 Busch Ernst 82
 Bussche Axel von dem 81, 82
 Butler Ewan 76
 Caldwell Hartley 87
 Canaris Wilhelm 14, 23, 25-27, 39, 41, 44,
 50, 68,72-74, 80, 274, 317
 Capelle Philippe 342
 Cattani Alfred 363
 Cattori Giuseppe 33
 Chamberlain Neville 232
 Chvalkovský Frantisek 153
 Ciano Galeazzo 298
 Cicconardi (ital. Botschaftsrat) 97, 326
 Clement Karl 329
 Clézieux Achille du 203
 Communierjean 207, 212, 223, 349-351
 Conzen A. 23, 316
 Cools Fernand de 218
 Cousin Germaine 256, 355
 Crelier Louis 343-345, 347
 Crohne Wilhelm 249-251, 277
 Curti Eugen 104
 Daladier Edouard 232, 302
 Dankwort Werner Karl 99
 Daranyi Koloman 153
 Daunay Angele 208, 209
 Daunay Jean Pierre 208
 Deckert Karl 156
 Delley-Bavaud Hélène-Antoinette 185, 336,
 343-347, 349, 356
 Delley-Bavaud Marie-Louise 185, 336, 344-
 348
 Descartes René 279, 283, 308
 Desilvestri Alexandre 218, 223-225, 235
 Deutsch Harold C. 13
 Diels Rudolf 17, 18, 100, 296, 314, 364
 Dienstmann Carl 317
 Diewerge Wolfgang 102, 105, 108, 109,
 119, 326, 327
 Dizerbo (Apotheker) 361
 Dohnanyi Hans von 23, 24, 26, 27, 46, 316,
 323
 Domagné Jean 227, 351
 Domarus Max 102
 Dönitz Karl 132
 Doepking Karl 111, 329
 Dulles Allen Welsh 18, 50, 314
 Dumont Beat 343
 Dürrer Marco 320
 Duesterberg Georg 44, 46, 321
 Duttweiler Gottlieb 133, 134
 Eckart Dietrich 159
 Eggen Hans 315
 Ehlers Dieter 74, 75
 Ehrenspeck Adolf 338
 Ehrenspeck Willi 156, 158, 160, 338, 352
 Eichmann Adolf 52
 Einstein Albert 143, 335
 Eisenegger Friedrich 201, 348
 Eisner Kurt 69
 Elisabeth Kaiserin 98
 Elser Johann Georg 13, 100, 110, 116-120,
 123-131, 147, 158, 159, 162, 172, 236,
 297, 298, 313, 329, 332
 Engelbrechten Maximilian von 48
 Engert Karl 167, 176, 358
 Epp Franz Xaver Ritter von 337
 Erzberger Matthias 69
 Euripides 234
 Falretjules 229
 Faulhaber Michael von 88
 Feery 93
 Feldscher Peter Anton 96, 240, 248-250, 253,
 257, 288, 291, 293, 342, 353, 356, 363
 Flandin Pierre-Etienne 160, 161
 Fleischhauer Ulrich 151, 201, 347, 348
 Flouriot Marcel 224, 227, 350, 351
 Flugi 92, 93
 Foote Alexander Allan 77
 Formis Rudolf 110
 Franco Francisco 134
 François-Poncet André 153, 337
 Frankfurter David Detlev 101-105, 109-111,
 118, 119, 125, 134, 318, 327
 Franz-Willing Georg 59
 Freiburger Georg 261

- Freisler Roland 177, 243, 274, 360
 Frick Wilhelm 15, 17, 68, 160
 Fritsch Werner Freiherr von 18
 Frölicher Hans 58, 185, 237, 238, 240, 242-250, 252-254, 261, 284, 288, 290-295, 353-357, 363
 Fuhrer Hans-Rudolf 317, 318
 Funk Walther 61
- Galley Paul 193
 Gandhi Mahatma 191
 Gaulle Charles de 216, 218
 Geiger Fritz 357
 Geiger Hugo 337, 338
 Gelpke Alhard (Alardus) 132-143, 332-335
 Gelpke-Heiden-Schachne Hedwig 138, 141, 142, 335
 Gelpke Lina 334
 Gelpke Ludwig 140
 Gelpke Rhenus 138, 141, 333, 334
 Gelpke Rudolf 139, 140
 Gelpke Susanna 140, 334
 Gerbohay Angèle Mathilde 184
 Gerbohayjean Leonard 209
 Gerbohay Marcel Arnold 184, 209, 349
 Gerbohay Marcel Joseph 12, 13, 147-149, 162, 163, 169-171, 173-175, 178-180, 182-185, 202-204, 206-235, 266, 270, 274-276, 279, 282, 283, 296, 298, 301, 303-308, 310, 339, 340, 342, 343, 348, 349, 351, 352, 358, 359
 Gerl Max 48
 Gerstenmaier Eugen 11, 58, 59
 Gerstorff Rudolf-Christoph 81-83
 Girard Maurice 344
 Gisevius Gerda 316
 Gisevius Hans Bernd 14-20, 23-29, 38, 40, 41, 43-50, 52-56, 58-60, 78, 79, 313-316, 319-321
 Goebbels Josef 87, 98, 99, 102, 105, 114, 119, 132, 136, 152, 297, 299, 315, 324
 Gogol Nikolaj 192
 Goerdeler Carl 11, 68, 117
 Göring Hermann 15, 17, 35, 83, 97, 98, 112, 114, 119, 132, 159, 160, 261
 Gostomski Viktor von 269, 272, 276, 360
- Graber Paul Ernst 197
 Graf Ulrich 160
 Grässli Max 363
 Grauert Ludwig 17
 Grimm Friedrich 101, 105, 108, 109, 118, 119, 318, 326, 329
 Grolmann von (SS-Brigadeführer) 167, 358
 Gröner Otto 334
 Grote von (Legationsrat) 317
 Gruchmann Lothar 118, 125
 Grünspan Beile 108
 Grünspan Herschel Feibel (Grynszpan Herszel) 101, 104, 105, 107, 108-111, 118, 119, 125, 328, 329
 Grünspan Sendel 106, 328
 Grünspan Ryfka geb. Silberberg 106
 Grynszpan Abraham 106, 107, 328
 Guisan Henri 50
 Gürtner Franz 282
 Gustloff Wilhelm 102-105, 109, 110, 118, 236, 326, 327
 Guttenberg Karl Ludwig Freiherr von und zu 24
 Gutterer-Nofaier Karoline 151, 152
 Gutterer Leopold 152
 Gutterer Paula 151
- Haeberli Emil 91
 Haefen Gerrit von 86
 Halder Franz 78
 Halem Nikolaus von 80, 81, 323
 Halt Karl Ritter von 101
 Halter Hans 362
 Hammer Walter 181, 274, 281, 300, 329, 330, 341, 358-362
 Hanssen (Landgerichtsdirektor) 161
 Hartmann (Ministerialrat) 41,44
 Hassell Ilse von 313, 314
 Hassell Ulrich von 15, 72, 314
 Haubach Theodor 66
 Hauber Martin 94, 95
 Hausamann Hans 123, 331
 Heberlein Fritz 123, 331
 Heiber Helmut 105-107, 109
 Heinz Friedrich Wilhelm 78, 79
 Helbling Hanno 366
 Henderson Neville 76

Henne Rolf 199, 201
 Hermann Willi 336, 341, 349, 350, 362
 Herrmann Erwin 270, 279, 359
 Herzog Paul 334
 Hess Rudolf 161, 298
 Heuer Rolv 329
 Heydrich Reinhard 17, 18, 115, 117, 132, 302, 330, 365
 Heydt August Freiherr von der 30, 36
 Heydt Eduard Freiherr von der 14, 28-47, 49, 52, 54, 56, 57, 60, 133, 316, 318, 320
 Hilty Hans Rudolf 363
 Himmeler Heinrich 17, 18, 21, 22, 68, 83, 100, 117, 120, 132, 160, 268, 276, 314, 330, 359
 Hirsch Helmut 110, 111
 Hirschfeld Magnus 33
 Hitler Adolf 9, 11-13, 15, 16, 19, 20, 38, 40, 41, 44, 51, 65-72, 74-78, 80-93, 96-98, 100-102, 111-118, 120, 122, 123, 125, 131-136, 138, 140, 148-150, 153-158, 160-164, 168-172, 177-181, 186, 195, 216, 218, 220-222, 224-226, 231-233, 236, 249, 252, 258, 259, 267, 282, 283, 291, 294, 296-300, 302, 304-308, 316, 324, 337, 348, 349, 364, 365
 Hoch Anton 117, 118, 125, 127, 313
 Hochhuth Rolf 148, 149, 171, 172, 174-180, 182, 195, 196, 237, 337, 340-342, 358, 362, 366
 Hofer (dt. Agent) 273
 Hoffmann Peter 11, 58, 74, 115, 125, 131-133, 147, 148, 172, 180, 182, 332, 335, 342, 351, 364
 Hofmann Ernst 319
 Hoggan David L. 321
 Hoegner Wilhelm 137
 Höhne Heinz 316
 Hornberger Heinrich 320
 Höss Rudolf 52
 Huber Kurt 306
 Huber Martin 95
 Hugenberg Alfred 138
 Hühnlein Adolf 160
 Humbert-Droz Jules 122
 Humm Hans Rudolf 142, 335
 Hürlimann Martin 313
 Irving David 26, 59, 321
 Jacquot Emile 206, 207, 218, 220, 222-225, 305, 350
 Jäger Heinrich 318
 Jamin Jean-Pierre 343, 349, 350
 Jeserich (Grapholog) 178
 Jochum Adolf 157
 Jörger J.B. 103, 104, 110
 Joseph Roger 198
 Julia-Gerbohay Angèle Mathilde 230, 349-351, 367
 Jung 273
 Jurka Günther 113, 306
 Kaiser Adolf 259, 260, 262, 356
 Kaltenbrunner Ernst 15, 276
 Kapp Wolfgang 71
 Kappeler Alfons 341, 361
 Kappeler Franz 182, 238, 246, 248, 292-295, 341, 342, 363
 Kappeler Karl 90
 Kardel Hennecke 135
 Karl der Grosse 299
 Karsten Heinrich 261
 Keckeis Peter 334
 Keipert Maria 343
 Keitel Wilhelm 15, 41, 44, 45, 132
 Keller Hans 343, 364
 Keller-Staub W. 319
 Kemp Aloise 275
 Kempf Marcel 361
 Ketterer James 357
 Kimball 87
 Kinder E. 343
 Kindt-Kiefer J.J. 137
 Kleist Ewald von 82
 Klüver Heinrich Gerhard 94, 95
 Knodt E. 270, 282, 329, 359, 361
 Kobelt Karl 56, 320
 Köcher Otto 50, 95, 120, 248, 259, 260, 261, 331, 356, 357, 363
 Koechlin Alphons 24
 Kohl Michael 142, 335
 Kohler-Gelpke Hanny 334

Kolb Richard 160, 334
 Koenitz (Justizsekretär) 167
 Koeppen Werner 299, 330
 Kordt Erich 13, 68, 80, 321
 Kraschutzki Heinz 362
 Krauel Wolfgang 95
 Kreis Georg 320, 366
 Kremin Helmut 111, 329
 Kriebel Hermann 160
 Kröning (Regierungsrat) 328
 Kubisjan
 Kuhn Robert 160
 Kulesa Rosalie 266
 Kürschner Marianne 114, 115
 Kurz Hans Rudolf 331

 Lamartine Alphonse de 256, 279
 Lammers Hans Heinrich 297
 Landolt Emil 30
 Langhoff Wolfgang 139
 Langmann Wolfgang 317
 Lanz Hubert 79
 Lasègue Charles 229
 Lassueur Yves 190, 336
 Latzel Hugo A. 331
 Lauz Ernst 267
 Leber Julius 66
 Lee Stanislaw 171
 Lehmann Wilhelm 114
 Lemberger Erwin 273
 Leu Erwin 357
 Leuschner Wilhelm 66
 Libermann François-Marie-Paul 204
 Liebknecht Karl 70, 71, 74
 Lincke Anna 90, 91
 Loch Walter 360
 Locher Heiko 273
 Lohoff (Oberpfarrer) 270
 Loisy Edouard 342
 Loos Berthold 261
 Lorenz Jakob 137, 139
 Lubbe Marinus van der 117
 Lucceni Luigi 98
 Lucetti Gino 97
 Lüdi Ernst 119
 Ludwig Carl 315
 Ludwig Emil 33, 327

Lüscher Erwin 262, 330, 357, 360
 Lutter Kurt 115
 Lüttwitz Walter Freiherr von 71
 Luxemburg Rosa 70, 71, 74
 Lyssy Rolf 327

 Mann Heinrich 67, 139
 Mann Thomas 65, 139
 Mason Herbert Molloy 148, 155
 Mason-Mac Farlane Noel 76, 77
 Masson Roger 23, 315
 Maurras Charles 197
 Mayer (Arzt) 175
 Meienberg Niklaus 336, 341f., 362
 Meier-Abegg Hilde 334
 Meier Pauline 90, 324
 Meisner Hans 26, 48
 Meissner Otto 35
 Merten 35
 Metzlet Helmuth 89
 Meyer Andreas G. 89
 Moal Joseph Le 183, 184, 206
 Moltke Helmut James Graf von 68
 Monnard Jean 207, 224-227, 229, 233, 343,
 348, 350-352
 Monnin Henri 204, 223
 Montyel Marandon de 229
 Moritz Gustav 273
 Moro-Giafferi 107, 328, 329
 Moser C. F. von 67
 Most Johann 67
 Motta Giuseppe 98, 238, 240, 242, 252, 326,
 353
 Mühlen Albert von der 48
 Müller Christian 11
 Müller Heinrich 315
 Müller Philippe 343, 345
 Müller Rudolf 274, 360
 Müller-Hess (Arzt) 175
 Mussert Anton 35
 Musset Alfred de 234, 352
 Mussolini Benito 33, 85, 88, 97, 114, 132,
 134, 298

 Nebe Arthur 7
 Neff Edouard 207, 227
 Nettgenberg 285

Neurath Konstantin Freiherr von 98
 Nicole Léon 95
 Nikolaus IL 227
 Nissen Christian M. 268-270, 279, 280, 286,
 359, 362
 Nobs Ernst 30, 36, 52
 Noël Bernard 343
 Noske Gustav 70
 Nussbaumer 273

 Oberson 273
 Oldenhage (Historiker) 176
 Ollivier Pierre 227, 350, 351
 Oltramare Georges 198, 199, 201
 Oprecht Hans 123
 Oertzen von 82
 Oster Hans 13, 14, 18, 20, 23, 24, 26, 27, 41,
 44-46, 50, 58, 78-80, 316, 330, 357
 Ott (dt. Agent) 273

 Pabst Waldemar 70-74, 322, 323
 Page Robert 223
 Papen Franz von 136
 Pascal Blaise 256
 Pasch Ida 361, 362
 Pechel Rudolf 314
 Perron René 342
 Pestalozzi Karl 366
 Peterson Agnes F. 334
 Petitpierre Max 295
 Pettersson Werner 353
 Philips Bill 77
 Picker Henry 299, 302, 365
 Piekenbrock H. 27
 Pilet-Golaz Marcel 50, 252, 253, 261, 262,
 286, 289-291, 295, 355, 363
 Pinault Etienne 209, 210, 230
 Pinault Mme. 310
 Pius XI. 198, 199
 Pius XII. 347
 Plassoux Etienne 184, 214, 310, 349, 350
 Poullart Claude-François 204
 Puhl Emil 321
 Pünter Otto 93-96, 325
 Pury Roland de 273, 274

 Radke Anna 154
 Rado Sandor 96
 Rahm Emil 333
 Rahn 284
 Rahn Annemarie 324
 Rappo Charles 223, 350
 Rath Ernst vom 105, 327-329
 Rathenau Walther 69
 Renault Alexandre 210, 211, 223, 229,
 349-351
 Reuther Emil 155, 157, 185, 338, 352, 353
 Reynold Gonzague de 198, 346
 Riaud Alexis 219, 348, 350
 Ribas Fabra 93
 Ribbentrop Annelies von 58
 Ribbentrop Joachim von 35, 50, 120, 298,
 337
 Rieter Fritz 313
 Ritter Ernst 343
 Ritter Gerhard 11, 117
 Roeder Manfred 25, 46, 316
 Röhm Ernst 15
 Romanow (Zarenfamilie) 211, 227, 228,
 230, 231
 Römer Josef 81
 Rommel Erwin 45, 321
 Roon Ger van 11
 Rosenberg Alfred 299, 348
 Rösler August 280, 281, 361
 Rothfels Hans 9
 Rothmund Heinrich 20-24, 315, 316, 331
 Röttger Friedrich Wilhelm 270, 278, 284
 Rozo Lucien 219, 350
 Ruge Ludwig 316
 Ruppelt Georg 297, 298
 Rust Leonhard Georg 115, 297, 300
 Ruth Raymond 221, 224, 350

 Sack Karl 276
 Salamin Désiré 229, 351
 Sas Gijsbertusjacobus 26
 Schacht Hjalmar 15
 Schagen Peter 35, 57
 Scharfetter Christian 229
 Scheer Richard 111, 112, 306
 Schellenberg Walter 23, 61, 73, 117, 315
 Schiller Friedrich 67, 297-299

Schimpke (Hofrat) 251, 277, 285
 Schlabrendorff Fabian von 15, 79, 81, 83, 319
 Schlegelberger Franz 267, 282, 283, 301, 358, 365
 Schmid Max 315
 Schmidhuber Wilhelm 24-26, 45, 316
 Schmidt Hermann 273
 Schmidt Paul Otto 298
 Schmitt (Schmidt) Ludwig 115, 300, 365
 Schneider Reinhold 74
 Scholl Heinz 135
 Scholl Geschwister 306
 Schönholzer Karl 124
 Schöttle-Reichenberg Erwin 90
 Schreiber Paul 329
 Schubart Christian Friedrich Daniel 67
 Schuhmacher Oskar 122
 Schulthess Carl 34
 Schulze Gaevernitz Gero von 314
 Schumburg Emil 247
 Schwarz Josef 338
 Schwarz Urs 293, 294, 363
 Schwarzenstein Herbert Mumm von 81
 Seiffert Charles P. 266, 270, 358-360
 Senftinger 196
 Severing Carl 137
 Siedler Adolf 241, 248, 258, 286, 294, 354, 356
 Silberstein 199
 Simonneaux Victor 343, 349, 350
 Sonderegger René 122, 333
 Soulladié Marie 209
 Speck (Malermeister) 90, 91
 Speer Albert 80
 Speidel Hans 59, 79, 321
 Spindler Katharina 346
 Stachwitz Graf von 79
 Stalin Josef Wissarionowitsch 134, 212
 Stämpfli Franz 98, 99
 Stämpfli Paul 270-276, 359, 360
 Stauffenberg Claus Schenk Graf von 11, 27, 81-83, 147, 172, 314, 337
 Stauffer Gabrielle 344
 Steegmann Josef 14, 24, 26, 29, 45, 46, 54, 56, 58, 60, 316, 318-322
 Steiger Eduard von 22, 315
 Steiner (Inspektor) 25
 Steiner-Nofaier Leopoldine 188
 Steinmann C.W. 89
 Steinweg Walter 259, 262
 Stevens Richard 117
 Stinnes Edmund 39
 Stoffel Max 92
 Strasser Gertrud 122, 331
 Strasser Gregor 110
 Strasser Otto 110, 111, 116-120, 122-124, 297, 329-331
 Streck Hans 160
 Streibel (dt. Agent) 273
 Streicher Julius 111, 158, 159
 Strüneck Theodor 314
 Stucki Walter 99, 225, 326
 Stürm Hans 336, 341, 362
 Sudholt Gert 321
 Szoymanski (poln. Militärattaché) 20
 Taittinger Pierre 161
 Tanner Karl 274, 360
 Taubert Eberhard 167, 267, 358, 359
 Teichmann Baron 133
 Tell Wilhelm 67, 69, 172, 174, 178, 179, 183, 297-299
 Teufl Johann 262
 Thaden Hellmuth von 261 f.
 Thierack Otto Georg 269, 273, 276, 305, 365
 Thomas Josef 72, 112
 Thyssen August 39, 41, 47
 Thyssen Fritz 354
 Thyssen Heinrich 39, 40
 Toedtli Boris 201
 Togo Shigenori 153
 Toller Ernst 33
 Tomansky Mathias 218, 223, 224
 Tombers (Pfarrer) 270
 Toeppen Martin 44-46, 316
 Tornau Max 135
 Tresckow Henning von 81-83, 306
 Trump Georg 93, 95
 Tschchow Anton 192
 Umberto Kronprinz 156
 Urner-Wiesmann Erika 344

Velde Theodor Hendrik van de 33
 Viatte Michel 183, 342
 Vogel Kurt 74
 Vogel W. 92
 Vogt Paul 21, 333
 Voigt Hermann 91
 Vrba Rudolf 52

Wagner Friedelinde 91
 Wagner Siegfried 91
 Wagner Walter 358
 Wagner Winifred 91
 Waetjen Eduard 46, 48, 314, 319
 Wallau Franz 168, 169, 180, 236, 255, 256,
 295, 296, 353
 Weber Christian 157, 338
 Weber Felix 357
 Weber Friedrich 160
 Wehner 93-95, 325
 Weisenborn Günther 115
 Weizsäcker Ernst von 19, 68, 87, 246, 247,
 321, 354

Welczek Johannes Graf von 104, 327
 Wessels Eugenie 158
 Wetzel 48
 Weyersberg 167, 358
 Weyrauch Wolfgang 90
 Wight (Bankier) 46
 Wilhelm 11., 31, 35
 Wille Familie 313
 Windel (dt. Generalkonsul) 92
 Wirth Josef 69, 137, 142
 Witzleben Erwin von 72, 78
 Wolf Johanna 302
 Wolff 106
 Wolfrath Marc 198
 Wolter (Kriminalsekretär) 178
 Woog Thomas A. 122, 316

Zeitter 155
 Zipfel Friedrich 358
 Zobrist Friedrich 329
 Zoller Raymond 182, 342, 345, 361, 363,
 367